China in den Medien

Rhetorik und Topoi in der deutschen Qualitätspresse

vorgelegt von
Ma. phil.
Dimitrios Psarris
geb. in Athen

von der Fakultät I - Geisteswissenschaften
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie
- Dr. phil. -

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzende:	Prof. Dr. Dorothee Brantz
Gutachter:	Prof. Dr. Norbert Bolz
Gutachter:	Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 25. Februar 2014

Berlin 2014

„Ich sage nur: China, China, China!“

(Kurt Georg Kiesinger)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 6

Was, Warum und Wie: Gegenstand und Methode 10

1. Das System krankt: China bedroht sich selbst und seine Nachbarn 18

1.1 Wirtschaftsliberalisierung ohne Demokratisierung:
Wie lange kann das noch gut gehen? 18

1.1.1 Die Stabilität des Riesenreiches in ernster Gefahr 21

1.1.2 Das System gebiert Ungerechtigkeit 31

1.1.3 Allein mit Wachstum lässt sich der Widerspruch des Systems nicht aufheben 38

1.1.4 Die Entwicklung hat den “point of no return” erreicht 42

1.2 Alt-neue Großmacht am Scheideweg:
Siegt wirtschaftlicher Pragmatismus über ideologischen Starrsinn? 46

1.2.1 Brisante Mischung “Hybris und Unsicherheit” 49

1.2.2 Chinas Demokratisierung als einzige Rettung – für China selbst und für den Rest der Welt 56

1.3 Chinas Sozialisation in die Weltgemeinschaft als Aufgabe des Westens:
Demokraten in der Pflicht 61

1.3.1 Ökonomie versus Moral 63

1.3.2 Einbindung statt Eindämmung 68

1.4 Reflexionen zum evolutionären Ansatz 77

2. Das System erstarkt: China bedroht die ganze Welt 82

2.1 Boomland China: Weltwirtschaftsmotor oder tickende Zeitbombe? 82

2.1.1 Der Boom droht außer Kontrolle zu geraten 86

2.1.2 Das System steht der Entwicklung im Wege 94

2.2 Der rote Drache mausert sich zum Global Player:
Gerät bald die Welt aus den Fugen? 102

2.2.1 Egoistischer Aufsteiger ohne Rücksicht auf die Welt 107

2.2.2 Die roten Mandarine denken strategisch 117

2.3 Der Westen ist gespalten: Zwischen China-Angst und China-Faszination 127
2.3.1 In der Falle des puren Wirtschaftspragmatismus 129
2.3.2 Die “Angst vor der gelben Gefahr” macht wieder die Runde 138
2.4 Reflexionen zum China-Modell 150

3. Das System macht Konkurrenz: China bedroht unsere Werte 158
3.1 Den “alten Demokratien” tritt ein autoritärer Staatskapitalismus
mit neuem Selbstbewusstsein entgegen: Wird nun die Welt chinesisch? 158
3.1.1 Willkommen in der neuen Multipolarität 163
3.2 Die größte Diktatur der Erde sehnt sich nach Weltgeltung:
Wo bleibt in China die Demokratie? 169
3.2.1 Ein Gigant ohne Größe 175
3.2.2 Auch in China kann es keinen Kapitalismus ohne Demokratie geben 185
3.3 Der Kampf um die Werte und die Ohnmacht des Westens: 200
Schwierige Zeiten für Demokraten
3.3.1 Wir müssen für unsere Werte eintreten 203
3.3.2 Die Grenzen der Moral 218
3.4 Reflexionen zum Kulturrelativismus 229

4. Theoretischer Exkurs 232
4.1 Die Frage nach dem Beobachter 232
4.2 Einblicke in die Funktion sozialer Systeme 236
4.3 Das soziale System Massenmedien 240

5. Zusammenstellung und Interpretation des Materials 250
5.1 China im medialen Gedächtnis 250
5.1.1 China im Innern 250
5.1.2 China nach außen 255
5.1.3 Wie mit China umgehen? 259
5.2 Effekte der Massenmedien: Irritation und Stabilisierung 262

Schlussbemerkungen 272

Quellen- und Literaturverzeichnis 279

Vorwort

Diese Arbeit wurde vor allem aus Neugier geschrieben. Sie befasst sich mit der medialen Thematisierung und Beobachtung eines Landes, dessen moderne Entwicklung durchaus als eine der spannendsten und wichtigsten Entwicklungen in der aktuellen Weltgeschichte bezeichnet werden kann. Als vor etwa sechs Jahren die Idee dieser Arbeit entstand, war in den deutschen wie internationalen Medien schon längst davon die Rede, dass China das 21. Jahrhundert in einem Ausmaß prägen dürfte, das wohl noch kaum ermessen werden könnte. Bereits in den 1990'er Jahren machte sich in den deutschen wie westlichen Mediendebatten über China der berühmt-berüchtigte Satz Napoleons wieder die Runde: "Wenn der chinesische Drache erwacht, wird die Erde erbeben" - oft durch die Anmerkung begleitet, der Drache sei nun erwacht. Sicherlich wird noch viel Zeit vergehen, bis die Auswirkungen von Chinas "Erwachen" für den Rest der Welt genau bewertet werden können. Mittlerweile ist aber zumindest klar - und das wissen wir nicht zuletzt durch die Berichte der Massenmedien -, dass Chinas fortschreitende Entwicklung nicht nur das Leben der Chinesen, sondern in zunehmendem Masse auch unser Leben in Europa und hier in Deutschland verändert.

Ich habe China zuerst im Rahmen meiner Nebentätigkeit als Reiseleiter kennen gelernt, die im Sommer des Jahres 2004 begann. Ich habe zu jener Zeit in Peking zusammen mit chinesischen Freunden im chinesischen Staatsfernsehen sehen können, wie Liu Xiang als erster Chinese in der Geschichte der Olympischen Spiele in Weltrekordzeit im 110-Meter-Hürdenlauf olympisches Gold in meiner Heimatstadt Athen gewann, und mit ihnen darüber gejubelt. Ich war mit ihnen in eleganten Restaurants und trendigen Szenenclubs, die schon damals denen westlicher Metropolen wie Berlin oder London in nichts nachstanden, und habe manchen von ihnen bei der Einrichtung ihrer brandneuen Apartments mit Möbeln aus IKEA geholfen. Ich habe beobachtet, wie futuristische Wolkenkratzer in Schanghai, Peking

oder Kanton in Rekordzeit aus dem Boden gestampft wurden. Während meiner Reisen im Westen des Landes habe ich noch weitere Millionenstädte mit Skyscraper-Skylines und hektischer Betriebsamkeit erkunden können, deren Existenz mir bis dato völlig unbekannt war. Selbst in Dörfern verriet mir ein Blick in den Alltag der Menschen, dass auch hier das moderne Leben bereits längst Einzug hielt. Ich habe also China zuerst als ein Land kennen gelernt, in dem überall ein gewaltiger Aufbruch zu spüren war, was mich natürlich fasziniert und tief beeindruckt hat.

Was mir aber am allermeisten auffiel, war eine Gesellschaft, die weitaus vielfältiger und bunter war, als ich erwartet hatte. Meine Eindrücke vom Leben in den Städten wie auf dem Land passten nur schwer zum Bild eines kommunistischen Staates. Dafür waren die Widersprüche und Kontraste, die sich mir bei meinen Erkundungsreisen offenbarten, zu scharf. Dazu gehörte nicht zuletzt der Kontrast von Reichtum und Armut, der nicht nur beim Vergleich zwischen Ostküstenstädten und Hinterland, sondern vielmehr beim Anblick der einzelnen Städte selbst ins Auge stich. Die Container und Baubaracken, in denen Wanderarbeiter aus dem Land direkt auf den Baustellen wohnten, waren neben den glitzernden Neubauten von Bürotürmen, Hotels und Einkaufszentren der Großstädte nicht zu übersehen. Kaum zu übersehen waren auch die Baracken-Viertel, die sich unweit von neuen, eleganten Geschäften und Luxus-Wohnungsanlagen pulsierender Ballungszentren ausbreiteten. Solche Eindrücke hatten mit meiner Vorstellung eines sozialistischen Landes nichts mehr zu tun und angesichts der Geschwindigkeit, mit der sich Chinas Gesellschaft in meinen Augen zu verändern schien, musste ich mich oft fragen, ob denn das alles auch gut gehen kann. Was mich schließlich vor allem irritierte, waren die alten Symbole der Diktatur, die mit meinen Erlebnissen und Bildern von einem weitgehend modernisierten Land gar nicht zusammenpassen wollten - so etwa das gigantische Mao-Bild im Herzen von Peking oder die wehenden roten Fahnen über den gründerzeitlichen Prunkbauten Schanghais am “Bund”.

Diese Art “kognitive Dissonanz” konnte bei meinen Chinareisen in den folgenden Jahren, in denen sich der “rote Drache” allmählich zu einem der wichtigsten Spieler im globalen Kapitalismus entwickelte, nur verstärkt werden. Bei Gesprächen mit einigen chinesischen Freunden und Kollegen, die übrigens zum Teil an

renommierten Universitäten in den USA und Europa studiert hatten und - zumindest zu der damaligen Zeit noch - keine Mitglieder der KP Chinas waren, musste ich wiederum zu meiner Überraschung feststellen, dass sie so etwa beim Anblick einer wehenden roten Fahne vor dem Schanghaier World Trade Center in Pudong nicht unbedingt einen Widerspruch sahen - und überhaupt, konnten die meisten von ihnen mit dem Gegensatzpaar "Sozialismus vs. Kapitalismus" nichts oder nur wenig anfangen. Waren sie etwa zu patriotisch, um das Widersprüchliche und Paradoxe einzugestehen - oder gar einzusehen? Oder handelt es sich hier gleichsam um einen historisch bzw. kulturell bedingten Wahrnehmungsunterschied? Oder sind Chinesen etwa daran gewöhnt, mit Widersprüchen und Paradoxien einfach anders umzugehen?

Solche und viele andere Fragen über dieses Reich der Widersprüche begleiteten mich nicht nur durch meine Reisen in China, sondern stets auch auf meinem Rückweg nach Deutschland. Hierzulande konnte ich dann die Ruhe finden, mich zu sammeln und meine Eindrücke zu verarbeiten sowie mich in die Lektüre von Sachbüchern über das Land zu vertiefen - und natürlich mit Freunden und Kommilitonen darüber auszutauschen.[1] Von hier aus konnte ich zugleich das aktuelle Geschehen in China aus dem wachsamen Blick unserer Medien beobachten. Es war die Zeit, in der die "Weltwerkstatt" China bereits in aller Munde war, während viele Medienberichte aus Fernost darauf hindeuteten, dass der "rote Drache" mittlerweile im Begriff stand, als neuer "Global Player" die nächste Stufe der Globalisierung zu zünden. Um so mehr wuchs in mir die Überzeugung, dass China auf seinem Weg in die Moderne nicht nur sich selbst, sondern auch den Rest der Welt und damit ja auch uns - so oder so - nachhaltig verändern wird. Als große Herausforderung empfand ich indes herauszufinden bzw. systematisch herauszuarbeiten, wie unsere Medien selbst mit den Widersprüchen und Paradoxen des neuen Aufsteigers und seinen Veränderungen über die Zeit umgehen - zumal das Medienthema "China" immer mehr in Hochfahrt kam. Als im Olympiajahr 2008 China zum Medienrenner wurde, fühlte ich mich schließlich in meinem Vorhaben bestärkt, wie auch in meiner

[1] Parallel zum Promotionsstudium im Fachbereich Medienwissenschaft an der TU Berlin habe ich im Herbst 2006 begonnen, im Fachbereich Sinologie an der FU Berlin die chinesische Sprache zu erlernen. Dabei hatte ich die Gelegenheit viele Gleichinteressierte kennen zu lernen und mit ihnen über meine China-Erfahrungen auszutauschen.

Überzeugung, dass es sich bei dem, was in unseren Medien zu diesem Thema berichtet wird, um "Dokumente eines zeitgeschichtlichen Umschwungs"[2] handelt - oder, besser gesagt, um Dokumente über die Art und Weise, wie wir gegenwärtig diesen Umschwung empfinden, wahrnehmen und begreifen.

Abgesehen davon, dass mich das Schreiben dieser Arbeit in einer Sprache, die nicht meine Muttersprache ist, eine Menge an "Blut, Schweiß und Tränen" gekostet hat, hoffe ich doch, das Ergebnis einer sorgfältigen Analyse dieser Dokumente hier vorlegen zu können.

Diese Arbeit wäre nicht ohne den wertvollen Rat und die tatkräftige Unterstützung von Herrn Dr. Hans Geisslinger entstanden, der auch mit großer Sorgfalt die Endfassung des Manuskripts Korrektur gelesen hat. Für viele Hinweise, interessante Anregungen und konstruktive Diskussionen möchte ich mich ganz herzlich bei Prof. Norbert Bolz und Prof. Eberhard Sandschneider bedanken. Last but not least, möchte ich meinen ausdrücklichen Dank an die IKY Stiftung in Athen Griechenland für die finanzielle Unterstützung richten.

[2] Sieren 2008: 23.

Was, Warum und Wie: Gegenstand und Methode

Wenn im weiteren Verlauf dieser Arbeit von “China” die Rede ist, dann ist unter dieser Bezeichnung nicht das “wirkliche” oder etwa das “wahre” China zu verstehen. Vielmehr handelt es sich dabei ausschließlich um eine Kategorie der Massenmedien. Gegenstand der Untersuchung ist folglich nicht das, *was* in China geschieht, sondern die Art und Weise, *wie* in den Medien darüber berichtet und diskutiert wird. Es ist also nicht China, das im Mittelpunkt dieser Arbeit steht, sondern die Massenmedien und ihre Beobachtungen über Chinas Entwicklung sowie deren Auswirkungen auf den Rest der Welt. Dabei geht es auch nicht um die Frage, ob die Massenmedien durch ihre Berichterstattung etwa ein “objektives” bzw. ein mehr oder weniger “objektives” oder auch ein “verzerrtes” Bild von China vermitteln - zumal die Beantwortung dieser Frage wiederum eine Nachprüfung der von den Massenmedien jeweils vermittelten China-Bilder im Hinblick auf so etwas wie das “wirkliche” China erfordern würde. Die eigentliche Frage dieser Untersuchung ist: Anhand welcher Darstellungsformen und Beschreibungskategorien wird im deutschen Mediendiskurs das Phänomen “China” beschrieben und erfasst. Bei dieser Arbeit handelt es sich also um eine Beobachtung von Beobachtungen und Beschreibungen der Massenmedien – oder mit anderen Worten: um eine Beobachtung zweiter Ordnung im Sinne der Systemtheorie Niklas Luhmanns.[3]

Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich die vorliegende Untersuchung von thematisch verwandten Untersuchungen und Analysen unterscheiden, die sich vor allem auf das Hinweisen und Aufzeigen bestimmter Schematismen, Stereotypisierungen und Klischees in den durch die Medien konstruierten und vermittelten Chinabildern konzentrieren und letztendlich auf eine Kritik einer - in welchem Maß auch immer - voreingenommenen und unausgewogenen Berichterstattung hinauslaufen. Dazu gilt es zu bemerken, dass zur Zeit der Entstehung der Idee dieser Arbeit noch ein rechter Mangel an systematischen und empirischen Analysen der Medienberichterstattung über China festzustellen war. Damals ließen sich noch sehr wenige Untersuchungen

[3] Vgl. Luhmann 2004.

finden, welche die China-Berichterstattung in den deutschen Medien allerdings nur anhand einzelner Ereignisse analysierten und sich in ihrer Annahme einer Tendenz zur negativen Berichterstattung und zur Reproduktion vorhandener Vorurteile und Klischeevorstellungen bestätigt sahen - so etwa Tim Trampedachs Analysen der deutschen Medienberichterstattung über die Rückgabe Honkgongs an die VR China im Jahr 1998 und über den 50. Jahrestag der Gründung der VR China im Jahr 1999.[4]

Erst nach dem Jahr 2008, dem Jahr der Olympischen Spiele in Peking, war ein deutlicher Wandel im Forschungsstand zur China-Berichterstattung in den deutschen Medien zu verzeichnen. Eine umfangreiche Analyse dazu findet man insbesondere bei einer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie, die unter der Leitung der Kommunikationswissenschaftler Carola Richter (Erfurt) und Sebastian Gebauer (Essen-Duisburg) durchgeführt wurde und deren Untersuchungsmaterial sämtliche China-Beiträge der Printmedien FAZ, SZ, ZEIT, FOCUS, SPIEGEL und taz sowie des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (Tagesschau und andere spezifische Informationsformate) aus dem Jahr 2008 - und damit die beträchtliche Zahl von 8766 Beiträgen - umfasst.[5] Aus den Ergebnissen der Studie, die sich auf eine quantitative wie auch eine qualitative Inhaltsanalyse – zumindest einer Auswahl des erfassten Materials - stützen, lässt sich zum einen auf einen gewissen Pluralismus und eine Diversifizierung der Themenagenda in der Berichterstattung schließen. Zum anderen wird in der Studie aber kritisch darauf hingewiesen, dass sich etwas mehr als die Hälfte der erfassten Beiträge "lediglich in allegorischer und stereotypisierender Form auf China bezieht" und dass dabei "bestimmte offensichtlich gesellschaftlich inhärente Vorstellungen und Klischees über das Land unreflektiert kolportiert werden".[6] Darin sieht die Studie nicht zuletzt die Gefahr einer Verfestigung von "extrem versimplifizierenden und verkürzenden Klischees in der deutschen Öffentlichkeit", weshalb sie sich vornimmt - auch in Korrespondenz mit Redakteuren aus allen untersuchten Medien, die zu ihrem Zwecke befragt wurden -, konkrete Empfehlungen für eine sensiblere Berichterstattung über China und Hinweise für die

[4] Vgl. Trampedach, "Faszinosum China", 1998, "Das neue «Reich des Bösen»?", 2000. Vgl. dazu Meckel, "Die Berichterstattung über die Rückgabe Hongkongs an die VR China im deutschen Fernsehen", 1999.

[5] Vgl. Richter/Gebauer 2010.

[6] Ebd.: 10.

journalistische Praxis zu geben.[7]

Eine solche Herangehensweise wurde bei der vorliegenden Untersuchung konsequent ausgeklammert - und das aus guten Gründen, wie ich im Folgenden zu zeigen versuche. Gewiss kann davon ausgegangen werden, dass gerade in der Medienberichterstattung über ferne Länder wie China bestimmte Vorurteile und Stereotypen sowie Klischeevorstellungen kursieren, die zum Teil auf starke Simplifizierungen und Vereinfachungen abstellen. Sie zu konstatieren und zu ermitteln genügt jedoch wenig, um die damit durch die Massenmedien konstruierten Darstellungen im Hinblick auf so etwas wie die "objektive" Realität zu bewerten. Hierfür wäre man vielmehr genötigt zu zeigen, dass die "reale Realität" eben anders aussieht als in ihren Darstellungen durch die Massenmedien. Aber wie sollte das gehen? In der Wissenschaft, bemerkt Luhmann in seiner Abhandlung über "Die Realität der Massenmedien", mag man durchaus der Meinung sein, dass man die Realität besser erkennt, als sie in den Massenmedien dargestellt wird. Aber "das kann nur heißen: die eigene Konstruktion mit einer anderen zu vergleichen".[8] Ganz in diesem Sinne werden bei dieser Arbeit die Fragen, ob das, was jeweils in den Medien über China berichtet und diskutiert wird, stimmt oder nicht stimmt bzw. halb stimmt und halb nicht stimmt, genauso wie ethische Fragen im Hinblick auf die journalistische Praxis ausgeschlossen. Beschränkt man sich letztendlich auf die Überprüfung der Frage, ob das, worüber berichtet und diskutiert wird, etwa nicht stimmt, weil dabei womöglich eine einseitige Perspektive eingenommen wird, so kann man für diese Annahme relativ einfach eine Bestätigung finden.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde bei der vorliegenden Arbeit für eine Analyse des medialen Diskurses zum Thema "China" im Modus einer (zuerst) rein deskriptiv-phänomenologischen Inhaltsanalyse optiert. Dabei wurde in Anlehnung an die

[7] Dazu gehören auch Empfehlungen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Korrespondenten in China, die etwa an die Adresse der chinesischen Behörden gerichtet sind. Vgl. dazu Voglreiter, "Voraussetzungen der Berichterstattung deutscher Korrespondenten in der Einparteiendiktatur China", 2009.

[8] Luhmann 2004: 20.

forschungsleitende Vorgehensweise der sog. Grounded-Theory-Approach[9] ohne vorformulierte Hypothesen vorgegangen. Dies mag zunächst als Manko erscheinen, erweist sich jedoch bei genauerer Betrachtung als Vorteil für diese Untersuchung. Normalerweise wird von empirischen Untersuchungen erwartet, dass man zuerst wissenschaftliche Hypothesen erstellt, um sie dann auf ihre empirische Entsprechung hin zu überprüfen. Was dabei jeweils auf welche Art und Weise empirisch erforscht werden soll, hängt nicht zuletzt von der Fragestellung des Forschers und seinen damit verbundenen Thesen ab. Diese stellen jedoch in der Regel nichts anderes als mögliche, theoretisch vorweggenommene Antworten dar. Die in Fragestellung und Thesen enthaltenen Erwartungen des Forschers fließen damit, ob bewusst oder unbewusst, in die Untersuchung mit ein. Nach dem methodischen Ansatz der Grounded-Theory-Approach wird dagegen der Versuch einer systematischen Herausarbeitung "unerwarteter Funde" unternommen. Dementsprechend wurde zum Gegenstand der vorliegenden Untersuchung zunächst die Art der Thematisierung Chinas in den deutschen Medien gemacht, womit die dabei vorgenommene Analyse mit einer sehr umfassenden Fragestellung antrat. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, entstand die endgültige Fragestellung und die Struktur der Arbeit erst im Laufe der Untersuchung selbst. Sie stellen damit das Ergebnis eines Forschungsprozesses dar, ähnlich wie er auch im Ansatz des Grounded-Theory-Approach empfohlen wird - ohne jedoch, dass dabei dessen methodischen Hinweisen durchwegs gefolgt wurde.

Es war vor allem die starke Thematisierung der wirtschaftlichen und sozialen Transformation Chinas in Deutschlands Medien, die mir den Anstoß zur vorliegenden Arbeit gegeben und zugleich mein Interesse an der Frage bestärkt hat, wie die Medien selbst diesen Prozess im Wandel der Zeit beobachten. Darum habe ich mir vorgenommen, den deutschen Mediendiskurs zum Thema "China" über einen möglichst breiten Zeitraum hinweg zu erfassen. Die Entscheidung für eine Analyse der medialen Thematisierung des chinesischen Transformationsprozesses erforderte wiederum als Material der Untersuchung Texte, die nicht irgendein beliebiges Korpus bilden, sondern vielmehr als repräsentativ für den Diskurs in einer längeren

[9] Entwickelt von Glaser/Strauss, "Discovering of Grounded Theory", 1968. Vgl. dazu Strauss, "Grundlagen qualitativer Forschung", 1991; Schwab-Trap, "Methodische Aspekte der Diskursanalyse", in: Keller 2010.

Zeitspanne angesehen und analysiert werden können. Da es für einen einzelnen Forscher schlicht unmöglich wäre, selbst die wichtigsten Teile des in schriftlicher und audiovisueller Form erhaltenen Mediendiskurses zu einem so vielschichtigen Thema über mehrere Jahre hinweg zu erfassen - geschweige denn systematisch zu analysieren -, musste zuerst eine dezidierte Auswahl des Untersuchungsmaterials getroffen werden. Vor allem aus praktischen, aber auch aus theoretischen Gründen erfolgte die erste Festlegung des Materials zugunsten der Analyse von Printmedien und gegen die von elektronischen Medien.

Eine Tageszeitung - und Gleiches gilt auch für Wochenzeitschriften wie etwa die ZEIT oder der SPIEGEL - erhält nach wie vor als "klassisches Medium" bedeutendes Gewicht bei der Herausbildung von Urteilen insbesondere über Auslandsthemen. Außerdem kann die Untersuchung von Zeitungen und Zeitschriften konsequenter, umfassender und allseitiger erfolgen, als jene des wesentlich diffuseren Fernseh-Informationsangebots. Die Mediengattungen von Fernsehen und Hörfunk wurden aus der Auswahl zudem wegen der unzureichenden Zugänglichkeit ihres Archivmaterials ausgeschlossen. Presseartikel eignen sich dagegen besser für eine systematische Analyse, zumal sie heute in elektronisch aufgearbeiteter Form – sei es in der Form von CD-ROM's oder in den Internet-Portalen der jeweiligen Printmedien - archiviert und zugänglich sind. Zum Zweck der vorliegenden Untersuchung wurden schließlich folgende sechs Printmedien ausgewählt: die Tageszeitungen FAZ, SZ, WELT und taz sowie die Wochenzeitschriften ZEIT und SPIEGEL. Diese könnten auch als die wichtigsten medialen Meinungsträger in Deutschland genannt werden, die besonders in Sachen Auslandsberichterstattung die Maßstäbe setzen, während sie in ihrer Vielfalt eine breite Bandbreite an politisch-ideologischen Perspektiven anbieten.

In einem weiteren Schritt wurden aus den elektronischen Archiven der o.g. Printmedien - also per CD-ROM- und Internetrecherche - alle Beiträge[10] (d.h. Länder- und Hintergrundberichte, Titel- und Spezialthemen, Dossiers, Analysen, Kolumnen, Leitartikel sowie Glossen und Kommentare - nicht berücksichtigt wurden lediglich Nachrichten- und Kurzmeldungen) erfasst, deren Inhalt sich schwerpunktmäßig mit

[10] Dabei handelt es sich ausschließlich um Beiträge aus den Ressorts Politik und Wirtschaft sowie um Feuilleton-Aufmacher.

dem Thema “China” befasst. Dabei habe ich mich nicht nur auf die Auswertung von Titelverzeichnissen und auf Stichwortproben beschränkt, sondern die Presseartikel seit dem Jahrgang 1994 Seite für Seite überprüft. (Zu Beginn der vorliegenden Untersuchung konnte die Recherche von Presseartikeln per CD-ROM und in den Online-Archiven der meisten Printmedien bis in das Jahr 1994 zurückreichen. Im Fall des SPIEGEL war dies sogar ab dem Jahrgang 1992 möglich.)

Wegen der “Ökonomie der Zeit” war jedoch auch hierbei eine weitere Eingrenzung des Untersuchungsmaterials notwendig. Diese zweite Festlegung erfolgte zugunsten einer systematischen Analyse von Leitartikeln und Kommentaren – bzw. von Titelthemen im Fall des SPIEGEL. Diese Auswahl wurde vor allem aus zweierlei Gründen getroffen: Zum einen lassen sich darin die dramaturgischen Höhepunkte der Medienberichterstattung im Zusammenhang mit den, zumindest aus Sicht der Medien selbst, wichtigsten Ereignis-Stationen in der innen- wie außenpolitischen Entwicklung Chinas ausfindig machen - zum anderen werden dabei umfassende Bilanzen der jeweils aktuellen Entwicklungen gezogen, in denen sich auch die jeweils zentralen Beschreibungs- und Deutungskategorien sowie die vorherrschenden Argumentationsmuster im Mediendiskurs über China vorfinden lassen. Zudem fiel schon in den ersten Schritten der Untersuchung auf, dass insbesondere das Jahr 1997 - das Jahr des Ablebens des Reformarchitekten Chinas Deng Xiaoping, des offiziellen Auftritts der dritten Führungsgeneration der KPCh und der Rückkehr des kapitalistischen Hongkong unter chinesische Souveränität - einen Fixpunkt darstellt, ab dem China und sein Aufstieg zur Weltmacht immer stärker in den Fokus der Berichterstattung rückt, weshalb der Beginn des Untersuchungszeitraums auf diesen Jahrgang festgelegt wurde. Als Ende des Untersuchungszeitraumes war ursprünglich das Jahr 2008, d.h. also das Jahr der Olympischen Spiele in Peking, gedacht, was jedoch im Prozess der Untersuchung angesichts der Beschleunigung der globalen Verschiebungen durch die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre und deren Bedeutung für den weiteren Verlauf des in den deutschen Medien geführten Diskurses um China revidiert wurde. Als Ende des Untersuchungszeitraumes wurde schließlich der Monat März 2011 festgelegt. Der Untersuchungskorpus umfasst alle

Leitartikel, Kommentare sowie Titelthemen[11] zu China, die innerhalb dieses Zeitraums in den Tageszeitungen FAZ, SZ, WELT und taz sowie in den Wochenzeitschriften ZEIT und SPIEGEL erschienen sind, und besteht somit aus 896 Beiträgen (deren Titel und Jahrgänge sind am Anfang des Literaturverzeichnisses aufgeführt).

Im Zuge der systematischen Analyse des Untersuchungsmaterials ließen sich drei thematische Großfelder differenzieren, an denen sich der Mediendiskurs über China orientiert:

A. Chinas innenpolitische und innenwirtschaftliche sowie gesellschaftliche Entwicklung,
B. Chinas Außenpolitik und internationale Beziehungen sowie Außenwirtschaft- und handel, und
C. Die Frage "Wie mit China umgehen?"

Zugleich lassen sich anhand der zentralen Beschreibungs- und Deutungskategorien, die im Laufe des Diskurses hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklung Chinas und seines außenpolitischen Aufstiegs verwendet werden, drei Hauptphasen auf der Zeitachse voneinander unterscheiden:

A. Von 1997 bis 2001: Chinas Aufstieg zur Regionalmacht in Ostasien,
B. Von 2001 bis 2007: Chinas Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht, und
C. Von 2007 bis 2011: Chinas Aufstieg zum machtpolitischen Konkurrenten des Westens

Bei näherer Betrachtung der Beiträge zeigte sich in allen drei o.g. thematischen Großfeldern und differenzierten Zeitphasen die Dominanz einer problemorientierten Thematisierung von Chinas Entwicklung. Es handelt sich dabei größtenteils um Risiken und Gefahren, die aus der Entwicklung Chinas sowohl für China selbst als auch für den Rest der Welt ausgehen, sowie um Verstöße aller Art, sei es hinsichtlich der Innen- oder der Außenpolitik – etwa Verstöße gegen die Menschenrechte und die

[11] Hinzu kommen noch viele Hintergrundberichte und Analysen, die ebenfalls umfassende Bilanzen über die Entwicklung Chinas ziehen und somit große Relevanz für den Diskursverlauf aufweisen. Hier gilt noch anzumerken, dass bei der Auswahl des Untersuchungsmaterials ausschließlich Beiträge aus den Print-Publikationen der o.g. Medien berücksichtigt wurden.

Glaubensfreiheit, gegen das internationale Recht und das Völkerrecht, gegen die internationalen Regeln, gegen Umweltschutz- oder Handelsbestimmungen, gegen Urheber- und Patentrechte usw. usf. Darüber hinaus, je mehr China außenpolitisch zu erstarken scheint, desto höher scheint auch sein Bedrohungspotential zu steigen - während es in der gleichen Zeit hinsichtlich der Innenpolitik stets von Krisen bedroht erscheint. China wird also über den gesamten Zeitraum der Untersuchung hinweg größtenteils als ein Hochrisikoland wie auch als ein hochproblematischer Akteur in Weltpolitik und Weltwirtschaft angesehen und bewertet. Entsprechend wird die Frage "Wie mit China umgehen?" regelmäßig im Hinblick auf problematische Entwicklungen und daraus ergebende Risiken - sowohl für China wie auch für die übrige und allem voran für die westliche Welt - behandelt. Wohlgemerkt: Ein großer Teil der erfassten Beiträge weicht von dieser Tendenz ab. Es handelt sich dabei um Beiträge, die auf eine eher positive Entwicklung Chinas schließen lassen – auch und vor allem dann, wenn eine Eskalation in unseren Beziehungen zu China droht.

Nur als Anmerkung vorweg: Die Feststellung, dass China in den Medien hierzulande primär im Hinblick auf Probleme mit negativem Ausblick thematisiert wird, war weder unerwartet noch spektakulär. Nicht erwartet war jedoch die Wiederholung und Konstanz bestimmter Beschreibungskategorien und Argumentationsmuster über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg – und zwar bei allen untersuchten Medien.

Die Darstellungsweise des Materials folgt weitgehend dem tatsächlichen Vorgehen der Untersuchung: Die empirischen Befunde zu den drei o.g. Phasen werden in den ersten drei Teilen der Arbeit weitgehend in deskriptiv-phänomenologischer Form präsentiert (Kapitel 1 bis 3). In den anschließenden Kapiteln (Kapitel 4 und 5) werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Luhmannschen Medien- und Systemtheorie diskutiert. Im Anschluss daran werden schließlich einige allgemeine Überlegungen über die Thematisierung globaler Problemstellungen in unserer Öffentlichkeit und unseren Medien vorgestellt. Weitere Hinweise zum strukturellen Aufbau der Arbeit können dem Inhaltsverzeichnis entnommen werden. Was in den folgenden Kapiteln zu finden ist, wird hier nicht im Voraus geschildert. Leser und Leserin sollte das Weiterlesen nicht erspart werden.

1. Das System krankt: China bedroht sich selbst und seine Nachbarn

1.1 Wirtschaftsliberalisierung ohne Demokratisierung: Wie lange kann das noch gut gehen?

"So präsentiert sich China 1997, im Jahr des Ochsen, janusköpfig, mit den ewigen Gegenpolen Yin und Yang, die sich nicht ergänzen, sondern wie Feuer und Wasser entgegenstehen: wirtschaftliche Freiheit und politische Unterdrückung in einer Art Thatcherismus-Leninismus; ideologischer Anspruch und zynische Korruption; fortschrittsgläubige Weltoffenheit und kleinkarierte Bespitzelung. Wohl nie in der Geschichte der Menschheit wurden so viele Menschen in so kurzer Zeit aus ihrer Armut befreit wie in der Volksrepublik während der letzten beiden Jahrzehnte, aber kaum je wurde aus einer in Armut einigermaßen egalitären Gesellschaft so schnell und so brutal eine Klassengesellschaft. China ist die kommende Weltmacht – und ein Reich in der Krise."[12]

Aus Sicht der deutschen wie aller westlichen Medien erscheint China an der Schwelle zum 21. Jahrhundert wie ein Sonderfall der Weltgeschichte. Fast eine Dekade nach dem Kollaps des Sowjetsozialismus und dem glücklichen Ende des globalen Ost-West-Konflikts harrt in der fernen Volksrepublik das einst im liberalen Westen ausgerufene "Ende der Geschichte" noch immer seiner Einlösung. Der darin proklamierte weltweite Sieg von Demokratie und Markwirtschaft bleibt um die Jahrtausendwende noch aus - und zwar ausgerechnet im Reich der Mitte, wo der Kapitalismus schon seit Langem Einzug hält. Zwar wurde im Fall Chinas viel früher als etwa im sowjetischen Fall der Weg der Reform und Öffnung eingeschlagen, doch aller Wirtschaftsliberalisierung zum Trotz lässt in China die Demokratie noch immer auf sich warten. Mit einer Mischung aus Sozialismus und Kapitalismus sollte nun das bevölkerungsreichste Land der Erde seinen Weg ins neue Jahrtausend finden. In den Medien des wiedervereinigten Deutschland wie auch aller westlichen Demokratien jener Zeit wird dieser Sonderweg Chinas zur Modernisierung als eine historische Paradoxie betrachtet und damit als eine widersprüchliche Entwicklung mit äußerst ungewissem Ausgang wahrgenommen.

[12] "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

So präsentiert sich China - wie sich auch dem oben zitierten SPIEGEL-Beitrag entnehmen lässt - in der deutschen Presseberichterstattung aus dieser Zeit: gefangen im Widerspruch einer fundamentalen Ungleichzeitigkeit. Zwei Jahrzehnte anhaltender Wirtschaftsreformen und die seit Anfang der neunziger Jahre eingeleitete Marktöffnung hätten das einstige Reich der "blauen Ameisen"[13] revolutioniert und ins Zeitalter der Globalisierung katapultiert, inzwischen hole das Land seinen Rückstand sogar im Zeitraffer auf, bekommt man in den damaligen Berichten über China zu lesen. Atemberaubend sei das Tempo der Modernisierung, ungeheuer das Potential des Riesenreiches - so die eine Seite der Medaille. Doch wider den Grundstrom der Zeit - so die andere Seite - regiert im Milliardenreich China noch immer das Recht einer roten Einparteien-Diktatur alten Stils. Dabei scheint jene Partei, die die Demokratiebewegung im Jahr 1989 am Pekinger Platz des Himmlischen Friedens niederschlagen ließ, dazu gewillt, "das Ideologie- und Machtmonopol für die Moderne"[14] zu behalten. Anstatt von Klassenkampf und Diktatur des Proletariats, urteilen einhellig die Kommentatoren der deutschen Presse, habe sich nun die ein halbes Jahrhundert alte kommunistische Partei Chinas den wirtschaftlichen Fortschritt auf die Fahnen geschrieben. Ihr schwebe eine "Musterdiktatur mit beachtlicher ökonomischer Freiheit, aber rigider politischer Beobachtung" vor, bemerkt dazu der SPIEGEL kurz nach dem Tod des Reformarchitekten Chinas Deng Xiaoping im Februar 1997.[15]

Das Mischsystem von Marktwirtschaft und Diktatur, das der pragmatische Kurs Dengs - etwa nach dem Credo "Kapitalismus gleich, Demokratie vielleicht irgendwann"[16] - hervorbrachte, habe jedoch zugleich das einst einförmige, verschlossene Reich Maos zu einem Reich der Widersprüche und Extreme verwandelt, berichten indes die Kommentatoren der heimischen Presse und stellen dabei fest: Dengs Reformmodell stoße schon längst an seine Grenzen, das neue kapitalistische China lasse sich immer schwerer mit den dirigistischen Methoden einer sozialistischen Diktatur regieren. Je tiefer schließlich der Wandel mit all seinen negativen Begleiterscheinungen ins wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben des

---

[13] Vgl. "Dengs revolutionärer Umsturz", FAZ, 21.02.1997.
[14] Vgl. "Die KPCh ohne Kommunismus", FAZ, 29.06.2001.
[15] "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.
[16] Vgl. "Hochgefühl und Katerstimmung", FAZ, 02.07.1997.

Landes greift - so die allgemeine Annahme dazu -, desto schneller dürfte das alte diktatorische Regime in eine tiefe Legitimationskrise geraten. Damit drängt sich die Frage auf: Wie lange noch lässt sich der Anachronismus des politischen Systems in Chinas Fortentwicklung aufheben?

Diese Frage, ob latent oder ausformuliert, durchzieht fast alle in dieser Arbeit erfassten Beiträge, die sich in den Jahren 1997 bis 2001 mit dem innenpolitischen Ist-Zustand des postkommunistischen China befassen.[17] Vom Tod des "letzten Kaisers" Deng Xiaoping und der Machtübernahme durch ein Führungskollektiv zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik im Jahr 1997, über die Turbulenzen der asiatischen Wirtschaftskrise in den Jahren 1998 und 1999, bis zum Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation im Jahr 2001 – immer wieder stellt sich in den zeitgenössischen China-Kommentaren der deutschen Presse die gleiche brennende Frage: Wie wird das chinesische Experiment ausgehen? So lässt sich in der damaligen Berichterstattung der deutschen Presse über China die dramatische Entwicklung eines Landes verfolgen, das sich auf einer permanenten Gratwanderung befindet: zwischen modernem Kapitalismus nach dem neuen Zeitgeist der globalen Ökonomie und einem veralteten politischen System aus dem Zeitalter der Ideologien.

Eine solche paradoxe Entwicklung - darin stimmen fast alle China-Kommentare aus dieser Zeit überein - könnte doch auf Dauer nicht gut gehen. Ohne politische Reformen, ja ohne einen Systemwechsel zur Demokratie, so argumentieren die Kommentatoren, würde Chinas System mit Notwendigkeit ständig krisenbedroht bleiben. Letztendlich könnten die historisch beispiellose Dynamik der entfesselten Volkswirtschaft Chinas und der damit einhergehende Umschwung seiner Gesellschaft kaum noch lange anhalten, ohne auch das bestehende System in seinen Grundfesten zu erschüttern. Diesem Argumentationsmuster - das sich noch bis heute im deutschen Mediendiskurs zur modernen Entwicklung Chinas wieder findet - liegt die Kernannahme zugrunde, die besagt: Es kann keine Wirtschaftsliberalisierung ohne nachfolgende Demokratisierung geben. Ausgehend von dieser Prämisse wie auch von der allgemeinen Feststellung, dass trotz der

[17] Dabei geht es um etwa ein Drittel aller in diese Arbeit einbezogenen Beiträge, die im genannten Zeitraum erschienen sind. Genauer genommen sind das 92 von insgesamt 232 Titeln.

Fortsetzung des von Deng Xiaoping initiierten Reformkurses ein echter demokratischer Wandel im postkommunistischen China immer noch nicht in Sicht ist, dreht sich der Chinadiskurs in der deutschen Presse zu Ende des 20. Jahrhunderts primär um die Frage nach der Stabilität des im Umbruch befindlichen Landes.

1.1.1 Die Stabilität des Riesenreiches in ernster Gefahr

Wohin geht also China? Was erwartet das rote Reich der Nachfahren Maos in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts? Wie lange kann die Dynamik seines entfesselten Kapitalismus mit jener Harmonie noch auskommen, die die kommunistische Partei unter dem Segen des greisen Führers Deng Xiaoping seit der blutigen Niederschlagung der Tiananmen-Revolte von 1989 dem Milliarden-Volk verordnet hat? Werden die neuen Führer auch in der Ära nach Deng dem pragmatischen Kurs der Wirtschaftsreformen treu bleiben? Und wann ist schließlich der Moment erreicht, an dem die fortschreitende Liberalisierung der Wirtschaft ins politische Leben übergreift, ohne dass die bisherige Entwicklung das Riesenreich in eine tiefgreifende Krise stürzt? Das sind die brennenden Fragen zu Chinas Entwicklung, die in der deutschen Presse über den Zeitraum von 1997 bis 2001 immer wieder erneut aufflammen.

Allen voran der Tod von Deng Xiaoping zu Anfang des Jahres 1997 lässt in der China-Diskussion der deutschen Presse diese Fragen aufkommen. Das Ableben des Mannes, der seit Ende der siebziger Jahre als “oberste Autorität” des chinesischen Volkes zu gelten hatte, sollte nach allgemeiner Einschätzung der Pressekommentatoren eine kaum zu schließende Lücke in die Reihen von Chinas Machthabern reißen. Damit bestünde nicht zuletzt die Gefahr eines politischen Bebens, das ganz China in eine Phase der Instabilität stürzen könnte. Im Hinblick auch auf die bevorstehende Übernahme des kapitalistischen Hongkong, die in der heimischen Presse ohnehin mit großen Herausforderungen für das sozialistische Mutterland verbunden wird, erhält diese Entwicklung enorme Brisanz. Würde Chinas kommunistische Regierung ohne ihren charismatischen Führer Deng die neuen Herausforderungen, die die Zukunft an das Land heranträgt, überhaupt meistern

können? Sind die vom KP-Patriarchen bestellten Nachfolger in der Lage, mit den Widersprüchen der postkommunistischen Gesellschaft Chinas fertig zu werden? Oder würden der letzte Abschied von Deng Xiaoping zusammen mit dem Eintritt des Hongkong-Kapitalismus den Zusammenhalt des Reiches in akute Gefahr bringen?

"Der "letzte Kaiser" Deng Xiaoping ist tot, 1997 wird zum Schicksalsjahr für das Reich der Mitte"[18], titelt der SPIEGEL vor diesem Hintergrund unter Hinweis auf den anstehenden Machtwechsel in Hongkong. *"Im Jahr des Ochsen zieht China tiefe Furchen: 1997 wird für die Chinesen das Jahr der Polarisierung"*[19], titelt zur gleichen Zeit auch die WELT mit Blick sowohl auf Hongkong als auch auf den 15. Parteitag der chinesischen Kommunisten, der im Herbst des gleichen Jahres die Weichen für das nächste Jahrtausend stellen sollte. Mit dem Begriff "Polarisierung" ließe sich schließlich die innenpolitische Lage Chinas - zumindest nach damaliger Darstellung der heimischen Presse - auch unabhängig vom Tod Dengs zusammenfassen. Zwar sei die rote Volkswirtschaft am Boomen und dazu übernehme Peking mit der Heimkehr Hongkongs eine der wichtigsten Wirtschaftsmetropolen der Welt - so schnell wie die Wirtschaft wachsen jedoch auch die gesellschaftlichen Risiken für die im Strukturwandel befindliche Volksrepublik, stellen die meisten Kommentatoren fest. Durch den Zerfall der alten sozialistischen Strukturen und die Zerschlagung der "eisernen Reisschale"[20] würde Millionen von Arbeitern die Existenznot drohen, warnt etwa die SZ. Vor allem die bankrotten Staatsunternehmen, diese "Dinosaurier des Sozialismus" seien eine Zeitbombe für das Land, bemerkt dazu das gleiche Blatt und ergänzt: In die Hoffnung auf Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität mische sich in Chinas Bevölkerung indes die Angst vor der Massenarbeitslosigkeit - der soziale Frieden gerate immer mehr in Gefahr. *"Das Jahr des Ochsen signalisiert für viele Chinesen Aufbruch, Fortschritt, Chance - aber auch große Risiken, Führungswechsel, Unruhen",* fasst der SPIEGEL in seinem Titelthema zu Dengs Tod die Lage zusammen.[21]

Ob aber die Nachfolger von Deng den neuen Herausforderungen gewachsen sind,

---

18 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

19 "Im Jahr des Ochsen zieht China tiefe Furchen", WELT, 04.02.1997.

20 "Drohende Leere in der eisernen Reisschale", SZ , 17.05.1997. Vgl. dazu "China wartet auf den kühnen Schritt", SZ , 31.12.1997.

21 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

vor denen China zu Ende des 21. Jahrhunderts steht, wird in den meisten zeitgenössischen Kommentaren der deutschen Presse stark bezweifelt. Insbesondere die ZEIT und die SZ warnen vor der akuten Gefahr für die Stabilität Chinas durch das Macht- und Autoritätsvakuum, das der Tod des "letzten Kaisers" hinterlässt. *"Es gibt keinen Kaiser mehr, Deng Xiaoping ist tot, Apparatschicks regieren jetzt das Land"*, kommentiert die ZEIT zum Tod Dengs - und fügt hinzu: *"Aber warum wirkte die Parteiführung, die sich am Montag vor dem aufgebahrten Leichnam Dengs dreimal verbeugte, so verloren, so verlassen? Vielleicht, weil China im Kern eine feudalistische Gesellschaft geblieben ist, in der Autorität von Personen ausgeht, nicht von Institutionen."*[22] Ähnlich schreibt zur gleichen Zeit auch die SZ: *"Mao hat China geeint, Deng hat es reich und stark gemacht. Jetzt stehen die Nachfolger bereit: blasse Verwalter seines Erbes. Es übernimmt der Apparat."*[23] Die ZEIT fühlt sich sogar dabei an die Zäsuren der Jahre 1976 und 1989 erinnert, in denen der Tod großer Staatsführer das Land in seinen Grundfesten erschütterte. So drängt sich den ZEIT-Kommentatoren die Frage auf: Wird sich nun im "Schlüsseljahr 1997" die Geschichte wiederholen?

Das Einzige, was China vor der Krise bewahren könnte - bemerken einstimmig ZEIT und SZ -, wäre nur noch die Reformierung seines politischen Systems, die Deng mit seiner auf die Wirtschaft begrenzten Reformpolitik jahrzehntelang vermissen ließ. Doch auch die neue Führungsgeneration der KPCh zeigt sich aus Sicht der beiden Medien weder willens noch fähig, sich aus der politischen Verkrampfung der Ära Deng zu lösen. In diesem Sinne kommentiert die SZ: *"Eigentlich bräuchte China jetzt einen jungen Deng Xiaoping. Deng hatte es ja noch relativ einfach; China lag 1978 gefesselt am Boden, er musste nur die Kräfte von der Kette lassen. Die Reform weiterzudrehen wird ungleich schwieriger, als sie loszutreten. Ganz gleich jedoch, wen aus der Riege der Nachfolger (die alle um die 70 sind) man sich ansieht: Visionen, politische Reformen sind aus der Riege der Nachfolger nicht zu erwarten, dafür hat keiner von ihnen die Statur, den Mut und die Autorität Dengs."*[24] Die Suche nach einem chinesischen Gorbatschow unter Dengs bestellten Nachfolgern wäre doch vergebens, stellt ihrerseits auch die ZEIT fest - und fährt fort: *"In der Volksrepublik zweifelt auch kaum jemand an der Richtigkeit der Reihenfolge:*

[22] "Die Angst der Apparatschicks", ZEIT, 28.02.1997.
[23] "Der letzte Kaiser ist tot, jetzt regiert der Apparat", SZ, 20.02.1997.
[24] Ebd.

wirtschaftlicher Aufschwung zuerst, politische Reform später. Nur wie weit darf eine solche Reform gehen, und wann darf sie kommen?"[25]

Aber auch aus Sicht der FAZ und der WELT, die zum selben Zeitpunkt über geordnete, stabile Verhältnisse in China berichten, scheint das Land in einem politischen Stillstand zu verharren.[26] Dieses Bild wird in den Kommentarspalten der beiden Tageszeitungen auch einige Monate später zum Auftakt des 15. Parteitags der chinesischen Kommunisten geliefert, bei dem sich Chinas neue Führungsgeneration präsentierte. Der Machtübergang in ein Führungskollektiv stehe im Zeichen der Kontinuität der Reformpolitik Dengs, das wirtschaftliche Wachstum bleibe an der Schwelle zum neuen Jahrtausend die Maxime der Politik von Chinas Kommunisten - und so bleibe "Stabilität für den wirtschaftlichen Aufbau" das Mantra der chinesischen Führung, kommentieren dabei die FAZ und die WELT. Hierzu bemerkt die FAZ: *"Der Schock über den Zusammenbruch des Sowjetsystems und die Angst vor dem Chaos erst der "Kulturrevolution" und dann der Studentenrevolte im Mai 1989 sitzen noch tief. Chaos, so behaupten selbst aufgeklärte Kommunisten, werde nur das zentrale Ziel, das Wirtschaftswachstum, gefährden. Die Ansätze zu politischen Reformen wird man noch lange mit der Lupe suchen müssen."*[27] So bemerkt zur gleichen Zeit auch die WELT: *"Als fernes Ziel der gegenwärtigen Politik gilt noch immer der als ideale Gesellschaftsform gesehene Kommunismus"*, und ergänzt: *"Allerdings hält Chinas Führung auch bei solchen Beteuerungen mit dem Dengschen Pragmatismus. Ohne das vorgebliche Fernziel des Kommunismus könnte sie ihren Anspruch auf absolute Autorität nicht aufrechterhalten. Auf Pekings politischer Bühne wird damit die chinesische Version eines westlichen Stoffs aufgeführt. Titel: Des Kaisers neue Kleider."*[28]

Ähnliche Töne schlagen in ihren Kommentaren zum Auftritt der neuen Führungsgeneration in Peking auch die ZEIT und die SZ an. *"Staats- und Parteichef Jiang Zemin hat auf dem 15. Parteitag der Kommunisten eine in reinem "Deng" gehalten. Das Deng-Prinzip besteht aus zwei Teilen. In der Wirtschaft: mutige, ja halsbrecherische Experimente. Doch in der Politik: sture Verweigerung demokratischer Reformen. Für das Volk heißt es, reich werden und den Mund halten;*

---

25 "Die Angst der Apparatschicks", ZEIT, 28.02.1997.

26 Vgl. "Dengs revolutionärer Umsturz", FAZ, 21.02.1997, "China nach Deng", WELT, 21.02.1997.

27 "Wandel durch Stabilität", FAZ, 20.09.1997.

28 "Des Kaisers alte Kleider", WELT, 13.09.1997.

für die Partei, sich mit Händen und Füssen an der Macht festkrallen. Politische Reformer, die sich vor dem Parteitag in erstaunlicher Zahl zu Wort gemeldet hatten, wurden enttäuscht", kommentiert die SZ - und fährt fort: *"Wie weit die Schere zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Erstarrung sich noch öffnen lässt, ist die chinesische Schicksalsfrage."*[29] Ähnlich kommentiert auch die ZEIT: *"Eine prächtige Bilanz. Im Ausland ist das Vertrauen in die Pekinger Wirtschaftspolitik groß. Tag für Tag fließen Investitionen von hundert Millionen Dollar in die Volksrepublik. Eine neue Studie der Weltbank ("China 2020: Development Challenges in the New Century") prognostiziert, dass die chinesische Volkswirtschaft, die in den vergangenen zwanzig Jahren um das Vierfache gestiegen ist, in den kommenden zwei Dekaden noch einmal um das Siebenfache wachsen könne (...) Der Widerspruch jedoch bleibt: Halsbrecherisches Tempo bei der wirtschaftlichen Modernisierung, Stillstand bei der politischen Erneuerung: eine Ungleichzeitigkeit, die auf Dauer nicht funktionieren kann."*[30]

Was sich angesichts des geordneten Machtübergangs in Peking noch als mögliches Szenario abzeichnet, nimmt vor dem Hintergrund der Finanz- und Währungskrise, die bereits seit dem Frühjahr 1997 in ganz Ostasien ihre Kreise dreht, feste Gestalt an: in Folge einer "Ansteckung" durch seine taumelnden Nachbarn könnte nun China mächtig ins Trudeln geraten - warnt immer häufiger die Presse in Deutschland. Ausgerechnet in Hongkong mehren sich indes allmählich die Warnzeichen. *"Die Krise in Hongkong bringt den globalen Kapitalismus vor die Türen des Pekinger Politbüros"*, meldet die FAZ kurz nach dem Crash an der Hongkonger Börse im Oktober 1997.[31] Dadurch bekomme auch China "die harten Gesetze und Unwägbarkeiten des internationalen Marktes zu spüren." Die kapitalistische Perle, die mit ihrer Heimkehr der alten Großmacht neuen Glanz verleihen sollte, könnte damit zur schweren Last für Chinas kommunistische Führung werden, prognostiziert das gleiche Blatt - wie auch die WELT und der SPIEGEL schon vor der Machtübergabe in Hongkong im Hinblick auf das Experiment "Ein Land, zwei Systeme" prognostizierten[32] - und stellt dabei fest: *"Für die chinesische Regierung wird es schwerer werden, zwischen Dirigismus und Markt zu balancieren. Auf die*

---

29 "Im Schatten des Übervaters", SZ, 15.09.1997.

30 "Aus Dengs Schatten", ZEIT, 26.09.1997.

31 "Von Hongkong aus", FAZ, 29.10.1997.

32 "In chinesischem Ernst", WELT, 23.01.1997, "Der Triumph des Drachen", SPIEGEL, 26.05.1997.

Dauer ist es eben unmöglich, in einem Land zwei Systeme zu haben."[33] Schließlich könnte der asiatische Virus über Hongkong ins chinesische Festland überschwappen, wo die kommunistischen Machthaber mit ihrem teilreformierten Mischsystem in derselben Zwickmühle stecken – bemerken sowohl die FAZ als auch der SPIEGEL, die WELT, die SZ und die ZEIT.[34]

Während der Jahre 1998-99 werden die Warnungen der deutschen Presse vor einer Ansteckung Chinas durch die Asienkrise immer eindringlicher: die Stabilität des chinesischen Riesenreichs befinde sich bereits in ernster Gefahr, die große Krise könnte unmittelbar bevorstehen - warnen nunmehr Deutschlands Pressekommentatoren. Diese Einschätzung wird vor allem damit begründet, dass ein Wachstumseinbruch in China durch die Folgen der asiatischen Wirtschaftskrise die letzte Legitimationsgrundlage seines ideologisch bankrotten Systems endgültig auflösen würde. Damit könnte sich das wirtschaftliche unmittelbar in ein politisches Problem verwandeln. *"Die kommunistische Partei sucht und findet ihre Herrschaftslegitimation im alltäglichen Abschwören der marxistischen Utopie. Sie lebt mithin in einem Widerspruch, der sich nur durch kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung überdecken lässt"*, kommentiert die WELT im Sommer 1998 - und schließt daraus: *"Ein ökonomischer Einbruch brächte das System in Lebensgefahr, das Paradox würde unvermittelt in die politische Krise umschlagen."*[35] *"Schon jetzt zählen die Städte 18 Millionen Arbeitslose. Und jedes Prozent weniger an Wachstum kostet Millionen neu zu schaffender Arbeitsplätze. Die Leute murren, Demonstrationen sind an der Tagesordnung"*, berichtet ihrerseits die SZ einige Monate später - und zieht den gleichen Schluss: *"Für Chinas KP, die nach dem Ableben des Marxismus ihre Herrschaft beim Volk mit der Hebung des Wohlstands legitimiert, ist die Lage prekär."*[36] Inzwischen "wächst die Gewaltbereitschaft in China schneller als die Wirtschaft"[37], die "Bedingungen für einen Aufstand stimmen"[38],

---

33 "Von Hongkong aus", FAZ, 29.10.1997.

34 Vgl. "Ein neues Zeitalter", WELT, 01.07.1997, "Die andere Revolution", ZEIT, 02.05.1997, 22.01.1997, "Wegscheide Hongkong", SZ ,28.06.1997, "Der Triumph des Drachen", SPIEGEL, 26.05.1997.

35 "Das „Mandat des Himmels" und der Preis des Unpolitischen", WELT, 04.07.1998.

36 "Chinas Reformer marschieren zurück", SZ, 31.10.1998. Vgl. dazu "Jahr des Tigers, Jahr der Krise", SZ, 27.01.1998.

37 "Chinas Wirtschaft sieht sich schweren Zeiten entgegen", WELT, 07.01.1999. Vgl. dazu "China in Bombenstimmung", WELT, 13.02.1999.

38 "Vor dem Sturm", SPIEGEL, 01.02.1999.

warnen zu Anfang des Jahres 1999 in ihren China-Berichten die WELT und der SPIEGEL. *"China in Bombenstimmung"* titelt dabei die WELT unter Hinweis auf die wachsenden sozialen Spannungen im Reich der Mitte und kommentiert dazu: *"Nach zwanzig Jahren Reformen beginnen die Verlierer den Ton anzugeben. Anzeichen der Unruhe unter der 1,3-Milliarden-Bevölkerung häufen sich (...) So wie zwanzig Jahre Wirtschaftsaufschwung Chinas Einparteienherrschaft immer wieder legitimierten, so führt der von der Asienkrise verstärkte ökonomische Abschwung die KP nun in die Krise. Wenn es mit der Wirtschaft weiter bergab geht, wird Peking den Schulterschluss einer wütenden Landbevölkerung mit arbeitslosen Städtern und anderen Unzufriedenen nicht verhindern können."*[39]

Unter der Annahme dieser Krisenanfälligkeit des chinesischen Systems geben die drei Tageszeitungen FAZ, SZ und WELT sowie das Wochenmagazin SPIEGEL über den gesamten Zeitraum von 1998 bis 1999 immer wieder die gleiche Warnung: auch wenn sein Wirtschaftsaufschwung weiter geht, sei doch China "keine Insel der Stabilität". Diese Warnung geht nicht zuletzt an die Adresse all jener internationalen Investoren und Beobachter sowie westlichen Politiker, von denen China bis dato geradezu als ein Hort der Stabilität angesehen wird. "Unberührt von den Währungs- und Börsenturbulenzen in Ost- und Südostasien" stelle China - so die FAZ - "gewiss eine unerfreuliche Diktatur"[40] dar, die aber durch die Garantie von Ruhe, Ordnung und Sicherheit als alternatives Anlageland in der Region besonders attraktiv wirkt. Doch der Anschein von Stabilität und Fortschritt, fügt das gleiche Blatt hinzu, trügt - und zwar in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht. Besonders der Anschein des atemberaubenden Fortschritts in den Vorzeigemetropolen der chinesischen Ostküste würde über die gewaltigen Probleme des Riesenreiches hinwegtäuschen. *"Westlichen Besuchern, die Peking oder Schanghai einige Jahre nicht gesehen haben, verschlägt es den Atem. Der Fortschritt ist dramatisch: Überall schießen Tausende von Hochhäusern empor, die Staus im Verkehr der anderthalb Millionen Autos allein in der Metropole Peking sind unvorstellbar"*, schreibt die FAZ im März 1998 - und ergänzt: *"Der Abschied vom selbstgemachten Erscheinungsbild der "blauen Ameise" kann jedoch leicht in die Irre führen. Wer von den Besuchern merkt schon, dass vierzig Prozent der Büroflächen leer stehen? Wer weiß schon, dass die meisten Joint-ventures Verluste machen? Wer sieht die Armut in den Vororten und*

---

[39] "Chinas gefährliche Jahrestage", WELT, 07.01.1999.

[40] "China auf einer Gratwanderung", FAZ, 09.02.1998.

das Leid der Millionen Arbeitslosen?"[41]

Diesen Widerspruch zwischen Schein und Sein hebt auch die SZ ein Jahr später in einem Beitrag zum 50. Jahrestag der VR China hervor, vor allem unter Hinweis auf den Anachronismus des chinesischen politischen Systems: *"Es gibt kaum einen ausländischen Besucher, der nicht beeindruckt wäre von den Glitzerbauten in Schanghai und Kanton. Das muss ein neues Land sein, sagen sie. Sie haben Recht. Schauten sie jedoch unter die Oberfläche, würden sie sehen: Die Partei ist noch die alte. Sie ist eine Meisterin im Blenden des Auslands – doch regelmäßig lüpft sie ihre Maske. Das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens 1989 war so ein Moment."*[42] Auch die taz gibt zu dieser Zeit eine deutliche Warnung an alle westlichen Politiker: *"Noch gelingt es der KP, sich als Garantin der Stabilität zu verkaufen. Dafür erntet sie die Zustimmung von westlichen Politikern, die aus Angst vor chaotischen Zuständen nicht bereit sind, die Dinge beim Namen zu nennen. Dabei könnten sie den gleichen Fehler begehen wie gegenüber Indonesiens Suharto, der ein Pulverfass hinterließ. Mit schwindender Legitimität wird der Druck auf die KP wachsen, das politische System zu öffnen. Nur so lässt sich der für weitere Reformen notwendige Konsens erzielen. Sollte Chinas KP eine politische Liberalisierung weiter ablehnen, könnte sie verantwortlich werden für künftige Instabilität."*[43] Dazu bemerkt seinerseits der SPIEGEL: *"Wenn die Volksrepublik politische Konzessionen versäumt, marschiert sie ähnlich ihren europäischen Bruderstaaten langsam, aber zielsicher in die Wirtschaftskatastrophe. China vor dem Sturm: Eine wirtschaftliche Wende ist unausweichlich, der soziale Protest eskaliert, das Regime aber scheut eine Liberalisierung als Ventil."*[44]

Die stetigen Warnungen vor den Gefahren, die hinter dem Anschein von Fortschritt und Stabilität lauern sollten, durchziehen die Pressekommentare zu China auch über die turbulenten Zeiten der asiatischen Wirtschaftskrise hinaus. Anlass für Warnungen vor hohen Stabilitätsrisiken bietet nun ab Ende des Jahres 1999 vor allem der anstehende Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation. Dabei scheint die rote Volkswirtschaft im Vorfeld des WTO-Beitritts Chinas von der asiatischen Finanzkrise weitgehend verschont geblieben zu sein - das chinesische Wachstumswunder setze

41 "Reform in der Krise", FAZ, 20.03.1998.
42 "Gefeiert wird die große Katastrophe", SZ, 01.10.1999.
43 "Es droht eine Zeit der Instabilität", taz, 19.12.1998.
44 "Es droht eine Zeit der Instabilität", SPIEGEL, 19.12.1998.

sich unvermindert fort, bekommt man in der heimischen Presse zu lesen. Selbst in den Zeiten der weltweiten Rezession, die durch das Platzen der New-Economy-Blase ausgelöst wurde, bleibe das Reich der Mitte ein “Reich des Wachstums”, bemerkt die ZEIT kurz nach dem Eintritt Chinas in die WTO zu Ende des Jahres 2001.[45] Doch die Krisengefahr scheint nach Darstellung der deutschen Presse noch immer latent vorhanden zu sein.

Zwar wird Chinas WTO-Beitritt als “Abschied vom Ideal der nationalen Souveränität und den Autarkiebestrebungen der Mao-Zeit”[46] und als “Bekenntnis zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung”[47] weitgehend begrüßt: Mit diesem historischen Schritt zum Anfang des 21. Jahrhunderts, der wohl den radikalsten Einschnitt im Übergang Chinas von der Plan- zur Marktwirtschaft seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Jahr 1978 signalisiert, würde sich “das größte Entwicklungsland der Welt und eine der einflussreichsten Volkswirtschaften der Zukunft in die globale Ökonomie” integrieren, kommentiert etwa die WELT vor dem Hintergrund der Beitrittsverhandlungen zwischen China und der WTO im September 2000.[48] Zugleich scheint jedoch dieser gewaltige Schritt aus Sicht der meisten Kommentatoren mit erheblichen Gefahren für die Stabilität des Landes verbunden zu sein. Für die sog. “sozialistische Marktwirtschaft” würde der Prestigeerfolg von Chinas Reformern zuerst “ein Pulverfass”[49] bedeuten - in der sozialen Frage in Stadt und auf Land käme der KP-Führung “über die Globalisierung politischer Sprengstoff ins Haus”[50], warnt die WELT wiederholt im Vorfeld von Chinas WTO-Beitritt. Mit einem Schlag würde die rote Volkswirtschaft der globalen Marktöffnung ausgesetzt. Der gesamten Wirtschaftsstruktur des riesigen Landes stünde damit eine harte Probe bevor. Vor allem den überschuldeten Staatsbetrieben und der monströsen Bürokratie Chinas drohe durch den Beitritt in die WTO endgültig das Aus, schreibt im gleichen Zeitraum ihrerseits die FAZ - und fährt fort: *“Massenentlassungen können zu Demonstrationen und Unruhen führen, und niemand weiß, wie weit der Zorn der vom Sozialismus im*

45 “Im Reich des Wachstums”, ZEIT, 25.10.2001.
46 “Chinas Sprung nach vorn”, FAZ, 12.10.2000.
47 “Der zweite Mauerfall”, ZEIT, 18.11.1999.
48 “China und die WTO”, WELT, 21.09.2000.
49 “Pekings WTO-Beitritt wird die Weltwirtschaft verändern”, WELT, 16.11.1999.
50 “China und die WTO”, WELT, 21.09.2000.

Stich gelassenen Arbeiter und Staatsangestellten gehen wird."[51] Aber auch die chinesische Landwirtschaft stünde gleichermaßen vor großen Umwälzungen. Dabei, so die FAZ weiter, gibt es bereits "mehr als 100 Millionen Wanderarbeiter in den ländlichen Gebieten, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr finden". Unter diesen Bedingungen könnten die Alarmglocken in Peking bald schrillen – bemerkt auch die SZ nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zwischen China und der WTO zu Ende des Jahres 2001: *"Grosse Änderungen stehen bevor: der Führer wird wechseln, und die WTO-Regeln sollen greifen. Manche werden sie selig machen, Millionen aber arbeitslos. Unter der Oberfläche aber ducken sich Angst und Nervosität bei den Herrschern, Angst und Zorn bei vielen Untertanen. Unwägbarkeiten zuhauf. Nur eines ist sicher: Flüchtig ist das Glück."*[52]

Nach dieser Schilderung sollte Chinas Beitritt zur WTO vor allem tiefgreifende Veränderungen in seinem politischen System nach sich ziehen. Auf die Ernsthaftigkeit der Lage reagiert dennoch das Pekinger Regime - bemerken einstimmig die WELT, die FAZ und die SZ - mit verschönenden Statistiken und Pressekontrollen, um die Dramatik der Situation so weit wie möglich herunterzuspielen. *"Längst kämpft das exportstarke Riesenreich um einen Platz in der Weltwirtschaft ganz vorne, für den es auch bereit ist, seine Märkte zu öffnen. Politisch aber will es seine Abhängigkeit von der Globalisierung lieber an das Ende stellen"*, stellt die WELT im Herbst 2000 fest.[53] Zur selben Zeit kommentiert ihrerseits die FAZ: *"Die Parteiführer haben bisher noch keinerlei Bereitschaft gezeigt, den wirtschaftlichen Reformen auch Veränderungen des politischen Systems folgen zu lassen. Über zwei Jahrzehnte weiterreichende Wirtschaftsreformen hat die Partei ihre Alleinherrschaft mit harten Mitteln retten können, nun soll ihr das auch im Zeitalter der globalen Ökonomie gelingen. Doch der chinesischen Wirtschaft stehen schwierige Zeiten bevor, und der Bevölkerung, die gerade einen Geschmack von mehr Wohlstand bekommen konnte, werden Opfer abverlangt. Ob die Partei politische Reformen selbst einleitet oder ob ihr die Macht abgerungen werden muss, wird sich im Umstrukturierungsprozess der nächsten Jahre erweisen."*[54]

Trotz seines anhaltenden Rekordwachstums erscheint also China auf seinem Weg

---

51 "Chinas Sprung nach vorn", FAZ, 12.10.2000.
52 "Die große Insel der Seligen", SZ, 28.12.2001.
53 "China und die WTO", WELT, 21.09.2000.
54 "Chinas Sprung nach vorn", FAZ, 12.10.2000.

ins 21. Jahrhundert - zumindest in seiner Darstellung durch Deutschlands Presse - stets von einer großen Krise gefährdet. Damit scheint der entfesselte Drache, vor dessen Erwachen einst Napoleon vorwarnte, auf tönernen Füssen zu stehen – mit der Gefahr, dass er jederzeit in sich zusammenbrechen könnte. Schließlich wird Chinas Potential, so die damalige Diagnose der heimischen Presse, durch ein abgewirtschaftetes politisches System eingeschränkt, das mit seinen chronischen Problemen die Weiterentwicklung des Landes blockiert.

1.1.2 Das System gebiert Ungerechtigkeit

Die Dynamik der rasenden Modernisierung, die Chinas Gesellschaft laut den damaligen Berichten der deutschen Presse dank der Reformpolitik Deng Xiaopings durchleben durfte, scheint aus Sicht eben dieser Berichte durch eine fundamentale Schattenseite getrübt: das Milliardenreich – so liest man aus den meisten Berichten heraus – sei dabei, sich in ein Reich der Ungerechtigkeit zu verwandeln. Vor allem in den China-Beiträgen des SPIEGEL und der SZ zeichnet sich das Bild eines Landes ab, das im Zuge einer turboschnellen Entwicklung aus allen Nähten platzt. Auf dem Weg zu einer alle historischen Vergleichsmaßstäbe sprengenden Modernisierung habe sich die einst egalitäre Gesellschaft Chinas in eine brutale Klassengesellschaft verwandelt - eine “Todsünde des Sozialismus”, bemerkt etwa der SPIEGEL in einem Beitrag aus dem Jahr 1999.[55] Von wuchernder Korruption und moralischem Zerfall in Chinas Gesellschaft ist hier die Rede. Diese Phänomene werden nicht zuletzt als Auswüchse einer Fehlentwicklung betrachtet, die durch die immerwährende Weigerung demokratischer Reformen vorangetrieben wird.

Dabei werden die Vorteile der schrittweisen Reformen Dengs für die Entwicklung Chinas von allen Medien klar eingeräumt. Mit seiner für das damalige China revolutionären Parole “Reich ist ruhmvoll” und mit seinen Wirtschaftsreformen - bemerkt der SPIEGEL anlässlich von Dengs Tod im Jahr 1997 - habe der “letzte Kaiser” ab 1978 das Reich der Mitte von den Fesseln der sozialistischen Zwangsideologie befreit und damit den Weg zur Modernisierung von Chinas Staat

[55] “Traum von der Supermacht”, SPIEGEL, 27.09.1999.

und Wirtschaft geebnet. Dadurch habe er den Totalitarismus beendigt und Chinas Gesellschaft zu Wohlstand verholfen. Schließlich - so der SPIEGEL weiter - habe die Entfesselung der Produktivkräfte des Landes zu einer wirtschaftlichen Explosion geführt, wie sie die Menschheit bis dato noch nicht erlebt hat.[56] Auch in der SZ werden die Verdienste des Reformarchitekten Deng Xiaoping anlässlich seines Todes gewürdigt: *"Die Menschen sind heute - dank Deng - freier und wohlhabender als je zuvor, die totalitäre Herrschaft der Ideologie ist passé."*[57] Ähnlich bilanziert auch die FAZ ein Jahr später: *"Die zwei Jahrzehnte der von Deng eingeleiteten Reformpolitik haben einen dramatischen Wandel im Leben des einzelnen gebracht. Den weitaus meisten Menschen in der Volksrepublik China geht es besser denn je zuvor. Die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und das Aufkommen privaten Unternehmertums, auch die Öffnung zum Westen haben die einstige totalitäre Kontrolle durch die Parteibürokratie aufgebrochen. Die meisten Menschen sind heute in China freier als je zuvor in den vergangenen fünfzig Jahren kommunistischer Herrschaft."*[58]

Aber die Medaille hat auch noch eine Kehrseite. Dengs "sozialistische Marktwirtschaft" hinterließ ein rohes frühkapitalistisches System, das aus dem Reich der Mitte inzwischen ein Reich der Risse zu machen droht, kommentiert der SPIEGEL zum Tod des chinesischen Reformarchitekten.[59] Die Schere zwischen Armut und Reichtum, zwischen den aufstrebenden Metropolen in der "goldenen" Ostküste und dem bitterarmen Hinterland, so der SPIEGEL weiter, klaffe immer weiter auseinander und gefährde immer stärker die Stabilität des Riesenreiches. Mittlerweile habe das Wohlstandsgefälle "beängstigende Ausmaße" angenommen, Abermillionen von Wanderarbeitern aus dem Land schuften in den Städten für "Minimallöhne und ohne soziale Absicherung" - diesen "Zug der Verzweifelten" bewegt noch die Hoffnung auf ein besseres Leben in der neuen kapitalistischen Welt, bemerkt dazu das Wochenmagazin und ergänzt: *"Der amerikanische Journalist und China-Kenner Orville Schell glaubt gar, China erlebe derzeit „den glücklichen Augenblick, in dem ‚Ausbeuter' und ‚Ausgebeutete' eine Interessensymbiose verbindet" – doch wie lange der anhält, ohne dass es zum Aufruhr kommt, wagt er*

---

56 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.
57 "Der letzte Kaiser", SZ, 21.02.1997.
58 "Reform in der Krise", FAZ, 20.03.1998.
59 "Wohin geht China", SPIEGEL, 24.02.1997.

nicht zu beurteilen."[60]

Dengs Diktum "Reich ist ruhmreich" hätten sich vor allem Kader und Armeeoffiziere zu Herzen genommen, bemerkt ihrerseits die SZ zum Tod Dengs. *"Bei Funktionären im ganzen Land hat sich das Virus der Geschäftemacherei so epidemisch verbreitet, dass China-Experten schon von einem postkommunistischen ‚Kaderkapitalismus' sprechen"*, berichtet dazu das gleiche Blatt und stellt fest: *"In das Gemisch neuer Chancen und neuer Unsicherheiten, in das Vakuum fehlender oder unzureichender Gesetze haben sich gefährliche Entwicklungen eingeschlichen: soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit etwa. Am meisten empört die Menschen jedoch die Korruption - Ausfluss eines Kaderkapitalismus, der nicht von einer unabhängigen Justiz in Schach gehalten wird."*[61] Aber auch nach Darstellung des SPIEGEL scheint sich Chinas kommunistische Parteielite im Zuge des kapitalistischen Wandels zu einem System der institutionalisierten Korruption verfestigt zu haben, das sich unverhohlen auf Kosten der Bevölkerung bereichert. Der freie Markt im neuen China sei ein "plumper Schwindel", Nutznießer seien vor allem die Inhaber der Macht - bilanziert der SPIEGEL auch drei Jahre nach dem Tod von Deng Xiaoping.[62] Chinas Wirtschaftsaufschwung - bemerkt hierzu das Magazin - beruhe auf einer unauflöslichen Einheit, einem "faustischen Pakt zwischen Partei und Kriminalität". Dies sei eben der Preis für die vielbeschworene Stabilität des chinesischen Staates, von deren Anschein manche westlichen Geschäftsleute wie auch Politiker, wohl auf den chinesischen Markt schielend, blenden lassen: *"Oberflächlich betrachtet, vom Airport Peking oder vom Geschäftsdistrikt in Schanghai aus, wirkt China bemerkenswert wohlhabend, stabil und erfolgreich. Aber sobald man hinter den glitzernden Reichtum schaut, entsteht ein ganz anderes Bild - von massiver Korruption politischer Macht, landesweit organisierter Kriminalität und grotesken Unterschieden zwischen Arm und Reich (...) Im neuen China ist die Grenze zwischen organisiertem Verbrechen und politischer Korruption, also zwischen Beamten und Gangstern, bestenfalls verschwommen."*[63]

Den Grund für die grassierende Korruption und die herrschende Rechtlosigkeit im neuen China sehen die Kommentatoren – sowohl des SPIEGEL als auch der

---

60 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.
61 "Der letzte Kaiser", SZ, 21.02.1997.
62 Chinas faustischer Pakt", SPIEGEL, 09.10.2000.
63 Ebd.

anderen Medien - vor allem im uneingeschränkten Machtmonopol seines Einparteiensystems. So stellt der oben zitierte Beitrag des SPIEGEL bei einem Vergleich zwischen dem System Chinas mit den zur selben Zeit für instabil - ja sogar für chaotisch - gehaltenen Demokratien Russlands und Indiens fest: *"In Amerika, Indien, sogar in Russland kann man die Gauner abwählen und öffentlich kritisieren. Das gibt Regierungen Legitimität, selbst wenn sie unpopulär sind. In China fehlt diese Möglichkeit"* - und fügt hinzu: *"Autokratien haben immer Korruption zur Folge, sogar in Singapur und sicher in Malaysia. In einer Demokratie, die ja auch nicht frei von Korruption ist, ist aber immerhin das Ausmaß geringer; außerdem kann sie durch die öffentliche Meinung kontrolliert werden."*[64] Dazu schreibt ihrerseits die SZ: *"Langfristig vertragen sich der neue Kapitalismus und die absolute Herrschaft der KP nicht. Der Markt verlangt eine nicht-korrupte Bürokratie und klare Gesetze - Dinge, die das Machtmonopol der Kommunisten unweigerlich einschränken werden. Das aber fürchten sie am meisten."*[65]

Doch die wuchernde Korruption - so die meisten Kommentatoren - unterhöhlt zugleich die Daseinsberechtigung des ideologisch bankrotten Systems: sie erhitzt die Gemüter im Volk und stellt damit zunehmend die Macht der Herrschenden in Frage. Aus Anlass der schwersten Hochwasser-Katastrophe in Chinas jüngerer Geschichte am Fluss Jangtse im Sommer 1998, deren Ausmaß den Berichten der heimischen Presse zufolge "wie zu früheren Zeiten vertuscht und verleugnet"[66] wurde, läuten der SPIEGEL und die SZ unterdessen sogar die Alarmglocken. *"Im alten China hieß es, ein Herrscher, der sein Volk nicht mehr vor der Flut schützen könne, dem habe der Himmel sein Mandat entzogen. Das war schon eine Aufforderung zum Sturz"*, ruft dabei die SZ – ebenso wie der SPIEGEL – in Erinnerung und ergänzt: *"Die Kader haben das Wasser nicht herbeigeschafft, aber sie sind schuld, dass es so verheerend wüten konnte. Raffgier, Korruption und Schlamperei waren die Kumpane des Monsuns."* Ob dieses Volk jedoch vergessen wird, dass mancherorts die Kader für die Dachsanierung bestimmte Gelder in die eigene Tasche gesteckt haben? - fragt sich dazu die SZ.[67] Im Reich der Mitte schwindet allmählich das Vertrauen in die Fähigkeit der Herrschenden in den Städten wie auf dem Lande, stellen zur gleichen

---

64 Ebd.

65 "Das schwere Erbe revolutionärer Legenden", SZ, 26.02.1997.

66 "Wasser kennt keine Gnade", SPIEGEL, 10.08.1998.

67 "Die politischen Kumpane der Katastrophe", SZ, 26.08.1998.

Zeit auch der SPIEGEL und die taz fest.[68] *"Mit Korruption und Vetternwirtschaft, den traditionellen "guanxi" (Beziehungen), untergraben die Kommunisten die hohe Verantwortung, die sie 1949 übernommen hatten"*, bemerkt dazu der SPIEGEL auch ein Jahr nach der Flutkatastrophe am Jangtse, diesmal aus Anlass des fünfzigsten Jubiläums der Volksrepublik China.[69] Gleiche Bilanz zieht aus diesem Anlass auch die SZ, und zwar unter dem Titel *"Gefeiert wird die große Katastrophe"*: *"Es dem Konto der Partei gutzuschreiben, dass es den Chinesen besser geht als vor 20 Jahren, ja besser als jemals in ihrer Geschichte, ist fast eine Beleidigung des Volkes. Es ist ein erstaunlicher Menschenschlag. Von schier unendlicher Leidensfähigkeit, leisten sie Unglaubliches, wenn sie ihre Chance wittern. Ihr Fleiß hat China bunter, lebendiger, wohlhabender gemacht. Die KP hat nur ein Einziges dazu beigetragen: Sie hat losgelassen, hat sich zurückgenommen (...) Aber was wiegt das gegen ihre Schuld? Noch immer ist sie das große Hindernis für eine Modernisierung: Ihre Korruption, der aufgeblähte Apparat, der das Volk aussaugt und ihm beim Wirtschaften im Wege steht. Ihre Verweigerung politischer Reformen ist die größte Bedrohung für die Stabilität."*[70]

Zwar hätten die neuen kommunistischen Führer denselben Kommentaren zufolge die Auswüchse von Dengs Reformpolitik, die den sozialen Frieden in China bedrohen, bereits erkannt und würden auch versuchen dagegen zu steuern - von regelrechten Hinrichtungswellen gegen korrupte Beamte und Funktionäre bekommt man hierzu regelmäßig zu lesen. Doch die Partei – mahnen gleichzeitig die meisten Kommentatoren - steckt selbst in den Widersprüchen fest, die sie zu bekämpfen vorgibt. Selbst der damals im Westen als Top-Reformer zelebrierte "Wirtschaftszar" Zhu Rongji, der, wie die meisten Kommentare feststellen, mit einer für einen kommunistischen Funktionär erstaunlichen Offenheit die missliche Lage des neuen China anspricht, sähe sich eben diesen Kommentaren zufolge mit einer Sisyphus-Aufgabe konfrontiert. *"Wo immer auch der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji versucht, in die chinesische Misswirtschaft einzugreifen, verbrennt er sich die Finger. Keines der Reformprojekte des tüchtigen, aber einsamen Reformers ist bisher vom Fleck gekommen (...) Das chinesische Wirtschaftssystem mit seinem wilden Gemisch aus modernem Management und kommunistischer Bürokratie widersteht*

---

[68] "Wasser kennt keine Gnade", SPIEGEL, 10.08.1998, "Hochwasser und Herrschaft", taz, 11.08.1998.

[69] "Traum von der Supermacht", SPIEGEL, 27.09.1999.

[70] "Gefeiert wird die große Katastrophe", SZ, 01.10.1999.

allen seinen Änderungsversuchen", schreibt zu Anfang des Jahres 1999 die FAZ.[71] Dazu kommentiert etwa ein Jahr später ihrerseits die SZ: *"Die Widersprüche, von denen Zhu spricht – er ist selbst in ihnen gefangen. Bald wird es auch für das Gedeihen der Wirtschaft nicht mehr reichen, nur der Wirtschaft Freiheit zu geben. Viele der Übel, die der Premier beklagt, haben ihre Wurzeln im Unwillen der Partei zur politischen Reform. In ihrer Feindschaft zu allen Strukturen, die eine von der Partei unabhängige Aufsicht und Überwachung garantieren könnten, zu Freiräumen, die Kreativität und neuen Ideen hervorbringen (...) Der als integer und zupackend geltende Zhu Rongji ist beliebt in China. Doch hört man oft den Seufzer, das Land bräuchte 100 000 Zhus. Leider steht er einem System vor, das keine kleinen Zhus ausbrütet, sondern genau die Leute, die er als faul und korrupt anprangert. Ein System das schon heute die Stabilität bedroht, die zu schützen es vorgibt."*[72]

Materialismus und Profitgier durchdringen aber nach Darstellung der heimischen Presse nicht nur das politische System in China. Längst haben sie im Zuge des kapitalistischen Wandels die chinesische Gesellschaft im Ganzen erfasst - liest man vor allem im SPIEGEL. Nichts mehr in diesem Land sei auf Ewigkeit ausgerichtet, es herrsche die Gier nach dem nächsten Tag - kommentiert das Wochenmagazin zu Anfang des Jahres 1997 und fügt hinzu: Der "Altruismus ist out", in diesen Goldgräberzeiten sei Raffgier längst Gewohnheitssache.[73] Verbote, Umerziehung, Kampagnen, die gewohnten Methoden der KP, versagen gegen die Verlockungen der Gewinnsucht – liest man in derselben Zeitschrift auch ein paar Jahre später.[74] Insbesondere bei der jungen Generation Chinas würde sich die inzwischen weitgehende Entfremdung zwischen Volk und Partei bemerkbar machen: *"Nicht alle Geister, die China mit den Wirtschaftsreformen rief und die das Land so dramatisch voranbrachten, kann die Partei auch kontrollieren. Die kapitalistischen Verlockungen, die Jagd nach dem schnellen Geld und die Gier nach Konsum haben das Denken und Fühlen besonders der jungen Chinesen verändert (...) Der brave Soldat Lei Feng, der im Arbeitsleben sein Leben gab - diese mythische Vorbildsfigur aus Maos Zeiten lässt sie nur noch mitleidig lächeln. Aber auch die Modelle aus dem heutigen Alltag, die jetzt von der Partei gegen die "geistige Verschmutzung" propagiert werden, lassen die Jugendlichen kalt (...) Ihr Zynismus ist verständlich: Die Partei,*

---

71 "Das China-Risiko", FAZ, 12.01.1999.

72 "Ein Land für tausend Herkulesse", SZ, 06.03.2000.

73 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

74 "Traum von der Supermacht", SPIEGEL, 27.09.1999.

die sich in der Propaganda hohen ideologischen Prinzipien verpflichtet („Dem Volke dienen"), erscheint vielen nur noch als Mafia mit politischer Verbrämung."[75]

Auch in den China-Beiträgen der SZ, der ZEIT sowie der FAZ wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die bereits weit fortgeschrittene Entideologisierung der chinesischen Gesellschaft zum immer größeren Problem für die Herrschaftslegitimation des alten KP-Regimes wird. So kommentiert die ZEIT zum Tod von Deng Xiaoping im Jahr 1997: *"Das ZK hat schon im vorigen Herbst die üblen Folgen der Reformpolitik angeprangert: "Geldanbetung, Hedonismus, Individualismus". Aber wer hört noch hin, wenn die Kommunisten gegen die westlichen Werte zu Felde ziehen? (...) Der Kommunismus mag Staatskirche sein, aber die Leute sind Atheisten oder Agnostiker. Es gibt in China ungefähr so viele gläubige Kommunisten wie Anhänger Zarathustras im Westen."*[76] Ähnlich kommentiert auch die SZ einige Jahre später, anlässlich des 80. Jahrestags der KP Chinas: *"China ist heute ein anderes Land: Die Menschen reden sich schon lange nicht mehr mit „Genosse" an. Die Partei ist im Rentenalter, aber an Pensionierung denkt sie nicht. Sie hat überlebt, wo ihre sozialistischen Schwestern im Rest der Welt reihenweise ins Grab sanken, dahin gerafft vom Virus des Wandels (...) Seit zwei Jahrzehnten hat sich die Partei der Reform der Wirtschaft verschrieben. Gleichzeitig ist sie ideologisch bankrott, in ihr wuchert der Krebs der Korruption. Viele Bürger haben für sie nur noch Zynismus übrig."*[77] Gleiche Bilanz zieht auch die FAZ in einem Kommentar aus dem Jahr 2000: *"Kaum jemand in China glaubt noch an die kommunistische Ideologie. Die Versuche des Parteiregimes, mit ständig neuen Kampagnen den Marxismus-Leninismus, den einstigen "Großen Vorsitzenden" Mao Tse-tung und die reformerischen Vorstellungen Deng Xiaopings nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, stoßen auf Gleichgültigkeit und Zynismus. Die Propaganda mit ihren stereotypen Verlogenheiten und die geschönten Wirtschaftsstatistiken prallen an den Menschen ab."*[78]

Das einzige wirksame Mittel gegen den Zeitgeist der Rechtlosigkeit wäre schließlich - so die meisten China-Kommentare aus jener Zeit - die Einführung politischer Reformen. So kommentiert etwa die FAZ in Hinsicht auf die Appelle des

---

75 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

76 "Die Angst der Apparatschicks", ZEIT, 28.02.1997.

77 "Der Kommunismus ist tot - es lebe die Partei", SZ, 02.07.2001.

78 "Die Grenzen des Wandels in China", FAZ, 20.11.2000.

chinesischen Präsidenten Jiang Zemin an Moral und ethischen Anstand kurz nach dem Beitritt Chinas in die WTO: *“Statt politische Reformen anzugehen, die allein die grassierende Korruption und den Amtsmissbrauch eindämmen könnten, appelliert er an seine Parteikader, das Land "mit Moral zu regieren". Die Vorstellung ist so weit von der Realität entfernt, dass sie in China allgemeine Belustigung hervorruft.”*[79] Die Einleitung politischer Reformen wäre jedoch geradezu die Lehre, die Chinas Machthaber aus der Demokratie-Bewegung von 1989 hätten ziehen sollen, kommentiert ihrerseits die taz anlässlich des zehnten Jahrestags der Tiananmen-Revolte: *“Es ist das Verdienst der Demonstranten von 1989, aufgezeigt zu haben, dass Reformen ohne friedliche, breite und aktive Beteiligung der Bürger in China nicht möglich sein werden. Und ohne diese demokratische Beteiligung driften, wie die Statistik zeigt, immer mehr Entrechtete in die Kriminalität ab. Ohne die demokratische Teilhabe ist weder die Korruption zu stoppen noch eine effiziente Marktwirtschaft aufzubauen (...) "Stabilität über alles", lautete das Motto, mit dem die blutige Niederschlagung der Demonstrationen 1989 gerechtfertigt wurde. "Stabilität mit allen Kräften", lautet heute das Motto der KP. So scheinen die Mächtigen noch immer nicht begriffen zu haben, was dem Land blühen kann: Wenn nicht Demonstranten zum friedlichen Dialog antreten, werden irgendwann Massen gefährdeter Rechtloser durchs Land wüten.”*[80]

1.1.3 Allein mit Wachstum lässt sich der Widerspruch des Systems nicht aufheben

Angesichts der fortschreitenden Entideologisierung und des wachsenden Materialismus in der chinesischen Gesellschaft scheint die Legitimität des politischen Systems in China - zumindest nach Ansicht der meisten Kommentatoren - nur noch an der Fortsetzung des seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Wirtschaftswunders zu hängen. Das “Mandat des Himmels”, so die allgemeine Festsstellung, sei nun also die Wirtschaft. Darum wird der Dengsche Pragmatismus zur offiziellen Staatsideologie der Volksrepublik China erhoben, schreibt die WELT zum offiziellen Auftritt der neuen Führungsgeneration der KPCh im Herbst 1997.[81] Der weitere wirtschaftliche Aufbau, so die WELT weiter, heilige sämtliche Mittel - alles sei erlaubt,

---

79 “Die KPCh ohne Kommunismus”, FAZ, 29.06.2001.

80 “Die stille Revolution”, taz, 08.06.1999.

81 “Des Kaisers alte Kleider”, WELT, 13.09.1997.

solange es nur Erfolg bringt. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert werde somit das wirtschaftliche Wachstum zur absoluten Maxime der Politik von Chinas Kommunisten, schreibt zur gleichen Zeit auch die FAZ.[82] Für die Pekinger Machthaber sei daher der Weg zur weiteren Liberalisierung und Öffnung der Wirtschaft eine politische Einbahnstrasse, urteilen schließlich auch die anderen Medien. Mit anderen Worten: Es gehe kein Weg mehr zurück in die ideologische Isolation der Mao-Zeit, die Entwicklung sei unumkehrbar - so die Zeitdiagnose der deutschen Presse zu China kurz vor der Jahrtausendwende.

Dabei erscheint jedoch die politische Führung des Landes in einem kaum aufzulösenden Dilemma verfangen: Auf der einen Seite könne sie um ihres politischen Überlebens willen nicht umhin, den von Deng Xiaoping eingeleiteten Weg der marktwirtschaftlichen Reformen weiterzugehen - auf der anderen Seite bedrohe "genau das langfristig ihr Wesen und ihre Existenz", stellt etwa die SZ kurz nach Dengs Tod fest und ergänzt: *"Um die Macht nicht zu verlieren, wusste Peking bisher nur ein Mittel: die - erfolgreiche - totale Unterdrückung jeder politischen Opposition. Gerade die Verweigerung politischer Reformen führt aber wiederum dazu, dass das auf alten leninistischen Kommandostrukturen basierende System den modernen Wirtschaftsstrukturen nicht mehr gerecht ist und diesen sogar schadet."*[83] Letztendlich dürfte ja die Koexistenz zwischen Kommunismus und Privatkapitalismus, zwischen Diktatur und Markt, nur für eine kurze Übergangszeit bestehen, bemerkt zur selben Zeit auch die WELT.[84] Früher oder später würde wohl die rote Diktatur im Zuge des kapitalistischen Wandels in eine echte Legitimationskrise geraten - so die Erwartung, die auch in den folgenden Jahren von der heimischen Presse gehegt wird.

Ausgehend von diesem Argumentationsmuster wird die Fortsetzung des pragmatischen Reformkurses von Deng Xiaoping vor allem in Anbetracht der ideologischen Zwickmühle gesehen und bewertet, in der sich das chinesische Einparteiensystem befinden sollte. *"Die dritte Führungsgeneration um Staatspräsident Jiang Zemin ist die erste Generation, die ihre Herrschaft nicht mehr*

82 "Wandel durch Stabilität", FAZ, 20.09.1997.

83 "Der letzte Kaiser", SZ, 21.02.1997. Dazu vgl. "Drohende Leere in der eisernen Reisschale", SZ, 17.05.1997.

84 "Sonne im Osten", WELT, 25.01.1997.

mit der Teilnahme an der Revolution 1949 verklären kann", schreibt in diesem Sinne die SZ zu Anfang des Jahres 1997 - und fügt an: *"Das Dilemma der neuen Herrscher ist freilich auch die Chance Chinas. Es gibt nun nur noch eines, womit sie ihr Regime legitimieren können, und das ist der steigende Wohlstand des Volkes. In China nämlich herrscht die Stimmung: Der Kommunismus ist tot, es lebe den Konsum."*[85] Dass sich China immer weiter und immer schneller von den die Revolution tragenden Ideen entfernt, hätten die Parteiführer klar erkannt - bemerkt wiederum die WELT zum Auftritt der neuen Führungsgeneration einige Monate später.[86] Die ideologischen Beteuerungen des neuen Parteichefs Jiang Zemin über den Weiterbau des sog. "Sozialismus chinesischer Prägung" hätten jedoch lediglich das Ziel, das Unmögliche möglich zu machen: *"Sie sollen erklären, warum an der Spitze eines Staates, dessen Wirtschaft nach Einschätzung der Kommunisten selbst nur mit marktwirtschaftlichen Methoden reformiert und überlebensfähig gemacht werden kann, eine kommunistische Partei regieren soll (...) Die Bemühungen Jiangs, ideologischen Anspruch und gesellschaftliche Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen, zeigen das Dilemma der chinesischen Kommunisten."*[87]

Daraus ergibt sich das Bild einer politischen Führung, die von der gesellschaftlichen Realität Chinas längst eingeholt wurde und die mit ihrer Reformpolitik vor allem darum bemüht ist, ihr politisches Überleben abzusichern. *"Wie schon mehrfach in den vergangenen 18 Reformjahren, steht die KPCh auch diesmal nicht an der Spitze der Entwicklung. Vielmehr versucht sie verzweifelt, mit dem Laufe der Zeit mitzuhalten. In Peking werden nicht neue Politikinhalte entworfen. Die autoritären Herrscher sanktionieren lediglich, was ihnen die Entwicklung vorgeschrieben hat"*, bemerkt die WELT an anderer Stelle.[88] Modernisierung und Liberalisierung der Wirtschaft würden dem anachronistischen System als Mittel zum Machterhalt dienen - schreibt das gleiche Blatt auch drei Jahre später.[89] Denn trotz allen Pragmatismus, trotz der beschleunigten Abkehr von der Ideologie und der Konzentration auf die Wohlfahrt von Staat und Volk, stecken Chinas Reformpolitiker noch in altem Denken fest, politisch wie auch wirtschaftlich - bemerkt ihrerseits die SZ.[90] *"Dass der Weg*

---

85 "Der letzte Kaiser ist tot, jetzt regiert der Apparat", SZ, 20.02.1997.
86 "Des Kaisers alte Kleider", WELT, 13.09.1997.
87 Ebd.
88 "Zeitgewinn in Peking", WELT, 18.09.1997.
89 "Peking kurz vor dem Ziel", WELT, 28.10.2000.
90 "Ein Mann fürs Praktische", SZ, 29.06.2000.

zum effektiven Wirtschaften im Mittelpunkt steht, dass Pragmatismus vor Ideologie geht, das war zwar so, seit Deng Xiaoping 1978 das Ruder übernommen hatte. Aber dass sich die Parteiführer nicht einmal mehr die Mühe geben, ein sozialistisches Feigenblättchen vorzuhalten, das ist neu", kommentiert die SZ unter dem Titel *"Das Ende von Marx und Mao"* die Änderung der chinesischen Verfassung im Jahr 1999, mit der der rechtliche Schutz der Privatwirtschaft beschlossen wurde - und fügt zugleich hinzu: *"Vieles an den Neuerungen klingt nach Modernisierung des Landes und der Partei, und manches ist es auch – aber es wäre ein Trugschluß, die Abkehr von der Ideologie mit der Abkehr von alten Herrschaftsgrundsätzen gleichzusetzen. Das Regime bleibt. Wenn das Feigenblatt fällt, steht die Macht nackt da."*[91]

Die damalige Kritik der heimischen Presse am politischen Establishment Chinas macht auch vor dem Top-Reformer Zhu Rongji nicht halt, der zu jener Zeit sowohl im In- als auch im Ausland als Sympathieträger gilt. *"Kompetent, weltoffen, eine Art Wundertäter: Wäre er nicht 1991 vom Parteipatriarchen Deng Xiaoping nach Peking geholt worden („Dieser Zhu versteht etwas von Wirtschaft"), eine PR-Agentur hätte ihn als Werbefigur erfinden müssen: der KP-Funktionär als Sympathieträger (...) Für westliche Politiker und Handelsleute, die sich ihre Geschäfte nicht mehr von den pieseligen Beschwerden der Menschenrechtler vermiesen lassen möchten, ist Zhu jedenfalls endlich wieder ein Kommunist nach ihrem Gusto"*, porträtiert der SPIEGEL mit ironischer Schärfe den im Westen als Chinas Modernisierer zelebrierten Politiker im Frühjahr 1998.[92] Ministerpräsident Zhu Rongji mag zwar ein Modernisierer sein, ein Marktwirtschaftler im westlichen Sinne sei er jedoch nicht - bemerkt ein paar Jahre später auch die FAZ. Die Anerkennung Zhus im Westen wird hierbei als Missverständnis gedeutet, das auf seine unstrittigen wirtschaftlichen Kenntnisse ebenso zurückzuführen sei, wie auf seine Schauspielkunst und seine rhetorischen Fähigkeiten. *"Dabei will der zentralistisch orientierte Reformer nur das bestehende System effizienter machen",* schreibt dazu die FAZ und ergänzt zugleich: *"Von demokratischen Neigungen ist wenig zu spüren. Die Führung bleibt dirigistischen Vorstellungen verhaftet. Ähnlich wie die Sowjetunion unter Breschnew ist auch die Volksrepublik China seit vielen Jahren politisch erstarrt (...) Wirklich neues, freies Denken gibt es erst in der Generation der Dreissigjährigen und unter den noch Jüngeren. Die werden aber erst in zwanzig Jahren an die Hebel der Macht gelangen. Die Frage ist, ob das Regime noch einmal zwanzig Jahre Zeit hat, bevor es sich*

91 "Das Ende von Marx und Mao", SZ, 10.03.1999.

92 "Ein roter Ludwig Erhard", SPIEGEL, 13.04.1998.

auch politisch reformiert."[93]

1.1.4 Die Entwicklung hat den "point of no return" erreicht

Für das politisch erstarrte System Chinas wird laut vielen Pressekommentaren aus jener Zeit vor allem die Tendenz zur Befreiung in der chinesischen Gesellschaft zum Problem. Die Geister des neuen Kapitalismus - so die allgemeine Einschätzung - hätten das Denken und Fühlen vieler Chinesen grundsätzlich verändert. Im Zuge der weitgehenden Liberalisierung des wirtschaftlichen Lebens sei schließlich Chinas Gesellschaft viel zu bunt und pluralistisch geworden, als dass sie durch die Repressalien einer Diktatur alten Stils zum Stillhalten gezwungen werden könnte. Die Zeiten des uniformierten Ameisenvolkes und des religiösen Kultes um die großen Staatsführer seien endgültig vorbei - die Entwicklung habe längst den "point of no return" erreicht, bekommt man in den meisten Kommentaren der heimischen Presse zum gesellschaftlichen Wandel im modernen China zu lesen. Die Menschen im neuen kapitalistischen China seien inzwischen wohlhabender und freier als je zuvor in den fünfzig Jahren kommunistischer Herrschaft und kein neuer Führer könnte das Rad zurückdrehen, ohne soziale und politische Unruhen zu riskieren – bemerkt etwa die SZ noch zu Anfang des Jahres 1997, anlässlich des Todes von Deng Xiaoping.[94]

Vor allem die neuen Kommunikationsmittel, die bei der fortschreitenden Öffnung Chinas eine zunehmend wichtige Rolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben spielen, sollten die Tendenz zur Befreiung in der Gesellschaft stärken und weiterhin das Ideologie- und Machtmonopol des Einparteienstaats unterhöhlen. Dazu bemerkt die FAZ zu Anfang des Jahres 1999: *"Die kommunistischen Parteiführer werden auch bemerkt haben, dass es im vergangenen Jahr nicht mehr nur eine Handvoll Leute waren, die sich für die Gründung einer demokratischen Partei eingesetzt haben. Durch die nun auch in China verbreiteten Möglichkeiten moderner Kommunikation sind die politischen Aktivisten auch mehr als bislang im Kontakt untereinander und mit den Exilgruppen im Ausland. Sie haben sich trotz Verhaftungen und Schikanen nicht einschüchtern lassen (...) Der Kreis der Aktivisten*

---

93 "Die Grenzen des Wandels in China", FAZ, 20.11.2000.

94 "Der letzte Kaiser", SZ, 21.02.1997.

ist noch klein, aber er wächst."[95] Ähnlich bemerkt die WELT zur Verfolgung der Meditationsbewegung Falun Gong nach ihrem "Sitzstreik" auf dem Tiananmen-Platz einige Monate später: *"Blitzschnelle Internet-Server und eigene Homepages (allein 80 soll es in China geben) unterhöhlen das Informationsmonopol der Partei: Ohne dass Peking auch nur mit einem Wort die Verhaftungen der 70 Falun-Gong-Führer bekannt gab, wussten die Falun-Gong-Anhänger bis ins kleinste Dorf über die Aktion sofort Bescheid und machten mobil. Peking, das jede Dissidenten-Homepage blockieren lässt, wurde von der Internet-Lawine kalt erwischt."*[96]

Zugleich bemerken viele Kommentatoren, dass die neuen Kommunikationsmedien nicht nur von politischen Aktivisten gegen die Staatsmacht genutzt werden. Indes durchdringe das Internet vielmehr das Leben in allen Gesellschaftsbereichen Chinas und stelle damit das Informationsmonopol des roten Einparteienstaates zunehmend in Frage – liest man immer häufiger in den China-Kommentaren der deutschen Presse ab dem Jahr 1999. *"Besonders in den großen Städten wächst der Zugang zu Informationen täglich. Zum Beispiel durch das Internet: Über vier Millionen Chinesen nutzen schon jetzt das Netz, und ihre Zahl wird sich voraussichtlich in diesem Jahr verdoppeln. Damit verliert die Regierung nach und nach die Kontrolle über den Informationsfluss. Und die Propaganda hat kaum noch eine Chance, so restlos von den Menschen akzeptiert zu werden, wie das früher an der Tagesordnung war"*, kommentiert die WELT im Hinblick auf Chinas entstehende Informationsgesellschaft um die Jahrtausendwende.[97] Ähnlich schreibt zur selben Zeit auch der SPIEGEL: *"In den Städten wächst derweil eine neue Mittelklasse, die dank Auslandsstudium und Internet über das Weltgeschehen informiert ist und westliche Freiheiten und politische Mitsprache fordern wird."* Auch an anderer Stelle schreibt das Wochenmagazin: *"Die Geister, welche die Modernisierung der Wirtschaft ins Land ruft, wird China nicht mehr los: Kontakte mit Fremden und Rundfunksendungen aus dem Ausland öffnen die geschlossene Gesellschaft. Kopiergeräte in jedem Büro und auch EDV sind für den ökonomischen Fortschritt unerlässlich, erleichtern aber auch die Verbreitung des politischen Widerspruchs."*[98]

Allen voran in den Metropolen Peking und Schanghai, die als Vorzeigebilder für

---

95 "Wovor sich Peking fürchtet", FAZ, 13.01.1999.
96 "Eine Sekte lehrt Peking das Fürchten", WELT, 23.07.1999.
97 "Der Westen rückt China näher", WELT, 29.02.2000.
98 "Vor dem Sturm", SPIEGEL, 01.02.1999.

Chinas Modernisierung gelten, sollte die Öffnung von Chinas Gesellschaft durch die Verbreitung neuer Informationstechnologien und sozialer Netzwerke weit vorangeschritten sein: in ihrem Alltagsleben und -denken - erfährt man in vielen Pressekommentaren aus der damaligen Zeit - orientieren sich die Menschen hier bereits nach den Idealen und Wertvorstellungen sowie nach den Trends der westlichen Welt. Vor allem bei der jüngeren Generation Chinas sollte sich bemerkbar machen, dass die Freiheit den Kampf um die Köpfe schon längst gewonnen hat. So berichtet der SPIEGEL zur Feier des fünfzigsten Jahrestags der Volksrepublik China im Jahr 1999 aus Peking: *"Die KP präsentiert sich am Geburtstag der Volksrepublik im gewohnten Stil: mit Militärparade und Massenaufmärschen, Propaganda und Parolen"* - und fügt hinzu: *"Neben diesem China der 50 Jahre alten Riten und Floskeln ist in den letzten Jahren allerdings ein ganz anderes Land entstanden, Lichtjahre vom alten Denken entfernt (...) Jugendliche tauchen in eine Welt von Drogen und Rock´n´Roll ein. Und sie tun es nicht mehr heimlich: Stellvertretend für eine neue Generation hat die Schanghaier Schriftstellerin Mian Mian, 29, ihre Erfahrungen notiert. Auch sie verkörpert das neue China: chaotisch, klug, und weit weg von Partei und Prüderie der vergangenen Jahre."*[99] Ähnlich schreibt auch die FAZ ein Jahr später: *"Die Volksrepublik China hat in den vergangenen zwanzig Jahren enorme Wandlungen erfahren. Den meisten Menschen geht es heute wirtschaftlich wesentlich besser; in mancher Hinsicht sind sie freier als je zuvor in dem mittlerweile halben Jahrhundert kommunistischer Herrschaft. Die Zeiten der "blauen Ameisen" und des Mao-Kults sind vorbei. Kontakte mit Ausländern werden von den Chinesen kaum noch oder gar nicht mehr gescheut. Man ist und gibt sich weltoffener als etwa in Südkorea. Westliche Besucher merken bald, dass vor allem in der jüngeren Generation ein weitgehend an westlichen Vorbildern orientiertes Denken eingesetzt hat. Den Menschen ist nicht mehr nur Geld und privates Glück wichtig; ihr Sinnen richtet sich auch auf Freiheit und Demokratie, darauf, ins Ausland zu reisen."*[100] Hierzu titelt ihrerseits die SZ zum 80. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2001: *"Der Kommunismus ist tot - es lebe die Partei: Für Chinas Jugend ist die KP nur ein Vehikel zu Karriere, Macht und Geld, dieses Mittel wird aber eifrig genutzt."*[101]

Es sei ja ein unbegreiflicher Umschwung, in dem sich Chinas Gesellschaft befindet,

---

99 "Traum von der Supermacht", SPIEGEL, 27.09.1999.

100 "Die Grenzen des Wandels in China", FAZ, 20.11.2000.

101 "Der Kommunismus ist tot - es lebe die Partei", SZ, 02.07.2001.

bekommt man in diesen Kommentaren zu lesen. Doch der Aufbruch in die neue Freiheit sollte sich immer noch in den vom Einparteienstaat festgesetzten Grenzen beschränken. Chinas Menschen – räumen die Kommentatoren ein - beugen sich noch dem Regime in der Hoffnung auf weiteren wirtschaftlichen Fortschritt und auf eigenes Wohlergehen. Ihr Optimismus trage somit den Aufschwung weiter und sichert dem Regime eine gewisse Stabilität. Früher oder später - so die allgemeine Einschätzung - sollte dennoch die Liberalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auch zum Anspruch auf politische Partizipation führen. Schließlich sollte der wachsende Wohlstand auf lange Sicht zur Renitenz führen, wie die FAZ zum Auftritt der neuen Führungsgeneration der KPCh nach dem Tod von Deng Xiaoping bemerkt: *"Im Alltagsleben - wenn es nicht um Politik geht, wenn der Machtanspruch der Partei nicht berührt wird - fühlen sich die Menschen freier als jemals zuvor. Sie werden kaum noch bevormundet in ihrer privaten Lebensplanung. Kriminalität und Korruption sind die Kehrseiten dieser neuen Freiheitlichkeit. Eigeninitiative aller Art und das ungenierte Streben nach Reichtum gelten als legitim. Die Öffnung hat eine Vielzahl von Kontakten zum Ausland ermöglicht und die Chinesen darüber verändert. Politik, Parteitage gar interessieren sie nicht, solange sie in Ruhe gelassen werden. Irgendwann wird sich dies mit wachsendem Wohlstand ändern; dann wird man auch den Ruf nach politischen Veränderungen zu berücksichtigen haben."*[102] Ähnlich schreibt zur gleichen Zeit auch die WELT: *"Wo der Staat seine Kinder entlässt, sie zur Eigenverantwortung ermuntert, werden zwangsläufig unbequeme Fragen gestellt werden. Etwa: Warum sollen Chinas Menschen, die jetzt zunehmend alleine für ihr Auskommen sorgen müssen, nicht in der Lage sein, auch politische Verantwortung zu übernehmen? Bisher lehnt die KPCh politische Reformen - trotz aller wirtschaftlichen Veränderungen - strikt ab. Doch auch dieser natürliche Zustand wird sich von selber regeln. Emanzipation ist eben nicht teilbar. Auf wirtschaftliche Mitsprache folgt auf lange Sicht politische Teilhabe. Wenn nicht alles täuscht, ist die Führung bereits in eine Zwickmühle geraten (...) Chinas Kommunisten haben sich Zeit erkauft. Beobachter vermuten, dass sie nach der wirtschaftlichen "weichen Landung" auf ein ähnlich geglücktes Manöver in der Politik hoffen und ein halbautorisiertes "Singapur-Modell" anstreben. Die Dynamik im Land dagegen lässt eher vermuten, dass das Riesenreich einem Vorbild folgt: dem seit 1986 weitgehend demokratisch gewordenen Taiwan."*[103]

---

[102] "Wandel durch Stabilität", FAZ, 20.09.1997.

[103] "Zeitgewinn in Peking", WELT, 18.09.1997.

1.2 Alt-neue Großmacht am Scheideweg: Siegt wirtschaftlicher Pragmatismus über ideologischen Starrsinn?

"Erinnern wir uns noch an das geflügelte Wort des Kanzlers Kiesinger (1966-69)? „Ich sage nur China, China, China." Peking, damals nur als „Karte" im Mächtespiel gegen die Sowjetunion betrachtet, ist nun da, wo das Trio USA-Deutschland-Japan vor hundert Jahren war. Es glänzt mit doppelstelligen Wachstumsraten; es will nun, wie jeder Neureiche, Respekt, Anerkennung, Prestige (...) Deshalb starrt die Welt so gebannt auf Hongkong. An diesen tausend Quadratkilometern wird sich zeigen, ob China eine Großmacht des 19. oder des 21. Jahrhunderts ist. Ob Peking begriffen hat, dass die wilhelminische Politik so praktisch ist wie eine Dampflok. Man kommt mit dem Eisenross zwar von A nach B, aber ein ICE ist besser und weniger gefährlich, weil er keinen explosionsträchtigen Kessel hat. Reichtum hat früher den Imperialismus gezeugt; heute läuft es umgekehrt: Die globale Zusammenarbeit gebiert den Wohlstand. In dieser Welt ist die imperiale Gebärde so nützlich wie eine Schreibmaschine fürs Internet."[104]

In der Darstellung der deutschen wie der internationalen Medien signalisiert die Rückkehr der britischen Kronkolonie Hongkong unter chinesische Souveränität im Jahr 1997 nichts weniger als den Anbruch einer neuen Ära der Weltgeschichte. Der Abschied der ehemaligen Weltmacht Großbritannien aus Hongkong markiert dabei zugleich den Moment, in dem die neue-alte Großmacht China erneut die Weltbühne betritt. Mit Hongkongs Heimkehr könnte nun das Reich der Mitte daran machen, den Platz in der Welt, der ihm einst zustand, wieder zurückzuholen. Geboren würde mit dieser Wiedervereinigung ein Goliath der Weltpolitik: "Großchina - nicht nur der menschenreichste, sondern dann auch der devisenreichste Staat der Welt", bemerkt vor diesem Hintergrund der SPIEGEL.[105] Napoleons Spruch "Wenn China erwacht, erzittert die Welt" macht indes in der heimischen Presse wieder die Runde, die Rede vom "chinesischen 21. Jahrhundert" liegt dabei wieder im Trend und im Hinblick auf die kommende Zeitenwende wird vor allem eine Frage gestellt: Wie wird sich ein starker Drache in der Zukunft verhalten?

Die Antwort dazu mag noch ausstehen, doch Eines steht für die meisten

104 "Wegscheide Hongkong", SZ, 28.06.1997.
105 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.

zeitgenössischen China-Kommentare der deutschen Presse fest: Die aufstrebende Großmacht China wird zum Problem Nr. 1 der Weltpolitik. Der Newcomer glänze mit seinen zweistelligen Wachstumsraten und halte die Welt mit seinem rekordbrechenden Modernisierungstempo in Atem - wie einst das wilhelminische Deutschland im 19. Jahrhundert hole es seinen industriellen Rückstand im Zeitraffer auf, bemerkt die SZ im oben zitierten Kommentar. Vergrößert um Hongkong, so die SZ weiter, könnte es nun bald wie einst auch das kaiserliche Japan Anspruch auf pazifisches Kaisertum erheben und sogar der Supermacht USA die Stirn bieten. Die Folgen eines derartigen Aufstiegs für den Weltfrieden könnten eines Tages ebenso verheerend wie damals sein, als sich die aufstrebenden Großmächte Deutschland und Japan mit den alteingesessenen Weltmächten gelegt haben - schreibt neben der SZ zur gleichen Zeit auch der SPIEGEL unter dem Titel *"China erwacht, die Welt erbebt"*.[106] Aus der Perspektive dieser historischen Analogie heraus betrachtet könnte das Geschick der Menschheit davon abhängen, ob die neue-alte Großmacht in Fernost ihre wirtschaftliche und militärische Stärke "zum Wohle aller Menschen auf der Erde einsetzt oder um Macht zu projizieren".[107] *"Hongkongs Übergabe ist ein weltpolitischer Einschnitt, der letzte Beleg für den Niedergang einer einstigen europäischen Weltmacht, den Aufstieg einer neuen Großmacht im Fernen Osten – ein einmaliges Experiment, das zugleich darüber entscheidet, ob sich Peking friedlich in die Weltgemeinschaft einordnet oder eine Konfrontation mit dem Westen sucht"*, fasst der SPIEGEL kurz vor dem Flaggenwechsel in Hongkong zusammen.[108]

Wo sieht also China seinen neuen Platz in der Welt? Welche außenpolitischen Ziele verfolgen die Machthaber in Peking? Würden sie es versuchen, mit aller Macht ihre Hegemonie-Absichten in der Region durchzusetzen und damit die Nachbarländer und den Rest der Welt in Schrecken versetzen? Würde also das kommunistische Regime der Volksrepublik China im klassischen Zeitalter der Ideologien und des geostrategischen Mächtespiels hängen bleiben?[109] Oder siegt doch am Ende der wirtschaftliche Pragmatismus über den ideologischen Starrsinn?[110] Kommt in China

---

106 Ebd.

107 Ebd.

108 "Der Triumph des Drachen", SPIEGEL, 26.05.1997.

109 Vgl. "Die andere Revolution", ZEIT, 02.05.1997.

110 Vgl. "Ein neues Zeitalter", WELT 01.07.1997, "Schaubühne Hongkong", FAZ, 24.09.1997.

eine neue Generation von Pragmatikern an die Macht, die schließlich die Züge des neuen Mächtespiels im geoökonomischen Zeitalter erkennen und auf “welfare” statt auf “warfare”, also auf ökonomische Leistung statt auf Kriegskunst setzen?[111]

Diese Fragestellung durchzieht wie ein roter Faden den deutschen Pressediskurs um die außenpolitische Entwicklung Chinas vom Machtwechsel in Hongkong im Jahr 1997 bis zur Jahrtausendwende.[112] Vor allem in Hinsicht auf die Beziehungen Chinas zum demokratischen Taiwan wie auch zu dessen Schutzmacht USA schaukelt sich in der deutschen Presse auch nach dem Machtwechsel in Hongkong immer wieder die Diskussion über das Bedrohungspotential des neuen Aufsteigers und die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Konfrontation in Fernost auf. Ob bei den Hochspannungen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach der versehentlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft durch die NATO-Angriffe in Belgrad im Jahr 1999 sowie nach der Kollision eines US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Kampfjet über dem Südchinesischen Meer im Jahr 2001; oder bei Pekings Drohgebärden gegen Taiwan im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Taipeh in den Jahren 1998/99 - stets rückt in den Vordergrund der Pressedebatte in Deutschland um die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik der Schlüsselbegriff “Unberechenbarkeit”.

Am relevantesten erscheint schließlich auch hier - so wie in der Diskussion über Chinas innenpolitische Entwicklung - die Systemfrage. Ob sich China in die Weltgemeinschaft friedlich einordnet oder zum Auslöser einer kriegerischen Auseinandersetzung wird, wird vor allem von der Weiterentwicklung seines politischen Systems abhängig gemacht. Denn solange im Reich der Mitte das Bestimmungsrecht eines anachronistisch gewordenen politischen Systems herrscht, solange würden auch die Folgen seines Strebens nach Weltgeltung unberechenbar bleiben - darin stimmen fast alle China-Kommentare aus jener Zeit überein.

---

111 Vgl. “Business statt Bismarck”, SZ, 26.04.1997.

112 Daran schließt sich etwa ein Viertel der in die vorliegende Arbeit einbezogenen Beiträge aus diesem Zeitraum. Das sind 57 von insgesamt 232 Titeln.

1.2.1 Brisante Mischung “Hybris und Unsicherheit”

Chinas zunehmende Unberechenbarkeit im Zuge seines wirtschaftlichen und außenpolitischen Aufstiegs am Ende des 20. Jahrhunderts lässt sich nach der damaligen Darstellung der deutschen Presse vor allem von seiner labilen innenpolitischen Lage ableiten. Die eigentliche Gefahr, die vom Streben des Giganten nach Weltgeltung ausgeht, scheint demnach nicht so sehr seine wiedergewonnene Stärke nach Außen zu sein, sondern vielmehr eine fundamentale Schwäche in seinem Innern. Denn auch wenn China nicht mehr als der kranke Mann Asiens gilt - ja auch wenn es von einer ungeheuerlichen Wirtschaftskraft getrieben in die neue Zeit der globalen Ökonomie aufgebrochen zu sein scheint -, habe es noch unter den Folgen einer sozialpolitischen Fehlentwicklung zu leiden, die nicht zuletzt durch das Weiterbestehen seines politischen Systems vorangetrieben werden. Schließlich würden die Defekte dieses Systems durch den wirtschaftlichen und technologischen Boom, der China zum “Triebmotor der Hochwachstumsregion Asien”[113] allmählich verwandelt, nur vergrößert. Der Grundwiderspruch zwischen modernem Kapitalismus und veralteter Diktatur trete mit fortschreitender Modernisierung immer schärfer zu Tage - bemerken immer öfter die deutschen Pressekommentatoren. In diesem Hinblick könnte sich der Aufstieg des Grossen Drachen schnell zu mehr Schein als Sein entpuppen - so die allgemeine Annahme dazu.

Vor allem das ideologische Vakuum, das der Bankrott des Kommunismus hinterlassen hat, drohe dem anachronistischen Regime Chinas zum Verhängnis zu werden. Der Verfall des Glaubens an die Partei in Zeiten des kapitalistischen Wandels, dessen wachsende Widersprüche ohnehin den inneren Frieden des Reiches zunehmend in Frage stellen, berge immensen politischen Sprengstoff - warnt stets die heimische Presse über den gesamten Zeitraum von 1997 bis 2001. Auf die Gefahr ernsthafter Unruhe und Unordnung würden wiederum die Machthaber in Peking mit Intensivierung der Erziehung zum “Patriotismus und Nationalismus” reagieren. Das Schüren von Nationalgefühl sollte ihnen als Ersatzreligion und damit als letzte Legitimation dienen - bekommt man insbesondere in den damaligen

[113] “Tiger und Drachen rücken näher”, SZ, 26.09.1997.

Länderberichten des SPIEGEL aus der Volksrepublik China zu lesen. Wie zu Maos Zeiten stünde im Zentrum der Propaganda der Aufbruch zu einem neuen "Grossen Sprung" - "mit einem patriotisch gefärbten Selbstbewusstsein und einem von der KP kontrollierten Fortschrittsglauben: Aufbruch zur nationalistischen Großmacht China".[114] *"Weil sie wissen, dass sie bei ihrer Gratwanderung mit Marxismus-Leninismus keinen mehr überzeugen können, arbeiten die Funktionäre an einer anderen Vision: dem Traum von nationaler Größe. Das Beschwören der Stärke Chinas soll von den sozialen Verwerfungen ablenken, die Liebe zum Vaterland als neues Bindemittel zwischen Partei und Volk wirken. Nur die KP, beteuern die Kader, könne China wieder einen angemessenen Platz in der Welt verschaffen – den Status einer Großmacht"*, schreibt der SPIEGEL zum 50. Jahrestag der Volksrepublik China im Jahr 1999.[115]

Die Hinwendung der offiziellen Propaganda zu nationaler Größe und ein hochexplosives Gemisch an Spannungen im Inneren des Reiches ergeben im Zusammenspiel eine "labile Mischung aus Unsicherheit und Arroganz", die so etwa an das zweite deutsche Reich erinnert - bemerkt ihrerseits die SZ noch im Jahr 1997.[116] Zwar gäbe es "kein Naturgesetz, wonach jeder Newcomer vom Gewicht Chinas in die Falle des Krieges tappen muss", schreibt hierzu das gleiche Blatt - doch jene brisante Mischung sollte für die Länder in der Region wie für den Rest der Welt Warnung genug sein. *"Chauvinismus ist in Zeiten mangelnden sozialen Zusammenhalts stets eine probate Methode gewesen, das Volk zu einen, nicht nur in China. Die Kombination aus Wirtschaftsboom, Hybris und Unsicherheit erinnert an das Deutschland des späten 19. Jahrhunderts – einen Staat, zu groß und zu ambitioniert, um ein „natürliches" Machtgleichgewicht mit seinen Nachbarn zu erreichen und deshalb voller Aggression gegenüber jedermann"*, warnt zur gleichen Zeit auch der SPIEGEL.[117] Das gleiche Warnungsmotiv findet sich noch einmal in der SZ einige Jahre später in einem Beitrag unter dem Titel "Der Papierdrache speit Feuer" anlässlich der Turbulenzen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach der Kollision eines US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Kampfjet über dem Südchinesischen Meer: *"In der jüngsten Krise hat die ideologisch*

---

114 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997

115 "Traum von der Supermacht", SPIEGEL, 27.09.1999.

116 "Wegscheide Hongkong", SZ, 28.06.1997.

117 "Wohin geht China", SPIEGEL, 24.02.1997.

abgewirtschaftete kommunistische Führung in Peking vor allem ihre Schwäche offenbart. Sie klammert sich an den Strohhalm nationalistischer Propaganda, um ihre immer unruhiger werdende Bevölkerung abzulenken. Langfristig gesehen ist diese Mischung aus Schwäche und Nationalismus in der Tat brisant."[118]

Dieses Argumentationsmuster durchzieht auch die Kommentare der heimischen Presse über die Reaktionen in China nach den NATO-Bomben auf die chinesische Botschaft in Neu-Belgrad im Jahr 1999 - die zwei Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge hatten. Die darauf gefolgten Massenproteste gegen westliche Einrichtungen in diversen chinesischen Städten werden dabei als Ausfluss der offiziellen chinesischen Propaganda betrachtet, die vor allem aus innenpolitischen Gründen Feindbilder gegen den Westen schüren sollte. *"Die chinesische Regierung, die sonst nichts mehr fürchtet als demonstrierende Bürger, die ihren Unmut äußern, ermutigt sie nun dazu. Der schreckliche Fehler der Nato, für den sich alle Verantwortlichen entschuldigt haben, wird von chinesischer Seite so dargestellt, als hätte die westliche Allianz dem Land den Krieg erklärt. Aus den Todesopfern und Verletzten sind nationale Märtyrer geworden; die unbeabsichtigte Bombardierung der Botschaft wird als ein absichtlich feindlicher Akt dargestellt, aus dem Peking mit Hilfe der Demonstranten möglichst viel Kapital schlagen will"*, kommentiert die FAZ in Übereinstimmung mit der SZ kurz nach dem tragischen Vorfall.[119] Durch eine konzertierte "Wut-Aktion, die an das aggressive Verhalten der Kulturrevolution erinnert", versuchen die Machthaber in Peking viel Gesicht zu gewinnen - bemerkt hierzu die SZ.[120] Demonstriert würde dabei - darin zeigen sich die China-Kommentatoren der FAZ und der SZ sowie auch der WELT einig - die Schwäche einer bröckelnden Staatsmacht, die ihre Propagandamaschinerie zur Ablenkung von den zunehmenden Spannungen im Lande einsetzt.

Das Entfachen des antiwestlichen Sturms zeige aber zugleich - so die allgemeine Ansicht der Kommentatoren - das kaum aufzulösende Dilemma einer Staatsführung, die stets zwischen einer pragmatischen Öffnungspolitik und einer irrationalen Tendenz zur Isolation aus Angst vor dem eigenem Machtverlust oszilliert. *"Für die*

---

118 "Der Papierdrache speit Feuer", SZ, 14.04.2001.

119 "Zorniges China", FAZ, 11.05.1999.

120 "Der Volkszorn als Waffe", SZ, 11.05.1999. Dazu vgl. "Pekings Glut, Washingtons Streichholz", WELT, 11.05.1999.

Regierung in Peking ist diese Öffnung ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite sind die Handelsbeziehungen zum Ausland notwendig, damit Chinas Wirtschaft weiter wachsen kann. Auf der anderen Seite fürchtet die Kommunistische Partei (KP) aber die Ideen aus dem Westen. Und so versucht sie weiter, dem ausländischen Einfluss einen Riegel vorzuschieben. Patriotismus und Fremdenhass werden instrumentalisiert; so nach den Nato-Bomben auf die chinesische Botschaft in Belgrad im vergangenen Mai. Weiterhin wird die alte Propaganda geschürt, das Ausland wolle China unterwandern, demütigen und in die Knie zwingen. Der neue, von oben angeheizte Patriotismus soll die brüchiger werdende kommunistische Ideologie ersetzen", bemerkt die WELT im Februar 2000.[121] Das gleiche Kritikmuster lässt sich in den Kommentaren der heimischen Presse auch ein Jahr später anlässlich der Spannungen zwischen China und den USA nach dem bereits erwähnten Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer erkennen. Dazu kommentiert wieder die WELT: *"Während der letzte nationale Volkskongress im vergangenen Monat tagte, haben 2000 entlassene Minenarbeiter eine Straße im Nordwesten des Landes blockiert. In Shanghai umzingelten aufgebrachte Arbeiter eine Gummifabrik. Ein gemeinsames Ziel, ein gemeinsamer Feind kommt in dieser Situation den Kommunisten sehr gelegen. Der Trick ist uralt: Die Menschen werden von ihren eigenen eigentlichen Problemen abgelenkt, die allgemeine Aufmerksamkeit wird auf ein äußeres Ziel gerichtet. Ein Konflikt mit einem anderen Staat, vor allem ein Konflikt mit der Hegemonialmacht USA, kommt da wie gerufen. Schnell wird der alte Minderwertigkeitskomplex der Chinesen geschürt, und alles andere ist vergessen."*[122]

Das Schüren von Nationalismus in der eigenen Bevölkerung - bemerken in beiden o.g. Fällen viele Pressekommentatoren - bedeutet aber für Chinas Führung nichts weniger, als mit dem Feuer zu spielen. Die Geister, die sie dabei ruft, könnten ihr schnell zur Plage werden, ja sie könnten einen Boomerang-Effekt auslösen, denn die eigentliche Gefahr für die KP-Macht - schreibt etwa die WELT anlässlich des Belgrad-Zwischenfalls - wäre die Verschmelzung der Proteste von Millionen nationalistisch verblendeter Demonstranten "mit der Erregung vieler Bauern über feudalistisch auftretende Lokalfunktionäre oder dem Zorn entlassener Mitarbeiter

[121] "Der Westen rückt China näher", WELT, 29.02.2000.
[122] "Ein Glücksfall für Chinas Greise", WELT, 09.04.2001.

zusammengebrochener Staatsbetriebe auf die Pekinger Reformer und ihrer Wut auf die kapitalistische Schmiergeld-Modernisierung".[123] Schließlich könnte die Kampagne gegen den Westen zu einer Radikalisierung der Hardliner in den eigenen Reihen führen, um sich dann gegen die eigene Politik zu richten - schreibt dasselbe Blatt zur gleichen Zeit an anderer Stelle unf fügt hinzu: *"Wenn es ein Überlebenselixier für Chinas KP gab, dann war es ihre Politik der Reformen und der Öffnung. Dies wird in Frage gestellt, wenn das Verhältnis zum Westen vergiftet wird (...) Die Reformgegner im Apparat, im Militär und unter Millionen Arbeitslosen, die sich als Opfer der Marktöffnung und Modernisierung sehen, finden im Nationalismus und Antiamerikanismus ein Ventil."*[124] Ähnlich kommentiert auch die FAZ zwei Jahre später vor dem Hintergrund der chinesisch-amerikanischen Spannungen nach dem Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer: *"Ihre relative Schwäche versucht die chinesische Regierung durch das Schüren nationalistischer Gefühle in der Bevölkerung wettzumachen. Die "Begründung" für den ausgeprägten chinesischen Nationalismus klingt plausibel. Das Volk ist in der Tat von ausländischen Mächten in der Vergangenheit oft bedrängt worden. Aber wenn man es darauf anlegt, lässt sich jede Historie aktualisieren (...) Es mag sein, dass sich die Regierung in Peking einen Zuwachs an Legitimität im Volk durch den Rückgriff auf eine patriotische oder nationalistische Grundstimmung erhofft. Diese Methode kann aber auch schnell zu ihrem Nachteil ausschlagen, wenn sie sich - aus womöglich guten Gründen - gegenüber dem Ausland einmal als "schwach" oder "nachgiebig" zeigt."* [125]

Dieses Bild eines zunehmend aggressiv auftretenden China, das vorwiegend von inneren Widersprüchen und Problemen getrieben letztendlich aus der Defensive handelt, lässt sich auch aus den damaligen Kommentaren der deutschen Presse - allen voran der FAZ, der WELT und des SPIEGEL, aber auch der ZEIT - zur Taiwan-Frage ablesen. Die Lage vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Peking und Taipeh im Vorfeld der taiwanesischen Präsidentschaftswahlen 1999 wird von allen Seiten gleich erläutert: Auf die "Taiwan-Identität", die sich im Zuge der Entwicklung des Inselstaates zu einer rechtsstaatlichen Mehrparteiendemokratie westlichen Musters gebildet hat und nun Unabhängigkeit fordert, reagieren die kommunistischen Machthaber in Peking mit erpresserischen Drohungen und

123 "Pekings Glut, Washingtons Streichholz", WELT, 11.05.1999.
124 "Peking in heikler Lage", WELT, 10.05.1999.
125 "Nicht von Feinden umgeben", FAZ, 25.04.2001.

Einschüchterungsversuchen. Sie drohen mit der Volksbefreiungsarmee, machen dunkle Andeutungen über eine mögliche Invasion in die "abtrünnige Provinz" und weisen auf den Besitz der Neutronenbombe hin - all das zeigt, dass Peking immer noch "zum großen Schlaghammer aus Mao Tse-tungs Zeiten" greift, berichtet etwa die ZEIT - die ansonsten immer wieder auf den "neuen Pragmatismus" in der chinesischen Außenpolitik hinweist - und ergänzt dazu: *"Niemand wird behaupten, in China seien Traumtänzer an der Macht. Die roten Mandarine in Peking sind ausgemachte Realisten. Doch wenn es um die Souveränitätsfrage geht, sind irrationale Reaktionen programmiert."* Für sie sei schließlich die Taiwan-Frage eine "Existenzfrage wie der Glaube an Marx und Mao", weil ein wichtiger Teil der Legitimität ihrer Macht an ihrer Rolle als Garanten der chinesischen Einheit hängt - bemerkt hierzu der SPIEGEL.[126] Ähnlich kommentiert dazu auch die FAZ: *"Die Volksrepublik baut auf einen Nationalismus, dessen wichtigstes Ziel die Wiederherstellung der Einheit Chinas ist."*[127] Einen Krieg würde die Volksrepublik kaum riskieren, zu wichtig sei ein stabiles Umfeld für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau in der "sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung" - räumen dabei die meisten Kommentatoren ein. Zugleich bleibt es aber beim gemeinsamen Hinweis: Bei ihrer Gratwanderung zwischen wirtschaftlichem Pragmatismus und eigenem Machterhalt könnten sich doch die Machthaber in Peking eines Tages wirklich dazu "gezwungen" sehen, gegen Taiwan militärisch vorzugehen. Zudem, so mancher Kommentator, trage die Kriegspropaganda auch zur Stärkung der Hardliner-Positionen in den eigenen Reihen bei. Die Pekinger Drohgebärden sowie chinesische politische Texte überhaupt mögen zwar Feuerwerken gleichen - "laut, bedrohlich aber ohne Kugel im Rohr" -, doch dabei drohe eine Stärkung der "Hardliner", die einen möglichen "Krieg gegen Taiwan als Integrationsmittel" gegen die inneren sozialen und politischen Spannungen betrachten - warnt etwa die WELT vor.[128]

Angesichts der geopolitischen Folgen, die eine militärische Auseinandersetzung um Taiwan nach sich ziehen könnte, erhält die innere Unsicherheit des aufstrebenden China enorme Brisanz. Besonders in den Beiträgen des SPIEGEL und der WELT, die sich zur damaligen Zeit mit den regionalen und globalen Auswirkungen des

126 "Nach deutschem Vorbild", SPIEGEL, 19.07.1999.
127 "Peking droht", FAZ, 20.07.1999.
128 "Taiwan tritt aus der Grauzone", WELT, 20.03.2000.

chinesischen Aufstiegs befassen, herrscht eine fast schon alarmistische Stimmung. Hinsichtlich der immer wieder aufflammenden Spannungen zwischen China und den USA wird dabei sogar vor einer Rückkehr des Ost-West-Konfliktes gewarnt. *"Fast zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von Amerikas kommunistischen Antipoden in Moskau schien es letzte Woche fast so, als ob der chinesische Drache nun mehr die Rolle des russischen Bären übernehmen könnte. Droht nun, so fragten sich Politiker in Südostasien, zwischen Washington und Peking ein Kalter Krieg in neuer Besetzung?"*, kommentiert der SPIEGEL nach dem Luftzwischenfall eines US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Kampfjet über dem Südchinesischen Meer im Frühjahr 2001.[129] *"Die Symptome stimmen: die Konkurrenz in Wirtschaft, Technologie und Rüstung nimmt zu. Zwar ist in Zeiten von Globalisierung und weltweitem Handelsaustausch eine Konfrontation nicht mehr so leicht möglich wie in den Jahren vor 1989. Aber die ideologischen Gegensätze sind noch nicht so weit verschwunden, als dass politische Polarisierung ausgeschlossen werden könnte. Chinas Ambitionen auf eine führende Rolle in der Region und in der Welt jedenfalls sollte man nicht unterschätzen"*, kommentiert zur gleichen Zeit ihrerseits die WELT.[130]

Es geht um die Frage "Wem gehört der Pazifik?"[131], wiederholt immer wieder bereits seit dem Jahr 1999 das gleiche Blatt - und sieht die Gefahr eines neuen Kalten Krieges dadurch erhöht, dass sich Chinas "Anspruch auf Weltmacht-Status und pazifisches Kaisertum mit Erinnerungen an Niedergang und Demütigung" verbindet:*"Wer sich als Reich der Mitte versteht, dazu keine Kränkung der 200 Jahre je vergessen hat, findet es schwer, in Begriffen des Gleichgewichts zu denken."*[132] Unter dem Zeichen des roten Drachen finde Machtpolitik vielmehr im "Rohzustand" statt - und von einer "ausgefeilten Konfliktarchitektur unter diplomatischer Kontrolle"[133] wie in der einstigen bipolaren Welt, so die WELT weiter, seien die neuen Spannungen zwischen dem ambitionierten Aufsteiger und der einzigen Supermacht USA weit entfernt.

Nach Ansicht der WELT sollte damit "das große Welttheater des 21. Jahrhunderts" in

---

129 "Stunde der Patrioten", SPIEGEL, 19.04.2001.

130 "Ein neuer Kalter Krieg?", WELT, 03.04.2001.

131 Vgl. "Rivalen im Pazifik", WELT, 15.05.1999, "Drohgebärden aus Peking", WELT, 26.02.2000.

132 "Streit um die Macht im Pazifik", WELT, 19.07.1999.

133 "Amerikas Eindämmungspolitik", WELT, 05.04.2001.

Ostasien stattfinden - wobei das Reich der Mitte darin wie selbstverständlich die Hauptrolle beanspruche. Sein Wiederaufstieg verändere unterdessen alle asiatischen und pazifischen Gleichgewichte. Ob sich daraus eine revolutionäre Macht entwickelt, für die Krieg Mittel der Politik, der Hegemonie und des Umsturzes ist, oder ein Reich der Mitte, das wie zu kaiserlichen Zeiten eher als Ruhepol einer ruhelosen Region fungiert, darüber, so meint die WELT, könnte schließlich einzig die Weiterentwicklung des politischen Systems in China entscheiden: *"Die Balance zwischen optimistischen und pessimistischen Perspektiven wird beeinträchtigt durch das Faktum, dass der Kommunismus in China dahinsiecht, während der Leninismus den Gestus des Tempelwächters wahrt. Dieser Widerspruch wird nicht von Dauer sein. Die große Krise kommt. Historisch betrachtet hat China zwar Turbulenzen nie aggressiv nach außen abgeleitet. Imperialistische Züge traten in der Ming-Zeit (1368-1644) hervor, aber doch nur so lange, bis die konfuzianischen Beamten dem Flottenbau ein Ende bereiteten und das Reich erneut zentrierten. Ob die Rote Gentry sich indes mit Handel und Verträgen zufrieden gibt, ist aus der Geschichte nicht zu beantworten."*[134]

1.2.2 Chinas Demokratisierung als einzige Rettung - für China selbst und für den Rest der Welt

So, wie oben bereits beschrieben, sieht nahezu die gesamte deutsche Presse die neue-alte Großmacht China an der Schwelle des 21. Jahrhunderts: am Scheideweg zwischen altmodischer Machtpolitik nach dem klassischen Muster des geostrategischen Zeitalters und moderner Handelspolitik nach dem neuen Zeitgeist der globalen Ökonomie. Die Einschätzungen darüber, welchen Weg letztendlich das Reich der Mitte einschlagen könnte, fallen unterschiedlich aus. Im Gegensatz bspw. zu den Warn- und Alarmsignalen in den Beiträgen des SPIEGEL und der WELT, die stets auf die Unberechenbarkeit des chinesischen KP-Regimes hinweisen, trifft man in den Kommentaren der FAZ, der SZ und der ZEIT sowie der taz nicht selten auf den Hinweis, dass "die Logik des Ökonomischen gegen die Gebote der Machtpolitik"[135] arbeitet. Damit wird zugleich die Erwartung verbunden, dass ökonomischer Pragmatismus, Öffnung und Handel neben der wirtschaftlichen auch

---

134 "Amerika sagt Ja zu China", WELT, 26.05.2000. Dazu vgl. "Chinas Muskelspiele", WELT, 07.03.2001.

135 "Wegscheide Hongkong" "Wegscheide Hongkong", 28.06.1997, SZ, 28.06.1997.

eine politische Modernisierung Chinas bewirken sollten. Schließlich bleibt es stets bei der gemeinsamen Annahme, die lautet: Solange Chinas Aufstieg unter dem Zeichen eines anachronistischen Regimes verläuft, das zwischen wirtschaftlichem Pragmatismus und ideologischem Starrsinn oszilliert, solange dürften auch die Risiken und Gefahren für die Sicherheit in der Region - ja auch für den Frieden in der ganzen Welt - unkalkulierbar bleiben. In diesem Sinne würde nach Ansicht der heimischen Presse die Hoffnung für eine friedliche Einbindung des aufstrebenden China in die Weltgemeinschaft allein in einer Veränderung des chinesischen politischen Systems liegen - genauer gesagt: in Chinas Demokratisierung.

Diese Haltung bestimmt im Grunde auch die Pressediskussion über den Machtwechsel in Hongkong, der als Lackmustest für die Integration der neuen-alten Großmacht in die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts betrachtet wird. Zum Einen wird hierbei in manchen Kommentaren - vor allem der FAZ und der SZ - argumentiert, dass sich Chinas pragmatische Führer um ihrer Vertrauenswürdigkeit gegenüber der internationalen Finanzwelt willen diplomatisch bemühen würden, ihre Versprechungen einzuhalten und die Autonomie des Systems Hongkongs zu respektieren - zumal die aus der Deng-Ära stammende Formel “Ein Land, zwei Systeme” auch auf die Wiedervereinigung von Taiwan mit dem Festland zielt.[136] Letztendlich würde “ein guter Marxist, der an die überlegene Macht des ökonomischen Unterbaus glaubt, die Hongkonger in Ruhe lassen und den Rest der Welt auch”, schreibt etwa die SZ.[137] Zum Anderen wird jedoch allerseits an der tatsächlichen Realisierung des Versprechens der Pekinger Machthaber, die Autonomie eines der liberalsten und kapitalistischsten Business-Standorte der Welt nicht anzutasten, stark gezweifelt. Eine “Re-Kolonisierung statt Ent-Kolonisierung” Hongkongs wird dabei befürchtet.[138] Der weltoffenen Wirtschaftsmetropole Hongkong - so der SPIEGEL - drohe unmittelbar die Gefahr, zum Vasallen eines kommunistischen Reiches zu werden. Vor allem wird hierzu in allen Medien von Pekings Ablehnung der “Last-minute-Reformen” des letzten britischen Gouverneurs Patten berichtet, die nach 154 Jahren britischer Kolonialherrschaft den Bürgern

136 Vgl. “Im Jahr des Ochsen”, FAZ, 10.02.1997, “Nach Hongkong Taiwan?”, FAZ, 01.07.1997.

137 “Wegscheide Hongkong”, SZ, 28.06.1997.

138 Vgl. “Ein harscher Abschiedsgruß für die Demokratie”, SZ, 22.01.1997, “Der Triumph des Drachen”, SPIEGEL, 26.05.1997.

Hongkongs demokratische Rechte verleihen sollten. Durch die Gesetze der neuen von Peking bestellten Legislative gegen "Verrat, Demonstration und Subversion" würde der Nerv einer Stadt getroffen, deren Funktionieren als Finanz- und Handelsplatz unmittelbar mit den individuellen Freiheiten der Hongkonger Bürger zusammenhängt - kommentiert dazu die WELT.[139]

Dabei gilt die größte Sorge der Pressekommentatoren nicht so sehr den Absichten, als vielmehr der Kompetenz der veralteten, kommunistischen Führung Chinas. So schreibt der SPIEGEL kurz vor der Einführung des Experiments "Ein Land, zwei Systeme" in Hongkong: *"Von Deng stammt das Konzept, nach dem Hongkong künftig regiert werden soll: „Ein Land, zwei Systeme" (...) Kann eine solche politische Schablone in der Praxis funktionieren? Sind die alten Kader in Peking, von denen manche noch aus einer anderen Ära stammen, im Umgang mit dieser Kapitale des Kapitalismus nicht hoffnungslos überfordert? Wie soll ein neuer Besitzer, geübt nur im Bedienen von Pferdekarren (und Panzern), plötzlich eine Luxuslimousine chauffieren?"*[140] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit die WELT: *"Die oft gehörte Meinung, im Geschäftsleben werde sich nichts ändern, ist Zweckoptimimus. Viele wollen daran glauben, weil sie starke finanzielle Interessen in Hongkong und China haben (...) In Frage steht nicht Chinas Wille zum Erfolg, sondern seine Fähigkeit, den Anforderungen einer Wirtschaftsmetropole gerecht zu werden. Transparenz, freier Wettbewerb und eben das Laissez-faire der Regierung gehören zu den Erfolgsfaktoren der Stadt. Diese Säulen werden schon jetzt angegriffen."*[141] Dazu bemerkt schließlich die FAZ: *"Hongkong lebt nach anderen Regeln als denen, die die Pekinger Politiker kennen. Selbst bei bestem Willen können hier aus Unwissenheit und Unerfahrenheit grobe Fehler gemacht werden. Darin liegt die Gefahr für Hongkong, trotz der Pekinger Versprechungen der Autonomie, trotz des Glaubens daran, dass Peking diese "goldene Gans" nicht schlachten wird."*[142]

Die einzige Hoffnung für die Freiheit in Hongkong würde also allein in der Reformierung des politischen Systems in China liegen, bemerken indes die meisten Kommentatoren der deutschen Presse - wobei viele von ihnen eine Möglichkeit für

---

139 "In chinesischem Ernst", WELT, 23.01.1997.
140 "Der Triumph des Drachen", SPIEGEL, 26.05.1997.
141 "Unter Druck", WELT, 03.02.1997.
142 "Hongkong feiert", FAZ, 30.06.1997.

die Erfüllung dieser Hoffnung gerade im zukünftigen Einfluss Hongkongs auf China sehen. In diesem Sinne schreibt die WELT am Tag der Übergabefeier in Hongkong: *"Es bleibt die Frage, ob die Machthaber, die in Peking an den Schalthebeln sitzenden stalinistischen Verfechter einer Einparteien-Diktatur, es dulden werden, dass sich irgendwo in ihrem Herrschaftsbereich der Bazillus "Freiheit" ausbreitet. Oder besteht die Chance, dass auch China eines Tages einen ähnlichen Weg geht, wie ihn Michail Gorbatschow vor einem Jahrzehnt mit der damaligen Sowjetunion beschritt? (...) Siegt wirtschaftlicher Pragmatismus über ideologischen Starrsinn? Die Mehrzahl der Auguren, welche die Szene am besten kennen, glaubt an die Zukunft. Das entspricht auch der Zuversicht all derer in der freien Welt, die hoffen, dass China in Bälde nicht nur ein immer offener Wirtschaftsmarkt wird, sondern auch ein Markt der Ideen, von denen die Freiheit eine der hehrsten ist"*, kommentiert die WELT.[143] Ähnlich kommentiert die ZEIT - ebenso wie die taz - mit Blick auch auf Taiwan: *"In Taiwans Ministerien hat man erkannt, dass Pekings neueste Strategie heißt: wirtschaftliche Verschmelzung. Doch die Abhängigkeit gibt es bereits (...) Mag sein, dass sich diese Strategie auszahlt. Vielleicht gewinnt Taiwan dadurch so viel Zeit, dass auf dem Festland nicht nur der Lebensstandard steigt, sondern auch die Demokratie–Erwartungen wachsen, so dass eine Wiedervereinigung nach taiwanischen Vorstellungen möglich wird: in Freiheit und Gleichheit. Je länger die Frist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass in China eine neue Generation von Pragmatikern an die Macht kommt. Das ist Taiwans einzige Chance."*[144]

Ob dennoch so viel Zeit für einen glücklichen Ausgang des Hongkong- sowie des Taiwan-Problems zur Verfügung steht, fragt sich die FAZ: *"Für Taiwan wie für Hongkong liegt die wirkliche Hoffnung auf Veränderungen in der chinesischen Politik selbst. Würde Peking demokratischer, bräuchte Hongkong nicht um seine Freiheiten zu fürchten; würde Peking gelassener, könnte es sich mit dem Status quo oder vielleicht mit der Unabhängigkeit Taiwans arrangieren. Doch China ändert sich nur langsam. Und bis dahin können sowohl über Hongkong als auch über Taiwan noch Krisen hereinbrechen, die sich aus der Unverträglichkeit des einen Systems mit dem anderen ergeben."*[145] Diese Warnung sollte nicht zuletzt den westlichen Geschäftsleuten und Politikern gelten, die in China nur lauter Chancen durch den riesigen Binnenmarkt sehen und sich dabei vom Anschein der gegenwärtigen Stabilität in China und seinem Umfeld täuschen lassen. Würde es schließlich im

143 "Ein neues Zeitalter", WELT, 01.07.1997.

144 "Die andere Revolution", ZEIT, 02.05.1997. Vgl. dazu "Ungemütliche Zeiten für Taiwan", taz, 18.12.1999.

145 "Nach Hongkong Taiwan?", FAZ, 01.07.1997.

Reich der Mitte zu einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise kommen - warnt wiederholt die heimische Presse auch nach dem Machtwechsel in Hongkong -, so würden die Widersprüche seines sozialpolitischen Systems, die sich noch unter dem Deckel einer künstlichen Stabilität halten lassen, sogleich explodieren, mit ungeahnten Folgen für Chinas Umfeld und für die ganze Welt. *"Die Partei hätte dann nur noch eine Trumpfkarte, um innere Unruhen noch abzuwenden – sie könnte einen aggressiven Nationalismus starten, der sich gegen die gesamte Außenwelt richtet (...) Es wäre nicht das erste Mal, dass ein größerer Krieg aus einer Fehlkalkulation erwächst"*, warnt etwa der SPIEGEL in einem Spezialbeitrag zu Anfang des neuen Jahrtausends und fügt hinzu: *"Es gibt wenig Zweifel, dass ein Übergang zur Demokratie in China so holprig und chaotisch verlaufen würde wie der Übergang zum Kapitalismus. Aber langfristig gesehen wäre es für die Chinesen und den Rest der Welt sicherer, wenn eine Demokratie entstünde. Die Gefahren revolutionärer Gewalt drinnen oder militärischer Aggression außerhalb der chinesischen Grenzen würden viel geringer, hätten die Chinesen Redefreiheit und dürften ihre politischen Differenzen an der Wahlurne austragen."*[146]

Von den insgesamt 57 in diese Arbeit einbezogenen Zeitungsbeiträgen, die sich im Zeitraum von 1997 bis 2001 vorwiegend mit der Außenpolitik Chinas befassen, lassen nur 7 Beiträge auf eine eher positive Entwicklung schließen. Es handelt sich dabei um drei Beiträge aus der SZ, drei Beiträge aus der ZEIT sowie einen Beitrag aus der WELT.[147] An diesen Beiträgen lassen sich Anzeichen für eine pragmatische Wende in der Außenpolitik der politischen Führung Chinas - vor allem im Verhältnis zu Taiwan wie zu seinen südostasiatischen Nachbarn - ablesen, die zugleich auf eine Wende hin zur Berechenbarkeit hindeuten.

---

146 "Chinas faustischer Pakt", SPIEGEL, 09.10.2000.

147 "Business statt Bismarck", SZ 26.04.1997, "Tiger und Drachen rücken näher", SZ, 26.09.1997, "Der Pandabär will schmusen", SZ, 15.12.1997, "Die neue Bescheidenheit", ZEIT, 05.02.1998, "Banditen am Tisch", ZEIT, 15.10.1998, "Die Erlösung der Mandarine, ZEIT, 26.11.1998, "Chinesisches Tauwetter", WELT, 19.10.1998.

1.3 Chinas Sozialisation in die Weltgemeinschaft als Aufgabe des Westens: Demokraten in der Pflicht

"Nur mit wirklich totalitären Systemen lässt sich nicht über Menschenrechte reden, wie das Beispiel Nordkorea zeigt. Auch Helmut Schmidt hätte 1975 nicht im Traum daran denken können, bei Mao Chinas Menschenrechte anzusprechen. Schröder aber kommt in ein Reich der Mitte, das autoritär, nicht mehr totalitär regiert wird, das von der Welt respektiert werden möchte und das sich bereit zeigt, über Zusammenarbeit und Ausbildung im Justizwesen zu verhandeln, um die bisherige Willkür seiner Rechtsprechung zu begrenzen. Der deutsche Kanzler sollte es deshalb nicht nötig haben, beschwichtigend von einem "konstruktiven Dialog" oder einem "Dialog in gegenseitigem Respekt" über die Menschenrechte zu sprechen. Angemessener wäre es für europäische Politiker, in "konstruktiver" Weise Druck auf China auszuüben, um mit Peking in einen ernsthaften Dialog über Menschenrechte eintreten zu können. Ein ehrliches Gespräch ist immer konstruktiv."[148]

Chinas friedliche Eingliederung in die Weltordnung wird in den deutschen wie in allen westlichen Medien noch vor dem Einbruch des 21. Jahrhunderts als eine der wichtigsten strategischen Herausforderungen für die demokratischen Staaten des Westens betrachtet. Die größte Aufgabe für Europäer und Amerikaner sollte demnach darin bestehen, Chinas Aufstieg durch staatskluges Management zu begleiten und zu moderieren. Ob dies gelingt, dürfte über Wohl und Weh der ganzen Weltgemeinschaft entscheiden. Die Frage "Wie mit China umgehen?" gehört dementsprechend seit jener Zeit zu einer der wichtigsten Fragen des China-Diskurses in der deutschen Presse. Ganz allgemein wird dabei die Annahme geteilt: Um ein weltweites Erdbeben durch die Auferstehung des großen Drachen zu vermeiden, müsste man China zu der dringend benötigten Reform seines politischen Systems bewegen. Schließlich - so der Grundtenor der Presse - sollte sich der wirtschaftlich weitaus liberalisierte Staat auch politisch reformieren, bevor er zu einem verlässlichen und glaubwürdigen Partner in Weltwirtschaft und Weltpolitik werden kann.

Nur wie lässt sich auf das autoritäre Einparteiensystem, das das Milliardenvolk fest im Griff hat und eisern regiert, wirkungsvoll Druck ausüben? Wie sollen politische

[148] "Schröder muss mit Peking offen reden", WELT, 04.11.1999.

Veränderungen von außen bewirkt werden, ohne dass sich zugleich die politischen Fronten verhärten? Wie kann man China als politischem Gegner begegnen, ohne es als Wirtschaftspartner zu verprellen? Wie viel Engagement zur Integration Chinas in das Weltgeschehen erlauben schließlich die Moral und die Prinzipien einer liberalen Demokratie - bzw. wie lassen sich dabei Real- und Idealpolitik am besten miteinander vermischen? An diesen heiklen Fragen - die noch heute die Koordinaten des deutschen Mediendiskurses um das Streitthema über den Umgang mit China bestimmen - scheiden sich die Geister. Doch mindestens in einem Grundsatz scheint die Mehrheit der China-Kommentatoren zu jener Zeit einig zu sein: “Realpolitik über alles” würde genauso wenig wie pure Idealpolitik funktionieren.[149] Handel und Menschenrechte sollten demnach in China gleichzeitig gefördert werden. Druck auf Peking sei für einen wahren politischen Wandel stets nötig, eine Konfrontation sollte dabei aber immer vermieden werden – mahnen wiederholt die Kommentatoren.

Die Frage nach dem richtigen Umgang der Bundesrepublik Deutschland wie auch aller westlichen Demokratien mit der Volksrepublik China durchzieht rund ein Drittel der in dieser Arbeit erfassten Beiträge, die in der Zeit von 1997 bis 2001 erschienen sind.[150] Das sind auch die Beiträge, welche die medial am meisten beachteten Stationen der deutschen bzw. westlichen China-Politik während dieses Zeitraums behandeln - nämlich: die deutsche bzw. gesamteuropäische Ablehnung einer Menschenrechtsresolution gegen China bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Genf in den Jahren 1997 und 1998; der offizielle Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in den USA im Jahr 1997 sowie Clintons Gegenbesuch in China - sprich: der erste China-Besuch eines US-Präsidenten seit dem Tiananmen-Massaker ´89 - ein Jahr später; Gerhard Schröders China-Reisen inmitten der Turbulenzen in den chinesisch-westlichen Beziehungen nach der versehentlichen Bombardierung von Chinas Botschaft in Belgrad durch die NATO im Jahr 1999; und schließlich der Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation sowie die Vergabe der “Olympischen Spiele 2008” nach Peking im Jahr 2001.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse oszilliert die Debatte in der deutschen Presse

[149] Vgl. “Parvenu und Platzhirsch”, SZ, 27.06.1998.
[150] Es handelt sich dabei um 83 von insgesamt 232 Titeln.

über die Frage nach dem richtigen Umgang mit China ständig zwischen den Optionen von Realismus und Idealismus. Je nach Einschätzung der Lage in den Beziehungen Chinas zu der westlichen Welt wird mal für die eine und mal für die andere Option plädiert. Bei Feststellung eines übermäßig realpolitischen Engagements von westlichen Politikern im autoritären China werden Letztere wegen der Vernachlässigung der Menschenrechtsfrage immer wieder ermahnt und dabei an die Verantwortung erinnert, die sie als Demokraten wahrnehmen müssten. Bei Erkennung von Anzeichen eines möglichen Konflikts zwischen China und der westlichen Welt wird dann wiederum gegen die Gefahren einer auf Konfrontation ausgerichteten China-Politik gewarnt und auf die Notwendigkeit einer friedlichen Integration Chinas in die Weltgemeinschaft hingewiesen. So gegensätzlich diese Positionen erscheinen mögen, gemeinsam bleibt ihnen die stetige Kritik an Defiziten und die Suche nach einem goldenen Weg in der China-Politik des demokratischen Westens.[151]

1.3.1 Ökonomie versus Moral

In den Jahren 1997-98, nach fast einer Dekade anhaltender diplomatischer Verstimmungen zwischen China und dem Westen in Folge des Tianamen-Massakers ´89, verdichten sich in der deutschen Presse allmählich die Signale einer realpolitischen Wende in der China-Politik der westlichen Länder. Das Interesse der westeuropäischen Staaten wie auch der USA für die Menschenrechtslage im autoritär regierten China scheint infolge der wirtschaftlichen Turbulenzen durch die Finanzkrise in Asien immer mehr an den Rand zu rücken.[152] Ökonomische und sicherheitspolitische Interessen würden nun in den Vordergrund des europäischen und amerikanischen Engagements im Reich der Mitte treten - und vor allem das Interesse für die Stabilität des riesigen Landes, bemerken immer häufiger die China-

[151] Das Plädoyer an die deutschen wie alle westlichen Politiker, sich stärker für die Demokratie in China einzusetzen, findet sich in 33 von den insgesamt 83 erfassten Titeln, die sich in der Zeit von 1997 bis 2001 mit der Frage “Wie mit China umgehen?” befassen. Bei den restlichen 50 Titeln wird wiederum vor allem für mehr Realismus - statt etwa nur Idealismus - gegenüber China plädiert.

[152] Vgl. “Menschenrechte im Reich der Mitte rücken an den Rand”, WELT, 05.04.1998.

Kommentatoren der heimischen Presse.[153] Letztendlich würde China mittlerweile als eine Großmacht betrachtet, gegen die die Anwendung von moralpolitischen Druckmitteln und Sanktionen nicht mehr geeignet sein sollten. Somit würde sich zugleich in den politischen Zentren Europas und Amerikas ein neuer Trend im Umgang mit der fernöstlichen Volksrepublik entblättern: "Engaging" China laute dabei das neue Motto - sprich: China in internationale Regeln und Strukturen einbinden, schreibt etwa die ZEIT zu Anfang des Jahres 1998.[154] Dies sollte für mehr stabile Verhältnisse in Ostasien sorgen, aber auch gleichzeitig europäischen und amerikanischen Unternehmen freien Zugang in Chinas Riesenbinnenmarkt und so mehr Jobs für den Westen schaffen - bemerkt noch zu Anfang des Jahres 1997 seinerseits der SPIEGEL.[155]

Die "Moral solcherlei gemeinsamer Außenpolitik"[156] wird in den damaligen Kommentaren der deutschen Presse - insbesondere der FAZ und der ZEIT - stark in Frage gestellt. Allen voran die europäische Ablehnung einer Verurteilung Chinas vor der Genfer UN-Menschenrechtskonferenz - sowohl im Jahr 1997 als auch im Jahr 1998 -, die auch ein Bruch Deutschlands mit der Tradition seiner Menschenrechtspolitik gegenüber Peking signalisiert, wird von der heimischen Presse als Anlass für Kritik gegen den neuen Trend in der westlichen China-Politik genommen. Von einer Kapitulation der Menschenrechte und einem Ausverkauf der europäischen Werte ist hier die Rede. *"Das Schweigen der internationalen Gemeinschaft über die Menschenrechtsverletzungen in China würde eine Kapitulation vor politischer und wirtschaftlicher Macht bedeuten und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit des bedeutendsten internationalen Menschenrechtsgremiums unterminieren (...) Die Europäer sollten ihren Regierungen nicht gestatten, so leicht vor der Macht von Geschäftsinteressen zu kapitulieren. Nicht alles steht zum Verkauf, und die Unfähigkeit, die fundamentalsten und wichtigsten Prinzipien zu verteidigen, wird uns noch zu schaffen machen"*, kommentiert die ZEIT im Vorfeld der Menschenrechtskonferenz im März 1998.[157] Ähnlich kommentierte auch die FAZ ein Jahr zuvor: *"Der Zugang zum chinesischen Markt ist wichtiger als die Moral, könnten*

153 Vgl. "Amerika und China", FAZ, 25.10.1997.
154 Vgl. "China lockt", ZEIT, 26.02.1998.
155 "China erwacht, die Welt erbebt", SPIEGEL, 24.02.1997.
156 "China lockt", ZEIT, 26.02.1998.
157 "Verkauft Europa seine Werte?", ZEIT, 12.03.1998.

Kritiker sagen oder, mit Blick auf die bevorstehende Reise des französischen Präsidenten Chirac nach China: Der Verkauf des Airbus ist wichtiger als die Mahnung zur Beachtung der Menschenrechte. Man könnte sagen, moralische Politik und Sanktionen seien nur gegenüber kleinen Staaten möglich, nicht gegenüber Großmächten. Man könnte dies je nach Neigung Realpolitik nennen oder Doppelmoral."[158]

Aber auch aus Sicht der SZ und der taz, die ansonsten zu dieser Zeit mehr Realismus anstatt von purem Idealismus gegenüber dem aufstrebenden Giganten zugunsten einer geregelten Zusammenarbeit fordern[159], wird diese Wende in der westlichen China-Politik vor dem Hintergrund der Menschenrechtskonferenz in Genf als "Kotau", ja sogar als Feigheit der westlichen Politiker vor dem Großmacht-Status Chinas wahrgenommen. In diesem Sinne kommentiert die SZ zu Ende des Jahres 1998: *"China ist groß und wird mächtiger von Tag zu Tag. Man braucht seine Mitarbeit an manchem Konfliktherd – und man will seinen sagenhaften Markt, auch wenn den noch keiner zu Gesicht bekommen hat. Das heißt Realpolitik, und zu ihrer Verteidigung mag gesagt werden, dass sie oft Sinn macht, und dass es um die Welt wahrscheinlich schlechter bestellt wäre, würden nur die Idealisten regieren. Doch zumindest die Bürger der westlichen Demokratien fordern von ihren Außenpolitikern noch immer, Ideale wie Freiheit und Menschenrechte nicht völlig unter dem Alltagsgeschäft zu begraben (...) Es geht ja nicht darum, China den Rücken zu kehren. Es geht um einen Rest an demokratischer Würde, und darum, die Dinge beim Namen zu nennen. Nicht einmal das haben sich die Europäer zuletzt noch getraut."*[160]

In Hinsicht dieser Art von Hinwendung zur Kooperation erscheint auch der zu dieser Zeit neu geöffnete Menschenrechtsdialog der westlichen Regierungen mit den Machthabern in Peking als ein wirkungsloses diplomatisches Placebo. Statt Klartext in China zu sprechen, scheinen die westlichen Politiker stets dem Prinzip des Schönredens und der Leisetreterei zu folgen - so der Tenor der Kritik in Deutschlands Presse. Ihre Vorstellung vom Wandel in China und seiner Fortschritte

158 "Ökonomie und Menschenrechte", FAZ, 29.04.1997.

159 Vgl. "Wegscheide Hongkong", SZ, 28.06.1997, "Schwieriges Jubiläum", taz, 11.10.1997.

160 "Dialog der Phrasendrescher", SZ, 12.12.1998. Vgl. dazu "Geschäftssinn und Feigheit", taz, 08.04.1997.

in der Menschenrechtsfrage, aus der sie die Wirksamkeit eines konstruktiven Engagements im immer noch autoritär regierten Land ableiten, sei bloß vom Wunschdenken geprägt - bemerkt die FAZ zu Ende des Jahres 1997.[161] China mag zwar kein totalitärer Staat mehr sein, wird jedoch immer noch autoritär regiert - argumentieren neben der FAZ auch die ZEIT und die SZ unter Hinweis auf die Fortsetzung von Unterdrückung und Repression durch das Pekinger Regime. Trotzdem lassen sich Europas und Amerikas Politiker allzu gerne vom chinesischen "Showprogramm zum Thema Menschenrechte" täuschen, kommentiert dazu die SZ zu Ende des Jahres 1998 unter dem Titel *"Dialog der Phrasendrescher".*[162] Die Angst und Aversion der Pekinger Führung gegen zu viel Druck von außen bleiben letztlich unverändert, bemerkt ihrerseits die ZEIT zu Anfang des gleichen Jahres.[163] Mit ihrer hohlen Rhetorik und ihren Manövern lasse sie den Dialog schließlich ins Leere laufen und bleibe damit der "Herr des Verfahrens" - so die FAZ.[164] In diesem Hinblick kommentiert Letztere: *"Die Chinesen sind heute freier als in den vergangenen Jahrzehnten, was auch Peking immer wieder hervorhebt. Aber das gilt nur, solange die Politik und die Stabilität des Regimes nicht berührt werden. Sobald es um politisch wirksame Freiheiten geht, also um Meinungs-, Presse- oder Demonstrationsfreiheit, herrscht Friedhofsruhe. Die Staatsmacht hat alle Ansätze eines Dissidententums im Keim erstickt. China ist sicherlich heute kein totalitärer Staat mehr. Auf dem Wege zu einer freiheitlichen Ordnung hat es aber allenfalls einen mittleren Platz erreicht. Dennoch sprechen immer mehr Politiker nach wenigen Gesprächsstunden in Peking wegen des häufigeren Gebrauchs von Worten wie Rechtsstaat und Menschenrechte von Fortschritten auf diesem Gebiet. Die Vorsicht westlicher Politiker hat allein den Effekt, dass Peking sich um so härter zeigt. Die Frage für den Westen aber ist, was der "Menschenrechtsdialog" mit China wert ist, wenn man nur gegen eine Mauer spricht."*[165]

Ähnliche Töne schlagen die ZEIT und die FAZ auch in ihren Kommentaren anlässlich des China-Besuchs von Bill Clinton im Sommer 1998 an. Der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten in der Volksrepublik China nach dem Tiananmen-

---

161 "Herr des Verfahrens", FAZ, 17.11.1997.

162 "Dialog der Phrasendrescher", SZ, 12.12.1998.

163 "China lockt", ZEIT, 26.02.1998.

164 "Herr des Verfahrens", FAZ, 17.11.1997. Vgl. dazu "Gefällige Rhetorik", ZEIT, 04.07.1997.

165 "Ökonomie und Menschenrechte", FAZ, 29.04.1997. Dazu vgl. "Auf dem Tiananmenplatz", FAZ, 25.06.1998.

Massaker ´89 sei ein historischer Einschnitt, der vor allem eines ankündige: die Politik von Kritik und Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen in China werde um der Politik des Engagements willen beendet - kommentiert dabei die ZEIT.[166] Viel wichtiger als die zu unterzeichnenden Wirtschaftsverträge und die Zugeständnisse zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik sollte die Symbolik dieses Besuches sein. Im Vordergrund sollte vor allem die öffentliche Darstellung von zwei Partnern stehen, die um die gemeinsame Bekämpfung von ähnlichen Problemen bemüht sind, statt von zwei Gegnern wie zu Zeiten des Kalten Krieges - schreibt zeitgleich die FAZ. Hauptziel des Staatsbesuchs von US-Präsident Clinton, so die FAZ weiter, sei daher die Veränderung des China-Bildes in der amerikanischen Öffentlichkeit - es sollte bei diesem Pekinger Gipfel eben gezeigt werden, dass das neue China nicht mehr das China von ´89 ist. Aber die Fernsehbilder zeigen nur die Sonnenseite Chinas, bemerkt dazu die ZEIT und ergänzt: *"Ein Bild wird jedoch haftenbleiben, und auf diesen Moment kommt es den Machthabern in Peking an: wie der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Platz des Himmlischen Friedens, wo die Volksarmee am 4. Juni 1989 die Studenten massakrierte, mit seinem Amtskollegen Jiang Zemin die Ehrengarde abschreitet."*[167] Ähnlich schreibt zu diesem Anlass die FAZ: *"Überlagert wird alles vom vagen Wunsch nach Stabilität und Frieden in der Welt. Da die neu gewünschte "Partnerschaft" keinen rechten Inhalt hat, nennt man sie eine "strategische". Wenn auf dem Tiananmenplatz die roten Teppiche ausgerollt sind, werden die Erinnerungen und die Fernsehbilder von damals zurückkehren. Und manch einer wird nachdenklich werden: Wäre heute, trotz allem Wandel in China, nicht dasselbe möglich?"*[168]

Einen Erfolg hat Deutschlands Presse dem US-Präsidenten nach Abschluss seines China-Besuchs dennoch gutzuschreiben: auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin habe Bill Clinton - "live" vom chinesischen Fernsehen und zwar zur besten Sendezeit übertragen - Rede- und Religionsfreiheit eingefordert, den Militäreinsatz auf dem Tiananmen-Platz im Juli 1989 "falsch" genannt und zudem seinem Gastgeber vorgeschlagen, er sollte sich

166 "Flirt mit dem Drachen", ZEIT, 25.06.1998.
167 Ebd.
168 "Auf dem Tiananmenplatz", FAZ, 25.06.1998.

doch einmal mit dem Dalai Lama zusammensetzen, berichtet etwa die ZEIT.[169] Dies habe ganz China elektrisiert, nie zuvor haben die Chinesen so etwas gesehen - schreibt dazu ihrerseits die SZ.[170] Endlich erschien vor ihnen ein westlicher Politiker, der "Klartext" redete - eben so sollte es auch sein, bemerkt dazu die taz.[171] Dies sollte ja auch eine "Lektion für Europas ängstliche Staatsführer in demokratischem Selbstbewusstsein" sein: niemand sei um der Geschäfte willen zum Kotau gezwungen, klare Worte zu Menschenrechten und Zusammenarbeit schließen sich in China nicht aus - kommentieren übereinstimmend ZEIT und SZ. Schließlich biete sich gerade durch die neue Offenheit Chinas die Gelegenheit, durch einen ehrlichen Dialog mehr Druck auf das autoritäre Regime in Peking auszuüben - schreibt die SZ am Ende des Jahres 1998, diesmal anlässlich des China-Besuchs von Bundeskanzler Schröder, und fügt hinzu: "*Ja, es stimmt, dem Volk geht es viel besser als unter Mao. Dennoch sollte keiner vergessen, dass in China noch immer nur ein Recht garantiert ist: das Recht der Kommunistischen Partei zu herrschen (oft auch „Stabilität" genannt). Alles andere wird dem untergeordnet. Der Zeitpunkt für mehr Ehrlichkeit ist günstig. Die Regierung Schröder steht im Wort, und Chinas jüngste Dissidentenjagd hat den Blick wieder einmal frei gemacht auf die Natur des Systems."*[172]

1.3.2 Einbindung statt Eindämmung

Die immer wieder aufkommenden Eskalationen in den diplomatischen Beziehungen Chinas zu den westlichen Ländern - allen voran zu den USA - in den Jahren 1999 bis 2001 verschieben auch die Koordinaten der deutschen Pressedebatte um den Umgang mit der aufstrebenden Großmacht in Fernost. Angefangen bei der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO im Mai 1999 tritt die Sorge über die potentiellen Sicherheitsrisiken durch eine Vergiftung des Verhältnisses zwischen dem großen Roten Drachen und der westlichen Welt immer stärker in den Vordergrund der Debatte. Die Angst vor einem neuen Kalten Krieg, die

169 "Neun Tage in China", ZEIT, 09.07.1998.
170 "Chinesisches Lehrstück", SZ, 30.06.1998.
171 "Außenpolitischer Meister", taz, 30.06.1998.
172 "Dialog der Phrasendrescher", SZ, 12.12.1998.

nach dem Zwischenfall in Belgrad vor allem auf amerikanischem Boden zunehmend entfacht wird, um zwei Jahre später bei der Zuspitzung der Verhältnisse zwischen Amerika und China durch die Kollision eines US-Spionageflugzeuges mit einem chinesischen Kampfjet über dem südchinesischen Meer einen neuen Höhepunkt zu erreichen, wird in der deutschen Presse jener Zeit zum Dauerbrenner. In Anbetracht der negativen Folgen, die dieses Angstklima für den bevorstehenden Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation nach sich ziehen könnte, verstärken sich indessen die Pressehinweise auf die immensen Gefahren durch eine internationale Isolation des ambitionierten Giganten. Nichts weniger als der Frieden und die Stabilität auf der ganzen Welt sollten demnach in Frage stehen.

Damit verlagert sich allmählich der Akzent der Pressediskussion über die China-Politik des Westens von der Menschenrechtsproblematik auf die Priorität einer friedlichen Integration Chinas in die Weltordnung. Allen voran die SZ und die WELT machen in ihren Leitkommentaren auf die Wichtigkeit einer Politik der friedlichen Einbindung des aufstrebenden China in das Weltgeschehen aufmerksam. Bereits im Jahr 1998 wird in der SZ - aus Anlass des China-Besuchs von US-Präsident Bill Clinton - mehr Realismus und ein offener Blick auf das Reich der Mitte gefordert. So legitim der Streit um Demokratie und Menschenrechte auch sein mag, dürfte er doch niemals eine neue Ost-West-Konfrontation oder gar einen Kriegsbrand in Fernost entfachen – mahnt dabei die SZ.[173] In Amerikas Eigeninteresse sollte es vielmehr liegen, das aufsteigende China mit Hilfe von Partnerschaft und Engagement zu einer geglückten "Sozialisation in die Gemeinschaft der großen Mächte"[174] zu verhelfen. Schließlich, so die SZ weiter, sei China - auch wenn noch längst kein freies Land - viel bunter und komplexer als die Chinagegner in Washington das sehen, die seine "Verdammung als dunkle Macht des Bösen betreiben".[175] Auf Chinas Wandel sei Verlass, selbst im politischen System und in den Menschenrechten - meint auch die WELT anlässlich des Besuches des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in den USA einige Monate vor Bill Clintons China-Reise. Insofern - stellt dabei die WELT fest - sei Clintons Strategie, China durch Stärkung der Zusammenarbeit zu

[173] "Chinesisches Lehrstück", SZ, 30.06.1998.
[174] "Parvenu und Platzhirsch", SZ, 27.06.1998.
[175] "Der Gast der 'Gesicht gibt'", SZ, 25.06.1998.

weiteren Reformen zu bewegen, trotz aller Risiken und Bedenken heimischer Kritiker der richtige Weg.[176]

Nicht zuletzt - so die Ansicht der beiden o.g. Medien - stünde China mit seinem Wandel vor immensen Herausforderungen, für deren erfolgreiche Bewältigung es auf die Hilfe der westlichen Industrieländer, allen voran Amerikas, angewiesen wäre. Dafür sollten Letztere vor allem auf die reformerischen Kräfte setzen, die den Wandel im Reich der Mitte vorantreiben, statt sich nur auf die Schattenseiten des Reiches zu fixieren. In diesem Sinne schreibt die WELT anlässlich des 10. Tiananmen-Jahrestags nur kurz nach der Bombardierung von Chinas Botschaft in Belgrad: *"Es ist eine historische Ironie zu Ende des 20. Jahrhunderts, dass kapitalistische Marktreformen einer sozialistischen Diktatur zu überleben halfen. Dank der hohen Wachstumsraten blieb China stabil, während die Sowjetunion zusammenbrach. Was zudem immer übersehen wird: Chinas Gesellschaft erkämpfte sich trotz Repressionen von Dissidenten immer größere Freiheiten. Nun stößt das Land mit seinen unvollendeten Reformen aber an Grenzen. Millionen Arbeitslose in den Städten, hohe Landflucht und weitverbreitete Korruption gefährden das bisher Erreichte. Chinas innere Probleme sind nur über weitere Reformen lösbar, zu denen es die Hilfe des Auslandes und besonders die der USA braucht (...) Es gibt zum zehnten Jahrestag des 4. Juni viele Gründe, Peking zu kritisieren, aber es gibt nicht einen Grund, China zu dämonisieren."*[177] In gleicher Weise kommentiert die SZ ein Jahr später die von China als provozierend empfundenen US-Pläne für die Installation eines Raketenabwehrsystems - des sog. NMD - in Ostasien: *"China stehen große Umwälzungen bevor. Keiner weiß, wie das Land in einigen Jahren aussehen wird. Im schlimmsten Fall spült es Führer nach oben, die unberechenbarer, aggressiver, militaristischer agieren als die jetzigen. Vielleicht aber setzen sich irgendwann ja doch Reformer und Demokraten durch – und China im Jahre 2030 ist ein Land, mit dem man gerne die Weltbühne teilt. Die Vereinigten Staaten sollten alles daran setzen, diese Kräfte zu unterstützen. Mit dem NMD-Programm tun sie wahrscheinlich das Gegenteil."*[178]

Mehr Verständnis für den Transformationsprozess im Reich der Mitte statt stetiges Pochen auf die Menschenrechte fordern die ZEIT und die taz auch von der damals

176 "Unter dem roten Teppich", WELT, 01.11.1997.
177 "Kainsmal Tiananmen", WELT, 04.06.1999.
178 "Angst macht gefährlich", SZ, 14.07.2000.

neu angetretenen rot-grünen Bundesregierung. So schreibt die ZEIT anlässlich des China-Besuches von Bundeskanzler Schröder im Schatten des Kosovo-Kriegs: *"Wird Schröder während seiner ersten Pekingreise die chinesische Dimension in sein Weltbild einfügen? (...) Was bringt es schon, wenn sein Außenminister Joschka Fischer beim ersten Zusammentreffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Ende März gleich zwei Drittel der Gesprächszeit darauf verwandte, über die Menschenrechtslage in China zu reden, als ginge es ihm um nichts anderes. Fischer folgte einem gängigen, von westlichen Medien vermittelten Chinabild, das nur auf das Jahr 1989 und die Menschenrechtsverletzungen danach zurückgreift (...) "Was ist denn ein halbes oder gar ein ganzes Jahrhundert? Die Völker haben Zeit genug, sie sind ewig, nur die Könige sterben", schrieb Heinrich Heine, der mehr von revolutionären Prozessen verstand als jeder andere Deutsche vor ihm. In diesem Sinne sollten sich weder der deutsche Kanzler noch sein Außenminister allein auf eine Menschenrechtspredigt versteifen, die den Frieden zwischen den Zivilisationen gefährden könnte. Schröders Blick für China muss offen sein."*[179] Ähnlich kommentiert auch die taz kurz nach Amtsantritt der neuen rot-grünen Bundesregierung zu Anfang des Jahres 1999: *"So richtig und wichtig der Protest gegen anhaltende Menschenrechtsverletzungen in China heute ist und immer sein wird, so darf er doch nicht zum Ausgangspunkt für die deutsche China-Politik unter rot-grüner Ägide gemacht werden. Es gibt weit bedeutendere und zukunftsorientiertere Felder in den deutsch-chinesischen Beziehungen. Nur ein Beispiel ist die Energiepolitik."* Für die Fortsetzung der Reformen im Energiesektor - so die taz weiter - bräuchte aber Chinas Premier Zhu Rongji, "der bislang aufgeklärteste Regent Chinas im 20. Jahrhundert", die entschlossene Unterstützung des Westens: *"Wer sie ihm aus moralischen oder ideologischen Gründen verweigert, unterschätzt die Kräfte des Kapitalismus, die heute in China freigesetzt werden und zu bändigen nicht Aufgabe Pekings alleine sein kann."*[180]

Die Haltung des Westens gegenüber China sollte maßgeblich über dessen künftige Entwicklung entscheiden, in der Wirtschaft wie in der Politik - darin sind sich zu dieser Zeit alle deutschen Pressekommentatoren einig. Irrationale Furcht und Abgrenzung seien dabei fehl am Platz - warnen viele Kommentatoren bis zum Jahr 2001, dem Jahr des Beitritts Chinas in die WTO. Vor allem Amerikas Angst vor Chinas Aufstieg wird vor dem Hintergrund des chinesischen Beitritts zur WTO

179 "Schröder im Reich der Mitte", ZEIT, 06.05.1999.

180 "Runter vom hohen Roß der Moral", taz, 08.02.1999.

allerseits als äußerst kontraproduktiv kritisiert. Die Warnung, China wolle Amerika aus dem asiatisch-pazifischen Raum verdrängen, komme zu früh - bemerkt die FAZ im Frühjahr 1999 im Hinblick auf die US-Pläne für einen "Rakeketenschutzschirm" in Ostasien.[181] Hierzu kommentiert zur gleichen Zeit die taz: *"In Wirklichkeit bleibt China Entwicklungsland - auf lange Zeit. Es fragt sich nur, was sich die Chinesen daraus machen, wenn ihnen schon in Armut die Angst der Stärkeren begegnet. Ganz konkret stellt sich diese Frage bei den laufenden Verhandlungen um Chinas Beitritt in die WTO. Der Westen verweigert China die Aufnahmebedingungen eines Entwicklungslandes. Bisher reagiert Peking mit einer immer weiter gehenden Marktöffnung. Doch ewig wird dieses Land nicht so vernünftig bleiben."*[182] Letztendlich würde das Bedrohungspotential des Newcomers von der alteingesessenen Supermacht USA bei weitem überschätzt - ein Gegner vom Rang der furchteinflößenden Sowjetunion sei China noch lange nicht, bemerkt auch die ZEIT anlässlich der Turbulenzen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer im Frühjahr 2001 - nur wenige Monate vor dem geplanten Beitritt Chinas zur WTO.[183] Ähnlich kommentiert aus diesem Anlass auch die SZ: *"Der Drache speit weiterhin Feuer. Er könnte sich dabei selbst verbrennen. Schon gibt es in Washington Rufe nach einer härteren China-Politik, nach „Eindämmung" wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Laut wird über Handelssanktionen oder eine Verzögerung der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO nachgedacht. Solche Maßnahmen würden aber beiden Seiten schaden. Sie sind keine geeigneten Rezepte für den Umgang mit China. Allerdings wirft die andauernde Krise erneut die Frage auf, wie sich die USA und Europa gegenüber einem mal freundlichen, mal aggressiven China verhalten sollen. Zunächst einmal wäre etwas mehr Gelassenheit wünschenswert. Die Warnung vor einem neuen Kalten Krieg ist übertrieben. Denn China wird maßlos überschätzt."*[184]

Schließlich könnte sich für den Westen eine Politik zur Eindämmung des großen Roten Drachen als selbsterfüllende Prophezeiung erweisen, warnt die SZ bereits zur Zeit des China-Besuchs von US-Präsident Clinton im Jahr 1998 vor: *"Jiang Zemins China ist nicht Honecker- oder Breschnew-Land, ein verhärtetes bürokratisches Gebilde (...) Die Dinge laufen in unsere Richtung; China entwickelt sich in einem*

181 "Sicherheit in Ostasien", FAZ, 05.03.1999.
182 "Hilfloser Konkurrent", taz, 26.05.1999.
183 "Stunde der Patrioten", ZEIT, 19.04.2001.
184 "Der Papierdrache speit Feuer", SZ, 14.04.2001.

rasanten Tempo, und da ist es besser, wir sitzen mit im Führerhaus. Je mehr China uns braucht, desto länger unser Hebel. Und: Denkt stets daran, was in der Geschichte passiert ist, wenn die Etablierten eine dynamische, stolze und zutiefst verunsicherte Macht in die Enge getrieben haben. Wer China als Mündel oder als Feind behandelt, wird weder Demokratie noch Freundschaft ernten. Schließlich, und das gilt für den ganzen Westen: Engagement ist kein Käfig; Eindämmung kann und muss sein, wenn China Arroganz und Aggressivität wählt."[185] Ähnlich kommentiert die ZEIT anlässlich der Krise in den Beziehungen zwischen China und den USA im Frühjahr 2001: *"Diejenigen, die ein starkes, antagonistisches China fürchten, warnen vor einer künftigen "chinesischen Bedrohung". Der Westen, argumentieren sie, solle China gegenüber sofort massiv auftreten (...) Das Problem dieses Ansatzes liegt auf der Hand: Wenn das Land, dessen künftiger Weg durchaus noch ungewiss ist, wie ein Feind behandelt wird, könnte es sich sehr wohl entscheiden, sich auch als ein solcher zu verhalten: eine tückische self–fulfilling prophecy (...) Die Zukunft Chinas ist eine der großen ungelösten Fragen der kommenden Jahrzehnte. Die Kräfte des Westens müssen die Alternativen analysieren und eng miteinander zusammenarbeiten, um die Chancen zu erhöhen, China als erfolgreiche, konstruktive Macht in die Welt zu integrieren. Dazu muss China mit Verständnis und Respekt behandelt werden. Zugleich muss man die möglichen Gefahren erkennen und Strategien entwickeln, diesen Gefahren zu begegnen."*[186]

Als strategischer Schlüssel für die friedliche Eingliederung Chinas in die Weltgemeinschaft erscheint aus damaliger Sicht der heimischen Presse vor allem seine Aufnahme in die Welthandelsorganisation. Die weitere Fortsetzung der wirtschaftlichen Liberalisierung Chinas durch seine Aufnahme in die WTO würde den Transformationsprozess im Reich der Mitte beschleunigen und das Land anderweitig öffnen - bemerkt etwa die FAZ im Vorfeld von Chinas WTO-Beitritt.[187] Schließlich würde sich China dabei - so die allgemeine Annahme in den zeitgenössischen Kommentaren der deutschen Presse - den internationalen Regeln unterwerfen müssen, womit auch sein autoritäres Einparteiensystem ein weiteres Stück seiner

---

185 "Parvenu und Platzhirsch", SZ, 27.06.1998. Vgl. dazu "Peking und die Raketenabwehr", WELT, 04.08.2000.

186 "Chinas dramatische Zukunft", ZEIT, 05.04.2001. Vgl. dazu "China sagt Ja zu sich selbst", ZEIT, 31.05.2001, "Die Rückkehr des Kalten Krieges", taz, 02.03.1999, "Schröders Weitsicht", taz, 06.11.1999.

187 "Einig mit China", FAZ, 16.11.1999, "Pekings 'Leute-Wirtschaft'", FAZ, 27.01.2000.

Macht aufgeben würde. In diesem Sinne kommentiert die SZ: *"Man darf wohl Auswirkungen prophezeien, die über die Ökonomie hinausreichen. In dem Maße, wie der neue Wettbewerb den Umbau von Chinas Staatsindustrie vorantreibt, wird der Einfluss von Staat und Partei auf das Leben der Bürger schwinden. China heute ist ein wild wuchernder Markt, nicht frei und gerecht, sondern dem Apparat und seinen Schützlingen ausgeliefert. Oft regiert mehr Willkür als Recht. Wirtschaften nach WTO-Regeln erfordert aber klare, durchsichtige Gesetze, deren Einhaltung unparteiisch überwacht wird. Auch das ist ein Politikum (...) Ein China in der WTO wäre ein Stückchen weiter eingebunden in die Gemeinschaft der Nationen. Letztlich nicht nur wirtschaftlich."*[188] Aber auch die Menschenrechtslage würde sich nach Meinung der ZEIT auf lange Sicht damit verbessern: *"Der Beitritt zur Welthandelsorganisation wird langfristig auch die Menschenrechtslage in China verbessern. Denn "wer ein marktwirtschaftliches System will, braucht einen ganz bestimmten politischen Überbau, zu dem Rechtsstaatlichkeit und Informationsfreiheit gehören", analysierte kürzlich ein ehemaliger Marxist zu Besuch in Shanghai. Es war Gerhard Schröder."*[189] Last but not least würde ein Beitritt Chinas in die WTO die ganze Welt sicherer machen, meint dazu ihrerseits die WELT: *"Die wichtigste Bestimmungsgröße für Hegemonie und Gleichgewicht im Pazifik wird Chinas Rolle im System des freien Welthandels sein. Außenseiter und Spielverderber oder Mitspieler und Partner. Das alles aber hat nicht nur Bedeutung nach außen, für Urheberrecht und Dumpingpreise, sondern bestimmt auch darüber, wie China sich nach innen definiert: Parteidiktatur oder Marktgesellschaft. Letzteres ist für die Gestalt des 21. Jahrhunderts eine der großen Determinanten. China in die Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen, ist das Mittel, die Gesellschaft zu öffnen und den Rechtsstaat zu fördern, ohne den auch die Menschenrechte verloren wären. Denn wer zur WTO gehört, muss sich an rechtliche Verbindlichkeiten halten und Offenheit üben in einem Maß, das in der chinesischen Tradition nicht zu finden ist. Es geht mit dem Welthandel auch um Weltarchitektur."*[190]

Für einen echten Wandel in China sollten dennoch die demokratischen Länder des Westens weiterhin Druck auf das autoritäre Regime in Peking ausüben - das Konzept "Wandel durch Handel" habe freilich seine Grenzen, kommentiert hierzu die SZ: *"Die WTO existiert, damit die Staaten der Welt einfacher, sicherer und profitabler Geschäfte miteinander machen können. Man hat noch nicht gehört, dass ihre*

188 "Exportmarkt für Reformen", SZ, 16.11.1999.

189 "Der zweite Mauerfall", ZEIT, 18.11.1999.

190 "China muss möglichst rasch der WTO beitreten", WELT, 09.11.1999. Vgl. dazu "Pekings WTO-Beitritt wird die Weltwirtschaft verändern", WELT, 16.11.1999.

langjährige WTO-Mitgliedschaft Länder wie Birma oder Cuba freier und lebenswerter gemacht hätte. Freier Handel allein macht noch keine freie Gesellschaft. Ja, der Kapitalismus hat die Kommunisten in China verändert – aber zuerst einmal hat er sie den Wert von Profit gelehrt, keineswegs den von Freiheit und Menschenrechten. Demokratie und Rechtsstaat brauchen nicht nur die Basis der rechten Ökonomie – sie brauchen zusätzlich Akteure, welche sich aktiv für sie einsetzen. China muss in die WTO, ja. Ist das passiert, darf der Westen aber nicht die Hände in den Schoß legen. Druck ist weiter nötig."[191] Ähnlich kommentiert auch die FAZ: *"Im Dialog mit chinesischen Parteiführern über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist, ob mit oder ohne erhobenen Zeigefinger, langer Atem vonnöten. Manches hat sich gebessert in den letzten Jahren. Doch der Weg zur Wahrung aller Menschenrechte ist noch weit. China beim Aufbau eines modernen Rechtsstaats zu helfen - eine Initiative, die bereits die vorige deutsche Regierung eingeleitet hat - verspricht noch am ehesten die erhofften Veränderungen."*[192]

Im Gegensatz zu der Aufnahme Chinas in die WTO, für die sich alle Medien einstimmig stellen, sorgt wiederum der Erwerb der Olympischen Spiele 2008 durch Peking für recht gegensätzliche Positionen. Hierin zeigen sich erneut die Schwankungen in der deutschen Pressedebatte um den Umgang mit China zwischen den Optionen von Realismus und Idealismus. Für die Vergabe der Spiele an Peking setzt sich neben der WELT auch die FAZ ein, die sich ansonsten am kritischsten zum westlichen Engagement im autoritären China äußert - während sich wiederum die SZ und die ZEIT, die sonst als Verfechter einer Politik der Einbindung des neuen weltpolitischen Aufsteigers in die Weltgemeinschaft auftreten, dagegen stellen.

Kurz nach der Entscheidung des Olympischen Komitees für Peking und dem großen Jubel der Pekinger Bürger auf dem Tiananmen-Platz kommentiert etwa die SZ: *"Das Riesenreich hat Anspruch aufs größte Sportfest der Welt – wenn man es aus Sicht der Bevölkerung definiert. Aber die ist nur Verfügungsmasse der KP-Kader, und die allein könnten das ändern. Olympiasieger sind sie aber zur Stunde der Wahl nur in der Disziplin Massenhinrichtung, besonders gern zelebriert in den Sportstadien, durch die künftig die Jugend der Welt turnt. So ist das Votum für Peking nichts als ein Glücksspiel mit höchstem Einsatz und Risiko. Es gibt ja keine Garantie seitens der Bewerber, die nicht einmal offiziell angedeutet haben, dass sich Olympia befreiend*

191 "Von Freiheit und Freihandel", SZ, 24.05.2000.
192 "Behutsam in China", FAZ, 06.11.1999.

auswirken könnte auf die Situation der Menschen und Rechte im Lande."[193] Die Hoffnung, das autoritär regierte Land würde sich unter dem wachen Blick der Weltöffentlichkeit liberalisieren, sei schließlich naiv – kommentiert dazu die ZEIT unter dem Titel *"Blutige Rekorde - In China wüten die Henker. Ein Ort für Olympische Spiele?"*[194]

Dagegen kommentiert ihrerseits die FAZ: *"Freundlichkeit hat auch etwas Subversives. So mancher ehemaliger Ostblockführer kann davon ein Lied singen. Die chinesische Führung hat jetzt die historische Chance, das Land friedlich in die Welt einzugliedern. Wenn sie diese - leichtfertig oder böswillig - vertut, dann ist ihr nicht mehr zu helfen. Dann, aber erst dann, müssten auch die Unterstützer der Bewerbung Pekings zugeben, dass sie einen Fehler gemacht haben. Die Welt sollte sich einen solchen Ausgang nicht wünschen."*[195] Ähnlich kommentiert auch die WELT mit Blick auf die sicherheitspolitische Dimension der Spiele in Peking: *"Wenn man China die Olympischen Spiele gibt, dann soll dies keine Belohnung für seine Machthaber sein, kein Freibrief für skrupellose Politik. Es wäre eine ehrliche Fortführung der Appeasement-Politik, die der Volksrepublik gegenüber nur selten Härte zeigt und meistens vor allem auf Wirtschaftskontakte und freundliches Zureden setzt. Es wäre eine pragmatische - vielleicht realistische - Entscheidung, die sich mit hehren Prinzipien nicht weiter aufhält. Doch sie würde eine Möglichkeit eröffnen, auf China einzuwirken. Der Ehrgeiz der Volksrepublik ist maßlos. Hier sollte man in den kommenden sieben Jahren den Hebel ansetzen. Der Westen sollte unmissverständlich klarmachen, dass Peking nicht durchkommt mit leeren Versprechungen und eigenen Interpretationen internationaler Prinzipien, wenn es die Olympischen Spiele behalten will. Bei Hitler konnte die internationale Gemeinschaft damals nichts ausrichten. Das sollte nicht noch einmal vorkommen."*[196]

193 "Riesenkredit für China", SZ, 14.07.2001.
194 "Blutige Rekorde", ZEIT, 12.07.2001.
195 "Vorleistung", FAZ, 14.07.2001. Dazu vgl. "Olympischer Tiananmen", FAZ, 16.07.2001.
196 "Peking soll die Spiele bekommen", WELT, 13.07.2001.

1.4 Reflexionen zum evolutionären Ansatz

"Freilich wird jeder westliche Kritiker sich fragen müssen, ob er genug von der chinesischen Geschichte der letzten drei Jahrtausende weiß, ob genug vom Konfuzianismus, ob er wenigstens genug weiß von Maos gewalttätigen Experimenten und millionenfachen Todesopfern und von den Verbrechen der Roten Garden, um angemessene Maßstäbe an Deng anlegen zu können. Die tief verwurzelte konfuzianische Abneigung gegen Unruhe oder gar Chaos wird er genauso in Anschlag bringen müssen wie die Tatsache, dass seine eigenen westlichen Maßstäbe relativ jungen Datums sind: Die westliche Demokratie gibt es erst seit gut zwei Jahrhunderten, die Sklaverei in den Vereinigten Staaten wurde erst vor anderthalb Jahrhunderten abgeschafft, und in Deutschland liegt Auschwitz gerade erst fünf Jahrzehnte zurück (...) Wir Europäer sollten verstehen, dass der Konfuzianismus sehr viel eher unseren moralischen Respekt verdient als jeglicher Raubtierkapitalismus. Deswegen müssen wir keineswegs an unseren eigenen Grundrechten, unserer rechtsstaatlichen Demokratie und unserer offenen Gesellschaft zweifeln."[197]

Die Art der Kritik am China-Bild des Westens, die in dieser Passage aus der Hommage von Helmut Schmidt an Deng Xiaoping kurz nach dessen Tod im Jahr 1999 zum Ausdruck kommt, lässt sich sonst nur an wenigen Stellen des China-Diskurses in der deutschen Presse wieder finden. Sie beruht auf einer Auffassung von Chinas moderner Entwicklung, die sich von den Deutungsmustern einer auf radikale Systemwandlung ausgerichteten Erwartungshaltung - wie sie in der überwiegenden Mehrheit der China-Kommentare aus der deutschen Presse geäußert wird - deutlich abhebt. Dengs Politik der schrittweisen Reformen wird hierbei samt ihrer Widersprüche als ein nicht hoch genug zu schätzender Beitrag zur Modernisierung des Reichs der Mitte gewürdigt. Die Fortführung von Chinas gradueller Liberalisierung durch Dengs Nachfolger wird nach der gleichen Auffassung zwar als eine wahre Herkules-Aufgabe gedeutet, die jedoch keineswegs unlösbar wäre. Es wäre daher wenig sinnvoll, schwarzmalerische Szenarien oder "worst cases" vorzustellen - schließlich wissen die Auslandschinesen, die sich mit ihren Krediten und Direktinvestitionen im chinesischen Festland engagieren, die Größe ihrer politischen Risiken viel besser abzuschätzen als wir Außenstehenden im

[197] "Die Angst der Apparatschicks", ZEIT, 28.02.1997.

Westen, so der Altkanzler Schmidt. Für ihn lautet indes die unmissverständliche Botschaft aus Fernost: Auf seinem Weg in die Moderne kommt doch China gut voran.

Diese Sicht auf China, die sich auf eine vorwiegend positive Deutung seiner graduellen Reformpolitik stütz, taucht im gesamten Zeitraum von 1997 bis 2001 nur in einer sehr kleinen Anzahl der China-Kommentare aus der deutschen Presse wieder auf.[198] Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Beiträge aus der ZEIT und der taz - mit Ausnahme eines FAZ-Beitrags. Geteilt wird in diesen Beiträgen vor allem die Kritik an der Fixierung der westlichen China-Kritiker, einschließlich der deutschen wie aller westlichen Medien, auf die negativen Seiten der Entwicklung Chinas - allem voran auf die immer wieder kritisierten Menschenrechtsverletzungen -, die letztlich, wie in diesen Beiträgen festgestellt wird, zur Verkennung des tiefgreifenden Wandels im Reich der Mitte führe. In diesem Sinne kommentiert die FAZ - zeitgleich mit dem oben zitierten Beitrag Helmut Schmidts für die ZEIT - zum Tod von Deng Xiaoping: *"Wer die Unterdrückung der Menschenrechte beklagt, sollte jedoch nicht übersehen, dass dies nur für politische Aktivisten gilt. Für die unendliche Überzahl der Menschen in China hat sich die Lage gebessert. Mehr denn je wagen es die Bürger, auch gegen die Behörden vor Gericht zu gehen. Selbst auf dem Lande lassen sich die Bauern nicht mehr alle Schikanen durch die lokalen Potentaten gefallen. Im täglichen Leben sind die Chinesen frei wie nie zuvor (...) Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass einst, als Millionen verhungerten und während der Kulturrevolution Millionen terrorisiert wurden, China immer wieder unter westlichen Intellektuellen und Politikern gläubige Anhänger fand, die die angeblichen Errungenschaften, gar den "neuen Menschen" priesen oder wenigstens um Verständnis warben, während heute, da es den Menschen dort besser geht als je zuvor, sich immer wieder heftige öffentliche Kritik an China entzündet."*[199]

In ähnlicher Weise richtet sich die ZEIT gegen die westlichen China-Skeptiker mit einem Beitrag zu den fortlaufenden Reformen im chinesischen Justizsystem drei Jahre später. Während sich China allmählich "von einer willkürlichen

[198] Genauer genommen sind das 13 von den insgesamt 232 in dieser Arbeit erfassten Beiträgen aus jener Zeit.
[199] "China ohne Deng", FAZ, 21.02.1997.

Einparteienherrschaft zu einem aufgeklärten Staat"[200] entwickelt, bleiben die westlichen Beobachter am gängigen Bild eines Schattenreichs der Menschenrechtsverletzungen gefangen - bemerkt darin die ZEIT. Durch die Empörung über die Eigenmächtigkeiten der herrschenden Kommunisten - so die ZEIT weiter - übersehen sie das Wesentliche: zum ersten Mal seit der Einführung der Reformen von Deng entstehe in der langen chinesischen Geschichte ein zeitgemäßes Justizsystem: *"Niemand weiß, wie lange das ideologisch verbrauchte, aber organisatorisch intakte Regime seine Staatsordnung aufrechterhalten kann. Umso stärker fallen deshalb jene wenigen Reformen ins Gewicht, die schon heute politische Strukturen schaffen, die in der Zukunft für Beständigkeit sorgen werden. Wie bedeutsam die Einführung von mehr Recht und Gesetz ist, macht KP–Vordenker Xu mit einem einfachen historischen Vergleich klar: "Im Rechtswesen holen wir gerade die Lektionen der Französischen Revolution nach." Tatsächlich hat die Pekinger Führung in keinem anderen politischen Bereich so weitreichende Reformen geduldet."*[201] Damit sei ein politischer Bewusstseinswandel in Gang gebracht worden, der vor allem im zunehmenden Engagement von Chinas jungen Anwälten für die Bürgerrechte bemerkbar mache. Für sie wie für die westlichen Kritiker mag das Versprechen von Pekings Reformpolitikern über den Aufbau eines Rechtsstaats noch uneingelöst bleiben, dennoch - so bemerkt schließlich die ZEIT: *"Wenngleich Peking weit davon entfernt ist, das Versprechen wahr zu machen, ist China auf dem Weg seiner Einlösung weiter vorangekommen als je zuvor. Die westliche Menschenrechtsdebatte sollte das mehr als bisher in Rechnung stellen."*[202]

Fast wie eine Garantie für die Fortführung der Reformen in Richtung eines aufgeklärten und rechtsschaffenden Staates erscheinen aus Sicht der ZEIT wie der taz allen voran die Bemühungen des damaligen Ministerpräsidenten – und im Westen als Top-Reformer zelebrierten - Zhu Rongji. Mit seinem Rückgriff auf "eine unter den Alt-Kommunisten verhasste konfuzianische Ethik" und seinen wiederholten "Forderungen nach dem Aufbau einer sauberen und ehrlichen Regierung" stünde Zhu so nah an Chinas Bürgern wie kein kommunistischer Führer zuvor, so die ZEIT.[203] Im Prinzip wäre Zhu aber auch dem Westen so nah wie kein

---

200 "Juristen auf dem langen Marsch", ZEIT, 18.05.2000.

201 Ebd.

202 Ebd.

203 "Riskante Offenheit", ZEIT, 11.03.1999.

kommunistischer Machthaber jemals war, sogar beim Thema Menschenrechte - bemerkt hierzu ihrerseits die taz und zitiert Zhus eigene Worte in einem Versuch, Verständnis für die chinesische Binnensicht zu wecken: *"Er, Zhu, sei sich mit Europa und Amerika einig. Doch Zhu könne nach Jahrtausenden kaiserlicher Diktaturen, nach kolonialer Unterdrückung und einer verfehlten Kulturrevolution nicht binnen weniger Jahre den gleichen politischen Aufklärungsprozess vollziehen, der im Westen eine viel längere Zeit in Anspruch nahm (...) Den Weg zu einer neuen Verfassung beschreiben die für Zhu heute sichtbaren und überprüfbaren Bemühungen der KPCh, mit neuen Gesetzen und größerem Einfluss der Gerichte die langfristigen Grundlagen für eine Demokratie zu legen. Man kann dem Wirtschaftszaren in allen Punkten mit der chinesischen Wirklichkeit widersprechen. Viele Chinesen sind heute reif für die Demokratie. Nicht der Rechtsstaat, sondern die korrupte Willkür der Partei löst bis heute die meisten Streitfälle. Doch die leicht vergessene Erkenntnis, dass der Umwandlungsprozess, vor dem China heute steht, in Europa über zwei Jahrhunderte hinweg mit Weltkriegen und blutigen Revolutionen verbunden war, verschafft den Einwänden der Pekinger Kommunisten allein schon Bedeutung. Es ist leicht, Zhu einen Diktator zu schelten, es ist viel schwerer, die Risiken, die er zu bedenken gibt, ernst zu nehmen."*[204]

Der pragmatische Weg der graduellen Reformen, den die chinesischen Führer entgegen dem russischen Beispiel eingeschlagen haben, scheint nach einigen Kommentaren aus der ZEIT und der taz dem politischen System in China nicht zuletzt eine breite Legitimation in der Bevölkerung verschafft zu haben. Knapp 10 Jahre nach dem Umbruch von 1989 stehe das kommunistische China wirtschaftlich besser als das kapitalistische Russland da und verfüge über einen stärkeren Gesellschaftskonsens - bemerkt die ZEIT unter dem Titel *"Hauptsache die Katze fängt Mäuse"* im Jahr 1998.[205] Der evolutionäre Ansatz - im Gegensatz zur schnellen Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft - gälte demnach zu diesem Zeitpunkt als Schlüssel zum Erfolg der Volksrepublik. Umso mehr Anklang – stellen dabei beide Medien fest - findet das vorsichtige Reformprogramm der chinesischen Regierung bei der Bevölkerung. Vor allem die heutige Jugend und die Aufsteigertypen des Reformkapitalismus in den "fortgeschrittenen Metropolen" der Ostküste betrachten das ungebildete Bauernvolk auf dem Land als Grund, auf die

---

[204] "Mehr als Tyrannenhätschelei", taz, 16.03.1999.

[205] "Hauptsache, die Katze fängt Mäuse", ZEIT, 22.10.1998. Dazu vgl. "Langer Marsch nach oben", ZEIT, 30.09.1999.

Demokratie zu warten und den Reformweg über die Institutionen zu präferieren - kommentiert die ZEIT anlässlich des 10. Tiananmen-Jahrestags im Jahr 1999 unter dem Titel *"Rebellen an der Macht: Zehn Jahre nach dem Tiananmen-Massaker verwaltet die Protestgeneration Chinas Reformpolitik"*.[206] Ähnlich schreibt zu diesem Anlass auch die taz: *"Erstmals schrieb sich eine Massenbewegung im seit Jahrhunderten kaiserlich/kommunistisch regierten China die drei Forderungen des Republikanismus auf die Fahnen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Seither kann nichts mehr das Virus der Freiheit töten (...) Unerklärlich aber bleibt, warum der westliche Blick auf China immer noch so eng an den düstersten Stunden des Aufstandes haftet und die Fortschritte ignoriert, die China heute inmitten der Asienkrise zu der vernünftigsten Entwicklungspolitik befähigen, die man sich derzeit nur wünschen kann (...) Die politische Botschaft von 1989 verblasst unter diesen Umständen nicht. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden bei jedem Schritt der Volksrepublik nur wichtiger werden. Aber die KPCh hat bei ihren Verbrechen von 1989 nicht verharrt, sondern sie - soweit wie möglich - in Wohltaten für die Republik umzuwandeln versucht. Das erkennen die meisten Chinesen heute an und wollen von hier den republikanischen Faden weiterspinnen. Der Westen darf sich dem nicht mit einer Menschenrechtsmoral widersetzen, die in vielen Entwicklungsländern niemanden vor dem Verhungern schützt."*[207]

206 "Rebellen an der Macht", ZEIT, 02.06.1999.

207 "Bauernsozialismus mit Computer", taz, 15.04.1999.

2. Das System erstarkt: China bedroht die ganze Welt

2.1 Boomland China: Weltwirtschaftsmotor oder tickende Zeitbombe?

"Zwar ist besonders unter Ökonomen die China-Begeisterung (wieder einmal) voll entbrannt. Von einer neuen Lokomotive der Weltwirtschaft ist schon die Rede. Zwar ist die Volksrepublik China in den vergangenen Jahren besser als viele andere Länder durch die asiatische Krise gekommen. Auch scheint das Wachstum stetig weiterzugehen. Unübersehbar ist aber auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chinas vielen Millionen Menschen Entbehrungen bringt, denen ein großer Teil möglicherweise nicht gewachsen sein wird (...) China ist keine Demokratie. Daher glaubt die Führung diesen Menschen nicht rechenschaftspflichtig zu sein. In ihrem eigenen Interesse sollte sich aber auch den Reformverlierern eine Perspektive bieten, denn weitläufiger Unmut kann in Aufruhr umschlagen. Und da in China allein wegen der schieren Masse alles etwas größer ausfällt als anderswo, könnte dies schnell zu einem außerordentlich großen Problem werden. Daran kann niemandem gelegen sein."[208]

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint China in der Darstellung der deutschen wie aller westlichen Medien als ein verblüffendes Paradox der globalen Ökonomie. In Zeiten einer weltweiten Konjunkturflaute sticht das fernöstliche Reich mit glänzenden Wachstumsraten hervor und versetzt die westliche Medienwelt in großes Staunen. Das seit fast zwanzig Jahren anhaltende Rekordwachstum im Reich der Mitte scheint keine Konjunkturzyklen zu kennen. Ähnlich wie während der asiatischen Finanzkrise 1997/98 navigiert nun Chinas Volkswirtschaft nahezu unberührt auch durch die globale Wirtschaftsrezession nach dem 11. September 2001. Die rasante Wirtschaftsdynamik des Milliardenreiches bleibt trotz seiner immensen inneren Probleme weiter ungebrochen. Mit einem Mix aus Marxismus-Leninismus und ungezügeltem Kapitalismus erlebt China einen Boom, der alles historisch Bekannte in den Schatten stellt. Inzwischen ist das rote Reich sogar dabei, eine globale Wirtschaftsmacht zu werden.

Spätestens ab dem Jahr 2002 und nur wenige Monate nach dem Beitritt Chinas in

[208] "Chinas Zukunft", FAZ, 18.11.2002.

die Welthandelsorganisation verdichten sich indes allmählich die Signale einer Trendwende in der China-Berichterstattung der deutschen Presse: Chinas wirtschaftlicher Aufstieg rückt nun immer mehr in den Vordergrund der Aufmerksamkeit. Das boomende Reich der Mitte bekommt Hochkonjunktur. Es gibt kaum noch einen Bericht oder Kommentar zu China, der den erstaunlichen Turbo-Aufschwung der roten Volkswirtschaft außer Acht ließe. Der Strom der Erfolgsmeldungen aus Fernost bringt vor allem die Wirtschaftsberichterstattung auf Hochtouren. Aber auch in den Politik-Ressorts rangiert in der Regel das Thema Wirtschaft, sobald der Schwerpunkt China zur Sprache kommt. Allem voran drängen sich dabei die Fragen auf: Wird China bald die neue weltweit führende Wirtschaftsmacht? Steht also die Welt womöglich am Beginn eines chinesischen Jahrhunderts?

Deutschlands Wirtschaftsbosse wie auch seine führenden Politiker - bekommt man in der heimischen Presse zu lesen - gehen jedenfalls davon aus, dass der Markt im Reich der Mitte immer weiter wachsen wird, und setzen vermehrt auf gute Geschäfte mit China. Der wachsende China-Optimismus in der deutschen Wirtschaft und Politik stößt wiederum in der Presse auf Reaktionen, die von großer Skepsis bis zur harschen, teils polemischen Kritik reichen. Im gleichen Atemzug werden auch Konzerne und Regierungen aus anderen europäischen Ländern an den Pranger gestellt, die in Chinas riesigen Binnenmarkt fast nur noch Chancen sehen und sich auf eine Wetteifer um seine Gunst einlassen. Aber auch Chinas Nachbarländer - allen voran in Südostasien -, die sich nun mit Blick auf die Chancen des boomenden Wachstumsmarktes zunehmend nach dem Reich der Mitte orientieren, werden vorgewarnt: “Überbordender Optimismus führt in die Irre”.[209] In all der Euphorie über Chinas beeindruckende Wirtschaftsdaten - so der Grundtenor der Presse - bleiben die Risiken, die dahinter lauern, ausgeblendet. Immer weiter würde sich im Zuge dieser Euphorie der Irrtum verbreiten, “Chinas Wirtschaft und deren Aussichten mit rein ökonomischen Parametern messen zu wollen”.[210] Die Zahlen der chinesischen Volkswirtschaft mögen glänzen, doch China bleibe ein “zerbrechlicher Gigant”[211],

[209] “Der zerbrechliche Gigant”, FAZ, 21.02.2002.
[210] “Von der Plan- zur Clanwirtschaft”, SZ, 04.11.2003.
[211] “Der zerbrechliche Gigant”, FAZ, 21.02.2002.

bemerkt etwa die FAZ zu Anfang des Jahres 2002. Das Turbo-Wachstum stehe auf tönernen Füssen und je länger es anhält, desto größer werden seine Defekte, bemerkt auch die SZ knapp zwei Jahre später.[212]

Vor allem das soziale Spannungsfeld, in dem sich China zu dieser Zeit bewegt, scheint aus Sicht der deutschen Presse gewaltigen politischen Sprengstoff zu bergen. Im Zuge eines hemmungslosen Frühkapitalismus sei das Milliardenreich aus dem Gleichgewicht geraten. Chinas Gesellschaft driftet immer weiter auseinander, die Volksrepublik zerfällt wieder in Arm und Reich, die Zeitbombe im roten Reich tickt - so die unüberhörbaren Warnungen der deutschen Presse an alle China-Optimisten. Hinzu kommt – wie die meisten Kommentatoren bemerken - die weiterhin grassierende Korruption im Reich der Mitte und ein abgewirtschaftetes Einparteiensystem, dessen politische Legitimation nur noch an der Fortsetzung des Wirtschaftswunders hängt.[213] Was wäre aber, fragen sich indes viele Kommentatoren, wenn Chinas Wirtschaftsmotor - von vielen im Westen mittlerweile als Lokomotive der Weltwirtschaft gepriesen - nach zwanzig Jahren anhaltenden Wachstums irgendwann einmal ins Stocken gerät?[214] Oder wenn sich das Faszinosum China als eine einzige riesengroße Blase entpuppt, die dann platzt, so wie auch die Blase um die "New Economy" und den "Internet-Hype" Ende der neunziger Jahre geplatzt ist?[215] Bereits im Jahr 2003 mehren sich in der heimischen Presse die Hinweise, dass neben der sozialen und der politischen nun auch eine wirtschaftliche Implosion Chinas droht. Die Anzeichen für eine Überhitzung der chinesischen Volkswirtschaft häufen sich, eine Implosion des chinesischen Wachstums werde immer wahrscheinlicher - würde sie tatsächlich kommen, könnte sie die Weltwirtschaft erschüttern: China habe das Potential, globale Wirtschaftsmacht oder aber auch "Epizentrum eines weltweiten Bebens" zu werden, so die eindringliche Warnung vieler Kommentatoren.[216] Dazu kommt schließlich auch die Warnung vor einem ökologischen Kollaps Chinas. Spätestens seit dem Jahr 2005

212 "Von der Plan- zur Clanwirtschaft", SZ, 04.11.2003.

213 "In der Falle des Allmachtanspruchs", FAZ, 08.11.2002.

214 "Die KP sucht neues Kapital", SZ, 15.11.2002.

215 "Viagra der Weltwirtschaft", SZ, 31.01.2004. Dazu vgl. "Der Kopf des Drachens", SPIEGEL, 09.12.2002 , "Hoffnung China", FAZ, 29.11.2003.

216 Vgl. "Allzu optimistischen Fans droht eine herbe Enttäuschung", WELT, 24.11.2003, "Das chinesische Experiment", WELT, 04.12.2003, "Chinas Aufstieg", FAZ, 15.02.2003.

beschäftigt sich die öffentliche Debatte um China immer stärker auch mit den ökologischen Risiken, die der chinesische Wachstumsboom - für China selbst wie für die ganze Welt - mit sich trägt. Vor allem die totale Fixierung der politischen Macht auf den ökonomischen Erfolg - so die allgemeine Ansicht unter den Pressekommentatoren - habe in China zu katastrophalen ökologischen Zuständen geführt, deren Effekte zunehmend auch außerhalb der Grenzen Chinas spürbar werden. Das Reich der Mitte werde "zum globalen ökologischen Problem", titelt dabei der SPIEGEL zu Anfang des Jahres 2007.[217]

Diese Lageschilderung durchzieht nahezu alle in diese Arbeit einbezogenen Beiträge, die sich im Zeitraum von 2002 bis 2007 vorwiegend mit den innenpolitischen Aspekten des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas befassen.[218] Allgemein wird darin die Ansicht geteilt: Das Turbo-Wachstum im Reich der Mitte gerate allmählich außer Kontrolle und das chinesische Mischsystem aus Markt- und Planwirtschaft sei nicht in der Lage, auf die neuen Verhältnisse zu reagieren. Vielmehr scheint aus Sicht der meisten Kommentatoren das anachronistische Regime in Peking um des eigenen Machterhalts willen an einem fanatischen Streben nach immer weiterem Wachstum gefangen zu sein, mit der Folge, dass sich die Widersprüche in Chinas Entwicklung immer weiter und schneller zuspitzen. Dabei wird nicht zuletzt gegen die Chinabegeisterten im Westen wie in der ganzen Welt argumentiert, die fasziniert durch die berauschenden Bilder des Fortschritts im Reich der Mitte nur noch seine "Schockoladenseite" wahrnehmen. Im Fazit lautet es dann: Jenseits von Schanghais glitzernden Wolkenkratzern und Pekings gläsernen Bürotürmen ähnelt das boomende Reich einem Dampfkessel, das zu jeder Zeit explodieren könnte - mit ungeahnten Folgen für den ganzen Globus. Man wäre also gut beraten, einen zweiten und auch einen dritten Blick auf das Wirtschaftswunderland in Fernost zu werfen. Denn der anhaltende Wirtschaftsboom - so die eindringliche Warnung in Deutschlands Presse - habe aus China zugleich ein Hochrisikoland für die ganze Welt gemacht.

---

[217] "Gift für den ganzen Erdball", SPIEGEL, 22.01.2007.

[218] Es handelt sich dabei um ein Drittel aller in dieser Arbeit erfassten Pressebeiträge aus jenem Zeitraum - genauer genommen sind das 117 von insgesamt 350 Titeln.

2.1.1 Der Boom droht außer Kontrolle zu geraten

Über den gesamten Zeitraum von 2002 bis 2007 klagt wiederholt die deutsche Presse in ihren Leitkommentaren zu China über die Welle einer regelrechten "China-Euphorie", die den ganzen Westen – sowie die ganze Welt - erfasst und seinen Blick für die Risiken des China-Booms getrübt habe. Allen voran die SZ, die FAZ und der SPIEGEL stellen im Hinblick auf das verstärkte China-Engagement westlicher Unternehmer und Politiker einen weitgehenden Mangel an Nüchternheit bei der Abwägung von Chancen und Risiken fest. China wirke, wie auch der Internet-Boom ein paar Jahre zuvor gewirkt hatte: als "Aphrodisiakum der Profitsuchenden dieser Welt" – inzwischen finde der Kapitalismus chinesischer Prägung immer mehr Bewunderer im Westen, bemerkt zu Anfang des Jahres 2004 die SZ.[219] Vor allem westliche Politiker – bemerkt etwa zur gleichen Zeit auch der SPIEGEL -, "zu Hause in endlosen Reformdebatten verstrickt, bewundern unverhohlen die Entscheidungskraft der KP".[220] Dabei, so der wiederholte Hinweis der Kommentatoren, fehle es nicht an Warnzeichen, dass vom boomenden Land inzwischen Gefahren für die ganze Welt ausgehen.

Bereits ab dem Jahr 2002 mehren sich in der China-Debatte der deutschen Presse die Warnungen vor der wachsenden Gefahr einer sozialen Apokalypse im Reich der Mitte. Die Spanne zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land, die im Zuge des rasanten Wachstums immer weiter auseinander klafft, wird dabei als das größte Risiko für den sozialen Frieden und die politische Stabilität des Milliardenreichs genannt. *"Wer Chinas prosperierende Ostküste verlässt und sich ins Hinterland wagt, bekommt ein Gespür für die Zeitbombe, die im roten Reich tickt. Armut, so weit das Auge reicht"* - berichtet zu Anfang des Jahres 2002 die FAZ.[221] Dazu kommentiert zur gleichen Zeit die SZ: *"Willkommen also im Reich des Kommu..., Verzeihung, Konsumismus. Das ist das eine China: Ein Land, das in mehr als zwei Jahrzehnten Reform und Öffnung ein gutes Stück wohlhabender geworden ist (...) Und dann gibt es das andere China. Das sich die meisten westlichen Besucher sparen auf ihren Reisen. Dabei ist es gar nicht weit: Eine Taxifahrt von*

---

219 "Viagra der Weltwirtschaft", 31.01.2004. Dazu vgl. "Hoffnung China", FAZ, 29.11.2003.

220 "Der Kopf des Drachen", SPIEGEL, 25.10.2004.

221 Vgl. "Der zerbrechliche Gigant", FAZ, 21.02.2002, "Im Reich der wachsenden Ungleichheit", SZ, 09.11.2002.

einer, zwei Stunden, und schon versteht man, warum China – wenn es denn gerade passt – noch immer darauf beharrt, „Entwicklungsland" genannt zu werden. Plötzlich ist da die Dritte Welt, das Land der Bauern. Sie hungern kaum noch, nein, aber sie sind arm (...) China zerfällt wieder in Arm und Reich. Bemerkenswert, dass dies in einem Land geschieht, das sich kommunistisch nennt. Beängstigend sind – auch für die Partei – Tempo und Ausmaß der sozialen Strukturveränderung."[222]

Ähnlich berichtet zu dieser Zeit der SPIEGEL über das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen der neu entstandenen Mittelklasse und den eingezogenen Wanderarbeitern aus dem Land in Chinas Vorzeigemetropole Schanghai, die als Modell für die Entwicklung im ganzen Reich gelten sollte: *"Aber wofür soll das Modell Schanghai stehen? Für eine Rückkehr des Manchester-Kapitalismus mit billigen, ausgepressten Arbeitskräften und einer superreichen Avantgarde? (...) Ist das der „Sozialismus unter besonderen chinesischen Vorzeichen", den die Partei proklamiert? China-Kenner wie der Yale-Professor Jonathan Spence glauben, die Volksrepublik befinde sich gerade in einer glücklichen Übergangphase, wo die Wanderarbeiter eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion erfüllen und mehr Vorteile als Nachteile in ihren Tagelöhnerjobs sehen (...) Solch eine Entwicklung kann nur gut gehen, wenn die Wirtschaft weiter boomt, wenn wenigstens im Ansatz alle profitieren. Doch dafür gibt es keine Garantien."*[223] So konstatiert auch die SZ: *"Manche denken, die Probleme könnten mit wirtschaftlichem Wachstum gelöst werden. Es ist allerdings nicht realistisch, sich nur auf Wachstum zu verlassen, um soziale Stabilität zu gewährleisten. Wachstum allein garantiert keine ruhige und harmonische Gesellschaft. Um Einkommensgefälle und Klassenpolarisation zu vermeiden, muss sich die Regierung über die Ungleichheiten bewusst werden und den Wohlstand gerechter verteilen."*[224]

Das Wirtschaftswunder, das sich China im Turbotempo erarbeitet habe, habe zugleich die einst egalitär ausgeprägte Gesellschaft zu "einer der ungerechtesten Gesellschaften der Erde" verwandelt - bemerkt dazu die SZ ein paar Jahre später.[225] Die Einkommensstruktur Chinas, die vor Beginn der Reformen noch gerechter als die der skandinavischen Länder war, ändere sich im Zeitraffer - inzwischen wäre sie eher mit der Brasiliens vergleichbar, kommentieren zeitgleich und später auch die WELT,

222 "Die Kader-Kapitalisten", SZ, 06.03.2002.
223 "Der Kopf des Drachens", SPIEGEL, 09.12.2002.
224 "Im Reich der wachsenden Ungleichheit", SZ, 09.11.2002.
225 "Krawall im Wunderland", SZ, 03.11.2004.

die ZEIT sowie die FAZ.[226] Eine drohende "Lateinamerikanisierung" sieht die SZ indes auch im politischen System Chinas: *"Der Kommunismus ist tot. Das ist die gute Nachricht, die von westlichen Beobachtern regelmäßig bejubelt wird. Die schlechte Nachricht ist: Die Diktatur der KP lebt. Aber es macht keinen Sinn mehr, das Land an Systemen wie der Ex-Sowjetunion zu messen. Längst bieten die ehemaligen autoritären Regierungen Südamerikas einen besseren Vergleich. China ist nach rechts gerückt, weit rechts (...) Ganz oben steht eine Koalition aus politischer Macht- und neureicher Geld-Elite."*[227] Ähnlich kommentiert das gleiche Blatt auch im Jahr 2005: *"China hat eine eigenartige Wirkung auf viele Besucher aus dem Westen. Sie steigen aus dem Flugzeug, sehen all die Wolkenkratzer, die Neureichen und die BMW´s, die sprießenden Fabriken, die bald die ganze Welt möblieren, das Treiben eines der geschäftstüchtigsten und tatkräftigsten Völker der Erde und rufen wie vom Donner gerührt: "Das hat ja mit Kommunismus gar nicht mehr zu tun!" Und sie haben natürlich Recht: Der Kommunismus in China ist mausetot. Das Merkwürdige an der Reaktion dieser Besucher jedoch ist, wie gerne sie darüber die schlechte Nachricht übersehen: Die Diktatur der Partei ist quicklebendig (...) Das Regime ist dabei sich zu häuten: aus einer linken wird eine rechte Diktatur, eine Metamorphose, deren Resultate ebenso beeindruckend wie frustrierend sind - hier der städtische Wohlstand, der Rückzug der Ideologie, die Entdeckung des Privaten, dort Korruption und Selbstbereicherung der Elite, Ausbeutung von Arbeitern, Entrechtung der Bauern. Die Farbe der Macht hat sich geändert. Manche Beobachter sprechen von einer Lateinamerikanisierung Chinas, wegen der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Städten und Hinterland."*[228]

Vor diesem Hintergrund wird die Gefahr eines abrupten Endes des chinesischen Booms durch eine Entladung des im Riesenreich angesammelten sozialen Sprengstoffs immer höher eingeschätzt. Dabei werden immer wieder vorkommende Proteste in Stadt und Land als Anzeichen eines zunehmenden Unmuts in Chinas Bevölkerung betrachtet, der zu jeder Zeit zu einem regelrechten Volksaufstand eskalieren könnte. So berichtet etwa die WELT zu Ende des Jahres 2004: *"Banale Alltagsvorfälle eskalieren immer öfter blitzartig zur Randale. Nicht die satten Mittelschichten der Städte, auf die der Westen schaut, sondern Zehntausende von Reformverlierern in Vororten, auf dem Land, in maroden Bergwerken oder*

[226] Vgl. "Downtown Schanghai", WELT, 14.08.2004, "Gnadenlos pragmatisch", ZEIT, 27.04.2006, "Chinas neuer Weg", FAZ, 17.03.2007.
[227] "Reich der Risse", SZ, 03.08.2004, Dazu vgl. "China, Reich des Mittelstandes", WELT, 08.11.2002.
[228] "Im Reich der Wölfe", SZ, 06.12.2004.

Industrieklitschen treibt es spontan auf die Barrikaden (...) Peking hat den Boom seiner Wirtschaft mit soviel Ungerechtigkeit, Sozialneid, bäuerlichem Elend, Vertreibungen und Umweltzerstörungen erkauft, dass schon geringste Anlässe reichen, um das Pulver in den Regionen zu entzünden (...) In Peking läuten die Alarmglocken."[229] Diese Warnung sollte schließlich nicht nur für China, sondern auch für den Rest der Welt gelten - schreibt ihrerseits die FAZ ein Jahr später: *"Der Satz von Deng Xiaoping, dem Vater des chinesischen Wirtschaftswunders, man solle doch einige Menschen zuerst reich werden lassen, entpuppt sich als Zündschnur am Sozialgefüge (...) Die Welt kann nur hoffen, dass es Peking gelingt, auf seinem Schlingerkurs zwischen Öffnung und Machterhalt ein breites Aufbegehren derjenigen zu verhindern, die sich um ihre Zukunft betrogen fühlen. Denn wenn China in eine Krise gleitet, wird dies an allen Ecken der Erde zu spüren sein."*[230]

Die Warnungen an die Welt – und allen voran an die Adresse der westlichen China-Optimisten - verdichten sich allmählich ab 2003, nun nicht zuletzt auch wegen der drohenden Implosion des chinesischen Wachstums durch Überhitzung der Wirtschaft. *"Wenn die Sprache auf China kommt, geraten nicht wenige Ökonomen regelrecht ins Schwärmen. Kräftige Wachstumsraten, sich dynamisch entwickelnde Unternehmen und steigende Börsenkurse sind der Stoff, aus dem sich die Träume von andauernder Prosperität speisen (...) Die Ökonomie der Volksrepublik ist inzwischen zu einem konjunkturell bestimmenden Faktor in der ganzen Region geworden (...) Doch bei aller Begeisterung: Immer mehr Signale deuten auf eine Überhitzung der chinesischen Wirtschaft hin (...) Für allzu optimistische China-Investoren sind herbe Enttäuschungen programmiert"*, warnt die WELT zu Ende des Jahres 2003 vor.[231] Als größtes Risiko gilt auch hier das politische System Chinas. Aufgrund des Widerspruchs zwischen Kontrollwirtschaft und freiem Markt – so die meisten Kommentatoren – sei China nicht in der Lage, die wachsenden Probleme seines Finanzsektors in den Griff zu bekommen.[232] Vielmehr stelle Chinas autoritärer Einparteienstaat, dessen Existenz an der stetigen Fortsetzung des Wachstums hänge und eben deshalb nur auf Wachstum ausgerichtet sei, einen Teil des

---

229 "China", WELT, 02.11.2004. Vgl. dazu "Krawall im Wunderland", SZ, 03.11.2004.

230 "Zwei Gesichter Chinas", FAZ, 29.10.2005.

231 "Allzu optimistischen Fans droht eine herbe Enttäuschung", WELT, 24.11.2003.

232 Vgl. "Der Kampf gegen den Boom", ZEIT, 03.06.2004, Sozialismus an der Börse", ZEIT, 07.06.2007.

Problems dar – meint etwa die SZ.[233] Schließlich können die immer größer werdenden Spekulationen und Blasen in Chinas Markt kaum unter Kontrolle gehalten werden, solange im Land mangels unabhängiger Instanzen Vetternwirtschaft und Korruption grassieren – meint dazu die FAZ.[234] So kommentiert der SPIEGEL, nicht zuletzt in Anspielung auf den herrschenden China-Optimismus im Westen: *"China, so scheint es, ist die Macht der Stunde. Kaum jemand kann es sich leisten, das einst abgeschottete Rote Reich zu ignorieren - trotz eines Geschäftsklimas, das von Korruption und Rechtsunsicherheit geprägt ist. Dafür locken niedrige Löhne, gefügige Arbeiter und die Aussicht auf Millionen Kunden (...) Die Welt ist beeindruckt - ähnlich wie sie es vor 30 Jahren von Japan war, das damals als Modell für modernes Management gepriesen wurde. Folgt China jetzt der japanischen Spur? Für übertriebenen Optimismus ist es zu früh, denn die Daten verdecken die Kehrseiten des Wirtschaftsbooms (...) In den vergangenen drei Monaten zog die Konjunktur nochmals an (...) Kocht sie über, droht eine Implosion (...) Schließlich hängt nicht nur das Schicksal der 1,3 Milliarden Chinesen, sondern das Wohl und Wehe vieler Nationen von der Konjunktur im Reich der Mitte ab. Gerät das Wachstum ins Trudeln, dürften etliche Länder unter den Folgen zu leiden haben (...) Am politischen System allerdings will die wirtschaftlich so experimentierfreudige Partei nicht rütteln."*[235]

Als Anlass zur Ernüchterung gegenüber der verbreiteten China-Euphorie im Westen wird in der deutschen Presse nicht zuletzt die Krise um die Lungenseuche SARS im Jahr 2003 betrachtet. Aus Sicht aller Medien wird durch diese Krise der internationalen Öffentlichkeit das wahre Gesicht Chinas offenbart: Das von vielen im Westen als Wunderland gepriesene Land entpuppe sich nun auch als Risiko für die Weltgesundheit – bekommt man in der heimischen Presse zu lesen. Demonstriert würden auch hier - so die allgemeine Ansicht unter den China-Kommentatoren - vor allem die fundamentalen Schwächen des chinesischen politischen Systems. So kommentiert etwa die SZ: *"Eben noch waren ausländische Unternehmer und Diplomaten nur allzu bereit, das Mantra vom strahlenden, offenen China, vom verdienten Olympia-Ausrichter, vom verantwortungsvollen Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu wiederholen (...) Zunächst hat die Krise offenbart, wie wenig sein politisches System Schritt gehalten hat mit dem Marsch des Landes*

233 "Chinesische Märchen", SZ, 20.07.2007.
234 "Korruption im Mittelpunkt", FAZ, 02.10.2004.
235 "Prickelnde Weltfabrik", SPIEGEL, 26.04.2004.

in die moderne Welt und wie wenig es ihren Herausforderungen gewachsen ist."[236] Von einem "katastrophalen Krisenmanagement" und einer "desaströsen Informationspolitik" wird dabei berichtet - und zwar nicht nur in der SZ. Trotz aller Reformen und aller Versprechen Pekings über eine "neue Offenheit" wirken "die alten Reflexe der Diktatur weiter fort", die "an Mao Zedongs beste Zeiten erinnern": "Verschweigen, Vertuschen und Verharmlosen" - das Muster sei das gleiche, die Missstände seien die gleichen, schreibt übereinstimmend mit der SZ auch die WELT.[237] In diesem Sinne mahnt ihrerseits die FAZ zur Vorsicht: *"Wie gut stand China da vor dem Ausbruch der SARS-Krise. Als Lokomotive der Weltwirtschaft gepriesen, als einziges größeres Land, das in Zeiten weltweiter Rezession noch mit hoher Wachstumszahl aufwarten konnte (...) Die guten wirtschaftlichen Aussichten in China ließen das Ausland über Schwächen hinwegsehen. War nicht die Volksrepublik der WTO beigetreten, war nicht eine neue und jüngere Parteiführung ernannt worden, die das Land weiter modernisieren will? (...) Die SARS-Krise hat gezeigt, dass es ratsam ist, die Mängel nicht zu unterschätzen, die sich aus Chinas politischem System ergeben."*[238] (FAZ, 28.04.2003) Schließlich stecke das Virus im chinesischen System selbst, stellt dazu die SZ fest: *"China ist ein Paradies - für Leichtgläubige (...) Dem unsäglichen Krisenmanagement bei SARS liegen Verhaltensmuster zugrunde, die westliche Investoren und Politiker zur Vorsicht mahnen sollten. Der Apparat vertuscht, verharmlost, lügt. Er setzt Menschenleben aufs Spiel, nur um das Image des Landes zu retten (...) SARS soll den allzu Euphorischen eine Warnung sein: China ist besser im Einwickeln (von Gästen) als im Auspacken (von unangenehmen Wahrheiten) (...) Peking hat aus der Krankheit eine Vertrauenskrise gemacht. Und wer sich auch nur ein wenig Nüchternheit bewahrt hat, der wird merken: Das Virus sitzt in China im System."*[239]

Ähnliche Züge wie im Fall der SARS-Seuche trägt die Kritik der deutschen Presse - allen voran der WELT, der SZ und des SPIEGEL - am Krisenmanagement Pekings auch nach dem Großunfall in einer Chemiefabrik in der Stadt Harbin im Nordosten Chinas zwei Jahre später. Zugleich kündigt sich hiermit aber auch ein neuer Trend in der China-Berichterstattung der deutschen Presse an: das boomende Reich der Mitte wird nun immer stärker auch als globales ökologisches Risiko wahrgenommen.

---

236 "Peking handelt - aber zu spät", SZ, 22.04.2003.

237 "China - eine Erziehungsdiktatur", WELT, 02.05.2003. Dazu vgl. "Chinas Krankheit", SZ, 10.05.2003.

238 "Chinas ansteckende Krankheit", FAZ, 28.04.2003.

239 "Das chinesische Virus", SZ, 05.04.2003.

Immer deutlicher werden die Hinweise auf die enormen Lasten des beispiellosen Aufschwungs Chinas für die Umwelt - sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene. Ganz oben steht auch hierbei die Kritik am politischen System Chinas, das allmählich die Kontrolle über das Wachstum zu verlieren scheint. Vor allem seine einseitige Fixierung auf Wachstum macht das System aus Sicht der Kommentatoren zum Hauptverantwortlichen für die unkontrollierte Umweltbelastung. Umweltkatastrophen wie die im Fall von Harbin können demnach nur die logische Folge sein.

Die altbewährten Vertuschungsmethoden, mit denen das chinesische System ganz im Stile einer Diktatur auf solche Unfälle reagiert, sollten für die westlichen China-Bewunderer Warnung genug sein - kommentiert die WELT übereinstimmend mit der SZ anlässlich des Chemieunfalls in Harbin im Jahr 2005: *"China wird von vielen Besuchern aus dem Westen immer wieder als schöne neue Welt der schnellen Entscheidungen bewundert: Megaprojekte von Staudämmen bis Autobahnen schießen dank verkürzter Planfeststellungsverfahren wie Pilze aus dem Boden. Die Kehrseiten werden gern übersehen, doch nun in Harbin zeigen sie sich überdeutlich (...) Ein zufälliger Unglücksfall ist das nicht (...) Mega-Unfälle werden aber nicht nur benachbarte Provinzen, sondern auch die Nachbarn außerhalb des Reichs der Mitte böse überraschen. Die Welt kann sich nicht einmal darauf verlassen, wenigstens rechtzeitig gewarnt zu werden. Von der Epidemie Sars, die Peking anfangs verschwiegen hatte, über die Vogelgrippe bis nun nach Harbin, wo die Regierung ihren Bürgern Märchen erzählte, zieht sich das gleiche Muster. Bei der Betrachtung von Chinas schöner neuer Welt kann es einem unheimlich werden."*[240] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch der SPIEGEL: *"Das Schreckensszenario, das sich vom Betriebsunfall zur Umweltkatastrophe steigerte, offenbart die Kehrseite des sozialistischen Wirtschaftswunders: Geheimniskrämerei und schleppendes Krisenmanagement führen vor, welchen Preis die Chinesen für ihren Boom zahlen müssen. China - jene seltsame und faszinierende Mischung aus Kommunismus und Kapitalismus, das westliche Politiker wegen seiner enormen Erfolgszahlen und westliche Manager wegen des schier grenzenlosen Marktes beneiden, ist nicht mehr nur die Werkbank der Welt. Es wird auch mehr und mehr seine Giftküche. Denn der Aufstieg zur Weltmacht, errungen mit hohen Wachstumsraten erinnert bisweilen an die Zustände des Frühkapitalismus (...) Zudem fördert das System Umweltdramen*

[240] "Chinas vergifteter Boom", WELT, 27.11.2005. Vgl. dazu "Chinas rechtlose Bauern", WELT, 12.12.2005, "Schmutzige Supermacht", SZ, 25.11.2005.

wie jetzt in Harbin. Die Karriere der Funktionäre ist an wirtschaftliche Erfolgszahlen geknüpft und nicht an frische Luft und klares Wasser (...) Wenn die Katastrophen dann eintreten, reagiert die KP nach altem stalinistischen Muster: Wie bei der Sars-Krise vor zwei Jahren versuchten die Behörden zunächst das wahre Ausmaß des Unglücks zu verheimlichen oder herunterzuspielen."[241]

Die globale Dimension der ökologischen Risiken durch den unaufhaltsamen Aufschwung im Milliardenreich rückt im Jahr 2007 noch stärker in den Fokus der Pressediskussion um China. *"Gift für den ganzen Erdball"* titelt zu Beginn jenes Jahres der SPIEGEL in einem Spezialbeitrag zum potentiell "schlimmsten Umweltsünder" der Welt - und kommentiert dazu: *"China ist zum globalen ökologischen Problem geworden. Waren es zuerst die Ökonomen, die darüber staunten, wie die aufstrebende Weltfabrik mit ihren billigen T-Shirts, Fernsehern und Waschmaschinen die Welt verändert, sind es nun die Klimaforscher, die vor einem ganz anderen chinesischen Export warnen – vor dem Schmutz, der den Erdball umkreist. Schon jetzt ist das Riesenland der zweitgrößte Erzeuger von Treibhausgasen nach den USA. Vor allem in Nordamerika und in Europa weicht die Begeisterung über die billige Werkbank für die ganze Welt deshalb immer häufiger der Frage: Kann die Erde die wachsende Belastung durch Chinas Naturzerstörung verkraften?"*[242]

Dabei werden nicht zuletzt die Folgen des China-Booms für den Klimawandel in Betracht gezogen, der zu dieser Zeit ohnehin zu einem der wichtigsten Schwerpunkte der internationalen Medienberichterstattung wird. Angesichts seines inzwischen immensen Einflusses auf das Weltklima sollte China nun endlich internationale Verantwortung übernehmen – fordern gemeinsam die deutschen Pressekommentatoren etwa im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Bali zu Ende des Jahres 2007. Ohne ein ernsthaftes Mitwirken Chinas hätte letztlich die globale Klimapolitik kaum Aussicht auf Erfolg.[243] Doch aus Sicht der SZ wie auch der FAZ steht einer Mitwirkung Chinas im internationalen Kampf gegen den Klimawandel sein politisches System im Wege. Während in der Welt die Überzeugung reife, dass sich die drohende Klimakatastrophe nur durch gemeinsames Handeln meistern lässt,

241 "Toxischer Teppich", SPIEGEL, 28.11.2005.
242 "Gift für den ganzen Erdball", SPIEGEL, 22.01.2007.
243 "China und das Klima", WELT, 05.06.2007.

betreibe die chinesische Regierung eine "völlig unzeitgemäße, selektive Isolierung, als habe sich seit Maos Zeiten nichts geändert" - bemerkt etwa die SZ.[244] Ähnlich "geheimniskrämerisch" wie sie das Land regiere - so die SZ weiter -, agiere sie auch auf dem internationalen Parkett. Ihre Versuche, die Folgen ihrer "desaströsen" Umweltpolitik - so etwa im Hinblick auf die olympischen Spiele 2008 in Peking - zu verdrängen oder zu übertünchen, demonstrieren das Ausmaß ihrer Überforderung, bemerkt hierzu ihrerseits die FAZ.[245] Die Behäbigkeit und Überforderung des chinesischen Systems werde immer gefährlicher für die Welt – schlussfolgert die SZ in einem Leitkommentar zur jährlichen Tagung des Nationalen Volkskongresses in Peking im März 2007: *"Die Fernsehbilder von schnarchenden Kadern oder die Hilflosigkeit der Minister, die jede ihrer Antworten auf Journalistenfragen vom Blatt ablesen müssen, haben durchaus Unterhaltungswert. Doch in Wirklichkeit sollte allen Zuschauern dabei Angst und Bange werden. Denn die Probleme, die hier von der Führungsschicht eines Landes verschlafen werden, sind längst nicht mehr nur Probleme Chinas. Es sind auch Probleme der übrigen Welt (...) Diese ökologische und entwicklungspolitische Krise macht sich nicht an Chinas Grenzen halt, sie hat globale Dimensionen. Bei keinem Thema wird dies so laut wie beim Klimawandel (...) Die Chinesen können handeln, indem sie beim Thema Umweltschutz nationalistisches Denken hinter sich lassen. Natürlich ist es ungerecht, dass die Grenzen des Wachstums gerade jetzt sichtbar werden, da Chinas Bruttoinlandsprodukt explodiert. Aber Gerechtigkeit ist keine Kategorie der Natur. Um etwas zu ändern, müsste nur jemand in die Halle des Volkes gehen, um die Delegierten wachzurütteln."*[246]

2.1.2 Das System steht der Entwicklung im Wege

Das Kernproblem der Entwicklung Chinas bleibt in der Darstellung der deutschen Presse, wie oben bereits beschrieben, nach wie vor der in seinem System angelegte Widerspruch von Marktwirtschaft und Einparteienherrschaft. Ohne eine politische Liberalisierung - so die Grundannahme - könnte der rasante Wirtschaftsaufschwung im Reich der Mitte weder nachhaltig noch endlos ausfallen. Vielmehr würden die

244 "Chinas Kader-Starre", SZ, 13.10.2007.
245 "Chinas Umweltmisere", FAZ, 09.03.2007.
246 "Schlafendes China", SZ, 16.03.2007.

damit einhergehenden wachsenden Risiken für China selbst und für den Rest der Welt bestehen bleiben. Damit die rasende Entwicklung des Riesenreiches zukunftsfähig und weltschonend gestaltet werden kann, müssten also in China neben den wirtschaftlichen auch politische Reformen eingeführt werden - und zwar dringend, liest man in den meisten China-Kommentaren der deutschen Presse über den ganzen Zeitraum von 2002 bis 2007.

Doch aus Sicht etwa der FAZ, der WELT, der SZ wie auch des SPIEGEL gibt es in all diesen Jahren trotz der Fortführung von Reformen kaum Anzeichen für eine echte Liberalisierung des politischen Systems in China. Vom Beschluss zur Aufnahme privater Unternehmer in die KPCh zeitgleich mit dem reibungslosen Antritt der vierten Führungsgeneration der chinesischen Kommunisten im Jahr 2002; über den angedeuteten Kursschwenk der neuen Führung von der reinen Wachstums- zur Sozial- und Umweltpolitik ab dem Jahr 2003; bis zur Verabschiedung des ersten Eigentumsgesetzes in der Geschichte der Volksrepublik China im Jahr 2007 - stets kommen die Leitkommentare der o.g. Medien über die chinesische Reformpolitik zum gleichen Fazit: das Amalgam aus Kommunismus und Kapitalismus werde zwar in Richtung freier Wirtschaft weiter aufgelöst, echte politische Veränderungen in Richtung demokratischer Freiheit bleiben jedoch in China nach wie vor tabu. Die Politik der Reformen scheinen Chinas kommunistische Herrscher aus Sicht der Kommentatoren vielmehr nach wie vor um des eigenen Machterhalts willen fortzuführen. Jeder Stillstand des Wirtschaftswachstums drohe das Land in den Strudel ungelöster Probleme zu ziehen - “dafür braucht die Partei die Unternehmer und marktwirtschaftliche Reformen”, stellt etwa die WELT zu Ende des Jahres 2002 fest.[247] Zugleich, so bemerkt das gleiche Blatt auch fünf Jahre später, möchte die neue Führung mit ihrem neuentworfenen Konzept von der “wissenschaftlichen Entwicklung” die “krassesten Missstände eines skrupellosen Wirtschaftsbooms wieder in den Griff kriegen, bevor ihr der große China-Laden, zu dem das Land geworden ist, buchstäblich um die Ohren fliegt”.[248] Dies alles sollte eine Demonstration dessen sein, wie weit die Herrschaft der Kommunistischen Partei hinter Chinas Entwicklung zurück geblieben sei, bemerkt zur gleichen Zeit die SZ:

247 “Ein ideologischer Purzelbaum”, WELT, 11.11.2002.
248 “Neue Floskeln, alte Zöpfe”, WELT, 16.10.2007.

"Deren Ukasse und Erlasse legitimieren immer häufiger bloß nachträglich jene Realität, die der Markt bereits geschaffen hat."[249]

Während also "Chinas Gesellschaft und Wirtschaft den Weg in die Moderne im Zeitraffer zurücklegen", bleibe sein politisches System "dem Überkommenen verpflichtet" - so die FAZ.[250] Dabei – bemerkt dazu die SZ - werde es immer klarer, dass die alte Strategie aus der Ära Deng Xiaopings "wirtschaftliche Modernisierung bei sturer Verweigerung politischer Reform" an ihre Grenzen stoße: *"Mit jedem Schritt, den Chinas Wirtschaft und Gesellschaft nach vorne tun, wird der Anachronismus des leninistischen Apparats, der ihnen übergestülpt ist, deutlicher."*[251] Dies zeigt sich nach Darstellung der Kommentatoren der beiden Medien vor allem in der Art, wie die politische Führung Chinas auf die Probleme reagiert, die durch das rasante Tempo der Modernisierung immer stärker ins Gewicht fallen. Zwar scheinen Chinas Führer inzwischen sehr wohl begriffen zu haben, dass die Lösungen für die stets wachsenden Probleme - allen voran im sozialen und ökologischen Bereich - "ein Wettlauf mit der Zeit wird".[252] Aufgrund der sozialen und ökologischen Verwerfungen wachsen schließlich auch die Spannungen in Stadt und Land, die immer häufiger zu Unruhen führen - erfährt man indes von der SZ und der FAZ wie auch von den anderen Medien. Statt aber die Übel und Missstände mit politischer Reform zu bekämpfen, "bekämpft die Partei die Verzweifelten im Land mit einer auf mehr als eine Million Millizionäre angeschwollenen Volkspolizei", berichtet dazu die SZ im Herbst 2004.[253] Politische Unterdrückung und Repressalien alten Stils als Antwort auf Unruhen können jedoch auf Dauer allenfalls eine verkrampfte Stabilität sichern, die in Krisenzeiten schnell brüchig werden könnte – warnen schließlich immer wieder von 2002 bis 2007 in ihren Leitkommentaren allen voran die FAZ, die SZ und die WELT.

In dieser Hinsicht scheint die Einführung von politischen, sprich demokratischen Reformen die einzige Lösung für die immer größer werdenden Probleme im Reich

---

249 "Chinas Kader-Starre", SZ, 13.10.2007.
250 "Wissenschaftliche Entwicklung", FAZ, 25.10.2007.
251 "Krawall im Wunderland", SZ, 03.11.2004.
252 "Chinesische Wirklichkeiten", FAZ, 09.04.2002.
253 "Krawall im Wunderland", SZ, 03.11.2004.

der Mitte zu sein. Denn ob es um die wachsende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit geht; die weiterhin grassierende Korruption und Machtwillkür von Funktionären und Provinzkadern; oder die rücksichtslose Belastung der Umwelt und die irrationale Verschwendung von Ressourcen - für alle Missstände im Lande wird vor allem das chinesische politische System selbst für verantwortlich erklärt, zumal es keine Kontrolle der politischen Macht, etwa durch unabhängige Gerichte und Medien, zulässt. China brauche nicht mehr Machtkonzentration, sondern mehr demokratische Kontrolle, um seine Probleme in den Griff zu bekommen - so der Grundtenor der Kommentare in den o.g. Medien.

So kommentiert die FAZ kurz nach dem Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation: *"Ob es um Umweltschutz oder den Transfer von Staatseigentum geht, immer deutlicher verliert die Zentralregierung an Macht und Einfluss. Anordnungen aus Peking werden in der Tiefe der Provinz ignoriert (...) Die Schwäche der Zentralregierung signalisiert, dass der Allmachtsanspruch des politischen Systems nicht nur gescheitert ist, sondern auch der eigenen Zukunft im Wege steht. China braucht eine unabhängige Justiz, ein unabhängiges Überwachungssystem, eine Kontrollwirkung der Öffentlichkeit. Einiges ist im Ansatz vorhanden, kann aber nur durch politische Änderungen verankert werden. Es war das Kalkül der Reformkräfte in der Führung, dass Chinas Beitritt zur WTO von außen einen Druck zu Reformen erzeugen werde. Die dritte Führungsgeneration unter Jiang Zemin hat ihm nicht nachgegeben. Für die vierte Führungsgeneration könnten Reformen jedoch eine Frage des politischen Überlebens werden."*[254] Ähnlich kommentiert das gleiche Blatt im Hinblick auf das Thema "Korruption" anderthalb Jahre später: *"Das größte Hindernis für die weitere Entwicklung Chinas und die Herrschaft der Kommunistischen Partei ist die Bestechlichkeit und Pflichtvergessenheit ihrer Funktionäre. Die Bevölkerung hat unmittelbar unter den Folgen des Kaderklüngels zu leiden (...) Die Partei kann sich nicht selbst kontrollieren. Es fehlt eine unabhängige Kontrollinstanz, die über die Kader wacht, es fehlt ein unabhängiges Justizsystem, das sich über Macht und Einfluss hinwegsetzen kann."*[255] Zur gleichen Zeit bemerkt ihrerseits die WELT: *"Weil es im Inneren so krisenhaft zugeht und weil die Außenwelt noch komplizierter ist, sei ein Mehr an Demokratie, mehr Kontrolle der Partei, mehr Wissenschaftlichkeit ihrer*

254 "In der Falle des Allmachtanspruchs", FAZ, 08.11.2002. Vgl. dazu "Chinas ansteckende Krankheit", FAZ, 28.04.2003.

255 "Korruption im Mittelpunkt", FAZ, 02.10.2004. Vgl. dazu "Chinas Dilemma", FAZ, 02.02.2004.

Entscheidungsfindung, mehr Transparenz und mehr kulturelle Freiheit das Gebot der Stunde."[256] Schließlich - so bemerkt die SZ ein Jahr später - sei das Wachstum in China "so atem- wie gedankenlos, das Tempo so rasant wie fahrlässig": *"Denn in China fehlen Bremse und Sicherheitsventile. Weil die Partei von ihrer Macht nicht lassen kann. Weil sie die Medien so knebelt wie die Justiz, weil sie in Aids-Initiativen und Umweltschutz-Gruppen kein Korrektiv und keine Bereicherung sieht, sondern eine Gefahr. Es gilt für die Umwelt nicht weniger als für die anderen Schlachtfelder, auf denen sich Chinas Modernisierung entscheidet: Wenn Chinas Führung nicht endlich politische Reformen einleitet, dann wird sie eines Tages an ihren Erfolgsmeldungen ersticken."*[257]

Von diesem Standpunkt aus wird der in den folgenden Jahren angedeutete Kurswechsel der chinesischen Führung von der bis dato bewährten Wachstumspolitik hin zur Strategie einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Entwicklung als unzureichend bewertet. *"Auch wenn die neue Richtung des sozialen Ausgleichs stimmt, ist und bleibt Chinas Problem die mangelnde Rechtsstaatlichkeit. Denn auch wenn die Zentrale keine Steuern mehr erhebt, so langen doch immer noch lokale Kader kräftig durch diverse Tricks zu. Solange Bauern in China nicht wirklich Rechte am Land besitzen, solange die Presse nicht gefahrlos Korruption und Amtsmissbrauch aufdeckt, können auch Milliardenprogramme die Armen nicht am wachsenden Wohlstand angemessen beteiligen"*, kommentiert die WELT im Frühjahr 2006 unter dem Titel *"Chinas Probleme bleiben"*.[258] Zur gleichen Zeit bemerkt dasselbe Blatt an anderer Stelle: *"Politische Reformen liegen auf Eis. Radikaldemokratische Medien und das Internet werden hart zensiert, wenn sie der Partei zu liberalistisch erscheinen. Die Verkrustung des Systems nimmt zu. Einige Zeitungen trauen sich, die richtigen Fragen zu stellen. Antworten erhalten sie nicht."*[259] Ähnlich kommentiert dazu auch der SPIEGEL ein Jahr später: *"Rund 125 Milliarden Dollar will die Führung in den kommenden fünf Jahren für Kläranlagen und neue Wasserleitungen ausgeben. Die Ankündigungen klingen eindrucksvoll, gemessen an Ausmaß und Tempo der Umweltzerstörung reicht das alles nicht. Und trotz aller guten Vorsätze lassen die KP-Genossen keinen Zweifel an ihrem wichtigsten Ziel, mit dem sie ihre Existenz sichern wollen. Zuallererst will die Partei den Lebensstandard der Bürger erhöhen und die riesige Kluft zwischen Arm und*

256 "China", WELT, 20.09.2004.

257 "Schmutzige Supermacht", SZ, 25.11.2005.

258 "Chinas Probleme bleiben", WELT, 07.03.2006.

259 "Druck aus den Dörfern", WELT, 18.03.2006. Vgl. dazu "Neue Floskeln, alte Zöpfe", WELT, 16.10.2007.

Reich, zwischen Ost und West ausgleichen. Gewiss, Chinas Regenten verschärfen die einschlägigen Gesetze, immer strenger drohen sie kriminellen Funktionären und skrupellosen Werkleitern mit Strafen. Doch die Misere liegt in Chinas autoritärem System begründet, das weder eine unabhängige Rechtsprechung noch demokratische Kontrolle kennt."[260]

In gleicher Weise wird von der FAZ und der SZ auch die Verabschiedung des ersten chinesischen Gesetzes zum Schutz von Privateigentum kommentiert, die im Jahr 2007 nach einer langwierigen innenpolitischen Streitdebatte zwischen Chinas Reformern und Reformgegnern erfolgte. *"Das lange umstrittene Eigentumsgesetz ist verabschiedet (...) Im Schneckentempo geht es dagegen auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen voran. Noch immer wartet China auf freie Wahlen, auf echte, nicht gleichgeschaltete politische Parteien und auf demokratische Kontrolle (...) Doch noch so gut klingende Programme und Ausgaben für mehr soziale Gerechtigkeit können nicht die politischen Reformen ersetzen. Viele der Fragen der Gesellschaft liegen im Einparteiensystem begründet (...) Die Verbindung von Macht und Geld, der durch die unkontrollierte Einparteienherrschaft Vorschub geleistet wird, schließlich verhindert die Durchsetzung von Anordnungen der Zentralregierung in den Provinzen und Kreisen"*, kommentiert die FAZ.[261] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch die SZ: *"Fast 30 Jahre dauern die Wirtschaftsreformen inzwischen an. Da erstaunt es, dass die Bewegung inzwischen nicht stärker ist. Das liegt auch daran, dass sich Chinas Staats- und Parteiführung allzu sehr um Stabilität und Harmonie bemüht. Doch lange wird das nicht mehr funktionieren. Marktwirtschaft und Kommunismus lassen sich nicht vermählen. Peking muss sich entscheiden. Investitionen aus dem In- und Ausland verlangen Sicherheit. Die Verabschiedung des Eigentumsgesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch es kann nur der erste sein."*[262]

Chinas Einparteiensystem bleibt also nach Darstellung der heimischen Presse weiterhin das größte Hindernis auf seinem Modernisierungsweg. Nicht minder wird dies vor dem Hintergrund der Erfolgsmeldungen über die ersten zwei bemannten Raumfahrten Chinas in den Jahren 2003 und 2005 demonstriert. Dass die zwei geglückten Raumflüge dem Land den erhofften Fortschritt bringen könnten, erscheint aus Sicht der meisten Kommentatoren - allen voran der FAZ, der SZ und der WELT -

[260] "Gift für den ganzen Erdball", SPIEGEL, 22.01.2007.
[261] "Chinas neuer Weg", FAZ, 17.03.2007. Vgl. dazu "Ideologisches Vakuum", FAZ, 14.03.2006.
[262] "Kommunismus ade", SZ, 03.03.2007.

eher unwahrscheinlich. Was aber feststeht, ist, dass sie vom "Treibstoff Patriotismus" befeuert wurden, der vor allem "die Risse im Ein-Parteien-Staat kitten" soll: Weil ihre Legitimation immer mehr und immer schneller bröckelt, "bläst die Partei ins Horn des Nationalismus" – meint etwa die SZ.[263] Mit dem Prestigeprogramm der Weltraummissionen - so die SZ weiter - sollte dem eigenen Volk der Eindruck von wiedererlangter Nationalgröße geweckt werden. Es sollte ihm gezeigt werden, dass dank der Führung der Partei China in Wissenschaft und Technik zur Weltspitze aufgerückt ist - bemerken ähnlich wie die SZ auch die FAZ und die WELT. Aber auch dem Rest der Welt - konstatiert Letztere noch dazu - sollte demonstriert werden, dass "sich die Volksrepublik ihrem Ziel annähert: dem Kreis der Supermächte".[264] Ob jedoch unter diesem Regierungssystem der große Sprung zur Supermacht gelingen kann, wird allerseits stark in Zweifel gezogen.

In diesem Sinne schreibt die SZ zum ersten bemannten Raumflug Chinas im Jahr 2003 unter dem Titel *"Raketen fürs Volk"*: *"Diese Herrscher regieren als Diktatoren, und haben eine Schwäche für irrsinnige Prestigeprojekte und gigantische Denkmäler ihres großartigen Wirkens. Darüber vergessen sie gerne, was ihr Volk wirklich bräuchte. Da wäre das verrottete Gesundheitswesen, das in China einen beschämenden hinteren Platz im internationalen Vergleich beschert, weit hinter anderen Entwicklungsländern. Oder, als naheliegendes Beispiel: das Bildungswesen. Der Chinese im Weltall soll zeigen, wie weit es China technologisch gebracht hat. Hilft das den Millionen Bauern, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken können, weil sie das Schulgeld nicht aufbringen? (...) Vor 42 Jahren schickten die Sowjetunion und die USA je einen Menschen ins Weltall. Die Nation, die ihnen nun nacheifert, ist mit keinem der beiden Staaten vergleichbar. Wenn sich aus den Vorbildern dennoch eine Lektion ableiten lässt, dann diese: Die Geschichte ist nicht gnädig mit jenen Regierungen, die ihre Prioritäten falsch einsetzen."*[265] Ähnlich kommentiert die FAZ anlässlich des zweiten chinesischen Raumflugs zwei Jahre später: *"Mit staatlich hoch geförderten Wissenschafts- und Technologieprogrammen, mit einer Masse von arbeitsamen und geschäftstüchtigen Menschen, mit einer Regierung, die auf Grund der Abwesenheit demokratischer Kontrollmechanismen langfristig plant und ihre Planungen auch umsetzt, fordert China den Rest der Welt heraus. Diese ist beeindruckt und starrt gebannt auf den Aufstieg des Drachen und vergisst darüber,*

263 "Maos siegreiche Erben", SZ, 21.08.2004.
264 "Supermacht", WELT, 16.10.2003.
265 "Raketen fürs Volk", SZ, 15.10.2003.

dass sich hinter dem modernen Anstrich ein verwirrend vielfältiges China verbirgt, auf dessen Weg zur Supermacht ungezählte soziale, kulturelle und politische Hindernisse liegen. In hohen Wachstumszahlen und respektgebietenden technischen Leistungen allein lässt sich China nicht beschreiben (...) Der Einfluss der politischen Kultur einer Einparteienherrschaft, der sich bei Prestigeobjekten wie Raumfahrt, Biotechnologie und Informationstechnik in gezielter Förderung positiv auswirkt, schlägt sich auf das allgemeine Wirtschaftsleben noch immer negativ nieder."[266]

Von den insgesamt 117 in dieser Arbeit erfassten Zeitungsbeiträgen, die sich im Zeitraum von 2002 bis 2007 mit der innenpolitischen Lage Chinas befassen, lassen schließlich 23 Beiträge auf eine eher positive Entwicklung schließen. Es handelt sich dabei um Beiträge der ZEIT und der taz - sowie um zwei Beiträge aus der WELT.[267] Allen voran in den Beiträgen der ZEIT lassen sich - im Kontrast zum Bild der politischen Erstarrung Chinas, das in der Presseberichterstattung herrscht - erste Anzeichen einer graduellen Modernisierung des chinesischen politischen Systems erkennen. Von "neuer Offenheit und mehr Ehrlichkeit über die wahren Verhältnisse"[268] ist dabei die Rede, als auch von einer "Veränderung der Prämissen der wirtschaftspolitischen Diskussion"[269], die auf einen "Umbruch im politischen Koordinatensystem"[270] der chinesischen Führung und sogar eine wachsende Bereitschaft zur Anerkennung von Werten wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat hindeuten soll. Aber auch die Beiträge der taz und der WELT, auf die hier Bezug genommen wird, sprechen von einer allmählichen Stärkung der demokratischen Reformkräfte in China. Abgeleitet werden diese Einschätzungen nicht zuletzt aus der seit 2003 angekündigten Neuorientierung der chinesischen Zentralregierung in

---

266 "China", FAZ, 21.10.2005.

267 "Unter roten Fahnen auf dem kapitalistischen Weg", ZEIT, 07.11.2002, "Zweite Chance für Chinas Kommunisten", ZEIT, 14.11.2002, "Hut ab: China ganz neu", ZEIT, 13.03.2003, "Schwere Zeiten in der Weltwerkstatt", ZEIT, 20.03.2003, "Von China lernen", ZEIT, 27.11.2003, "Speisung der Wanderarbeiter", ZEIT, 11.03.2004, "Der Aufklärer des Regimes", ZEIT, 29.04.2004, "Es werde Zwielicht", ZEIT, 02.09.2004, "China hebt an", ZEIT, 22.12.2004, "Chinas hässliche Seite", ZEIT, 21.04.2005, "Wird die Welt chinesisch?", ZEIT, 16.06.2005, "Zwei Länder, eine Mission", ZEIT, 20.04.2006, "In einem Raumschiff", ZEIT, 18.05.2006, "Kader auf dem Ökotrip", ZEIT, 16.11.2006, "Der Koloss braucht unsere Hilfe!", ZEIT, 08.03.2007, "Stolz auf 27 Millionen Entlassungen", taz, 06.03.2003, "Langer Marsch in den Rechtsstaat", taz, 16.03.2004, "Das Scheitern eines Technikmonsters", taz, 13.04.2004, "Neuer Mut im Namen von Hu", taz, 15.03.2005, "Ökologie im Dienst der KP", taz, 06.06.2006, "Ein Zeichen gegen den Trend", taz, 30.10.2006, "Downtown Schanghai", WELT, 14.08.2004, "Buddha statt Marx", WELT, 24.07.2007.

268 "Schwere Zeiten in der Weltwerkstatt", ZEIT, 20.03.2003.

269 "Der Koloss braucht unsere Hilfe!", ZEIT, 08.03.2007.

270 "Der Aufklärer des Regimes", ZEIT, 29.04.2004.

Richtung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung, in der sowohl die ZEIT als auch die taz und die WELT - zumindest im Rahmen der hier erwähnten Beiträge - die treibende Kraft für eine Umorientierung Chinas auch in Richtung Demokratie sehen.

2.2 Der rote Drache mausert sich zum Global Player: Gerät bald die Welt aus den Fugen?

> "*Europäer sollten sich die Namen der chinesischen Kommunikationsriesen Huawei und Hutchison schon einmal merken. Beide Firmen statten den größten Mobilfunkmarkt der Welt aus: die Volksrepublik. Deren Techno–Diktatur will das Billigproduktionsland möglichst schnell zur Weltspitze führen. Wie ernst es ihr damit ist, demonstrierte der jüngste und erfolgreiche Flug des Raumschiffs Shenzhou IV aller Welt. Noch in diesem Jahr soll der erste Astronaut abheben. Es fügt sich ins Bild, dass zur Jahreswende der Transrapid als schnellster Passagierzug der Welt durch Schanghai schwebte. Mehr Schein als Sein? Auf diesen Eindruck sollte man sich nicht verlassen. Wesentlich realistischer ist es, China als "ganz scharfen Konkurrenten" zu betrachten, wie es Siemens-Chef Heinrich von Pierer formulierte (...) China bald auf statt hinter dem Mond? Das könnte für die westlichen Industriestaaten eine echte Herausforderung werden."*[271]

Spätestens ab dem Jahr 2003 kommt zu den stetigen Warnungen vor einer Implosion des Chinabooms noch eine eindringliche Warnung in der deutschen Presse hinzu: China bläst zur Aufholjagd. Der Rote Drache - so wird gewarnt - scheint gewillt, unter allen Umständen den Sprung zur globalen Wirtschaftsmacht zu schaffen. Mit der ungeheuren Kraft und Vitalität seiner Milliardenbevölkerung und einem Kapitalismus mit flexibler Lenkung durch einen autoritären Staatsapparat will China seinen Rückstand gegenüber dem Westen nun im Eiltempo nachholen. Angetrieben auch durch einen historisch untermauerten Anspruch auf kulturelle Überlegenheit - so die allgemeine Einschätzung - enthält das Reich der Mitte eine Dynamik, die für die westlichen Industrieländer in nicht allzu ferner Zukunft zu einer bei weitem größeren Herausforderung als etwa das einstige Wirtschaftswunderland

[271] "China im Technikrausch", ZEIT, 09.01.2003.

Japan werden könnte. Würde schließlich das Riesenreich seine inneren Probleme in den Griff bekommen, so könnte dem Westen bald zum ersten Mal ein recht ernsthafter Wirtschaftskonkurrent entgegentreten - warnen unterdessen immer häufiger in ihren Kommentaren zu China vor allem der SPIEGEL, die WELT, die FAZ und die ZEIT.

"Es ist schon erstaunlich", stellt die WELT am Ende des Jahres 2004 fest: *"Ein immer noch vom Funktionärskommunismus beherrschtes China entwickelt mit frühkapitalistischer Energie, spottbilligen Arbeitskosten und trotz sich ausbreitender Revolten in den fernen Provinzen eine Wachstumsleistung, die alle historischen Entwicklungsbooms in den Schatten stellt."*[272] Trotz aller Anpassungsprobleme im Zuge des tiefgreifenden Wandels in seiner Wirtschaftsstruktur entpuppe sich letztendlich China immer mehr als der große Gewinner der Globalisierung - erfährt man zur gleichen Zeit auch von den anderen o.g. Medien. Nicht zuletzt dank den rapide zunehmenden Investitionen westlicher Konzerne, die durch ein schier unermessliches Reservoir an billigen Arbeitskräften und die Aussichten auf einen nahezu unerschöpflichen Absatzmarkt nach Fernost gelockt werden, sei China zur Weltwerkstatt geworden. Unter erbärmlichen Bedingungen, die an frühe Formen des Manchester-Kapitalismus erinnern - berichtet indessen der SPIEGEL -, fertigen "die Kinder eines formal immer noch kommunistischen Systems" mehr Waren als irgendein anderes Volk.[273] Zwar erfreut noch die Flut der Billigwaren "made in China" die Verbraucher im Westen - so der SPIEGEL weiter -, doch am Ende könnten Letztere für den "Billigsegen aus China mit dem Verlust von Wohlstand und immer öfter ihrer Arbeitsplätze" bezahlen. Denn "vollbracht wird das chinesische Wirtschaftswunder eben mit Hilfe von Investoren", denen Europa und Amerika zu teuer werden – schreibt noch an anderer Stelle das Wochenmagazin.[274] Wenn sich die westlichen Regierungen nicht wirksam in Exportverhandlungen mit China einsetzen, könnten sie bald seinen Aufstieg "nur noch aus der Zuschauerperspektive verfolgen können" - bemerkt hierzu die WELT.[275]

---

272 "Asiatische Champions", WELT, 07.12.2004.

273 "Der Sprung des Drachen", SPIEGEL, 11.10.2004.

274 "Billig, willig, ausgebeutet", SPIEGEL, 30.05.2005.

275 "Herausforderung China", FAZ, 03.02.2004. Vgl. dazu "Airbus aus China", FAZ, 10.12.2005.

Als böse Täuschung dürfte sich dennoch erweisen, China nur als billige Werkbank der Welt zu betrachten - warnt wiederholt ihrerseits die FAZ nach der medial vielbeachteten Übernahme der Sparte "Personalcomputer" der amerikanischen Firma IBM durch den chinesischen Computerhersteller Lenovo zu Ende des Jahres 2004.[276] Es könnte - so die FAZ - nur noch wenige Jahre dauern, bis China dem Westen auch im Bereich Entwicklung gefährlich wird. Die steigende Nachfragemacht im Reich der Mitte "verführt immer mehr westliche Konzerne dazu, Forschungs- und Entwicklungszentren im fernen Osten aufzubauen". Zudem werden in den chinesischen Hochschulen jährlich Millionen gut ausgebildeter Wissenschaftler und Forscher produziert. Aber auch Hunderttausende junge Chinesen, die an renommierten Universitäten des Westens studieren, sowie hochqualifizierte Auslandschinesen - so die FAZ weiter -, ziehen "die wachsenden Chancen in der boomenden Wirtschaft, eine gute Portion Pioniergeist und ein nie zerrissenes Bindungsgeflecht in die Heimat" zurück. Diese Entwicklung fußt nicht zuletzt "auf dem im Westen oft unterschätzten chinesischen Stolz und dem unbedingten Willen, zum Westen aufzuschließen" - schreibt indes das gleiche Blatt an die Adresse deutscher Technologiefirmen.[277] "Die lernbegierige Jugend ist heute Chinas größte Stärke" - bemerkt ihrerseits auch die ZEIT.[278] Gefördert wird die neue Generation chinesischer Akademiker auch noch durch massive staatliche Investitionsprogramme in Forschung und Entwicklung, die einen Kernbestandteil der schnellen Aufholstrategie Chinas bilden - berichten hierzu neben der FAZ und der ZEIT auch die WELT und der SPIEGEL. Getreu dieser Strategie der politischen Führung in Peking, die letztlich das westliche Engagement zu eigenen Gunsten zu nutzen versteht, entwickelt sich somit die Volksrepublik China vom Billiglohnland zum weltweit wichtigen Forschungs- und Technologiestandort – konstatieren viele Kommentatoren. Da werden Erinnerungen wach an eine große, historische Zeit, als das Reich der Mitte "sich zu Recht als technologischer und politischer Nabel der Welt fühlte" - bemerkt schließlich der SPIEGEL unter dem Titel *"Der Sprung des Drachen"* im Herbst 2004.[279]

---

276 "Warnschuß aus China", FAZ, 11.12.2004, "China kauft ein", FAZ, 22.06.2005.

277 "China Ingenieure", FAZ, 01.11.2004.

278 "China im Technikrausch", ZEIT, 09.01.2003.

279 "Der Sprung des Drachen", SPIEGEL, 11.10.2004.

In den folgenden Jahren 2005-07 macht allen voran die FAZ noch auf einen neuen Trend in der Aufholstrategie Chinas aufmerksam: Zum Aufruf der chinesischen Führung, dem Westen nachzueifern, gehöre nun auch die Aufforderung an die eigenen Staatskonzerne sowie an alle führenden Unternehmen des Landes, ins Ausland zu expandieren. Immer mehr Unternehmen aus China versuchen sich an Übernahmen im Westen, berichtet indes die FAZ im Sommer 2005 unter dem Titel *"Chinas Griff nach der Industrie des Westens"* - und prognostiziert dabei: *"Die Übernahme hat ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht."*[280] Hierzu schreibt dasselbe Blatt ein Jahr später: *"Noch sind es Käufe von Sparten oder Unternehmen der zweiten Reihe. Viel Weitblick aber gehört nicht dazu, um vorherzusagen, dass auf mittlere Sicht etwa ein chinesischer Automobilkonzern den Mut und die - staatlich geförderte - Kapitalkraft haben wird, die Übernahme eines Filetstücks der europäischen Wirtschaft zu versuchen. Daimler-Chrysler in chinesischer Hand mag heute noch versponnen klingen. Doch hätten die Mitarbeiter von IBM vor fünf Jahren erwartet, dass ihr Arbeitgeber in Peking sitzt?"*[281] Dabei - so die FAZ weiter - wächst die neue Generation der "lernfähigen und ehrgeizigen" chinesischen Manager, die zum großen Teil ohnehin über Auslandserfahrung verfügt, in globale Führungspositionen. *"Noch ist also der Drache zu jung, um Feuer zu spucken, aber in ein paar Jahren könnte er es gelernt haben"*, schließt daraus das gleiche Blatt. Nicht zuletzt im globalen Energiemarkt ließe China zunehmend "die Muskeln spielen": immer stärker seien Chinas staatlich subventionierte Energiekonzerne bemüht, Schlüsselfirmen der westlichen Ölindustrie zu übernehmen und Rohstoffmärkte weltweit zu erschließen.[282] Unter der Lenkung einer strategisch planenden und an langfristigen Zielen orientierten politischen Führung eile China mithin die Treppen der Globalisierung hinauf - bemerkt dazu der SPIEGEL.[283] Das Aufrücken des ambitionierten Giganten in die Weltspitze - stellen schließlich neben dem SPIEGEL und der FAZ auch die WELT und die ZEIT fest - habe für China selbst hohe Symbolkraft: *"Aus Sicht der Chinesen"*, so etwa die FAZ, *"erobert ihr Land damit nur den ihm zustehenden Platz in der Geschichte zurück."*[284]

---

280 "China kauft ein", FAZ, 22.06.2005.

281 "Drache ohne Feuer", FAZ, 13.07.2006.

282 "China läßt die Muskeln spielen", FAZ, 02.07.2005.

283 "Der Sprung des Drachen", SPIEGEL, 11.10.2004.

284 "China läßt die Muskeln spielen", FAZ, 02.07.2005.

Der Wiederaufstieg Chinas zur wirtschaftlichen und technologischen Großmacht sollte zu globalen Umwälzungen führen, deren Folgen sich noch gar nicht abschätzen lassen - auch darin sind sich die Kommentatoren der o.g. Medien einig. Im Zusammenspiel mit den anderen aufstrebenden Ländern Asiens - allen voran der zweitgrößten Milliardennation Indien - könnte China bald sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Gravitationsverhältnisse auf dem Planeten entscheidend verändern.[285] Im Gegensatz jedoch zur "größten Demokratie der Welt" Indien bietet das autoritär regierte China nach allgemeiner Ansicht der Kommentatoren besonderen Grund zur Besorgnis. Denn ob es um die weltweite Expansion seiner staatssubventionierten Unternehmen oder um die Sicherung von Rohstoffquellen durch seine staatsgelenkten Energiekonzerne geht - eine Trennung von Politik und Wirtschaft, wie sie im Westen proklamiert wird, kennt China doch nicht, bemerkt dazu die FAZ.[286] Vielmehr nutze seine autoritäre Führung die neue weltpolitische Rolle, die ihr durch die wachsende Bedeutung ihrer Wirtschaft zugeteilt wird, um den zunehmenden Energiebedarf des boomenden Riesenreiches abzudecken - und zwar ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt, stellt neben der FAZ auch die WELT fest.[287] Aber auch für die chinesischen Manager und Investoren, die in einem zentralistisch organisierten Planungssystem groß geworden sind, "hat es nichts Anrüchiges, alle gesellschaftlichen Mittel einzusetzen, die das Land seinen Zielen näher bringen" – konstatiert die FAZ noch dazu.[288] Gefördert werde diese Haltung nicht zuletzt durch eine "patriotische Erziehung", in deren Mittelpunkt das Ziel stehe, gegenüber dem Westen aufzuholen und "die Demütigung der Niederlagen aus der Kolonialzeit - und Jahrzehnte der Unterdrückung - wettzumachen", bemerkt seinerseits der SPIEGEL.[289] Es gilt daher - so der SPIEGEL weiter - für Chinas Außen- wie Innenpolitik: "bei seinem patriotischen Sprung in die Zukunft" habe alles andere - sei es das Wohl der eigenen Bevölkerung oder der anderen Nationen und der Welt – hinten anzustehen.[290]

---

[285] Vgl. "Die Gewichte verschieben sich", FAZ, 09.04.2005, "China und Indien", FAZ, 13.04.2005.

[286] "Warnschuß aus China", FAZ, 11.12.2004. Vgl. dazu "China läßt die Muskeln spielen", FAZ, 02.07.2005.

[287] "Alles für die Grösse des chinesischen Vaterlandes", FAZ, 15.07.2005, "Chinas Mega-Hunger auf Rohstoffe", WELT, 31.01.2004, "Teurer Wettlauf", WELT, 23.08.2005.

[288] "China läßt die Muskeln spielen", FAZ, 02.07.2005.

[289] "Duell der Giganten", SPIEGEL, 08.08.2005, "Die Hightech-Offensive", SPIEGEL, 02.01.2006.

[290] "Billig, willig, ausgebeutet", SPIEGEL , 30.05.2005.

Kann aber Chinas Wirtschaftsaufstieg so unaufhaltsam weiter vor sich gehen? Sollte nicht auch die “asiatische Wachstumsstory” wie alle Wachstumsentwicklungen irgendwann ein Ende erreichen - bzw. zumindest ein langsameres Tempo einschlagen? Oder hat das Jahrhundert Asiens mit China im Mittelpunkt bereits begonnen? Wäre nicht damit auch der Abstieg der führenden Wirtschaftsmacht Amerika sowie des ganzen Westens unvermeidbar? Und was könnten die weltpolitischen Folgen dieser Kräfteverschiebung in der Weltwirtschaft sein? Würden Amerika und China in ihrer Rivalität um weltweiten ökonomischen Einfluss und die Sicherung von Energieressourcen auf eine Konfrontation steuern? Oder würde sich doch auf beiden Seiten aufgrund der gemeinsamen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen am Ende der Pragmatismus durchsetzen? Last but not least: Besteht noch Hoffnung, dass die aufstrebende Großmacht China eines Tages zu einem verlässlichen und verantwortungsvollen Partner in der Weltpolitik wird?

Diese Fragen durchziehen nahezu alle in diese Arbeit einbezogenen Kommentare aus der deutschen Presse, die sich in den Jahren 2002 bis 2007 mit den außenwirtschaftlichen und weltpolitischen Folgen des Aufstiegs Chinas befassen. Es handelt sich dabei um ein gutes Viertel der in dieser Arbeit erfassten Beiträge aus jener Zeit.[291]

2.2.1 Egoistischer Aufsteiger ohne Rücksicht auf die Welt

Mit zunehmendem Selbstbewusstsein ausgestattet und beflügelt vom Erfolg entwickelt sich der neue Global Player China - zumindest nach Darstellung der heimischen Presse - immer mehr zu einem problematischen Akteur der Weltwirtschaft und Weltpolitik. China erhebt Anspruch auf Großmachtstatus, sei jedoch - so die Ansicht der meisten Pressekommentatoren - weder willens noch in der Lage, auch die Verantwortung zu übernehmen, die auf eine Großmacht zufällt. So wolle China zur globalen Handels- und Wirtschaftsmacht aufsteigen, ohne sich aber an die internationalen Regeln zu halten, die es beim Beitritt in die

[291] Genauer genommen sind das 93 von insgesamt 350 Titeln.

Welthandelsorganisation akzeptiert hat. Aber auch in der Energie- und Umweltpolitik lässt das Land aus Sicht der deutschen Presse jegliches Verantwortungsbewusstsein vermissen. Zwar zeigen sich die politischen Führer Chinas zusehends bemüht, das Imageprofil eines verlässlichen und verantwortungsvollen Partners der Weltgemeinschaft aufzubauen - in Wahrheit verfolgen sie jedoch stets nur ihre eigene Interessenpolitik, ohne Rücksicht auf die übrige Welt zu nehmen. Das mag immer so gewesen sein - klagt die Presse in Deutschland an -, neu sei allerdings, dass sich China angesichts seiner wachsenden Bedeutung im Weltgeschehen eine solche Politik nicht mehr leisten kann.

Diese Kritik setzt bereits kurz nach der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation Ende 2001 ein. Zu dieser Zeit wird besonders darauf hingewiesen, dass China aufgrund seines rückständigen politischen Systems noch nicht einmal in der Lage ist, aus seiner Isolationshaltung zu den Problemen der übrigen Welt herauszukommen und internationale Verantwortung zu tragen. Allen voran die FAZ sieht Behäbigkeit und Überforderung in Chinas neuer Rolle in der internationalen Politik, die nicht zuletzt von seiner innenpolitischen Lage bedingt wird. Noch zu Beginn 2002 bilanzierte das gleiche Blatt ein "wunderbares Jahr der Erfolge", und zwar in Anbetracht sowohl des WTO-Beitritts als auch der außenpolitischen Wende Chinas gegenüber den USA nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 - dabei wird die chinesische Teilnahme an der internationalen Anti-Terror-Koalition als ein ganz neues Auftreten Chinas auf der internationalen Bühne bewertet, das von einer "aktiveren sowie sachlicheren" Haltung zur internationalen Kooperation für den Abbau von Konflikten zeugen sollte.[292] Nur einige Monate später stellt die FAZ vor dem Hintergrund eines neuen Führungswechsels in Peking ernüchternd fest: *"Chinas Außenpolitik hinkt der internationalen Entwicklung nach."*[293] Während etwa Indien und Pakistan am Rande einer kriegerischen Konfrontation stehen, zeige sich China "überrollt von den Ereignissen und abgelenkt von Führungsquerelen" und gebe "weder klare Stellungnahmen noch eigene Initiativen". Ähnlich kommentiert die WELT anlässlich des offiziellen Amtsantritts der vierten Führungsgeneration der chinesischen

[292] "Chinas wunderbare Jahr der Erfolge", FAZ, 20.01.2002.
[293] "Im Schatten des Führungswechsels", FAZ, 06.06.2002.

Kommunisten im Frühjahr 2003: *"Seit dem 16. Parteitag inszeniert Chinas Führung den Generationswechsel (...) Man darf Peking zum gelungenen Machtwechsel gratulieren (...) Und doch fehlt China noch eine Menge, um ein verantwortlicher Partner der Weltgemeinschaft zu sein, der es so gerne sein möchte (...) Für das zwei Wochen tagende Parlament waren die Krisen der Welt kein Thema (...) Genauso, wie China seit 25 Jahren Wirtschaftsreformen betreibt, ohne sich an politische Reformen zu wagen, möchte das Land heute Teil der Weltwirtschaft werden, ohne die Risiken globaler Verantwortung zu übernehmen (...) Auch daran wird künftig gemessen, ob wir es mit einer modernen, weltoffenen Regierung zu tun haben. Diese Wahl muss China erst noch treffen."*[294]

Die deutsche Pressekritik an der chinesischen Außenpolitik wird in den folgenden Jahren angesichts des stetig wachsenden Selbstbewusstseins Chinas auf dem internationalen Parkett allmählich schärfer. Die Pekinger Führung nutzt die steigende Bedeutung ihres Landes für die Weltwirtschaft, um die eigenen außenpolitischen Ziele durchzusetzen - kritisieren nun immer häufiger die Pressekommentatoren. Damit werde eine Stärke nach außen getragen, die das aufstrebende Land immer unheimlicher erscheinen lasse, bemerkt mancher Kommentator. Gleich ob es um sicherheitspolitische Fragen geht, wie etwa die Taiwan-Frage; um Fragen der internationalen Handelspolitik, wie die - vor allem durch die westlichen Länder - als unlauter kritisierte Währungspolitik und der ebenso als unfair gebrandmarkte Umgang Chinas mit Patent- und Urheberrechten; oder um energie- und umweltpolitische Fragen, die den ganzen Globus beschäftigen - immer öfter demonstriert indes China nach Darstellung der deutschen Presse ein Machtbewusstsein, das jegliche Kritik und Forderungen von außen wirkungslos abprallen lässt. Dabei scheint Chinas politische Führung eine kalkulierte diplomatische Strategie zu verfolgen, die nur auf die eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen abzielt, und zeigt sich nur dann bereit, nachzugeben, wenn dies doch den eigenen Interessen dient.

Allen voran der SPIEGEL zeigt mit seinem Titelthema *"Der Sprung des Drachen"* im Jahr 2004, wie unheimlich das neue Selbstbewusstsein der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China etwa in Hinsicht auf die Taiwan-Frage allmählich wird: *"Aber*

294 "Chinas neue Verantwortung: China wählt", WELT, 17.03.2003.

vorschreiben lässt sich die Volksrepublik ihre Agenda von keinem, schon gar nicht von Washington (...) Wie selbstbewusst, aber auch aggressiv und entschlossen Chinas Staatsführung an die Taiwan-Frage herangeht, erfuhr erst Anfang Juli Präsident Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in Peking. Man verurteile die neuesten Waffenverkäufe der USA an die "abtrünnige Provinz" aufs Schärfste, wurde sie belehrt. Schon ein Referendum der Politiker in Taipeh zur staatlichen Unabhängigkeit werde als "Kriegserklärung" aufgefasst und mit einem Angriff beantwortet (...) Japan und Südkorea halten bei solchen martialischen Gästen gegenüber der demokratisch legitimierten Regierung Taiwans still. Die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Staaten, deren größter Handelspartner Peking inzwischen ist, erlaubt keinen offenen Zwist mit ihrem Riesennachbarn. Noch deutlicher gilt das für die kleineren Anrainerstaaten wie Burma, wo der Renminbi in manchen Grenzregionen inzwischen die zweite Landeswährung ist. Die Volksrepublik ist ohne Zweifel dabei, die zur bestimmenden Kraft Asiens zu werden. Eine gar nicht mehr heimliche Großmacht - und manchmal sogar eine unheimliche."[295]

Auch bei seiner Währungspolitik zeige sich China zunehmend selbstbewusst und immer mehr resistent gegen jeglichen Druck von außen - bemerkt ihrerseits die FAZ anlässlich der leichten Aufwertung der chinesischen Währung "Renminbi" durch Chinas Zentralbank im Jahr 2005: *"China hat einen Schritt auf die Industrienationen zu getan. Seit Jahren hatten in erster Linie Amerikaner und Japaner die Chinesen aufgefordert, den Yuan aufzuwerten, um so den Kostenvorteilen der chinesischen Produktion nicht auch noch einen unfairen Währungsvorteil auf dem Weltmarkt hinzuzufügen (...) Der Zeitpunkt der Aufwertung kam überraschend. Er musste es sein, da die Finanzmärkte anderes nicht zulassen. Der Schritt selbst war keineswegs eine Überraschung. Denn wie durch ein Brennglas zeigen die Aufwertung und ihre Umsetzung das Vorgehen Chinas bei allen wichtigen Themen: Peking handelt dann, wenn es für das eigene Land angemessen erscheint, und nur dann. Das Selbstbewusstsein Chinas verbietet es, auf Forderungen des Westens zu hören."*[296]

In dieser Hinsicht habe es auch keinen Sinn mehr, China als Entwicklungsland zu betrachten und über die weitere Leistung von Entwicklungshilfe zu versuchen, auf seine politische Führung einzuwirken - schreibt die FAZ im gleichen Jahr an die Adresse der deutschen Bundesregierung: *"Über die Hilfsangebote glaubte man von außen Einfluss auf Peking auszuüben, ja es steuern zu können. Ein großer Irrtum,*

295 "Der Sprung des Drachen", SPIEGEL, 11.10.2004.
296 "Chinas Kalkül", FAZ, 23.07.2005.

wie sich inzwischen herausgestellt hat. Das beiderseitige Interesse an einem zwar stetig wachsenden, aber nicht zu starken China lässt sich nicht länger aufrechterhalten. Die viertgrößte Wirtschaftsnation muss in die Pflicht genommen werden. Peking kann nicht umhin, die Verantwortung zu übernehmen, die ihm gebührt. Der Rest der Welt aber muss akzeptieren, dass Peking ein ebenbürtiger Partner ist. Wenn auch ein Partner, der wohl auf Jahre instabil bleibt und dessen politisches System unwillkommen ist. Für beide Seiten brechen damit neue Zeiten an. Sie werden schwieriger als die vergangenen Jahre, denn einer Täuschung kann sich niemand mehr hingeben. China ist nicht länger Gast am Tisch der Mächtigen, es bleibt für immer."[297] Wie schwierig wiederum die aufstrebende Großmacht China als Partner sein kann, zeigt das gleiche Blatt in einem anderen Kommentar aus demselben Jahr: *"Während sich China auf der Suche nach neuen Freunden, die auch Rohstofflieferanten sein können, nach alter Tradition höflich und bescheiden zeigt, demonstriert die neue chinesische Außenpolitik an anderer Stelle eine Stärke, die nicht davor zurückschreckt, auch ihre besten Freunde vor den Kopf zu stoßen, wenn seine Interessen es erfordern. Chinas entschiedene Ablehnung des G-4-Vorschlages zur UN-Reform war ein Affront gegen die deutsche Regierung, der Peking lange Zeit größte Sympathie für eine "größere Rolle Deutschlands in den UN" versichert hatte."*[298]

Die Klagen der deutschen Presse über Chinas Eigeninteressenpolitik werden in den Jahren 2006-07 immer lauter. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen nun die Themen "Produktpiraterie und Technologietransfer" sowie "Energie und Umwelt". So kommentiert die FAZ im Herbst 2006 unter dem Titel *"Chinas einziger Maßstab ist sein eigenes Wohl"*: *"Vier Jahre nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation beherrscht China die Klaviatur von Annäherung und Abschottung, von Zugeständnis und Drohung nahezu perfekt (...) Es übernimmt gerade so viel Verantwortung, wie die Weltgemeinschaft von ihm erwartet, und arbeitet so lange wie möglich ungestört von der internationalen Gemeinschaft daran, die eigenen Vorteile zu heben (...) Zwar zelebriert sie das Ende der Produktpiraterie wie jüngst beim Schließen des Fälschermarktes in Schanghai. Doch lassen sich die billigen, unechten Louis-Vuitton-Taschen nun ein paar Straßen weiter erstehen. Aus europäischer Sicht unlautere Mittel setzt China in der Absicherung mit Rohstoffen ein. Peking ist gut Freund mit den Diktatoren dieser Welt, sei es in Burma oder Afrika, wenn es Öl, Holz, Gas oder Kohle bekommt. Nebenbei konterkariert das Land die westliche Entwicklungspolitik,*

297 "Zwei Gesichter Chinas", FAZ, 29.10.2005.

298 "Alles für die Grösse des chinesischen Vaterlandes", FAZ, 15.07.2005.

indem es den gerade entschuldeten Ländern neue Kredite anbietet."[299]

Vor allem das immer stärker werdende Engagement Chinas in Afrika gerät zu dieser Zeit ins Kreuzfeuer der Pressekritik in Deutschland. Von einer "Rekolonisierung" Afrikas ist dabei die Rede. *"Das schnelle Wachstum macht den asiatischen Riesen so hungrig auf Rohstoffe und Absatzmärkte, dass manche Beobachter von einer Neuauflage jenes »Wettlaufs um Afrika« raunen, den sich die europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert geliefert hatten"*, kommentiert die ZEIT unter dem Titel *"Die neuen Kolonialherren"* anlässlich des Afrika-Gipfels in Peking im Herbst 2006.[300] Zeitgleich bemerkt ihrerseits die WELT: *"Chinas Engagement in Afrika ist nicht unumstritten. Mit Dumping von Billigtextilien, mit seiner aggressiven Energiepolitik, um an Bodenschätze zu kommen und unethischem Geschäftsgebaren mancher seiner frühkapitalistischen Unternehmer machte sich Peking bisher nicht nur Freunde in Afrika"* - und fährt fort: *"Für China spricht in den Augen vieler afrikanischer Staaten aber der zweifelhafte Vorzug, dass es nur kommerzielle Strategien verfolgt und sich um politische oder menschenrechtliche Probleme nicht schert."*[301] Damit unterminiere China "alle Versuche, dort Grundprinzipien von Good Governance zu etablieren, ohne die jede Aussicht auf eine zukunftsfähige wirtschaftliche und politische Entwicklung des Kontinents vergebens ist" – mahnt die WELT im Frühjahr 2007, diesmal aus Anlass der Afrika-Reise des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao.[302] *"Es herrscht das alte Prinzip von Geben und Nehmen: Dafür, dass afrikanische Autokraten einst die chinesische Regierung vor Kritik am Tiananmen-Massaker in Schutz nahmen oder sogar, wie Namibias ehemaliger Präsident Sam Nujoma, das Regime in Peking zur Niederschlagung der „antirevolutionären" Demokratiebewegung beglückwünschten, erhalten sie vor Maos Nachfolgern nun ihrerseits einen Persilschein für rücksichtslosen Umgang mit Oppositionellen"*, bemerkt seinerseits der SPIEGEL zur "unmoralischen Allianz" zwischen Chinas Autokraten und Afrikas "Potentaten und Kleptokraten".[303] Schließlich schaffe sich das autoritär regierte China durch seine Politik der "Nicht-Einmischung" einen unlauteren Vorteil im Wettbewerb mit den westlichen Ländern -

---

299 "Angst vor China", FAZ, 29.09.2006.

300 "Die neuen Kolonialherren", ZEIT, 14.09.2006.

301 "China umarmt Afrika", WELT, 05.11.2006.

302 "Beim Erdöl sind Peking Menschenrechte egal", WELT, 14.02.2007.

303 "Im Zeitalter des Drachen", SPIEGEL, 30.04.2007. Dazu vgl. "Wenn der rote Riese lockt", SPIEGEL, 07.11.2005.

bemerkt die SZ in Übereinstimmung mit allen anderen Medien, und fügt an: *"Der Energiemarkt für die Chinesen ist eng geworden, und in Afrika haben sie es noch am leichtesten, mit etablierten Rivalen aus dem Westen um den kostbaren Stoff zu konkurrieren. Am leichtesten geht dies freilich in einem Staat wie dem Sudan, der auf schlimmste Weise die Menschenrechte verletzt und im Westen kaum noch Freunde findet. Dort kann Peking sich als Schutzmacht gerieren (...) Diktatoren und Autokraten reichen einander also südlich der Sahara immer wieder die Hände, und wenn der Westen doch Sanktionen gegen ein Regime verhängt, wie im Falle von Simbabwe, dann kann Machthaber Robert Mugabe auf die Freunde im fernen Osten blicken."*[304]

Auch in Fragen der Umweltpolitik zeigt China nach Darstellung der deutschen Presse stets ein hohes Maß an Verantwortungslosigkeit gegenüber der Weltgemeinschaft, von der es ja als verlässlicher Partner anerkannt und akzeptiert werden möchte. In diesem Sinne kommentiert die WELT im Jahr 2007 mit Blick auf die Olympischen Spiele in Peking: *"China selbst, sein Markt, seine Bedeutung stehen im Mittelpunkt und nicht mehr allein das eigentliche sportliche Ereignis. Unweigerlich wird damit Imageprojekten, Größenwahn und Verschwendung Tür und Tor geöffnet zu Zeiten, wo andere Tugenden gefragt sind - wie der sparsame Umgang mit Ressourcen und die Aufgabe, menschliche Spiele und ein neues Umweltbewusstsein zu befördern (...) Von den Superlativen des "Höher, schneller, stärker" kann Peking nicht lassen. Ähnlichen Parolen folgte es aus politischen Gründen in seinem "Großen Sprung nach vorn" vor 50 Jahren. Dieser scheiterte furchtbar. Gelernt hat China daraus offenbar gar nichts (...) Weltweit würde es begrüßt, wenn Pekings Führung olympischen Geist auch in neuen Disziplinen zeigt: indem sie ihr Land nach innen freier und mit seiner neu gewonnenen Stärke nach außen verantwortungsbewusster macht."*[305] Hierzu kommentiert ihrerseits die ZEIT anlässlich des Staatsbesuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2007: *"Verantwortung. Was so selbstverständlich klingt, ist für die Chinesen eine unerwünschte Nebenwirkung ihrer Öffnung und ihres wirtschaftlichen Aufstiegs. »Wenn China verstärkt Rohstoffe kauft in der Welt, steigen die Preise«, sagt Merkel und »ein starkes China hat Auswirkungen auf alle anderen Länder«. Das ist aber das Letzte, was die Chinesen derzeit wollen, die Welt verändern. Sie wollen ihr Land reformieren und sich dabei so in der Welt bedienen, wie es ihnen nützt. Dass aus ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihrem Wachstum eine Verantwortung erwachsen soll, behagt ihnen überhaupt nicht. Und dass ihnen jetzt*

304 "Der entdeckte Kontinent", SZ, 27.04.2006.

305 "Olympisch im Größenwahn", WELT, 08.05.2007.

die deutsche Kanzlerin vorwirft, sich nicht ausreichend um die globalen Probleme zu kümmern, finden sie ungerecht."[306] Schließlich bleibe China bei seinem wirtschaftlichen Aufstieg von einem Traum verfolgt: dem Amerikanischen - bemerkt ihrerseits die FAZ: *"Im neuen China des Wirtschaftsbooms und eines Manchester-Kapitalismus, der sich "sozialistische Marktwirtschaft" nennt, ist die Vorstellung von der Moderne noch immer amerikanisch, und diejenigen, die europäisch träumen, sind in der Minderheit. Europa steht für Altes, für Unmodernes, für Beharrung, hohe Steuern und einengende Vorschriften und Tradition. In China träumt man von Skylines und Autobahnen, nicht von restaurierten mittelalterlichen Städten. Die Chinesen, die meist wenig zur Selbstreflexion neigen, schauen lieber in die Zukunft - und da sehen sie Amerika (...) Nun, da Chinas Wirtschaft entfesselt ist und Rohstoffe und Energie braucht, geht das Land wiederum einen amerikanischen Weg. Während Europa darüber nachdenkt, den Energieverbrauch zu senken und das Konsumverhalten zu ändern, geht China aggressiv auf die Suche nach Energiequellen und Rohstoffen."*[307]

Während der Jahre 2006-07 sorgt zunehmend auch das Thema Technologietransfer für Aufregung in der deutschen Presse. Vor allem die Meldung vom Jahr 2006, wonach die Chinesen den von deutschen Firmen gebauten "Transrapid" in Schanghai nun selber nachbauen sollten, lässt die Warnungen vor "Technologie-Klau" durch China in den Vordergrund der Presseberichterstattung treten. Es stehe nun eine "Neubewertung von Sinn und Zweck deutscher China-Investitionen ins Haus" - schreibt dabei die ZEIT unter dem Titel *"Schnell und ohne Skrupel"*: *"Deutsche Manager trösten sich gern damit, eben immer einen Schritt voraus zu sein. Beim Transrapid stellt sich allerdings die Frage, wie oft man diese Bahn eigentlich neu erfinden kann. Hinzu kommt, dass auch noch die deutschen Exporte nach China eingebrochen sind. Plötzlich zeigt die Handelsbilanz: Es herrscht zwischen den beiden Ländern keine Win–win–Situation mehr, in der alle profitieren. Stattdessen gibt es Gewinner und Verlierer. Die Verlierer sind deutsche Unternehmen."*[308] Ähnlich bemerkt zur gleichen Zeit auch die WELT: *"Die Chinesen haben ihren Aufstieg nach zwei Jahrhunderten Zerstörung und Selbstzerstörung dem Eintritt in die Weltwirtschaft zu verdanken - gemäß der Formel: Arbeitskraft gegen Kapital und Know-how. Mehr und mehr verschiebt sich indes die Wissensbilanz zu*

306 "Ihr Gespür für Musik", ZEIT, 30.08.2007.
307 "Chinas amerikanischer Traum", FAZ, 23.02.2007.
308 "Schnell und ohne Skrupel" ZEIT, 23.02.2006.

ihren Gunsten."[309]

Vor allem der SPIEGEL schlägt bei diesem Thema Alarm und berichtet gleich von "grassierendem Ideen- und Patentklau sowie Marken- und Produktpiraterie im ganz großen Stil".[310] Unter Titeln wie etwa "*Die Hightech-Offensive"*, *"Der große Know-How-Klau"* oder *"Vom Diener zum Herrn"* stellt das Wochenmagazin in vier Spezialthemen innerhalb der Jahre 2006-07 die Volksrepublik China als "Fälscherland Nummer eins" in der Welt dar.[311] *"Mit gewaltigen Anstrengungen will China von der Werkbank der Welt zum innovativen Hightech-Labor aufsteigen"* - schreibt das Magazin noch im Jahr 2006, und fügt hinzu: *"Der Ehrgeiz des 1,3 Milliarden Menschen zählenden Landes kennt keine Grenzen. Das kollektive Ziel, von lauter Propaganda begleitet, ist klar: Das Reich der Mitte, das die Welt einst mit Erfindungen wie Kompass, Buchdruck oder Schießpulver beglückte, will an seine goldene Zeiten anknüpfen."*[312] Die Aufholjagd - so der SPIEGEL weiter - falle den Chinesen nicht schwer, denn ihr Know-how erhalten sie größtenteils von westlichen oder japanischen Firmen, indem sie sie dazu verpflichten, als Tochterfirmen lokaler Hersteller anzutreten und denen dann wichtige Spitzentechnologien zu überlassen. Die Aufholjagd der eigenen Industrie unterstütze zudem der Staat mit gewaltigen Investitionen. Doch dass sich der Vorsprung westlicher High-Tech-Firmen "per Dekret von oben" aufholen lässt, glauben auch die Planer in Peking nicht und deshalb "fahnden sie verstärkt nach technologischen Nischen, die der Westen bisher vernachlässigt hat".[313] Dass diese Fahndung nicht mit rechten Mitteln geschehe, meint der SPIEGEL schließlich mit einem Titelthema im Sommer 2007 aufgedeckt zu haben, das von einem Angriff chinesischer Hacker auf das deutsche Kanzleramt und auf etliche Berliner Ministerien berichtet. Dabei kommentiert er: *"Umso härter trifft da der dreiste Versuch der chinesischen Geheimdienste, den Partner auszuplündern, den angeblichen Freund. Er raubt dabei nicht nur Regierungsgeheimnisse – das allein wäre schon Sturm an die Spitze der Weltwirtschaft schlimm genug. Er raubt auch gleich noch das Volksvermögen: deutsches Know-how. Den einzigen*

309 "Annäherung an den gierigen Partner", WELT, 15.09.2006.

310 "Schnell und ohne Skrupel", SPIEGEL, 23.02.2006.

311 "Die Hightech-Offensive", SPIEGEL, 02.01.2006, "Der grosse Know-How-Klau", SPIEGEL, 20.02.2006, "Vom Diener zum Herrn", SPIEGEL, 23.10.2006, "Prinzip Sandkorn", SPIEGEL, 27.08.2007.

312 "Die Hightech-Offensive", SPIEGEL, 02.01.2006.

313 Ebd.

nennenswerten Rohstoff, den die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb um Wohlstand zu bieten hat. Die Attacke führt daher selbst Gute-Miene-Vertretern der deutschen China-Politik vor Augen, dass der rasante Aufstieg in Fernost zur viertgrößten Wirtschaftsmacht vor allem eines ist: ein rabiater Aufstieg, der auf Befindlichkeiten oder Empfindlichkeiten kaum Rücksicht nimmt, der sich weder um bilaterale Verhältnisse noch um internationale Verträge schert (...) Selbst wenn die Volksrepublik ihre unfeinen Beschaffungsmethoden eines Tages doch noch aufgeben müsste, woran im Westen niemand ernsthaft glaubt und in China wohl auch niemand ernsthaft denkt, bleibt ihr noch eine Alternative: der Kauf von Firmen. Kein Land hat höhere Devisenreserven, 1330 Milliarden Euro liegen für Investitionen bereit (...) Eine Art Übernahmeversuch soll es jüngst auch schon in Deutschland gegeben haben. Weil der Kandidat jedoch keine Firma, sondern ein Forschungsinstitut war, soll er noch mal auf die klassische Weise abgelaufen sein: feindlich, mit geheim-dienstlichen Mitteln."[314]

Lediglich 8 von den insgesamt 93 in diese Arbeit einbezogenen Kommentaren, die sich in den Jahren 2002-07 vorwiegend mit den außenpolitischen wie -wirtschaftlichen Folgen des chinesischen Aufstiegs befassen, lassen auf eine positive Entwicklung Chinas zum berechenbaren und verantwortungsvollen Akteur in Weltwirtschaft und Weltpolitik schließen. Es handelt sich dabei um zwei Kommentare der SZ aus den Jahren 2003 und 2006, zwei Kommentare der FAZ aus dem Jahr 2006, zwei Kommentare der taz aus den Jahren 2004 und 2007 sowie zwei Kommentare der ZEIT aus den Jahren 2003 und 2007. Bei diesen Kommentaren handelt es sich vorwiegend um die vermittelnde Rolle Chinas bei den Verhandlungen über das nordkoreanische Atomprogramm[315] sowie um Pekings Einlenkung in der Frage der Anwendung internationaler Sanktionen auf den Iran wegen seines Nuklearprogramms[316] und seine diplomatische Annäherung an die historischen Rivalen Indien und Japan in den Jahren 2003-06.[317] In einem Vergleich zwischen China und Russland bemerkt bspw. die ZEIT anlässlich des China-Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2007: *"Wer »ökonomistisch« denkt, lässt sich eher auf »Win-win-Spiele« ein, und wo der gemeinsame Gewinn winkt, streitet man sich*

314 "Prinzip Sandkorn", SPIEGEL, 27.08.2007.

315 Vgl. "Pekings neuer Part", SZ, 02.08.2003, "Der weiche Schritt des Elefanten", ZEIT, 17.12.2003, "Cowboys in Peking", taz, 25.02.2004, "Düpiertes China", FAZ 12.10.2006.

316 Vgl. "Energiesicherheit ist nicht mehr alles", FAZ, 08.03.2006.

317 Vgl. "Drache umwirbt Tiger", SZ, 21.11.2006, "Auf der Flucht vor der Geschichte", taz, 13.04.2007.

um die Anteile, nicht um das Prinzip – oder gar um Ruhm, verletzte Ehre oder Vormacht (...) Wer heute auf »gemeinsame Spielregeln« wetten will, sollte auf China, nicht auf Russland setzen. Putins Russland marschiert mit prallen Taschen zurück in die Vergangenheit, das China des Hu Jintao tastet sich voran in eine postmoderne Zukunft. Rückfall nicht ausgeschlossen."[318] Solch eine optimistische Einstellung wird vom Rest der Pressekommentare zum Aufstieg Chinas dennoch stark in Zweifel gezogen - vielmehr herrscht darin eher das Bild einer unberechenbaren Großmacht, vor deren wirtschaftlichen Erstarken der Rest der Welt wie eh und je sich in Acht nehmen sollte.

2.2.2 Die roten Mandarine denken strategisch

"Wachsende Macht erfordert gesteigerte Aufmerksamkeit".[319] Dieser warnende Hinweis der FAZ aus dem Jahr 2006 trifft die Tonlage fast aller Kommentare der deutschen Presse, die sich von 2002 bis 2007 mit den geopolitischen Auswirkungen der wachsenden Bedeutung Chinas in der Weltwirtschaft befassen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Wie wird China mit seiner ihm zuwachsenden Macht umgehen? Wird es sich bei seinem unaufhaltsamen Aufstieg weiterhin auf friedliche Mittel besinnen - oder würde es womöglich einen Krieg um die Vorherrschaft in Asien riskieren? Die Geschichte lehrt - wie manche Kommentatoren bemerken -, dass selbst als das Reich der Mitte im Zenit seiner Macht stand, nie aggressiv nach außen aufgetreten war. Zu Wachsamkeit und Misstrauen gegenüber einem wieder erstarkenden China gibt jedoch nach allgemeiner Ansicht der Kommentare nach wie vor sein politisches System Anlass. Denn so sehr Chinas neue rote Mandarine als Realisten und Pragmatiker gelten, denen es vor allem um Wirtschaftswachstum geht: solange die neue Wirtschaftsmacht des Landes in ihren Händen liegt, bleibt sie als Instrument für strategische Machtprojektion unkalkulierbar - warnen wiederholt in ihren China-Kommentaren vor allem die FAZ, die WELT, der SPIEGEL und die SZ.

Zwar wird von allen Seiten bereits zum Eintritt Chinas in die "internationale Allianz gegen den Terrorismus" nach den Anschlägen auf das "World Trade Center" am 11.

[318] "Ihr Gespür für Musik", ZEIT, 30.08.2007.
[319] "Chinas Macht", FAZ, 14.02.2006.

September 2001 über einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel in der Außenpolitik der chinesischen Führung berichtet, der auf eine entscheidende Wende in Richtung Pragmatismus schließen lässt. Im Zeichen dieses neuen Pragmatismus steht nach Darstellung der deutschen Presse auch der Kurs der diplomatischen Annäherung an alle angrenzenden Länder, der von der politischen Führung Chinas in den folgenden Jahren mit immer größerer Intensität und ungeachtet von alten Konfliktfragen betrieben wird. Doch aus Sicht der deutschen Pressekommentatoren liegt stets die Vermutung nahe, dass diese pragmatische Wende durch ein machtstrategisches Kalkül motiviert ist. Für die Fortsetzung des Wirtschaftswunders, das den Aufstieg zur Weltmacht befeuert, bräuchte China schließlich Stabilität in seinem Umfeld und darüber hinaus. Ebenso bräuchten seine politischen Führer die diplomatische und wirtschaftliche Gunst der Anrainerstaaten, um ihren ökonomischen und politischen Einfluss weltweit auszubauen. Ihr Anspruch auf Großmachtstatus - bemerken weiterhin die meisten Kommentatoren - würde letztendlich auf einem Nationalismus aufbauen, der dereinst auf militärische Machtentfaltung hinauslaufen könnte.

Allen voran die Kommentatoren der WELT und der SZ sehen in der pragmatischen Wende der chinesischen Außenpolitik ein neues strategisches Leitmotiv für den Ausbau von weltpolitischem Einfluss. Bei ihrer Analyse der Faktoren, die zur erstaunlichen Wende in den Beziehungen Chinas zu den USA und seiner Teilnahme an der "internationalen Anti-Terror-Koalition" nach den Terroranschlägen in New York geführt haben könnten, urteilt etwa die WELT zu Beginn des Jahres 2002: *"Plötzlich befürwortet Peking den Einsatz in Afghanistan. Seine Politiker können sich sogar vorstellen, Chinas Armee bei künftigen Friedensmissionen unter UN-Mandat zu beteiligen (...) Vor allem der Kampf gegen den Separatismus in Xinjiang oder Tibet steht auf dem Plan. China möchte zudem mittelfristig nicht nur mitentscheiden, welche Mächte sich in Zentral- und Südostasien festsetzen, sondern mitmischen, wenn es seinen Interessen entspricht. Wirtschaftlich und politisch hat sich China der Globalisierung längst verschrieben. Militärisch zieht es nun nach."*[320] Hierzu kommentiert ihrerseits die SZ einige Monate später: *"Der gemeinsame Kampf gegen den Terror ist für China nicht der entscheidende Grund, dazu sind die Islamisten in*

[320] "Chinas Wandel, zweiter Akt", WELT, 06.03.2002. Vgl. dazu "Der Drache und der Adler", WELT, 29.10.2003.

der Provinz Xinjiang dann doch zu bedeutungslos. Aber Chinas Herrscher nutzen die Chance, die sich hier bietet. Letztlich sind sie Pragmatiker, denen im Moment eines über alles geht: Stabilität und Wirtschaftswachstum (...) Tatsächlich denken sie viel langfristiger: Ihnen geht es um ein starkes China. In ein, zwei Jahrzehnten soll China militärisch und wirtschaftlich die dominierende Macht in Asien sein. Diesem Ziel dienen Wachstum und Stabilität, deshalb möchte man keine Turbulenzen. Im Moment sind die USA stark und unangreifbar – ideologische Rechthabereien des noch immer impotenten Chinas wären da nur kontraproduktiv. Eines nicht allzu fernen Tages aber wird das anders sein. Dann, werden sie in Peking denken, lass uns wieder über Taiwan reden. Oder über mehr."[321]

Von diesem neuen Pragmatismus in der chinesischen Außenpolitik, der stets von starkem Realismus und strategischem Denken geprägt zu sein scheint, ist im weiteren Verlauf des China-Diskurses in der deutschen Presse immer öfter die Rede. Nach jahrzehntelanger Zurückhaltung entfalte China eine derart rege diplomatische Aktivität, dass Beobachter von einer "neuen Ära der chinesischen Außenpolitik"[322] sprechen - bemerken immer wieder die Pressekommentatoren in den Jahren 2003-07. Inzwischen - so die meisten Kommentatoren - nutze das Land seine wachsende ökonomische Macht und baue in ganz Asien an Wirtschaftsbündnissen ohne Rücksicht auf historische Konflikte. China scheine begriffen zu haben, dass es für die erfolgreiche Fortsetzung seiner wirtschaftlichen Entwicklung seine Nachbarn als Partner braucht, und sei "klug genug, ihnen die Hand zu reichen" - berichtet etwa die FAZ im Jahr 2003.[323] Aber auch in der westlichen Hemisphäre, allen voran in Afrika und in Südamerika, dringt China der deutschen Presse zufolge allmählich vor und gewinnt durch Wirtschaftshilfen und Investitionen immer stärker an Einfluss. Dabei werden seine Führer nicht müde, ihre friedlichen Absichten gegenüber ihren nahen und fernen Nachbarn zu betonen - erfährt man indes in vielen China-Kommentaren. Zugleich weisen die gleichen Kommentare aber auch darauf hin, dass diese regionale sowie globale diplomatische "Charme-Offensive"[324], die auf ein gesteigertes Selbstbewusstsein der chinesischen Führung hindeutet, nicht frei von machtstrategischem Kalkül sein kann. Ob es um die systematische Annäherung mit

321 "Auf dem langen Marsch", SZ, 23.10.2002.
322 "China sucht sich neue Freunde", SZ, 07.07.2006.
323 "Hoffnung China", FAZ, 29.11.2003.
324 "Riesen-Rhetorik", SZ, 13.04.2005. Vgl. dazu "Drache umwirbt Tiger", SZ, 21.11.2006.

den Nachbarstaaten in Ost- und Südostasien sowie in Zentralasien geht, von der es im ganzen Zeitraum von 2003 bis 2007 berichtet wird; um die Annäherung mit Indien, die nach jahrzehntelangen Streitigkeiten durch den medial vielbeachteten Staatsbesuch des chinesischen Premiers Wen Jiabao in Neu-Delhi im Jahr 2005 signalisiert wird; um das diplomatische und wirtschaftliche Engagement Chinas in Südamerika und vor allem in Afrika, das besonders in den Jahren 2006-07 intensiv thematisiert wird; oder schließlich um die Annäherung mit dem alten Rivalen Japan, die der Staatsbesuch von Chinas Premier Wen Jiabao in Tokio im Jahr 2007 markiert - stets wird in den China-Kommentaren der deutschen Presse, allen voran der FAZ und der SZ, davor gewarnt, dass hinter dem neuen Wohlverhalten Chinas eine gute Portion Eigenkalkül und nicht zuletzt die Machtstrategie eines ambitionierten Aufsteigers steckt, der dereinst die Geschicke in der Region und darüber hinaus bestimmen möchte. Dies sollte eine Botschaft an die Weltöffentlichkeit sein, die - so der Grundtenor der Kommentare aus jener Zeit - durch die Ablenkung von den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten der chinesischen Expansion nicht die angemessene Aufmerksamkeit zu schenken vermag.

Allem voran im Umgang mit seinen südostasiatischen Nachbarn scheint China nach Darstellung der deutschen Presse eine Kehrtwende zur engagierten und pragmatischen diplomatischen Tätigkeit einzuschlagen. China schlage allmählich neue diplomatische Töne an und versuche damit die regionalen Ängste vor seinem wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg zu besänftigen - bekommt man besonders in den Kommentaren der FAZ und der SZ ab dem Jahr 2003 immer öfters zu lesen. Dabei scheint "an die Stelle des Diktates einer aufstrebenden Weltmacht so etwas wie Fürsorge eines großen Bruders getreten zu sein" - bemerkt etwa die FAZ zu Ende des Jahres 2003.[325] *"Mit Geld und Geschick versucht China, die USA als Vormacht in Südostasien abzulösen"* - titelt ihrerseits die SZ ein Jahr später.[326] Sehr pragmatisch und immer mit Blick auf die eigenen Wirtschaftsinteressen - so die FAZ und die SZ - strebe China eine systematische Verbesserung seiner Beziehungen mit den angrenzenden Ländern an und nutze dabei vor allem die Verlockungen seines boomenden Marktes. Bei den Umworbenen mag das Misstrauen gegenüber dem

325 "Hoffnung China", FAZ, 29.11.2003.
326 "Wandel durch Handel", SZ, 20.11.2004.

großen Nachbarn anhalten – nun überwiege aber die Hoffnung auf Chancen und Geschäfte.[327] Dabei könnte das Timing kaum besser sein für China - so die SZ: *"Mit seiner Fixierung auf den Krieg gegen den Terror, ist der große Rivale USA nicht nur anderweitig beschäftigt und hat darüber hinaus alte Partnerländer vernachlässigt: Washington kommt eben wegen dieses Terror-Kampfes Peking auch noch besonders entgegen."*[328] Zur selben Zeit schreibt die SZ an anderer Stelle: *"Die einflussreichste Macht in Ost- und Südostasien sind immer noch die USA (...) Nun ist jedoch Außerordentliches zu beobachten: Die Region orientiert sich neu. Wegen China (...) China also: das Reich in dessen Bahn die Region schon so oft stand im letzten Jahrtausend. Diesmal ist seine Strahlkraft nicht kulturell-imperialer und auch nicht ideologischer Natur - diesmal locken die Geschäfte (...) Und mit dem Thema Menschenrechte nerven die Emissäre aus Peking auch nicht. Vielleicht werden sie sich in Washington bald fragen, wie es kam, dass der Einfluss der USA auf die zur Zeit dynamischste Region der Welt ausgerechnet zu einem Zeitpunkt zu schwinden begann, da die US-Regierung ihr Land auf dem Höhepunkt seiner Macht wähnte."*[329] *"Mit dieser Entwicklung muss sich die Staatengemeinschaft auseinandersetzen"*, schreibt zeitgleich die FAZ - und fährt fort: *"China ist heute in der internationalen Politik präsenter als jemals seit Beginn der Reformära Ende der siebziger Jahre. Das liegt einerseits daran, dass sich ein Mitglied der Welthandelsorganisation nicht mehr aus den Angelegenheiten der Welt heraushalten kann. Das liegt andererseits auch daran, dass die Führung der Volksrepublik stark genug fühlt, um international das auf die Waagschale zu legen, was sie für das selbstverständliche Gewicht einer gewissermaßen naturgegebenen Großmacht hält. Dieses Machtbewusstsein, gepaart mit einer spürbaren Dosis Nationalismus, führt zunächst zu einer Neuverteilung der Kräfte in Chinas unmittelbarer Nachbarschaft."*[330] Dabei müssen sowohl die südostasiatischen Länder als auch der alte historische Rivale Japan öfters erfahren, wie "ruppig China vorgehen kann, wenn es seine strategischen Interessen berührt sieht" oder wenn es um "Besitzansprüche" in der Region geht - während zugleich das weiterhin von einer Junta regierte Burma bevorzugtes Ziel chinesischer politischer und strategischer Expansion sei, kommentiert dazu die FAZ und ergänzt: *"Der Blick richtet sich aber längst nicht mehr nur auf die Nachbarn. Die Grenzen der Einflussnahme verschieben sich weiter nach außen. China hat es*

---

327 Vgl. "Chinas Aufstieg", FAZ, 15.02.2003, "Hoffnung China", FAZ, 29.11.2003.

328 "Der lange Arm des Riesen", SZ, 01.12.2004.

329 "Wandel durch Handel", SZ, 20.11.2004. Vgl. dazu "China sucht sich neue Freunde", SZ, 07.07.2006.

330 "China und die Welt", FAZ, 06.12.2004.

bisher geschafft, dass diese Ausweitung weitgehend lautlos vor sich ging. Zwar wird über entsprechende chinesische Aktivitäten berichtet. Aber Politik und interessierte Weltöffentlichkeit haben fast immer akutere Probleme, denen sie ihre Aufmerksamkeit widmen. Wenn man zum Beispiel hört, dass China mit Iran ein Abkommen über umfangreiche Öllieferungen geschlossen hat, dann wird das zwar zur Kenntnis genommen. Wirklich interessant aber scheint im Moment allenfalls das iranische Atomprogramm zu sein."[331]

"Umsichtig und zielstrebig" stecke China seine Einflusssphäre in Asien ab und übe sich "dabei ökonomisch in der Rolle der Weltmacht, zu der es nachwachsen will" - schreibt seinerseits auch der SPIEGEL in einem Spezialthema zur neuen Außenpolitik Chinas im Jahr 2005. China habe "aus der Geschichte gelernt" und zeige sich stets darum bemüht, "den friedlichen Charakter seines Ausgreifens" zu betonen - bemerkt dazu das Wochenmagazin, und fügt an: Am liebsten setze die Pekinger Führung auf "Harmonie mit dubiosen Potentaten", wie Nordkoreas Kim Jong Il oder Kasachstans Nasarbajew. Kehrt also China zu der alten "Tradition des Reichs der Mitte - zu einer Hegemonie, die den Satelliten an den Rändern des Reichs im Inneren Spielräume lässt, solange sie nur seine Oberhoheit anerkennen?", fragt sich schließlich der SPIEGEL - und stellt dabei fest: *"An vielen Rändern des chinesischen Riesenreiches hat ein neues historisches Kapitel begonnen, und geschrieben wird es in Peking: Mit der Wucht seines entfesselten Marktes und mit der Biegsamkeit seiner Diplomatie erobert China seine eigentliche Einflusssphäre zurück - und stößt auch darüber hinaus nach Zentralasien vor (...) Fast unbemerkt von der übrigen Welt rückt China an seine zentralasiatischen Nachbarn heran und füllt somit das Vakuum, das die frühere Sowjetunion dort hinterlassen hat."*[332]

Auch im Hinblick auf die Annäherungsversuche Chinas gegenüber seinen historischen Rivalen Indien und Japan, die unter dem Pekinger Motto "friedlicher Aufstieg" zu verlaufen haben, ist aus Sicht der SZ und der FAZ Misstrauen angebracht. In diesem Sinne kommentiert die SZ zu dem Indien-Besuch von Chinas Premier Wen Jiabao im Jahr 2005: *"Chinas Regierungschef kann einen Erfolg verbuchen mit seiner Charme-Offensive in Südasien. Wen Jiabao hat die Regierung in Delhi mit seinem bescheidenen Auftreten für sich gewonnen. Indiens*

331 Ebd.

332 "Wenn der rote Riese lockt", SPIEGEL, 07.11.2005.

Spitzenpolitiker fühlen sich geehrt durch die Aufmerksamkeit, die der Ministerpräsident der Volksrepublik ihnen zukommen lässt. Doch die Begeisterung scheint sie geblendet zu haben (...) Denn Wen Jiabao streckt seine Hand auch freundschaftlich zu allen Nachbarländern Indiens aus. Den Kreis der chinesischen Verbündeten, zu denen Pakistan und Birma seit langem zählen, sucht er durch Bangladesh, Sri Lanka und Nepal zu erweitern. Die Vermutung liegt nahe, dass China versucht, den großen Konkurrenten zu isolieren, um dereinst allein die Geschicke der Region zu bestimmen."[333] Ähnlich kommentiert zwei Jahre später die FAZ die Japan-Visite von Chinas Premierminister Wen Jiabao - die nach den heftigen antijapanischen Protesten in China anlässlich eines japanischen Schulbuches über den Zweiten Weltkrieg im Jahr 2005 eine Normalisierung in den Beziehungen beider Länder einleiten sollte: *"Peking will der Welt demonstrieren, dass sein Aufstieg friedlich sei und dass niemand etwas von der aufsteigenden Großmacht China zu fürchten hat. Diese Charme-Offensive hat Peking von Asien bis nach Afrika getragen. Nur die Beziehungen zu Japan blieben in Chinas außenpolitischem Konzept der "harmonischen Welt" unharmonisch und störten das Bild, das Peking vermitteln will. Die nächsten Jahre seien für den Aufstieg von größter Bedeutung, wird dem Volk erklärt. China brauche eine friedliche Umgebung. Was danach kommen könnte, davor sind nicht nur die Japaner auf der Hut."*[334]

Dass Chinas Aufstieg tatsächlich ohne Risiken für den Weltfrieden in Zukunft verläuft und dass seine politische Führung eine echte Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft übernimmt, scheint nach Darstellung der meisten Kommentatoren "einstweilen Spekulation" zu sein.[335] Vielmehr scheint das Land in seinem regionalen sowie globalen Ringen um Handel, Ressourcen und strategischen Einfluss "von Ehrgeiz bis an den Rand der Rationalität getrieben, wie schon so manche Macht, die aus der Tiefe kam, oft aus der Tiefe des Leidens" - wie die WELT in Anspielung auf die aufstrebenden Mächte des 19. und 20. Jahrhunderts im Jahr 2007 bemerkt.[336] Angesichts dieses "unbändigen Ehrgeizes"[337] Chinas, zur globalen Großmacht aufzusteigen, wird in der Presse zunehmend das Risiko einer Konfrontation zwischen dem Newcomer aus Fernost und der etablierten Supermacht USA in Betracht

333 "Riesen-Rhetorik", SZ, 13.04.2005.
334 "China zu Gast", FAZ, 13.04.2007. Dazu vgl. "Jahr der Risiken", SZ, 28.12.2007.
335 "Beim Erdöl sind Peking Menschenrechte egal", WELT, 14.02.2007.
336 "Vergiftet sich China selbst?", WELT, 24.08.2007.
337 "Duell der Giganten", SPIEGEL, 08.08.2005.

gezogen. Allen voran der SPIEGEL weist mit Nachdruck in seinem Spezialthema *"Duell der Giganten"* aus dem Jahr 2005 auf die Gefahr eines neuen Kalten Krieges oder sogar einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen China und Amerika hin: *"Die beiden Großmächte ringen um Jobs, Energieressourcen und den Zugang auf Milliardenmärkte. Doch es geht um weit mehr - um die Vorherrschaft in der Welt von morgen. Zwei ungleiche Wettbewerber stehen sich in diesem Kampf gegenüber: Da sind die Chinesen, berstend vor Selbstbewusstsein und getrieben von dem Ehrgeiz, es aller Welt zu zeigen, in der Wirtschaft sowieso, im Sport bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking - und möglicherweise auch militärisch. Und da sind die USA, wirtschaftlich und militärisch mit großem Abstand die Nummer eins, aber angeschlagen und zunehmend von Selbstzweifeln geplagt (...) Der Wettlauf der beiden Supermächte, der von heute und der von morgen, erinnert an den Aufstieg früherer neuer Großmächte - und daran, wie wenig friedlich die Welt damit zunächst fertig wurde (...) Wieder einmal steht die Welt vor einer Neuordnung. Mit dem Zerfall der Sowjetmacht schien die Vorherrschaft der USA auf lange Zeit zementiert, nun taucht plötzlich ein neuer, ungleich gefährlicherer Herausforderer auf. Einer, der den Westen mit seinen eigenen Waffen zu schlagen droht: mit Hilfe seiner Wirtschaft."*[338]

Ein "böses Omen"[339] sehen schließlich alle Pressekommentatoren in dem neuen Großchina-Nationalismus, der Chinas Streben zur Weltmacht unter der roten Führung in Peking antreibe. Darauf wird etwa anlässlich der antijapanischen Proteste chinesischer Studenten im Jahr 2005 hingewiesen, die aus damaliger Sicht der Presse in Deutschland nicht zuletzt durch die systematische patriotische Erziehung und Propaganda des chinesischen Einparteienstaats geschürt wurden.[340] Vor allem aber in Hinsicht auf die Taiwan-Frage verstärken sich allmählich die Hinweise der deutschen Kommentatoren auf die Gefahr, dass sich der Nationalismus, auf den die Pekinger Kommunistenführer weiterhin bauen, eines Tages in militärische Aggression überschlagen könnte. Zwar setzen noch Chinas rote Pragmatiker auf die Wirtschaftsverflechtung mit Taiwan - sollte aber dieser Weg nicht zu der von ihnen erwünschten Wiedervereinigung führen, "sähen sie sich vermutlich wirklich dazu „gezwungen", militärisch gegen Taiwan vorzugehen", wie sie mit ihrer patriotischen

338 Ebd.

339 "Chinas Japan-Hass: Ein böses Omen", ZEIT, 09.02.2006.

340 Vgl. "Ein anderer Begriff von Freiheit", ZEIT, 21.04.2005, "Kampf der "fremden Rasse", ZEIT, 14.04.2005, "China", WELT, 19.04.2005, "Chinas Kraft", SZ, 16.04.2005, "Starkes China - schwaches China", 19.04.2005.

Rhetorik Richtung Taipeh immer wieder laut verkünden, warnt die FAZ im Jahr 2002 vor.[341] Diese Warnung rückt auch zwei Jahre später in den Mittelpunkt der China-Kommentare der deutschen Presse - insbesondere der FAZ, der WELT und der SZ - anlässlich des von Peking verabschiedeten "Anti-Sezessionsgesetzes" gegen die Unabhängigkeitsforderungen führender taiwanischer Politiker. Dazu kommentiert die WELT: *"Auswärtige Beobachter loben, wie sich die Volksrepublik mit immer mehr Gesetzen offenbar zu einem Rechtsstaat entwickelt. Doch das von der KP geführte sozialistische China wird nicht vom Recht regiert, sondern schafft und nutzt es für seine Zwecke. Wie das in der Praxis aussieht, zeigt das gegen Taiwans Unabhängigkeitsregungen gerichtete sogenannte Antiabspaltungsgesetz für die Einheit des Landes (...) Mit den vielen Drohgebärden vom neuen Gesetz, dem Weißbuch bis zur im kommenden Jahr landesweit geplanten Wehrerziehung in Einheitskunde gerät Peking immer stärker in die Gefahr, dass seine kriegerische Rhetorik gegen Taiwan zur selbsterfüllenden Prophezeiung wird."*[342] Hierzu kommentiert die FAZ, vor allem mit Blick auf das Konfliktpotential der Taiwan-Frage für die Beziehungen Chinas zu den USA: *"Das amerikanisch-chinesische Verhältnis ist breit gefächert. Es wird vom politischen Geschick der Regierungen abhängen, ob es zu einem "kalten Krieg" kommt oder ob sich die Mächte in einer Art "Konzert" zusammenfinden. Ein gewisses Misstrauen gegenüber langfristigen chinesischen Absichten bleibt, denn die Führung in Peking hat den Nationalismus als Triebfeder der Politik längst salonfähig gemacht."*[343]

Nach wie vor kommt letztendlich die eigentliche Gefahr durch den chinesischen Aufstieg nicht so sehr von der wiedergewonnenen Stärke Chinas, als von der Schwäche seines ideologisch abgewirtschafteten Regimes, dem der nationalistische Patriotismus als letzte Legitimationsideologie zu dienen hat - bemerkt zur gleichen Zeit die FAZ an anderer Stelle: *"Die chinesische Regierung bedient sich dieses neuen Nationalismus, um in Zeiten der wirtschaftlichen Transformation und wachsender sozialer Verwerfungen den Zusammenhalt zu festigen und die ideologische Lücke nach dem Verschwinden des Sozialismus zu füllen."*[344] So kommentiert auch die WELT im Jahr 2007: *"China wird, bevor es eventuelle*

---

341 "Chinas nationale Flagge", FAZ, 06.08.2002.

342 "China", WELT, 29.12.2004. Vgl. dazu "Taiwan", WELT, 09.03.2005, "Drohung des Riesen", SZ, 09.03.2005.

343 "Konfrontation oder Kooperation", FAZ, 03.01.2004.

344 "Ein friedlicher Aufstieg?", FAZ, 04.08.2004.

Supermachtträume zu realisieren versuchen kann, noch eine ganze Weile mit sich selbst und der Frage zu tun haben, wie lange es auf politische Reformen verzichten kann, ohne dass ihm seine atemberaubende Wirtschaftsentwicklung um die Ohren fliegen könnte. Doch möglicherweise sind die chinesischen Führer ja gar nicht so rational, wie es den Anschein hat, das kommunistische System bereits so verkommen, dass eine Selbsterneuerung gar nicht mehr möglich ist – und die Machthaber rüsten sich bereits für den Tag, an dem die Flucht nach vorn in eine aggressive internationale Expansionspolitik die einzige Option zum Machterhalt sein wird."[345] Ähnlich schreibt das gleiche Blatt an anderer Stelle unter dem Titel *"Das unheimliche Reich der Mitte"*: *"Der Aufstieg Chinas ist allen Beteiligten unheimlich, eingeschlossen den Chinesen selbst. Der große Drache versucht immer wieder, die Krallen zu Samtpfötchen zu falten. Und er hat dafür guten Grund. Die industriellen Wachstumsraten sind so dramatisch, Jahr um Jahr acht Prozent Zuwachs oder mehr - das gab es in Europa nur in den brutalsten Zeiten der Frühindustrialisierung -, dass Infrastruktur, soziales Gefüge, Verwaltung und Rechtspflege, von Korruption zerfressen, kaum mitkommen (...) Nur China kann China noch gefährlich werden: durch soziale Verwerfungen zwischen neuem Reichtum und Massenarmut, durch fortschreitende Erstickung im Dreck, durch Angriff auf Taiwan, für die Amerikaner Casus Belli, und durch den aggressiven, global angelegten Griff nach Öl und Rohstoffen, mit anderen Worten Weltmacht."*[346]

In diesem Sinne bleibe Chinas Demokratisierung die einzige Rettung für China selbst und für den Rest der Welt - so die FAZ: *"Gegenüber dem Ausland spielt sie (Chinas Führung) gerne mit Andeutungen wachsender Macht. Aber sie hinterlässt auch ziemlich oft den Eindruck des Getriebenseins (...) Daraus folgern manche Ausländer, man müsse die Zentralregierung bei ihrem Streben nach Erhaltung der "Stabilität" im Land unterstützen. Man soll also helfen bei der fortgesetzten Unterdrückung? Oder weniger "moralisch" formuliert: Man soll also helfen bei dem Versuch, den Deckel krampfhaft auf einem Topf zu halten, der unter stärker werdendem Druck steht? (...) Das Ausland sollte im Umgang mit China auf demokratische Veränderungen dringen, wogegen sich die heutige chinesische Führung sträubt. Doch in Wirklichkeit wäre dem Land am ehesten mit einem friedlichen und allmählichen Systemwechsel geholfen (...) Nur wenn eine solche Perspektive ausdrücklich gewollt ist, wird der Wandel in China friedlich ablaufen können. Ohne Konflikte wird es nicht gehen. Aber die muss das Land aushalten. Und wenn es die Größe aufbringt, sich ausländischer Hilfe, ausländischem Rat in diesen Dingen nicht völlig zu verschließen, kann es das*

345 "Beim Erdöl sind Peking Menschenrechte egal", WELT, 14.02.2007.

346 "Das unheimliche Reich der Mitte", WELT, 13.07.2007.

auch aushalten. Erst wenn China eine wirklich legitimierte Führung hat, die sich nicht als künftiger Dominator, sondern als gleichberechtigtes Mitglied der Weltgemeinschaft versteht, muss sich die Welt nicht mehr über Chinas Macht beunruhigen."[347]

2.3 Der Westen ist gespalten: Zwischen China-Angst und China-Faszination

"High-Tech- und Entwicklungsland, kommunistisches Einparteienregime und Weltwirtschaftsmotor, kommende Supermacht und fragiler Gigant - China kann vieles gleichzeitig sein. Nur eines ist es nicht mehr: ein Staat, mit dem der Westen fahrlässig umgehen darf. Aber an China scheiden sich immer noch die Geister. Wie gebannt blickt die Welt auf ein Land, für dessen Entwicklung jeder Superlativ recht erscheint (...) Die Risiken, die das Land während seines bisherigen Aufstiegs angehäuft hat, sollten eigentlich vor Euphorie genauso bewahren wie vor überzogenen Befürchtungen. Beides ist aber nicht der Fall und begründet die Konfusion des Westens im Umgang mit China: Es fehlt an einem realistischen Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen des Landes, es fehlt an Koordination - was es China leicht macht, westliche Partner gegeneinander auszuspielen -, und es fehlt auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen an einem Konsens über gemeinsame Interessen, die man in (und mit) China verwirklichen möchte."[348]

Die in der deutschen Presse geführte Debatte um die Frage, wie mit dem Aufstieg Chinas umzugehen ist, gewinnt in den Jahren 2002 bis 2007 zunehmend an Brisanz. Stand noch bis zum Jahrhundertwechsel die Integration einer aufstrebenden Regionalmacht in die Weltordnung im Mittelpunkt der Problematik, so rückt immer stärker die Frage über den Umgang mit einem Land in den Vordergrund, dessen unaufhaltsamer Aufstieg nunmehr dabei ist, die Weltordnung umzukrempeln. China hat sich verändert und in die globalen Regelsysteme weitgehend integriert - jetzt verändert es die Welt, bemerken immer häufiger die deutschen Pressekommentatoren. Nicht zuletzt durch seine stetig steigende Wirtschaftskraft scheint China die Gravitationsverhältnisse im bestehenden System der Weltwirtschaft und Weltpolitik allmählich zu verschieben. Dabei verschieben sich die Gewichte in eine ganz bestimmte Richtung: vom Westen nach Osten hin - so die

347 "Chinas Macht", FAZ, 14.02.2006.
348 "Drache oder Panda?", WELT, 03.01.2006.

allgemein geteilte Annahme, die nun die Koordinaten der Debatte bestimmt. Die Frage nach dem Umgang mit Chinas Aufstieg wird damit als eine Kernfrage des Westens betrachtet, die letztendlich über die eigene Stellung in einer neu entstehenden Weltordnung entscheiden dürfte.

Doch der Westen scheint nach allgemeiner Ansicht der Kommentatoren schlecht aufgestellt, um dieser Entwicklung zu begegnen. Allem voran seine Politiker und Wirtschaftsführer - so der Grundtenor der Kritik - werden aufgrund von fundamentalen Fehlwahrnehmungen der Aufgabe nicht gerecht, die Herausforderungen wie auch die Risiken, die sich aus den gewaltigen Umbrüchen im Reich der Mitte für die westliche Welt ergeben, angemessen einzuschätzen. Vielmehr schwanke ihr Chinabild stets zwischen den Extremen: Zum einen staunen sie und bewundern den steilen Wirtschaftsaufstieg des Landes; zudem seien sie fasziniert von der steigenden Dynamik seines Marktes und drängen zunehmend auf ihn ein mit Blick auf Riesenchancen - zum anderen seien sie von der neuen "Supermacht" verschreckt und haben Angst, dass China dem ganzen Westen den Wohlstand streitig machen könnte; dass uns sein Markt alle Rohstoffe aufsaugt und mit seinen Billigwaren überschwemmt; dabei werden immer wieder Rufe zum Protektionismus laut und China schließlich zum Sündenbock erklärt. Zu diesem Pendeln zwischen Angst und Faszination kommt der heimischen Presse zufolge noch das Fehlen an einer gemeinsamen Strategie des Westens hinzu, die es den pragmatischen Führern in Peking nur allzu leicht macht, die westlichen Länder gegeneinander auszuspielen.

Diese Lageschilderung durchzieht nahezu alle in dieser Arbeit erfassten Beiträge, die sich im Zeitraum von 2002 bis 2007 vorwiegend mit der Frage "Wie mit China umgehen?" befassen.[349] In der darin geführten Debatte lassen sich im Grunde zwei Hauptwellen von Kritik an der westlichen China-Politik erkennen, die sich jeweils auf zwei aufeinander folgende Zeitabschnitte erstrecken. Die erste Kritikwelle richtet sich gegen das immer stärker werdende Engagement Deutschlands wie auch anderer EU-Länder - allen voran Frankreichs - in China während der Jahre 2002 bis 2005. Dabei wird vor einer übermäßigen China-Euphorie gewarnt, die zur Überbewertung

[349] Das sind 102 von den insgesamt 350 erfassten Beiträgen aus jener Zeit.

der Chancen und Unterschätzung der Risiken im Reich der Mitte führe. Vor allem der gemeinsame Vorstoß von Bundeskanzler Schröder und Frankreichs Präsident Chirac zur Aufhebung des seit 1989 auferlegten EU-Waffenembargos gegen China sorgt zur damaligen Zeit für reichlich Aufregung in der deutschen Presse.[350] Die zweite Kritikwelle richtet sich wiederum gegen die Rufe nach protektionistischen Maßnahmen gegenüber China, die insbesondere in den USA, aber auch in Deutschland und in anderen europäischen Ländern ab dem Jahr 2005 allmählich lauter werden - vor allem vor dem Hintergrund des anhaltenden Streits um Chinas Währung sowie des Handelsstreits um Dumpingpreise bei Exportgütern "made in China", und nicht zuletzt wegen der von den westlichen Ländern mit immer größerer Sorge gesehenen Expansion chinesischer Firmen im amerikanischen und europäischen Markt. Gemahnt wird hierbei vor einer überzogenen China-Angst - ja sogar vor einer neuen "Angst vor der gelben Gefahr" -, die letztendlich aus einer maßlosen Überschätzung von Chinas Macht herrühre.[351] Schließlich - so die allgemeine Ansicht der Kommentatoren - sollte stets der Grundsatz gelten: China zu überschätzen, wäre mindestens genauso falsch wie es zu unterschätzen.

2.3.1 In der Falle des puren Wirtschaftspragmatismus

Der Schwerpunkt der Pressedebatte in Deutschland über den Umgang mit China widmet sich während der Jahre 2002-05 fast vollständig der einheimischen China-Politik unter der Regierung Schröder. Im Fokus steht dabei die stetig wachsende Anziehungskraft des boomenden chinesischen Marktes, die die Orientierung von Wirtschaft und Politik sowohl in Deutschland wie auch in ganz Westeuropa inzwischen mächtig bestimmt. *"Welches ist der Markt, in dem man sich nicht leisten kann, nicht dabei zu sein? China"* - zitiert der SPIEGEL die "International Herald Tribune" hinsichtlich des neuen Weltmarkttrends im Jahr 2004.[352] Mit größter Skepsis wird in der deutschen Presse beobachtet, wie sich diese neue Devise der Wirtschaft auch in der Agenda der deutschen bzw. europäischen Politik in zunehmendem

[350] Diese Kritik findet sich in 49 Beiträgen.
[351] Diese Kritik findet man wiederum unter 53 Titeln.
[352] "Der Sprung des Drachen", SPIEGEL, 11.10.2004.

Masse niederschlägt. Besonders die deutsche Bundesregierung - allen voran der Kanzler selber - gerät wegen ihres China-Kurses, der sich schon ab dem Jahr 2002 vorwiegend am Credo der Wirtschaft zu orientieren scheint, immer stärker ins Kreuzfeuer der Pressekritik. Getrieben von einer übermäßigen Begeisterung über die potentiellen Chancen auf dem chinesischen Markt und ohne Rücksicht auf die Risiken, die dahinter lauern - so der Grundtenor der Kritik -, ordnet die Regierung Schröder ihre China-Politik ausschließlich dem Primat der Wirtschaft unter.

Diese Kritik erreicht ihren Höhepunkt in den Jahren 2003-05 anlässlich des Einsatzes von Bundeskanzler Schröder für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China - der ohnehin samt der Unterstützung von Frankreichs Präsident Chirac im April 2005 endgültig scheitern musste. Auch wegen seines Einsatzes für den Verkauf der Hanauer Plutonium-Fabrik an China - entgegen dem Widerstand der grünen Koalitionspartner - wird Kanzler Schröder in dieser Zeit zur Hauptzielscheibe der Kritik in der heimischen Presse.* Diese Vorstöße, bei denen Schröder eine Abkühlung der Beziehungen zu den USA wie auch einen Streit mit den übrigen EU-Partnern und sogar mit seinen eigenen Koalitionspartnern in Kauf zu nehmen scheint, treibt nach allgemeiner Ansicht der Pressekommentatoren vor allem eines an: "reiner Wirtschaftsopportunismus".[353] *"Schröder geht es nicht darum, so schnell wie möglich deutsche Waffen an China zu liefern. Er sieht einen ganz anderen Markt. Er sieht Kraftwerke, er sieht Eisenbahnen, er sieht Staudämme. Und er betrachtet Außenpolitik im Prinzip als Außenhandelspolitik. Wer je eine Wirtschaftskarawane unter seiner Leitung nach China oder Indien begleitet hat, der weiß: Schröder ist einem Handlungsreisenden gleich mit dem Musterkoffer der Deutschland AG unterwegs"*, urteilt etwa die SZ zu Ende der Ära Schröder über das Leitmotiv seines beständigen Einsatzes für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China.[354] Aber auch im Hinblick auf die französischen Bemühungen um die Gunst des chinesischen Marktes urteilt das gleiche Blatt in einem Kommentar aus dem Jahr 2004: *"Den Europäern geht es weniger um strategische Fragen: Sie buhlen so offensichtlich um den chinesischen Markt, dass die Anbiederung Chiracs an die Chinesen unter dem in Rot getunkten Eiffelturm, die Schmeicheleien des deutschen Kanzlers während seiner China-Reise einen unappetitlichen Beigeschmack*

353 Vgl. "Chinas Kraft", SZ, 16.04.2005.
354 "Schröders China", SZ, 01.04.2005.

bekommen."[355]

Die Kritik, die sich aus diesen beiden Kommentaren der SZ ablesen lässt, durchzieht wie ein roter Faden fast alle Kommentare der deutschen Presse zu Schröders Engagement im Reich der Mitte.[356] Unter seiner Kanzlerschaft befolge die deutsche Außenpolitik gegenüber China nur noch Wirtschaftsinteressen - bemerken immer wieder die Kommentatoren anlässlich der fast jährlichen Staatsbesuche Schröders in Peking. Diese "Pragmatik, die in die Nähe politischer Prinzipienlosigkeit gerät"[357], betreibe der deutsche Kanzler systematisch auch gegenüber anderen autoritär geführten Staaten, wie etwa Russland - klagt die Presse bereits seit dem Jahr 2002.[358] Nirgendwo wie im Verhältnis zu China werde aber so deutlich, dass Bundeskanzler Schröders Außenpolitik "schiere Interessenvertretung" sei - "Politik habe dem Handel zu dienen, ist die Grundlage der von ihm gestalteten deutsch-chinesischen Beziehungen", kommentiert die FAZ anlässlich des fünften China-Besuches Schröders innerhalb von fünf Kanzlerjahren im Jahr 2003.[359] *"Schröder ist nicht der erste Kanzler, der es so hält: Helmut Kohl hat es vorgemacht. Und es war wohl zu erwarten, dass mit Chinas Wachstum die - oft blinde - Gier auf Chinas sagenhaften Markt nur größer wird. Und doch ist es traurig, mitanzusehen, wie würdelos das geschieht: Im Falle Chinas hat die deutsche Außenpolitik abgedankt. Sie ist nur noch Außenwirtschaftsförderung (...) Der Kanzler ordnet alles dem Geschäft unter"*, kommentiert ihrerseits die SZ im Jahr 2004, anlässlich der sechsten China-Reise Schröders.[360] Ähnlich bilanziert schließlich die FAZ in einem Kommentar aus dem Jahr 2005 die deutsche China-Politik unter Kanzler Schröder: *"Nach China war schon Schröders Vorgänger gerne gefahren. Auch Kohl hatte sein Flugzeug bei*

---

355 "Irak im Pazifik", SZ, 13.02.2004.

356 Im gesamten Zeitraum 2002-07 finden sich lediglich zwei Kommentare - beide vom Autor Georg Blume erschienen -, die Schröders China-Politik entgegen der massiven Kritik aus der Presse verteidigen. Von einem allmählichen Wandel der Außenpolitik Chinas in Richtung Berechenbarkeit und von einem Schwenk zum kooperativen "Multilateralismus" gegenüber seinen Nachbarländern ist hier die Rede, die seitens der europäischen Politik - auch wenn ein Rückfall nicht auszuschließen sei - Anerkennung, Rückhalt und Unterstützung verdienen. So schreibt Georg Blume für die ZEIT zu Ende des Jahres 2003: *"Sollte es sich aber erweisen, dass es der neuen chinesischen Führung ernst ist mit dem Multilateralismus, dann hätte Schröder mit seinen unpopulären Vorstößen richtig gelegen. Denn der Multilateralismus ist eine europäische Idee, die, wie der Braunschweiger Politologe Ulrich Menzel kürzlich schrieb, Bestandteil sui generis einer neuen Weltordnung und gleichrangig mit Demokratie und Menschenrechten betrachtet werden sollte."* Vgl. "Der weiche Schritt des Elefanten", ZEIT, 17.12.2003. Vgl. dazu "Multilateralismus ohne Entwicklungshilfe", taz, 19.05.2006.

357 "Schröders Chinatour", FAZ, 05.12.2003.

358 "Schrecklich normale Verhältnisse", ZEIT, 10.04.2002.

359 "Schröders Chinatour", FAZ, 05.12.2003.

360 "Der Kanzler als Krämer", SZ, 05.05.2004.

solchen Reisen mit Industrievertretern vollgeladen. Unter Schröder nahm die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem aufstrebenden asiatischen Riesen aber einen hemmungsloseren Grundton an: Wenn er in Peking für Siemens und Volkswagen warb oder in Schanghai den Transrapid feierte, dann ging es stets nur ums Geschäft. Die Selbstverständlichkeit, mit der Schröder die Unfreiheit des kommunistischen Regierungssystems oder die heikle Tibet-Frage unter den Teppich kehrte, hatte etwas Demonstratives an sich. Es schien, als ob der Kanzler im Ignorieren der im Westen üblichen Kritik an den chinesischen Menschenrechtsverletzungen früh jene Unabhängigkeit der deutschen Außenpolitik vorführen wollte, die später zum Bruch mit Washington führte."[361]

Schröders brüske Reaktionen auf jegliche Kritik von seiner Umgebung - sei es von der EU-Kommission in Brüssel, seinen grünen Koalitionspartnern oder sogar seiner eigenen Partei - und sein autoritärer "Basta-Führungsstil"[362] bei seinem Einsatz für die Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegen China stehen nach Darstellung der Presse im absoluten Kontrast zu den Tönen, die er wiederum gegenüber den Machthabern in Peking schlägt. Die übliche Leisetrerei deutscher Politiker in China werde nun im Fall von Gerhard Schröder zum Grundprinzip der deutsch-chinesischen Verhältnisse - so die ständige Mahnung der Kommentatoren. *"Die Chinesen haben von Berlin kaum harte Worte zu befürchten. Der Kanzler wird den Gast aus Peking gewiss wieder mit Samthandschuhen anfassen. Für die internationale Staatsräson wird die Formel "Rechtsstaatsdialog" herhalten - ein diplomatisches Placebo, ohne Risiken und Nebenwirkungen. Kein Wunder, dass Pekings Führung bisher weder ihre exzessiven Todesurteile, noch die Verfolgung von Minderheiten einschränkt"*, schreibt die WELT im Jahr 2002, aus Anlass des Deutschland-Besuchs des damaligen chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin.[363] *"Schröder besucht die Volksrepublik China regelmäßig, einmal im Jahr und jedesmal findet er viele gute Worte für seine Gastgeber"*, kommentiert mit hämischem Unterton ihrerseits die FAZ anlässlich des sechsten Staatsbesuchs Schröders in China zwei Jahre später.[364] Auch die Schönfärberei und das Schönreden Chinas, die unter deutschen Politikern schon vor Schröder üblich war, scheinen nun bei Schröder ihren Höhepunkt zu erreichen - mahnen hierzu auch die

361 "Das Primat des Kommerziellen", FAZ, 19.08.2005.

362 "Schröders China", SZ, 01.04.2005.

363 "Menschenrechte? Gerade jetzt!", WELT, 09.04.2002. Dazu vgl. "Auch China muss die Menschenrechte einhalten", WELT, 27.04.2002, "Ohne Druck bewegt sich nichts", taz, 09.04.2002.

364 "Pragmatiker", FAZ, 05.05.2004.

anderen Medien. Das Wegblenden von den dunklen Seiten des chinesischen Wirtschaftswunders scheint die Reiseregie des von den Chinesen als "Sonnenscheinkanzler" zelebrierten Schröder bei jedem seiner Besuche in China meisterhaft zu beherrschen - "die bloßen Zahlen sind ja auch beeindruckend", bemerkt etwa die WELT.[365]

Allein ihr Wunschbild von China scheinen nach allgemeiner Ansicht der Kommentare zu dieser Zeit auch die deutschen Wirtschaftsführer wahrzunehmen. Erfasst vom Sog einer regelrechten Euphorie über die potentiellen Chancen auf dem boomenden chinesischen Markt – mahnen die meisten Kommentatoren - bekommen sie China nur noch von der Schockoladenseite zu sehen. Dabei bleiben sämtliche Risiken, etwa durch die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft Chinas oder durch die stets drohende Implosion seiner boomenden Wirtschaft, ausgeblendet - so der Grundtenor der Kritik. In diesem Sinne schreibt der SPIEGEL in einem Titelthema zu China aus dem Jahr 2004: *"Deutsche Geschäftsleute geraten ins Schwärmen, wenn sie von der Wirtschaftsmacht des Perlflussdeltas reden (...) Den Gastarbeitern aus München, Hamburg und Berlin ist kein negatives Wort über die Lebensbedingungen in Shenzhen zu entlocken. Gut, manchmal sind die 200000 Prostituierten sehr aufdringlich - eine größere Dichte an Sex-Establishments und Karaoke-Bars gibt es nicht einmal in Manila oder Bangkok, obwohl Prostitution in China verboten ist. Gut, in der "erweiterten Bahnhofsgegend" sind Diebstähle so an der Tagesordnung, dass Motorrad fahren verboten ist, um Fluchtwege zu erschweren. Aber sind das nicht einfach nur Anzeichen dafür, dass Shenzhen sich zu einer Allerweltsgroßstadt entwickelt, mit allen positiven, aber auch unangenehmen Begleiterscheinungen? Die Deutschen sehen es so."*[366] Zur gleichen Zeit kommentiert die SZ: *"Was treibt jene Leute in den Wirklichkeitsverlust, die wirkliches Geld zu verlieren haben? (...) Wie oft hört man die Manager der großen Konzerne schon reden von Chinas Arbeitslosigkeit, die parallel zum Boom anwächst, von der Korruption? Sie reden ja kaum einmal vom heikelsten Defekt der chinesischen Wirtschaft: der Tatsache, dass sein Banken- und Finanzwesen nach westlichen Maßstäben längst bankrott wäre. Dass Chinas Aufschwung also auf tönernen Füssen steht. Im Rausch der Verliebtheit halten viele auch die schiefe Nase der geliebten für ein Charaktermerkmal, und wenn sie schielt, dann ist es putzig."*[367]

---

365 "Nicht ins Spannungsgebiet", WELT, 08.12.2003. Vgl. dazu "Sonnenkanzler", ZEIT, 04.12.2003.

366 "Der Kopf des Drachen", SPIEGEL, 25.10.2004.

367 "Viagra der Weltwirtschaft", SZ, 31.01.2004.

Damit werden denselben Kommentaren zufolge zugleich auch die moralischen Risiken ausgeblendet, die die einseitige Fixierung von Wirtschaft und Politik auf ökonomische Interessen in China mit sich trägt. Allzu gerne scheinen demnach die deutschen Politiker und Wirtschaftsführer bei ihrem Engagement in China zu übersehen, wie schlecht es um die Menschenrechte dort immer noch bestellt ist. Schließlich bleibt China trotz der Weiterführung seiner Reform- und Öffnungspolitik nach wie vor die größte Diktatur der Welt - so der Einwand der meisten Kommentatoren gegen das gängige Argument aus Wirtschaft und Politik, dass China doch ein anderes Land geworden sei. In diesem Sinne kommentiert die FAZ im Jahr 2004 unter dem Titel *"Pragmatiker"*: *"Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind gut, hört man allenthalben. Eine offizielle chinesische Publikation preist dieser Tage die Vorteile, die beide davon haben, und nennt als Grund das "pragmatische" Herangehen an alle Probleme. Diesen "Pragmatismus" nennen andere Liebedienerei gegenüber einem undemokratischen Regime. Vor allem aus der Wirtschaft wird diese Art der Beziehungspflege sehr unterstützt (...) Da China der Welthandelsorganisation beigetreten ist, muss es sich an deren Regeln halten. Wenn die chinesische Justiz aber gegenüber Unternehmen rechtsstaatliche Grundsätze walten lässt, spricht - zumindest in der Theorie - nichts dagegen, dies auch gegenüber den Menschen zu tun (...) Der Wirtschaft ist fast alles erlaubt. Politisch aber sollen die Menschen fein stille sein und den weisen Anordnungen aus Peking folgen. Viele fragen sich, wie lange das noch gut gehen kann."*[368] Ähnlich schreibt auch die SZ anlässlich des Streits um die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China: *"Als Lohn für diese überaus demonstrative „Normalisierung" der Verhältnisse verheißt China den Regierungen der Alten Welt genau das, was diese derzeit so dringend brauchen: milliardenschwere Aufträge, die in Europa Tausende Jobs schaffen. Eben deshalb hat die Sache einen üblen Beigeschmack. Zu Recht warnen Menschenrechtler und Moralisten aller politischen wie religiösen Konfessionen, Europa dürfe seine Prinzipien nicht dem Profit opfern (...) Solange sich in China so wenig zum Besseren wendet, gibt es keinen Grund, eine bisher richtige, weil anständige EU-Politik umzudrehen. Würde Europa sich jetzt vor Peking verbeugen, es würde sich verbiegen."*[369] Letztendlich habe die Leisetreterei deutscher Politiker in China nur zur Folge, dass sein undemokratisches Regime weiterhin an der Macht festhält - bemerkt ihrerseits die WELT: *"Richtig ist, dass durch viele Reformen die meisten Chinesen mehr Wohlstand und mehr persönliche*

368 "Pragmatiker", FAZ, 05.05.2004.

369 "Macht, Moral und Moneten", SZ, 23.03.2005.

Freiheiten genießen als vor 16 Jahren. Falsch ist, dass sich dadurch politisch grundlegend etwas verändert habe (...) Im Umgang mit China darf die Bundesregierung daher nicht die Position Pekings annehmen, aber genau das hat sie bisher getan: Menschenrechte werden - wenn überhaupt - nur diskret angesprochen (...) Kritik ist erlaubt, aber bitte nur konstruktive, und was konstruktiv ist, bestimmt Peking. Die Legitimation der Diktatur in Zweifel zu ziehen ist demnach nicht konstruktiv. Wie die Wirtschaft, so läuft auch die Regierung in die China-Falle: Die KP Chinas hat es geschafft, dass nicht nur fast alle Chinesen, sondern auch fast alle Regierungen im Ausland ihre Herrschaft als die einzig mögliche, die einzig rationale über 1,3 Milliarden Chinesen sehen."[370]

Gerade weil sich China allmählich ins Weltgeschehen einbinden lässt, ist die richtige Zeit für offene Worte – kommentieren dazu einstimmig die SZ, die WELT und die ZEIT anlässlich der China-Besuche der Bundespräsidenten Rau und Köhler in den Jahren 2003 und 2004. Deren offene Kritik in Sachen Menschenrechte und Demokratie gegenüber den autoritären Herrschern in Peking sollte für die Regierung Schröder eine Lehrstunde sein - mahnen dabei etwa die ZEIT und die WELT.[371] Hierzu kommentiert ihrerseits die SZ: *"Es ist gut, dass China und Deutschland seit drei Jahren einen "Rechtsstaatsdialog" führen. Die Frage der Menschenrechte darf aber nicht allein in Seminaren und Konferenzen gestellt werden. Offene Worte wie die Raus sind mindestens so notwendig: Man muss Chinas Herrscher überzeugen, man muss sie zur Rechtfertigung zwingen, man muss ihre Argumente widerlegen. Man muss sie nerven. Das eben macht den Demokraten aus: Er arbeitet vor allem mit der Macht der Worte. Mehr davon bitte."*[372]

Nicht zuletzt wegen der Risiken für den Weltfrieden, die von Chinas Unberechenbarkeit ausgehen, sollte man auf Peking auf wirksamer Weise Druck ausüben - warnen stets die Kommentatoren vor dem Hintergrund des Vorstoßes von Bundeskanzler Schröder und Frankreichs Präsident Chirac zur Einstellung des europäischen Waffenembargos gegen China. Vor allem anlässlich der heftigen Proteste chinesischer Studenten gegen Japan im Jahr 2005 wird in der heimischen Presse auf die sicherheitspolitischen Gefahren hingewiesen, die im chinesischen Wirtschaftswunderland lauern sollten. *"Trunken vor Euphorie, nehmen viele im*

370 "Die Macht der roten Mandarine", WELT, 11.11.2005.
371 "Lehrstunde in Nanjing", ZEIT, 18.09.2003, "China", WELT, 03.12.2004.
372 "Demokraten in der Pflicht", SZ, 16.09.2003.

Westen, Manager wie Politiker, seit Jahren allein ihr Wunschbild von China wahr: die schillernden Metropolen, die hektischen Börsen, den Konsumhunger und den Wissensdurst. Sie sehen nur die Werkbank der globalisierten Wirtschaft; den grenzenlosen Markt; den unerschöpflichen Quell von Talent, Kreativität, Fleiß und Aufstiegswillen (...) Es gibt leider auch das hässliche China; die antijapanischen Krawalle dieser Tage führen es uns auf dramatische Weise vor Augen. Das China der Aggressivität, Gewaltbereitschaft, Gesetzlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit", bemerkt etwa die ZEIT.[373] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch die FAZ: *"Es läge nahe, und viele ausländische Regierungen scheinen dieser Ansicht zu sein, die gegenwärtige Regierung Chinas nach Kräften zu unterstützen. Denn nur diese kann ja angeblich eine Explosion des "Dampfkessels" verhindern. Was aber würden die wohlmeinenden Regierungen sagen, wenn sie feststellen müssten, dass die chinesische Führung dem objektiv bestehenden Druck dadurch begegnen will, dass sie ihn nach außen ablenkt? Solange sich dieser "nur" gegen Taiwan richtet, wird das Realpolitiker wie den Bundeskanzler oder den französischen Staatspräsidenten wenig stören. Aber in jüngster Zeit richtet sich der organisiert spontane Volkszorn gegen Japan (...) Solange Chinas Regierung nicht demokratischer Kontrolle unterliegt, ist gesundes Misstrauen geboten. Dass Peking diese Botschaft nicht gerne hört, ist verständlich. Aber die Welt ist nicht dazu da, Mächtigen nach dem Munde zu reden. Das haben andere erfahren, das muss auch eine chinesische Regierung aushalten. Es müssen sich aber auch Staatsmänner finden, die diese Botschaft nach Peking übermitteln. Gerade in Europa, das so gerne von Werten redet, sollte es davon doch viele geben. Solange sich europäische Staatskunst aber in einem Wettlauf um die Gunst der chinesischen Führung erschöpft, gibt sie ein beschämendes Bild ab. Die in Aussicht genommene Aufhebung des Waffenembargos ist nur ein - freilich bezeichnendes - Detail."*[374]

So warnt seinerseits auch der SPIEGEL: *"Je mehr die eigene Legitimation in Gefahr gerät, desto mehr wird von der Partei die nationalistisch-chauvinistische Karte ausgespielt, desto realer könnte ein Krieg um das "abtrünnige" Taiwan drohen. Die Volksrepublik China steht an einer Wegscheide und ihre Grundsatzentscheidungen werden auch unser Leben im Westen beeinflussen - als Konsumenten, als Arbeitgeber, als Arbeitnehmer. Deshalb macht es wenig Sinn, der chinesischen Führung nach dem Mund zu reden, in dem Stil, wie das vor allem deutsche*

---

[373] "Chinas hässliche Seite", ZEIT, 21.04.2005. Vgl. dazu "Die Macht der roten Mandarine", 11.11.2005.

[374] "Starkes China - schwaches China", FAZ, 19.04.2005. Vgl. dazu "Beredtes Schweigen", FAZ, 18.04.2005.

Geschäftsleute meist tun. Viel mehr Aufmerksamkeit als kritiklose "Panda-Knutscher" finden Kritiker, die Klartext reden."[375] Ähnlich warnt auch die SZ: *"Warum all das den deutschen Kanzler interessieren sollte, gerade in einer Zeit, da China in der Welt an Macht und Einfluss gewinnt? Weil China an einem Scheideweg steht und ein Happy End keineswegs garantiert ist. Weil die KP einen Weg verfolgt, der nicht nur um Menschenrechte und Demokratie einen Bogen macht, sondern sich eines Tages auch für die Außenwelt als gefährlich erweisen kann: dann wenn das Land in die Krise rutscht, bei einer Rezession zum Beispiel. Wer garantiert, dass die KP, wenn sie ihr eigenes Überleben in Gefahr sieht, nicht die nationalistische Karte ausspielt? Dass sie, um abzulenken von ihren Sünden und Versäumnissen, nicht zum Sturm auf Taiwan bläst? (...) Sie (Schröder & Chirac) wollen das EU-Waffenembargo gegen China aufheben, und zwar, wie aus Berlin berichtet wird, ohne Vorleistungen zu verlangen: nicht bei den Menschenrechten, nicht bei Chinas aggressiver Taiwan-Politik. Das mag zwar, wie Schröder hofft, den europäisch-chinesischen Handel schmieren. Es ist jedoch kurzsichtige und fahrlässige Politik - und letztlich für Europa ein schlechtes Geschäft."*[376] Dazu bemerkt die SZ an anderer Stelle: *"Peking muss mit sanftem Druck davon überzeugt werden, dass es seine Größe und seine wachsende Stärke nicht aggressiv einsetzt und dass wirtschaftliche Potenz nicht um jeden Preis zu haben sein wird. Für Europa und die USA wäre es klüger, China gemeinsam und erfolgreich zu beeinflussen, statt gespalten den Einfluss zu minimieren."*[377]

Schließlich spielen die Europäer - sprich Bundeskanzler Schröder und der französische Präsident Chirac - mit ihrem Vorstoß zur Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China nicht nur ein gefährliches "Geo-Schach", der zu einem Konflikt mit Amerika führen könnte. Vielmehr spielen sie lediglich das Spiel der Machthaber in Peking und laufen damit direkt in die China-Falle - bemerken einstimmig die ZEIT, die SZ und die WELT.[378] So kommentiert auch die FAZ: *"Man wird nicht so weit gehen wollen, China als des Kanzlers liebstes Reiseziel auszurufen. Aber gerne ist er schon im kommunistisch regierten Aufsteigerland des frühen 21. Jahrhunderts. Dort erlebt er eine wirtschaftliche Dynamik, die er hierzulande allenfalls beschwören kann, weil sie sich gegen organisierten Widerstand nur schwer in Gang setzt (...) Aber es hat etwas Skurriles, fast*

375 "Der Kopf des Drachen", SPIEGEL, 25.10.2004.

376 "Im Reich der Wölfe", SZ, 06.12.2004.

377 "Chinesische Unweisheiten", SZ, 07.04.2005.

378 "Gerüstet zum Kotau", ZEIT,17.03.2005, "Waffen als Währung", SZ, 07.12.2004, "Wer mit dem Drachen tanzt", WELT, 09.12.2004.

Unwürdiges, wenn führende Politiker Europas einen Wettlauf nach Peking veranstalten, um vor den Machthabern Produkte "made in France", "Germany" oder "Italy" anzupreisen; wenn sie artig versprechen sich für die Aufhebung des EU-Waffenembargos einzusetzen und das lächerliche Argument wiederkäuen, das Embargo stelle eine Diskriminierung dar (...) Die Pekinger Führung, die eine glasklare Interessen-Politik betreibt und die es gern hat, wenn man ihr in der Multipolarität schmeichelt, wird die innereuropäische Konkurrenz um Chinas Gunst auszunutzen wissen. Der Kanzler hörte, dass man eine "größere Verantwortung" Deutschlands in den UN unterstütze. Der italienische Präsident ebenfalls zu Besuch glaubt dasselbe für Roms gegen Berlin gerichtete UN-Ambitionen herauszuhören. Die Wahrheit ist: Peking redet weder von Veto-Recht noch von Ständigem Sitz. Es lockt, flirtet und kleidet seine Außenwirtschaftspolitik in seine strategische Perspektive. Davon kann man lernen."[379]

2.3.2 Die "Angst vor der gelben Gefahr" macht wieder die Runde

Angesichts der wachsenden Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen Chinas zu den westlichen Industrieländern - allen voran zu den USA, aber auch zu Deutschland und dem Rest der EU-Länder -, die nicht zuletzt durch die steigende Konkurrenz aus dem Reich der Mitte geschürt werden, verschieben sich allmählich die Koordinaten der Debatte in der deutschen Presse um den Umgang mit China. Dabei wird nicht mehr von China-Euphorie, sondern vielmehr von China-Angst, ja sogar von einer Rückkehr der alten "Angst vor der gelben Gefahr" im Westen berichtet. *"Fasziniert und zunehmend irritiert beobachtete die Welt - und vor allem Amerika - den ökonomischen Durchmarsch der Chinesen an die Weltspitze. Dem Staunen folgte Respekt. Nun kommt die Angst"* - bemerkt etwa der SPIEGEL in einem Beitrag aus dem Jahr 2005.[380] Mit zunehmender Sorge wird indes von den meisten China-Kommentatoren der deutschen Presse - vor allem der FAZ, der SZ, der WELT und der ZEIT - beobachtet, wie sich diese Stimmung der Angst vor dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas zuerst auf amerikanischem Boden ausbreitet, um später noch auch auf Europa überzuschwappen. Immer wieder wird hierbei gemahnt: Angst könne doch nicht die Antwort auf die neue Konkurrenz aus Fernost sein.

---

[379] "China lockt", FAZ, 08.12.2004.

[380] "Duell der Giganten", SPIEGEL, 08.08.2005.

Allen voran das Streitthema um die chinesische Währung "Renminbi", die insbesondere von den USA als manipuliert kritisiert und für das eigene Handelsdefizit gegenüber China verantwortlich gemacht wird, bietet der deutschen Presse Anlass, die zunehmende Angst des Westens vor China als Wirtschaftsgiganten zu kritisieren. Der amerikanische Druck auf Peking für eine Aufwertung des "Renminbi", der nach dem WTO-Beitritt Chinas immer massiver wird, wird dabei nicht zuletzt als ein angstgetriebener Versuch der Supermacht USA gesehen, das aufstrebende Schwellenland einzudämmen. Bereits ab dem Jahr 2003 verdichten sich vor diesem Hintergrund allmählich die Warnungen der heimischen Presse, allen voran an die Adresse der US-Regierung, vor den Risiken eines Handelskriegs mit China. Damit stünde der Transformationsprozess in China und seine Einbindung in die globalen Regelwerke in Gefahr - mahnen dazu Deutschlands Pressekommentatoren. Nur durch seine stärkere Integration in die internationale Gemeinschaft ließe sich schließlich auch verhindern, dass "China allzu rücksichtslos auf Kosten seiner Handelspartner Wirtschaftspolitik betreibt" - kommentiert etwa die WELT im Jahr 2003 zum Besuch vom damaligen US-Wirtschaftsminister Snow in Peking.[381] *"Dazu gehört die Einsicht, dass allen an einem reibungslosen Übergang dieses riesigen Landes von der Staats- zur Marktwirtschaft gelegen sein muss - und dass diese Transformation nicht mit der Brechstange bewerkstelligt werden kann"*, bemerkt ihrerseits die FAZ anlässlich der ersten Einladung Chinas zur Gastteilnahme beim G7-Treffen ein Jahr später.[382]

Die Formel "Einbindung statt Eindämmung Chinas", die in diesem Zusammenhang von nahezu allen Kommentatoren mitgetragen wird, stützt sich im Wesentlichen auf das Argument, dass die chinesische Strategie der graduellen Reformen Fortschritte zeige – und zwar nicht nur im Bereich der Währungspolitik -, und deshalb Anerkennung verdiene. So kommentiert die ZEIT im Jahr 2003: *"Die alten Industriemächte wollen die aufstrebende Volksrepublik zwingen, ihre Währung aufzuwerten. Dabei riskieren sie einen Handelskonflikt, noch bevor das Schwellenland China überhaupt eine Chance hatte, sich den Gesetzen der Weltwirtschaft anzupassen, die es mit seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation akzeptiert hat (...) Wer gelbe Gefahren sieht, fragt nicht nach volkswirtschaftlichen*

381 "Starke Chinesen", WELT, 03.09.2003.
382 "China und die G 7", FAZ, 01.10.2004.

Argumenten. Dem Westen fehlt offensichtlich die Größe, China seine wirtschaftlichen Erfolge zuzugestehen."[383] Ähnlich schreibt zur gleichen Zeit auch die WELT: *"Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Chinesen eine erfolgreiche, wenn auch schrittweise Demontage des Kommunismus betreiben (...) Wer daher aus falsch verstandenem Patriotismus wettert, sollte sich die Alternativen vor Augen führen. Hätte China nicht den Kurs wirtschaftlicher Reformen eingeschlagen, wäre das Land womöglich dem erschreckenden Beispiel Nordkoreas gefolgt (...) Statt also Chinas Aufstieg bremsen zu wollen, sollten die US-Politiker froh sein, dass der Anpassungsprozess der chinesischen Volkswirtschaft bislang so reibungslos verlaufen ist (...) Eines ist in jedem Fall nicht von der Hand zu weisen: Wenn man zur Zeit des Kalten Krieges einem überzeugten amerikanischen Antikommunisten prophezeit hätte, dass im Jahr 2003 die größte Sorge der Amerikaner im Hinblick auf China eine leicht unterbewertete Währung sein würde, wäre man gewiss für verrückt erklärt worden."*[384]

Während der Jahre 2004-05 scheint nach Darstellung der deutschen Presse - allem voran der FAZ, der SZ, der WELT und der ZEIT - der Pegel der US-Angst vor dem chinesischen Aufstieg fast bis zur Irrationalität zu steigen. Die auch hierzulande gehegten Ängste vor der "Werkbank der Welt, die den Globus mit ihren Waren überschwemme und wie ein "Staubsauger" (Joschka Fischer) alle Rohstoffe schlucke"[385], finden auf der anderen Seite des Atlantiks ihr Pendant in "irrationalen Beschwörungen" der kommenden Supermacht China - bemerken indessen die meisten Pressekommentatoren. Vor allem durch die steigende chinesische Konkurrenz um weltweite Energieressourcen und Handelsvorteile bekomme nun die in Washington populäre "China-ist-eine-Bedrohung-Theorie"[386] Hochkonjunktur. Das Thema über den kommenden Konflikt mit dem neuen Aufsteiger China komme damit unter US-Kreisen richtig in Fahrt - und so werden auch die Rufe zu protektionistischen Maßnahmen gegen China stets lauter. Vor dem Hintergrund dieses Angstklimas in den USA verstärken sich in der deutschen Presse die Hinweise auf die Gefahren einer Eindämmungspolitik gegen China. Der Newcomer werde doch "noch auf viele Jahre hinaus keine zur Machtprojektion fähige

383 "Das Yuan-Syndrom", ZEIT, 24.07.2003.
384 "Wollen wir ein riesiges Nordkorea?", WELT, 06.12.2003.
385 "Angst vor China", WELT, 28.12.2004.
386 "Ein Riesenreich im Ruhestand", SZ, 18.06.2003.

Großmacht" sein[387] - lautet hierbei die allgemeine Einschätzung der Kommentatoren. Vielmehr zeigt sich aus ihrer Sicht das Riesenreich weiterhin von inneren Problemen geplagt, die durch die Widersprüche in seinem politischen System verstärkt werden. Dabei, so wird in diesem Zusammenhang argumentiert, befinde sich das Land in einer kritischen Übergangsphase, in der es noch stärker in die Weltgemeinschaft eingebunden gehöre - zumal es wirtschaftlich immer näher an den Westen rücke. Ohne die Mitwirkung Chinas seien schließlich die Probleme in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts - ob im Welthandel, in der Sicherheitspolitik oder in der Ökologie - nicht zu lösen. Letztendlich werde sich an der Haltung des Westens entscheiden, ob sich der Aufsteiger China zu einem verlässlichen Partner in der Weltpolitik und Weltwirtschaft oder zu einem Widersacher entwickelt – so die Mehrheit der Kommentatoren.

So kommentiert die FAZ im Jahr 2005 unter dem Titel *"Konfrontation oder Kooperation"*: *"Richtig ist aber auch, dass in Richtung Asien Weltmachtpotentiale umverteilt werden. Offensichtlich handelt es sich bei dem Aufstieg Asiens - gemeint sind in erster Linie China und Indien - um eine säkulare Entwicklung: Er ist nicht immun gegen Rückschläge oder innere Krisen, aber unter den Bedingungen des globalisierten weltwirtschaftlichen Produzierens doch unaufhaltsam. Diese Neuverteilung von Macht hat ein Ausmaß angenommen, das an frühere Perioden erinnert, in denen Emporkömmlinge das internationale System umkrempelten: an den Aufstieg der europäischen Mächte im siebzehnten, an den Aufstieg Amerikas Ende des neunzehnten Jahrhunderts (...) Im Falle Chinas liefe das eben auf Herausforderung, Duell, Konfrontation hinaus. Es ist klug, den Rat der Geschichte zur strategischen Vorsicht ernst zu nehmen - doch die historische Analogie hat etwas Fatalistisches an sich (...) Gewiss ist das Konfliktpotential, das im Ringen um den Zugang zu fossiler Energie liegt, beträchtlich. Aber die Wirtschaft knüpft ein Interessengeflecht, das machtpolitische Rivalitäten dämpfen kann."*[388]

So ähnlich schreibt zu dieser Zeit auch die SZ: *"Die USA und China - zwei Nationen also zur Konfrontation um die Führungsrolle nicht nur in Ostasien verdammt? (...) Ist China also in der Rolle des imperialen Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, dessen Interessen am Ende nur mit Gewalt, das heißt im Krieg, zu befriedigen waren? (...) China ist nicht das Kaiser-Deutschland, und deshalb ist eine*

[387] Ebd.

[388] "Der Aufsteiger und die Weltmacht", FAZ, 20.08.2005.

konfrontative Politik eher gefährlich. Peking hat erkannt, dass heute die Spielregeln der Globalisierung gelten. Es wird sich seinen Platz in der Welt nicht mit Gewalt suchen, sondern über die Macht der Märkte. Richtig ist also eine Politik, die China einbindet. Falsch wäre eine Eindämmmungs-Politik, so wie einst gegenüber dem verblichenen amerikanischen Megafeind Sowjetunion (...) Der US-Politik liegt die direkte Konfrontation im Blut. Chinesische Tugenden lehren dagegen, den Prozess und nicht das Ergebnis im Auge zu behalten und Geduld zu üben."[389] In gleicher Weise kritisiert auch die WELT die Protektionismus-Reflexe in der US-Politik angesichts der internationalen Expansion chinesischer Firmen im Jahr 2006: *"Wie tief die amerikanische Furcht sitzt, zeigen die feindlichen Reaktionen auf das Kaufangebot des chinesischen Ölunternehmens CNOOC für den US-Konzern Unocal. Die Amerikaner liegen richtig, wenn sie fordern, dass eine Weltmacht China als "verantwortungsvoller Teilhaber" nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat. Also nicht nur den Iran und Sudan als Öl- und Gaslieferant umwerben, sondern Druck gegenüber Mullahs und Völkermördern ausüben. Dennoch ist es scheinheilig, China Geschäfte in den USA zu verwehren - und es dann dafür zu kritisieren, sich andernorts mit Rohstoffen einzudecken. Die USA müssen lernen zu akzeptieren, dass China die Welt dramatisch verändert. Die eigentliche Bewährungsprobe wird aber kommen, wenn China eines Tages eine Demokratie geworden ist. Vielleicht regieren dann Nationalisten, die in der Bevölkerung verbreitete anti-amerikanische Ressentiments nicht mehr unterdrücken, so wie die Führung dies jetzt tut."*[390] Schließlich könnte die wachsende Furcht vor China eines Tages zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden - bemerkt die ZEIT ein Jahr später im Hinblick auf die andauernde US-Kritik an den Militärausgaben Chinas: *"Bei allen Gedankenspielen könnte man leicht vergessen, dass beide Länder im Grunde gar kein Interesse daran haben, Krieg zu führen. China am allerwenigsten, denn das Land ist vollauf damit beschäftigt, Frieden innerhalb der eigenen Grenzen zu bewahren. Dort sieht die Führung angesichts zahlreicher Unruhen das größte Sicherheitsrisiko. Sie weiß, dass sie sich nur an der Macht halten kann, wenn sie für stetes Wirtschaftswachstum sorgt, und versucht daher, alles zu vermeiden, was die Ruhe stören könnte (...) Noch immer orientiert sich die Führung an Deng Xiaopings Worten: »Beobachtet ruhig, verbergt unsere Möglichkeiten, wartet auf den richtigen Augenblick. Haltet euch bedeckt, und beansprucht nicht die Führung«, wobei der letzte Punkt in den vergangenen Jahren durchaus kontrovers diskutiert wurde. Sicher ist eines: Wie China handeln wird, hängt vor allem auch davon ab, wie sich andere Länder verhalten werden. Wer China heute zum Widersacher erklärt, braucht sich*

389 "Pekings Ambitionen", SZ, 10.11.2005.

390 "Verbundene Rivalen", WELT, 21.04.2006.

nicht zu wundern, wenn er China morgen zum Gegner hat."[391]

Ähnliche Töne schlagen die Kommentatoren - allen voran der FAZ, der SZ und der WELT - angesichts der verstärkten Protektionismus-Reflexe gegenüber China auch innerhalb der europäischen Union im Jahr 2005. Die wachsende europäische Angst vor der Expansion chinesischer Firmen im einheimischen Markt und vor allem die Auferlegung von Strafzöllen gegen chinesische Textilien durch die EU stehen zu dieser Zeit im Mittelpunkt der Kritik. Dabei werden Europas Politiker wegen Populismus an den Pranger gestellt. Aber auch die europäischen Unternehmer werden wegen ihrer immer stärkeren Protektionismus-Rufe gegen China scharf kritisiert. Aus diesen Protektionismus-Rufen spricht den Kommentaren zufolge vor allem eines: "Verzweiflung".[392] Protektionismus könne doch gegen die wachsende Konkurrenz aus Fernost nicht helfen. Abschottung bringe auch nichts in einer Welt, in der immer mehr Grenzen zum Handel offenstehen" - bemerkt etwa die FAZ zu Anfang des Jahres 2005.[393] Vielmehr sollte man sich dem Wettbewerb stellen, so die Forderung der FAZ – wie auch der WELT und der SZ - an die deutsche Wirtschaft und Politik. So kommentiert die FAZ die wachsenden europäischen Ängste vor der zunehmenden Expansion chinesischer Firmen: *"Angesichts der schnell wachsenden Wirtschaftskraft macht bisweilen die Warnung vor der "gelben Gefahr" die Runde. Sie ist vollkommen unangemessen. Statt zu klagen, statt sich in nutzlosem Protektionismus zu üben, statt Mauern zu errichten, müssen das restliche Asien, Amerika und Europa damit leben lernen, dass ein neuer Spieler die Weltbühne der Wirtschaft betreten hat. Dies fällt schwer, da China seine Muskeln zu Zeiten tiefer Verunsicherung in Amerika, vor allem aber in Europa spielen lässt. Politiker und Industrieführer haben den Menschen im Westen zu lange von den Chancen in China vorgeschwärmt, die Auswirkungen seines Erstarkens aber gerne verschwiegen."*[394]
So ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit die SZ die Verhängung von Strafzöllen gegen chinesische Textilien durch die EU: *"China wird zunehmend nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als militärische und geopolitische Bedrohung charakterisiert. Das ist maßlos übertrieben, verkauft sich aber bei bestimmten Wählergruppen immer gut (...) Pekings Handelspolitik ist weitsichtig und klug. Ganz*

391 "Unsere Truppe zur Sonne", ZEIT, 02.08.2007.
392 "Der Chinese von nebenan", FAZ, 29.01.2005.
393 Ebd.
394 "China läßt die Muskeln spielen", FAZ, 02.07.2005. Vgl. dazu "Amerika fürchtet die gelbe Gefahr", WELT, 29.06.2005.

anders die Politik der EU, die sich gerade wieder Flickwerk leistet, die von den Partikularinteressen sterbender Industrien getrieben ist. Darin liegt die Blamage. So werden auf Dauer weder Arbeitsplätze gerettet, noch wird das immer wichtigere Verhältnis der EU zu China gestärkt."[395] Ähnlich schreibt die SZ auch an anderer Stelle, unter dem Titel *"Europas Blockade"*: *"Die Abschottung wirkt wie der hilflose Versuch, die Wirtschaftsmacht China zu stoppen (...) Als globale Wirtschaftsmacht wird sich China dennoch etablieren. Für Europa und die USA bedeutet dies größere Absatzmärkte. Aber der Westen muss auch einsehen, dass er die Weltwirtschaft nicht mehr nach Belieben dominieren kann. Die Chinesen dürften den Aufstieg als Rückkehr zu angemessener Größe empfinden. Schon einmal, vor einem halben Jahrtausend, galten sie als das Land mit der besten Technologie und dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt."*[396] Schließlich solle sich Europa selber reformieren, um der neuen Konkurrenz aus China entgegentreten zu können – schreibt die WELT zu Anfang 2006 im Hinblick auf die wachsende chinesische Konkurrenz im Hochtechnologiesektor: *"Die Rückkehr der roten Republik in die Weltwirtschaft hat vielerorts zu einem unwiderruflichen Paradigmenwechsel geführt - ob bei den Löhnen für Arbeiter in Wolfsburg oder der Geldpolitik der Federal Reserve in New York. 400 000 chinesische Ingenieure drängen Jahr für Jahr auf den globalen Arbeitsmarkt. Auch die deutschen Maschinenbauer sind alarmiert (...) Die Antwort darauf sollte jedoch nicht sein, dass Europa seine Märkte abschottet (...) Letztendlich muss die Antwort auf die chinesische Herausforderung lauten, dass Staaten, Unternehmen und Menschen in Europa flexibler und innovativer werden. Die Erkenntnis dafür scheint zu reifen. Allerdings passt die aktuelle Hysterie um China ganz und gar nicht zum langsamen Tempo, mit dem sich Europa zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt reformieren will."*[397]

Besondere Brisanz gewinnt die Pressedebatte in Deutschland um die Frage nach dem Umgang mit dem Wirtschaftsaufstieg Chinas in den Jahren 2006-07. In den Fokus der Diskussion rückt nun vor allem das eigene Land und die Definition seiner Haltung gegenüber dem Aufstieg Chinas wie auch des restlichen Asiens - allem voran Indiens -, der im Zuge der fortschreitenden Globalisierung inzwischen die Weltgravitation entscheidend zu verändern scheint. Während sich in den China-

---

395 "Die Handels-Klamotte", SZ, 07.09.2005. Dazu vgl. "In der Trotzburg", FAZ, 15.06.2005, "Schädliche Quote", WELT, 18.05.2005, "Falsches Signal", WELT, 17.08.2005, "Realität des Marktes", WELT, 05.09.2005.

396 "Europas Blockade", SZ, 24.08.2005.

397 "Europas Antwort", WELT, 23.02.2006.

Beiträgen des SPIEGEL aus jener Zeit die Vorwürfe am größten aller neuen Konkurrenten aus dem Osten - etwa wegen Dumpinglöhne und Dumpingpreise, Produkt- und Technologiepiraterie sowie ökologischer Rücksichtslosigkeit - immer weiter verstärken und die Frage um die Waffengleichheit immer eindringlicher wird, verdichten sich wiederum im Rest der deutschen Presse allmählich die Warnungen vor dem China-Alarmismus.

Dagegen argumentiert der SPIEGEL, der Aufstieg Asiens mit China im Zentrum könnte doch unausweichlich den Abstieg des Westens bedeuten, würde Letzterer nicht frühzeitig auf die neuen Verhältnisse der Globalisierung reagieren. In einem im September 2006 erschienenen Spezialbeitrag unter dem Titel *"Weltkrieg um Wohlstand"* plädiert indes das Magazin für die Errichtung einer "transatlantischen Freihandelszone" gegen die bevölkerungsreichen "Angreiferstaaten" aus dem Osten.[398] Darin wird vorgewarnt: *"Die Wirtschaftsmaschine des Westens bleibt auch künftig stark, aber sie ist bald nicht mehr die stärkste (...) In Wahrheit haben Gewinner und Verlierer im Weltkrieg um Wohlstand die Rollen getauscht. Die neue Stärke der Asiaten führt zur Schwächung des Westens."* Innerhalb der bevölkerungsreichsten Länder der Erde China und Indien wachsen indessen immer mehr Menschen nach, "die darauf brennen, sich dem neu entstandenen Weltarbeitsmarkt anzudienen" - und während die westlichen Unternehmer "ihr Glück kaum fassen können", geraten die "Arbeitnehmer der Abschiedsgesellschaften" des Westens immer stärker unter Druck. Dabei, so der SPIEGEL weiter, "befeuern die Angreiferstaaten ihre Wirtschaftsmaschinerie nicht nur mit menschlicher Kraft", sondern auch durch die "skrupellose Ausbeutung" der natürlichen Umwelt. Vor allem das autoritäre China scheine dazu gewillt, um jeden Preis - sei es mit lauteren oder unlauteren Mitteln, wie etwa mit dem "Wissen der Anderen" - den Sprung in die Spitzengruppe der wohlhabenden Staaten zu beschleunigen, und verschaffe sich noch durch seine Kommandostrukturen einen Wettbewerbsvorteil. Somit bliebe nun die größere Effektivität des wirtschaftlichen und politischen Systems der westlichen Industrieländer "eine Behauptung, die aufs neue zu beweisen wäre". Demokratien bevorzugen offene Märkte, aber "offene Märkte bevorzugen nicht unbedingt Demokratien", schlussfolgert der SPIEGEL - und schlägt vor: *"Was die Nato im*

[398] "Weltkrieg um Wohlstand", SPIEGEL, 11.09.2006.

Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten (...) Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden, wobei das Ziel, Freiheitserhalt und Wohlstandsmehrung, das alte bliebe und nur das Instrument sich verändert hätte."[399]

Mit dieser Forderung bleibt jedoch der SPIEGEL in der Presse Deutschlands fast alleine. Mit einziger Ausnahme eines Kommentars aus der WELT[400] stellt sich der Rest der Presse demonstrativ gegen eine Abschottung der westlichen Länder - und vor allem der Exportnation Deutschland - und plädiert dazu für mehr Anerkennung für Chinas Fortschritte. Unter dem Titel *"Hilfe, die Chinesen kommen"* kommentiert etwa die WELT: *"Das Lob für China fällt heute schmallippiger aus; immer öfter werden die Schattenseiten wie Umweltzerstörung, inhumane Arbeitsbedingungen und der laxe Umgang mit dem Schutz vor geistigem Eigentum kritisiert. Den Zeitgeist treffend, brachte diese Woche "Spiegel"-Politikchef Gabor Steingart sein neues Buch heraus. "Weltkrieg um Wohlstand" heißt es da in martialischer Lyrik (...) Was also tun mit China? Helfen könnte es, erst einmal seine Leistung anzuerkennen (...) Auch Europa verdankte seinen Aufstieg im 19. Jahrhundert einer hemmungslosen Ausbeutung der Arbeiter. Wichtiger ist aber, dass sich die Bedingungen verbessern (...) Zu fürchten hat der Westen aber eher den Aufmarsch der gebildeten und leistungsbereiten Chinesen. 200 000 Ingenieure verlassen jedes Jahr die dortigen Universitäten. Sie und die anderen Hungrigen, die ein besseres Leben als ihre Eltern führen wollen, zwingen die Deutschen, sich endgültig von dem Irrglauben zu verabschieden, sie hätten trotz nachlassender Leistung einen naturgesetzlichen Anspruch auf immerwährenden Wohlstand."*[401]

Unter dem Titel *"Angst vor China"* schreibt dazu die SZ: *"Was wird China derzeit alles unterstellt! Einmal will es den Westen aufkaufen, sich seine strategischen Erdölreserven unter den Nagel reißen (...) Die Chinesen zerstören unsere Industrien und rauben unsere Arbeitsplätze, lauten die Kassandra-Rufe. Und als wäre diese Bedrohung nicht genug, klauen die chinesischen "Produktpiraten" auch noch unsere besten Ideen und Technologien, um uns zusätzlich die Zukunft zu nehmen. Die dumpfe Angst, die Industrialisierung Chinas könnte das Ende Europas und Amerikas einläuten, ging schon vor mehr als hundert Jahren um, und die Beschwörungen klingen erstaunlich aktuell (...) Politiker und Medien malten das Schreckgespenst der*

399 Ebd.

400 "Was tun gegen Chinas Aufstieg zur Weltmacht?", WELT, 17.09.2006.

401 "Hilfe, die Chinesen kommen", WELT, 17.09.2006.

"Gelben Gefahr" an die Wand. Damals wie heute gehen solche Unkenrufe auf denselben Gedankenfehler zurück. Stets wird die große Bevölkerungszahl Chinas genommen, und durch fleißiges Multiplizieren und das Extrapolieren von Zeittrends in die Zukunft werden Worst-Case-Szenarien entworfen (...) Chinas rascher Aufstieg birgt reale Gefahren, für den Weltfrieden wie für das globale Klima, und niemand will sie verharmlosen. Doch es geht darum die Probleme gemeinsam mit den Chinesen zu lösen. Protektionismus, Panikmache und Wirtschaftspessimismus sind da wenig hilfreich (...) Eine gesunde Portion Gelassenheit stünde uns im Umgang mit China wieder gut zu Gesicht."[402]

Ähnlich kommentiert auch die FAZ: *"Vor dem Aufstieg Chinas wurde in Deutschland die Angst vor Japan und Korea geschürt. Davon ist heute nicht mehr die Rede. Warum suchen wir die Antwort auf unsere Probleme immer draußen und nicht bei uns selbst? Deutschland und Japan sind nach dem Krieg durch Wettbewerb und Handel zu Wohlstand gekommen, nur über die Märkte werden wir ihn bewahren; in einer Festung Europa könnte er verlorengehen. Altkanzler Helmut Schmidt kennt wie kaum ein zweiter im Westen China und die chinesische Führung von Mao bis heute. In seinem neuen Buch "Nachbar China" warnt er: "Einige deutsche Publizisten und Politiker meinen, China müsse doch endlich demokratischer werden." Doch: "Weder der jüdische noch der christliche Gott hat einen von ihnen ermächtigt, die Kultur der westlichen Nationen für überlegen und China westlichen Belehrungen für bedürftig zu erklären oder umgekehrt Angst vor China zu verbreiten."*[403] Aber auch die ZEIT und die taz reagieren mit harscher Kritik auf die immer lauteren Rufe zum Protektionismus gegenüber China. Unter dem Titel *"Der Koloss braucht unsere Hilfe"* kommentiert etwa die ZEIT zu Anfang des Jahres 2007: *"Auf gar keinen Fall darf die chinesische Führung durch wirtschaftliche Isolation in die Ecke gedrängt werden, denn das würde den Druck zur Fortführung des Reformprozesses sofort aufheben. Stattdessen muss der Westen alles tun, um den friedlichen Übergang zu einer pluralistischen Gesellschaft voranzutreiben. China muss sich wohlfühlen mit der liberalen Globalisierung und dem internationalen Rechtssystem. Die einfache Schlussfolgerung, aus Chinas Wachstum werde langfristig ein wirtschaftlicher Einparteienkoloss entstehen, führt zu einer Panik, die es einfach macht, Handelsschranken zu rechtfertigen oder im Fall der USA gar in militärischen Aktionismus zu verfallen. Solche Reaktionen sind naiv. China muss sich verändern, und wir müssen alles tun, um diesen Wandel zu fördern. Nur dann wird die Welt*

402 "Angst vor China", SZ, 19.04.2006.
403 "Angst vor China", FAZ, 29.09.2006.

sicher und bleibt dabei wohlhabend."[404]

Schließlich, so lautet eins der Hauptargumente gegen die Stimmen der Protektionisten, brauche China für seine Entwicklung mehr Zeit. So kommentiert die WELT im Hinblick auf die Vorwürfe an China wegen Technologiepiraterie: *"Der Ton hat sich verschärft. Deutschland, das lange Zeit mit mehr Bewunderung als Misstrauen auf das erstarkende China blickte, entdeckt eine neue gelbe Gefahr. China, so heißt es jetzt häufig, klaut unsere Ideen, nimmt unsere Arbeitsplätze, zerstört unsere westliche Wertkultur (...) Prognosen sagen, dass bis zum Jahr 2020 fast 40 Prozent aller weltweiten Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung in China getätigt werden. Dann wird sich das Thema Technologieklau erledigt haben. China wird dann selbst ein Interesse daran haben, seine Erfindungen zu schützen. Doch bis dahin wird das Wort des rücksichtslosen, ausbeuterischen Billigproduzenten herhalten müssen, um Ängste vor dem eigenen Versagen zu kaschieren."*[405] Ähnlich kommentiert zum Thema Produktpiraterie auch die ZEIT: *"Niemand sollte die Chinesen unterschätzen: Im Rekordtempo will die Regierung den technologischen Rückstand zum Westen aufholen und ist dabei nicht zimperlich. Wer in China Geschäfte machen will, muss sich zum Technologietransfer an chinesische Partnerfirmen verpflichten (...) Wenn chinesische Anbieter eines Tages umgekehrt auf den deutschen Markt drängen, dreht sich der Spieß um: Dann brauchen sie deutsche Partner, Entwickler und Vermarkter und schaffen Arbeitsplätze. Die Berührungsängste mancher deutscher Firmen, ihrer Mitarbeiter und der Politik kann man daher auch so sehen: Wenn wir China nicht zu Wohlstand verhelfen, wovon wir unterm Strich profitieren, dann macht es jemand anders."*[406] So schreibt zum gleichen Thema auch die SZ: *"China muss stärker gegen Produktpiraterie vorgehen, aber nicht um Mode- und Markenkonzerne aus dem Ausland zu beschützen. Sondern weil die Kultur des Fälschens die Entwicklung der Volkswirtschaft behindert. Es schadet nicht, wenn der Westen China von Zeit zu Zeit daran erinnert. Aber wir sollten nicht vergessen, dass auch wir einmal Produktpiraten waren. Es braucht ein modernes Rechts- und Wirtschaftssystem, um geistiges Eigentum angemessen zu schützen. In Europa hat der Aufbau mehrere hundert Jahre gedauert. Auch China wird dafür noch Zeit benötigen."*[407]

---

404 "Der Koloss braucht unsere Hilfe!", ZEIT, 08.03.2007. Vgl. dazu "Die Stereotype vom Stammtisch", taz, 22.11.2006, "Die gelbe Gier", taz, 01.08.2007.

405 "Annäherung an den gierigen Partner", WELT, 15.09.2006.

406 "Keine Angst vor diesem Drachen", ZEIT, 26.10.2006.

407 "Alles nachgemacht", SZ, 27.08.2007.

Gleich kritisch kommentiert der Großteil der Presse auch die Pläne der Regierung Merkel im Jahr 2007, Investitionen und Übernahmen auf dem deutschen Markt durch die staatssubventionierten Firmen Chinas - wie auch Russlands - per Gesetz zu verbieten. Dazu kommentiert die FAZ unter dem Titel *"Neue Angst vor China und Russland"* im Oktober 2007: *"Durch enorme Handelsüberschüsse ist der Devisenschatz Chinas auf 1200 Milliarden Dollar gewachsen, täglich kommt eine Milliarde hinzu. Früher hat der Einparteienstaat seine Überschüsse nur in amerikanische Staatsanleihen gesteckt. Solange China Amerikas Schulden finanzierte, fürchtete niemand die Abhängigkeit von der Volksrepublik (...) Nun aber, nachdem China mit seinen Reserven nach dem Vorbild Singapurs besser wirtschaften will und 350 Milliarden Dollar in einen Staatsfonds einbringt, um in ausländische Industriewerte zu investieren, geht die Angst vor chinesischen Aufkäufen um (...) Es wäre falsch, staatliche Investoren aus dem Ausland unter Generalverdacht zu stellen (...) Der Westen kann Offenheit nur fordern, wenn er seine Kapitalmärkte offenhält. Die Industrieländer sollten im eigenen Interesse den Freihandel pflegen, auf den Bau einer transatlantischen Festung verzichten - und akzeptieren, dass Wohlstand nicht länger ein Privileg des Westens ist."*[408]

Schließlich würde durch die Verflechtung der Märkte auch der politische Wandel in autoritär geführten Staaten wie China und Russland vorangetrieben - kommentierte noch im Sommer 2007 die FAZ: *"Die jüngste Übernahmewelle verspricht jedoch nachhaltiger zu werden, auch weil sie nicht nur aus China und Russland kommt. Aufstrebende Nationen wie Indien, Brasilien oder Mexiko haben ebenfalls schon kräftige Duftmarken in den westlichen Industrieländern hinterlassen. Dass dies ohne politisches Begleitfeuer erfolgte, hat wohl auch damit zu tun, dass diese Länder keine Autokratien wie China oder Russland sind, denen im Westen mit viel Misstrauen begegnet wird. Doch je stärker sich China und Russland wirtschaftlich mit dem Westen vernetzen, desto mehr Rückhalt verleiht dies den demokratischen Kräften in diesen Ländern. Auch deshalb ist diese neue Stufe der Globalisierung zu begrüßen."*[409] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit die WELT anlässlich der vielbeachteten Meldung, dass China Deutschland nun den Titel des Exportweltmeisters abgenommen hat: *"Die chinesische Terrakotta-Armee kommt immer näher, sie überrollt uns. Das scheint zumindest die Statistik zu belegen (...) Irgendwann, so könnte man glauben, wird die ganze Welt mit chinesischen Waren geflutet, die dann von freilich arbeitslosen Menschen in den einst fortschrittlichen*

408 "Neue Angst vor China und Russland", FAZ, 03.07.2007. Vgl. dazu "Starkes Asien", 05.10.2007.
409 "Chinesen und Russen im Anmarsch", FAZ, 02.06.2007.

westlichen Gesellschaften wie Almosen konsumiert werden. Diese Sichtweise ist allerdings so unlogisch wie absurd (...) China ist zur globalen Werkbank geworden, die von den entwickelten Volkswirtschaften mit Werkbänken versorgt wird. Davon profitiert vor allem die hiesige Wirtschaft (...) Zudem hat die immer stärkere wirtschaftliche Verflechtung Chinas mit dem Rest der Welt eine positive Nebenwirkung: Sie wird die politische Integration erleichtern - eine unabdingbare Voraussetzung für mehr Umweltschutz und Rechtssicherheit."[410]

2.4 Reflexionen zum China-Modell

"*Unterhalb der kommunistischen Kaderdecke verändern Manager und Unternehmer, Ingenieure und Architekten, Künstler und Modedesigner das Land. Sie sorgen dafür, dass China längst nicht mehr das ist, was viele im Westen von weitem noch immer wahrnehmen: eine Werkbank für die Welt, betrieben von einer ausbeuterischen Allianz westlicher Kapitalisten und östlicher Kommunisten. In Wirklichkeit erlebt China eine Erneuerung auf vielen Ebenen. Bei genauem Hinsehen kommen nicht nur Billiglöhne zutage, sondern auch neue Effizienzbegriffe jenseits des kurzfristigen Shareholder–Value. Nicht nur ein turboschneller Markt, sondern auch ein altes Wertesystem mit seinen eigenen Begriffen von Mitmenschlichkeit und Erziehung. Kapitalismus und Konfuzianismus erweisen sich als kompatibel. Zum ersten Mal in der Geschichte entwickelt sich eine riesige Industriegesellschaft, die mit dem Westen insbesondere mit den USA auch kulturell konkurrieren kann (...) Der Westen läuft Gefahr, am alten Bild des kommunistischen und leicht berechenbaren China festzuhalten, statt sich auf die Sinisierung einzustellen."*[411]

Die Auffassung, dass China im Zuge der Globalisierung womöglich einen eigenen Weg in die Moderne findet, der sich nicht deckungsgleich in alle westlichen Entwicklungsmuster fügen muss, findet sich nur in einer sehr kleinen Minderheit der in den Jahren 2002-07 erschienenen China-Kommentare der deutschen Presse. Dazu gehört die Einschätzung, dass China bei seiner marktwirtschaftlichen Transformation und Verflechtung mit den globalen Märkten zwar westliche Einflüsse absorbiert, zugleich jedoch eine eigentümliche Form des Kapitalismus entwickelt. Diese Einsicht steht im Kontrast zu der üblichen Erwartungshaltung unter den

410 "Keine Angst vor China", WELT, 27.07.2007.
411 "Wird die Welt chinesisch?", ZEIT, 16.06.2005.

westlichen China-Beobachtern, dass je mehr der moderne Kapitalismus in China Einzug hält, umso ähnlicher auch das Land dem Westen werden dürfte. Vor allem in den China-Beiträgen aus der ZEIT findet man des Öfteren Hinweise darauf, dass sich die Entwicklung Chinas immer weniger an der des Westens messen ließe. Schließlich glaube und arbeite nicht nur Chinas politische Führung, sondern auch die Generation der Aufsteiger des neuen chinesischen Kapitalismus daran, dass im eigenen Land ein eigenständiges Gesellschaftssystem jenseits von westlichen Blaupausen und Rezepten entsteht - wie mancher Kommentator der ZEIT bemerkt.[412]

In insgesamt neun Beiträgen der ZEIT zu China, die zwischen Ende 2001 und 2007 erschienen sind, finden sich Bemerkungen darüber, dass China einen eigenständigen Weg in die Modernisierung einschlägt und ein eigenes Entwicklungsmodell dabei entwickelt. [413] Ähnliche Bemerkungen finden sich während dieses Zeitraums auch in fünf Beiträgen, die in der SZ, der FAZ, der WELT und dem SPIEGEL erschienen sind.[414] Diese Bemerkungen, die auf eine kritische Reflexion über das übliche Chinabild des Westens hinauslaufen, knüpfen vorwiegend an drei Schlüsselkategorien an: Pragmatismus, Optimismus und kulturelle Stärke. Während in den Jahren unmittelbar nach dem Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation der Begriff des Pragmatismus im Mittelpunkt der Überlegungen zum "China-Modell" steht und dabei als Schlüssel zum Erfolg Chinas bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen durch die Globalisierung erscheint, rückt in den folgenden Jahren der Hinweis auf den Zukunftsoptimismus der chinesischen Bevölkerung wie auf Chinas eigene Kulturdynamik in den Vordergrund. Vor allem im Hinblick auf das eigenständige Kultursystem Chinas wird darauf aufmerksam gemacht: Nicht nur sei China in der Lage, ein von den westlichen Mustern weitgehend unabhängiges Gesellschaftsmodell zu errichten - vielmehr sei es sogar dabei, den Westen dadurch

412 "China hebt an", ZEIT, 22.12.2004, "Wird die Welt chinesisch?", ZEIT, 16.06.2005.

413 Vgl. "Marktwirtschaftler aus Not", ZEIT, 13.09.2001, "Zweite Chance für Chinas Kommunisten", ZEIT, 14.11.2002, "China hebt an", ZEIT, 22.12.2004, "Speisung der Wanderarbeiter", ZEIT 11.03.2004, "Es werde Zwielicht", ZEIT, 02.09.2004, "Ein anderer Begriff von Freiheit", ZEIT 21.04.2005 , "Wird die Welt chinesisch?", ZEIT 16.06.2005, "Alle unter einem Himmel", ZEIT 23.03.2006, "Zwei Länder, eine Mission", ZEIT, 20.04.2006.

414 Vgl. "In Bewegung", SZ, 10.04.2002, "Die westliche Maske", FAZ, 03.12.2003, "Buddha statt Marx", WELT, 24.07.2007, "China sucht nach neuen Wegen: Linker Konfuzianismus?", WELT, 08.08.2008, "Das Herz des Drachen", SPIEGEL, 18.10.2004.

herauszufordern.

Vor dem Hintergrund der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation meldet sich etwa die SZ zum Thema "Modell China" mit der Empfehlung eines Buches, das den gleichnamigen Titel trägt - und dessen Autoren Georg Blume und Chikako Yamamoto zu dieser Zeit für die ZEIT aus Peking berichten. Seit der Einführung der Reformen durch Deng Xiaoping in den 80er Jahren haben sich die Chinesen mit Siebenmeilenstiefeln auf den Weg der Modernisierung und dabei China zur dynamischsten Nationalökonomie der Welt gemacht - *"Der Weg ist lang und steinig, aber er wird mit Verve beschritten"*, schreibt darin die SZ unter dem Titel *"In Bewegung"*.[415] Die Probleme, mit denen China dabei konfrontiert sei, seien gewaltig - aber die Energien, die das Volk gegenwärtig freisetze auch. Mit der Fortsetzung der Reformen werde in China vielfach Neuland betreten, wobei man sehr pragmatisch vorgehe und nach machbaren Lösungen suche - bemerkt dazu die SZ in Anlehnung an die Verfasser des Buches. Die größte Chance für die Lösung der wachsenden Probleme im Zuge des tiefgreifenden Wandels in der chinesischen Gesellschaft sieht die SZ in der Entwicklung des öffentlichen Diskurses in China. Hierzu kommentiert das Blatt: *"Der Umgang mit der Freiheit will geübt werden, von Regierenden und Regierten. Moralverlust, Zerrüttung des sozialen Zusammenhalts, Jugendkriminalität, Drogen; sind das unvermeidbare Folgen größerer Zugeständnisse an die Freiheitsbedürfnisse der jungen Generation? Muss China auf dem Weg in die Moderne doch die gleichen Stationen aufsuchen, die im Westen so sattsam bekannt sind? Oder kann das „Modell China" hier Alternativen bieten, womöglich durch Rückgriff auf verschüttet geglaubte Traditionen? Das ist eine der Fragen, die viele Chinesen beschäftigt. Blume und Yamamoto sprechen mit ihnen und machen ihren Lesern begreiflich, dass der öffentliche Diskurs darüber schon ein gewaltiger Fortschritt ist, auch wenn Antworten bisher ausstehen."*[416]

Unter dem Titel *"Martkwirtschaftler aus Not"* schreibt ihrerseits die ZEIT zu der in China führenden Globalisierungsdebatte anlässlich seines Beitritts in die WTO im Herbst 2001: *"Im Kern geht es um die Frage: Kann das westliche Kapitalismusmodell dem Gros der Chinesen zu materiellem Auskommen und menschenwürdigen Lebensumständen verhelfen? Wird gelingen, was zuvor in Japan, Taiwan und*

415 "In Bewegung", SZ, 10.04.2002.
416 Ebd.

Südkorea gelang? Die dort viel bewunderten asiatischen Tugenden versprechen China mehr Erfolg als etwa Indien oder Brasilien. Doch nun sollen über eine Milliarde Menschen, die bisher zum allergrößten Teil in einer stark regulierten Landwirtschaft und einer planwirtschaftlich organisierten Industrie ein bescheidenes Auskommen fanden, innerhalb weniger Jahre als Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt mitbieten – ein historisch beispielloses Experiment. Sein Erfolg oder Misserfolg wird über die Zukunft der Globalisierung insgesamt entscheiden (...) Hier aber liegt die Chance der Kommunisten: Sie sind Marktwirtschaftler aus Not, nicht aus Überzeugung. Gelingt es ihnen, die Argumente von Globalisierungsbefürwortern und –gegnern abzuwägen und die aufkeimende Debatte nicht aus politischen Gründen abzuwürgen, könnte in einigen Jahren alle Welt vom Pragmatismus in Fernost schwärmen. Bei der Vorliebe der Welt für Vorbilder ist es keineswegs unwahrscheinlich, dass wir dann vom "chinesischen Modell" reden."[417] Dazu kommentiert die ZEIT ein Jahr später: *"Endlich macht Kommunist sein in China einen Sinn (...) Ausgleich zu schaffen zwischen Nord und Süd, Land und Stadt, Erster Welt in Shanghai und Dritter Welt am Gelben Fluss – das ist die Herausforderung (...) Gelingt es der KP bis dahin, das Motto des Parteitages umzusetzen und "eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand aufzubauen", wäre China zwar noch immer keine Demokratie, würden Menschenrechte womöglich noch immer missachtet werden. Doch die KP hätte den Beweis erbracht, dass der Nord–Süd–Konflikt lösbar ist und Globalisierung keine Falle für die Armen sein muss."*[418]

Angesichts der anhaltenden Erfolge der boomenden chinesischen Wirtschaft auf globaler Ebene weisen in den folgenden Jahren einige China-Beiträge aus der ZEIT nunmehr vornehmlich auf die Dynamik hin, die sich in Chinas Gesellschaft mit immer größerer Wucht entfaltet. Strotzender Optimismus, kreativer Entwicklungswille, wachsendes Selbstbewusstsein und das Gefühl von kultureller Stärke scheinen dabei die Kraft zu bilden, die das Milliardenvolk in die Zukunft treibt. Dass China bald zu einer führenden Wirtschaftsnation aufsteigen wird, sei fast sicher - *"Derzeit entscheidet sich, welche Spielart des Kapitalismus sich durchsetzt"*, bemerkt die ZEIT in einem Beitrag aus dem Jahr 2003.[419] "Im Zeitraffer, so wie Blumen in Naturfilmen erblühen", hole das Land seinen industriellen Rückstand nach. Dabei müsste China soziale Probleme lösen, "die es noch nie gab": *"Der chinesische*

[417] "Marktwirtschaftler aus Not", ZEIT, 13.09.2001.

[418] "Zweite Chance für Chinas Kommunisten", ZEIT, 14.11.2002. Vgl. dazu Speisung der Wanderarbeiter", ZEIT, 11.03.2004.

[419] "China hebt an", ZEIT, 22.12.2004. Dazu vgl. "Es werde Zwielicht", ZEIT, 02.09.2004.

Frühkapitalismus entwickelt sich rasend schnell, und die Zentralregierung muss sehen, wie sie die entstehenden Probleme quasi im Vorbeifahren löst." Neben der drohenden Implosion des chinesischen Wachstums und einem maroden Finanzsystem stellen vor allem die wachsenden sozialen Spannungen im Lande durch die immer weiter klaffende Schere zwischen Arm und Reich, zwischen florierenden Küstenstädten und rückständigem Hinterland, eine enorme Herausforderung dar - bemerkt dazu die ZEIT, und fügt an: *"Man kann sich leicht in die gigantischen Probleme des Landes hineinsteigern, doch den Chinesen selbst liegt nichts ferner - Wachstum wirkt Wunder."*[420] Trotz aller Probleme - so die ZEIT weiter - lasse sich die überwältigende Mehrheit der Chinesen nicht entmutigen und scheine fest daran zu glauben, dass es für sie und ihre Kinder eine bessere Zukunft geben kann. Vor allem Chinas ambitionierte Jugend und seine jungen Unternehmer scheinen mit ihrer "Lernbegierigkeit und Tüchtigkeit" Erfolg zu versprechen. Dabei seien sie gewillt, nicht nur das eigene Land, sondern auch die ganze Welt zu verändern: *"Selbstvertrauen ist keine Mangelware mehr. Junge einheimische Manager schimpfen auf deutsche Unternehmen, weil sie fast ausschließlich Männer aus der Heimat an die Spitze ihrer chinesischen Tochterfirmen setzten. Für sie ist die Zeit vorbei, in der China bloß als billige Werkbank herhielt. Sie wollen Einfluss nehmen mit ihren Produkten, ihren Entscheidungen, ihrer Kultur. China, sagt Rolf Cremer, das bedeutet große Zahlen. Heute sei die Weltwirtschaft amerikanisiert. Und morgen? In Europa denke kaum jemand über Chinas künftigen Einfluss auf die Welt nach - und wenn, dann nur als Bedrohung."*[421]

Hierzu schreibt das gleiche Blatt im Jahr 2004: *"Annähernd 600000 Chinesen haben seit 1980, dem Beginn der »neuen historischen Etappe«, im Ausland studiert, mehr als neunzig Prozent schlossen ihr Studium mit einem Magister– oder Doktortitel ab, gut die Hälfte in den USA, dahinter rangieren Großbritannien und Deutschland, noch vor Japan (...) Was hat ihr Verstand gelernt und was ihre Seele? Sind westliche Gesellschaftsideale - einschließlich ihrer bisweilen paradoxen Folgen im Alltagsleben - so überzeugend, wie es zu wünschen wäre? Niemand weiß es, zumindest noch nicht (...) Wer will der Illusion zum Opfer fallen, in China und Ostasien werde man sich, da jetzt alle Akteure Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation seien, an die westliche (genauer: angloamerikanische) Interpretation des internationalen wirtschaftlichen Regelwerkes halten? (...) Die Zeiten, in denen sich Europa als »Hirn*

420 Ebd.
421 Ebd.

der Welt« (Paul Valéry) gerieren durfte, sind endgültig vorbei. Aber es bleibt ein Stachel: einer derjenigen, die ihn spätestens 1994 (»The Pacific Way«) eingepflanzt haben, ist Kishore Mahbubani, prominenter Diplomat und Denker aus Singapur, Südostasiens global city: »Für Europäer oder Nordamerikaner ist es schwierig, die große Tragweite der seelischen Revolution in Ostasien zu begreifen, weil sie nicht in die Köpfe der Ostasiaten eindringen können. Ihre Köpfe sind niemals in den Kolonialismus eingetaucht worden. Sie mussten niemals mit der tief bewussten Annahme kämpfen, dass sie vielleicht nur zweitklassige menschliche Wesen seien, niemals gut genug, um nach oben zu kommen. Das wachsende Bewusstsein der Ostasiaten, dass sie alles ebenso gut, wenn nicht besser, können als andere Kulturen, hat zu einer Explosion des Selbstvertrauens geführt.«"[422]

Zu den kulturellen Aspekten des chinesischen Aufstiegs äußert sich auch die FAZ mit einem Feuilletonkommentar im Jahr 2003: *"Sollte Chinas Wirtschaft und damit sein geopolitischer Einfluss in nur halbwegs ähnlichem Tempo wie heute weiter wachsen, wird der Westen in ihm nicht nur eine Erweiterung seines eigenen Marktes vorfinden, sondern ein Gegenüber (...) Wird China also bloß ein mächtig hallender Verstärker dessen sein, was sich ohnehin schon im Westen vollzieht? Oder wird es seine eigene Kultur zur Geltung bringen, die der Westen bislang übersehen hat, auf die er sich aber über kurz oder lang wird einstellen müssen? (...) Auch wenn die einzelnen Elemente der chinesischen Globalisierung, wozu auch Kunst, Literatur und Kino gehören, als ohne weiteres kompatibel mit der westlichen Massenkultur erscheinen mögen, entspringen sie doch einem durchaus verschiedenen kulturellen System. Dieses System werden wir in den kommenden Jahren, unbeeindruckt von den folkloristischen und eklektizistischen Oberflächen, genauer verstehen müssen. Wenn Chinas Aufstieg kommt, wird er nicht bloß wirtschaftliche Folgen haben."*[423]

In einem Beitrag aus dem Jahr 2006 zieht die ZEIT schließlich in Betracht, wie beide große Kulturnationen China und Indien durch ihren Aufstieg die Welt bereits verändern - und kommentiert dabei unter dem Titel *"Zwei Länder, eine Mission"*: *"Chindia? Das klingt nach fernöstlicher Mystik, doch eine wachsende Zahl von Studenten und Forschern, Managern und politischen Strategen denkt die beiden größten Nationen zusammen. Für sie prägen China und Indien das 21. Jahrhundert, und sie erleben im Kleinen ein kraftvolles Phänomen: In einer Mischung aus Wettbewerb und Kooperation können sich die beiden größten und dynamischsten Nationen des Planeten gegenseitig stärken und den Westen ökonomisch*

422 Ebd.

423 "Die westliche Maske", FAZ, 03.12.2003.

herausfordern. Chindia, das sind 35 Prozent der Weltbevölkerung und heute schon zwischen 10 und 20 Prozent des weltwirtschaftlichen Wachstums. Das ist die gegenseitige Neuentdeckung zweier alter Weltzivilisationen. Das ist die Adaption des Kapitalismus in zwei selbstbewussten Kulturen und der Versuch, ihn auf eigene Weise zu zähmen im Namen von Buddha und Konfuzius (...) So kommt der Traum von Chindia im Westen an. Er gründet auf dem Optimismus der allermeisten Chinesen und Inder. Mehr als 75 Prozent der Menschen in beiden Ländern sind überzeugt, dass sich ihre persönliche Situation verbessern wird (...) Mehr Bildung und mehr Forschung ist doch das Rezept, mit dem die Industriestaaten ihren Wohlstand sichern sollen. Die Bildungs– und Forschungseuphorie in China und Indien aber zeugt davon, dass die »neuen Wettbewerber« (George W. Bush) alte Kulturen sind, denen neben einem gehörigen Schuss Nationalbewusstsein auch ein Denken über die eigene Generation hinaus innewohnt. Die Inder sparen fast 30 Prozent des Volkseinkommens, die Chinesen noch mehr nicht zuletzt für die kommenden Bildungskosten (...) Chinesische Bauernfamilien nehmen enorme Reisestrapazen auf sich und verkaufen mitunter Hab und Gut, um ihren Kindern Englischunterricht zu verschaffen. Die Welt wird reicher durch Chindia. Wer im Westen dazugehört, muss sich noch erweisen."[424]

Erwägungen über die Entstehung eines alternativen Entwicklungsmodells in China finden sich in den Jahren 2002-07 auch in zwei Beiträgen des SPIEGEL sowie in einem Beitrag der WELT. Zwei davon befassen sich mit der wachsenden Bedeutung der alten östlichen Religionslehren - allen voran des Konfuzianismus - für die moderne Entwicklung der chinesischen Gesellschaft. Während sich der SPIEGEL in einem Spezialthema aus dem Jahr 2004 fragt, ob die alten Lehren des Konfuzius, "Rezepte für Chinas Triumph in der Globalisierung"[425] liefern könnten - schreibt die WELT im Jahr 2007 unter dem Titel *"Buddha statt Marx"*, Konfuzius, Laotse und Buddha seien die Stichwortgeber für die Herausbildung einer neuen "Soft-Power-Ideologie" geworden, mit der Peking "den Überbau für den materiellen Aufstieg Chinas zur globalen Großmacht" liefere.[426] Letztlich wird aber aus Sicht beider Medien die Renaissance des Konfuzianismus und der anderen Religionslehren vor allem im Hinblick auf die Bemühungen des chinesischen Einparteiensystems betrachtet, sein ideologisches Vakuum durch Ersatzreligionen zu füllen und eine

424 "Zwei Länder, eine Mission", ZEIT, 20.04.2006.

425 "Das Herz des Drachen", SPIEGEL, 18.10.2004.

426 "Buddha statt Marx", WELT, 24.07.2007. Vgl. dazu "China sucht nach neuen Wegen: Linker Konfuzianismus?", WELT, 08.08.2008.

neue Legitimationsbasis für seine Alleinherrschaft zu bilden.

Diese “Kunstfertigkeit” des KP-Systems, seine “Propagandaformeln mit neuen Inhalten zu füllen”, verrate “enorme ideologische Flexibilität” - bemerkt schließlich der SPIEGEL in seinem Titelthema *“Funktioniert doch der Kommunismus?”* zu Anfang des Jahres 2007.[427] Hierbei wird das “China-Modell” aber nicht zuletzt als ein Paradoxon gedeutet, das eine dynamische Marktwirtschaft mit einem autoritären System verbindet und mit seinen Erfolgen zunehmend auch das politische System des demokratischen Westens herausfordert. Damit wird auf eine neue Systemkonkurrenz aus dem Osten hingedeutet, die die China-Debatte in der deutschen Presse die folgenden Jahre immer mehr beschäftigen wird.

[427] “Die Rotchina AG”, SPIEGEL, 15.01.2007.

3. Das System macht Konkurrenz: China bedroht unsere Werte

3.1 Den "alten Demokratien" tritt ein autoritärer Staatskapitalismus mit neuem Selbstbewusstsein entgegen: Wird nun die Welt chinesisch?

"Einen Boom ohne Ende gibt es nicht. Jede Party hört einmal auf. Nur in China nicht? Wie kann es sein, dass gerade in dieser kommunistischen Einparteiendiktatur die Wirtschaft blüht, in einem Land ohne demokratisch gewähltes Parlament, ohne unabhängige Justiz, ohne freie Presse? (...) China, so muss man es heute sagen, funktioniert. Es zahlt dafür einen hohen demokratischen, sozialen und ökologischen Preis. Aber es funktioniert. Anders als der graue Sowjetsozialismus, der an seiner Schwäche zerbrach. Grau ist China nicht, schon lange nicht mehr. Das "chinesische Modell", die Verbindung von Kapitalismus und autoritärer Herrschaft, wird für den Westen vielmehr zu einer politischen und intellektuellen Herausforderung. Zu einer wirtschaftlichen sowieso. Für Europäer und Amerikaner waren Demokratie und Marktwirtschaft immer zwei Seiten einer Medaille. Für den Westen stand eigentlich immer fest: Mit dem Wohlstand werde auch in China die Freiheit wachsen. Und natürlich sei der Westen Chinas Vorbild. Vielleicht war das ein Irrtum. Vielleicht ist Chinas Vorbild: China."[428]

"Schon jetzt muss der Westen erkennen, dass seine Vorstellungen von einer Annäherung der Systeme Illusion waren. Nur in einem sehr oberflächlichen Sinn hat die Globalisierung, deren größter Gewinner China ist, das Land immer westlicher gemacht - in Shanghai wie in New York tragen erfolgreiche Manager dunkle Anzüge, lesen die "Financial Times" und lassen sich in großen Mercedes-Limousinen chauffieren. China ist eine Kontinentalmacht mit einer vielleicht 5000-jährigen Geschichte, die gar nicht daran denkt, die Hoffnung des Westens zu erfüllen. Die kommunistischen Herrscher Pekings brauchen für ihre Legitimation keine demokratischen Wahlen, sondern die Fähigkeit, ein ungebrochenes Wirtschaftswachstum zu garantieren. Und das haben sie bisher geliefert. Nun setzt das Land zum entscheidenden Sprung an die Spitze an: Wann genau China die USA, die bisherige Nummer eins, ablöst, ist bereits zu einem beliebten Gesellschaftsspiel von Ökonomen geworden (...) Hat dann, womöglich noch in dieser Dekade, das Zeitalter des roten Planeten begonnen?"[429]

---

428 "Chinas Vorbild: China", ZEIT, 15.07.2010.

429 "Der chinesische Traum", SPIEGEL, 03.01.2011.

Spätestens ab dem Jahr 2007 wird Chinas unaufhaltsamer Aufstieg von den deutschen wie auch von anderen westlichen Medien allmählich in einem neuen Licht gesehen. Dabei scheint nun das eigentliche Wunder am Wirtschaftswunderland China immer mehr das politische zu sein: eine rote Diktatur erobert die Weltmärkte. Fast scheint es - bemerken hierzu immer mehr Kommentatoren der deutschen Presse -, als ob Chinas autoritärer Staatskapitalismus mit seinen anhaltenden Erfolgen den Gegenbeweis dafür lieferte, dass freie Marktwirtschaft letztlich auf Demokratie angewiesen ist und daher früher oder später den demokratischen Wandel nach sich ziehen sollte. Stattdessen erscheint die rote "China AG"[430] zunehmend als Erfolgsmodell und wird dabei sogar zum Leitbild - berichten nun immer häufiger die Kommentatoren der Presse in Deutschland angesichts der wachsenden Attraktivität des "China-Modells" im Rest Asiens, in Afrika und in Lateinamerika. *"Keine Diktatur hat jemals so geleuchtet"*, schreibt indessen die SZ kurz vor Anfang des Olympiajahres 2008.[431] So drängt sich manchem China-Kommentator die Frage auf: Gerät damit auch nicht das westliche Demokratiemodell unter Druck?

Dass in China nicht nur eine ernsthafte Wirtschaftskonkurrenz, sondern auch eine neue Systemkonkurrenz für den demokratischen Westen heranwächst, bemerkt die WELT bereits zu Ende des Jahres 2006 unter dem Titel *"Wie schnell holt China auf?"*: "*Es geht nicht nur um Arbeitsplätze und Rohstoffe, sondern auch um einen Wettbewerb der Systeme. Die chinesische Entwicklungsdiktatur demonstriert bei aller Kritik eine Effizienz, die sich viele im föderalen Deutschland wünschen."*[432]
"Funktioniert doch der Kommunismus?", fragt sich seinerseits der SPIEGEL in einem Spezialthema zu China am Anfang des Jahres 2007. *"Mit einer Mischung aus Planwirtschaft und entfesseltem Kapitalismus, wie sie in keinem Lehrbuch steht, rollt das Land die Weltmärkte auf und erzielt Jahr für Jahr zweistellige Wachstumsraten"*, schreibt darin das Wochenmagazin und fragt dazu: *"Führt China, eine der undemokratischsten Nationen der Welt, den demokratischen Staaten vor, wie sie effektiv Probleme lösen können? Strafen die Chinesen alle Kritiker und Skeptiker Lügen, die glauben, dass Marxismus-Leninismus und Kapitalismus so wenig*

430 "Die Rotchina AG", SPIEGEL, 15.01.2007.
431 "Kulturkampf im Vogelnest", SZ, 29.12.2007.
432 "Wie schnell holt China auf?", WELT, 10.09.2006.

zusammenpassen wie Teufel und Weihwasser?"[433]

Just zum Beginn der Olympiade in Peking im Sommer 2008 schreibt dazu die WELT: *"Mit China hat die freiheitlich-demokratische Welt das erste Mal seit Jahrzehnten wieder einen Konkurrenten, der die Systemfrage stellt. Der autoritäre Herrschaft und explodierendes Wirtschaftswachstum offenbar mühelos vereinen kann und dessen Machtapparat eben nicht - wie im alten Ostblock - nach Kohl riecht, die Städte farblos macht und die Gesichter fahl. Dass die Überlegenheit der Demokratie als Wohlstandsmaschine angesichts dieses totalitären Wirtschaftswunderlandes nicht mehr so eindeutig ist, erklärt vielleicht, weshalb es dem Westen zurzeit so schwerfällt, für dieses Land in XXL die richtigen Maßstäbe zu finden."*[434]
Über die neue Systemkonkurrenz aus dem Osten scheint schließlich die SZ zu dieser Zeit so besorgt, dass sie angesichts der damaligen Turbulenzen in den chinesischen Börsen nicht umhin kommt, auf die "positiven politischen Effekte" eines Abschwungs der chinesischen Wirtschaft hinzuweisen - auch wenn damit die ganze Weltwirtschaft "schwächeln" sollte: *"Nach 20 Jahren ungebremsten Wirtschaftswachstums leuchtet die rote Volkswirtschaft heller als jemals zuvor. In Russland, Afrika und Südostasien versuchen die Machthaber, das chinesische Modell zu kopieren: Ein starker Staat, der die Menschen mit hohem Wachstum zufriedenstellt (...) Chinas Entzauberung könnte zeigen, dass sich Marktwirtschaft und Demokratie am besten verstehen."*[435]

Zur gleichen Zeit befasst sich ihrerseits die FAZ nicht zuletzt mit den Folgen, die der neue Systemwettbewerb für die Weltordnung haben könnte. "Es gibt keinen Zweifel daran", dass die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Aufsteigerländern - allem voran in China, aber auch in Indien und in Russland -, die globalen Macht- und Kräfteverhältnisse ändert und zwar zuungunsten der "alten Demokratien", urteilt die FAZ zu Ende der Sommerspiele 2008 in Peking. "In die Spitze der Weltwirtschaftsliga drängen" schließlich nun vor allem autoritär geführte Staaten, die "eine andere Vorstellung von politischer Herrschaft haben" - erklärt dazu die FAZ mit Blick sowohl auf China wie auch auf Russland, und schlussfolgert: *"Dass nichtwestliche Staaten ihre Interessen verfolgen, ist legitim und auch nicht neu; es muss auch nicht immer und überall zu Konflikten führen. Aber der "alte Westen" muss sich darauf einstellen, dass ihm künftig ein selbstbewusster Block autoritär geführter Staaten gegenübertritt,*

433 "Die Rotchina AG", SPIEGEL, 15.01.2007.
434 "Warum Chinas Aufstieg den Westen verunsichert", WELT, 10.08.2008.
435 "Die neue Wohlstandsachse", SZ, 28.12.2007.

der eigene Ordnungsvorstellungen hat und sich denen des Westens widersetzt - und das bei fortschreitender Globalisierung."[436]

Ähnlich prognostiziert auch die ZEIT noch am Anfang des Olympiajahres 2008: *"Auch wenn von China keine militärische Bedrohung ausgeht: Natürlich fordert es die Welt heraus! Seine neue Stärke ist zum Synonym für die alles umstürzende Globalisierung geworden. In Europa und Amerika wird diese vor allem mit Jobverlust und Billigkonkurrenz gleichgesetzt. In kürzester Zeit ist China zu einer gewaltigen finanziellen und wirtschaftlichen Macht geworden."* "Eine blühende Diktatur" sei aber auch eine neue ordnungspolitische Herausforderung, bemerkt hierzu die WELT und schließt daraus: *"Was sich jetzt schon abzeichnet: Es wird eine neue System–Konkurrenz geben. Nicht mehr zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen liberalem und autoritärem Kapitalismus, wie er heute nicht nur in China, sondern auch in Russland zu finden ist."*[437]

Die Debatte um die neue Systemkonkurrenz zwischen dem autoritären Staatskapitalismus mit chinesischen Merkmalen und der liberalen Demokratie westlicher Prägung gewinnt durch die "Lehman-Katastrophe" in den USA kurz nach den Spielen in Peking immer mehr an Brisanz. Der damals ausgelöste Finanzschock in den westlichen Industrieländern und deren Sturz in eine immer tiefere Schuldenkrise in den folgenden Jahren bringen eine neue Ebene in die Diskussion: Während das "autoritäre China-Modell"[438] weiterhin mit Erfolgen glänzt und weltweit an Attraktivität gewinnt, scheint nunmehr der Westen selbst allmählich zu verblassen. Vor diesem Hintergrund wird die Konkurrenz mit China nun nicht zuletzt als eine schwere Prüfung für das westliche Demokratiemodell gedeutet, die auch über die künftige Weltordnung entscheiden sollte. Zumal sich die Definitionsmacht des Westens - wie immer mehr Kommentatoren der deutschen Presse mit Blick auf den Aufstieg allen voran Chinas, aber auch anderer Schwellenländer bemerken - immer weiter zu relativieren scheint. *"Die Finanzkrise ist eine Zäsur. Sie hatte ihren Ursprung in der verantwortungslosen Verschuldung im Westen, der nun am meisten unter den Folgen leidet. Im Unterschied zu den vorherigen Finanzkrisen der Nachkriegszeit kann der Westen nicht mehr in der Rolle des Lehrmeisters auftreten"*, bemerkt die FAZ angesichts der breiten Verunsicherung in den westlichen Ländern

436 "Und jetzt der Rest", FAZ, 11.08.2008. Vgl. dazu "Aufsteiger", FAZ, 27.03.2008.
437 "Was auf dem Spiel steht", ZEIT, 17.01.2008.
438 "Rivalen, Partner, FAZ, 19.01.2011.

zweieinhalb Jahre nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise. Dazu kommentiert das gleiche Blatt - und trifft damit eine der Hauptsorgen der gesamten Presse während der letzten Jahre auf den Punkt: "*Auf der Welt ist ein ökonomischer Systemwettbewerb entbrannt. Das Erfolgsmodell Volksrepublik China, wo erstmals ein kapitalistisches Wirtschaftssystem mit einer kommunistischen Diktatur kombiniert wird, tritt in Konkurrenz zur finanzkapitalistischen Marktwirtschaft angelsächsischer Prägung und den sozialen Marktwirtschaften in Europa und Japan. Der Ausgang ist offen. Welchem Modell folgen andere Länder?*"[439]

Wer wird also das Sagen in der neuen multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts haben? Nach welchen Prinzipien und nach welchen Werten sollte diese gestaltet werden, wenn Chinas autoritärer Staatskapitalismus immer weiter an Einfluss gewinnt, während die westlichen Demokratiestaaten immer tiefer in den eigenen Problemen versinken? Besteht noch Hoffnung, dass sich China schließlich zu einer freiheitlichen Weltordnung bekennt? Oder wird stattdessen die Welt allmählich chinesischer? Solche Fragen der Sorge über die neue Systemkonkurrenz aus China und deren Auswirkungen auf die Weltordnung bilden in den Jahren 2007-11 den Hintergrund der China-Debatte in den deutschen Printmedien. Ins Zentrum der Diskussion stellen sie 36 Beiträge, die größtenteils im Zeitraum von 2007 bis März 2011 erschienen sind - nur drei davon stammen aus dem Jahr 2006 und noch einer aus dem Jahr 2005. Es geht dabei um Leitkommentare und Spezialthemen aus allen untersuchten Medien, die vor dem Hintergrund des unaufhaltsamen Aufstiegs Chinas eine neue Zeit für die westlichen Demokratien anbrechen sehen: eine Zeit des Wettbewerbs mit einer Diktatur nämlich, die wirtschaftlich stark ist und im Gegensatz zu ihnen immer stärker wird.

[439] "Die Neuordnung der Welt", FAZ, 24.12.2010.

3.1.1 Willkommen in der neuen Multipolarität

Die Entstehung einer neuen multipolaren Welt kommt in diesem Zusammenhang einem historischen Paradigmenwechsel gleich, bei dem die westliche Demokratie und ihre Werte ihren Bestand erneut zu erweisen haben. Zwanzig Jahre nach dem Fall des eisernen Vorhangs - so die Zeitdiagnose, welche die China-Kommentatoren der deutschen Presse dabei liefern - beginne nun mit dem Aufstieg Chinas wie auch anderer Schwellenländer im Zuge der Globalisierung eine Neuordnung des Weltgeschehens, die zugleich ein neues Kräftemessen zwischen unterschiedlichen Staatsmodellen und Leitideen mit sich bringe. Im Zentrum des neuen Kräftemessens stehe schließlich der neue Machtpol China, *"das Reich der 1,2 Milliarden, Nutznießer der größten Handelsüberschüsse, die die Welt je sah, und vor allem gestern, heute und morgen die größte Diktatur der Welt"* - schreibt etwa die WELT im Jahr 2007.[440] Demokratie und Freiheit stelle indes das autoritäre Wirtschaftswunderland China eine Effizienz gegenüber, die nicht nur unter Autokraten, sondern vielmehr auch in den "alten" Demokratien des Westens immer mehr Bewunderer finde - liest man hierzu auch in den anderen Medien. Vor diesem Hintergrund scheint die Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung eine neue Runde des zeitübergreifenden Konflikts zwischen Autoritarismus und Demokratie einzuläuten - mit China und dem Westen in der Rolle der Protagonisten.

Dabei kommt dem Profil, der China seit Anfang des neuen Jahrtausends von der deutschen Presse größtenteils zugeschrieben wird, eine neue Qualität hinzu: der eigensinnige Aufsteiger aus Fernost scheint nunmehr nicht nur "eine Erosion des internationalen Systems"[441] zu betreiben, sondern auch eine weltweite Erosion der Freiheit. Während Pax Americana und Pax Europea an die Grenzen ihrer ordnungspolitischen Leistungsfähigkeit stoßen, nutze China seinerseits die Macht seiner Wirtschaft aus und sammle weltweit Gefolgschaft vor allem unter Autokraten ein - bemerkt wiederholt die Presse in Deutschland seit der zweiten Hälfte der letzten Dekade. Auch wenn der neue Global Player dabei pragmatisch vorzugehen scheint, ohne einen ideologischen Universalanspruch wie einst etwa die Sowjetunion zu

[440] "Der Drache ist erwacht", WELT, 30.08.2007.
[441] "China, Freund der Schurken", WELT, 18.02.2010.

stellen, “konterkariert er doch die Bemühungen westlicher Länder zur internationalen Förderung demokratischer Staatsführung und politischer Freiheiten”[442] - so der Grundtenor der zeitgenössischen Kritik in der heimischen Presse.

In diesem Sinne schreibt die WELT noch zu Anfang 2007 in einem Leitkommentar, der aus Anlass des ersten erfolgreichen Satellitenabschusses durch China das Ende der “unipolaren Epoche” ankündigt: *“Aufs Neue entsteht eine bipolare Welt: Umrisse und Antriebskräfte sind längst erkennbar. Diesmal sind die Pole China und die Vereinigten Staaten. Beide Mächte allerdings sind, anders als früher, in Finanzen und Wirtschaft voneinander abhängig (...) Das beruhigt - aber nur begrenzt. Denn wie in der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges bieten die Kontrahenten auch diesmal unterschiedliche Gefolgschaftsprämien an: Amerika Hilfe und Entwicklung sowie notfalls eine kleine Intervention für halbwegs demokratische Lebensformen, auch wenn im Mittleren Osten die demokratische Missionsidee erst einmal an den historischen Realitäten und den Machtverhältnissen sich gebrochen hat. China kennt keine Skrupel, weder bei den Diktatoren von Myanmar, noch bei den Kriegsherren Afrikas oder dem "totalitarismo light" des Venezolaners Chávez. Hauptsache, Öl fließt und Rohstoffe kommen. Konkurrenz um Macht und Einfluss, um Rohstoffe, Staatsmodelle und Leitideen - das ist die neue Bipolarität.”*[443]

Zur Antwort auf manchen Europäer, der in der steten Einschränkung der amerikanischen Vorherrschaft und der neuen Multipolarität ein Heil für die Welt sieht, schreibt ihrerseits die FAZ just zum Auftakt der Olympischen Spiele 2008 in Peking: *“Wir erleben jetzt, was es heißt, wenn Europa und die Vereinigten Staaten an die Grenzen ihres Einflusses und ihrer Durchsetzungskraft stoßen und neue "Pole" ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen geltend machen (...) Wenn die Welt dieses 21. Jahrhunderts multipolar sein wird, was die Verteilung von Machtpotentialen anbelangt - und Amerika weder Vorherrschaft ausüben noch ein Meinungsmonopol beanspruchen kann -, dann hat der "alte Westen" gegenüber dem imperialen Russland und dem vor Selbstbewusstsein strotzenden China einen schwereren Stand, seine Anliegen durchzusetzen. Da überdies der Multilateralismus in der Krise steckt, wird es noch schwerer werden, zu vernünftigen Regelungen zu kommen. Das ist die Wirklichkeit, die sich hinter dem Begriff Multipolarität verbirgt (...) Es ist eine Sache, die neuen Mächte zu Mitgestaltern einer im Entstehen begriffenen neuen Weltordnung machen zu wollen. Das zu tun ist schon deshalb*

442 “Rettet den Liberalismus”, WELT, 08.12.2008.

443 “Das Reich der Mitte im Cyberwar”, WELT, 25.01.2007.

ratsam, weil deren Aufstieg vermutlich unwiderruflich ist. Aber es mutet leichtgläubig an, im großen Miteinander allein das konfliktfreie Heil zu sehen. In der multipolaren Welt wird mit harten Bandagen gekämpft werden. So ist Großmachtpolitik nun einmal. Den europäischen Werten und Interessen dürfte mehr, als uns lieb ist, ein kalter Wind entgegenschlagen."[444] Ähnlich urteilt die FAZ zu diesem Zeitpunkt auch an anderer Stelle: *"Der europäische Wunsch nach stärkerer Einbindung Chinas wird noch so manches blaue Wunder erleben; denn der Blick von den Wolkenkratzern in Schanghai entdeckt in Amerika noch immer ein um ein Vielfaches größeres Machtpotential als jenes, welches das "sanfte" Europa anzubieten hat. Und als alte-neue Großmacht denkt China in anderen Souveränitätstraditionen als die postmodernen Europäer. Für die wird es in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts nicht einfacher."*[445]

Auch wenn China seinen weltpolitischen Aufstieg weiterhin mit friedlichen Mitteln betreiben sollte, richte es sich schließlich gegen die Ordnungsvorstellungen der westlichen Welt und ihre demokratischen Werte - bemerkt hierzu die FAZ noch zu Ende des Jahres 2006 in einem Kommentar zu Chinas Außenpolitik: *"Während die Vereinigten Staaten im Irak-Debakel stecken, die Europäer und Japan mit ihrer Umstrukturierung beschäftigt sind, steht die Volksrepublik China erfolgreich wie noch nie da. China ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und verfügt über Devisenreserven von einer Billion Dollar (...) Chinas Aufstieg zur Großmacht ist unaufhaltsam. Hu Jintao hat diesen Aufstieg als einen friedlichen definiert und ihn damit für Nachbarn und Freunde unwiderstehlich, für Konkurrenten kaum angreifbar gemacht. Nicht als imperiale Macht kommt China, nicht mit Waffengewalt, sondern mit der "weichen Macht" seiner Wirtschaft, seines Marktes und seiner Nicht-Einmischungs-Diplomatie. Das neue außenpolitische Konzept der "harmonischen Welt", das jetzt immer öfter zitiert wird, gewinnt an Kontur. China stellt der Macht der Vereinigten Staaten und dem Ideal von Demokratie und universellen Menschenrechten das Konzept einer vielfältigen Welt gegenüber, in der jeder Staat seinen eigenen Entwicklungsweg beschreiten soll und in der es keine Einmischung in innere Angelegenheiten geben wird. Damit setzt sich China auch von Europas Werten ab. Zunehmend wird das Konzept der "harmonischen Welt" auch mit kulturellen Inhalten "asiatischer" oder "chinesischer" Zivilisation gefüllt."*[446]

Im gleichen Sinne kommentiert auch die SZ noch drei Jahre später die währungs-

444 "Und jetzt der Rest", FAZ, 11.08.2008. Dazu vgl. "Chinesische Lektionen", FAZ, 19.10.2010.
445 "Alt-neue Großmacht", FAZ, 15.05.2008.
446 "Erfolgreich wie nie", FAZ, 19.12.2006.

und handelspolitische Auseinandersetzung zwischen China und den USA vor der Kulisse der Finanz- und Weltwirtschaftskrise: *"Im Kern wird die Auseinandersetzung nicht um Geld, sondern um Werte geführt. Es geht darum, wer wem etwas vorschreiben darf auf dieser Welt, und nach welchen Regeln gespielt wird. Die USA haben nach dem zweiten Weltkrieg vor allem von der Tatsache profitiert, dass sie die Nachkriegsordnung und deren Institutionen - die UN, die Finanzorganisationen - nach ihrem Wertesystem modelliert haben. China steht nach seinem Wachstumsschub nun an der Schwelle, an der es sich entscheiden muss: Soll es die Regeln akzeptieren, oder bemüht es sich um ein Gegenmodell (...) China wird sich bekennen müssen, ob ihm die Ölgeschäfte mit Iran wichtiger sind als die Sanktionen. Obama muss dies auch, aber er muss seine Entscheidungen öffentlich begründen und wird im Zweifel an der Urne dafür bestraft. Die chinesische Führung ist diesem Rechtfertigungsdruck im Inneren nicht ausgesetzt. Die Welt aber erwartet Erklärungen. China ist zu mächtig geworden, als dass es über seine Politik schweigen könnte."*[447]

Dazu kommentiert zur gleichen Zeit der SPIEGEL in einem Spezialthema, das vom weltpolitischen Aufstieg Chinas wie auch Indiens handelt: *"Während Indien und China für einen ganz und gar unterschiedlichen Ansatz stehen, wie man die Zukunft bewältigen kann, eint sie doch derzeit ein Selbstvertrauen, das an Arroganz grenzt. Und ein gemeinsames Credo: Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konzepte der USA und Europas gehören in den Papierkorb der Geschichte, wir gehen unseren eigenen Weg - mit dem Westen, wenn es für uns Vorteile bringt, aber gern auch gegen den Westen. Sie sind die Zukunft, sie fühlen sich als die kommenden Herren der Welt (...) So steht kreatives Chaos gegen perfektionierte Planwirtschaft, Stolz auf Individualität gegen Gemeinschaftsgefühl, Recht des Einzelnen auf einen Platz im Slum gegen das Recht der Gesellschaft, den Slum abzureißen. Der manchmal irrlichternde Twitter-Fan Tharoor aus der indischen Regierung gegen den stets disziplinierten Twitter-Verhinderer Yang aus dem chinesischen Kabinett. Beide scheinen über ein Erfolgsrezept zu verfügen, beide gehören Staaten an, die weltrekordmäßig abgehoben haben - "Chindia" ist freilich ein Konzept, kein Gleichklang. Und doch sind sich indische wie chinesische Politiker darin einig, universelle Kriterien strikt abzulehnen. Wenn der Westen von allgemeingültigen Menschenrechten spricht, antwortet Yang gern mit Konfuzius - oder mit einem Zitat von Carl Schmitt: "Wer Menschheit sagt, will betrügen."*[448]

---

447 "Weltmacht im Wartestand", SZ, 18.11.2009. Vgl. dazu "Chimerika am Ende", SZ, 24.03.2010.

448 "Chimerika? Chindia!", SPIEGEL, 19.04.2010.

Die negativen Folgen für die Welt durch die Abwehr Chinas gegen allgemein zu geltende Werte wie Demokratie und Menschenrechte werden noch vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem bei der chinesischen Expansionspolitik in Afrika konstatiert - und zwar gleichermaßen in allen untersuchten Medien. Nicht nur die unlauteren Mitteln, die China beim Wettlauf um Energieressourcen gegen die westlichen Länder einsetze, stehen hierbei in der Kritik, sondern auch der negative Einfluss seines autokratischen Systems auf Afrikas politische Entwicklung. Bereits im Jahr 2005 kommentiert dazu die taz: *"Als Modell einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht, die das Geheimnis der erfolgreichen Armutsbekämpfung entdeckt hat, übt China einen großen Reiz auf afrikanische Länder aus, die den richtigen Weg aus der Armutsfalle immer noch suchen. Als autoritärer Einparteienstaat, der nicht im Geringsten an eine politische Öffnung denkt und zugleich von den wachstumsschwachen Industrienationen hofiert wird, zeigt China tagtäglich, dass man nur reich und mächtig sein muss, damit westliche Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten verstummen."*[449] Ähnlich schreibt auch die SZ ein paar Jahre später: *"Es wäre indes unfair, China dafür zu geißeln, dass es nun auch Afrikas Öl fördern möchte. Denn das wollen alle. Rohstoffe werden knapper, deshalb wächst Afrikas strategische Bedeutung. Und der Wettbewerb um Ressourcen wird härter. Was man aber den Chinesen zu recht vorwerfen muss, ist die Art und Weise, wie sie Afrikas innere Emanzipation untergraben (...) Afrikas Führer übersehen gerne, dass sich europäische Forderungen oft genug mit den Wünschen ihrer eigenen Völker decken, dass Menschenrechte und politische Transparenz universelle Werte sind, die nur von Autokraten und Diktatoren beiseite gewischt werden. In dieser Hinsicht ist Chinas Engagement in Afrika vermutlich verhängnisvoll. Denn Peking dient als Leitbild eines autokratischen Systems, das seinen Bürgern wesentliche politische Rechte verweigert."*[450]

Mit zunehmender Sorge wird wiederum während der Finanz- und Weltwirtschaftskrise in der deutschen Presse beobachtet, wie das Demokratiemodell selbst im Angesicht auf die krisengeplagten Länder des Westens allmählich überall auf dem Globus in Frage gestellt wird. Während die Attraktivität demokratischer Staatsführung immer mehr abnimmt, wächst die Attraktivität dirigistischer Modelle

449 "Hunger, Armut und sechs Flugzeuge", taz, 15.04.2005.
450 "Chinas Griff nach Afrika", SZ, 07.02.2007.

wirtschaftlicher Entwicklung wie das von China geradezu deswegen weiter - kommentiert etwa die FAZ zu Ende 2010 mit Blick auf Ostasien: *"Asiens Gesellschaften stehen nicht nur im Bann des immensen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs, sie beginnen, das meritokratische System, das Singapur entwickelt hat und das nun in abgewandelter Form von Peking exekutiert wird, als Alternative zur Demokratie wahrzunehmen. Das meritokratische Auswahlverfahren der politischen Elite, das Leistung und fachliche Eignung (neben Konformität) über alles stellt, hat nicht immer beliebte, aber oftmals fähige Technokraten produziert. In Singapur oder China scheinen sie auf je eigene Weise zu gewährleisten, was immer mehr demokratische Politiker vermissen lassen: professionelles politisches Management und strategische Planung, die sich nicht an schwankenden Stimmungen orientiert (...) Der Kampf der Systeme ist voll entbrannt, und sein Austragungsort ist Asien, wo derzeit - unbemerkt von einem mit sich selbst beschäftigten Europa - die internationale Ordnung der Zukunft entsteht. Noch ist offen, ob die Meritokratie als System Bestand haben wird. Doch gilt dies leider auch für die Demokratie, seit sie über die politischen Freiheitsrechte hinaus nur noch wenig Zauber verbreitet. Es ist ja nicht nur Indien, das unter seinen Möglichkeiten bleibt. Auch die Wiege der Demokratie ist aus Sicht vieler Asiaten morsch geworden. Spätestens seit der Finanzkrise steht der Westen für ökonomische Flickschusterei und politische Erratik, für nationale Selbstzweifel und eine immer angreifbarer werdende moralische Überheblichkeit."*[451]

Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch die WELT unter Berücksichtigung der wachsenden Attraktivität des China-Modells in den westlichen Ländern: *"Der Systemkonflikt ist also wieder da, auch wenn er nicht dieselbe ideologische Schärfe besitzt wie im Kalten Krieg. Und China ist das unfreiwillige Zentrum dieser weltweiten antidemokratischen Allianz. Das hat verschiedene Gründe. Einmal, weil China als aufsteigende Weltmacht unter den autoritären Regimen neben Russland am meisten Gewicht auf die Waage bringt. Aber auch, weil das chinesische Modell inzwischen erhebliche Anziehungskraft auf die Autokraten dieser Welt ausübt. Kaum eine Diktatur, die in den letzten Jahren nicht verkündet hätte, dem chinesischen Modell folgen zu wollen. Selbst im Westen wird ja gern die chinesische Effizienz und Schnelligkeit bei der Durchsetzung von großen Infrastrukturprojekten gepriesen, besonders dann, wenn im eigenen Land mal wieder zehn Jahre über einen neuen Flughafen oder Bahnhof diskutiert wird. China strebt nicht an, der Welt eine alternative Ideologie zur Demokratie anzubieten, wie es die Sowjetunion wollte. Aber seine pragmatische Diktatur ist vergleichsweise erfolgreich und nährt im Klub der*

[451] "Krieg der Währungen", FAZ, 03.10.2010.

Autokraten die Hoffnung, es sei eben doch möglich, ihre Herrschaft zu konsolidieren und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich zu sein."[452]

3.2 Die größte Diktatur der Erde sehnt sich nach Weltgeltung: Wo bleibt in China die Demokratie?

"Die Olympischen Spiele im Sommer 2008 sind ein Fixpunkt in Chinas rasanter Aufstiegsphase. Sie sind Anlass für Selbstdarstellung im Inneren und sollen den Hunger nach Anerkennung stillen. Sie dienen weniger der Selbstvergewisserung, sondern treiben allenfalls den schon jetzt peitschenden Ehrgeiz an (...) Peking 2008 ist ein sportliches wie ein politisches Ereignis, weil es die chinesische Regierung selbst war, die den Spielen ihren politischen Charakter gab durch ein Übermaß an nationalem Ehrgeiz in der Bewerbungsphase und die Zusage, die Menschenrechte stärker zu achten. Die Spiele lassen sich vor allem deshalb nicht unpolitisch halten, weil sie symptomatisch sind für Chinas eigentliches Dilemma. Das Land will agieren und anerkannt werden wie eine Großmacht, es will in Europa wie in Amerika akzeptiert werden - ohne aber eine besondere Verantwortung oder politische und moralische Überlegenheit zu demonstrieren."[453]

Die Pekinger Olympiade 2008 stellt einen Fixpunkt in der China-Berichterstattung der deutschen Presse dar, bei dem die Diskussion um China und seinen weltpolitischen Aufstieg eine neue Dimension erhält. Dabei erscheint Olympia als ein symbolischer Akt, in dem sich vor allem eines manifestieren sollte: das Betreten der Weltbühne durch eine wirtschaftlich starke Diktatur. Eine autoritär geführte Nation, "deren Wirtschaftswachstum die Welt schwindeln lässt", gehe "an die Startblöcke" - die Pekinger Olympiade werde "die Begrüßungsparty der Supermacht des 21. Jahrhunderts sein", konstatiert die ZEIT zu Anfang des Olympiajahres 2008.[454] Als moderne Nation möchte sich China unter den Augen der Welt dabei präsentieren, die Anerkennung und Akzeptanz verdient - bekommt man im Vorfeld Olympias auch in den anderen deutschen Printmedien zu lesen. Mit dem Motto "Eine Welt, ein Traum" möchte sich die riesige Wirtschaftsnation als verantwortungsvolle Weltmacht inszenieren und ihren alten Platz unter den Nationen wieder einnehmen. Ist aber

452 "Achse der Absager", WELT, 12.12.2010.
453 "In den Olymp", SZ, 08.08.2007.
454 "Was auf dem Spiel steht", ZEIT, 17.01.2008.

China auch politisch reif für die Weltbühne? Darf denn die aufstrebende Diktatur als gerechter Teilhaber der Weltgemeinschaft akzeptiert werden? - fragen sich dabei die China-Kommentatoren der deutschen Presse.

Folgt man dieser Darstellung, so könnte der eklatante Widerspruch zwischen Chinas Anspruch auf Weltgeltung und seiner politischen Realität kaum deutlicher hervortreten als bei der Tibet-Krise unmittelbar vor der Olympiade in Peking. "Das Idealbild der neugeborenen-edlen Großmacht" sei zerstört, die "Inszenierung der Harmonie misslungen" - schließt etwa die SZ aus dem chinesischen Vorgehen gegen die Proteste in Tibet im Vorfeld Olympias und trifft damit den Ton der Kritik der gesamten deutschen Presse.[455] Dabei sei auch der Traum des Westens, dass die Olympischen Spiele ein "trojanisches Pferd" werden könnten, "mit dessen Hilfe sich Demokratie nach China tragen lasse"[456] endgültig ausgeträumt - kommentiert hierzu die SZ. Zur gleichen Zeit schreibt seinerseits der SPIEGEL: "*Finstere Tage für China, finster für Olympia und finster für die Welt. Nach der Niederschlagung der Tibeter-Rebellion in Lhasa und in den westlichen Provinzen des Riesenreichs leidet der Westen am Wiedererkennungsschock einer längst überwunden geglaubten Vergangenheit. Die moderne Wirtschaftsmacht China mit all ihren Attributen westlich geprägter Globalisierung entpuppt sich plötzlich wieder als ganz gewöhnliche Diktatur alten Stils, als perfekter Polizeistaat, in dem es gefährlich ist, seinen Kopf zu heben (...) Pekings Polizisten zerstören nun die Hoffnungen, dass Chinas Aufstieg zur reichen Weltmacht die politische Öffnung notwendig nach sich ziehen würde. Dass Starbucks-Coffeeshops die demokratische Diskussion erzwingen. Oder dass Audi-Limousinen die uneingeschränkte Freiheit garantieren können. Vorbei.*"[457] Sieht so ein Land aus, dass das größte Fest der Jugend willkommen heißen und dabei selbst von der Weltgemeinschaft als verantwortungsbewusste Großmacht willkommen geheißen werden will? - fragt sich unterdessen die Presse in Deutschland.

Die Veranstaltung der Spiele durch eine Diktatur, die mit allen Mitteln zur Weltmacht werden will, birgt für die heimische Presse ohnehin einen Skandal - auch ohne die Tibet-Krise. Ob bei der Repression von Dissidenten und Andersdenkenden im

455 "China und die Moral", SZ, 12.04.2008.
456 "Der Traum von China", SZ, 23.04.2008.
457 "Olympia in Ketten", SPIEGEL, 07.04.2008.

eigenen Lande oder etwa bei dem Schutz von Diktatoren in Afrika und anderswo - stets entblöße sich die neue Großmacht vor der Weltöffentlichkeit als ein Unrechtsregime, das weder willens noch in der Lage sei, wahre Größe zu zeigen, so der Grundtenor der Kritik. Ihr habe Olympia schließlich vor allem als Prestigeprojekt zu dienen. *"Die Ausrichtung der Olympischen Spiele ist für die chinesische Führung ein Prestigevorhaben, mit dem Chinas zunehmende Bedeutung in der Welt und sein Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Großmacht mit sportlichen Triumphen verklärt werden sollen"*, kommentiert etwa die FAZ am Ende des Jahres 2006 zu Pekings Zensurbestimmungen für ausländische Medien im Hinblick auf die Olympiade.[458] Die chinesische Regierung wäre mit den Olympischen Spielen nur dann zufrieden, "wenn es ausschließlich Hochglanzberichterstattung gäbe" - "alle anderslautenden Bekundungen sind Sand für die Augen des Auslands", schreibt das gleiche Blatt auch einige Monate später.[459] *"Es geht - auf der politischen wie auf der sportlichen Ebene - darum, den Schein zu wahren"*, kommentiert ihrerseits die SZ während der Spiele im Sommer 2008.[460] Kritik und Druck aus dem Ausland lasse China dabei abprallen, mit einer Härte und Kompromisslosigkeit, die nicht mal die Sowjets während der 1980er-Spiele in Moskau herausstellten - schreibt zur gleichen Zeit auch die WELT, und fügt an: *"Ja, man hat den Eindruck, dass Peking der ganzen Welt zeigen will, dass es sich nicht in irgendeiner Weise von außen beeinflussen lassen wird."*[461]

Diese Kritik am Olympia-Gastgeber China durchzieht wie ein roter Faden die bei weitem meisten China-Kommentare der deutschen Presse vor und während der Olympiade 2008. An ihr lässt sich das Profil eines eigensinnigen Aufsteigers ablesen, der sich zu keinerlei politischer oder moralischer Verantwortung verpflichtet fühlt. So darf es nicht verwundern, "wenn Chinas wirtschaftlicher und politischer Anspruch Ängste auslöst und Widerstand provoziert" - urteilt indes die SZ, just zum Beginn des Olympia-Countdowns ein Jahr vor den Spielen, und ergänzt: "*China hat das Tor zur entwickelten Welt aufgestoßen, es entfaltet Lust an der ungestümen Machtausübung. Die ökonomischen Ambitionen sind grenzenlos, die politischen Ansprüche jenseits der eigenen Grenze spürbar (...) Ganz oben steht die*

458 "Pekinger Probelauf", FAZ, 11.12.2006.
459 "Unsouverän", FAZ, 08.08.2007.
460 "Olympia extrem", SZ, 18.08.2008.
461 "Gut für die Diktatoren", WELT, 04.08.2008.

Systemfrage: Eine riesige Nation, autoritär regiert von einer Partei, arm an demokratischen Elementen und reich an Repression, ist ein schwieriger Partner."[462]

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise in den westlichen Industrieländern unmittelbar nach der Pekinger Olympiade steht die Kritik der deutschen Presse am ambitionierten Aufsteiger China nun immer mehr im Zeichen eines neuen Systemkonflikts zwischen West und Ost. Je stärker China mit seinem autoritären asiatischen Wirtschaftsmodell gegenüber dem krisengeplagten Westen aufzutrumpfen scheint, desto unverhohlener führe es sich auf, als sei es stets nur seinen eigenen Interessen und keinerlei internationaler Verantwortung verpflichtet - bemerken immer häufiger die China-Kommentatoren. Hiermit zeichnet sich aus Sicht der Presse in Deutschland auch der Systemkonflikt der kommenden Jahre ab. Ideologisch würde dieser nicht so aufgeladen sein wie der Kalte Krieg, denn "Chinas Machtanspruch ist kein imperialistischer und kein idealistischer" - "er ist jedoch ein ausgesprochen egoistischer"[463], urteilt die ZEIT in Übereinstimmung mit den anderen Printmedien Deutschlands anderthalb Jahre nach Ausbruch der Krise. Ob bei der Menschenrechts- und Dissidentenfrage oder bei den Fragen der Handels- und Währungspolitik; ob bei Fragen der Umwelt- und Energiepolitik oder der internationalen Sicherheitspolitik - stets zeugt schließlich Chinas Politik aus Sicht der deutschen Presse von Eigennutz und Kompromisslosigkeit.

In diesem Sinne kommentiert die SZ mitten in der Weltfinanzkrise zu Ende des Jahres 2009: *"Die Volksrepublik bleibt bei einer Wirtschaftspolitik, die nur enge eigene Interessen kennt (...) China kämpft weltweit immer aggressiver um Erdöl und Edelmetalle. Es weigert sich, ernsthaft beim Klimaschutz mitzuarbeiten. Aus Eigennutz schützt es die atomaren Ambitionen von Staaten wie Iran und Nordkorea, anstatt mit der internationalen Gemeinschaft an einem Strang zu ziehen."*[464] Ähnlich kommentiert das gleiche Blatt wenig später aus Anlass des Staatsbesuchs von US-Präsident Obama in Peking: *"Zu Obamas Glaubensbekenntnis zählt die Überzeugung, dass Staaten wie erwachsene Menschen miteinander umgehen können sollten: Man definiert seine Interessenunterschiede, man findet im Dialog*

---

462 "In den Olymp", SZ, 08.08.2007.

463 "Nach ihren Regeln", ZEIT, 18.02.2010. Vgl. dazu "Chinas Vorbild: China", ZEIT, 15.07.2010, "China trumpft auf", ZEIT, 13.01.2011.

464 "Rivale, nicht Partner", SZ, 16.11.2009.

einen Ausgleich (...) Man mag das als Ausdruck des gestiegenen Selbstwertgefühls Chinas sehen oder auch als Zeichen aufkeimender nationaler Hybris. Wie auch immer: Die Chinesen sind nicht zu Kompromiss und ernsthafter Zusammenarbeit mit den USA bereit - schon gar nicht zu einer strategischen Partnerschaft. Obama musste lernen, dass ein Wille zum Dialog daran nichts ändert."[465] Zur gleichen Zeit schreibt der SPIEGEL unter dem Titel *"Die Herren der Welt"*: *"Was treibt Chinas Führung um? Zunächst einmal ein an Arroganz grenzendes Selbstvertrauen. Die Chinesen sehen sich als Sieger der globalen Wirtschaftskrise (...) Peking spielt gegenwärtig provozierend den Störenfried, ob bei der Klimakonferenz von Kopenhagen, ob im Uno-Sicherheitsrat, wo es sich als Einziger gegen verschärfte Iran-Sanktionen aussprechen dürfte. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass die chinesische Währung um 25 bis 40 Prozent unterbewertet ist und Produkte aus Peking so künstlich verbilligt werden. Dennoch denken Chinas Führer nicht daran, den Yuan aufzuwerten. Obamas Klage darüber lassen sie locker abtropfen, so unbekümmert, wie sie den amerikanischen Präsidenten in Kopenhagen mit zweitklassigen Gesprächspartnern abspeisten. China glaubt, es sich leisten zu können - in Afrika und Asien betrachtet man Pekings Autoritarismus als nachahmenswertes Erfolgsmodell (...) Pekings Führer benehmen sich wie die Herren der Welt, so abgehoben, als könnten sie über Wasser gehen. "Ich bete jeden Abend für die Erleuchtung der Kommunistischen Partei", sagt der Dalai Lama - und träumt von der Wiedergeburt chinesischer Tugenden wie Bescheidenheit und Augenmaß. Da kann er lange träumen."*[466]

Chinas wachsende nationale Hybris wird in der deutschen Presse jedoch vor allem als Ausdruck von innerer Unsicherheit gedeutet. Insbesondere die Härte, mit der China nach Darstellung der Presse in der Menschenrechts- und Dissidentenfrage agiert und dabei auf die Kritik des Auslands reagiert, zeugt aus Sicht der Kommentatoren nicht zuletzt von der Nervosität eines Regimes, das sich stets um den Zusammenhalt seines Riesenreiches zu fürchten hat. Ob beim Vorgehen gegen die Demonstranten in Tibet kurz vor der Olympiade in Peking oder bei der Inhaftierung des Bürgerrechtlers Liu Xiaobo zu Ende des Jahres 2008; ob bei der gewaltsamen Reaktion von Behörden und Polizisten auf die Unruhen in der autonomen Provinz Xinjiang im Sommer 2009 oder beim Streit um Zensur und Meinungsfreiheit während der Frankfurter Buchmesse im Herbst des gleichen

465 "Obama gegen Peking", SZ, 15.02.2010.
466 "Die Herren der Welt", SPIEGEL, 22.02.2010.

Jahres; ob bei den Protesten Pekings gegen die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Liu Xiaobo im Jahr 2010 oder bei der Welle von Festnahmen chinesischer Bürgerrechtler wie etwa Ai Weiwei während der Jasmin-Revolution in der arabischen Welt zu Anfang des Jahres 2011 - in allen diesen Fällen zeigt sich aus Sicht der Presse in Deutschland vor allem eines: Die aufsteigende Weltmacht sei zugleich ein Staat, der sich vor seiner eigenen Bevölkerung zu fürchten hat.

So schreibt der SPIEGEL zur Eröffnung der Weltausstellung in Schanghai zwei Jahre nach der Olympiade in Peking: *"Die Expos von Hannover im Jahr 2000 und im japanischen Aichi 2005 sind längst vergessen - mit einer Weltausstellung die Welt beeindrucken zu wollen scheint ein anachronistisches Konzept. Was will die Volksrepublik mit ihrer Supershow erreichen? Geht es den Chinesen darum, endgültig als Großmacht in der Weltgemeinschaft integriert zu werden, oder wollen sie sich von ihr abheben und eigene Spielregeln aufstellen? Praktizieren sie das klassische "shangwu chouti" - den Gegner aufs Dach holen und ihm die Leiter entziehen? Oder entspricht ihre Arroganz eher Unsicherheit, weil sie in Wahrheit keine Antworten auf die Herausforderungen haben, das Gefälle zwischen Arm und Reich, die Korruption, den fehlenden nationalen Zusammenhalt?"*[467]

Hybris und Unsicherheit bleiben also aus Sicht der deutschen Presse bis dato die zwei ergänzenden Merkmale, welche die aufstrebende Großmacht China kennzeichnen. Die kapitalistische Autokratie chinesischer Prägung mag nach außen in die Welt mächtiger denn je wirken - liest man in den meisten China-Kommentaren der letzten Jahre -, doch im Inneren bleibt ihre Macht wie eh und je gefährdet, weshalb sie auch noch immer laut ins Horn des Nationalismus blasen muss. An der neuen Machtdemonstration Chinas auf dem internationalen Parkett lässt sich dabei vor allem die innere Schwäche des chinesischen Systems ablesen. Dank einem historisch beispiellosen Wirtschaftswachstum scheint dieses System noch aufzutrumpfen, so dass China vielen sogar nun als Leitbild erscheint - bemerken die Pressekommentatoren. Ob aber China mit diesem System tatsächlich zur weltführenden Großmacht werden kann, wird von den meisten Kommentatoren stark in Zweifel gezogen. Diese Schilderung bildet den Hintergrund von mehr als einem Drittel der in diese Arbeit einbezogenen China-Beiträge der deutschen Presse, die im

[467] "Labor der Zukunft", SPIEGEL, 26.04.2010.

Zeitraum von 2007 bis März 2011 erschienen sind.[468]

3.2.1 Ein Gigant ohne Größe

Je mächtiger China auf der internationalen Bühne wirkt, desto unsouveräner scheint es aus dem Blickwinkel der deutschen Presse zu agieren. Dabei heißt es: China sei eine Großmacht geworden, die Anspruch auf Weltgeltung erhebt - wahre Größe zu zeigen, sei jedoch die neue Großmacht nicht imstande. Diese Kritik durchzieht wie ein roter Faden die Pressedebatte um China während des ganzen Zeitraums von 2007 bis März 2011. Vor allem im Hinblick auf die Menschenrechtsfrage, aber auch auf Fragen der internationalen Wirtschafts-, Energie-, Umwelt- und Sicherheitspolitik - stets zeigt sich China im zeitgenössischen Bild der deutschen Presse wie eine unsouveräne Großmacht, die erwartungsgemäß mit Aversion auf jegliche Kritik von außen reagiert. Abgeleitet wird diese Haltung Chinas nicht zuletzt aus der inneren Unsicherheit der Pekinger Führung, die bei allem zur Schau gestellten Machtbewusstsein ständig um die Macht im eigenen Lande zu fürchten hat. Eine Regierung, die Angst vor den eigenen Bürgern habe, könne auch keine politische Überlegenheit demonstrieren, weder nach Innen noch nach außen - bemerkt dazu die Mehrheit der China-Kommentatoren. Zwar zeigen sich die chinesischen Führer bemüht, "China als modernes, aufstrebendes, als friedliches und harmoniesüchtiges Land"[469] zu präsentieren. Doch im selben Moment zeigen sie sowohl nach innen wie auch nach außen eine Härte, die gar nicht zum Bild einer modernen Großmacht passen will - so der Grundtenor der Kritik. Möchte aber die neue Großmacht auf der internationalen Bühne glaubwürdig auftreten und von der Weltgemeinschaft als berechtigter Partner akzeptiert werden, so müsste sie auch lernen, moralische Größe zu zeigen - fordern wiederholt in ihren China-Kommentaren der letzten Jahre allen voran die SZ, die FAZ, die WELT wie auch die ZEIT.

Dieses Motiv der Pressekritik am unsouveränen Umgang Chinas mit Kritik setzt

[468] Genauer genommen sind das 149 von insgesamt 399 erfassten Titeln aus jener Zeit. 77 davon befassen sich mit der Innenpolitik und 72 mit der Außenpolitik Chinas.
[469] "Die wahren Sieger kennt noch keiner", ZEIT, 21.08.2008.

bereits ein Jahr vor der Olympiade in Peking ein. *"Unsouverän"* titelt die FAZ in einem Leitkommentar, der just zum Beginn des Olympia-Countdowns ein Jahr vor den Spielen die "Behinderung ausländischer Berichterstatter" in China beklagt: *"Um keinen Preis will man einen schlechten Eindruck hinterlassen. Alles dies führt zu einem bemerkenswert unsouveränen, teilweise grotesken Vorgehen der chinesischen Behörden."*[470] Dabei habe China ein "Imageproblem, und zwar ein gewaltiges", bemerkt zur gleichen Zeit ihrerseits die SZ und kommentiert dazu: *"Es vergeht kaum eine Woche, in der keine schlechte Nachricht aus Peking um die Welt geht. Der Versuch der kommunistischen Führung, sich vor und während der Olympischen Spiele im besten Licht zu präsentieren, dürfte scheitern. Derzeit sieht es so aus, als werde das Licht der olympischen Fackel eher die Schattenseiten des Landes ausleuchten. Da enthüllt sich, Meldung für Meldung, eine asiatische Entwicklungsdiktatur, die unverfroren geistiges Eigentum stiehlt, im Ausland spioniert, minderwertige Produkte in alle Welt verschifft und daheim Umweltschutz und Menschenrechte missachtet. Und wie reagiert China auf das Desaster? Trotzig und renitent."* Der internationale Kritikhagel werde dabei von Chinas Regierung als "Kampagne des Westens gegen die wirtschaftliche Entwicklung Chinas" abgetan, während zur Verletzung von Urheberrechten "Lippenbekenntnisse" abgeliefert und die Verantwortung für den globalen Umweltschutz auf die westlichen Industrieländer "abgeschoben" werden - schreibt darin die SZ und schließt daraus: "*Die jetzige Führung, die ihren Mythos ihres Befreiungskampfes gegen Japaner und andere Imperialisten pflegt, denkt noch immer stark in nationalistischen Kategorien. Sie ist schlecht gerüstet für eine Welt, die zunehmend gemeinsam auf globale Herausforderungen antworten muss."*[471] Ähnlich äußert sich zu jener Zeit auch die WELT in einem Kommentar, das vor dem Hintergrund des damaligen China-Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel und der dabei angedeuteten Bereitschaft der chinesischen Regierung zur Zusammenarbeit allerdings "mühsame Lernprozesse" zu vermerken hat: "*Vom bleihaltigen Spielzeug bis zu gefährlichen Reifen oder belasteten Nahrungsmitteln, von Dopingmitteln, die skrupellose Pharmakonzerne in alle Welt verkaufen, bis zum Produktklau. Die Liste an Vorwürfen wird täglich länger. Das zerstört nicht nur alles Ansehen von made in China, sondern den Ruf der Nation. Nicht einzelne schwarze Schafe stehen am Pranger, sondern China selbst. Die Werkbank der Welt wird, wenn sie nicht schnell gegensteuert, in eine schwere Krise stürzen. Eine Lehre hat die Regierung gezogen. Sie kann sich bei ihrer*

---

470 "Unsouverän", FAZ, 08.08.2007.

471 "Das Image des Drachen", SZ, 28.08.2007.

weltpolitischen Bedeutung und Außenwirtschaftskraft nicht mehr leisten, Anschuldigungen zu ignorieren oder sie als Ränke von Feinden abzutun."[472]

Ihren Höhepunkt erreicht die Pressekritik am unsouveränen Olympia-Gastgeber China vor dem Hintergrund der Krise um Tibet kurz vor Beginn der Spiele im Frühling 2008. Störrisch und kompromisslos zeigt sich China hierbei aus Sicht der Presse sowohl gegenüber den Tibetern und dem Dalai Lama als auch gegenüber der Weltöffentlichkeit. Mit seiner "paranoiden, vorolympischen Kraftmeierei"[473] durch die Verschärfung von Repression in Tibet wie in ganz China und trotz weltweiter Empörung und Proteste drohe Peking nicht nur das Weltsportfest, sondern vielmehr auch den Ruf des eigenen Landes aufs Spiel zu setzen - klagt indes die Presse in Deutschland. *"All das eine PR-Katastrophe, ein GAU, wie er für Chinas Machthaber nicht schlimmer sein könnte - und das gerade jetzt, da sich Peking im Glanz der Olympischen Spiele zeigen will"*, schreibt dazu der SPIEGEL.[474] Hierzu kommentiert ihrerseits die SZ: "*Kaum jemand hatte ernsthaft erwartet, dass sich ein Unrechtsregime wie das chinesische nur wegen des Ausrichtens der Sommerspiele über Nacht zur Gänze verwandelt. Aber ein wenig Lockerung der Repression, ein wenig Dialogbereitschaft mit den Tibetern, ein wenig Sensibilität im Umgang mit dem eigenen Ruf hatte man sich doch erhofft."*[475] Stattdessen setze das Pekinger Regime auf das Schüren von Nationalismus - und die Propaganda stoße bei der "nationalistisch indoktrinierten Bevölkerung"[476] auf offene Ohren, bemerken allen voran die SZ, die WELT und der SPIEGEL. So kommentiert etwa Letzterer: *"Wer nur das ultramoderne China kennt, der kann kaum ermessen, wie fanatisch sich chinesischer Volkszorn derzeit gegen die westliche Kritik an der Unterdrückung Tibets austobt, sowohl in der staatlichen Presse als auch im Internet. Es ist, als hätte China die Uhr um Jahrzehnte zurückgedreht. Chauvinistischer Staatsfunk steht auf dem Programm."*[477]

"Warum aber gefährdet China seinen Ruf in der Welt so vorsätzlich und dramatisch?"

---

472 "Chinas mühsame Lernprozesse", WELT, 27.08.2007.

473 "Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer", SZ, 15.03.2008.

474 "Hass und Heiligkeit", SPIEGEL, 22.03.2008.

475 "Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer", SZ, 15.03.2008.

476 "Olympia in Ketten", SPIEGEL, 07.04.2008.

477 Ebd. Dazu vgl. "Pekings tibetische Schachzüge", WELT, 26.04.2008, "Eine Welt, ein Albtraum", SZ, 19.05.2008.

- muss sich dabei der SPIEGEL zusammen mit den anderen Medien fragen.[478] Nicht zuletzt wird dies durch die Unfähigkeit des anachronistischen chinesischen Regimes erklärt, die Mechanismen von Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften zu verstehen. *"Peking hat das Desaster in Lhasa auch zu einem selbstorganisierten PR-Desaster gemacht. Dies zeigt, dass Chinas KP-Funktionäre keine modernen Verwalter sind, sondern zum großen Teil eben doch Parteimasken, die intellektuell tief im 20. Jahrhundert hängengeblieben sind"*, schreibt die SZ vor dem Hintergrund der weltweiten Protestaktionen gegen das chinesische Vorgehen in Tibet.[479] Hierzu kommentiert dasselbe Blatt an anderer Stelle: "*Peking hat die Bilder nicht unter Kontrolle. Die Sturheit, mit der sie den Protest an sich abprallen lässt, zeugt von vollkommener Unkenntnis der Regeln einer offenen Gesellschaft. Sie offenbart eine grandiose Unterschätzung des Ereignisses Olympische Spiele, als simple Form für politisches Marketing."*[480] Ähnlich kommentiert dazu auch die ZEIT: "*Die chinesische Regierung macht in diesem Jahr eine erschütternde Erfahrung: Sie entdeckt schmerzhaft den Pluralismus. Und sie merkt: Beim globalen Image eines Landes kommt die Macht weder aus Gewehrläufen noch aus den Fabriktoren und schon gar nicht aus dem Propagandaministerium, sondern aus Köpfen von Individuen. Im April musste die KP mit ansehen, wie ihre arme, hilflose Fackel dem Wilden Westen ausgesetzt war. Nun ist es noch schlimmer: Der Wilde Westen ist jetzt da, mitten in Peking, und das mit seinen Soldaten und Polizisten und Internetzensoren scheinbar so starke Regime ist diesem Westen, wenn es um Bilder und Image geht, ausgeliefert. Eben genau deswegen, weil er plural ist, weil er auf kein einheitliches Kommando hört und weil er in Sachen Weltöffentlichkeit und Stimmungsmache den in diesen Dingen etwas ungeübten Kommunisten weit überlegen ist."*[481]

Vor allem aber wird Chinas Aversion gegen jegliche Kritik von außen von der inneren Unsicherheit seines politischen Systems hergeleitet. Abschottung erscheint dabei als die logische Folge der stetigen Angst der chinesischen Führung vor dem eigenen Machtverlust. "*Wenn die Zentralregierung etwas fürchtet, dann ist es der Verlust des Mandats der nationalen Einheit"*, schreibt dazu die WELT.[482] Die Angst vor dem Zusammenbruch des Riesenreichs und vor Chaos sitze tief nicht nur bei Chinas Mächtigen, sondern auch bei seiner Bevölkerung - bemerken dazu die meisten

478 "Hass und Heiligkeit", SPIEGEL, 22.03.2008.
479 "Pekings Desaster in Lhasa", SZ, 29.03.2008.
480 "Der Kampf um die Fackel", SZ, 08.04.2008.
481 "Nur Mut!", ZEIT, 07.08.2008.
482 "Der Fluch der Olympischen Spiele", WELT, 18.03.2008.

Kommentatoren. In erster Linie gehe es jedoch um die Angst der Diktatur, endgültig die Kontrolle zu verlieren. Schließlich - so die WELT - erinnere das Propaganda-Vokabular Pekings schmerzlich daran*, "dass wir es trotz aller Wirtschaftsliberalisierung und Öffnung immer noch mit einem kommunistischen System zu tun haben, das den eigenen Machterhalt wie selbstverständlich über die Menschen- und Freiheitsrechte stellt."*[483] In diesem Sinne kommentiert ihrerseits die SZ: *"Das chinesische System ist abgeschottet, die Stabilität im Land geht über alles. Niemand kann ermessen, was eine neue Tibet-Politik auslösen würde in diesem gewaltigen Reich, das sich allemal zu schnell und zu unkontrolliert verändert, dessen soziale Stabilität längst aus dem Gleichgewicht geraten ist und dessen politisches System zum Anachronismus wird, je stärker das Bruttosozialprodukt wächst. Wohlstand, Individualität und Freiheit vertragen sich nun mal nicht mit einer hyperkapitalistischen Autokratie. Die moralische Empörung über Tibet - eigentlich über die innere Unfreiheit in China - hat einen hohen Wert. Selbst wenn China keine unmittelbaren Zugeständnisse macht, selbst wenn der eiserne Griff nicht gelockert wird, so ist zumindest das Idealbild der neugeborenen, olympisch-edlen Großmacht zerstört. Bilder und Inhalt passen nicht zueinander, die Inszenierung der Harmonie ist misslungen. Wer seinen Platz auf der Weltbühne reklamieren will, der muss vor allem glaubwürdig sein. Glaubwürdig sind weder das IOC noch China. Sie haben nicht verstanden, dass Moral eine echte olympische Disziplin ist."*[484] Ähnlich kommentiert die WELT einige Monate später zur Eröffnungsfeier der Olympiade in Peking unter dem Titel *"Trügerisches Selbstbild"*: "*Starregisseur Zhang Yimou kommt das Verdienst zu, mit der Gala der Welt sein Land so zu zeigen, wie sie es auch früher bewundert hat, und zugleich seine Chinesen auf Entdeckungsreise in ihre Vergangenheit geschickt zu haben (...) Seine Absicht ist klar: Er will damit Vertrauen für sein Land wecken und um Glaubwürdigkeit werben (...) In Chinas Politik rächt es sich, dass die Partei um ihren Machterhalt mehr besorgt ist als um ihre aufgeschobene politische und moralische Erneuerung des Landes. Sie hat ihre vor 30 Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen bis heute weder durch mutige politische Reformen noch durch allgemein akzeptierte Wertvorstellungen in der Erziehung absichern können. Chinas Politik kann daher weder nach innen noch außen glaubwürdig auftreten."*[485]

---

483 "Warum Peking nicht besser ist als Pjöngjang oder Havanna", WELT, 26.03.2008.

484 "China und die Moral", SZ, 12.04.2008. Vgl. dazu "Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer", SZ, 15.03.2008.

485 "Trügerisches Selbstbild", WELT, 11.08.2008.

Dementsprechend scharf fällt die Kritik der Presse - allen voran der FAZ und der SZ - bei ihrer Bilanz der Pekinger Olympiade aus. *"Die synthetischen Spiele: Peking hat der Welt ein China-Bild gezeigt, das die Wirklichkeit im Innern ausblendet"*, titelt die SZ ihren Leitkommentar zur Abschlussfeier der Olympiade.[486] *"Kunstwelt Olympia: Die Spiele von Peking waren Spiele unter einer Glocke. Ihre Widersprüche münden in offensive Resignation"*, titelt ihrerseits am gleichen Tag die FAZ und kommentiert dazu: "*Was haben wir in Peking erlebt? Und wie hat die Welt Peking erlebt? Schaurig-schöne Spiele, eine perfekte Inszenierung mit grandiosen Kulissen, Weltklasse-Leistungen der Athleten, eine Stärkung des globalen Anspruchs und gleichzeitig eine überwältigende Machtdemonstration der chinesischen Führung - je nach Sichtweise zeigt sich dieses widersprüchliche Spektakel in einem anderen Licht (...) Die ehrgeizige Nation hat demonstriert, zu welch gewaltigen Anstrengungen sie fähig ist, um sich im Weltgefüge die Anerkennung zu verschaffen, auf die sie Anspruch erhebt. Und ihre Machthaber haben gezeigt, dass sie sich dabei nicht um die westlichen Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtslage zu scheren brauchten."*[487] Ähnlich kommentiert hierzu die SZ auch ein Jahr später - diesmal vor dem Hintergrund der Unruhen in der chinesischen Provinz Xinjiang: *"China will gerne als moderne Nation gesehen werden. Es sehnt sich nach gleichberechtigter Aufnahme in die Weltgemeinschaft. Doch immer wieder misslingt diese Projektion des eigenen Anspruchs im Ausland. Schon kurz vor den Olympischen Spielen in Peking war das so, als die Tibeter rebellierten. Nun sind es die Uiguren, ein unterdrücktes Turkvolk von neun Millionen, in einer weiteren angeblich "autonomen Provinz" (...) Auch innenpolitisch sind die Toten von Urumqi eine Blamage. In diesem Jahr will die Partei den sechzigsten Geburtstag der Nation feiern. Da lebt die Urangst in der Führung vom Zerfall der Nation wieder auf - das post-sowjetische Trauma ist Chinas Albtraum. Ausgerechnet jetzt stürzt das Lügengebilde von einer "glücklichen Vielvölkerfamilie" zusammen. Denn ohne Demokratie gibt es keine echte Autonomie der Minderheiten. Und ohne Wahrheit im öffentlichen Diskurs gibt es auch keine Harmonie."*[488]

Der Hinweis auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität bleibt das leitende Motiv der Pressekritik an der aufstrebenden Großmacht China auch vor dem Hintergrund der Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Der Aufsteiger China, dessen Wirtschaft im Kontrast zu den krisengeplagten Ländern des Westens noch immer

[486] "Die synthetischen Spiele", SZ, 25.08.2008.
[487] "Kunstwelt Olympia", FAZ, 25.08.2008.
[488] "Das Ende der Harmonie", SZ, 09.07.2009.

weiter boomt, stelle bei allen außenpolitischen Themen ein Machtbewusstsein zur Schau, das sich jede Kritik von außen verbietet - dies sei nichts Neues, aber der Ton habe sich verschärft, bemerken immer häufiger die Kommentatoren seit dem Jahr 2009. Doch hinter dieser Haltung der anscheinend auftrumpfenden Nation steckt aus Sicht der Kommentatoren nach wie vor vor allem eines: Unsicherheit.

So kommentiert die SZ ein Jahr nach dem Ausbruch der Krise anlässlich der Frankfurter Buchmesse, bei der China als "Ehrengast" im Mittelpunkt stand: *"Das überwölbende Motiv aller chinesischen Regierungspolitik ist die Angst vor der Explosion, vor dem Kontrollverlust. Ob in Frankfurt Oppositionelle und eine Kulturinstitution wie die Buchmesse angefeindet werden, ob der Expansionsdruck in der Wirtschaft zu Handelskriegen führt, ob die Streitkräfte im wachsenden Bewusstsein ihrer Bedeutung die neue Hochseeflotte vorführen - immer zeugt dieses China auch von einer großen Anspannung, von einem Mangel an gelassener Souveränität."*[489] Ähnlich schreibt das gleiche Blatt auch wenige Monate später unter dem Titel *"Das gekränkte Großreich"*: *"China ist ein mimosenhafter Gigant. Immer wenn das Land wegen seiner Außenpolitik (Beziehungen zu Unrechtsregimen etwa) oder seiner inneren Verhältnisse (die Behandlung der Minderheiten in Tibet oder Xinjiang, die Menschenrechtspolitik) in die Kritik gerät, reagiert es aggressiv. Selbstverständliche politische Auseinandersetzungen - wie etwa über die Währungspolitik oder die Obstruktion bei den Klimaverhandlungen - werden feindselig und brüsk erwidert. China zeigt eine politische Unreife im internationalen Umgang, die seiner Größe und Bedeutung in der Welt nicht mehr gerecht wird. Mantrahaft wird von der Einmischung in innere Angelegenheiten gewarnt - eine absurde Floskel für eine verflochtene Welt, in der die inneren Zustände sehr wohl eine Rolle spielen für Investitionsbedingungen oder politische Kooperationen."*[490]

Hierzu kommentiert ihrerseits die ZEIT zu Ende des Jahres 2010: *"Vor allem aber ist die Regierung zunehmend Getriebene des von ihr verordneten Patriotismus (...) Seit den neunziger Jahren hat die Regierung dem Volk einen Patriotismus verschrieben, der ganz auf die Restaurierung nationaler Ehre setzt. Viel mehr hat sie dem Volk ideologisch nicht anzubieten, hat sie doch das sozialistische Ideal der Gleichheit dem Wachstum geopfert. Das führt zu einer paradoxen Situation: Ausgerechnet im Moment lang ersehnter Stärke wirkt die Führung geradezu besessen von den Demütigungen, die das Land in der Vergangenheit durch den Westen erlitten hat.*

489 "Chinesische Spannungen", SZ, 16.09.2009.
490 "Das gekränkte Großreich", SZ, 30.12.2009.

Manchmal scheint es, als sei China ein Riese, den die Minderwertigkeitskomplexe eines Zwerges plagten. Wer aber alles zu einer Frage der nationalen Ehre stilisiert, dem fällt es zunehmend schwer, pragmatische Außenpolitik zu betreiben (...) Wer mächtig ist, wird kritisiert, das weiß niemand besser als die USA, das erfahren auch die Deutschen innerhalb der EU. China ist mächtig geworden – aber wird es auch lernen, Größe zu zeigen?"[491] Zu Anfang des Jahres 2011 bemerkt dazu die ZEIT anlässlich der Reaktion der Pekinger Regierung auf die Aufrufe zu Protesten in China vor dem Hintergrund der "Jasmin-Revolution" in der arabischen Welt: *"In Ermangelung eines massenhaften Jasminprotests gab es darüber wenig zu berichten. Die Übergriffe auf ausländische Journalisten aber wurden zum großen Thema. Dahinter steckt nicht nur ein Unverständnis für die Mechanismen westlicher Öffentlichkeit. Es ist eine schwer nachvollziehbare Unfähigkeit, Kritik zu ertragen, die so gar nicht zu einer Großmacht passen will. Vor allem zeigt sich, wie viel Angst die Regierung offenbar davor hat, dass ihr das Volk entgleitet."*[492] Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit die SZ: *"Die Revolutionen in Arabien und die Aufrufe zu Protesten in China, die folgenlos blieben, haben dennoch vor allem die Hybris und Unsicherheit in den Reihen der chinesischen Führung offengelegt. Es ist Hybris, auf Dauer besser wissen zu wollen als das eigene Volk, was gut ist just für dieses Volk. Und es ist die daraus resultierende Unsicherheit, dass dieses Volk schnell anderer Meinung sein könnte, sollte eines Tages der gut geölte Wirtschaftsmotor ins Stottern geraten. Genau so wie in Tunesien oder Libyen."*[493]

Ob denn dieses China, dessen internationales Auftreten stets von einer Mischung aus Hybris und Unsicherheit bestimmt erscheint, als verlässlicher Partner in Weltwirtschaft und Weltpolitik gelten kann, wird von der Mehrheit der Kommentatoren der deutschen Presse stark bezweifelt. Dazu kommentiert die FAZ in Übereinstimmung mit den anderen Medien aus Anlass des China-Besuchs von US-Präsident Obama zu Ende des Jahres 2009: *"China hat sich zwar gewaltig verändert. Aber wenn es um Freiheitsthemen geht, ist die Staatsführung so engstirnig wie eh und je. Deshalb mutet es auch etwas seltsam an, dass die Amerikaner nach dem Auftritt Präsident Obamas in Schanghai enttäuscht darüber waren, dass dessen Äußerungen nicht in ganz China im Fernsehen übertragen wurden. Wieso hätte sich Peking diesem - aus seiner Sicht - Risiko wohl aussetzen sollen? Die Führung hätte*

491 "Eine Frage der Ehre", ZEIT, 16.12.2010. Vgl. dazu "Starker Feigling", taz, 02.10.2009.
492 "Angst vor den anderen", ZEIT, 10.03.2011.
493 "Chinas Angst", SZ, 07.03.2010.

damit zwar wahre Größe und Stärke zeigen können, zumal ja niemand befürchten musste, dass der Staatsgast die diplomatischen Konventionen verletzen würde. Aber so funktioniert China nicht. Für Kritik an dieser Haltung ist die Regierung schon lange nicht mehr empfänglich. Da ist der schwache Gigant plötzlich ganz stark, weil er weiß, dass an ihm in der Weltwirtschaft und in vielen Teilen der Weltpolitik kein Weg mehr vorbeiführt (...) Chinas Führung spricht seit einiger Zeit von einer "harmonischen" Welt, die sie anstrebe. Die Worte hört man wohl, allein es fehlt der Glaube. Gegenüber Barack Obama, dem bester Wille nicht abzusprechen ist, führt Peking gerade vor, dass "Harmonie" offenbar vor allem bedeutet, die Außenwelt möge China nicht mit Forderungen behelligen. Wenn sich China konstruktiv verhält (wie zum Beispiel im Konflikt mit Nordkorea), dann geschieht dies aus eigener Machtvollkommenheit, nicht weil irgendjemand im Ausland es gerne so hätte. Das wäre nicht weiter schlimm. Nur hat man leider keine Garantie dafür, dass China bereit ist, sich konstruktiv zu verhalten, siehe Klimagipfel."[494] Ähnlich urteilt die FAZ an anderer Stelle wenige Tage später: *"Obama holte sich eine kalte Abfuhr nach der anderen bei den Themen, die ihm und der westlichen Welt auf den Nägeln brennen. Proliferation und Klima genügen als Stichworte, stehen aber für mehr. Die These, ohne China könnten die globalen Probleme nicht gelöst werden, hat zweifellos viel für sich. Doch der Beleg dafür, dass sie tatsächlich mit China zu lösen seien und Peking dazu auch gewillt ist, steht noch aus."*[495]

Das Misstrauen gegenüber dem "eigensinnigen"[496] Aufsteiger China durchzieht wie ein Leitmotiv die China-Diskussion in der deutschen Presse während des gesamten Zeitraums 2007-11. Dies zeigt sich nicht nur in jenen Fällen, wo Chinas Auftreten als hartnäckig und kompromisslos oder sogar als aggressiv und potentiell friedensfeindlich wahrgenommen wird - etwa in Fragen der internationalen Handelspolitik, der globalen Umwelt- und Klimapolitik, der Energie- und Sicherheitspolitik oder der militärischen Aufrüstung Chinas. Vielmehr findet sich das gleiche Motiv auch bei der Darstellung von jenen Fällen wieder, bei denen China einzulenken scheint, wie etwa zur Zeit des katastrophalen Erdbebens in Sichuan kurz vor der Pekinger Olympiade. Hierbei wird - vor allem in der FAZ und der SZ - zum einen von einem "politischen Beben" in China und einer nie "dagewesenen Welle der Solidarisierung" unter der chinesischen Bevölkerung sowie einer "Solidarisierung mit

494 "Wie erwartet", FAZ, 17.11.2009.

495 "Global denken", FAZ, 27.11.2009. Vgl. dazu "Rivale, nicht Partner", SZ, 16.11.2009.

496 Vgl. "Rivale, nicht Partner", SZ, 16.11.2009.

dem Ausland"[497] berichtet, und sogar von einer nie dagewesenen Offenheit der chinesischen Regierung als auch von einer gleichzeitigen Annäherung zu dem alten Rivalen Japan und einer Entspannung in den Beziehungen mit Taiwan. Zum anderen wird diese "Pekinger Wende"[498] jedoch als außenpolitisches Manöver im Hinblick auf die Olympischen Spiele betrachtet.[499] Gleiches gilt auch bei der Einschätzung des Gesprächsangebots von Peking an den Dalai Lama zur selben Zeit. Schließlich - wie die FAZ dabei bemerkt - sollte der Grundsatz gelten: *"Einem Regime wie dem in Peking sollte bis zum Beweis des Gegenteils misstraut werden."*[500]

Von 2007 bis März 2011 finden sich nur drei Beiträge, die eine ernsthafte Wende Chinas in Richtung verantwortungsbewusster und verlässlicher internationaler Akteur sehen.[501] Dabei wird nicht zuletzt die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die außenpolitische Wende auch zu einer innenpolitischen Wende Chinas führen könnte. So kommentiert etwa die WELT zu Ende des Jahres 2008 anlässlich der Teilnahme Chinas an der internationalen Militärmission gegen Piraten am Horn von Afrika: *"Drei chinesische Kriegsschiffe haben Kurs auf die von Piraten bedrohte Küste Somalias genommen, wo sie in etwa einer Woche eintreffen werden, um die Alliierten im Kampf gegen die See-Terroristen zu unterstützen. China schützt damit, wer wolle es ihm verdenken, zunächst eigene Interessen. Sichere Seewege sind essenziell für das Riesenreich. Dadurch aber, dass China sich immer mehr wie eine Weltmacht geriert und auch internationale Verantwortung übernimmt, wird es automatisch eingebunden in globale Operationen der internationalen Staatengemeinschaft. Das kann nicht ohne Wirkung auch auf die innenpolitische Beschaffenheit der Volksrepublik bleiben. In dem Maße, wie China sich zu den Werten der freien Welt bekennt und bereit ist, für diese einzustehen, wird es sich auch im Inneren wandeln müssen."*[502]

---

497 "Eine Welt, ein Albtraum", SZ, 19.05.2008.

498 "Pekinger Wende", FAZ, 14.06.2008.

499 Mit einziger Ausnahme des Beitrags: "Gib nicht auf, China!", ZEIT, 21.05.2008.

500 "Pekinger Wende", FAZ, 14.06.2008.

501 Vgl. "Eine Welt, ein Traum?", WELT 08.03.2008, "In neuen Fahrwassern", WELT, 28.12.2008. "Neue Beweglichkeit", FAZ, 03.04.2010.

502 "In neuen Fahrwassern", WELT, 28.12.2008.

3.2.2 Auch in China kann es keinen Kapitalismus ohne Demokratie geben

Je mehr Chinas autoritärer Staatskapitalismus aufzutrumpfen, weltweit an Attraktivität zu gewinnen und gegen westliche Änderungsversuche immun zu bleiben scheint, desto stärker rückt in den Vordergrund der China-Debatte in der deutschen Presse die Frage: Wo bleibt eigentlich in China die Demokratie? Wie kann es sein, dass in China trotz der weitgehenden wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung zum Ausland und trotz der Individualisierung und Pluralisierung des gesellschaftlichen Lebens ein echter Wandel zur Demokratie noch immer nicht in Sicht erscheint? Zwar gilt in China soziale und politische Stabilität noch als Garantie für weitere materielle Wohlstandsmehrung, was wiederum der chinesischen Autokratie eine breite Legitimationsbasis in der Bevölkerung verschafft - bemerken viele Kommentatoren der deutschen Presse. Kann aber China auch künftig ohne Demokratie, ohne freie Presse und ein unabhängiges Justizsystem, ja ohne den Schutz von Bürger- und Menschenrechten auskommen? Lässt sich aus der Mischung von Kapitalismus und Autoritarismus, wie sie in China etwa nach dem Muster Singapurs entsteht, tatsächlich ein nachhaltiges Modell entwickeln, das als Vorbild auch für andere Länder dienen kann?

Spätestens seit der Debatte um die Olympiade in Peking und ihre Auswirkung auf die innenpolitische Entwicklung Chinas verdichten sich in der deutschen Presse allmählich die Hinweise, dass wirtschaftliche Prosperität und wachsender Wohlstand im roten Wirtschaftswunderland nicht nur keinen Übergang zur Demokratie, sondern vielmehr eine Befestigung des bestehenden Einparteiensystems ermöglicht haben. Das Gros der chinesischen Bevölkerung - so bemerken nun die meisten Kommentatoren - scheint mit der politischen Führung in Peking einen “faustischen Pakt”[503] geschlossen zu haben. Mit Aussicht auf eine weitere Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer Aufstiegsmöglichkeiten zeige sich die große Mehrheit der Chinesen durchaus gewillt, auf politische Teilhabe weiterhin zu verzichten. Dabei muss mancher Kommentator erstmals mit Ernüchterung feststellen, dass die westlichen Demokratieerwartungen in China ihrer Einlösung bis auf Weiteres noch harren müssen.

---

[503] Vgl. “Labor der Zukunft”, SPIEGEL, 26.04.2010.

Dazu kommentiert die FAZ in einem Leitkommentar unter dem Titel *"Brot und Spiele"* kurz vorm Abschluss der Olympischen Spiele 2008 in Peking: *"Auch unter dem durch die Spiele gewachsenen Druck zur Öffnung hat sich China nicht dem Westen gebeugt und eine stärkere Demokratisierung zugelassen. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass China auch in Zukunft darauf aus ist, eine eigene Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Sie muss - und dies beweist aus chinesischer Sicht der reiche Zwergstaat Singapur, dessen Modell die Chinesen intensiv studieren - nicht nach westlich-demokratischem Vorbild ausgerichtet sein. Auch die Menschenrechte werden in diesem Modell dem Erfolg des großen Ganzen untergeordnet. Wichtig bleibt die Fürsorgepflicht des Staates, mit ihr erkauft er sich Ruhe und Ordnung. Das muss im Westen nicht gefallen. Doch solange die chinesische Regierung das Wirtschaftswachstum aufrechterhalten kann, solange die Chinesen das Gefühl haben, der jeweils nächsten Generation ergehe es besser als ihnen, so lange könnte das System des chinesischen Kommunismus mit einer freizügigen Wirtschaft Bestand haben. Die Regierung hat erkannt, dass Sozialfürsorge eines der brennenden Themen ist. Ob sie die Herausforderung wird meistern können, ist offen. Die Olympischen Spiele zeigen jedenfalls, dass China sich stark genug fühlt, das eigene Gesellschaftsmodell demjenigen des Westens entgegenzustellen."*[504]

Hierzu kommentiert ihrerseits die ZEIT zwei Jahre später - diesmal vor dem Hintergrund der Weltausstellung in Schanghai: *"Das wahre chinesische Wunder ist das politische. Warum gehorcht ein Land nach dreißig Jahren hochprozentigen Wachstums noch immer dem Einparteienstaat? Wie kann man mit einem Bein (Kapitalismus) sprinten, mit dem anderen (Demokratie) lahmen? Neuerdings ist das Rätsel im Westen gar zum Modell geworden: Ist denn nicht die »autoritäre Modernisierung« besser als der krisengequälte Kapitalismus, der ohnehin nur raffe, aber nichts schaffe? (...) Jenseits des Wohlstands, der seit einer Generation anschwillt, ist es der Partei offenbar gelungen, dem Volk das richtige, das heißt staatstragende Bewusstsein einzupflanzen (...) Ein kleiner Krach könnte den großen Crash erzeugen und damit das Fundament der neuen Ordnung, nämlich den selig machenden Wohlstand zertrümmern – Reichtum als Legitimität. Die Moral? Die Profiteure der kleinen Freiheiten, die aufsteigenden Klassen, haben die Zügel der Partei verinnerlicht; das Regime muss nicht zerren und züchtigen. In der »autoritären Modernisierung« unter Kaiser und Zar war es genau umgekehrt: je reicher das Land, desto lauter der Ruf nach politischer Teilhabe. Der Kommunismus ist tot, doch in*

[504] "Brot und Spiele", FAZ, 21.08.2008.

China hat die Partei noch immer recht. Wie lange?"[505]

Folgt man der allgemeinen Einschätzung der Presse zur innenpolitischen Entwicklung Chinas während der letzten Jahre, so sollte sich dieses Paradox auf Dauer schließlich von selbst auflösen. Das Bild der Stabilität und Harmonie, das die Mächtigen in Peking allzu gerne herausstellen, trügt - bemerkt nach wie vor die Mehrheit der Kommentatoren. Auch wenn China mächtiger denn je erscheint, ja auch wenn sein Wirtschaftsmodell immer mehr aufzutrumpfen scheint - hinter den Kulissen gleiche China noch immer einem Dampfkessel, der bis zum Explodieren aufgeladen sei. Selbst wenn das chinesische Gemisch aus Kapitalismus und Kommunismus nicht unkontrollierbar explodiert, sei es bisher letztendlich immer so gewesen, dass in autoritären Systemen, in denen individuelle Freiheiten und Wohlstand allmählich wuchsen, am Ende das Machtmonopol der Herrscher brechen musste - so die allgemeine Annahme unter den Kommentatoren. "*Die vielleicht interessanteste Frage wird sein, ob in den nächsten zehn, zwanzig Jahren in China weiterhin eine friedliche Koexistenz von kapitalistischem Wirtschaften und sozialistischem Gängel-Staat möglich sein wird*", kommentiert dazu die SZ kurz vor Beginn der Pekinger Olympiade.[506]

Ähnlich kommentiert das gleiche Blatt zur selben Zeit in einem Leitkommentar unter dem Titel *"Ein-Parteien-Demokratur"*: *"Radikale Marktorientierung, unkontrollierter Kapitalismus vertragen sich nicht mit der zentralistischen Lenkung, denn mit wachsendem Wohlstand fordern Menschen Freiheiten – Freiheiten, die das Ein-Parteien-System in Frage stellen und damit politischen Pluralismus ermöglichen könnten (...) Was passiert, wenn der Motor nicht mehr brummt? Wenn die Wirtschaft keine befriedigenden Wachstumszahlen mehr abliefert? Gegen wen richtet sich dann der Unmut, wenn nicht gegen die eine Partei? Gewerkschaften gibt es nicht, Opposition auch nicht, der Dampfkessel hat kein Ventil (...) Die moderierte Autokratie aber ist ein bisher ungetestetes Konzept, das seine Überlebensfähigkeit in der Krise noch nicht beweisen musste. Irgendwann wird die Krise kommen, und der Unmut wird sich nicht lenken, sondern nur unterdrücken lassen. Dies wird dann eine Phase der Destabilisierung sein, der Moment des Chaos. Und Chaos, so viel ist sicher, ist*

505 "Einparteienherrschaft: Das China-Syndrom", ZEIT, 20.05.2010.

506 "Olympische Mauer", SZ, 01.08.2008. Vgl. dazu "Pekings Desaster in Lhasa", SZ, 29.03.2008.

nicht vorgesehen in der „harmonischen Gesellschaft"."[507] In diesem Sinne bilanziert die SZ - in Übereinstimmung mit der FAZ - zum Abschluss der Olympischen Spiele in Peking: *"Diese Spiele waren so synthetisch wie der Süßstoff im Kaffee ihres Sponsors McDonald&lsquors, ein Disneyland mit fünf Ringen (...) Es herrschte Friedhofsruhe. Wem das egal war, der konnte unbeschwert mitfeiern. Repression aber, das lehrt die Geschichte, kann immer nur vorübergehend Ruhe schaffen. Während der Spiele ist das Murren der Landbevölkerung Chinas lauter geworden. Die Inflation macht den Bauern schwer zu schaffen. In den Städten mehren sich die Anzeichen, dass die Baubonanza, deren unrühmlicher Höhepunkt die olympische Zubetonierung Pekings war, nun bald zu Ende gehen könnte. Der Vulkan schläft. Aber im Innern brodelt es, und der Berg kann jederzeit explodieren."*[508]

Diese Darstellung von China findet sich auch in den Leitkommentaren der FAZ und der SZ zu der Weltausstellung in Schanghai zwei Jahre nach den Olympischen Spielen in Peking wieder. Unter dem Titel *"Chinas Leistungsschau"* schreibt dazu die FAZ: *"Die Probleme sind bekannt, aber sie geraten allzu schnell in Vergessenheit, besonders bei Besuchen ausländischer Politiker. Die lassen sich gern von Wachstumszahlen und Glitzerfassaden einlullen und sind beeindruckt, wenn ihre Gesprächspartner Worte wie Menschenrechte, Demokratie und Umweltschutz in den Mund nehmen. Dabei merken sie nicht, dass die Chinesen mit diesen Begriffen meist etwas völlig anderes meinen als wir. Ganz ähnlich ist in Schanghai nun während der Expo viel von "Nachhaltigkeit" die Rede. Das ist gut, weil es ein Bewusstsein für das schafft, was getan werden muss. Aber die Realität im chinesischen Hinterland ist davon noch meilenweit entfernt. Über diese Dinge wird wenn überhaupt, dann nur außerhalb der Expo gesprochen. Stattdessen wird eine Scheinwelt aufgebaut. China ist stolz darauf, als erstes Schwellenland viele Milliarden für die größte Weltausstellung auszugeben (...) Einer Umfrage zufolge haben 71 Prozent der Deutschen ein negatives Bild von China. In Peking wird das auf "negative" Berichterstattung zurückgeführt. Dort kann sich offenbar niemand vorstellen, dass die Menschen in Deutschland sich ehrliche Sorgen über die soziale, ökologische und politische Wirklichkeit in China machen. Aber das tun sie, und das müssen sie sogar, viele Menschen in China machen sich dieselben Sorgen. Zum Anlass eines Großereignisses wie der Weltausstellung werden kritische Stimmen unterdrückt. Nichts darf die scheinbare Harmonie stören. Vernünftige Einsichten werden mit*

507 "Ein-Parteien-Diktatur", SZ, 29.07.2008.

508 Ebd. Vgl. dazu "Kunstwelt Olympia", FAZ, 25.08.2008.

Nationalstolz übertüncht."[509] Ähnlich schreibt zur gleichen Zeit die SZ unter dem Titel *"Ein eitles Trugbild"*: *"Der Kommunismus hat auch in China seine Kraft als Leitidee längst eingebüsst. Nun versuchen Chinas rote Mandarine, ihre Legitimation durch Massenveranstaltungen zu zementieren, die den Patriotismus anheizen. Mit einer bombastischen Olympiade; mit einer riesigen Militärparade auf dem Platz des himmlischen Friedens; und jetzt eben mit der "größten Expo aller Zeiten". Man mag den Chinesen diese stolze Inszenierung ihres Wiederaufstiegs nach den Jahren kolonialer Schmach und dem Hunger der Mao-Zeit durchaus gönnen. Gleichzeitig aber verrät der wie schon bei der Olympiade gestellte Gigantismus eine große Unsicherheit. Hier soll von Problemen wie der anderswo in China noch grassierenden Armut, der massiven Umweltzerstörung durch ein sämtliche Ressourcen überstrapazierendes Wirtschaftsmodell und der unappetitlichen Repression des chinesischen Polizeistaates abgelenkt werden. Hier wird ein Scheinbild erzeugt."*[510]

Der Widerspruch zwischen Schein und Sein, auf den allen voran die SZ und die FAZ in ihren Leitkommentaren zu den Großveranstaltungen "Olympia 2008" und "Expo 2010" mit Nachdruck hinweisen, bleibt das Leitmotiv der Darstellung des innenpolitischen Ist-Zustandes Chinas in der deutschen Presse über den gesamten Zeitraum von 2007 bis März 2011. Vor dem Hintergrund der Debatte um die neue Systemkonkurrenz zwischen China und dem Westen bietet dieses Darstellungsmotiv vor allem Anlass zur Ernüchterung gegenüber dem anscheinend auftrumpfenden China-Modell. Demonstriert wird dabei, wie wenig dieses Modell in Wirklichkeit funktioniere und wie sehr China unter den Schwächen dieses Modells noch immer zu leiden habe.

Eine Demonstration der Mängel des China-Modells bietet aus Sicht der deutschen Presse etwa der Skandal um das vergiftete Milchpulver unmittelbar nach der Olympiade in Peking, der den Tod von vier chinesischen Kindern und die Erkrankung von Zehntausenden zur Folge hatte. "Von den Höhen des Olymps" sei China wieder in die "Niederungen des Alltags" hinabgestiegen - bemerkt die WELT in Übereinstimmung mit den anderen Medien ein Monat nach dem Abschluss der

509 "Das Reich der Mitte ist zurück", FAZ, 03.05.2010.

510 "Ein eitles Trugbild", SZ, 30.04.2010. Vgl. dazu "Labor der Zukunft", SPIEGEL, 26.04.2010.

Spiele.[511] Zum einen sollte demnach der Milchskandal vor Augen führen, woran China noch immer krankt: Profitsucht und Korruption. "*In China ist eine Gesellschaft gewachsen, die ihren Kompass für Moral verloren hat"*, bemerkt dazu etwa die SZ.[512] Zum anderen offenbart der Skandal aus Sicht der heimischen Presse aber auch, woran es in der Entwicklungsdiktatur China nach wie vor mangelt: Offenheit und Transparenz. Dies sollte schließlich zeigen, dass an politischen Reformen kein Weg vorbei führt, sollte China mit den Kehrseiten seiner boomenden Wirtschaft fertig werden wollen.

So kommentiert die FAZ unter dem Titel *"Absturz in den Alltag"*: *"Die Regierung muss sich fragen lassen, ob sie ihre Prioritäten richtig gesetzt hat. Sie kann mit ungeheurem Aufwand an Personal und Mitteln Peking umbauen, der Hauptstadt gutes Wetter und klare Luft verschaffen und perfekte Spiele inszenieren; sie kann Raketen und Astronauten ins All schicken - aber die Sicherheit der Lebensmittel kann sie nicht gewährleisten (...) Der Milchskandal, der letzte in einer Reihe von Lebensmittelskandalen, welche die Volksrepublik in den vergangenen Jahren erlebt hat, zeigt die Schwäche des chinesischen Systems, das skrupellosen Profiteuren nichts Ernstliches entgegenzusetzen hat (...) Um einen Skandal wie den der Milchvergiftung künftig zu vermeiden, braucht China mehr und bessere Kontrollen, als sie das Einparteiensystem zu bieten hat. Öffentlichkeit und Presse muss mehr Raum gegeben werden, Missstände anzuprangern. Auch hier hat sich die Hoffnung auf eine segensreiche Wirkung der Spiele (noch) nicht erfüllt. Die Bestimmungen, die ausländischen Journalisten für die Zeit vor und während der Spiele mehr Freiheit gaben, werden nicht verlängert, und chinesische Journalisten arbeiten weiter am Abgrund der Zensur."*[513]

Hierzu kommentiert ihrerseits die ZEIT: *"Sind wirklich nur ein paar Funktionäre für die Misere verantwortlich? Handelt es sich also um menschliches Versagen in einem ansonsten funktionierenden System? Die Schwäche Chinas, die sich in all der Skrupellosigkeit und Schlamperei offenbart, ist umfassender: Die chinesischen Institutionen sind der Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht gewachsen. Ist es schlichtweg nicht möglich, in dem Rausch des Booms verlässliche Institutionen zu etablieren, die den Belastungen gewachsen sind? Oder ist es*

511 "Die Kehrseite des Booms", WELT, 16.09.2008. Vgl. dazu "Milchpulver, Gier und Korruption", taz, 18.09.2008.

512 "Im Grenzbereich der Moral", SZ, 20.09.2008.

513 "Absturz in den Alltag", FAZ, 23.09.2008.

vielmehr eine Frage der Prioritäten, die die Regierung setzt? Denn sie kann ja, wenn sie will. Sie lässt in kürzester Zeit Autobahnen und beeindruckende Flugplätze bauen, an Geld mangelt es ihr nicht. Doch besteht ein Unterschied zwischen dem Straßenbau und dem Aufbau von Behörden. Infrastruktur basiert auf guter Organisation, die mit quasimilitärischer Ordnung hergestellt werden kann. Gute Behörden jedoch sind auf Menschen angewiesen, die Weisungen ausführen und trotzdem im richtigen Augenblick Unabhängigkeit zeigen. In China können die Menschen das eine besser als das andere. Das Land ist ein Obrigkeitsstaat (...) Das Obrigkeitsdenken ist einerseits der Grund, warum sich das riesige Land besser steuern lässt als beispielsweise Indien. Doch hat es zugleich dramatische Schattenseiten, die sich etwa beim Milchskandal offenbaren. Eigenständige Institutionen sind auch deshalb nötig, weil man sich auf die Selbstkontrolle der Unternehmer nicht verlassen kann."[514]

Anlass zum Aufzeigen der Schwächen und Defizite des autoritären China-Modells bietet in der deutschen Presse auch die Veröffentlichung der sog. "Charta 08", mit der chinesische Menschenrechtler und Aktivisten zu Ende des Jahres 2008 die Pekinger Regierung zur Einleitung von demokratischen Reformen aufgerufen haben. Drei Monate nach Ausbruch der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sehen die meisten Kommentatoren darin Anzeichen für zunehmende soziale und politische Spannungen im Wirtschaftswunderland China, die nicht zuletzt aus seinem autoritären politischen System hergeleitet werden. "Der Druck im chinesischen Kochtopf" wächst, bemerkt hierbei die SZ.[515] *"Das Modell "China" in der Krise"*, titelt zeitgleich die FAZ und kommentiert dazu: *"In dieser Krise, in der Interessengegensätze wachsen und Proteste und Demonstrationen zunehmen, zeigen sich die Mängel des Modells. Das Justizsystem ist korrupt und nicht unabhängig. Für "normale" Bürger ist es schwer, Recht zu bekommen. Es gibt zu wenig Kanäle, um Kritik an und Unzufriedenheit mit Behörden und Lokalverwaltungen auszudrücken. Die Macht der Funktionäre und der Sicherheitskräfte ist zu groß. Es gab auch in der Partei Bestrebungen, politische Reformen in Angriff zu nehmen. Noch vor einem Jahr durfte ein führender Parteitheoretiker schreiben, dass Demokratie "eine gute Sache" sei. In letzter Zeit ist derlei kaum mehr zu lesen oder zu hören. In der Krise bleibt die Partei lieber bei bewährten Methoden der Herrschaftsausübung; Änderungen am chinesischen Modell sind wieder nicht opportun. Die Regierung setzt weiter nur auf wirtschaftspolitische Maßnahmen, um der Krise zu begegnen. Das wird nicht mehr*

514 "Gift aus der Dose", ZEIT, 25.09.2008.

515 "Druck im chinesischen Kopftopf", SZ, 12.12.2008.

lange ausreichen."[516]

Diese Einschätzung findet sich während der Finanz- und Weltwirtschaftskrise in nahezu allen Kommentaren der deutschen Presse zur innenpolitischen Lage Chinas wieder. Ob bei den Unruhen in der Provinz Xinjiang im Sommer 2009; ob aus Anlass des 20. Jahrestags des Tiananmen-Massakers und des 60. Jahrestages der Volksrepublik im gleichen Sommer; ob im Hinblick auf die Inhaftierung des Initiators von der "Charta 08" Liu Xiaobo zu Anfang des Jahres 2010, auf die Selbstmorde von Angestellten bei der Firma "Foxconn" im Frühling desselben Jahres oder schließlich auf die erfolglos gebliebenen Aufrufe zu Protesten in China vor dem Hintergrund des "arabischen Frühlings" im März 2011 - stets lautet dabei das Urteil der deutschen Presse zum Modell "China": allein mit Wirtschaftswachstum lässt sich der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Autokratie nicht aufheben. Vielmehr bleibt das chinesische Modell des autoritären Kapitalismus aus dem Blickwinkel der heimischen Presse stets krisenanfällig. Denn ohne politische, sprich ohne demokratische Reformen bleibe letztendlich das Riesenreich in Fernost ein Dampfkessel ohne Ventil - so die meisten Pressekommentatoren.

Dies sollte nach allgemeiner Ansicht der Kommentatoren Warnung genug auch an jene westlichen Politiker und Ökonomen sein, die zu Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise im chinesischen Wirtschaftswunderland eine Hoffnung für die krisengeplagten Länder des Westens sehen. Vor dem Hintergrund der Debatte um die Frage, ob Chinas Kommunisten mit der Kraft ihrer boomenden Wirtschaft und mit ihren enormen Devisenreserven den westlichen Kapitalismus retten könnten, warnt indes wiederholt die Presse in Deutschland: Nicht nur könne China kein Retter in der Krise sein, sondern bleibe es vielmehr wegen der inneren Widersprüche seines Systems wie eh und je ein Hochrisikoland für die Weltwirtschaft. Würde eines Tages der wirtschaftliche Erfolg, der die wichtigste Machtbasis der chinesischen Kommunisten bildet, ausbleiben, so könnte sich die Unzufriedenheit von Chinas Bauern und Arbeitern sowie seiner neuen Mittelklasse mit der Wirtschaftslage zu einer "politischen Generalabrechnung" ausweiten.[517] Das Paradox im chinesischen

516 "Das Modell 'China' in der Krise", FAZ, 16.01.2009.
517 "Chinas Wachstumsabhängigkeit", FAZ, 30.10.2008.

Modell der kapitalistischen Autokratie würde dann in eine politische Krise umschlagen - so lautet nach wie vor die Warnung der meisten China-Kommentatoren der heimischen Presse.

So kommentiert etwa die SZ die Maßnahmen der chinesischen Regierung gegen die wachsende Inflation in China anderthalb Jahre nach dem Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise: *"Die Frage ist, wer mehr Angst hat: die Bürger oder die Partei? Tatsache ist, dass für die beiden viel auf dem Spiel steht. Diejenigen, die sich hochgearbeitet haben, aus der Armut in die Mittelschicht der Gesellschaft, fürchten, um die Früchte ihrer Arbeit gebracht zu werden. Diejenigen, die wenig besitzen, fürchten, die Kinder nicht mehr satt zu bekommen, von Schulbildung und gesundheitlicher Versorgung ganz zu schweigen. Die Partei dagegen hat Angst um ihre Monopolstellung im Staat. Denn nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 hatten sich die Mächtigen mit ihren machtlosen Landsleuten geeinigt: werdet reich, aber haltet euch aus der Politik raus, lautete das Angebot der Partei. Die Bürger haben angenommen und dringen darauf, dass die Regierung ihren Anteil der Abmachung erfüllt. Nämlich dass sie dauerhaft Rahmenbedingungen schafft, die es jedem Chinesen ermöglichen, ein kleines Stückchen Wohlstand zu erwirtschaften. Eine Inflation könnte die Vereinbarung zum Scheitern bringen."*[518]

Ähnlich schreibt hierzu die FAZ einige Monate später aus Anlass der Internet-Aufrufe zu Protesten in China während der "Jasmin-Revolution" in der arabischen Welt: *"Der sich auftürmende wirtschaftliche Ärger ist brisant, weil das Einparteiensystem seine wesentliche Legitimation aus dem steigenden Wohlstand und der Fürsorge zieht. Das Regime reagiert deshalb mit Zuckerbrot und Peitsche: Die Repressionen werden begleitet von einer Ausweitung staatlicher Wohltaten. Sowohl die kurzfristigen Entscheidungen als auch der Fünfjahresplan sehen eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus vor, höhere Einkommensbeihilfen, Lohnsteigerungen, eine Reform der Renten- und der Krankenversicherung. Über eine straffere Geldpolitik und die Aufwertung des Renminbi versucht die Zentralbank, die Geldentwertung zu bekämpfen. Es steht viel auf dem Spiel. Nicht nur für China, sondern auch für den Rest der Welt. In der Krise hat die Abhängigkeit der globalen Wirtschaft von dem Riesenreich noch zugenommen. Jede Erschütterung in Fernost ließe auch den*

518 "Von Angst getrieben", SZ, 29.11.2010. Vgl. dazu "Ernüchterung in China", WELT, 15.03.2010.

Westen erzittern."[519]

All das läuft nach Ansicht der Kommentatoren zuletzt auf den Schluss hinaus: Chinas Wirtschaftsstärke könne doch kein Beleg für die Stärke seines Systems sein. Das autoritäre China-Modell könnte weder wirtschaftlich noch politisch nachhaltig sein - geschweige denn davon als Vorbild dienen. Denn selbst wenn es nicht zur großen Krise kommen sollte, selbst wenn Chinas Wirtschaft weiter kräftig wachsen würde, könne es auch in China auf Dauer keinen Kapitalismus ohne Demokratie geben. Letztendlich seien Demokratie und Freiheit keine Erfindungen der westlichen Kultur, sondern universelle Werte, deren Anziehungskraft überall stark wirke, auch in China - liest man immer wieder in den Kommentaren der heimischen Presse während der letzten Jahre. Vor dem Hintergrund der Demokratiedebatte, die angesichts des weltpolitischen Aufstiegs Chinas im Laufe der letzten Jahre immer stärker ins Licht der deutschen Öffentlichkeit rückt, wird schließlich dieses Argument auch immer wichtiger.

Ganz in diesem Sinne kommentiert die SZ bereits im Sommer 2007 aus Anlass des 10. Jahrestags chinesischer Souveränität in Hongkong: *"Ist Hongkong, also Kapitalismus ohne Demokratie, ein brauchbares Modell für Asien? Eine Momentaufnahme des "duftenden Hafens" zehn Jahre nach dem 1. Juli 1997 könnte dazu anregen, diese Frage mit "Ja" zu beantworten. Die Wirtschaft in der Glitzerstadt brummt (...) Könnte also Hongkong ein Vorbild für ganz China sein? Könnte Festlandchina eines Tages ein ähnlich liberales kapitalistisches System haben wie Hongkong, ein ähnliches Marionettenparlament, und dennoch weiter kommunistisch bleiben? (...) Diese chinesische Utopie wird zunehmend sogar außerhalb des Landes, auch in Europa, gesellschaftsfähig. Geblendet von den Wolkenkratzern in Hongkong oder auch in Schanghai, lässt inzwischen selbst der ehemalige Kanzler Helmut Schmidt zu dem Urteil hinreißen, die Chinesen bräuchten eigentlich keine Demokratie. Es sei "besserwisserisch", schreibt der Sozialdemokrat in einem Buch, den Chinesen unser Gesellschaftssystem empfehlen zu wollen (...) Prognosen sind riskant, aber hier sei eine gewagt: Das wird so nicht passieren (...) Chinesen können, um es salopp zu formulieren, genauso kritisch denken wie die Menschen in anderen Ländern. Der neue undemokratische Orientalismus á la Helmut Schmidt ist grober Unfug. Die Ausbeutung von Völkern durch korrupte, autoritäre Eliten ist kein Modell,*

[519] "Volkskongress ohne Volk", FAZ, 05.03.2011. Dazu vgl. "Freiheit aus dem Netz", WELT, 07.03.2011.

das langfristig Anhänger findet (...) Es mag noch ein paar Jahrzehnte dauern. Doch irgendwann wird man auch in China einsehen müssen, dass ohne Bürgerbeteiligung, ohne freie Presse und Justiz kein dauerhaft friedliches Staatsgebilde aufzubauen ist. Auch zehn Jahre Hongkong in China oder ein paar tausend Wolkenkratzer in Schanghai sollten uns da nicht zu Fehlurteilen verführen. Auch nicht an Jahrestagen."[520] Ähnlich schreibt dasselbe Blatt auch eineinhalb Jahre später, diesmal anlässlich der Veröffentlichung der sog. "Charta 08" in China: *"Die Veröffentlichung der Charta widerlegt den fälschlichen Eindruck aus diesem Jahr der Proteste und Aktivisten, dass die Frage der Menschenrechte in China nur ein westliches Anliegen sei. Es sah aus wie ein Kampf der Kulturen, in dem westliche Gutmenschen einer alten Kulturnation "ihre Werte" aufzwingen wollen. In Wirklichkeit, und die mutigen Chinesen der "Charta 08" schreiben dies explizit, sind die Menschenrechte universell (...) Die Botschaft der "Charta 08" aber wird auf Dauer nicht unterdrückt werden können. Chinesen sehnen sich genauso nach politischer Selbstbestimmung, nach Schutz vor den Übergriffen des Staates, nach Gerechtigkeit und unparteilicher Information wie Menschen überall sonst auf der Welt. Der Versuch der chinesischen Regierung und mancher selbsternannten Helfershelfer im Westen, die Debatte auf einen Kulturkampf zu reduzieren, ist damit gescheitert."*[521]

Auch die taz meldet sich im Olympiajahr 2008 zur Demokratie-Debatte im Hinblick auf den autoritären Staatskapitalismus Chinas: *"Erleben wir gerade den Rückwärtsgang der Weltläufe? Das Ende von Francis Fukuyamas Ende der Geschichte? Versiegt der Demokratisierungselan, den Samuel Huntington schon als "dritte Welle der Demokratisierung" feierte und deren letzte Brandung die nur teilweise erfolgreichen Revolutionen in Georgien, Kirgisien und der Ukraine darstellten? Das Selbstbewusstsein des Westens, gründend auf der Überzeugung einer alternativlosen Entwicklung zum globalen Erfolgsduo von Marktwirtschaft und Demokratie, ist angekratzt. Dass autokratische Regime mit hohen Wachstumsraten auftrumpfen, sich mit multimilliardenschweren Staatsfonds an westlichen Unternehmen beteiligen oder gar zu ihrer Übernahme ansetzen, steigert die Verunsicherung. Doch gegen düstere Befürchtungen über den ökonomischen Niedergang des Westens und fortschreitende Demokratieverluste im Rest der Welt sprechen theoretische Argumente - und empirische Fakten (...) Wie sieht es mit den Fakten aus? In China wird der Anfang vom Ende der Überholspur sichtbar (...) Und die über drei Jahrzehnte verfolgte Strategie des exportgetriebenen Wachstums steht auf der Kippe (...) Um den Binnenmarkt als zweite Stütze der Produktion zu*

520 "Hongkongs Verführung", SZ, 30.06.2007.

521 "Druck im chinesischen Kopftopf", SZ, 12.12.2008.

entwickeln, müsste dem Exportboom jetzt der Konsumrausch folgen. Doch Deng Xiaopings "Bereichert euch!" nach dreißig Jahren durch die Losung "Kauft ein!" zu ergänzen, ist riskant für Staatschef Hu Jintao. Kann man die Konsumbereitschaft der chinesischen Mittelschicht fördern, ohne ihr politisches Selbstbewusstsein anzufachen?"[522] Hierzu schreibt die FAZ im Sommer 2009 aus Anlass des 60. Jubiläums der Volksrepublik China: *"Bevor also die Chinesen auf breiter Front Wachstum über Konsum sichern, brauchen sie Anlageoptionen, politische und soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Zuversicht. Auf längere Sicht wird sich die Partei angesichts dieser Forderungen um eine Demokratisierung nicht drücken können. Selbst wenn es stimmt, dass einem geschundenen Volk die Sicherung seiner Lebensgrundlagen wichtiger ist als die politische Teilhabe, wird sich diese Haltung mit zunehmendem Wohlstand ändern."*[523]

Ähnlich kommentiert auch die WELT etwa ein Jahr später unter dem Titel *"Die Demokratie gewinnt"*: *"Noch profitiert die Kommunistische Partei Chinas von der zumindest für viele urbanen Chinesen verbesserten Lebensqualität, aber China ist kein monolithischer Block. Wahlen auf untersten Ebenen oder Gesetzesreformen, die Privateigentum und Privatsphäre ermöglichen, mögen nur kleine Risse in der gigantischen Struktur sein, doch auch die sind manchmal folgenschwer. Das bedeutet natürlich nicht, dass Demokratisierung in marktwirtschaftlich orientierten Ländern ein Selbstläufer ist. Vieles hängt von der Gesellschaftsstruktur, den Traditionen, sozio-ökonomischen und psychologischen Umständen ab und auch geopolitische Faktoren sind entscheidend. Doch wenn die Rahmenbedingungen stimmen, folgt auf die ökonomische Liberalisierung in der Regel die politische. Die Demokratie hat wieder und wieder ihre universelle Anziehungskraft bewiesen. Dabei wird demokratischen Staaten, wie Brasilien und Indien, künftig eine wichtige Rolle zuteil. Sie sind ebenfalls aufstrebende und bevölkerungsreiche Wirtschaftsmächte, aber dem Vorwurf des Neoimperialismus gegenüber sind sie resistent."*[524] In diesem Sinne "können Autokratien kein Vorbild sein", schreibt ihrerseits die ZEIT im Titel eines ihrer Leitkommentare zu China im Jahr 2009, und kommentiert dabei: *"Allerdings sind auch in solch vermeintlich attraktiven Autokratien die Repression offener Regimeopposition, eine zensierte Presse und die Verletzung von Menschenrechten feste Bestandteile des Systems. Wirtschaftlich profitiert immer noch eine vergleichsweise kleine Regimeelite überdurchschnittlich stark, und politisch wird die große Mehrheit der Bevölkerung ihrer Grundrechte beraubt. Die*

---

522 "Aufstieg und Fall der Oligarchen", taz, 14.05.2008.

523 "Chinas großer Tag", FAZ, 30.09.2009.

524 "Die Demokratie gewinnt", WELT, 10.04.2010.

checks & balances sind meist fragil und gelten nur für die Eliten. Langfristig neigen daher solche autoritären Systeme zu politischer Verkrustung und hoher Korruption. Zudem sind solche Systeme kaum in andere Länder übertragbar, viel weniger als Demokratien, die gerade durch die Offenheit des politischen Prozesses stärker anpassungsfähig an spezifische Länderkontexte sind. Dies alles ist zu berücksichtigen, wenn manchmal etwas voreilig von der vermeintlichen Attraktivität autokratischer Herrschaft für Entwicklungsländer gesprochen wird."[525]

Ein letztes Argument, das sich vor dem Hintergrund der Debatte in der deutschen Presse um die neue Systemkonkurrenz aus China bei allen untersuchten Medien wiederfindet, lautet: Noch scheint Chinas Entwicklungsdiktatur aufzutrumpfen, doch von langem Atem könnte sie nicht getragen sein, denn ihr mangele es an etwas, was letztlich auch jeder Diktatur fehlt: nämlich an Kreativität. Diese ließe sich schließlich nicht per Dekret "von oben nach unten" schulen.

In diesem Sinne mutmaßt etwa der SPIEGEL in einem Spezialthema aus dem Jahr 2007 unter dem kecken Titel *"Funktioniert doch der Kommunismus?"*: *"Demokratie? Menschenrechte? Umweltschutz? Auch die asiatischen Tiger peitschten ihre Industrialisierung einst autoritär voran – die Generäle in Südkorea ähnlich wie die in Thailand. Und solange die Tiger bei arbeitsintensiven Massenproduktionen wie T-Shirts und Fernsehern aufholten und kollektiv draufloswuchsen, klappte es ja auch. Doch je mehr Hightech sie fertigten und je engmaschiger sie sich global vernetzten, desto schwerer ließen sich die zunehmend komplizierten Volkswirtschaften einfach per Befehl von oben kommandieren (...) selbst wenn China wächst und wächst und große Krisen vermeidet, stehen die roten Planer vor ihrer Existenzfrage: Je selbstbewusster heimische Konzerne wie der Computerhersteller Lenovo werden, desto weniger brauchen sie die Partei noch – so wie der japanische Sony-Konzern längst kein Miti mehr braucht."*[526]

Hierzu kommentiert die FAZ zwei Jahre später vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, bei der die weiterhin boomende Wirtschaft Chinas immer stärker im Kontrast zu den krisengeplagten Volkswirtschaften des Westens zu stehen scheint: *"Doch müsste der Staatskapitalismus Pekinger Prägung nicht zum Scheitern verurteilt sein, weil die Drahtzieher in Politik und Verwaltung vermutlich zu fern der Wirtschaft sind, um dauerhaft sinnvolle Entscheidungen zu treffen? Nicht unbedingt. Moderne Ökonomen verweisen darauf, dass für das richtige Verhältnis von Markt und Staat der Entwicklungsstand eines Landes zählt. Solange ein Land wie China*

525 "Autokratien können kein Vorbild sein", ZEIT, 04.05.2009.

526 "Die Rotchina AG", SPIEGEL, 15.01.2007.

erheblichen Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen und an der Einfuhr bereits entwickelter Technologien besitzt, um westliche Produkte billig zu kopieren, kann die Politik dies durchaus sinnvoll organisieren. Mit zunehmendem Reifegrad der Wirtschaft wird der Staat aber immer mehr überfordert. Wenn nicht länger kopiert, sondern selbst entwickelt werden soll, wenn die Heimatmärkte nicht länger von ausländischer Konkurrenz abgeschottet sind, wird staatliche Planung obsolet. Dann zählt die Fähigkeit des Marktes, dezentral vorhandenes Wissen nutzbar zu machen. So weit ist China noch nicht."[527]

Ähnlich schreibt das gleiche Blatt auch zu Anfang des Jahres 2011: *"Oft hört man das Argument, China sei nun einmal nicht abendländisch geprägt und gehe seinen eigenen Weg. Zuletzt ließ sich in dieser Richtung Siemens-Chef Peter Löscher vernehmen, der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Solcher Relativismus ist nichts anderes als eine irreführende Schutzbehauptung, gern gepflegt von Diplomaten oder Geschäftsleuten, die China nicht auf die Füße treten wollen (...) Heute zeigen Taiwan oder Hongkong, Japan oder Südkorea, wie gut sich westliche und asiatische Zivilisationen vertragen (...) Nicht alles an autoritären Regimen wie China ist verwerflich, sowenig wie alles in Demokratien wie Amerika zum Besten steht. Das westliche Modell aber hat interne Korrektive entwickelt, welche Missstände aufzeigen und bestenfalls beseitigen: eine kritische Öffentlichkeit, eine faire Rechtsprechung, Wahlen zu einer potentiell besseren Führung. Erst dieses freiheitliche Umfeld hat jene Entfaltungsmöglichkeiten, jene Kreativität und Innovationsfreude möglich gemacht, von denen die Weltwirtschaft lebt und ohne die auch Chinas Aufstieg unmöglich wäre. Denn bei aller Kritik am Westen folgen die Asiaten dem Vorbild in Produkt-, Marketing- und Designfragen fast bis zur Selbstaufgabe. Zur internationalen Arbeitsteilung trägt das Riesenreich zwar Hunderte Millionen Arbeitskräfte und Konsumenten bei - und viel Geld als Gläubiger -, kaum jedoch Innovationen, Marken oder sonstige Ideen. Es ist unverkennbar, dass China derzeit im wirtschaftlichen Wettrennen die Nase vorn hat. Ein Beleg für die Überlegenheit seines Systems ist das aber nicht, da es sich unlauterer Mittel bedient und auf Kosten anderer reüssiert. Amerika und der Rest des Westens mögen sich trösten. Die Fabel lehrt, dass gewitzte Wettläufer selbst den schnellsten Hasen nicht zu fürchten brauchen."*[528]

So schreibt zur gleichen Zeit auch die WELT aus Anlass der Nachricht, dass die meisten Cyberattacken auf die Server westlicher Unternehmen wie auch

527 "China fährt vor", FAZ, 24.12.2009.

528 "Chinas Griff nach dem Staffelstab", FAZ, 18.01.2011.

Regierungen aus China kämen: *"Die Europäer tun gut daran, die chinesische Konkurrenz ernst zu nehmen. Doch vielleicht ist es an der Zeit, die Zahlen beiseite zu schieben und sich auf dem Marktplatz der Ideen umzuschauen, der immer dann besonders anregend war, wenn sich ein Staat oder Kontinent anschickte, Großmacht zu werden (...) Wo sind die chinesischen Descartes und Lockes, die Pekinger Spinozas und Shanghaier Montesquieus? Es gibt sie nicht (...) Wo stecken die chinesischen Nietzsches heutzutage? Gibt es eine Pekinger Antwort auf Darwin, der in einem Teil seiner Theorie die Idee vom Kampf ums Dasein und dem Überleben des Tauglichsten vertrat? Ist vielleicht ein chinesischer Karl Marx in Sicht? Womöglich ist sogar ein Neokonfuzianismus zwischen Shanghai und Shenyang im Werden. Vieles spricht nicht dafür (...) Bis heute ist China das Reich der Nachahmer und Abschreiber. Mit keiner einzigen originellen Idee - sei sie uns noch so angenehm oder gefährlich - ist die Volksrepublik bisher hervorgetreten. Anders der Westen. Seine Gabe, sich beständig infrage zu stellen, seine Debattenkultur, das quirlige Leben an vielen seiner Universitäten wird immer wieder neue Gedanken und Ideen hervorbringen. Der Grund dafür liegt nicht in der Überlegenheit des westlichen Menschen gegenüber dem Chinesen. Die Ursache liegt im Kern der westlichen Gesellschaft. Ihn zu entdecken, braucht es nicht der Cyberattacke."*[529]

Dazu titelt zum gleichen Zeitpunkt die ZEIT *"China trumpft auf: Aber Amerika und der Westen müssen den Systemkonflikt mit dem autoritären Staatskapitalismus nicht scheuen"* - und kommentiert dabei: *"Im neuen Systemkonflikt zwischen dem autoritären, staatskapitalistischen China und den offenen Gesellschaften des Westens geht es ja nicht nur um Raketen und nicht nur um Geld. Es geht auch um Demokratie, Recht und Freiheit. Das aber bleiben die Stärken des Westens, sie nimmt er mit auf dem Weg vom atlantischen zum pazifischen Zeitalter. Wirtschaftlich mag unser Schicksal an China hängen. Politisch ist Chinas Modell von vorgestern. Wissensgesellschaft und Einparteienherrschaft passen nicht zueinander. Im Wettbewerb der Ideen bleibt die westliche Demokratie haushoch überlegen."*[530]

529 "Keine Angst vor China", WELT, 03.01.2011.

530 "Geliebter Feind Nummer eins", ZEIT, 13.01.2011.

3.3 Der Kampf um die Werte und die Ohnmacht des Westens: Schwierige Zeiten für Demokraten

"Die Bürger in den Demokratien müssen sich fragen, was Menschenrechte wert sind, wenn sich wichtige Politiker ihrer Länder nicht lautstark für Menschenrechte anderswo einsetzen. Für das Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar, nicht die Würde des Deutschen. Schon im Wort „Menschenrechte" liegt ein universalistischer Anspruch. Es kommen ohnehin schwere Prüfungen auf die Demokraten zu. Europas Geschichte lehrt, dass es einen Drang zur Demokratie gab, weil das Bürgertum, sobald es leidlich wohlhabend war, auch Rechte für Sicherheit und Teilhabe einforderte. Muss das in China auch so sein? Ist nicht denkbar, dass die Chinesen eines Tages zu der Einsicht kommen, dass ihnen eine Diktatur mehr Wohlstand erlaubt als eine Demokratie? Plötzlich wären die demokratischen Staaten in einer ganz anderen Weise herausgefordert als jetzt. Sie kämen aus der Offensive – mehr Menschenrechte, mehr Demokratie – in die Defensive und müssten den eigenen Bürgern erklären, warum sie im Wettlauf um Wohlstand zurückfallen."[531]

Vor dem Hintergrund der Diskussion über den neuen Systemwettbewerb zwischen Chinas autoritärem Staatskapitalismus und der liberalen Demokratie westlicher Prägung, wie sie in der deutschen Presse spätestens seit 2007 zu verfolgen ist, bekommt auch die Frage "Wie mit China umgehen?" eine neue Bedeutung. Dabei geht es immer mehr um die Haltung des Westens gegenüber einem Staat, der nicht nur seine wirtschaftliche, sondern auch seine politische Konkurrenzfähigkeit und damit seine Leitideen und Grundwerte allmählich in Frage zu stellen scheint. Angesichts von Chinas Aufstieg scheint es nun fast, als wären Freiheit und Demokratie nicht die einzigen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und Prosperität - liest man in allen untersuchten Medien bereits im Vorfeld der Olympiade in Peking. Für viele Länder - etwa in Asien, Afrika oder Lateinamerika - biete inzwischen das autoritäre Modell "China" vielmehr eine Alternative. Dessen Effizienz und schnelle Entscheidungsprozesse gewinnen mittlerweile sogar in den "alten" Demokratien, ja selbst auch im föderalen Deutschland immer mehr Bewunderer - bemerkt hierzu, wie bereits beschrieben, mancher Kommentator. Gehört es auch nicht geradezu deswegen zur Aufgabe von Demokraten, im Verhältnis zu China ihre Grundwerte mit mehr Nachdruck zu betonen? - fragen indessen alle Medien in ihren

531 "Außenpolitik, süßsauer", SPIEGEL, 26.11.2007.

Kommentaren, wie etwa der SPIEGEL im oben zitierten Kommentar zum Besuch des Dalai Lama bei Kanzlerin Merkel im Herbst 2007.

An besonderer Brisanz gewinnt die Wertediskussion im Hinblick auf die Selbstbesinnung des Westens im Umgang mit China zur Zeit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Je mehr Chinas Staatswirtschaft mit ihren weiterhin glänzenden Wachstumszahlen und stetig wachsenden Devisenreserven gegenüber den von Schulden geplagten Wirtschaften des Westens aufzutrumpfen scheint, desto stärker scheinen damit nach Ansicht der meisten Kommentatoren der deutschen Presse auch die Grundwerte der westlichen Demokratien unter Druck zu geraten. Über sein Anliegen von Freiheit und Menschenrechten könne der Westen mit Chinas "neureichen Diktatoren"[532] keineswegs mehr aus einer Position der Stärke heraus verhandeln - stellt nun die Mehrheit der Kommentatoren fest. Mit umso mehr Nachdruck sollte er sich dafür auch einsetzen - fordern hierzu allem voran die FAZ, die SZ und die WELT, aber auch der SPIEGEL und die ZEIT. Schließlich seien Freiheit, Demokratie und Menschenrechte universelle Werte, die auch in China zu gelten haben - lautet dazu immer öfter das Hauptargument in den China-Kommentaren der o.g. Medien.

Die Mahnung zu einer wertegeleiteten Neuorientierung gegenüber Chinas erstarkender Diktatur durchzieht wie ein roter Faden etwa die Hälfte der in diese Arbeit einbezogenen Beiträge, die sich im Zeitraum von 2007 bis März 2011 vorwiegend mit der Frage "Wie mit China umgehen?" befassen.[533] Anlass für diese Mahnung bieten in diesem Zeitraum vor allem die deutsche China-Diplomatie unter Bundeskanzlerin Merkel und deren Treffen mit dem Dalai Lama im Jahr 2007, die Olympischen Sommerspiele und die Krise um Tibet im Jahr 2008, der Ehrengast-Auftritt Chinas bei der Frankfurter Buchmesse im Jahr 2009 sowie schließlich die Vergabe des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo zu Ende des Jahres 2010. Dabei wird die Frage um den Umgang mit China nicht zuletzt als eine Frage der Verantwortung von Demokraten gesehen, ihre Grundwerte gegen

[532] "Ehrengast China?", WELT, 13.07.2009.

[533] Genauer genommen sind das 82 von insgesamt 174 Titeln. Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung unserer Grundwerte mit Blick auf den weltpolitischen Aufstieg Chinas findet sich allerdings bereits auch in vier Beiträgen aus dem Jahr 2006 sowie einem aus dem Jahr 2005.

eine Macht zu verteidigen, die mit ihrem weltpolitischen Aufstieg diese Werte überall in Frage zu stellen beginnt.

Nur wie viel hilft die Moral am Ende wirklich? Ist Dauerkritik, wie moralisch gerechtfertigt sie auch immer sein mag, auch dazu geeignet, wirkungsvoll Druck auf die chinesische Führung auszuüben? Hilft das etwa verfolgten Menschenrechtsaktivisten, schickanierten Dissidenten oder unterdrückten Minderheiten wie den Tibetern, wenn China gar vor der Weltöffentlichkeit an den Pranger gestellt wird? Besteht dabei nicht eher die Gefahr einer Konfrontation, bei der sich schließlich die Fronten zwischen China und dem Westen noch mehr verhärten könnten? Diese Fragen rücken dann stärker in den Vordergrund der in der deutschen Presse geführten Debatte um den Umgang mit China, sobald Anzeichen einer Konflikteskalation aufkommen - so etwa bei der Krise um Tibet im Vorfeld der Pekinger Olympiade 2008 sowie beim Streit um den Ehrengast-Auftritt Chinas bei der Frankfurter Buchmesse zwei Jahre später. Etwa ein Drittel der in dieser Arbeit erfassten Beiträge, die sich in den Jahren 2007 bis März 2011 zum Thema "Wie mit China umgehen?" äußern, stellen diese Fragen in den Fokus der Diskussion.[534] Plädiert wird hierbei vor allem für mehr politischen Realismus statt puren Idealismus und rein moralischer Entrüstung gegenüber China.

Mehr Realismus und Gelassenheit gegenüber China fordern in diesem Zeitraum viele Pressekommentare auch im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen des Westens mit Peking.[535] Diese Kommentare schließen sich der Kritik an, mit der ein Großteil der deutschen Presse bereits seit 2003/2004 auf die Option protektionistischer Maßnahmen oder gar eines handelspolitischen Konfrontationskurses gegenüber China reagiert. Anlass für diese Kritik bietet während der Jahre 2007-2011 vor allem der anhaltende Streit zwischen China und den westlichen Ländern - allem voran den USA - über die chinesische Währung Renminbi und die Debatte über Investitionen aus Mitteln chinesischer Staatsfonds im amerikanischen und europäischen Raum.

---

[534] Es geht dabei um insgesamt 50 Titel.

[535] Die Anzahl dieser Kommentare umfasst etwa ein Viertel der in diese Arbeit einbezogenen Beiträge, die während der Jahre 2007-11 die Frage "Wie mit China umgehen?" thematisieren. Genauer genommen sind das insgesamt 42 Titel.

3.3.1 Wir müssen für unsere Werte eintreten

Einen Paradigmenwechsel in der Frage, wie der demokratische Westen mit der aufsteigenden Diktatur China umgehen sollte, sehen viele Kommentatoren der deutschen Presse bereits zu Anfang des Jahres 2006 angesichts der Selbstzensur amerikanischer Internet-Konzerne wie Google, Yahoo und Microsoft in China. Allem voran die SZ, die FAZ und die WELT stellen beim "Einknicken der Vorzeigekonzerne der Internet-Ökonomie vor den rabiaten chinesischen Zensurbestimmungen"[536] einen neuen Trend im Verhältnis des Westens zu China fest, durch den auch die Debatte über den Umgang mit China eine neue Qualität bekommt. "*Diesmal geht es nicht um Billigkleidung, nicht um den Diebstahl geistigen Eigentums oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Diesmal geht es um die Grundwerte des Westens"*, bemerkt dazu die FAZ in einem Leitkommentar unter dem Titel *"Kotau in China"*.[537] Hierzu kommentiert ihrerseits die WELT: *"Ausgerechnet die Idealisten aus den USA, Firmen wie Google, Microsoft, Yahoo oder der Netzwerkausrüster Cisco, die ihre Unternehmen gern im Dienst an einer besseren Welt mit freier und für jeden gleich zugänglicher Information sehen, müssen ihre Portale manipulieren und zensieren. Auf Wunsch Pekings bauten sie immer ausgefeiltere Filtertechniken ein und knickten dabei vor Chinas totalitärer Herrschaft ein (...) Die öffentliche Aufregung hat einen heilsamen Schock ausgelöst. Eine Debatte über die ethische, aber auch politische und menschenrechtliche Verantwortung der Internet-Wirtschaft ist in Gang gekommen. So wie sich einst die Erkenntnis durchsetzte, dass Menschenrechte unteilbar sind, spricht sich nun herum, dass der freie Zugang zur Information kein Handelsgut für zweierlei Maßstäbe sein darf."*[538]

Ein Warnsignal für unsere Grundwerte sieht hierbei vor allem die SZ - und fordert dafür, diese im Verhältnis zu China mit mehr Nachdruck zu verteidigen: "*China hat begonnen, uns zu verändern. Während wir weiter davon träumen, in Peking als Schulmeister in Sachen Menschenrechte oder Ethik auftreten zu können, stellt das totalitäre System der chinesischen Entwicklungsdiktatur zunehmend unsere eigenen Werte in Frage. Ein Beispiel ist die Wirtschaftsmoral internationaler Konzerne, die deutlich unter dem Chinarausch ihrer Manager leidet (...) Der Sog des chinesischen Marktes und das dort herrschende politische Klima haben begonnen, den ethischen*

536 Vgl. "Kotau in China", FAZ, 11.02.2006.

537 Ebd.

538 "Yahoos heilsamer Schock", WELT,16.02.2006.

Kompass westlicher Geschäftsleute endgültig durcheinander zu bringen. Auch eine weitere Säule unseres freiheitlich-demokratischen Systems wird von vermeintlichen Marktzwängen in China angenagt. Die Presse- und Meinungsfreiheit in den USA und in Europa ist in Gefahr, von dem beeindruckenden Wirtschaftswachstum Chinas und der Gier westlicher Manager eingeschränkt zu werden. Die China-Berichterstattung wird aufgrund liebedienerischer Selbstzensur immer unkritischer", bemerkt die SZ zum "oft euphorischen Chinabild" amerikanischer wie europäischer Medien unter dem Einfluss der in China engagierten Großkonzerne - und zieht am Ende den Schluss: "*Chinas wachsender Energiehunger, seine gigantischen Umweltprobleme und sein Streben nach mehr außenpolitischem Einfluss werden unsere Politik in den kommenden Jahrzehnten zweifellos mehr verändern als unsere Politiker China. All dies ist kein Argument dafür, Mahnungen zu mehr Demokratie an die Adresse Chinas einzustellen. Vielmehr ist inzwischen klar, dass solche Forderungen zunehmend in unserem ureigenen Interesse sind. Denn je weniger wir China verändern, desto chinesischer könnten wir eines Tages sein."*[539]

Die Forderung eines stärkeren Einsatzes für unsere Werte gegenüber China bekommt in der deutschen Presse ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Peking neuen Aufwind. Gerade in einer Zeit, in der China ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit tritt, sei doch das Gebot der Stunde, auf Chinas Mächtige den Druck zu erhöhen - so die Ermahnung der meisten Kommentatoren. Als Gastgeber der Olympiade stehe China schließlich in der Verantwortung nicht nur gegenüber der westlichen Welt, sondern gegenüber der ganzen Weltgemeinschaft. In diesem Sinne bieten die Olympischen Spiele nach allgemeiner Ansicht der Kommentatoren die "einmalige Gelegenheit", China "in die Pflicht zu nehmen".[540]

Mit Olympia habe die "Staatengemeinschaft derzeit einen Hebel in der Hand, um China zu bewegen" - "im vorolympischen Jahr kann Peking es sich nicht leisten, wegzuhören", bemerkt etwa die FAZ just zum Beginn vom letzten Countdown zum sportlichen Großereignis im Sommer 2007.[541] Die Olympischen Spiele 2008 "reißen die Tür zu China sperrangelweit auf" - "ab jetzt steht China unter permanenter internationaler Beobachtung", bemerkt wenig später ihrerseits die ZEIT anlässlich

539 "Wer verändert wen?", SZ, 21.11.2005.
540 "Unter Beobachtung", FAZ, 13.08.2007.
541 Ebd.

des zweiten China-Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel.[542] "*Von jetzt an wird jede Protestaktion von Enteigneten in China, jeder offene Brief von Dissidenten, jede Demonstration von Willküropfern weit mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als bisher. Und über Klagen von Tibetern wird auch dann berichtet werden, wenn sie sich nicht direkt auf Olympia beziehen"*, meint dazu die FAZ in Übereinstimmung mit der ZEIT wie auch der WELT und der SZ.[543] Unterdessen "formieren sich die China-Kritiker", und Aktivisten, "zu denen auch Hollywood-Stars zählen, warnen aufgrund von Chinas Engagement in Afrika schon vor den "Völkermord-Spielen" in Peking" - schreibt zur gleichen Zeit an anderer Stelle die FAZ.[544]

Dabei sollte es - den Kommentatoren zufolge - auch zur Pflicht von Wirtschaft und Politik des Westens gehören, im Olympia-Gastland China für die fundamentalen Prinzipien der Demokratie offen einzustehen. Auf den Fahnen der Olympischen Bewegung, die nun auf ein "autoritär modernisiertes Land" trifft, stehen letztlich "nicht Wohlstand und Reichtum, sondern Frieden und Menschenrechte".[545] Diese stärker zu achten haben Chinas Führer ohnehin in der Bewerbungsphase versprochen - erinnert die Presse in Deutschland. Wollen wiederum die westlichen Führer aus Wirtschaft und Politik gegenüber den eigenen Bürgern wie auch der gesamten Weltöffentlichkeit, die im Vorfeld Olympias Unfreiheit und Menschenrechtsverletzungen in China zu Recht kritisieren, glaubwürdig auftreten, so sollten sie für ihre Werte und Prinzipien eintreten und Chinas autoritäre Führer in die Verantwortung ziehen - so die Forderung der meisten Kommentatoren. Sonst könnte die Olympiade in Peking am Ende zu einem Fiasko werden - für China, für den Westen wie für die ganze Welt, warnen hierzu allem voran die FAZ, die WELT und die SZ. "*Die Weltöffentlichkeit möchte Spiele in einem Land sehen, das sich an internationale Normen hält und seine Bevölkerung anständig behandelt"*, schreibt etwa die FAZ.[546]

So schreibt das gleiche Blatt an die Adresse der großen westlichen Olympia-

---

542 "Ihr Gespür für Musik", ZEIT, 30.08.2007.
543 "Unter Beobachtung", FAZ, 13.08.2007.
544 "Unsouverän", FAZ, 08.08.2007.
545 "Kulturkampf im Vogelnest", SZ, 29.12.2007.
546 "Unter Beobachtung", FAZ, 13.08.2007.

Sponsoren wie “Adidas, Nike & Co”, die vor allem mit Blick auf Chinas Binnenmarkt auf den “Olympia-Zug” gesprungen seien: *“Der größte anzunehmende Unfall für das Image einer Marke aus dem Westen wäre es, wenn China-Kritiker sie wegen ihres Engagements für die Spiele in Verruf brächten. Beispiele genug dafür hat es gegeben, etwa bei Unternehmen, die in der Militärdiktatur Burma investieren. Anders als jene aber können sich die Olympia-Unterstützer nicht distanzieren oder zurückziehen - sie sind Teil des Systems geworden. Peking würde es als schweren Affront empfinden, sollte sich einer der Sponsoren jetzt dem wachsenden Druck von Chinas Kritikern beugen. Mit Sicherheit hätte ein solches Unternehmen den Zugang zum Markt der potentiell 1,3 Milliarden Menschen auf Jahre verloren (...) Schweigen die Unternehmen aber zu den immer lauter gestellten Fragen und Vorwürfen, geraten sie in Konflikt mit ihren eigenen Richtlinien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung.”*[547]

Dazu schreibt zeitgleich ihrerseits die WELT an die Adresse von Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz vor deren bevorstehenden Staatsbesuch in China: “*Hunderte von Millionen Menschen werden die Spiele in aller Welt verfolgen, Zehntausende Journalisten extra anreisen. Bessere Chancen, von der Parteiführung abweichende Meinungen an die Weltöffentlichkeit zu bringen, hat es in China nie gegeben. Wer hätte denn etwa die Anklage der Menschenrechtler vergangene Woche überhaupt gehört, wenn nicht Olympia anstehen würde? Politische Aktivisten, die die Spiele als Bühne für ihre Forderungen nutzen wollen, verdienen Unterstützung. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sollte die deutschen Bedenken und Erwartungen bei ihrem Besuch in Peking Ende August offen ansprechen. Chinas autokratischen Herrschern muss klar sein: Die Welt will in Peking mit den Chinesen feiern. Mit allen.”*[548]

Vor diesem Hintergrund wird die “neue deutsche Wertediplomatie”[549] gegenüber China unter Bundeskanzlerin Merkel - wie diese sich bereits ein Jahr vor der Olympiade durch Merkels offene Kritik an Peking bei ihren Staatsbesuchen in China und vor allem durch ihr Treffen mit dem Dalai Lama ankündigt - von der deutschen Presse einstimmig begrüßt. Aus Sicht der Kommentatoren kündigt sich mit Merkels wertegeleiteter China-Diplomatie vor allem eine “überfällige Korrektur der China-Faszination”[550] ihrer Vorgänger Gerhard Schröder wie auch Helmut Kohl an, die

---

[547] “Risiko Olympia”, FAZ, 08.08.2007. Dazu vgl. “Der Olympia-Tourist”, SZ, 06.08.2008.
[548] “Olympia: Zu spät für ein Boykott”, WELT, 12.08.2007.
[549] Vgl. “Kulturkampf im Vogelnest”, SZ, 29.12.2007.
[550] Vgl. “Wenn Peking droht”, SZ, 19.11.2007.

wiederum ihre Politik gegenüber China stets dem Primat der Wirtschaft unterordneten.

Bereits bei ihrem ersten China-Besuch als Bundeskanzlerin im Mai 2006 lobt die SZ Merkels "klare Worte" zu den Menschenrechten und zu Tibet wie auch zur Produktpiraterie und Sicherheitspolitik: *"Der Honeymoon in den deutsch-chinesischen Beziehungen ist vorüber. Vorbei ist es mit der ungebremsten Euphorie. Vergangen sind die Tage kritiklosen Anhimmelns. Angela Merkel hat bei ihrem ersten Besuch in Peking als Kanzlerin einen deutlich sachlicheren, kühleren Ton angeschlagen als ihr Vorgänger Gerhard Schröder (...) Sollten die Zeiten endlich vorbei sein, als grandiose China-Auftritte als Feigenblatt für den Reformstau in der Heimat missbraucht wurden? Es wäre der Zwangsehe Berlin-Peking zu wünschen. Denn nur aus einem offenen Dialog, wie Merkel ihn wünscht, kann eine echte Partnerschaft wachsen."*[551]

Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch die WELT: "*Bei ihrem letzten großen Antrittsbesuch als Kanzlerin hat Angela Merkel erneut außenpolitisches Geschick bewiesen. In China, einem schwierigen, verminten Feld, fand sie den richtigen Ton (...) Nicht in der Grundrichtung, aber in der Art unterscheidet sich Merkel damit deutlich von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder, der in China kritische Töne stets vermied (...) Diese Mischung aus Einbindung und kritischer Distanz könnte die Zukunft einer bisher kaum vorhandenen deutschen China-Politik sein (...) Dabei ist es nicht tragisch, dass spektakuläre Vertragsabschlüsse - etwa bei der Verlängerung der Transrapid-Strecke oder beim Ausbau des BASF-Werks - kaum vorzuweisen sind. Bei der Merkel-Reise ging es um mehr als ein paar repräsentative Geschäfte. Es ging darum, wie Deutschland mit der künftigen Weltmacht China umgehen will."*[552]

Hierzu kommentiert die ZEIT nun aus Anlass des zweiten China-Besuchs Merkels ein Jahr vor den Olympischen Spielen: *"Dass es bei dieser Augenhöhe bleibt, wir Deutsche uns den Respekt der Chinesen, den wir ganz augenscheinlich genießen, erhalten, darum bemüht sich Merkel. Sie weiß, dass wir im Zweifel mehr von China abhängig sind als China von uns. Sie weiß, dass die Chinesen sich andere Partner suchen, wenn sie in uns keine guten Ratgeber sehen. Also nutzt sie es aus, dass die Chinesen verunsichert sind, über ihre eigene Entwicklung und die Probleme, die sie in der Welt erzeugen. Vielleicht hat es mit ihrer DDR-Vergangenheit zu tun, dass sie sich in die Denk- und Funktionsweise autoritärer Staaten hineinfindet. Vielleicht ist es*

551 "Signale aus Peking", SZ, 23.05.2005. Dazu vgl. "Das Ende der Blauäugigkeit", SZ, 19.01.2007.
552 "China: Partner und Konkurrent", WELT, 24.05.2006.

nur ein guter gesunder Menschenverstand. Jedenfalls scheint sie eine Tonlage gefunden zu haben, in der alles gesagt werden kann. Ob es nun an Merkel lag oder nicht. Ministerpräsident Wen jedenfalls ließ sich während des Besuchs der Kanzlerin zu einer für chinesische Verhältnisse ungewohnten Offenheit hinreißen."[553]

So schreibt zur gleichen Zeit auch die SZ unter dem Titel *"Mehr Menschenrechte dank Olympia"*: "*Die chinesische Führung reagierte über viele Jahre außerordentlich gereizt auf Einmischungen von außen. Nicht zuletzt die olympische Aufmerksamkeit hilft nun in beträchtlicher Weise bei dem Versuch, China davon zu überzeugen, sein Bild vor der Weltöffentlichkeit zu überdenken (...) Erstens ist es plausibel, dass sich die ehemalige DDR-Bürgerin eher in die Sorgen der Regimekritiker, wie auch in die verknotete Gedankenwelt der Apparatschicks versetzen kann. Nicht von ungefähr nimmt Merkel die argumentative Umleitung, Peking vor dem Ansehensverlust zu warnen, den Olympia im Zeichen der Unterdrückung bedeuten könnte. Sie weiß, wie empfindlich Diktatoren sind, wenn´s ums Prestige geht. Zweitens folgten Kohl und Schröder der Logik, dass wirtschaftliche Verflechtung zu wachsendem Wohlstand und dieser zu einer wahrhaften Zivilgesellschaft führt, die letztlich das System verändert. Merkel hingegen versucht Peking zu überzeugen, dass gerade in China, mit all seinen noch immer gewaltigen Schwierigkeiten, zumindest eine kontrollierte Öffnung nicht ein neues Problem darstellt, sondern einen Teil der Lösung. Das ist, angesichts des sozialen Sprengstoffs, der sich unter 1,3 Milliarden Menschen angesammelt hat, sehr wahrscheinlich der vernünftigere Ansatz."*[554]

Ähnlich schreibt das gleiche Blatt auch an anderer Stelle: *"Jahrelang sind diejenigen, die in China Menschenrechte anmahnten, als Spinner bezeichnet worden. Auch deutsche Regierungen unter Kohl und Schröder haben mitgeholfen, Chinas neue Hybris zu nähren. Dahinter stand das zynische Verständnis, dass uns die Unfreiheit der Chinesen nicht kümmern müsse, solange wir Exportweltmeister bleiben. Diese Haltung rächt sich nun. Das Leiden chinesischer Dissidenten, die für ihre Ideen inhaftiert werden, und die Gefahr durch Killermagnete in Deutschlands Kinderzimmern haben miteinander zu tun. Denn einer Diktatur sind Menschen einfach nicht so viel wert wie einer Demokratie. Die Europäer können nicht sehr viel tun, um Chinas Führung zum Umdenken zu bewegen. Sie können aber wie Angela Merkel dies gerade wieder in Peking versucht hat, beharrlich für Werte wie Menschenrechte, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit werben. Das ist kein Gegensatz zum Eintreten für deutsche Wirtschaftsinteressen. Sollten die universellen*

553 "Ihr Gespür für Musik", ZEIT, 30.08.2007.

554 "Mehr Menschenrechte dank Olympia", SZ, 30.08.2007.

Menschenrechte irgendwann einmal auch in China geachtet werden, dann wäre damit nicht nur den Chinesen geholfen. Auch Europas Konsumenten müssen weniger zittern. Man darf heute Drachen nicht mehr schlafen lassen, wie einst Napoleon empfahl. Jetzt - weniger als ein Jahr vor den Olympischen Spielen - muss China nach Kräften wachgerrütelt werden."[555]

Positiv aufgenommen wird vom Großteil der deutschen Presse auch die Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel, kurz nach ihrem zweiten Staatsbesuch in China den Dalai Lama im Berliner Kanzleramt zu empfangen - trotz des dadurch ausgelösten Ärgers bei der chinesischen Regierung und dessen negativen Folgen für die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei wird die Kanzlerin nicht zuletzt gegen die damalige Kritik aus Wirtschaftskreisen sowie aus weiten Teilen des Koalitionspartners SPD - allem voran des zu jener Zeit amtierenden Außenministers Frank-Walter Steinmeier - verteidigt, sie hätte nur aus innenpolitischen Motiven gehandelt und mit ihrer "Schaufensterpolitik"[556] die deutschen Wirtschaftsinteressen in China geschadet.

Dazu kommentiert etwa die SZ: "*Wenn die Chinesen wütend sind auf Angela Merkel, so könnte dies einen einfachen Grund haben: Die Bundeskanzlerin macht die richtige Chinapolitik. Doch im Westen wird stattdessen darüber diskutiert, ob Merkel die aufstrebende Wirtschaftsmacht in Fernost unnötig gereizt haben könnte. Aus Verärgerung über Berlin haben die Chinesen erst ein Treffen der Justizminister abgesagt, dann den deutschen Finanzminister ausgeladen und schließlich auch noch den sogenannten Strategischen Dialog der Außenministerien gestoppt. Die Wirtschaftsverbände sind deswegen in Sorge, das Auswärtige Amt ist es auch - doch sie sorgen sich zu Unrecht (...) Als Gerhard Schröder und Helmut Kohl regierten, sahen die Chinesen Deutschland als einen ganz besonderen Freund. Sie agierten nach dem Motto: Wir können die Menschenrechte mit Füssen treten, und Deutschland kommt trotzdem ständig zum Kotau (...) Zu lange war die deutsche Asienpolitik von den Träumen vom chinesischen "Milliardenmarkt" dominiert. Dass Merkel nun mehr auf Indien und andere demokratischen Nachbarn Chinas setzt ist strategisch richtig. Es ist die überfällige Korrektur einer China-Faszination, die irgendwann unhaltbar geworden wäre. Spätestens dann, wenn Chinas Wirtschaftsmotor ins Stottern kommt, werden alle Merkels Weitblick loben."*[557]

---

555 "Das Image des Drachen", SZ, 28.08.2007.

556 "Der Dalai Lama und die Kittelschürzen", SZ, 22.11.2007.

557 "Wenn Peking droht", SZ, 19.11.2007. Vgl. dazu "Da sieht China rot", WELT, 24.09.2007.

Hierzu kommentiert ihrerseits die FAZ: "*Realpolitik, also die Gestaltung der Außenpolitik eines Landes nach der Richtlinie seiner Interessen, ist in den internationalen Beziehungen unumgänglich: Interessen sind allemal besser zu kalkulieren als Gefühle und lassen sich leichter zu einer soliden politischen Grundlage verflechten. Aber Real- oder Interessenpolitik, die von Prinzipien absieht, ist bodenlos und führt zum Gekungel mit denjenigen, die in einem Land gerade mächtig sind - bis zum nächsten Machtwechsel. Es ist deshalb gut, dass Frau Merkel den Dalai Lama im Bundeskanzleramt empfangen hat, ausdrücklich zu einem Privatgespräch mit einem Religionsführer (...) Die Bundeskanzlerin nimmt nur ihr selbstverständliches Recht wahr, einen Gesprächspartner zu treffen, der Ansichten über die Zustände in seiner Heimat äußert, die europäischen Werten entsprechen."* Ähnlich schreibt zur gleichen Zeit die FAZ auch an anderer Stelle: *"Gute Beziehungen zu China sind wichtig, nicht nur für die Wirtschaft. Für die Lösung der globalen Fragen - vom Terrorismus bis zum Klimawandel - braucht die Staatengemeinschaft Chinas Mitwirkung (...) Doch weder die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen noch die außenpolitische Einbeziehung Chinas dürfen den Blick darauf verstellen, dass China nach wie vor nicht demokratisch regiert wird und dass die Führung nicht den westlichen Werten verpflichtet ist. Dass der Westen und China die Tibet- und auch die Taiwan-Frage so völlig unterschiedlich verstehen, hat mit diesen verschiedenen Wertvorstellungen zu tun."*[558]

Aus dem Blickwinkel des SPIEGEL wird Merkels "wertegeleitete" China-Politik vor allem im Lichte der wachsenden Systemkonkurrenz aus China betrachtet. So kommentiert das Wochenmagazin aus Anlass des zweiten China-Besuchs der Bundeskanzlerin: *"Was Angela Merkel jetzt sieht, ist ein Schmuckkästchen des Kapitalismus, eine chinesische Verführung (...) China strahlt in diesem Moment, China wirkt gerade wie die attraktivste Diktatur aller Zeiten. Die Partei sorgt für Ordnung und Ruhe, und wer will, kann unter diesem Schirm reichlich Geld verdienen. Das war die Herausforderung für Angela Merkel in der vergangenen Woche, als sie drei Tage in China war. Sie kam nicht in ein Land, das muffig ist, wie die DDR oder die Sowjetunion es waren, und weder den eigenen Bürgern noch Unternehmern aus anderen Ländern viel zu bieten hat. Sie kam in ein Land, das gegenüber den eigenen Bürgern so grausam sein kann wie früher die DDR oder die Sowjetunion, das aber mancherorts schon nach Chanel No. 5 riecht und dessen Wirtschaft Jahr für Jahr um rund zehn Prozent wächst. Das wirft eine neue Frage auf, und Angela Merkel ist eine Frau, die sich über solche Dinge Gedanken macht: Wächst da nicht unerwartet eine Systemkonkurrenz heran? Bislang ging der Westen wie selbstverständlich davon*

[558] "Auf dem Boden der Tatsachen", FAZ, 25.09.2007.

aus, dass sich das chinesische Bürgertum bei ausreichender Zahl irgendwann die Demokratie erkämpfen wird. Aber könnte es nicht auch sein, dass Chinas Erfolg die Demokratie überall in Frage stellt, weil sie nicht so effizient wirtschaften kann? (...) Das Modell China könnte langfristig eine Alternative werden. Man vergisst manchmal, dass die Demokratie nur die Sache eines Zeitalters sein könnte und nicht das Ende der Geschichte.", bemerkt dabei der SPIEGEL, und fügt an: *"Merkel muss buhlen, und Merkel muss kritisieren, denn der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte gehört zur Staatsräson der moralischen Großmacht Deutschland. Eiertanz für Fortgeschrittene (...) Was das bringt? Sie weiß es nicht. Sie weiß nur, dass sie es versuchen muss. Aber sie hat bei ihren offiziellen Gesprächspartnern noch kein Verständnis für die westliche Rücksicht auf das Individuum gefunden. Für die chinesische Parteiführung zählt die Masse. So wirkt ihre Menschenrechtspolitik fast mehr nach Deutschland hinein. Sie bringt ihr Punkte bei den liberalen Eliten und erinnert Vergötterer der Effizienz daran, dass China nicht schon deshalb ein Paradies ist, weil es den Transrapid schneller auf die Schiene bringt als Deutschland."*[559]

Ähnlich kommentiert der SPIEGEL auch den Streit um den Besuch des Dalai Lama bei Angela Merkel ein Jahr vor den Olympischen Spielen: *"Deutschland ist Exportweltmeister und zieht einen wachsenden Teil seines Wohlstands aus China. Aber Deutschland ist auch eine Demokratie und steht damit immer vor der Frage, ob es Demokratie und Menschenrechte in anderen Ländern fördern soll, für die Menschen dort, aber auch aus Selbstachtung. Ein Dilemma dieser Art blieb der Bundesrepublik bisher erspart. Den sozialistischen Diktaturen fehlte die wirtschaftliche Kraft, die China heute hat. Es geht also darum, in einer neuen Weltordnung den eigenen Standpunkt zu finden (...) Peking verdächtigt Merkel, das Ruder in der deutschen Außenpolitik herumwerfen zu wollen (...) In diesem Weltbild, so wird geargwöhnt, sei China kein "strategischer Partner" mehr, sondern Konkurrenz und Bedrohung. Das ist das Problem von Merkels Weg. Wer die Stärken des eigenen Systems gegenüber der Konkurrenz betonen will, muss laut werden, muss ins Schaufenster treten – und handelt sich Ärger ein, weil die eigenen Stärken meist die Schwächen des anderen sind. So ist Steinmeiers Weg der nach außen friedlichere. Die Debatten finden mehr in den Demokratien selbst statt. Wie viel Samtpfotigkeit ist mit der Staatsräson einer Demokratie verträglich? Merkels Methode der Kratzbürstigkeit sorgt für Krawall innen und außen, stärkt aber auch das Selbstbewusstsein der Demokraten. Einen Königsweg gibt es nicht, aber den Bedarf*

[559] "Übungen im Eiertanz", SZ, 03.09.2007.

nach einer ernsthaften Debatte."[560]

Besonders stark tritt der Aspekt der Systemkonkurrenz in den Vordergrund der in der deutschen Presse geführten Debatte um die Frage "Wie mit China umgehen?" mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kurz nach der Olympiade in Peking. Während es im Vorfeld der Olympiade dabei noch um das Erhalten der moralischen Hoheit des demokratischen Westens und damit auch der Bundesrepublik Deutschland geht, geht es in Zeiten der Krise nun immer stärker um ihren Verlust. Immer mehr Kommentatoren sehen unterdessen die wirtschaftlich angeschlagenen Demokratien des Westens bei Schutz und Förderung ihrer Werte gegenüber dem auftrumpfenden Modell Chinas von einer Position der Überlegenheit in die Verteidigerposition gedrängt. Indes wird der Kampf des Westens um die Sicherung seines weltpolitischen Einflusses nicht zuletzt als ein Kampf zur Verteidigung seiner demokratischen Grundwerte gedeutet.

In diesem Sinne kommentiert der SPIEGEL zu Anfang des Sommers 2009, aus Anlass des Treffens der G8-Gruppe im italienischen L'Aquila, unter dem Titel *"Der Westen wankt"*: *"Gegen den Schwund der westlichen Werte und des europäischen Einflusses in der Weltpolitik könnte die Europäische Union helfen, wenn sie in einem besseren Zustand wäre. Bis dahin müssen sich die Nationalstaaten kümmern. Das Schweigen von L'Aquila zu den Uiguren war beschämend, aber es würde auch nicht reichen, China hin und wieder zittrig zu ermahnen, die Menschenrechte zu achten. Wenn der Westen seine Werte verbreiten will, muss er zeigen, dass mit ihnen der bessere Staat zu machen ist. Es ginge also nicht mehr um Menschenrechte an sich, sondern um ihre Funktionalität. Der Westen muss mehr denn je beweisen, dass der freie und angstlose Mensch das bessere Bildungssystem hinbekommt, das bessere CO2-Reduktionsprogramm, die bessere Technologie und, alles in allem: das bessere Leben beim gemeinsamen Überleben. Das könnte die Chinesen nachdenklich machen und den Europäern Plätze an den Gipfeltischen der Welt sichern."*[561]

Hierzu kommentiert ihrerseits die WELT wenige Monate später, vor dem Hintergrund der Frankfurter Buchmesse mit China als Gastland: *"In der gegenwärtigen Finanzkrise verfügt China über enorme Währungsreserven. Der Westen verhandelt*

560 "Außenpolitik, süßsauer", SPIEGEL, 26.11.2007.
561 "Der Westen wankt", SPIEGEL, 13.07.2009.

mit den Machthabern des Regimes heute keineswegs aus einer Position der Stärke heraus. Schon deshalb bekommt die Einladung an China, als Ehrengast nach Frankfurt zu reisen, einen anderen Beiklang. Sie wirkt nicht mehr wie das großmütige Lockangebot eines wohlhabenden Gastgebers zu mehr "Wandel durch Annäherung", sondern wie eine Unterwerfungsgeste des Westens neureichen Diktatoren gegenüber. Sie wirkt, als würde die Messe ihre zentralen Überzeugungen verraten angesichts der enormen Macht des Gasts. Denn wer nicht aus überlegener Position heraus verhandelt, für den bekommen Fragen der Symbolpolitik immer größere Bedeutung. Es ist dieser Punkt, den Honsfelder und Bodos bei ihrer Entscheidung, China aller Zensur- und Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz zu ihrem Ehrengast zu machen, nicht ausreichend bedacht haben. Peking scheint zudem auf westliche Vorstellungen von kultureller Offenheit und Vielfalt demonstrativ zu pfeifen und in erster Linie stramm linientreue Kaderschriftsteller zur Messe schicken zu wollen. So wächst die Gefahr, dass dieser Auftritt als weltweit gut sichtbarer Kniefall des Westens vor den Herren Chinas wahrgenommen wird."[562] Dazu schreibt zur gleichen Zeit die SZ: *"Wenn die Buchbranche aber schon bei den ersten Begegnungen mit dem Wirtschaftsgiganten China eine so devot marktwirtschaftliche Haltung einnimmt, dann unterwirft sie die Branche präventiv dem Diktat eines Wertekanons, das es im Verlagswesen nicht geben darf (...) Wer sich mit China einen Handelspartner suchen kann, für den Grundrechte kein Thema sind, muss sich keinem Menschenrechtsdiktat des Westens beugen. Das aber ist eine Kultur, die uns so fremd ist, dass sie in unserer Kulturindustrie nichts zu suchen hat."*[563]

Um die Verteidigung unserer Grundwerte handelt es sich aus Sicht der meisten China-Kommentatoren der deutschen Presse auch beim Internet-Konflikt zwischen Google und China zu Anfang des Jahres 2010. Googles Rückzugsdrohung aus China als Reaktion auf die chinesische Web-Zensur wird als Anlass genommen, Wirtschaft und Politik des Westens zu einem entschiedenen Einsatz für unsere Grundsätze gegenüber dem Wirtschaftsgiganten China zu ermahnen.

So kommentiert die FAZ unter dem Titel *"Eine neue China-Politik"*: *"Das Drama um Google ist aus diesem Grund auch ein Lehrstück für die Politik. Nur weil China immer mächtiger und wichtiger wird, dürfen wir nicht unsere Grundsätze verraten. Diese Einsicht ist dringlicher als je zuvor, weil die mutmaßliche Supermacht China sich*

562 "Ehrengast China?", WELT, 13.07.2009.

563 "Zensiert China auch bei uns?", SZ, 13.09.2009. Vgl. dazu "Vom Ehrengast zur Zumutung", SZ, 16.06.2009, "Chinesische Zensur hat in Frankfurt nichts verloren", SZ, 11.10.2009.

immer stärker darum bemüht, ihre Spielregeln auch auf internationalem Parkett einzuführen (...) Mit geschickter Diplomatie und dem Einsatz politischer und wirtschaftlicher Druckmittel kann die Volksrepublik China durchaus dazu gebracht werden, konkreten Forderungen nachzugeben. Das wäre wohl ein besseres Rezept für den Umgang mit der neuen Großmacht als die bisherige Leisetreterei."[564]

Dazu schreibt die SZ an die Adresse der Wirtschaft in einem Kommentar unter dem Titel *"Vorbildlich in China: An Google sollten sich andere Unternehmen ein Beispiel nehmen"*: *"Unternehmer müssen keine Freiheitskämpfer sein. Niemand kann ernsthaft erwarten, dass sie mit kritischen Bemerkungen über die Regierung in Peking ihre Geschäfte gefährden. Das ist Sache ihrer Politiker. Aber sollten es die Wirtschaftsvertreter unterlassen, die politischen Verhältnisse in China schönzureden (...) Es wäre zu wünschen, dass mehr Unternehmen es wagen, sich zur Politik in China so zu äußern, wie es Google getan hat. Die scharfe Reaktion der chinesischen Regierung auf diesen Schritt deutet darauf hin, dass Peking von der Entscheidung sehr wohl beeindruckt ist. Es wird sich nach dem Rückzug von Google in dem Land nicht viel ändern, in China dauern alle Veränderungen erfahrungsgemäß sehr lange. Aber eines ist klar: Wenn niemand den Mund aufmacht, kommt der Wandel in diesem Land nie."*[565]

Zur Problematik der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu China widmet der SPIEGEL zu Ende des Jahres 2010 einen Spezialbeitrag mit dem Titel *"Geliebter Feind"*. Während der Debatte, ob China eine Rettungschance für die deutsche Wirtschaft inmitten der europäischen Schuldenkrise sein könnte, schreibt etwa das Wochenmagazin: *"Der rasante Aufstieg im Reich der Mitte beschert der deutschen Wirtschaft ein Wachstumswunder - aber auch neue Risiken. Die Abhängigkeit vom Fernostgeschäft wächst, Pekings gelenkte Industrie entwickelt sich zum gefährlichen Rivalen. Wird aus dem Boom die China-Falle? (...) 30 Jahre nach Beginn der chinesischen Reformpolitik steht das deutsche China-Engagement an einem Wendepunkt. Bisher gehörte es im Reich der Mitte zum Geschäftsprinzip, sich den herrschenden Verhältnissen tunlichst bis zur Selbstverleugnung anzupassen. Wer sich bei den Pekinger Apparatschiks als sogenannter Panda-Schmuser bewährte, hatte beste Aussichten auf gute Geschäfte. Künftig stehen die Deutschen in China vor einer ganz neuen Herausforderung. Sie müssen lernen, schon aus Eigeninteresse auch mal Nein zu sagen. Für die Politiker heißt das, die westlichen*

564 "Eine neue China-Politik?", FAZ, 17.01.2010.
565 "Vorbildlich in China", SZ, 27.03.2010.

Werte von Demokratie und Rechtsstaat auch gegen chinesischen Druck zu verteidigen. Ob in Afrika, Asien oder Südamerika: Überall in der Welt mühen sich die Pekinger Machthaber, ihr Modell eines autoritären Staatskapitalismus als bessere Alternative vorzuführen. Will der Westen seinen Einfluss in der Dritten Welt bewahren, muss er nachweisen, dass er seine elementaren Prinzipien nicht preisgibt. Auch Glaubwürdigkeit ist ein Wert."[566]

Dazu kommentiert die ZEIT bereits zu Anfang 2010 im Hinblick auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen: *"Kein Land der Welt hat die Finanzkrise schneller hinter sich gelassen. Im vergangenen Jahr ist Chinas Wirtschaft erneut um atemberaubende 8,7 Prozent gewachsen. Gerade hat es Deutschland als Exportweltmeister abgelöst, schon setzt es an, Japan als die zweitstärkste Wirtschaftsnation zu überholen. Der chinesische Automarkt ist inzwischen größer als der amerikanische. Chinas Wiederaufstieg war das wichtigste historische Geschehen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts. Die Supermachtrivalität mit Amerika wird das 21. Jahrhundert prägen. Wir erleben nicht weniger als »das Ende von fünfhundert Jahren westlicher Vorherrschaft«, wie der in Harvard lehrende Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson schreibt (...) In unseren Augen wird China von Jahr zu Jahr mächtiger, moderner, wohlhabender. In den Augen der Chinesen ist ihr Land noch immer arm und rückständig. Es will daher nicht in fremde Auseinandersetzungen hineingezogen werden. China ist eine Status-quo-Macht. Das gigantische Land ruht, wie seit Jahrtausenden, in sich. Es hat keinen kulturellen Universalanspruch, möchte sich aber auch nicht westlichen Ordnungsmustern anpassen, wie sie etwa den Internationalen Währungsfonds oder die Weltbank bis heute prägen. Barack Obama empfängt den Dalai Lama in dieser Woche vor allem aus innenpolitischen Gründen. Die Begegnung mit dem Oberhaupt der Tibeter soll aber auch demonstrieren, dass Rede- und Religionsfreiheit nicht an der chinesischen Grenze enden dürfen. Denn auch darum, um Einmischung und Abschottung, geht es zwischen Amerika und China, zwischen West und Fernost. Um die Stärke und das Selbstverständnis unserer offenen Gesellschaft. Diesen Wettbewerb müssen wir nicht fürchten, da ist China wirklich noch Entwicklungsland."*[567]

Die Debatte um den Universalismus der demokratischen Werte im Hinblick auf die neue Systemkonkurrenz aus China erreicht in der deutschen Presse ihren vorläufigen Höhepunkt zu Ende des Jahres 2010 vor dem Hintergrund der Vergabe des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo - des ersten

566 "Geliebter Feind", SPIEGEL, 23.08.2010.
567 "Nach ihren Regeln", ZEIT, 18.02.2010.

Nobelpreises an einen chinesischen Bürger, dem jedoch die chinesische Regierung die Ausreise zur Entgegennahme des Preises verbot.

Bereits im Vorfeld der Nobelpreis-Verleihung kommentiert die SZ: *"In letzter Zeit wurde allzu gerne verdrängt, dass Chinas märchenhafter Aufstieg in die Welt der Wirtschaftsmächte und sein so gewonnener Einfluss auf der Bühne der Geschichte eine dunkle Seite hat: die lenkende, kontrollierende, im Zweifel auch unterdrückende Staatsmacht. Zwar hat dieser Aufstieg vielen Millionen Menschen zu einem würdigen Leben verholfen und ihnen damit auch ein Stück Freiheit gebracht. Aber so ist es nun mal mit der Freiheit und der Sehnsucht nach ihr: sie ist kein normierbares Gut, sie lässt sich nicht in Dosen verabreichen (...) Die chinesische Führung wird akzeptieren müssen, dass sie die Diskussion über ihr Land nicht reglementieren kann. Sie wird feststellen, dass auch im Inneren der Wunsch nach Demokratie mit dem Wohlstand wachsen wird. Sie wird begreifen müssen, dass der Westen mit seiner Systemkritik keine Blasphemie betreibt. Denn Freiheit ist keine westliche Erfindung. Freiheit ist eine universelle Idee. Und diese Idee verbindet die freie Welt mit dem Dissidenten Liu Xiaobo."*[568]

Ähnlich kommentiert auch die WELT kurz nach der Nobelpreis-Verleihung: "*In einer Mischung aus Unterwürfigkeit und Faszination ist mancher geneigt, die diktatorischen Verhältnisse in China als authentischen Ausdruck einer "anderen Kultur" zu betrachten, der "westliche" Individualrechte fremd seien und die deshalb von ihren Untertanen auch gar nicht gewünscht würden. Unbeugsame Stimmen wie die Liu Xiaobos, der darauf beharrt, dass universale Menschenrechte selbstverständlich auch für 1,3 Milliarden Chinesen gelten, erschüttern dieses kulturrelativistische Zerrbild (...) Für den Westen sollte das starke Zeichen, das die Entscheidung des Nobelpreiskomitees für Liu Xiaobo gesetzt hat, eine Mahnung sein, die Bedeutung von Menschenrechtsfragen in der internationalen Politik nicht zu unterschätzen. Steigt doch im Westen angesichts vieler Rückschläge die Neigung, den Einsatz für die von Diktaturen in aller Welt als westlich-"imperialistisches" Konstrukt verunglimpften Menschen- und Bürgerrechte für sinn- und aussichtslos, wenn nicht für anmaßend zu halten (...) Wenn wir solchen mutigen Einzelnen nicht beistehen, werden uns Verfolgte in aller Welt daran erinnern, dass Menschenrechte nicht exklusiv für westliche Wohlstandsbürger gedacht sind. Und sei es durch neue Flüchtlingswellen, die an unsere Inseln der Seligen branden."*[569]

Hierzu schreibt das gleiche Blatt an anderer Stelle: *"Wandel durch Handel - das war*

568 "Heilige Staatsmacht", SZ, 09.10.2010. Dazu vgl. "Der Preis der Freiheit", SPIEGEL, 11.10.2010.
569 "Ein Zeichen aus Oslo", WELT, 10.12.2010.

die schöne Hoffnung, dass überall dort, wo der Markt siegt, die Freiheit auf dem Fuße folgt. Doch wie einst Chile zeigt heute China, dass es - zumindest vorübergehend - auch ohne Freiheit geht. Markt und Freiheit passen ideal zusammen, bedingen einander aber nicht. Freiheit ergibt sich nicht. Wer die Früchte der Freiheit genießt, steht auf den Schultern vieler mutiger Einzelner, die wider alle gängige Vernunft und auf scheinbar verlorenem Posten gekämpft haben. Es lohnt, auf ihre Stimme zu hören. So, wie es einst ein Fehler gewesen war, im Zuge der Entspannungspolitik den Dissidenten und Solidarnosc mit Missachtung zu begegnen, so ist es heute ein moralisches Versagen und ein realpolitischer Fehler, den machtlosen Liu Xiaobo bedauernd abzutun. Komme niemand mit dem Argument, die Idee der Freiheit sei China, das heute so gerne mit Konfuzius wedelt, fremd. So wird es nicht bleiben. Den Menschenrechten wohnt nämlich ein universalistischer Schwung inne."[570]

So kommentiert auch die ZEIT: *"Der Preis provoziert auch deshalb, weil hinter dem Fall Liu ein sehr grundsätzlicher Konflikt aufscheint, den Peking und der Westen am liebsten ignorieren. Man könnte von einem neuen Systemkonflikt sprechen. Es geht um Werte und Märkte, und um die Frage: Wer gibt im 21. Jahrhundert den Ton an? (...) Der Preis bringt nicht nur Peking, sondern auch den Westen in Verlegenheit. Wie wollen wir umgehen mit der künftigen Supermacht, die das Leben unserer Kinder und Enkel vielleicht ähnlich prägen wird, wie Amerika unser Leben und das unserer Eltern geprägt hat? (...) Mit dem Preis für Liu Xiaobo ergreift das Nobelpreiskomitee Partei in einem Systemkonflikt, vergleichbar am ehesten der Auszeichnung für den sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow (1975) oder für den polnischen Arbeiterführer Lech Wałęsa (1983). Sacharow und Wałęsa, auch Václav Havel oder die friedlichen Revolutionäre in der DDR, hatten es mit der Diktatur des grauen Sowjetkommunismus zu tun, der schließlich an seiner Schwäche ebenso zerbrach wie an ihrem Widerstand. Chinas autoritäre Einparteiendiktatur hingegen funktioniert. Das Land hat einen schwindelerregenden ökonomischen Aufstieg geschafft (...) Ein Argument, das in vielen Gesprächen wiederkehrt: Wir haben in den vergangenen dreißig Jahren 400 Millionen Menschen aus der Armut geführt! Was eigentlich kann man mehr tun für den Schutz der Menschenrechte? Warum erkennt der Westen diese Leistung nicht an? Die richtige Antwort dürfte wohl lauten: weil sich politische Rechte nicht mit sozialen oder wirtschaftlichen Rechten verrechnen lassen. Weil man zwar über den Zeitraum streiten kann, in dem das Ziel einer Demokratisierung Chinas zu erreichen ist, nicht aber über das Ziel selbst. Womit wir, wie verklausuliert auch immer, natürlich sagen, dass es für China eigentlich kein höheres Ziel geben könne, als so zu werden wie der Westen. Chinas Maßstab aber ist: China. Der*

570 "Wo war die Solidarität?", WELT, 11.12.2010.

Wiederaufstieg ihres Landes ist für viele Chinesen nichts anderes als die Rückkehr zur historischen Normalität. Wenn das so ist, wenn sich die wirtschaftlichen und politischen Gewichte tatsächlich vom Atlantik zum Pazifik verschieben – wie lange wird der Westen dann noch die Kraft und den Willen haben, seine Werte zu verteidigen? Und jene zu unterstützen, die sich für diese Werte einsperren lassen? (...) In gewisser Weise ist der Friedensnobelpreis des Jahres 2010 daher nicht nur für China eine Herausforderung, sondern – wir müssen nur einmal den Blick von außen auf unseren kleinen Kontinent richten – auch für uns selbst. Wir Europäer, Bürger des Westens, müssen uns der Ehrung Liu Xiaobos würdig erweisen. Indem wir unsere Demokratie gegen die Feinde der offenen Gesellschaft in unseren eigenen Reihen, gegen den Populismus und die ziellose Wut vieler Bürger verteidigen. Natürlich, wenn wir ehrlich sind, hält sich der Westen für das Maß aller Dinge. Es reicht aber nicht, nur an Sonn- und Feiertagen das Gewissen der Welt sein zu wollen. Da muss auch unter der Woche geholfen werden. Mit Prozessbeobachtungen und Haftbesuchen, mit Einreiseerleichterungen und mit Asylbewilligungen. Manchmal auch mit Sanktionen. Staaten können nicht »in der Wahrheit leben«. Aber sehr wohl können sie jene verraten, die danach streben. Verteidigen wir also, in aller Demut vor fremden Kulturen, unsere Werte. Noch hat die Demokratie im Wettbewerb der Systeme immer ganz gut abgeschnitten und dabei sogar den Wohlstand ihrer Bürger gemehrt. Das muss so nicht bleiben, aber der Beweis des Gegenteils steht einstweilen noch aus."[571]

3.3.2 Die Grenzen der Moral

Die Frage nach den Grenzen der Moral im Umgang mit China stellt sich in der deutschen Presse vor allem im Hinblick auf die Krise um Tibet kurz vor den Olympischen Spielen 2008 in Peking. Der Aufschrei und die Empörung - allem voran in der westlichen Welt - über das chinesische Vorgehen gegen tibetische Mönche und Demonstranten und die Eskalation der Proteste gegen das Olympia-Gastgeberland China, die den olympischen Fackellauf in den westlichen Metropolen zum "Spiessrutenlauf"[572] werden ließ, sowie der immer lauter werdende Ruf zu einem Boykott der Pekinger Olympiade, geben in allen untersuchten Medien Anlass für Kommentare, die nun vor den Folgen eines Konfrontationskurses gegen China

[571] "Freiheit tut weh", ZEIT, 14.10.2010.

[572] Vgl. "Die Fackelstafette als Spiessrutenlauf", ZEIT, 27.03.2008.

warnen. Das Hauptargument gegen den antichinesischen Proteststurm und die Aufrufe zum Olympia-Boykott lautet dabei: Wie gerechtfertigt sie auch sein mögen, würden moralische Entrüstung und der Streit um Symbole oder gar eine internationale Isolation Chinas doch keine Probleme lösen - vielmehr könnten sie am Ende zu einer weiteren Verhärtung der Fronten und damit auch zu einer Verstärkung der chinesischen Hardliner-Politik führen.

So schreibt die ZEIT in einem zeitgenössischen Kommentar unter dem Titel *"Konfrontation stärkt Hardliner"*: *"Chinas brutale Unterdrückung des tibetischen Aufbegehrens wirft eine Frage wieder auf, mit der sich der Westen schon während des Kalten Krieges herumgeschlagen hat: Wie lassen sich die moralischen Grundsätze freier Gesellschaften mit den Erfordernissen eines politischen Realismus verbinden, denen sich jedwede Regierung zwangsläufig beugen muss? Wie können die Staatenlenker der demokratischen Welt ethische Prinzipien und nationale Interessen in Einklang bringen? Allenthalben wird jetzt die Idee ventiliert, die Olympischen Spiele in Peking zu boykottieren (...) Den verfolgten Dissidenten und den niedergeknüppelten Minderheiten im Reich der Mitte gebührt unsere Sympathie, unsere Unterstützung, unsere Fürsprache. Doch sollten wir genau abwägen, mit welchen Maßnahmen wir ihnen langfristig helfen und womit wir mehr Schaden anrichten (...) Natürlich müssen wir unsere Interessen verteidigen und unsere Werte hochhalten. Kotaus sind fehl am Platze. Aber wir sollten auch die Lehre beherzigen, die uns der Ausgang des Kalten Krieges erteilt hat: Konfrontation stärkt der Betonfraktion den Rücken, geduldige Entspannung begünstigt langfristig die Reformer."*[573]

Ähnlich äußert sich dazu in einer Reihe von Kommentaren auch die SZ. Zum einen wird darin scharfe Kritik vor allem am Internationalen Olympischen Komitee geübt: Ihm wird vorgeworfen, es hätte mit dem autoritären Regime in China "sehr bewusst einen Pakt beschlossen"[574] und würde deshalb zum herrschenden Unrecht in Tibet schweigen oder sogar die chinesischen Führer gegen die internationale Kritik verteidigen, anstatt von ihnen Mäßigung in Tibet zu fordern. Damit - so die SZ weiter - würden "die Ideale der Olympischen Bewegung endgültig der Kommerzialisierung

573 "Konfrontation stärkt Hardliner", ZEIT, 08.04.2008. Vgl. dazu "Betonköpfe zu Bambussprossen", taz, 14.04.2008.
574 "China und die Moral", SZ, 12.04.2008.

Platz machen"[575] und das sportliche Großereignis würde zu einem "Vehikel chinesischer Ambitionen" verklärt. Zum anderen werden dabei aber auch alle China-Kritiker im Westen gewarnt: *"Ein Boykott der Show würde die Fronten zwischen China und der demokratischen Welt nur verhärten und Symptome eines neuen Kalten Krieges befördern."*[576]

Dazu schreibt die SZ in einem Kommentar unter dem Titel *"Am Boykott-Hebelchen"*: *"In der Beziehung zu China ist das Interesse der westlichen Welt inzwischen komplex und dennoch simpel: China ist ein großer Markt, eine bedeutende politische Macht und ein Riesenreich mit gewaltigen Unfreiheiten und inneren Problemen. Das Interesse ist, die Wirtschaftskraft zu nutzen, die Macht zu zähmen und die inneren Verhältnisse zu beeinflussen, auf dass sie immer kompatibler werden mit den eigenen Werten und Interessen. Wer nun also einen Boykott der Olympischen Spiele fordert, der muss prüfen, ob er damit diese Interessen befördert, oder ob er lediglich zulässt, dass sich Emotionen entladen und am Ende alles verpufft (...) Und wer China boykottiert, der muss einen Wust von widerläufigen Interessen ausbalancieren und in Kauf nehmen, dass seine Wut wirkungslos abprallt. Das ist die frustrierende, aber realistische Analyse für den Umgang mit der UN-Vetomacht China (...) Es reicht, wenn der Dalai Lama eine neue Reise durch die Kanzlerämter dieser Welt antreten kann. Es reicht, wenn die Führung in Peking bei jedem Besuch öffentlich nach den Defiziten gefragt wird. Es wäre gegebenenfalls auch angemessen, den die Spiele begleitenden Polit-Zinnober – Eröffnungsfeiern, Ehrenloge, Präsidenten auf roten Teppichen – abzusagen. China werden diese Nadelstiche nicht behagen. Aber politische Akupunktur ist wirksamer als die Therapie mit der Keule."*[577]

Angesichts der Eskalation der antichinesischen Proteste in den europäischen Metropolen während des olympischen Fackellaufs kommentiert das gleiche Blatt an anderer Stelle: *"Hilft es also, wenn in Paris das Licht ausgeht? Nicht unbedingt, der Protest ist bisher eher selbst ein Zeichen großer Hilflosigkeit. Auch für die Demonstranten ist Symbolik alles, politische Substanz steckt hinter dem Spektakel indes wenig. Jeder Protest, jeder Boykott, jeder Aufschrei ist selbstverständlich legitim. Am Ende aber muss er einer einfachen Frage standhalten: Erreicht er sein Ziel, bewegt sich etwas? (...) Die China-Protestbewegung argumentiert mit hohem ethischen Anspruch. Ihr hilft dabei die Figur des Dalai Lama in seiner moralischen*

---

575 Ebd.

576 "Die Politik der Ringe", SZ, 18.03.2008.

577 "Am Boykott Hebelchen", SZ, 20.03.2008.

Reinheit. In Paris trug der französische Fackelläufer Stephane Diagana ein T-Shirt mit dem Aufdruck: "Für eine bessere Welt". Ein hehres Ziel - wer wollte dagegen sein? Aber hier genau liegt das Problem des Protestes: Er ist allumfassend, er ist zu wenig realistisch (...) Er klagt nur an."[578]

Eine deutliche Warnung vor den Folgen einer Eskalation des Streits mit China gibt auch die ZEIT an alle Europäer - und vor allem an die Deutschen: *"Weil China den Tibetern »die Menschenrechte verweigert«, erlebt die westliche Welt seit acht Wochen eine Welle antichinesischer Proteste und Propaganda vom Internet und von CNN bis zum olympischen Fackellauf und bis in einige Staatskanzleien Westeuropas. Dabei mischen sich idealistische Motive mit Antikommunismus und mit Angst vor dem aufstrebenden Konkurrenten China (...) In der Zwischenzeit könnte jede weitere Zuspitzung in China einen extremen und gefährlichen Nationalismus hervorbringen. Wer von außen sich an solcher Zuspitzung beteiligt, der verkennt die Vitalität Chinas und sein künftiges wirtschaftliches und politisches Gewicht in der Welt. Jedenfalls sollten wir Deutschen uns an keinerlei Verschärfung der Situation beteiligen. Unserer Regierung ist Abstand und Respekt anzuraten vor China und vor jeder Religion."*[579]

Hierzu warnt ihrerseits die WELT nicht zuletzt vor den Gefahren, die der Tibet-Konflikt für die Stabilität nicht nur Chinas, sondern vielmehr auch der ganzen Welt mit sich trägt. So schreibt diese in einem Kommentar "zur weltweiten Empörung gegen China": *"Erst heute vereinigen sich die Empörten aller Länder. Sie setzen auf die Macht der Weltmeinung, die in China niemanden beeindruckt und schon immer ein stumpfes Schwert war. In der modernen Geschichte ist kein Ereignis bekannt, wo eine Regierung von der Ausführung einer bestimmten Politik durch den Aufschrei der Weltöffentlichkeit abgehalten wurde. Es sind die Kräfte der eigenen Gesellschaft, die Reformen oder Revolutionen anstoßen. Auf sie darf man hoffen, befördern lassen sie sich nur schwer. Hier nun wird es Zeit, sich mit dem Argument zu befassen, das für einen behutsamen Umgang mit China spricht. Das Reich der Mitte ist längst nicht so gefestigt, wie man im Westen glaubt. Seit Jahren warnen Asien-Experten wie Eberhard Sandschneider vor der Möglichkeit eines Zusammenbruches der Volksrepublik. Trotz gewaltiger Wirtschaftserfolge und eines wachsenden Reichtums steht China seit Jahren am Rande des Untergangs (...) Sollte es zu größeren Konflikten kommen, könnte das Reich der Mitte mit seinen 1,3 Milliarden Menschen*

578 "Der Kampf um die Fackel", SZ, 08.04.2008. Vgl. dazu "Mehr Mut gegenüber China!", ZEIT, 13.04.2008.
579 "Tibet als Prüfstein", ZEIT, 15.05.2008.

schnell im Chaos versinken. Der Rest der Welt würde eine Krise erleben, die den Globus erschütterte. Vor diesem Hintergrund ist es wohlfeil, nur an die Freiheit zu denken. Ohne Stabilität ist Freiheit nichts."[580]

Für einen behutsamen Umgang mit China - auch wenn seine autoritäre Führung die Olympischen Spiele zu einer "Kommerz-Veranstaltung mit gigantischem Propaganda-Potential zusammenschrumpfen"[581] lasse - plädiert just zur Eröffnung der Spiele auch die FAZ: *"Die Führung unter Hu Jintao hat im Interesse der Olympischen Spiele in den letzten Monaten viel Kritik eingesteckt und sich in Zurückhaltung geübt. Doch das muss nicht bedeuten, dass China bei dieser Haltung bleibt, wenn das Schauspiel vorbei ist. Eine als Demütigung empfundene Dauerkritik könnte die chinesische Führung zu härterem Auftreten und weniger internationaler Kooperation veranlassen. Im besten Fall könnte der Druck von außen und von innen Anstoß zu einer Änderung in der Politik, nicht nur gegenüber Tibet, sondern auch gegenüber einer unruhigen Bevölkerung geben. Die Spiele selbst verschaffen eine Denkpause."*[582]

Ein weiteres Argument gegen einen Konfrontationskurs im Umgang mit China, das zu dieser Zeit in machen Kommentaren der heimischen Presse angeführt wird, lautet: der Wandel in China braucht doch mehr Zeit. Dafür machen sich etwa in der WELT und der SZ vor allem Stimmen aus der Sportwelt stark. So liest man in einem Kommentar der WELT vor dem Hintergrund der heftigen Proteste gegen den olympischen Fackellauf in vielen europäischen Städten: *"Die Aggressivität, mit der "Demonstranten" die olympische Fackel ersticken wollen, erschreckt. Auch hier findet eine Art Säuberung statt. Zugleich schwappt die Medienwelle ins Grenzenlose, das Welttribunal aus Pop-Stars und Pop-Politikern läuft auf Hochtouren. Dabei gibt es im Grunde einen großen Abwesenden: den Sport. Er erscheint nur als eine Projektionsfläche, um deren "Benutzung" durch die eine oder andere Seite es geht (...) Der Sport bildet eine bürgerliche Öffentlichkeit par excellence. Warum sollte man nicht gerade jetzt der Autonomie des Sports vertrauen? Dabei sollten weder im Bösen noch im Guten allzu schnelle Erwartungen gehegt werden. Der unmittelbare Einfluss der Pekinger Spiele auf das Los der Region Tibet wird nicht groß sein.*

---

580 "Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne", WELT, 11.04.2008.

581 "Absturz in den Alltag", FAZ, 23.09.2008.

582 "Bis die Spiele vorbei sind", FAZ, 08.08.2008.

Kultureller Wandel ist langsamer Wandel."[583]

In einigen Kommentaren der ZEIT und der taz wird dieser Hinweis nicht zuletzt mit dem Argument gestützt, dass der Wandlungsprozess in China "in vielem allem Unrecht zum Trotz"[584] voranschreite und Anerkennung verdiene.[585] Dazu bemerkt die ZEIT bereits beim Ausbruch der Tibet-Krise: *"Als Peking vor sieben Jahren zur Olympiastadt 2008 auserkoren wurde, verband sich damit die Hoffnung, die Öffnung Chinas zu beschleunigen. Diese Hoffnung hat auch nicht gänzlich getrogen. Aber hinter der schwindelerregenden wirtschaftlichen Liberalisierung blieb die politische Erneuerung bis heute meilenweit zurück (...) Dennoch wäre der Boykott falsch. Weil das Reich der Mitte seit drei Jahrzehnten Anschluss an die Moderne sucht. Weil sich das Land nach der Mao–Tyrannei in einen atemberaubenden Wandel gestürzt hat, der dem Einzelnen heute mehr Freiheiten beschert als je zuvor in Chinas 5000 Jahre alter Geschichte. Weil gerade jetzt in der Partei eine vorsichtige neue Demokratiedebatte begonnen hat. Und schließlich wäre der Boykott falsch, weil die Großmacht China gebraucht wird. Zur Lösung aktueller internationaler Krisen: Von Nordkorea über Darfur bis Iran überall hat sie sich bewegt. Und zur Lösung der Menschheitsfragen: Vom Klimaschutz bis zur Bevölkerungsexplosion - überall ist sie unverzichtbar. Nein, China sollte diese Spiele austragen."*[586]

Ähnlich kommentiert zum gleichen Zeitpunkt auch die taz: *"Tibet ist nicht Chinas einziger Unruheherd. Auch andere Gruppen wie die Muslime in Xinjiang oder die verfolgte Falun-Gong-Sekte werden die vorolympische Zeit für Proteste nutzen. China muss diese Herausforderung annehmen. Aber auch die Weltgemeinschaft muss lernen, mit China umzugehen. Bei aller notwendigen Kritik: Die Volksrepublik darf nicht als Pariastaat hingestellt werden. Denn in Peking regiert kein menschenverachtendes Willkürregime. Sondern eine Regierung, die gegen die Widersprüche ihres Systems kämpft. So hat Peking etwa gerade 800 Millionen Beschäftigten ein neues Vertragsrecht zugebilligt, das deren Rechte erheblich ausweitet. Dass die EU einen Olympia-Boykott abgelehnt hat, ist daher das richtige Signal. Den Tibetern täte man damit auch keinen Gefallen. Gerade sie sind auf*

---

583 "Die eigene Macht des Sports", WELT, 12.04.2008. Vgl. dazu "Kein Boykott gegen China", SZ, 26.03.2008.

584 "Die Fackelstafette als Spießrutenlauf", ZEIT, 27.03.2008.

585 Diese Ansicht vertreten auch vier Beiträge der TAZ aus dem Zeitraum 2007 bis 2009 unabhängig von der Frage "Wie mit China umgehen?". Vgl. "Rechtsstaat im Aufbau", taz, 11.05.2007, "Zweierlei Recht", taz, 11.07.2007, "Reif für Demokratie", taz, 10.04.2008, "Die späte Versöhnung", taz, 02.06.2009.

586 "Hässliche Spiele", ZEIT, 19.03.2008. Dazu vgl. "Niemand will Ärger mit China", ZEIT, 01.04.2008.

diejenigen angewiesen, die in Peking für ein moderates Vorgehen stehen."[587]

Direkt hinterfragt wird in vier Kommentaren der taz aus dem Olympiajahr 2008 auch das Chinabild in den westlichen Medien. Dabei werden die westlichen und deutschen Medien wegen Einseitigkeit und Schwarzmalerei bei ihrer Berichterstattung über China kritisiert, die letztlich zur "Verteufelung Chinas" und zu einem "hysterischen Verhalten des Westens" führe.[588] Dazu kommentiert die taz vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele in Peking unter dem Titel *"China ist ein sehr behutsamer Elefant"*: *"Soft power" ist gewaltlose Machtpolitik und wird von allen Staaten betrieben und wirkt im Falle Chinas auch nach innen. Aber das grundsätzliche Imageproblem Chinas im Westen ist dadurch nicht gelöst, weil zu erwarten ist, dass die Medien auch weiterhin nur eine Seite des Chinabildes zeigen, während dieses Bild doch viele und ganz unterschiedliche Konturen aufweist. Ja, es gibt die diabolische Seite der Menschenrechtsverletzungen, der Zensur, der Unterdrückung von Protesten und der Kaderwillkür. Wer aber nur diese Seite wahrnehmen will, übersieht die Erfolgsbilanz und die Richtung des Wandels: den Wandel Chinas von einem alles kontrollierenden und beherrschenden Staat der Mao- Ära, in dem es für die Menschen keinerlei Freiheiten und rechtliche Sicherheiten gab, zu einem Staatswesen, in dem ein relativ hohes Maß an individueller Freiheit herrscht und in dem die Menschen weitgehend selbständig ihr Leben gestalten können (...) Zwar ist China noch immer ein Ein-Partei-System. Aber die Strukturen und die Funktionsweise des Systems haben sich verändert. Wir sollten nicht vergessen, dass viele der derzeitigen Probleme daraus resultieren, dass China noch immer ein Entwicklungsland ist, in dem Strukturen eines modernen Staates und Rechtssystems noch im Aufbau begriffen sind; zweitens resultieren viele Probleme aus dem Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft. Die Suche nach Lösungen für die sozialen Probleme braucht Zeit (...) Europa sollte China dabei helfen, zivilisatorische Kompetenz auszubilden und international Verantwortung zu übernehmen. Dann könnten China und Europa gemeinsam darangehen, im Sinne Sun Yat-sens der Menschlichkeit und Brüderlichkeit ein Programm zu geben. Der Lerneffekt für China würde dann darin bestehen, globale Probleme gemeinsam mit anzupacken und zu lösen."*[589]

---

587 "Diplomatie statt Drohgebärden", taz, 31.03.2008. Vgl. dazu "Überzogene Hoffnungen", taz, 09.08.2008.

588 "Hysterisches Verhalten des Westens", taz, 14.04.2008.

589 "China, ein sehr behutsamer Elefant", taz, 19.08.2008. Vgl. dazu "Von China lernen", taz, 14.08.2008.

Ähnlich kommentiert das gleiche Blatt im Hinblick auf die China-Berichterstattung in den deutschen Medien anlässlich des Streits über das chinesische Programm der Deutschen Welle, dessen chinesische Leiterin verbannt und entlassen wurde, nachdem sie wegen "ungeschickten und missverständlichen Äußerungen" zu den Themen Tibet und Menschenrechte im Vorfeld der Olympischen Spiele als "Propagandistin Pekings" kritisiert wurde: *"Chinas Entwicklung ist zweifellos widersprüchlich. So werden in der Volksrepublik jedes Jahr mehr Menschen hingerichtet als im gesamten Rest der Welt. Zugleich wurden in China in den letzten 30 Jahren auch bis zu 400 Millionen Menschen aus der Armut geholt. Natürlich lässt sich das nicht gegeneinander aufwiegen. Aber im Umgang mit China greift ein simples Schwarz-Weiß-Denken zu kurz - dafür gibt es zu viele Grautöne, die der Einordnung bedürfen. Guter Journalismus sollte diese Realität in all ihren Facetten und Widersprüchen ausleuchten, denn Chinas Bedeutung in der Welt nimmt zu. Manche Medien und Politiker aber stilisieren das Land lieber zum neuen Feind, den sie für alle möglichen Probleme verantwortlich machen können."*[590]

Kritik am medialen Chinabild des Westens im Olympiajahr 2008 findet sich auch in einem Kommentar aus der FAZ sowie in einem Beitrag des SPIEGEL.[591] Letzterer - der ansonsten im Vorfeld der Olympiade durch Titelthemen zu China wie *"Weltkrieg um Wohlstand"*, *"Gift für den ganzen Erdball"* oder *"Die gelben Spione"* aufgefallen ist - kommentiert nun just zur Eröffnung der Spiele in Peking: *"Es werden Fotos verschickt aus Peking, auf denen eine Stadt in chronischem, gelbbraunem Smog zu sehen ist, aber nie wird gezeigt, dass der Himmel über China manchmal auch einfach nur blau scheint. Es werden Bilder versandt, reihenweise, die Polizisten in martialischen Formationen vor dem „Vogelnest" zeigen, aber vor Ort sind dieser Tage eigentlich nie welche zu sehen. Es geht um Bilder, offenkundig, die zu Meinungen passen sollen. Um Bilder, die Meinungen machen. Es geht um Klischees (...) War es ein Fehler, die Spiele an China zu vergeben? Darf sich ein Land am olympischen Feuer wärmen, ein Land, das Minderheiten unterdrückt, Straflager kennt, Meinungen verbietet? War die Zusicherung an das IOC, das Land werde sich öffnen, das große Versprechen, ein bisschen Demokratie zu wagen auf dem Weg zu diesen Spielen, doch nur ein Trick, um sich den Auftritt auf der weltgrößten Werbeplattform zu erschleichen? Im westlichen Ausland werden solche Fragen gern bejaht (...) China hat sich, ob gewollt oder ungewollt, mit diesen Spielen auf so viel*

590 "Kulturkampf um China", taz, 21.10.2008.

591 "Stimmt das? - Die Chinesen sind an allem schuld", FAZ, 15.06.2008, "Politik und Spiele", SPIEGEL, 11.08.2008.

Öffentlichkeit eingelassen wie noch nie in seiner Geschichte. Einfache Bilder fassen die Lage nicht, deshalb kommt vieles so klischeehaft daher, wenn es nicht gleich vor dieser neuen Unübersichtlichkeit kapituliert. Im westlichen Fernsehen, auch im deutschen, werden wieder Pagoden gezeigt, obwohl im Schatten der Wolkenkratzer kaum noch welche stehen (...) China mag sich noch nicht so recht auf den Rest der Welt einlassen wollen, aber das stimmt eben auch umgekehrt: Die Welt, indem sie ihre Lieblings- oder Schreckensbilder ständig reproduziert, lässt sich auch nicht auf China ein."[592]

Diese Art von Kritik am Chinabild des Westens, die auf eine Forderung zu mehr Verständnis für den Wandlungsprozess in China und seine kulturellen Eigenheiten hinausläuft, findet man auch in manchen Kommentaren zum Streit über den Ehrengast-Auftritt Chinas bei der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2009 sowie zum Friedensnobelpreis an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo zu Ende des Jahres 2011.[593]

Zur Zeit der Frankfurter Buchmesse kommentiert etwa die FAZ unter dem Titel *"Bewegung in den Köpfen"*: *"Der China-Schwerpunkt kommt zur richtigen Zeit. Es gibt nämlich viel zu lernen. Was die Mentalitäten, die Landschaften, die Geschichte, die Kulturen, die gegenwärtigen Umbrüche angeht. Wir dürfen annehmen, dass die Gebildeten im Reich der Mitte weitaus mehr über Deutschland wissen als umgekehrt. Goethe und Schiller sowie die Brüder Grimm sind ihnen beispielsweise so geläufig, dass beim Zusammentreffen mit belesenen Chinesen manche Zeitgenossen, die ein hessisches Abitur haben, wegen ihrer eigenen Unkenntnis peinlich berührt sind. Es gibt also keinerlei Anlass, überheblich zu sein. Viele Vorurteile verhindern eine differenzierte Sicht. Die Buchmesse bietet die Chance, dass sich dies ein wenig ändert."*[594]

Ähnlich kommentiert zur gleichen Zeit auch die WELT unter dem Titel *"China und die Oberlehrer aus Deutschland"*: *"Wir sollten nicht auf Schaulaufen in der geschützten Heimat setzen. Es hat sich bisher immer gezeigt, dass es meist fruchtbarer ist, auch in schwierigen Situationen miteinander im Gespräch zu bleiben, als sich in spektakuläre, letztendlich aber leere Gesten zu flüchten. Wem das nicht genügt, der*

---

592 "Politik und Spiele", SPIEGEL, 11.08.2008.

593 Vgl. "China und die Oberlehrer aus Deutschland", WELT, 28.09.2009, "Hilferuf an Angela Merkel", WELT, 10.02.2010, "Bewegung in den Köpfen", FAZ, 14.10.2009, "Die Verantwortung der Leitwährung", FAZ, 07.10.2010, "Das Glück besteht nicht darin, aus dem Nachbardorf nur das Bellen der Hunde zu hören", ZEIT, 08.10.2009, "Unsere Menschenrechtspropaganda", ZEIT, 21.10.2010, "Ausgerechnet", taz, 13.10.2009, "Thinktanks und Avantgarde", taz, 14.10.2009.

594 "Bewegung in den Köpfen", FAZ, 14.10.2009.

möge sich auf das Erbe der Aufklärung besinnen: Auf den Ansatz Kants, dass die äußerliche Veränderung staatlicher und gesellschaftlicher Praktiken à la longue betrachtet zu einer Veränderung der Denkungsart führen. Das ist der sittliche Grund für kulturelle Kooperation. Darauf hat sich die Außenpolitik besonnen, darauf sollten sich aber auch bei uns so manche Akteure in Politik, Kultur und Medien wieder besinnen."[595]

Kritisch über die ständige Menschenrechtskritik an China wird schließlich auch in manchen Kommentaren geschrieben, die sich vornehmlich gegen die Ängste - vor allem des Westens - vor China als Wirtschaftsgiganten und gegen die immer lauter werdenden Rufe zu protektionistischen Maßnahmen gegenüber China richten. Dazu schreibt etwa die WELT vor dem Hintergrund der Krise um Tibet im Vorfeld der Pekinger Olympiade: *"Westliche und asiatische Staaten begegnen dem Newcomer auf allen Märkten mit kaum verhülltem Missbehagen. Der chinesische Widerspruch aus Parteidiktatur und riskantem Kapitalismus kann zum Erfolg oder zur katastrophalen Implosion führen. Beide Möglichkeiten verändern die Weltgravitation. Und zwar so nachhaltig, dass Elias Canettis erster Satz in "Masse und Macht" in Anschlag kommt: "Nichts fürchtet der Mensch mehr als die Berührung durch Unbekanntes." Das Unbekannte setzt drei Furchtkomplexe frei: China erscheint als Riesenheuschrecke, die das Öl, die Milch und das Fleisch der Erde auffrisst. Dass Menschen mit einer langen Hungergeschichte besser essen wollen und zum Wohlstand streben, erzeugt angesichts ihrer schieren Zahl Schrecken. Chinas Währungspolitik ist egoistisch. Handelsüberschüsse spülten 1500 Milliarden Dollar und mehr in die Staatskasse und werden in internationale Technologieunternehmen und Energiewerte investiert. Das Billigspielzeug ist vergiftet, wie die chinesische Umwelt. Alles zusammengenommen erhöht die Preise, schafft Inflation, kostet Arbeitsplätze. Die Negativliste ist lang, und sie verdichtet sich, seit das IOC Peking die Olympischen Spiele zuschlug. Nicht nur chinesische Kräfte arbeiten daran, deren Glanz zu dämpfen. Was ist das stärkere Motiv: Die Sorge um die Menschenrechte oder die Wirtschaftsangst?"*[596]

Ähnlich kommentiert die FAZ die Verleihung des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo zu Ende des Jahres 2010: *"So hat man den chinesischen Aufstieg immer gefürchtet, nichts anderes steckt hinter der Kritik vieler Feierabenddemokraten an der Ein-Parteien-Diktatur. Weniger die ja tatsächlich*

595 "China und die Oberlehrer aus Deutschland", WELT, 28.09.2009.
596 "Heuschrecke China", WELT, 23.04.2008.

angebrachte Sorge um die Menschenrechte bereitet Bauchschmerzen, die im Fall des verschleppten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo und darüber hinaus überall im Land täglich und massenhaft verletzt werden. Es ist vielmehr die ökonomische Macht der nun bereits zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, die Deutschland beunruhigt und Amerika erschüttert und wieder allerlei protektionistisches Folterwerkzeug aus der industriepolitischen Mottenkiste auf den Verhandlungstisch gezaubert hat. Wer wirklich ein besseres Leben für die Chinesen wollte, der würde dem fragilen Vielvölkerreich nicht das Ende des Wachstums wünschen, weil nur eine wirtschaftlich starke und selbstbewusste Mittelschicht von der Partei den Sozial- und Rechtsstaat einfordern kann, irgendwann vielleicht auch die Demokratie. Doch sogar diesen Zusammenhang wischen die China-Zyniker mit dem Einwand vom Tisch, der Handel mit dem Land stabilisiere nur dessen Machthaber. Als vermöge nur eine Hungersnot dem Volke die Augen zu öffnen, eine Theorie, die durch Chinas nordkoreanische Nachbarn seit längerem als falsifiziert gelten darf. Wem vor allem das eigene Wohl am Herzen liegt, der sollte der chinesischen Wirtschaft schon ganz und gar ein gutes neues Jahr wünschen. Fiele die Konjunkturlokomotive aus, ginge es der Welt schlecht. Als Produzenten, als Konsumenten, im Kampf ums Klima und gegen Atomwaffen - überall werden die Chinesen gebraucht, ist es nötiger denn je, die neue Weltmacht stärker einzubinden als bisher. Stoppen kann China ohnehin keiner mehr."[597]

[597] "Danke, China!", FAZ, 26.12.2010.

3.4 Reflexionen zum Kulturrelativismus

"Das Feuerwerk der ästhetischen Reize bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele fand international viel Anerkennung und hat auch chinesische Skeptiker überrascht. (...) Die Botschaft war: Die chinesische Kultur ist nicht weniger universell als die westliche. Die ganze Welt kann ihren Platz in der chinesischen Kultur finden, so wie sie ihn bis jetzt in der westlichen gefunden hat. Das enthält eine Voraussage: Die Welt wird künftig auch durch China geprägt sein, aber jeder soll in ihr seinen Platz finden. Das ist eine Vorstellung, die man als Vereinnahmung verstehen und entsprechend gruselig finden kann. Aber so hatte es das traditionelle Konzept nicht gemeint (...) Der Universalismus, den China beansprucht, beruht, anders als der westliche, nicht auf Aussagen über den Menschen, sondern auf einer Lehre der Beziehungen. Theoretisch könnten sich die beiden Universalismen also komplementär zueinander verhalten und ihre jeweiligen Leerstellen gegenseitig füllen. Praktisch wird es darauf ankommen, inwiefern die Machtpolitik diesen Überbauten tatsächlich entspricht."[598]

Unter den insgesamt 399 in dieser Arbeit erfassten Beiträgen aus dem Zeitraum von 2007 bis 2011 finden sich nur drei Beiträge, bei denen der universalistische Geltungsanspruch westlicher Wertvorstellungen im Hinblick auf China hinterfragt wird. Es handelt sich dabei um zwei Kommentare aus der FAZ und einen Kommentar aus der ZEIT.

Vor dem Hintergrund der Eröffnung der Olympischen Spiele 2008 in Peking schreibt etwa die FAZ so wie im oben zitierten Kommentar auch an anderer Stelle unter dem Titel *"Blinder Fleck: Was der Westen bei seiner Kritik an China übersieht"*: *"Zum Beginn der Olympischen Spiele erreicht die westliche China-Kritik einen neuen Höhepunkt. Doch die Begegnung stellt auch den Westen auf die Probe. Nie zuvor seit seinem eigenen Aufstieg war er so intensiv mit einer Macht jenseits seines Einflussbereichs konfrontiert, die ihn ökonomisch, kulturell und politisch herausfordert. Was bedeutet das für seinen Universalismus, für die Überzeugung, dass die Werte, die er vertritt, in der ganzen Welt und für alle Gültigkeit haben? (...) Man muss sich erst mal an die Vorstellung gewöhnen, dass die Lenkung der Welt mit China geteilt wird. Für die universellen Werte, die der Westen vertritt, braucht das kein Schaden zu sein. Ihnen bietet sich damit erst recht die Gelegenheit, ihre*

598 "Olympische Macht", FAZ, 11.08.2008.

Universalität zu erweisen (...) Es käme also in der gerade entstehenden Phase vor allem darauf an, die Werte selbst anzuwenden. Das schließt die Artikulation der eigenen Überzeugungen ein, vor allem die Entschiedenheit, Opfern staatlicher Willkür, wo immer es sie gibt, zur Seite zu stehen. Aber auch die Bereitschaft, um der Werte willen die eigene Machtperspektive zu relativieren und sich in die Perspektive des anderen hineinzuversetzen. Die Olympischen Spiele könnten die Gelegenheit dafür sein."[599]

Unter dem Titel *"Unsere Menschenrechtspropaganda"* schreibt ihrerseits die ZEIT zwei Jahre später, anlässlich der Vergabe des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo: *"Der Fall des Liu Xiaobo, der im Dezember 2009 zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt worden war und gerade mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, scheint das Zeichen einer schroffen Konfrontation zu sein: Demokratie gegen Unterdrückung, das museale, aber selbstbewusste Europa gegen den kapitalistischen Effizienzstaat. Noch einmal wird eine politische und kulturelle Differenz markiert, jenseits derer sich längst ein viel komplexerer Austausch der Gesellschaften und Kulturen etabliert hatte (...) Der Europäer muss eine hohe Verstehenshürde überspringen: Nach wie vor gibt es ein eklatantes Wissensdefizit, was China anbelangt. Und er muss differenzieren lernen, auch indem er sich seine eigenen Vorurteile und lieb gewordenen Wertungsmuster vor Augen führt (...) Die Formen einer anspruchsvollen Auseinandersetzung mit Hochkultur verschwinden nicht, aber sie werden in China wie in Europa in Nischen abgedrängt. Dabei gibt es immer noch viel zu entdecken. Trotz forciertem Kulturexport ist China kein unkreatives Land geworden. Aber das grobe Bild darüber prägt ein für den Westen auf den ersten Blick attraktives, nachmodernes Gemenge aus E und U, mit einer patriotischen Grundierung, die manchmal unaufdringlich ist, manchmal abstößt. Man kann in bewährter Weise fragen: Mag diese Kulturproduktion auf den Weltmärkten erfolgreich sein, aber ist sie deswegen wichtig? Diese Frage ist inzwischen zu simpel, denn sie enthält schon eine Antwort voller Ressentiments. Vielleicht sollte man besser fragen: Gibt es angesichts eines homogenisierten Angebots noch das Unverwechselbare und Neue? Und verfügen wir wirklich über die Voraussetzungen, es wertzuschätzen, selbst wenn Bekenntnisse zur westlichen Demokratie darin nicht vorkommen? Wie das wechselseitige Verstehen nicht vom Fleck gelangt, zeigte die Buchmesse im vergangenen Jahr mit China als Gastland. Die offizielle Delegation war voller staatstreuer Autoren. Der Auftritt war ein kulturpolitisches Signal: So wollen wir unsere Literatur haben. Auf der anderen Seite hatten die Menschenrechtsproteste im Vorfeld der Messe bereits*

[599] "Blinder Fleck - Was der Westen bei seiner Kritik an China übersieht", FAZ, 08.08.2008.

etwas Ältliches, Routiniertes an sich, ein Streit, der unabhängig von der heutigen chinesischen Wirklichkeit noch einmal so sein musste, samt der empfindlichen und obligaten Reaktion darauf: eine verpasste Chance."[600]

600 "Unsere Menschenrechtspropaganda", ZEIT, 21.10.2010.

4. Theoretischer Exkurs

4.1 Die Frage nach dem Beobachter

"Ist das China-Bild der deutschen Medien ideologisch?".[601] Mit dieser Frage leitete der FAZ-Feuilletonist Mark Siemons seinen im Juni 2010 erschienenen Kommentar zur Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung "Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien" ein, die bis heute die aktuellste und umfangreichste Studie zur medialen Darstellung Chinas in Deutschland ist.[602] Den Verdacht, auf den der Feuilletonist mit seiner rhetorisch anmutenden Frage anspielt und der seit geraumer Zeit von chinesischen Offiziellen sowie von Teilen der chinesischen Presse wiederholt geäußert wird, scheint die Studie mit ihren Ergebnissen, zumindest teilweise, zu rechtfertigen. Tendenziell negativ und an vielen Stellen durchaus einseitig würden die deutschen Medien über China berichten, urteilt die Heinrich-Böll-Studie nach Auswertung von 8766 Zeitungs- und Fernsehbeiträgen aus dem Jahr 2008, dem Jahr der Tibet-Unruhen und der Olympischen Spiele. Dabei bestünde nicht zuletzt die Gefahr, dass in der deutschen Öffentlichkeit unreflektierte Vorurteile und Feindbilder gegenüber China reproduziert und verfestigt werden - warnen daraufhin die Autoren der Studie. Haben also offizielle chinesische Stellen, wie der Ex-Botschafter der VR China in Deutschland Mei Zhaorong oder das Pekinger Parteiorgan "Renmin Ribao" (Volkszeitung), etwa Recht, den deutschen Medien zu unterstellen, sie würden durch ihre negative oder gar ideologische Darstellung von China die öffentliche Meinung in Deutschland manipulieren? - ließe sich dazu noch zugespitzt mit dem Feuilletonisten Mark Siemons fragen.[603]

Aus Sicht der Studie selbst wird eine derartig pauschale Klage allerdings nicht für

---

601 "Die richtige Perspektive - Böll-Stiftung beurteilt deutsche China-Berichte", FAZ, 10.06.2010.

602 Richter/Gebauer, Heinrich-Böll-Stiftung, Juni 2010.

603 Neben Mark Siemons gab es damals auch andere Kommentatoren in der deutschen Presse, die die Veröffentlichung der o.g. Studie der Heinrich-Böll-Stiftung zum Anlass nahmen, um die von chinesischer Seite formulierte Kritik an der China-Berichterstattung der deutschen Medien zu erwidern - während sich wiederum die Kommentatoren von Chinas offiziellen Medien in ihren gegen die deutschen Medien gerichteten Vorwürfen von Einseitigkeit und Manipulation durch die Ergebnisse der Studie geradezu bestärkt sahen. Vgl. "Das Reich des Bösen", Berliner Zeitung, 14.06.2010, "Keine Verschwörung", taz, 17.06.2010, "Krisen, Krankheiten, Katastrophen", Der Tagesspiegel, 15.06.2010, "Steretotypes drive German media´s Chinese coverage", Global Times, 24.06.2010.

berechtigt gehalten. Die Vielfalt an Informationen und Themen, die sich in der beachtlich großen Anzahl der erfassten Beiträge bietet, sowie ein gewisser "Binnenpluralismus" an Meinungen - zumindest in einigen der untersuchten Medien -, so die Studie, relativieren den Manipulationsverdacht.[604] Je nach Betrachtung erscheine letztlich "das Glas halb voll oder halb leer", wie Kai Hafez, einer der Autoren der Studie, bemerkt.[605] Zugleich wird in der Studie aber kritisiert, dass sich mehr als die Hälfte der analysierten Beiträge "lediglich in allegorischer und stereotypisierender Form auf China bezieht".[606] So lasse sich der Studie zufolge von einer "fortlaufenden Verbreitung existierender Stereotypen" und extrem versimplifizierter Darstellungen" in der deutschen Öffentlichkeit sprechen, die der Komplexität Chinas nicht gerecht werden.[607] Vor allem "normativ abwertende" Darstellungen von China – so etwa "Unterstützer von Schurkenstaaten", "Klimasünder" oder "Billigproduzent" - würden laut der Studie die Berichterstattung in den deutschen Medien prägen.[608] Zurückgeführt werden diese Darstellungen zum einen auf eine "spezifische Medienlogik", die allzu stark auf das Negative fokussiere - und zum anderen aber auch auf eine vorherrschende eurozentrische Perspektive, deren "blinde Flecken" die Komplexität der Umbruchsprozesse in China im Wesentlichen außer Acht ließen.[609] Insbesondere der massive Fokus auf das Menschenrechtsthema würde schließlich einem Verständnis Chinas nicht gerecht.

Setzt aber "eine solche Annahme nicht ihrerseits ein ideologisches Verständnis von Menschenrechten" voraus?[610] Kann allein die quantitative Konstatierung der Häufigkeit dieses Themas die Frage nach dem Ideologieverdacht beantworten? Und überhaupt: Reicht es aus, abwertende Bezeichnungen, Konnotationen und Urteile in der Berichterstattung aufzuzeigen und aufzuzählen, um den Massenmedien eine Tendenz zur Einseitigkeit bis zur "Selbstzentrierung" vorzuwerfen? Wird damit letztlich nicht die Frage ausgeblendet, inwieweit die Medien als Beobachter die Fähigkeit besitzen, "sich über die eigene Rolle Rechenschaft abzulegen, also die

604 Vgl. Richter/Gebauer 2010, S. 9.
605 "Chinas Komplexität geht verloren", Deutsche Welle, 14.06.2010.
606 Richter/Gebauer 2010: 10.
607 Ebd.: 10.
608 Ebd.: 10.
609 Ebd.: 11.
610 "Die richtige Perspektive - Böll-Stiftung beurteilt deutsche China-Berichte", FAZ, 10.06.2010.

Vorverständnisse und Interessen mitzubedenken, von denen aus andere dargestellt und beurteilt werden", wie der FAZ-Feuilletonist Mark Siemons in seinem Kommentar zur Publikation der Studie bemerkt?[611]

In der Tat lässt sich im Mediendiskurs über China, wie auch in den ersten drei Kapiteln dieser Arbeit gezeigt wird, eine "Perspektivenvielfalt" erkennen, die nicht nur zur Reflexion über die Komplexität Chinas anregt - wie in der Heinrich-Böll-Studie eingeräumt wird -, sondern manchmal auch zu einer kritischen Reflexion der Medien selbst. Steigt etwa der Pegel der medialen Aufregung über China zu hoch, so mangelt es nicht an Pressekommentatoren, die sich vornehmen, über die eigene Perspektive Rechenschaft abzulegen.[612] Gleichzeitig lässt sich aber ähnlich wie in der Heinrich-Böll-Studie auch in dieser Arbeit eine Grundtendenz der deutschen Medien zur negativen Darstellung Chinas erkennen. Dabei wird stets der Fokus auf negative Entwicklungen und auf Probleme mit negativem Ausblick gelegt - und zwar nicht nur im Olympiajahr 2008, sondern über mehr als eine Dekade hinweg. Aus dieser Grundtendenz schließt ihrerseits die Heinrich-Böll-Studie, dass zum Thema "China" von Seiten der Medien nur allzu wenig kritisch reflektiert wird, und empfiehlt Journalisten wie Redaktionen mehr Objektivität, mehr Offenheit und mehr Fairness gegenüber China. Diese reagieren darauf mit dem Hinweis auf Missstände und Unrecht in China sowie auf ihre journalistische Pflicht, darüber zu berichten und Aufklärung zu bieten - während (nicht nur) offizielle chinesische Stellen eine Verschwörung politischer Mächte vermuten. Wir haben es hier mit einem typischen Perspektivenstreit zu tun, bei dem sich alle Beteiligten gegeneinander vorwerfen, das "falsche" Bild Chinas zu vertreten und verbreiten zu wollen. Wer vertritt also die richtige China-Perspektive? Und inwieweit ist die Perspektive der Massenmedien auf China richtig - inwieweit verstellt sie uns den Blick auf das Land?

Solche Fragen sollen im Folgenden dieser Arbeit ausgeklammert bleiben. Denn ihre Klärung würde voraussetzen, dass es so etwas wie ein "objektives" Bild von China gäbe, an dem sich die medial vermittelten Chinabilder messen ließen. Zudem zeigt

611 Ebd.

612 Gerade Mark Siemons bietet mit seinen oft medienkritischen Kommentaren für das Feuilleton der FAZ ein gutes Beispiel dafür.

sich in den beschriebenen Konjunkturverläufen des Diskurses aber auch, dass je nach Argumentationszusammenhang von den gleichen Medien oft unterschiedliche - manchmal sogar recht gegensätzliche - Perspektiven auf China bezogen werden. Im Hinblick bspw. auf die heiß diskutierte Frage "Wie mit China umgehen?" kann es sowohl heißen: "China ist zwar kein totalitärer Staat mehr, wird aber immer noch autoritär regiert" - als aber auch: "China wird zwar immer noch autoritär regiert, ist aber kein totalitärer Staat mehr". Je nachdem lässt sich dann ein "moralischer", "werteorientierter" oder aber ein "realistischer" Blick auf China gewinnen. Solche rhetorischen Wendungen, die das Glas je nach Kontext halb leer oder auch halb voll erscheinen lassen, durchziehen den Diskurs über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg - bei allen Medien und unabhängig vom Wechsel ihrer Korrespondenten und Redaktionen. Dabei wird eine Ambivalenz sichtbar, die sich ebenso systematisch wie die Tendenz zur negativen bzw. problemzentrierten Darstellung Chinas wiederholt – in Form der gleichen, immer wiederkehrenden Darstellungs- und Argumentationsmuster. Diese Systematik im Diskurs lässt erahnen, dass dieser uns wohl mehr über die Medien selbst als über China verrät. In dieser Hinsicht wäre es auch durchaus sinnvoll, die Frage in Bezug auf die China-Perspektive der Medien umzukehren, d.h. also die Frage nach dem Beobachter statt dem Beobachteten zu stellen.

Daher optiere ich für eine systemtheoretische Herangehensweise an die Interpretation des vorliegenden Materials. In Anlehnung an Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme wird davon ausgegangen, dass die medial vermittelten Bilder von China ohnehin eigenproduzierte Konstruktionen des sozialen Systems Massenmedien sind, weil sie im Modus der für das soziale System Massenmedien spezifischen Beobachtungsweise entstehen. Es handelt sich hier um ein "operativ geschlossenes System" bzw. ein geschlossenes soziales Gebilde, das nach eigenen Regeln das erzeugt, was die Gesellschaft als *die* Realität akzeptiert.[613] Hinterfragt werden sollte daher nicht das, *was* in den Massenmedien als Realität repräsentiert wird, sondern vielmehr die Art und Weise, *wie* es repräsentiert wird. Anders formuliert: Es geht dabei um die Frage, *wie* das System Massenmedien durch seine

[613] Vgl. Luhmann 2004: 14-15.

Operationen, also seine Beobachtungen und Kommunikationen Realität konstruieren - und die kann allein im Hinblick auf die Funktionsweise des Systems erläutert werden. Diese Vorgehensweise, die den Fokus der Analyse auf die Massenmedien richtet, wird nicht nur deshalb gewählt, weil es sich hier um eine medienwissenschaftliche Arbeit handelt. Die Luhmannsche Perspektive kann für sich den entscheidenden Vorteil verbuchen, dass sie sich auf die Beschreibung der Entstehung massenmedial vermittelter Bilder fokussiert, womit auch letztlich beschrieben wird, wie unser Wissen über China überhaupt entsteht. Denn im Fall Chinas trifft der Satz, mit dem Luhmann sein Werk "Die Realität der Massenmedien" einleitet, in besonderem Masse zu: *"Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien."*[614]

Um diese Perspektive einnehmen zu können, gilt es in diesem Kapitel zuerst einmal die Fragen zu klären: Wie funktioniert ein soziales System und wodurch unterscheidet sich die Funktion des Systems Massenmedien?[615]

4.2 Einblicke in die Funktion sozialer Systeme

Soziale Systeme sind als Produkte der Evolution moderner Gesellschaften anzusehen. Nach Luhmanns Auffassung haben sich moderne Gesellschaften im Laufe der Zeit immer stärker funktional ausdifferenziert, so dass ihre Funktionalität in separate, mehr oder weniger eigenständige Teilsysteme aufgeteilt worden ist. Diese Systeme werden von Luhmann als "soziale Systeme" oder auch als "Funktionssysteme" bezeichnet. Jedes von ihnen ist auf eine bestimmte Funktion spezialisiert, die für das Funktionieren des Gesamtsystems Gesellschaft unabdingbar ist. So werden im Rahmen des Funktionssystems Wirtschaft die materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt, indem Güter verteilt und ausgetauscht werden; im politischen System wird Macht verteilt, die dazu genutzt wird, verbindliche

614 Ebd.: 1.

615 Eine ausführliche Erläuterung dieser Fragen kann natürlich nicht das Anliegen dieses Kapitels sein, zumal dies den Rahmen der gegenständlichen Arbeit sprengen würde. Vielmehr soll hier ein kurzer Einblick in wesentliche Aspekte der System- und Medientheorie Luhmanns dargelegt werden, die als Anleitung zur Interpretation des vorliegenden Materials dienen können.

Entscheidungen für das soziale Ganze zu treffen; das Rechtssystem sorgt dafür, dass Rechtsnormen festgesetzt und gesellschaftsweit zur Geltung gebracht werden; das System der Wissenschaft ist seinerseits durch die Aufgabe bedingt, Erkenntnisse zu gewinnen, die die Gesellschaft voranbringen; während die zentrale Aufgabe des Systems Massenmedien in seiner Informationsfunktion besteht, die es für alle Bereiche der Gesellschaft erbringt. Die einzelnen sozialen Systeme erbringen also Funktionsleistungen, die auf die Funktion der Gesellschaft als Ganzes gerichtet sind. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive stellen sie damit nichts anderes als "funktionale Äquivalente" dar.[616] Nimmt man ihre konkrete Funktion unter die Lupe, so stellt man jedoch fest, dass sie erheblich voneinander abweichen. Jedes einzelne System scheint nach völlig eigenen Regeln zu funktionieren, die aus einer jeweils spezifischen und eigenständigen Funktionslogik erfolgen. Im Verlauf ihrer Ausdifferenzierung haben sich die einzelnen Systeme der Gesellschaft schließlich soweit verselbständigt, dass sie weitgehend unabhängig und autonom operieren.

Soziale Systeme sind in diesem Sinne - und das ist der zweite Gesichtspunkt - *operativ geschlossene* Systeme: sie operieren nach eigener Zweckmäßigkeit und bleiben gegen jede Art unmittelbaren Einflusses von außen immun. Ihre Qualität "geschlossen zu sein" begründet sich durch die eigenen Regeln und Gesetzmäßigkeiten ihrer jeweils spezifischen Funktion. Alles, was außerhalb des eigenen Operationsfeldes liegt, hat für das System den Status der Umwelt, die ihrerseits zur Operationsweise des Systems keinen direkten Zugang hat. Dies heißt zugleich: Kein System kann regulierend auf ein anderes System einwirken. Die Einwirkung von "außen" auf die Funktion eines Systems ist nach der Auffassung Luhmanns höchstens als *Resonanz* möglich: Das politische System kann Veränderungen im Wirtschaftssystem auslösen, aber es kann nicht seine Funktionsweise unmittelbar bestimmen - und umgekehrt. Ähnlich können die Massenmedien durch die Veröffentlichung bestimmter Informationen Einfluss auf Politik und Wirtschaft nehmen, das Geschehen in ihnen können sie damit aber nicht determinieren – und ebenso können weder die Politik noch die Wirtschaft den Massenmedien ihre Informationsauswahl diktieren. Einflussnahmen zwischen den einzelnen Funktionssystemen moderner Gesellschaften können also nicht im "Modus

[616] Vgl. Becker 2001: 37.

einfacher Kausalität"[617] erfolgen, sondern nur durch Außenreize, die in den eigenen "Funktionskodex" des jeweils betroffenen Systems "übersetzt" werden. Politische Beschlüsse mögen bspw. neue Regelungen für die Wirtschaft vorgeben, diese jedoch werden durch das Wirtschaftssystem nicht nach politischen, sondern nach ökonomischen Maßstäben aufgenommen und verarbeitet - etwa in die Sprache von Kostenrechnungen und Einsparungsanalysen transformiert. Ob und wie bzw. in welchem Umfang über diese neuen Regelungen durch die Massenmedien berichtet wird, wird wiederum stets nach medienspezifischen Kriterien entschieden – sprich: je nach Nachrichtenwert für die Berichterstattung.

Das Vermögen, *geschlossen* und damit autonom zu operieren, verdanken die sozialen Systeme ihrer Eigenschaft zur Selbstorganisation - der dritten *conditio sine qua non* Luhmannscher Systeme. Als selbstorganisierende Systeme sind die sozialen Systeme imstande, sowohl ihre Funktion als auch die eigene Existenz durch sich selbst - besser gesagt: aus ihrer internen Struktur heraus - hervorzubringen und zu erhalten. Wir haben es hier mit Systemen zu tun, die, ähnlich wie lebende Systeme, *autopoietisch*[618] funktionieren: ihre Funktion ist bestimmt durch ein Netzwerk von Interaktionen ihrer Bestandteile, das wiederum permanent diese Bestandteile und Interaktionen regeneriert.[619] Das lässt sich vorstellen, wenn man wie Luhmann davon ausgeht, dass Gesellschaften weder aus Menschen noch aus Handlungen, sondern aus Kommunikationen bestehen.[620] Letztere bringen durch ihre Interaktionen eine Dynamik und Komplexität mit sich, die weit über das, worauf die einzelnen Individuen mit ihren Handlungen abzielen, hinaus wirkt und die spontane Entstehung von Strukturen im sozialen Leben ermöglicht. Entscheidend für die

---

617 Ebd.: 73.

618 Seinen Ansatz von Systemen, die *operativ geschlossene*, *autopoietische* Organisationen darstellen, leitet Luhmann aus der Theorie der chilenischen Neurobiologen Humberto Maturana und Francisco Varela über die Organisationsstruktur und Funktionsweise organischer, also lebender Systeme. Nach Ansicht von Maturana und Varela ist *Autopoiesis* - ein Kunstbegriff, der sich vom Griechischen ableitet und so viel wie "Selbsterzeugung" bedeutet (*altgriech. αὐτός/autos (selbst) und ποιέιν/poiein (produzieren/erschaffen) - der "Mechanismus", der lebende Systeme zu autonom funktionierenden Systemen macht, zu Systemen also, die sich in ihrer Funktion nicht von außen, sondern nur durch sich selbst determinieren lassen - da allein ihr "Sein" ihr "Tun" bedingt und umgekehrt (Vgl. Maturana/Varela 1987: 55-57). Maturana, der auch als Erfinder des Begriffs *Autopoiesis* gilt, hält allerdings selbst die Übertragung der Funktion organischer Systeme auf die Funktion der Gesellschaft für unangemessen und daher für ein Missverständnis von Seiten Luhmanns. Vgl. Pörksen 2002: 114.

619 Vgl. Varela 1987: 121.

620 Vgl. Luhmann 1986: 269.

Bildung von Gesellschaft sind in dieser Hinsicht nicht die Handlungen der Menschen, sondern ihre Kommunikationen, die sich eigendynamisch zu kleineren oder größeren Organisationen (sozialen Systemen) formieren.[621] So haben große soziale Systeme im Verlauf ihrer Evolutionsgeschichte "kommunikative Muster" etabliert, die auf die Selbsterhaltung ihrer Funktion ausgerichtet sind. Dabei bringen die Kommunikationen des jeweiligen Systems durch ihre Relationen genau jenes Netzwerk hervor, aus dem sie kontinuierlich hervorgehen.

Soziale Systeme sind also *selbstreferentiell*. Sie bestehen aus Kommunikationen, die aufeinander folgen, um bestimmte Funktionen zu erfüllen: etwa Güter auszutauschen, Macht zu verteilen, Recht zu sprechen, neue Erkenntnisse zu gewinnen oder neue Informationen bereitzustellen. Kommunikationen, die sich auf diese Funktionen beziehen, fungieren als Auslöser weiterer Kommunikationen, die dem gleichen Zweck dienen. Im Wirtschaftssystem sind es bspw. Kommunikationen, die sich im Zuge des Austausches von Gütern unaufhörlich wechselseitig auseinander ergeben – jeder Gütertausch bringt eine Veränderung der Besitzverhältnisse, der notwendigerweise Kommunikationen zum weiteren Tausch von Gütern führt. Auch im Rechtssystem werden richterliche Urteile stets unter Berufung auf frühere Gerichtsurteile getroffen. Im Wissenschaftssystem sind es wiederum bereits gewonnene Erkenntnisse, die ihrerseits als Grundlage für den Gewinn weiterer Erkenntnisse dienen.[622] Analog dazu verhält es sich beim System der Massenmedien: Neue Informationen werden stets in Bezug auf bereits veröffentlichte Informationen erzeugt und bilden zugleich die Basis, an die sich weitere Informationen anschließen können. Die einzelnen sozialen Systeme beziehen sich in ihrer Funktion also immer auf die eigene Kommunikation. Natürlich

---

621 Die Annahme, dass die Kommunikation nicht vom Menschen, sondern vielmehr von den Kommunikationsregeln des jeweiligen Systems selbst bestimmt wird, hat immer reichlich Anlass zur Kritik an Luhmanns Systemtheorie geliefert. In einer Gesellschaft, die sich quasi aus "unbelebten Systemen" zusammensetzt, käme dem Menschen ja keine zentrale Stellung mehr zu. Bei seiner Beschreibung der Konstitution sozialer Systeme geht Luhmann allerdings von einem Menschenbegriff aus, der von dem in der Lehre der klassischen Subjektphilosophie abweicht. Der Mensch mit seinem Bewusstsein, den Luhmann mit dem Begriff des psychischen Systems vorstellt, mag Voraussetzung für das Funktionieren eines sozialen Systems, also der Kommunikation, sein - das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Kommunikation eine eigene Komplexität entwickelt, die über die Komplexität von psychischen Systemen hinausgeht und sich deshalb nicht allein als Folge deren Absichten und Handlungen erfassen lässt. Was die Funktionssysteme moderner Gesellschaften zusammenhält, muss folglich auch nicht der Autorschaft des Menschensubjekts unterliegen.

622 Vgl. Becker 2001: 38-39.

nimmt jedes System zur Erfüllung seiner Aufgabe für den Rest der Gesellschaft Kommunikationen von den anderen Systemen auf. Diese werden aber immer nach Maßgabe der innersystemischen Kommunikation und deren Gesetzmäßigkeiten bearbeitet. Es ist letztendlich genau diese *Selbstreferentialität* ihrer jeweils spezifischen Kommunikation, die soziale Systeme zu hoch spezialisierten und effizienten Funktionssystemen macht.

4.3 Das soziale System Massenmedien

Denkt man an die Massenmedien, so denkt man zunächst an die Printmedien, den Rundfunk und das Fernsehen. Dazu addieren sich noch die Online-Publikationen von Zeitschriften und Fernseh- sowie Radio-Sendern im Internet. Denkt man also an die Massenmedien, so eröffnet sich ein breites Spektrum an Produkten traditioneller wie neuer Kommunikationstechnologien, die massenweise an ein anonymes, räumlich verstreutes Publikum verbreitet werden. Die Massenmedien stehen damit für etwas, das erst mithilfe der Technik zur Wirklichkeit werden konnte.[623]

Wendet man den Blick von den technischen Operationen der Massenmedien, vom Drucken, Kopieren und Funken, auf die Kommunikationen selbst, die dadurch verbreitet werden, so sieht man sich mit Vorgängen konfrontiert, die aus der Technik nicht herzuleiten, geschweige denn zu erklären sind. Die Technik mag das Zustandekommen massenmedialer Kommunikation ermöglichen, kann jedoch streng genommen nicht als Teil von ihr gelten. Die Techniken stellen also nicht mehr und nicht weniger als den Rahmen, in dem sich die Kommunikation der Massenmedien abspielt, greifen jedoch nicht in diese ein - es sei denn sie werden selbst zum Thema der Kommunikation.

Damit leisten die Kommunikationstechniken für das System der Massenmedien etwas Ähnliches wie bspw. das Medium Geld für das Wirtschaftssystem: Beide

---

623 Luhmanns Definition lautet: *"Mit dem Begriff Massenmedien sollen im Folgenden alle Einrichtungen der Gesellschaft erfasst werden, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen."* Luhmann 2004: 10.

stellen das technische Medium zur Verfügung, das zur Bildung der strukturellen Rahmenbedingungen für die Entstehung eines eigenen sozialen Systems dient. Das eigentliche Prinzip, auf dem die Kommunikation innerhalb des jeweiligen Systems aufbaut, besteht jedoch in einem Code. Dieser Code ist nach Luhmannscher Auffassung ein binärer Code. Er stellt eine Leitdifferenz zwischen einem positiven und einem negativen Wert dar, d.h. eine Differenz zwischen einer bestimmten Option, die in der Kommunikation aktualisiert werden kann, und deren Negation. Aufgrund der jeweils systemeigenen Leitdifferenz werden sämtliche Kommunikationsmöglichkeiten auf das Schema einer zweifachen Option bzw. auf zwei Alternativen reduziert. So werden im Fall des Wirtschaftssystems durch das Medium Geld alle Optionen der Kommunikation auf die beiden Alternativen "Zahlen/Nicht-Zahlen" eingeschränkt – während im System Massenmedien durch die medialen Verbreitungstechnologien, die einen einseitigen Kommunikationsprozess "zwischen Sender und Empfängern"[624] zur Folge haben, der binäre Code "Information/Nichtinformation" zur Geltung kommt. Alles, was zu diesem Schema nicht passt, ergibt für das System keinen Sinn und kann daher in ihm keinen direkten Anschluss finden. Damit stellt die Codierung des jeweiligen Systems seine Grenze nach außen, also zur Umwelt fest.

"Information" ist in diesem Sinne das, womit das System der Massenmedien arbeitet – während "Nichtinformation" nur als "Reflexionswert" des Systems fungiert.[625] Dabei stellt "Information" nichts anderes dar, als eine Differenz, d.h. also eine Unterscheidung. Die Differenz einer Information zu ihren Alternativen ergibt den

---

624 Ebd.: 11.

625 Natürlich stellt auch die Nichtinformation selbst eine Information dar. Schließlich ist auch die Tatsache, dass etwas keine Information ist, selbst informativ. (ebd.: 37) Um dieses "Paradox der Informativität der Nichtinformation" aufzulösen, bedarf es neben der binären Codierung Information/Nichtinformation einer weiteren Unterscheidung, die festlegt, unter welchen Bedingungen der positive Codewert eingesetzt werden kann. Es müssen also Möglichkeitsräume festgelegt werden, die einschränken, was jeweils als Information und was als Nichtinformation behandelt werden kann, denn andernfalls würde das System in einen infiniten Regress laufen. Dieses Problem wird durch die Differenzierung unterschiedlicher Programmbereiche gelöst, die bei der Selektion und Verarbeitung von Informationen verschiedene Kriterien anwenden. Dies erfolgt nach Luhmann in den drei Programmbereichen Nachrichten/Berichte, Werbung und Unterhaltung. Dabei weist er darauf hin, dass in allen diesen drei Bereichen mit dem gleichen Code Information/Nichtinformation gearbeitet wird, "wenngleich in sehr verschiedenen Ausführungen" (ebd.: 51) – weshalb sie auch als unterschiedliche Programmbereiche des gleichen Systems und nicht als verschiedene Subsysteme zu verstehen sind. Wir wollen uns in dieser Arbeit auf den Bereich Nachrichten/Berichte beschränken, schon aus thematischen Gründen, aber auch weil dieser Bereich, wie Luhmann bemerkt, als "Erarbeitung/Verarbeitung von Informationen" am deutlichsten zu erkennen ist. (ebd.: 53)

Informationswert. Das heißt zugleich: Auch die Erzeugung eines Unterschieds durch die Aktualisierung einer Information kann eine weitere Unterscheidung hervorbringen. In dieser Hinsicht verweist der Begriff "Information" auf zwei untrennbar miteinander verbundenen Komponenten, die eine Kette von mindestens zwei Ereignissen, d.h. eine Sequenz bilden.[626] Dies impliziert aber auch, dass aus jeder Sequenz weitere Sequenzen - sprich: weitere Ketten von Informationen – erfolgen können. Nach diesem Prinzip, das auf der "Wirksamkeit von Differenzen" beruht, erfolgen die Informationssequenzen des Systems Massenmedien.[627] Seine jeweils aktuellen Informationen leiten sich demnach immer aus früheren Informationen ab und bieten zugleich Anschluss für weitere, zukünftige Informationen. So werden bspw. neue Nachrichten stets unter Bezug auf ältere Nachrichten verwertet und lassen gleichzeitig die Erwartung auf folgende Nachrichten entstehen.

Dabei können die Massenmedien alle Informationen aufnehmen, die in den anderen Systemen der Gesellschaft kursieren. Zu ihrer Reproduktion müssen sie jedoch immer auf sich selbst, d.h. auf die eigene Systemgeschichte Bezug nehmen. Schließlich kann das, was von ihnen selbst bereits als Information behandelt wurde, auch keine Information mehr sein. "Informationen lassen sich nicht wiederholen"[628] und werden deshalb, sobald sie zum Ereignis wurden, zur Nichtinformation. Die Tatsache jedoch, dass Massenmedien Informationen sehr schnell und sehr breit streuen, führt zwangsläufig zu ihrer schnellen Entwertung. Massenmedien verwandeln also permanent Informationen in Nichtinformationen und bewirken damit notwendigerweise Redundanz, d.h. den "unmittelbar anschließenden Bedarf für neue

---

626 Das meint auch Gregory Bateson - auf den auch Luhmann verweist -, der "Information" – i.S.v. "a bit of information" - als die Erzeugung eines Unterschieds definiert, der "bei einem späteren Ereignis eine Unterscheidung ermöglicht". Zitat nach Luhmann 2004: 39. Vgl. dazu Bateson, "Ökologie des Geistes", 1983: 582: *"Was wir tatsächlich mit Information meinen - die elementare Informationseinheit -, ist ein Unterschied, der einen Unterschied ausmacht."*

627 Bekannterweise orientiert sich das Luhmannsche Denken besonders stark an mathematischen und technischen Kategorien. Dazu bemerken Frank Becker und Elke Reinhardt-Becker: *"Diese Verwandtschaft ist der Systemtheorie häufig vorgeworfen worden. Eine so ausgesprochen technische und formale Argumentationsweise könne der Fülle des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht gerecht werden. Luhmann hat gegenüber solchen Einwänden immer geltend gemacht, dass eine Theorie nicht dieselbe Gestalt haben müsse wie ihr Gegenstand, um ihn angemessen beschreiben zu können. Außerdem beruhe jegliches gesellschaftliche Leben, und das bedeutet im Sinne der Systemtheorie: jegliche Kommunikation, letztlich auf der Wirksamkeit von Differenzen - und diese Wirksamkeit verweise die Gesellschaftstheorie nun einmal mit Notwendigkeit auf die Modelle der Informationstheorie und der Informatik."* Vgl. Becker 2001: 42.

628 Luhmann 2004: 41.

Informationen".[629] Damit, so Luhmann, generiert das System der Massenmedien eine eigene Zeit, an die sich wiederum der Rest der Gesellschaft anzupassen hat:

"So wie die auf der Basis von Geldzahlungen ausdifferenzierte Wirtschaft den unaufhörlichen Bedarf erzeugt, ausgegebenes Geld zu ersetzen, so erzeugen die Massenmedien den Bedarf, redundierte Information durch neue Information zu ersetzen: fresh money und new information sind zentrale Motive der modernen Gesellschaftsdynamik."[630]

Die Bilder und Beschreibungen von der Welt, die Massenmedien liefern, sind folglich nicht primär auf die Repräsentation "objektiver Realität" ausgerichtet - auch wenn dies nach Selbstbeschreibung der Medien das eigentliche Ziel sein sollte. Sie sind vielmehr in erster Linie auf die Selbsterhaltung eines Systems gerichtet, das "in selbstkonstruierten Zeithorizonten Operation an Operation anschließt, sich dabei immer auf die eigene Informationslage bezieht, um Neuheiten, Überraschungen und damit Informationswerte ausmachen zu können".[631] Daher sind die Massenmedien dazu genötigt, Realität medial zu konstruieren. Schließlich bringt das System bei seinen Beobachtungen von der Welt einen Sinnhorizont mit sich, der mit Notwendigkeit durch seine Funktionsweise limitiert ist: Er erfasst nur das, was im weitesten Sinne mit der Erzeugung von Informationswerten zu tun hat. Jede dieser Beobachtungen hat daher zwangsläufig einen blinden Fleck, sie ist also unscharf: "sie lässt etwas aus, übersieht etwas, und das notwendig, strukturell und – logisch".[632] Kritik von außen ist natürlich auch eine logische Folge und dafür bleibt das System immer empfänglich. Ob und wie jedoch externe Kritik am System vom System selbst aufgegriffen und behandelt wird, wird stets nur nach Maßgabe seiner eigenen Sinnverarbeitungsregeln bestimmt. Dazu bemerkt Luhmann:

"Man versteht gut, dass dabei ein Manipulationsverdacht aufkommt. Gerade wenn die Welt nicht so abgebildet werden kann, wie sie ist und wie sie von Moment zu Moment sich verändert, liegt es nahe, statt dessen feste Anhaltspunkte in Interessen

---

629 Ebd.: 43.
630 Ebd.: 44.
631 Ebd.: 31.
632 Hagen 2004: 188.

zu suchen, die das System in ihrem Sinne manipulieren, also Zustände und Operationen des Systems auf irgendwelche externen Ursachen zuzurechnen. Für das System selbst bleiben das jedoch folgenlose Privatmeinungen, die ihrerseits dem, der sie äußert, zugerechnet werden können. Oder der Verdacht stützt sich auf wissenschaftlich gut belegbare Kausaltheorien, über die gelegentlich berichtet werden kann, wenn es sich so fügt. Das System kann solche Kriterien aufgreifen - aber nur in der Form, in der es alles zum Thema massenmedialer Kommunikation machen kann. Der dies fundierende Tatbestand ist und bleibt die operative Schließung und, dadurch bedingt, die konstruktivistische Operationsweise des Systems."[633]

Weil die Massenmedien im Prinzip alles zur Information und damit zum Thema ihrer Kommunikation machen können, stellt sich die Frage über die massenmediale Realitätsdarstellung als eine Frage der Selektion dar. Diese kann aufgrund der *operativen Geschlossenheit* und Autonomie der Massenmedien nur intern und nicht extern gesteuert werden, etwa durch politische oder ideologische Fernsteuerung, wie Medienkritiker oft unterstellen. Eine solche Kritik, so Luhmann, würde die Massenmedien als ein "Forum für spezifisch politische oder religiöse oder ideologische Auseinandersetzungen" begreifen, die "dann von einer eigenständigen Funktion nicht viel übrig ließen".[634] Auch die Annahme vom Einfluss "einer wertmäßigen oder normativen Vorwegauswahl" kann nach Luhmann nur in begrenztem Masse relevant sein. Diese Einflussmöglichkeit mag es geben, "aber sie erklärt zu wenig; sie würde zu grob wirken, zu leicht erkennbar sein und sehr rasch entgegengesetzte Kriterien provozieren".[635] Dazu gilt noch zu beachten, dass sich der Begriff "Selektion" auf die Funktion des Systems Massenmedien bezieht und nicht auf die jeweiligen Entscheidungen seiner Organisationen, wie etwa seiner Redaktionen, deren Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl von Informationen, wie Luhmann bemerkt, "viel geringer ist, als Kritiker oft vermuten".[636] Entscheidend ist letztendlich "nach welchen Sinnverarbeitungsregeln kommuniziert wird" und nicht

633 Luhmann 2004: 31.
634 Ebd.: 51.
635 Ebd.: 139.
636 Ebd.: 58.

"von wem diese Kommunikation betrieben wird".[637]

Luhmann nennt zwei Hauptkriterien, an denen sich die Massenmedien bei der Selektion ihrer Informationen ausrichten. Zum einen muss eine Information *neu* sein und "als (wie immer geringe) Überraschung auftreten", und zum anderen muss "auf leichte Verständlichkeit der Information für möglichst breite Empfängerkreise geachtet werden", die Information muss also plausibel und nachvollziehbar sein.[638] An besonderer Relevanz gewinnt in der Aufmerksamkeitsökonomie der Mediengesellschaft der Überraschungseffekt der Information. Schließlich muss der für die Massenmedien zunächst abwesende Leser, Zuschauer oder Hörer, der "große Unbekannte" in der massenmedialen Kommunikation, erst erreicht und dann gepackt und mitgerissen werden. Dafür muss er nicht nur überrascht, sondern auch irritiert werden - denn der Grundeffekt von Irritation ist ja die Steigerung von Aufmerksamkeit. Deshalb sind die Informationen der Massenmedien insbesondere auf die Erzeugung von Irritation gezielt - oder, wie es Wolfgang Hagen in seinem Aufsatz über "Luhmanns Medien" formuliert, "auf Effekt und Übertreibung codiert".[639]

Um der Verstärkung vom Überraschungs- und Irritationseffekt willen fokussieren die Massenmedien bei der Selektion ihrer Informationen vor allem auf "markante Diskontinuitäten" und bemerkenswerte Brüche aller Art.[640] Ob Geschehnisse und Ereignisse einen Informationswert erhalten oder nicht, hängt davon ab, wie viel Unvorhersehbares und Unerwartetes diese mit sich bringen. Schließlich müssen Informationen, um überhaupt als informativ wahrgenommen zu werden, mit "bestehenden Erwartungen" brechen.[641] Erst der Bruch im Erwartungshorizont der Leser, Zuschauer oder Hörer durch die Aktualisierung einer Nachricht garantiert die Unterstellung von Wichtigkeit der dahinter stehenden Information und damit das, wofür stets in erster Linie geworben wird: Aufmerksamkeit. Dabei muss jede Art von Normalität mit Notwendigkeit außen vor bleiben. Ausgewählt und hervorgehoben wird vielmehr das, "was aus irgendwelchen Gründen problematisch und deshalb von

---

637 Becker 2001: 51.
638 Vgl. Luhmann 2004: 58.
639 Hagen 2004: 201.
640 Vgl. Luhmann 2004: 58.
641 Ebd.: 58.

Interesse ist".[642] Damit entsteht in der Gesellschaft eine "spezifische Unruhe und Irritierbarkeit"[643], die wiederum täglich von den Massenmedien wiederaufgefangen wird. So schreibt Luhmann:

"In der Darstellung der Gesellschaft erscheinen dann vor allem die Brüche - sei es auf der Zeitachse, sei es im Sozialen. Konformität und Einvernehmen, Wiederholung immer derselben Erfahrungen und Konstanz der Rahmenbedingungen bleiben entsprechend unterbelichtet. Unruhe wird gegenüber Ruhe aus Gründen des professionellen Könnens der Mediengestalter bevorzugt. Dass überhaupt diese Achse für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft gewählt wird und nicht irgendeine andere, ist bedenkenswert, und wenn sie gewählt wird, ist kaum eine andere Option möglich als für die Seite 'where the action is'. Mit dieser Art Selbstbeobachtung reizt die Gesellschaft sich selbst zu ständiger Innovation. Sie erzeugt "Probleme", die "Lösungen" erfordern, die "Probleme" erzeugen, die "Lösungen" erfordern. Sie reproduziert eben damit zugleich Themen, die die Massenmedien aufgreifen und in Informationen transformieren können."[644]

Der Druck, den die Massenmedien durch die Erzeugung immer neuer Informationen – sprich: Irritationen - bewirken, hat "trotz riesiger Speicherkapazitäten, ein *schnelles* Erinnern und Vergessen"[645] zur Folge. Dies heißt zugleich: Das System prozessiert und verarbeitet Information ähnlich wie ein Gedächtnis. *Gedächtnis* ist hier nicht als "Speicher für vergangene Zustände oder Ereignisse" gemeint, sondern als "laufendes Diskriminieren zwischen Vergessen und Erinnern".[646] Wie jedes Gedächtnis, so ist auch das Gedächtnis der Massenmedien auf die Verwendung von *Schemata* angewiesen: das jeweils Neue, wird gerade dadurch als *neu* identifiziert, indem es in ein *Schema* überführt bzw. mit einem bekannten *Schema* assoziiert wird. Dabei geht es nicht etwa um einen Vorrat abgespeicherter Bilder, die wie vorgefertigte Konstante im Gedächtnis des Systems der Massenmedien fixiert wären. Durch den stetigen Eintritt neuer Information in das System lassen sich die *Schemata* der

642 Ebd.: 75.
643 Ebd.: 46.
644 Ebd.: 141-142.
645 Ebd.: 35.
646 Ebd.: 76.

Massenmedien vielmehr fortlaufend umgestalten, neu formen und mit neuem Sinn versehen. Neuheiten und Standardisierungen, Redundanz und Varietät bauen damit aufeinander auf - denn das Erkennen von Neuheiten erfordert vertraute Kontexte. Dadurch konstruiert das Gedächtnis der Massenmedien "Wiederholungen, also Redundanz", die "mit fortgesetzter Offenheit für Aktuelles, mit ständig erneuerter Irritabilität" einhergeht.[647]

Die "Realität der Massenmedien" entsteht somit in einem "rekursiven Konstitutionszusammenhang von Gedächtnis, Irritabilität, Informationsverarbeitung, Realitätskonstruktion, Gedächtnis."[648] Aus dieser "zirkulären Dauertätigkeit" der Erzeugung und Verarbeitung von Irritationen, die das Gedächtnis der Medien bei der Prozessierung täglich neuer Informationen leistet, ergeben sich die "Welt- und Gesellschaftsbeschreibungen", an denen sich die moderne Gesellschaft orientiert.[649] Dabei werden durch die Massenmedien *Schemata* erzeugt und reproduziert, die das kollektive Gedächtnis der modernen Gesellschaft maßgebend prägen. Durch sie lässt sich schließlich eine gesellschaftsweit akzeptierte Gegenwart festlegen, auf deren Basis sowohl die Vergangenheit als auch Erwartungen für die Zukunft bewertet werden können. Die kollektiven Schemata, die durch die Massenmedien erzeugt und reproduziert werden, haben aber zusätzlich auch einen durchaus stabilisierenden Effekt. Denn sie sind die Hauptinstrumente, die zur Verarbeitung der von den Massenmedien selbst erzeugten Irritationen dienen und Orientierung in der Informationsflut bieten. Dies heißt aber zugleich: Massenmedien sorgen nicht nur für ständige Irritation der Gesellschaft, sondern auch für ihre (Re-)Stabilisierung.

Die Gedächtnisleistungen der Massenmedien werden vor allem durch ihre Themen erbracht. Themen organisieren das Gedächtnis der massenmedialen Kommunikation, indem sie "Beiträge zu Komplexen des Zusammengehörigen" bündeln.[650] Dadurch wird das "Bekanntsein des Bekanntseins" als Voraussetzung für die Fortsetzung wie auch für die "notwendige Beschleunigung" der Kommunikation

---

647 Ebd.: 76.
648 Ebd.: 175.
649 Ebd.: 174.
650 Ebd.: 28.

gesichert.[651] Durch die Themen der Massenmedien wird aber zugleich auch gesichert, dass diese "trotz ihrer operativen Schließung nicht abheben, nicht aus der Gesellschaft ausscheren".[652] Massenmediale Themen, wie etwa aus der Politik, der Wirtschaft oder aus anderen sozialen Bereichen, sind nicht Eigenprodukte der Massenmedien. Sie werden von ihnen vielmehr nur aufgegriffen und erst dann einer öffentlichen Themenkarriere unterzogen, die nun ihrerseits auf die Kommunikation in den anderen Bereichen der Gesellschaft zurückwirkt. In diesem Sinne dienen die Themen der Massenmedien ihrer "strukturellen Kopplung", d.h. ihrer fortlaufenden Abstimmung mit anderen Gesellschaftsbereichen – und zwar, so Luhmann, ohne konsenspflichtig sein zu müssen:

"Der gesellschaftliche Erfolg der Massenmedien beruht auf der Durchsetzung der Akzeptanz von Themen, und diese ist unabhängig davon, ob zu Informationen, Sinnvorschlägen, erkennbaren Wertungen positiv oder negativ Stellung genommen wird. Oft geht das Interesse am Thema gerade davon aus, dass beides möglich ist."[653]

Aus dieser Perspektive gilt es, die mediale Thematisierung Chinas in Deutschland zu betrachten. Es geht also nicht darum, ob die medial vermittelten Informationen und Bilder zu China wahr oder unwahr sind. Letztere werden im Folgenden als das Ergebnis eines Kommunikationszusammenhangs betrachtet, der sich in Form eines medialen Gedächtnisses *selbstreferentiell* aufbaut. Dementsprechend werden die in den ersten drei Kapiteln der Arbeit beschriebenen Darstellungsformen und Inhalte im China-Diskurs der deutschen Presse nunmehr anhand von *Skripts* dargelegt, in denen die vorherrschenden *Schemata,* d.h. also die Schlüsselkategorien des Diskurses wie auch die damit verbundenen Zukunftserwartungen und Prognosen

651 Ebd.: 30.
652 Ebd.: 28.
653 Ebd.: 29.

enthalten sind.[654] Dazu werden auch die wichtigsten Themen berücksichtigt, die jeweils im Vordergrund des Diskurses stehen. Die herausgearbeiteten Ergebnisse werden anschließend im Hinblick auf die Funktionsweise und die daraus entstehenden Effekte des Systems Massenmedien diskutiert.

[654] Die aus der kognitiven Psychologie geliehenen Begriffe *Schemata* und *Skripts* werden hier in dem Sinne verwendet, wie sie auch Niklas Luhmann in seiner Abhandlung "Die Realität der Massenmedien" behandelt. Unter *Schemata* werden dabei "Kategorisierungen" im weitesten Sinne verstanden, die zur "Darstellung konkreter Sachverhalte in allgemeinen Begriffen" dienen - während es sich bei den *Skripts* um "Kausalattributionen" handelt, die auch die "Mitdarstellung von Ursachen und/oder Wirkungen der jeweils behandelten Phänomene" beinhalten. (Luhmann 2004: 139) Mit dem Begriff *Skript* - auch "event schema" genannt (Vgl. Lord/Foti 1986: 29) - wird in dieser Hinsicht ein "Sonderfall" von Schemabildung bezeichnet, bei dem "zeitliche Sukzessionen stereotypisiert werden". (vgl. Luhmann: 194) Kurz gefasst lautet Luhmanns Definition dazu: *"Ein Skript ist mithin ein bereits ziemlich komplexes, also auch viel ausblendetes Schema, das sowohl eine Stereotypisierung von Ereignissen als auch eine standardisierte Kopplung ihrer Sukzession voraussetzt."* Vgl. Luhmann 2004: 195.

5. Zusammenstellung und Interpretation des Materials

5.1 China im medialen Gedächtnis

5.1.2 China im Innern

Die Debatte in der deutschen Presse über die innenpolitische Entwicklung Chinas dreht sich seit über einer Dekade um die zentrale Frage: Wie lange kann im Reich der Mitte das Modell "Kapitalismus ohne Demokratie" noch fortbestehen, ohne dass es zu einer großen Krise und/oder zu einem politischen Systemwechsel kommt? Themen mit Krisenpotential und Krisenszenarien erfahren während des gesamten Zeitraums von 1997 bis 2011 Hochkonjunktur. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die Kehr- und Schattenseiten des chinesischen Wirtschaftswunders: wirtschaftliche Verwerfungen, soziale Spannungen und ethnische Konflikte, Korruptionsskandale, interne Machtkämpfe und politische Intrigen der KPCh, Menschenrechtsverletzungen, Repression und Unterdrückung stehen seit Mitte der 1990'er Jahre in der Tagesordnung. Nach dem Anbruch des neuen Jahrtausends und vor dem Hintergrund des anhaltenden Wirtschaftsbooms in China rücken immer stärker auch die Risiken eines ökologischen Kollapses wie auch die einer Implosion des chinesischen Wachstums in den Vordergrund der Debatte. Anlass zu diesen Themen bieten nicht zuletzt Meldungen über Ereignisse, die auf große Brüche und tiefe Einschnitte in der Entwicklung Chinas hindeuten. Die Zustandsberichte über die innere Lage des Landes, die in den Kommentaren der deutschen Presse aus Anlass solcher Ereignisse abgegeben werden, lassen mithin auf eine hohe und anhaltende Krisenanfälligkeit schließen. Ein immer wiederkehrendes Grundmotiv der Darstellung bildet dabei der Hinweis: das Bild von Fortschritt und Stabilität, mit dem sich China so gern nach außen präsentiert, trügt - das "andere" bzw. das "wahre" China gleicht vielmehr einem Vulkan, der im Inneren brodelt.

Die Argumentationsmuster, die in diesem Zusammenhang immer wieder vorgeführt werden, lassen sich in den folgenden *Skripts* zusammenfassen:

Der Grundwiderspruch des chinesischen Systems "Marktliberalisierung ohne Demokratisierung" gebiert Ungerechtigkeit. Dieser Grundsatz geht von der

Annahme aus, dass autokratische Systeme wie das von China zwangsläufig Korruption als Folge haben, die - im Gegensatz etwa zu einer Demokratie - mangels eines unabhängigen Rechtssystems und unabhängiger Medien nicht unter Kontrolle zu bringen sind. Korruption und Rechtlosigkeit scheinen somit im Einparteiensystem Chinas selbst angelegt zu sein. Von der Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und Modernisierung und dem damit zusammenhängenden Aufschwung profitieren dabei vor allem die herrschende Elite sowie eine kleine Minderheit der Bevölkerung, die sich in die korrumpierten Machtstrukturen einfügen lässt - Stichwort: Kaderkapitalismus. Je mehr die Wirtschaft liberalisiert wird, ohne dass eine Liberalisierung des politischen Systems erfolgt, desto mehr grassieren Korruption, Rechtlosigkeit und Profitgier. Die Parteielite, die zur Legitimation ihres Machtmonopols hehre Prinzipien propagiert, kann nicht einmal sich selbst kontrollieren. Diese Entwicklung geht wiederum mit einem moralischen Zerfall innerhalb der Gesellschaft einher. Geldgier und Profitsucht werden zu Synonymen für den Materialismus und Konsumismus, von der die neu entstandene Mittelklasse in den prosperierenden Metropolen erfasst wird. Angesichts der wachsenden Ungleichheit und der immer weiter auseinander klaffenden Schere zwischen Arm und Reich, zwischen florierenden Küstenstädten und armem Hinterland, erregt die weitgehende Ungerechtigkeit die Gemüter bei den Verlierern der einseitigen Reformpolitik. Soziale und politische Spannungen stehen damit im Programm. Gewaltiger sozialer Sprengstoff sammelt sich an. Die Zeitbombe tickt.

Allein mit Wohlstand lässt sich der Widerspruch nicht aufheben. Wohlstandsmehrung stellt für das ideologisch abgewirtschaftete System die letzte Legitimationsgrundlage dar. Dabei wird der wirtschaftliche Pragmatismus zur Staatsideologie erhoben - nach dem Credo des chinesischen Reformarchitekten Deng Xiaoping: “Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist - Hauptsache, sie fängt Mäuse”. Damit bleibt aber die chinesische Führung am fanatischen Streben nach stets weiterem Wachstum gefangen - ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. “Politische Stabilität für den wirtschaftlichen Aufbau” lautet hier das Mantra der Macht. Chinas politische Führung ordnet alles dem Primat der Wirtschaft unter, vor allem um des eigenen Machterhalts willen. Dabei scheint sie einen Pakt mit der Bevölkerung geschlossen zu haben: Solange das Wirtschaftswachstum anhält, zeigt sich die

große Mehrheit der Chinesen wegen der Aussicht auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer Aufstiegsmöglichkeiten durchaus gewillt, auf politische Teilhabe zu verzichten. Doch die Fixierung der politischen Führung auf den ökonomischen Erfolg vergrößert die Probleme in der Entwicklung Chinas. Daher kann die Entwicklung künftig nicht nachhaltig und stabil verlaufen. Die Stichwörter dazu lauten: die sozialen Verwerfungen nehmen zu; China zerfällt in Arm und Reich; es droht die Gefahr eines ökologischen Infarkts; im ohnehin maroden Finanzsystem entstehen riesige Spekulationsblasen.

Ohne politische Reformen - sprich: ohne Demokratisierung - werden Chinas Probleme bestehen bleiben. China braucht mehr Machtkontrolle durch ein unabhängiges Justizsystem und unabhängige Medien. Ohne eine unabhängige Machtkontrolle sind weder die grassierende Korruption und die wachsenden sozialen und ökologischen Verwerfungen, noch die Strukturprobleme im Finanz- und Wirtschaftssystem zu bekämpfen. Dazu verlangt der freie Markt klare Gesetze und eine unabhängige Bürokratie. Chinas Führung fürchtet sich aber vor politischen Reformen, die ihr Machtmonopol unweigerlich einschränken würden. Die Angst der Herrschenden vor dem Chaos, vor “luan”, sprich vor dem eigenen Machtverlust, sitzt tief. Trotz der Fortsetzung der Reformpolitik bleibt das chinesische System politisch erstarrt. Chinas Regierung begnügt sich nur mit halbherzigen Reformen, anstatt politische bzw. demokratische Reformen einzuleiten. Der Widerspruch der Ära Deng “halsbrecherisches Tempo bei den wirtschaftlichen Reformen, Stillstand bei der politischen Erneuerung” bleibt somit unaufgelöst - eine Ungleichzeitigkeit, die auf Dauer nicht funktionieren kann. Wie weit die Schere zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Erstarrung sich noch offen lässt, ist die chinesische Schicksalsfrage.

Für die Auflösung des politischen Widerspruchs im chinesischen Mischsystem zeichnen sich im Diskurs der deutschen Presse folgende drei Szenarien ab:

Die Schock-Version: Es droht die totale Krise. Eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums oder gar ein abruptes Ende des Wirtschaftswunders würde dem politischen System zum Verhängnis. Das chinesische System lebt in einem

Widerspruch, der sich nur durch den kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung überdecken lässt. Ein ökonomischer Einbruch würde das System in Lebensgefahr bringen, das Paradox würde unvermittelt in eine politische Krise umschlagen.

Die Version der graduellen Erosion des chinesischen Einparteiensystems durch den ökonomischen Wandel. Chinas Führung ist in einem kaum aufzulösenden Dilemma verfangen: Auf der einen Seite kann sie um ihres politischen Überlebens willen nicht umhin, den Weg der marktwirtschaftlichen Reformen weiterzugehen - auf der anderen Seite bedroht genau dies langfristig ihr Wesen und ihre Existenz. Dabei steht das Einparteiensystem der Weiterentwicklung Chinas im Wege. China wächst also nicht wegen, sondern trotz des Einparteiensystems. Das System ist nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, die der Einzug des Kapitalismus im Zusammenhang mit der Marktöffnung und der Globalisierung mit sich bringt. Die Verweigerung von politischen Reformen führt aber dazu, dass das auf alten leninistischen Kommandostrukturen basierende System den modernen Wirtschaftsstrukturen nicht mehr gerecht ist - und diesen sogar schadet. Der wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung zu den globalen Kapitalmärkten folgen noch mehr Reformen im wirtschaftlichen wie im politischen und im Rechtssystem, die das Machtmonopol des KP-Systems immer weiter einschränken.

Die ideologische Legitimationskrise des Systems und die schrittweise Selbstbefreiung der Gesellschaft. Mit wachsendem Wohlstand in der chinesischen Gesellschaft wird auch der Anspruch auf politische Partizipation wachsen. Schließlich dürfte der wachsende Wohlstand, ähnlich wie auch in anderen ostasiatischen Staaten wie Taiwan oder Südkorea, irgendwann auch in China zur Renitenz führen. Schon jetzt murrt das Volk allerorten. Auf die wachsenden sozialen und politischen Spannungen - sei es auf dem Land, in den Städten oder den Gebieten ethnischer Minderheiten - reagiert wiederum das anachronistische System nach gewohnter Manier mit Unterdrückung und Repressalien alten Stils. Chinas herrschende Elite ist nach wie vor bereit, alles zu tun, um ihr Ideologie- und Machtmonopol zu behalten. Doch die Freiheit hat den Kampf um die Köpfe bereits gewonnen. Die wirtschaftliche Modernisierung und die Öffnung zum Ausland haben schon längst Geister der politischen Liberalisierung ins Land gerufen. Inzwischen ist der Kontakt der

Bevölkerung mit dem Ausland aufgrund der neuen Kommunikationsmöglichkeiten und der Verbreitung von Informationen durch das Internet nicht mehr zu kontrollieren. Insbesondere Chinas jüngere Generation, die zum Teil an westlichen Universitäten studiert (hat), orientiert sich immer mehr und immer stärker an den Idealen und Wertvorstellungen der westlichen Welt. Zudem ist in China eine neue Mittelklasse im Entstehen begriffen, die sich durchaus Gedanken über politische Freiheit, Demokratie und Menschenrechte macht. Letztendlich handelt es sich dabei um universelle Werte. Chinesen sehnen sich genauso nach politischer Selbstbestimmung, nach Schutz vor den Übergriffen des Staates, nach Gerechtigkeit und unparteilicher Information wie Menschen überall sonst auf der Welt.

Diese sechs *Skripts* durchziehen die Argumentation der allermeisten Pressebeiträge, die sich vorwiegend mit der innenpolitischen Entwicklung Chinas befassen. Es handelt sich dabei um 263 von den insgesamt 896 Beiträgen, die in dieser Arbeit erfasst worden sind - und damit um etwa 30% des gesamten Untersuchungsmaterials.

Die darin enthaltenen Beobachtungs-, Einschätzungs- und Bewertungsaspekte lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Aufgrund des im chinesischen Mischsystem angelegten Grundwiderspruchs zwischen einer weitgehend liberalisierten Wirtschaft und einem noch auf sozialistischen Strukturen aufgebauten politischen System könnte auf Dauer die Weiterentwicklung Chinas weder nachhaltig noch stabil verlaufen. Dabei wird die wirtschaftliche Entwicklung Chinas trotz aller Erfolgsmeldungen meistens negativ dargestellt. Im Fokus stehen in der Regel die Schattenseiten des wirtschaftlichen Erfolgs und die darin lauernden Gefahren für die Stabilität des Landes. Werden wiederum die positiven Aspekte des ökonomischen Wandels in China hervorgehoben, so wird damit die Erwartung eines politischen Systemwandels verbunden.

Gleiches gilt für die Darstellung des gesellschaftlichen Wandels in China: Wird er nicht im Hinblick auf den zunehmenden “Materialismus” und “moralischen Zerfall” in Chinas Gesellschaft beschrieben, so wird er vor allem als Anzeichen für eine Erosion seines politischen Systems interpretiert. Die Zunahme individueller Freiheiten durch wirtschaftliche Prosperität und die Entstehung einer Zivilgesellschaft lassen eine Auflösung der etablierten politischen Strukturen und damit einen Systemwandel

erwarten. An besonderer Relevanz gewinnt dieses Erwartungsmuster interessanterweise vor dem Hintergrund der Diskussion um die neue Systemkonkurrenz zwischen Chinas autoritärem Kapitalismus und den westlichen Demokratien, wie sie in der deutschen Presse spätestens seit 2007 zu verfolgen ist.

In dem gesamten Untersuchungszeitraum finden sich nur 22 Beiträge - vor allem aus der ZEIT und der taz -, die auf eine eher positive politische Entwicklung und eine graduelle Modernisierung des chinesischen Systems schließen lassen. Diese wenden sich vor allem gegen den Eindruck politischer Erstarrung im Lande, der in den restlichen Beiträgen vermittelt wird.

5.1.2 China nach außen

Aus der Sicht der deutschen Presse scheint die außenpolitische Entwicklung Chinas stets mit enormen Risiken und Gefahren verbunden zu sein - ob für den Weltfrieden, die Weltwirtschaft, das Weltklima oder die Demokratie. Der militärische, wirtschaftliche und weltpolitische Aufstieg des Landes wird seit über einer Dekade zumeist von Beiträgen behandelt, die vor allem eines unterstreichen: Das Bedrohungspotential des chinesischen Drachen bleibt unverändert hoch. Themen mit Konflikt- und Krisenpotential erfahren auch hier, wie bei der Berichterstattung über Chinas Innenpolitik, durchgehend Hochkonjunktur. Im Brennpunkt stehen dabei nicht zuletzt Ereignisse, die von chinesischen Verstößen gegen die internationalen Regeln und die Weltgemeinschaft handeln – so etwa gegen internationale Friedens- und Sicherheitsabkommen, gegen internationale Handelsregeln und Umweltschutzvorschriften oder gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte. Das Fazit, das die Kommentare der Presse daraus immer wieder ziehen, lautet: China erhebt Anspruch auf Großmachtstatus, ist aber nicht der Verantwortung gewachsen, die ja einer Großmacht gebührt. Begründet wird dies durch den Anachronismus des chinesischen politischen Systems und vor allem durch seine Hinwendung zum Nationalismus. Dem schließt sich der Hinweis: Die nationalistische Propaganda - Sprichwort: Großchina-Nationalismus - hat der abgewirtschafteten KP Chinas als letzte ideologische Klammer zu dienen. China “reich und stark” zu machen und das

Land an seinen angestammten Platz unter den Nationen zurückzuführen, die neue-alte Vision von Chinas Herrschenden, wird damit schlicht als Mittel zum eigenen Machterhalt gesehen und behandelt.

In diesem Zusammenhang lassen sich vor allem zwei Argumentationsstränge bzw. *Skripts* ausmachen, welche die Kommentare der Presse durchziehen:

Unberechenbare Großmacht. Durch seine brisante Mischung aus Hybris und Unsicherheit erinnert China an die Aufsteigermächte des 19. Jahrhunderts: Ein Staat zu groß und zu ambitioniert mit einer Kombination aus Wirtschaftsboom, nationaler Hybris, hegemonialer Absichten und innerer Unsicherheit. Zwar sind Chinas Führer ausgemachte Realisten und Pragmatiker, denen es vor allem um Stabilität für die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums geht. Zugleich knüpft die Wirtschaft im Zuge der Globalisierung ein Interessengeflecht, das machtpolitische Rivalitäten dämpfen kann. Die historische Analogie hat in diesem Sinne etwas Fatalistisches an sich. Es gibt kein Naturgesetz, wonach jeder Newcomer vom Gewicht Chinas in die Falle des Krieges tappen muss. Doch Chinas Führung zeigt sich bei ihrer Gratwanderung zwischen wirtschaftlichem Pragmatismus und eigenem Machterhalt als eine zunehmend Getriebene von der eigenen nationalistischen Propaganda. Ein konfuzianisch unterfütterter Nationalismus sollte zudem als Kitt für die Risse im Einparteiensystem und als Integrationsmittel für den Zusammenhalt des Riesenreiches dienen, sowie als Ventil für Unmut in der Bevölkerung und als Ablenkung von den wachsenden inneren Spannungen in Zeiten der wirtschaftlichen Transformation. Sollte es eines Tages zu einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise kommen oder würde durch die Fortsetzung von Chinas Entwicklung das Einparteiensystem in eine Legitimationskrise geraten, könnte die Antwort ein aggressiver Nationalismus gegen die gesamte Außenwelt sein. Die einzige wahre Hoffnung bzw. Rettung bestünde in Chinas Demokratisierung. Es bleibt dabei: Ohne Demokratie gleicht China einem “Dampfkessel” ohne Ventil.

Egoistischer Aufsteiger. Hinter dem neuen Pragmatismus Chinas steckt eine kalkulierte diplomatische Machtstrategie, die stets nur auf die eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen abzielt. Chinas Führung zeigt sich bemüht, das Profil

eines verantwortungsvollen Akteurs in Weltwirtschaft und Weltpolitik zu inszenieren, doch in Wahrheit verfolgt sie eine glasklare Eigeninteressenpolitik. Die roten Mandarine denken strategisch und verfolgen dabei vor allem ein Ziel: China mit allen Mitteln und unter allen Umständen groß zu machen. Auf dem patriotischen Sprung zur Weltmacht hat alles andere hinten anzustehen. Der eigene Aufstieg und die Aufholjagd gegen den Westen haben oberste Priorität. Auf internationale Regeln wird kaum Rücksicht genommen. Im Gegensatz zu anderen aufsteigenden Schwellenländern, die demokratisch geführt werden - wie etwa Indien oder Brasilien, kennt das autokratische System Chinas nicht die Fesseln der Moral. Immer häufiger demonstriert China dabei ein Machtbewusstsein, das jegliche Kritik und Forderungen von außen wirkungslos abprallen lässt. Bereit nachzugeben zeigt sich seine politische Führung nur dann, wenn dies den eigenen Interessen dient. Chinas Führung, die den Mythos ihres Befreiungskampfes gegen den Imperialismus des 19. Jahrhunderts und seiner Demütigungen pflegt, denkt immer noch in nationalistischen Kategorien und ist daher schlecht gerüstet für eine Welt, die zunehmend gemeinsam auf globale Herausforderungen antworten muss. Chinas Demokratisierung wäre die einzige wahre Hoffnung, dass das Land zu einem verlässlichen und verantwortungsvollen Partner in Weltwirtschaft und Weltpolitik wird.

Diese beiden *Skripts* durchziehen die Argumentation in der großen Mehrheit der in diese Arbeit einbezogenen Zeitungsbeiträge, die sich vorwiegend mit der außenpolitischen sowie außenwirtschaftlichen Entwicklung Chinas befassen. Dabei handelt sich um 212 von den insgesamt 896 erfassten Titeln – und damit um etwa 24% des gesamten Untersuchungsmaterials.

Die darin enthaltene Einschätzung und Bewertung des Aufsteigers China als Akteurs in der Weltpolitik und Weltwirtschaft verbindet sich mit der vorherrschenden Beschreibung, Darstellung und Beurteilung seiner innenpolitischen Entwicklung. Der im Mittelpunkt der Diskussion stehende Begriff des “Nationalismus” wird über den gesamten Untersuchungszeitraum vor allem auf die inneren Schwächen des vorwiegend als “anachronistisch” bezeichneten politischen Systems Chinas bezogen. In diesem Sinne wird er in dem Relationenschema zusammengefasst, das mit dem Begriffspaar “Hybris und Unsicherheit” arbeitet.

Die Bedeutung von “Nationalismus” für die Entwicklung im postkommunistischen

China wird dabei weitgehend in Hinsicht auf seine Funktion als propagandistische Indoktrination und politisch-ideologische Kontrolle der Bevölkerung durch ein abgewirtschaftetes Regime angesehen und behandelt. Interessanterweise wird Chinas Bevölkerung und insbesondere seine Jugend in Fällen, wo ein Konsens mit der eigenen Regierung in außenpolitischen Konfliktthemen festzustellen ist - etwa gegenüber dem Altrivalen Japan oder den USA -, als besonders empfänglich für diese Art von offizieller Nationalismus-Propaganda dargestellt, während sie in anderen Argumentationszusammenhängen, die sich auf die innenpolitische Entwicklung Chinas beziehen, als kaum kontrollierbar und weitgehend an liberalen Grundwerten individueller Freiheit und Emanzipation orientiert zu sein scheint.
Noch eine Bemerkung wert wäre auch die Karriere des Begriffs “Nationalismus” in der Pressediskussion um den außenpolitischen Kurs der chinesischen Führung und die damit verbundenen Risiken und Gefahren für ihre Nachbarn wie für den Rest der Welt. Während er in den Jahren 1997 bis 2001 vornehmlich auf die “militärische Unberechenbarkeit” der aufsteigenden Regionalmacht China verweist und dabei im Gegensatz zum Begriff “wirtschaftlicher Pragmatismus” steht, wird er in den folgenden Jahren zur zentralen Kategorie, vor deren Hintergrund die “pragmatische Wende” im außenpolitischen und -wirtschaftlichen Handeln des neuen Global Players China betrachtet und interpretiert wird. Das Stichwort dazu lautet: “Die roten Mandarine denken strategisch” – d.h., das Handeln des Newcomers auf dem internationalen Parket bleibt von “nationalistischen Kategorien” geprägt, sei es in der Außenpolitik oder der Außenwirtschaft.

Auch hier finden sich im gesamten Untersuchungszeitraum nur 24 Beiträge, die auf eine eher positive Entwicklung Chinas zum berechenbaren und verantwortungsvollen Akteur in Weltwirtschaft und Weltpolitik schließen lassen. Dabei wird nicht zuletzt die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass eine außenpolitische Wende Chinas auch zu einer innenpolitischen führen könnte.

5.1.3 Wie mit China umgehen?

Die Diskussion in der deutschen Presse über diese Frage lässt sich in den zwei folgenden *Skripts* zusammenfassen:

Demokratie verpflichtet: Wir müssen aktiv für unsere Werte einstehen. Klare Worte sind die Waffen der Demokraten. Schönreden, Leisetreterei und Kotau vor den Pekinger Machthabern sind fehl am Platz. China ist zwar kein totalitärer Staat mehr, wird aber immer noch autoritär regiert und bleibt damit nach wie vor die größte Diktatur der Welt. Was nützt der Dialog, wenn man gegen eine Mauer spricht? Leisetreterei hat allein den Effekt, dass China noch härter und kompromissloser wird. Manche führenden Politiker sowie Wirtschaftsführer aus dem Westen werden nicht müde, die Wichtigkeit von Chinas Stabilität für die Welt zu betonen, und argumentieren, dass Handel und Marktöffnung ohnehin den Wandel im Lande vorantreiben. Muss man also Chinas repressives System unterstützen, um eine Explosion des Dampfkessels zu verhindern? Kotaus legitimieren die Machthaber in Peking und verstärken ihre Hybris. Dabei spielen diese mit ihrer glasklaren Eigeninteressenpolitik die westlichen Mächte gegeneinander aus. Ihre geopolitischen Ambitionen und Hegemonialabsichten sollte man keinesfalls unterschätzen. Schließlich gehört es zur Verantwortung von Demokraten, Chinas Reformkräfte - etwa Menschen- und Bürgerrechtsaktivisten - aktiv zu unterstützen. Dies ist für westliche Politiker eine Frage der Glaubwürdigkeit gegenüber den eigenen Bürgern sowie den demokratischen Kräften in China und überall in der Welt. Die Kapitulation unserer Werte könnte uns eines Tages zu schaffen machen. Denn je mehr wir vor den Autokraten in Peking einknicken, desto chinesischer könnten wir eines Tages werden.

Die Grenzen der Moral: Pure Idealpolitik funktioniert genauso wenig wie "Realpolitik über alles". Dauerkritik oder gar eine Politik der Eindämmung und Konfrontation würden die Hardliner-Politik in China verstärken: China wird zwar immer noch autoritär regiert, ist aber kein totalitärer Staat mehr. Nur mit totalitären Staaten lässt sich kein Dialog führen. Chinas Wandel und die Politik der graduellen Reformen verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Der Wandel in China

braucht Zeit. Es mag viele Gründe geben, China zu kritisieren, aber es gibt keinen einzigen Grund, China zu dämonisieren. Keineswegs sollte China zu einem Paria der Weltpolitik werden. Schließlich braucht man das Land als internationalen Partner, denn ohne China sind die globalen Probleme nicht zu lösen. Die Politik der Einbindung Chinas in die internationalen Werke und die Weltgemeinschaft fördert auch den Wandel im Innern des Landes. Ohne Stabilität ist letztlich Freiheit nichts. Zudem könnten die überzogenen Ängste vor China als Wirtschaftsgiganten oder gar als künftigen Dominator eines Tages zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. China zu überschätzen ist mindestens genauso falsch wie China zu unterschätzen. Etwas mehr Realismus im Umgang mit China - statt moralische Entrüstung - stünde uns gut zu Gesicht. Was nützt es den Dissidenten, Menschenrechtsaktivisten oder unterdrückten Minderheiten wie den Tibetern oder Uiguren, wenn China überall an den Pranger gestellt wird? Es sind schließlich und endlich nur die Kräfte der eigenen Gesellschaft, die politische bzw. demokratische Reformen anstoßen können.

Diese beiden *Skripts* finden sich verteilt in jeweils 168 und 178 von den insgesamt 896 erfassten Beiträgen - damit entspricht das Korpus der Beiträge, die dem ersten *Skript* folgen, etwa 19% und das andere etwa 20% des gesamten Untersuchungsmaterials. So lassen sich dabei zwei Schichten in der Debatte um die Frage “Wie mit China umgehen?“ erkennen, die über den gesamten Untersuchungszeitraum fast gleichmäßig verteilt sind. Ob für einen aktiven “Einsatz für unsere Werte” oder doch für mehr “Realismus” gegenüber China in der Presse plädiert wird, hängt von der jeweiligen Einschätzung der Lage ab. Für “Realismus” wird vor allem dann plädiert, wenn Konflikte zu eskalieren drohen.

Von den oben skizzierten *Skripts*, die den Großteil des Diskurses der deutschen Presse über China durchziehen, weicht folgendes *Skript* ab:

Die chinesische Binnensicht: Chinas eigener Weg in die Moderne. Auf seinem Weg in die Moderne kommt China gut voran. Deng Xiaopings Politik der schrittweisen Reformen sollte samt ihrer Widersprüche als ein nicht hoch genug zu schätzender

Beitrag zur Modernisierung des Reichs der Mitte anerkannt werden. Die Fortführung von Chinas gradueller Liberalisierung durch Dengs Nachfolger deutet zwar auf eine wahre Herkules-Aufgabe, die jedoch keineswegs unlösbar ist. Es wäre daher wenig sinnvoll, schwarzmalerische Szenarien oder "worst cases" vorzustellen. Die Fixierung der westlichen China-Kritiker, einschließlich der deutschen wie aller westlichen Medien, auf die negativen Seiten der Entwicklung Chinas - allem voran auf die immer wieder kritisierten Menschenrechtsverletzungen - führt letztlich zur Verkennung des tiefgreifenden Wandels im Reich der Mitte. Der pragmatische Weg der graduellen Reformen, den Chinas Führung entgegen dem russischen Beispiel eingeschlagen hat, scheint zudem dem politischen System in China eine breite Legitimation in der Bevölkerung verschafft zu haben. Zwar ist China noch immer ein Ein-Partei-System, aber die Strukturen und die Funktionsweise des Systems haben sich verändert. Viele der derzeitigen Probleme resultieren daraus, dass China in vielen Punkten noch immer ein Entwicklungsland ist, in dem die Strukturen eines modernen Staates und Rechtssystems noch im Aufbau begriffen sind. Ebenso resultieren viele Probleme aus dem Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft. Schließlich könnte China im Zuge der Globalisierung womöglich einen eigenen Weg in die Moderne finden, der sich nicht deckungsgleich in alle westlichen Entwicklungsmuster fügen muss. Pragmatismus, Optimismus und kulturelle Stärke sprechen dafür, dass China einen eigenständigen Weg in die Modernisierung einschlägt, entlang eines eigenen Entwicklungsmodells. Mit steigendem Selbstbewusstsein wird auch die Botschaft aus dem (wieder-)aufsteigenden Reich der Mitte stärker, die lautet: Die chinesische Kultur ist nicht weniger universell als die westliche.

Dieses *Skript* findet sich in 29 der 896 in dieser Arbeit erfassten Beiträge, was etwa 3% des gesamten Untersuchungsmaterials entspricht. Dabei handelt es sich - wie in den ersten drei Teilen der Arbeit gezeigt wurde - größtenteils um Beiträge aus der ZEIT und der taz, aber auch um einige Beiträge aus der FAZ und der SZ. Hier wird dem jeweils aktuellen Chinabild der deutschen wie aller westlichen Medien ein kritischer Standpunkt entgegengestellt, der um tiefere Einblicke in die chinesische Binnensicht und vor allem um Selbstreflexion und Selbstkritik bemüht ist.

5.2 Effekte der Massenmedien: Irritation und Stabilisierung

Irritation ist die wichtigste Strategie der Medien im Kampf um Aufmerksamkeit.[655] Das macht sich vor allem in den Nachrichten bemerkbar, und in der Art, wie die Medien dabei die Welt präsentieren. In den Nachrichten der Medien präsentiert sich die Welt primär in Form von Ereignissen, die ein hohes Erregungspotential aufweisen. Je höher die Erwartung ist, dass ein Ereignis beim Rezipienten Irritation auslöst, desto mehr steigt sein Nachrichtenwert. Ereignisse müssen in den Nachrichten zugleich möglichst kurz und plausibel dargestellt werden, damit man sich leicht und schnell davon ein Bild machen kann, worum es sich dabei eigentlich handelt. Denn sie haben mit unserer alltäglichen Erfahrung wenig zu tun – sie sind "erfahrungsdicht".[656] Gerade aber weil wir diese Nachrichten in Wirklichkeit kaum verwerten können, sind sie reizvoll und erregen Aufmerksamkeit. Besonders relevant wird dies im Fall von Nachrichten über Ereignisse in fernen Ländern wie China, die unserer Erfahrungswelt gar nicht zugänglich sind. Affektive Aspekte stehen hier im Vordergrund der Berichterstattung. Es überwiegt die Präferenz für Sensationelles. Schließlich geht es den Medien dabei nicht primär um Information und Aufklärung, sondern vielmehr um die Erzeugung und den Erhalt von Aufmerksamkeit.

In den Nachrichten müssen Ereignisse daher unterhaltsam präsentiert werden, d.h. also sie müssen dramatisiert werden.[657] Zur Dramaturgie einer dafür ausgebildeten journalistischen Darstellung von Ereignissen gehört es, neben dem Effekt von Irritation noch den Eindruck einer Kontinuität zu erwecken, "die vom letzten bekannten Stand der Dinge ausgeht und über die Gegenwart hinaus bis in die unmittelbar bevorstehende Zukunft reicht".[658] Einzelereignisse werden somit in einen narrativen Kontext gestellt, der immer weiter erzählt werden kann.[659] Durch diese

---

655 Norbert Bolz, "Bremse oder Motor?", 2006: 1.

656 Norbert Bolz, "Sind die Medien moralinsauer?", 2007: 2.

657 Vgl. Luhmann 2004: 55.

658 Ebd.: 55.

659 Erst aus der Stellung in einen spezifischen Erzählkontext lässt sich auch nachvollziehen, welche Information ein Ereignis liefert. Schließlich besteht die Information eines Ereignisses darin, dass es einen Unterschied ausmacht, der wiederum bei einem späteren Ereignis einen weiteren Unterschied machen kann. Siehe Definition von Bateson im Kapitel 4.

Form von Weltdarstellung, bei der es um "eine Art Geschichte in Fortsetzungen"[660] geht, wird ein "Horizont selbsterzeugter Ungewissheit"[661] mit Hinweis auf die Zukunft aufgespannt, was Spannung erzeugt und dem Leser, Zuschauer oder Hörer Raum für *guess work* lässt. Gleichzeitig werden damit aber auch Zukunftsunsicherheiten erzeugt und reproduziert – zumal die Medien in ihren Darstellungen vorwiegend auf Irritationen abstellen. So lassen die Nachrichten Irritation in Form eines zweiseitigen Effekts entstehen: Sie wecken Angst und Faszination zugleich.

Dazu bietet China reichlich geeigneten Erzählstoff. Durch seinen spektakulären (Wieder-)Aufstieg sorgt das riesige Reich der Mitte für Faszination und Begeisterung, aber auch für Unsicherheit, Angst und Besorgnis. China, bemerkt Eberhard Sandschneider, "eignet sich prächtig, um Menschen hierzulande zu erschrecken".[662] Ereignisse in China werden mithin immer wieder vor dem Hintergrund gewaltiger Umbrüche und Chancen ebenso wie gewaltiger Risiken und Probleme beschrieben. Hier spielen Quantitäten und Zahlen als besonders medienwirksame Aufmerksamkeitserreger eine beträchtliche Rolle. Ereignisse und Entwicklungen in China sind stets mit enormen Zahlen verbunden - ganz gleich, ob es sich um die Summe der chinesischen Militärausgaben, die Zuwachsraten des chinesischen Marktes, die damit einhergehenden Wachstumsaussichten bzw. Konkurrenzrisiken für die hiesige Wirtschaft, den Abermillionen Tonnen chinesischer Emissionen oder den Millionen und Abermillionen armer chinesischer Bauern und Wanderarbeiter handelt. Diese Zahlen, die die Objektivität der Darstellungen zur Anschauung bringen sollen, haben vor allem den Effekt, die Dramatik der Ereignisse und Entwicklungen zu steigern: Sie verweisen auf enorme Umbrüche, die nur zu tieferen Umbrüchen führen können – nicht nur in China selbst, sondern auf dem ganzen Globus.

Man könnte meinen, dass diese Formen medialer Aufmerksamkeitserregung für die Darstellungsmechanismen im Nachrichtenwesen zwar generell zutreffen, nicht jedoch für die Darstellungen von Hintergrundberichten oder Kommentaren, die sich eher analytisch mit aktuellen Ereignissen und Themen befassen. Im Vergleich bspw. zum

---

660 Luhmann 2004: 125.
661 Ebd.: 149.
662 Sandschneider 2007: 223.

Fernsehen finden sich in den Zeitungen - zumindest in der seriösen Presse – viel häufiger Beiträge, die sich mit Weltproblemen analytisch auseinandersetzen. Aber auch hier werden aufgrund aktueller Ereignisse – und in der Regel sind diese Ereignisse etwa eine Analyse oder einen Leitkommentar wert, wenn sie einen hohen Sensationswert aufweisen – emotionale Debatten mit Blick in die Zukunft aufgeschaukelt. Im Hinblick auf China kann man diese Debatten mit Eberhard Sanschneider folgendermaßen zusammenfassen:

"Ist China tatsächlich der Markt der Zukunft, der unaufhaltsam zur größten Volkswirtschaft der Erde aufsteigt? Wird das schon 2020 möglich sein, oder bleibt uns noch eine Schonfrist bis 2040? Und ist dieses China dann die Supermacht, die sich als verlässlicher Partner des Westens erweist? (...) Wird China den Wettlauf ins 21. Jahrhundert gewinnen? Werden Arbeitsplätze zu Tausenden ins Reich der Mitte verlagert? Werden wir künftig nicht nur Spielzeug und T-Shirts, sondern auch Autos, Computer und neueste Technologie „made in China" kaufen? Und müssen wir vielleicht sogar damit rechnen, China in absehbarer Zeit als sicherheitspolitisches Risiko zu erleben? Kann China sich am Ende gar zu einem Rivalen für den Westen entwickeln?"[663]

Man könnte zu diesen Fragen noch viele weitere hinzufügen. Große Sorgen bereitet China auch im Hinblick auf die Themen "Umwelt" und "Energie". (siehe Kapitel 2) In den letzten Jahren wird in der deutschen Presse nicht zuletzt auch über eine neue Systemkonkurrenz aus China und einer daraus resultierenden Bedrohung für die Werte des Westens diskutiert. (siehe Kapitel 3) Die Verunsicherung könnte also kaum größer sein, und es wäre sicher nicht verkürzt zu behaupten, dass unser Chinabild davon maßgeblich geprägt wird. Laut einer im Auftrag von "BBC Worldservice" durchgeführten Umfrage aus dem Jahr 2010 haben 71 Prozent der Deutschen ein negatives Bild von China. In einem im Mai 2010 erschienenen Leitkommentar führte ihrerseits die FAZ dieses Ergebnis auf die "ehrlichen Sorgen" der Menschen in Deutschland "über die soziale, ökologische und politische Wirklichkeit in China" zurück.[664] Medienkritiken - wie die in der Studie der Heinrich-Böll-Stiftung über die "China-Berichterstattung in den deutschen Medien"[665] aus dem

[663] Sandschneider 2007: 28.
[664] "Das Reich der Mitte ist zurück", FAZ, 03.05.2010.
[665] Richter/Gebauer 2010.

gleichen Jahr - schließen wiederum auf eine tendenziell "negative" Berichterstattung zu China. Diese Tendenz lässt sich auch von den Befunden der in dieser Arbeit geführten Analyse bestätigen. Natürlich provoziert Chinas Aufstieg zur Weltmacht Ängste auch und vor allem in der westlichen Welt. Aber: Werden diese Ängste nicht durch die Erzähl- und Darstellungsformen der Medien, die dem Prinzip der Spannungssteigerung folgen, gefördert?

Wir halten fest: Beim Kampf um die knappe Ressource Aufmerksamkeit sorgen die Massenmedien für ständige Irritation der Gesellschaft durch das unaufhörliche Angebot von Sensationen. Bevorzugt werden dabei vor allem negative Sensationen, was im Hinblick auf das Thema "China" kaum anders sein könnte. Denn nur *bad news* sind *good news* - das ist die Devise der Massenmedien. Gute Nachrichten, bemerkt Norbert Bolz, "haben offenbar keinen Nährwert".[666] Dementsprechend wird die Themenagenda des Informationsangebots der Massenmedien, sei es im Hinblick auf China oder andere Weltregionen, durch Ereignisse bestimmt, deren Auswahl vom immerwährenden Medienmuster der vier "K´s" diktiert wird: Krisen, Kriege, Krankheiten, Katastrophen. Ereignisse mit Krisen- und Konfliktpotential, soziale und politische Spannungen, ökonomische Einbrüche, Umwelt- und Naturkatastrophen, Hungersnot und Seuchen, ethnische Konflikte, Gewalt und Kriminalität etc. pp. gehören an sich zur Grammatik medialer Weltdarstellung.

Besondere Beachtung finden in der medialen Berichterstattung auch Fälle von Normverstößen und Skandalen.[667] Rechtsverstöße und vor allem Moralverstöße stehen ganz oben auf der medialen Themenagenda - man denke an Verstöße Chinas gegen die Menschenrechte, gegen Urheber- und Patentrechte, gegen das Völkerrecht oder gegen die internationalen Regeln. Meldungen über Normverstöße und Skandale erzeugen beim Publikum nicht nur Spannung, sondern auch "ein Gefühl der gemeinsamen Betroffenheit und Entrüstung".[668] Dies muss nicht in der Form von moralischer Predigt oder von Indoktrination erfolgen, was in der heutigen

---

666 *"Stattdessen konsumieren wir die Statistiken des alltäglichen Schreckens - zugleich verängstigt und fasziniert. Durch diesen focus on failure präsentiert der Journalismus ein Bild von der Welt, das uns dazu verführt, das Negative zu überschätzen."* Norbert Bolz, "Sind die Medien moralinsauer", 2007: 5.

667 Vgl. Luhmann 2004: 61.

668 Ebd: 62.

Gesellschaft eher Widerstand provozieren würde, "sondern in der (harmlosen) Form der bloßen Berichterstattung, die jedem die Möglichkeit freistellt, zu dem Schluss zu kommen: So nicht!".[669]

Nachrichten werden also vor allem "nach Konfliktträchtigkeit und moralischer Implikation" ausgewählt.[670] Diese Präferenz führt notwendig zur Emotionalisierung und Plausibilisierung von Weltproblemen. Das ist letztendlich auch die Art, wie die Massenmedien in ihren Nachrichten- und Informationsprogrammen mit Weltkomplexität umgehen können. Schon allein wegen des Zeitdrucks und der Knappheit von Platz sind die Medien bei der Darstellung komplexer Sachverhalte auf Vereinfachungen und Reduktionen angewiesen - sprich: auf klare, einfache *Schemata*. Die Medienmaschinerie muss weiterlaufen und ohne Unterlass berichten. Einerseits erfahren wir so durch die Nachrichten der Medien relativ wenig, dies aber rund um die Uhr. Der Sozialphilosoph Arnold Gehlen hat diesen Zusammenhang *"reich unterrichtete Weltfremdheit"*[671] genannt. Was wir aber in diesem Zusammenhang jedenfalls lernen, ist, mit der Erwartung des Unerwarteten zu rechnen und mit Überraschungen zu leben. Damit gelingt es den Medien, nicht nur Zukunftsunsicherheiten, sondern vielmehr auch Faszination für Veränderungen in uns zu erzeugen. So liest man neuerdings nicht ohne Staunen in unserer Presse, dass der epochale Aufstieg Chinas sogar einen globalen "Wertewandel" bewirken könnte. Dabei fragt sich, ob es die Werte sind, die hier in erster Linie interessieren, oder eher die von den Medien benutzten *Schemata* der Veränderung; "ob es also", um es mit Luhmann zu sagen, "die Veränderung ist, die fasziniert und die dann dazu führt, dass Werte hinzu assoziiert werden".[672]

Die Massenmedien irritieren nicht nur, sie stabilisieren zugleich. Die wichtigsten Mittel zur Restabilisierung ihrer Klientel sind die *Schemata* und *Skripts*, die sie zur Verarbeitung der Irritationen anbieten - vor allem aber die Moral.[673] Die Massenmedien versorgen uns ja nicht nur mit Neuigkeiten in Form von

669 Ebd.: 62.
670 Vgl. Priller 1999: 60.
671 Gehlen 1978: 310.
672 Vgl. Luhmann 2004: 197.
673 Vgl. Norbert Bolz, "Bremse oder Motor", 2006: 1.

dramatisierten Ereignissen, sondern auch mit Drehbüchern, die die Folgen dieser Ereignisse aus bestimmten Perspektiven heraus bewerten lassen, Ideen, Lösungen und Statements vorbringen und diese mit Moralvorstellungen verbinden. Schließlich wollen wir nicht nur wissen, etwa welche physikalischen Ursachen zu einem neuen Vogelgrippen-Fall in China führen konnten und mit welchen Folgen dabei für die Menschen in der Welt zu rechnen ist, sondern vielmehr auch wie dieses Ereignis im Hinblick auf normative Fragen bewertet werden soll: "Wer trägt die Verantwortung dafür, dass sich in China ein Virus (wieder) so schnell verbreiten konnte?", "Wo genau liegen die Probleme und Missstände im Lande, an der Willkür Einzelner oder im gesamten System?" und "Wie hat man sich gegenüber diesem Land zu verhalten?". Solche Fragen werfen sich immer wieder auf, ganz gleich, ob es sich auch um bleihaltiges Spielzeug, verseuchtes Milchpulver und Plagiate "*made in China*", den Anstieg chinesischer Treibhausgas-Emissionen und dessen Folgen für das Weltklima, oder um chinesische Währungsmanipulationen und deren Belastung für die Weltwirtschaft handelt. Dazu bieten uns die Massenmedien *Skripts,* die mit ihren Kausalerklärungen, Hochrechnungen, Prognosen und moralischen Pointen das jeweils aktuelle Geschehen in seiner Komplexität relativ schnell und einfach erfassen lassen.

Dabei geht es den Medien in erster Linie um die Konstruktion von Plausibilität. Man kann Verständnis dafür aufbringen, wenn man bedenkt, dass hier über ein Land berichtet wird, dessen moderne Entwicklung ungemein komplex und vielschichtig erscheint - und die globalisierte Welt komplexer macht, als sie ohnehin geworden ist. Je komplexer die Welt wird, desto wichtiger werden für die Medien Vereinfachungen – zumal sie primär großen "Wert auf Verständlichkeit" legen.[674] Verständlichkeit wird aber wiederum vor allem durch die *Schemata* und *Skripts* gewährleistet, welche die Medien selbst gebildet haben. Massenmedial vermitteltes Weltwissen reproduziert sich somit innerhalb des sozialen Gedächtnisses, das die Medien selbst prägen. Identifizierte Probleme werden mit bekannten *Schemata* assoziiert und Problemlagen anhand von vertrauten *Skripts* analysiert. Dabei handelt es sich nicht zuletzt um Typisierungen und normative Sätze, die durchaus plausibel und selbstverständlich erscheinen - man denke an Sätze wie "Es kann keine Wirtschaftsliberalisierung ohne

[674] Vgl. Luhmann 2004: 195.

Demokratisierung geben", "Menschen sehnen sich nach Freiheit und Demokratie überall in der Welt" und "Wir dürfen unsere Werte nicht über Bord werfen". *Skripts,* die auf idealisierenden Typisierungen, normativen Sätzen und dem Universalismus von Werten beruhen, liefern den Schlüssel für die Handhabung undurchschaubarer und komplexer Zusammenhänge. Im Anschluss daran lassen sich dann bestimmte Ursachen und Effekte der jeweils behandelten Phänomene erkennen, Risiken und Gefahren erläutern, Szenarien und Prognosen erarbeiten wie auch die dazu passenden Handlungen festmachen. Wichtig bleibt: Es werden dabei *Schemata* verwendet, die mit den Auswahlkriterien der Massenmedien korrespondieren - sprich: mit Dramatik, Handlung und Moral.

Wohlgemerkt, dieser Modus von Weltbeobachtung, der den Fokus vorwiegend auf markante Diskontinuitäten, Brüche und deren moralischen Implikationen ausrichtet, erzeugt (notwendigerweise) "blinde Flecken". Wenn immer wieder auf eklatante Widersprüche, Fehlentwicklungen und sich daraus ergebende Risiken verwiesen wird, so wie das etwa in der Medienberichterstattung zu China der Fall ist, bleiben Entwicklungen, die weniger dramatisch und auffallend verlaufen, entsprechend "unterbelichtet". Nehmen wir bspw. die Entwicklung der chinesischen Staatsbetriebe von 1997 bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts: Während diese noch bis Ende der 1990´er Jahre aufgrund ihres Sanierungsbedarfs als eins der Kernprobleme der innenpolitischen Entwicklung Chinas dargestellt und dabei mit der Gefahr von Massenarbeitslosigkeit, sozialen Unruhen oder gar eines Zusammenbruchs des Landes verbunden wurden, tauchen sie ab den Jahren 2004/2005 als zentrales Thema der Berichterstattung wieder auf, diesmal aber als technologie- und innovationsorientierte Unternehmen, die nun als neue Global Player immer mehr zu einer bedrohlichen Konkurrenz für westliche Unternehmen und deren Arbeitnehmer werden. Was dazwischen passiert ist, findet in unseren Medien kaum Beachtung. "Unaufgeregte" Entwicklungen haben schließlich keine Medienwirksamkeit zu bieten.[675]

[675] Gleiches gilt auch für die Berichterstattung im Hinblick auf die Entwicklung Hongkongs, dessen Übernahme durch die VR China im Jahr 1997 aus damaliger Sicht der meisten Kommentatoren hierzulande mit erheblichen Risiken für seine Wettbewerbsfähigkeit als internationalen Finanzplatz verbunden war. Laut dem vom Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlichten "Financial Development Report" für 2012 rangiert Hongkong als der höchstentwickelte und attraktivste Finanzplatz der Welt. Vgl. "Finanzplatz Hongkong am attraktivsten", Neue Bürcher Zeitung, 01.11.2012.

Die Tatsache, dass sich die Massenmedien in ihren Darstellungen vor allem auf das Aufzeigen von Defiziten, Problemen, Störungen und Konflikten konzentrieren, führt zu dem Effekt, dass die Realität, in ihnen und durch sie, stets als ausgleichsbedürftig erscheint. Entwicklungen in der Gesellschaft, der Wirtschaft oder der Politik scheinen damit immer defizitäre Züge zu tragen, was wiederum den Einsatz von Moral und Werten erfordert. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie die Frage "Wie mit China umgehen?" in der deutschen Presse behandelt wird. Konflikte und Probleme werden hier regelmäßig auf die Ebene der Moral transformiert. Ermahnung und Appell sind das durchgehende Hauptmotiv der medialen Rhetorik. Appelliert wird vor allem an die Pflicht und Verantwortung der Politik, sich aktiv für die Opfer von Staatswillkür, Repression und Menschenrechtsverletzungen sowie für die Förderung von Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit, kurzum: für unsere Werte in China einzusetzen. Dabei werden die Werte, die im Verantwortungsbereich der Politik liegen, so stark repräsentiert, dass die Politik selbst stets als defizitär erscheint und daher immer wieder zur Einhaltung der Werte angemahnt werden muss.[676] Die Überführung von Problemen auf die Rhetorik der Ermahnung und des Appells hat aber auch durchaus eine normalisierende Wirkung. "Der wichtigste rhetorische Effekt des Moralisierens", so Norbert Bolz, "besteht darin, dass man mit Werten unlösbare Probleme unsichtbar machen kann".[677] Das Wichtigste ist, dass immer erkennbar bleibt, "wer die Guten und wer die Bösen sind".[678]

Steigt jedoch der Aufregungspegel auf eine Höhe, die eine Eskalation in unseren Beziehungen zu China erwarten lässt, so rücken dann die Plädoyers für Frieden, Stabilität und Sicherheit in den Vordergrund der Debatte. Auch hier scheinen die Medien schließlich eine "Ausgleichsfunktion" zu übernehmen, die sich durchaus als wichtiger erweist, als die Werte, die ansonsten von ihnen vertreten werden. Die Medien erfüllen damit die Funktion einer Restabilisierung der Öffentlichkeit, indem sie "die ewige Wellenbewegung zwischen Auf- und Abregung im Lot"[679] halten.

Damit vermitteln die Medien den Eindruck, als ob sie Versöhnung und Konsens

---

676 Vgl. Luhmann 2004: 144.
677 Bolz, "Sind die Medien moralinsauer?", 2007: 3.
678 Luhmann 2004: 142.
679 Vgl. "Krise der Mediendemokratie", SPIEGEL, 14.07.2008.

anstreben. Doch in der Tat "fördern sie den Streit".[680] Ihre Darstellungen bieten Anlass für Meinungsverschiedenheiten und Streit, der in und durch die Medien ausgetragen wird. Dabei kommentieren, bestreiten und korrigieren die Medien sich auch selbst. Meinungen über bestimmte Sachverhalte und Ereignisse, die durch die Medien verbreitet werden, können selbst zu Ereignissen medialer Berichterstattung werden. Man denke an die Diskussion, die Titelthemen des SPIEGEL über China wie "Gelbe Spione" oder "Weltkrieg um Wohlstand" in der Presse hierzulande ausgelöst haben. Kommentare können zur weiteren Kritik führen und Kritik Anlass zu neuen Kommentaren geben. So können die Massenmedien auch "Widerstand gegen die eigenen Gewohnheiten erzeugen"[681] und Perspektiven bspw. von Minderheitsmeinungen einnehmen, etwa die chinesische Sicht, zumindest teilweise, übernehmen. Letztendlich sind die Themen der Kommunikation entscheidend, nicht die Meinungen - und diese brauchen nicht konsenspflichtig, sondern vielmehr "für künftige Ja- bzw. Nein-Optionen offen" zu sein.[682]

Nach der traditionellen Auffassung von Gesellschaft, die im sozialen Konsens eine der wichtigsten Voraussetzungen für Stabilität sieht, würden die Massenmedien durch ihre Vorliebe für Streit wie ein destabilisierender, ja wie ein destruierender Faktor erscheinen. In der Tat beruht die Stabilität moderner Gesellschaften nicht auf Konsens, sondern vor allem "auf der Erzeugung von *Objekten*, die in der weiteren Kommunikation vorausgesetzt werden können".[683] Es geht also vor allem darum ein gemeinsames narratives Material zu erzeugen. Die Themenagenda der Medien bewirkt, dass wir alle, egal welcher Meinung wir sind, mitreden und uns dabei auf bestimmte Realitätsannahmen stützen können, die als gemeinsam unterstellt werden. Dabei sind wir immer noch frei, uns zu engagieren, etwa Flagge für Tibet zu

---

680 Bolz, "Sind die Massenmedien moralinsauer?", 2007: 3.

681 Luhmann 2004: 160.

682 Ebd.: 181. Vgl. dazu Norbert Bolz, "Bremse oder Motor", 2006: 5: *"Die Massenmedien sagen, was das Thema ist, und dazu muss man eine Meinung haben. Der entscheidende Effekt des Agenda-Setting ist, dass man sich als Zuschauer, Leser oder Hörer nicht traut, zu etwas, was angesagt ist, keine Meinung zu haben. Dass sie sagen, dieses oder jenes interessiert mich nicht, geht eigentlich nicht. Und das ist der Effekt, den die Massenmedien haben. Sie setzen die wesentlichen Themen durch und kontrollieren uns dadurch sehr viel mehr als durch direkte Meinungsbeeinflussung, obwohl es das nach wie vor auch gibt."*

683 Ebd.: 177-178.

zeigen und aus unserem Fenster einen Banner für Tibets Freiheit zu hängen, oder beides sein zu lassen; wir können Sympathie für Dissidenten zeigen, für ihre Freilassung öffentlich demonstrieren oder davon Abstand nehmen. Das Wichtigste ist: Wir lernen dabei die Beobachtung zweiter Ordnung - d.h. also zu beobachten, was und wie andere beobachten, während wir von anderen beobachtet werden.

Schlussbemerkungen

In den westlichen Mediendemokratien dient das soziale System der Massenmedien als ein Medium zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung - und damit gleichsam als Reflexionsmedium der Gesellschaft. Was die Medien dabei als Realität anbieten, ist "die Realität der Beobachtung zweiter Ordnung".[684] Im Rahmen der massenmedialen Öffentlichkeit werden Beobachtungen, Interpretationen und Meinungen dargeboten und Zuschauer, Leser oder Hörer zur Beobachtung dieser Beobachtungen und zur eigenen Urteils- und Meinungsbildung angeregt.

Diese Art von Kommunikation, die der Betrieb der Massenmedien täglich anbietet, lässt sich am besten verstehen, wenn man statt vom klassischen Paradigma der Informationsübertragung, von dem der Dienstleistung, also des Services[685] ausgeht. Der wesentliche Service, den die Massenmedien für ihre Benutzer leisten, besteht darin, dass sie ihnen einen privilegierten Beobachtungsplatz anbieten, aus dem sie sich ein Bild von der Welt zur Orientierung in ihrem Leben machen können. Diese Dienstleistung erscheint heute fast unverzichtbar in Anbetracht einer Welt, die extrem vielfältig und kompliziert geworden ist und in der sich Veränderungen in einem atemberaubenden Tempo abspielen. Was die Medien mit ihren Beobachtungen von dieser unübersichtlich und komplex gewordenen Welt für uns leisten, ist also in erster Linie Orientierungshilfe - und diese wird uns durch alle ihre Programme angeboten, sei es durch ihr Nachrichten- oder Unterhaltungsprogramm.

Doch was heißt hier eigentlich "wir"? An wen wendet sich also die Orientierungshilfe des Systems? In allen Programmbereichen der Massenmedien, so Luhmann, ist "der Mensch" impliziert, aber nicht etwa als reale Person bzw. als biologisches und psychologisches Wesen, sondern als "soziales Konstrukt". Es handelt sich dabei um das gesellschaftliche Konstrukt eines "kognitiv mehr oder weniger informierten, entscheidungskompetenten, moralisch verantwortlichen Menschen"[686]:

---

684 Luhmann 2004: 153.

685 Vgl. Norbert Bolz, "Globalisierung der Gefühle", 2005: 3.

686 Luhmann 2004: 135.

"Im System der Massenmedien reproduziert diese Konstruktion des Menschen den Mythos des Dienstes am Menschen. Dieser Mensch ist „interessiert" an Information, ja in lebenswichtigen Dingen abhängig von Information; also muss er informiert werden. Er ist moralisch anfällig für Versuchungen; also muss ihm der Unterschied von gutem und schlechtem Verhalten laufend nahegebracht werden. Er treibt steuerlos im Strom der Verhältnisse; also müssen ihm Entscheidungsmöglichkeiten vorgestellt werden - mit dem Stichwort eines Medienkonzerns: „geistige Orientierung"."[687]

Das hört sich nach Aufklärung an und passt insofern gut zur Selbstbeschreibung des Systems – vor allem im Hinblick auf seine Informationsprogramme. Aber Aufklärung, im engen Sinn des Wortes, ist etwas, was die Massenmedien im Grunde genommen nicht leisten können. Es ist schlicht unmöglich, so etwa in einer dreißigminütigen "Heute-Journal"-Ausgabe Weltsachverhalte aufzuklären bzw. gründlich zu analysieren - und würde man dies von einer Ausgabe der ZEIT erfordern, würde man diese ebenfalls überfordern. Was die Massenmedien uns anbieten können, ist vielmehr einen Einblick in die Welt, indem sie ihre Komplexität in Form von aktuellen Ereignissen und Themen auflösen und diese noch durch Bilder veranschaulichen, die Authentizität vermitteln. Das ist schließlich auch, was wir brauchen: ein Bild von der Welt, das es für uns möglich macht, sie zu verstehen und uns ein Urteil zu bilden. Und dies ist, was uns die Medien durch die Angebote ihrer Informationsdienste und ihre Weltnachrichten suggerieren: "Es gibt ein Bild von der Welt, ich kann mich orientieren und das Ganze ist realistisch".[688] "Guter Service", so Norbert Bolz, besteht darin, dass man sich gut bedient, also gut informiert *fühlt* - "und ganz entsprechend ist eine Nachrichtensendung dann gut, wenn sich die Zuschauer gut informiert fühlen".[689] Das heißt zugleich, dass in der Mediendemokratie Weltprobleme "nicht durchdacht", sondern in erster Linie "gefühlt werden".

Was die Massenmedien mit ihren Weltnachrichten aber auch noch leisten, ist das,

---

687 Ebd.: 136.

688 "Norbert Bolz, "Sehnsucht nach Authentizität", Deutschland Radio, 22.03.2010.

689 Bolz, "Globalisierung der Gefühle", 2005: 3.

was Peter Sloterdijk als "Weltsynchronisation"[690] bezeichnet. Weltnachrichten verbinden unsere Eigenzeit mit der Weltzeit und lassen somit eine Art Allgegenwart entstehen. Das wirkt wiederum selbst auf die Kommunikation der Massenmedien zurück, und zwar "vor allem in der doppelgleisigen Form von Ängsten und Ansprüchen".[691] Dies geschieht zum einen, weil die Formen, in denen sich die Welt durch die Massenmedien präsentiert, vornehmlich auf Irritationen abstellen. Dabei tritt uns die Welt zumeist im Bild gefährlicher und bedrohlicher Mächte entgegen, die unsere gemeinsame Zukunft in Unsicherheit hüllen, was letztlich ein Wir-Gefühl gemeinsamer Betroffenheit anregt. Die negative Emotionalisierung, welche die mediale Vermittlung des Weltgeschehens bewirkt, wirkt sich zum anderen aber auch auf unsere Urteilsbildung aus. Fast alles was wir in den Weltnachrichten sehen, hören oder lesen, wollen wir nicht erleben und eben dies schweißt uns zusammen. Mit anderen Worten: Der Negativismus der Nachrichten zeigt uns allen, was wir alles nicht wollen, und bestimmt damit indirekt unsere Wertungen und moralischen Ansprüche im Hinblick auf das, was in der Welt täglich geschieht. Dadurch kommt es zu einem doppelseitigen Effekt: es bildet sich eine "Gemeinschaft der Ängstlichen"[692] und eine "negative Wertegemeinschaft"[693] zugleich.

Gleichzeitig beobachten wir als Nachrichtenempfänger alles Negative, was in der Welt aktuell geschieht, von der behaglichen Position der Unbetroffenenheit aus, d.h. also aus einer sicheren Distanz, und nicht zuletzt mit einer gewissen Faszination - so wie etwa "die unbetroffenen Götter der Antike".[694] Es ist aber gerade diese Perspektive des unbetroffenen Beobachters, die wiederum das Gefühl der Betroffenheit und Mit-Verantwortung für alles Unheil, was in der Welt passiert und anderen Menschen widerfährt, in uns entstehen lässt. Damit wird durch die Massenmedien eine "Fernethik" (Arnold Gehlen) ausgebildet, die den gesamten Globus zum Gegenstand unserer Verantwortung - und entsprechend Forderungen einer universalistischen Moral notwendig - macht. Doch in der Tat müssen (und können) wir gar nichts tun - und eben deshalb kann ein Weltethos, das sich auf

690 Sloterdijk 1994: 87.
691 Luhmann 2004: 151.
692 Norbert Bolz, "Globalisierung der Gefühle", 2007: 3.
693 Norbert Bolz, "Bremse oder Motor", 2005: 3.
694 Ebd.: 113.

universalistische Grundwerte bezieht, in der Massenkommunikation moderner Gesellschaften sehr gut funktionieren. Man kann sehr stark für eine universalistische Moral eintreten, wenn dies keine Folgen für das eigene Handeln hat.[695]

Dazu bieten sich die Skripte und Erzählmuster der Medien an, die sich bei der Behandlung von Weltproblemen zumeist an universalistischen Grundwerten und Geltungsansprüchen orientieren. Der stärkste Effekt von universalistischen Werten besteht darin, dass man mit ihnen vielschichtige und komplexe Problemlagen auf relativ einfache Weise verstehbar und handhabbar machen kann. An ihnen lässt sich schließlich immer erkennen, wo die Linie liegt, die das Gute vom Bösen trennt. Ebenso lassen sich anhand von Werten Veränderungen, die Unsicherheit und Angst auslösen, auf leicht wieder erkennbare Formen zurückführen. Die Massenmedien bieten uns (den unbetroffenen und zugleich höchst "betroffenen" Zuschauern, Lesern oder Hörern) dadurch Schemata, die tiefgehende Probleme und Brüche im globalen Gefüge sowie daraus folgende Gefahren und Risiken für die Zukunft erkennen - und zum gleichen Zeitpunkt die Ordnung der Welt, so, wie sie uns vertraut ist, fast teleologisch, wiederherstellen lassen. Schematisches Erkennen läuft letztlich immer auf bestimmte Erwartungen hinaus; und diese führen dazu, dass die Welt durch die Massenmedien in einer Weise beschrieben wird, die ihrem jeweils aktuellen Ist-Zustand stets entgegensetzt, wie sie "eigentlich sein sollte".[696]

Diese Effekte in der Darstellung der Welt durch die Massenmedien haben zudem aber auch erhebliche Auswirkungen auf die Politik. Unsicherheiten und Risiken sowie moralische Fragen im Hinblick auf Weltprobleme werden in den Medien auch und vor allem unter dem Aspekt von Entscheidungen behandelt, die die Vertreter der Politik zu treffen haben. Wir haben es somit nicht nur mit Werten und Ideen zu tun, sondern vielmehr auch mit Personen, die die Verantwortung für ihre Umsetzung - oder eben Nicht-Umsetzung - zu tragen haben. Neben der Emotionalisierung und Moralisierung gehört die Personalisierung von Weltproblemen zu den wichtigsten Mitteln, die den Massenmedien zur Komplexitätsreduktion dienen. Die Darstellung von Problemen im Hinblick auf Entscheidungen und Handlungen garantiert außerdem einen hohen

695 Vgl. Norbert Bolz, "Bremse oder Motor", 2006: 3.
696 Vgl. Luhmann 2004: 144.

Unterhaltungswert durch spannende, kontroverse Debatten, die für immer neue Beiträge und neue Kommentare sorgen – zumal es in der Regel keinen *master plan* gibt. Dabei geraten die Akteure aus der Politik als die offiziellen Verwalter von Risiken und als Träger moralischer Verantwortung gegenüber den Medien immer mehr in die Defensive.[697] Darauf reagiert die Politik immer häufiger, indem sie selbst auf die Mittel medialer bzw. öffentlicher (Selbst-)Darstellung greift. Eben dies wird auch mit dem Begriff "Mediendemokratie" gemeint: "dass sich die politische Öffentlichkeit an den Darstellungsprinzipien der Massenmedien ausrichtet".[698] Als politisch wirksam, ja als politisch wirklich überhaupt, gilt hierbei vor allem das, was "fotografierbar und erzählbar" ist. Letztendlich stellen die Bilder und Berichte der Medien eine weitaus wirksamere Realität dar, als das, was sie darstellen – und das führt wiederum dazu, dass die Politik (und nicht nur sie) gezwungen wird, sich den Darstellungsformen der Medien anzupassen.

Besonders sichtbar wird das im Hinblick auf mediatisierte und inszenierte Ereignisse, die sich von realen Ereignissen deutlich unterscheiden lassen. Reale Ereignisse – wie etwa ein Erdbeben oder ein Tsunami - geschehen auch, wenn die Medien nicht darüber berichten. Ein Parteitag wiederum könnte zwar auch dann stattfinden, wenn die Medien nicht darüber berichten würden, aber gerade weil sie darüber berichten, richtet sich seine Inszenierung an den Inszenierungsformen der Medien aus. Schließlich gibt es auch rein inszenierte Ereignisse, die vor allem deshalb stattfinden, weil die Medien darüber berichten werden - man denke etwa an die Aktionen von Greenpeace. In der Mediendemokratie gewinnen mediatisierte bzw. inszenierte Ereignisse immer mehr an Bedeutung. Immer häufiger geht es dabei um "Außenwirkung" und "weniger um tatsächliche Bedeutung für den Lauf der Welt", schreibt etwa ein Kommentator für den SPIEGEL, in einem Beitrag zur "Krise der Mediendemokratie" aus dem Jahr 2008 - und fährt fort: *"Es geht allein um die spektakulären Fernsehbilder, die später in den Nachrichtensendungen eine Idee transportieren, aber keine Wahrheit. Ähnliches gilt für Angela Merkels Posieren am Nordpol: Dem Klima hilft es nicht, der Kanzlerin schon eher."*[699] Im Anschluss daran

---

697 Vgl. Norbert Bolz, "Globalisierung der Gefühle", 2005: 3.

698 Ebd.: 13.

699 "Krise der Mediendemokratie", SPIEGEL, 14.07.2008.

könnte man bspw. auch an ihren Empfang des Dalai Lama im Kanzleramt im Jahr 2007 denken und sich dabei über dessen Bedeutung für die Entwicklung der Menschenrechte in China fragen.

Was sich jedenfalls sagen lässt, ist, dass in unseren Mediendemokratien China und seine Entwicklung im eben beschriebenen Modus von Welt- und Selbstbeobachtung wahrgenommen wird. Die Frage, was dabei überwiegt - die Lust auf den großen Anderen und die Faszination über seine spektakuläre Veränderung, die Angst vor seinem Erstarken und die Unsicherheit über die eigene Zukunft oder etwa das Mitleid für jegliche Opfer von Machtwillkür und die Sympathie für dagegen kämpfende Menschenrechtsaktivisten - wird in unseren Medien selbst kontrovers diskutiert. Was neuerdings unsere öffentlichen Debatten über China dennoch signalisieren, ist, dass auf die Kontinentalverschiebung, die sein weltpolitischer Aufstieg mit sich bringt, immer mehr mit der Akzentuierung eines Wertekonflikts zwischen China und der westlichen Welt reagiert wird. Darin spiegelt sich nicht zuletzt eine Verunsicherung wider, die angesichts der Beschleunigung der Verschiebung durch die Zuspitzung der Schuldenkrise in den westlichen Ländern ohnehin stärker wird. Zugleich fehlt es nicht an Stimmen aus den Medien selbst (und dazu zählen auch Sachbücher), die darauf hinweisen, dass wir China noch anhand von Kategorien betrachten, die nicht mehr zur heutigen Welt passen, und dass wir umdenken müssen, um den neuen Herausforderungen durch seinen Aufstieg – ebenso wie durch den Aufstieg anderer Schwellenländer - begegnen zu können.

Diese Arbeit hat den Versuch unternommen, systematisch herauszuarbeiten, anhand welcher Kategorien, Werte und Bilder die moderne Entwicklung Chinas und der Umschwung in der Welt, den sie bewirkt, in unserer Öffentlichkeit und unseren Medien beobachtet und wahrgenommen werden. In ihrem Fokus stand also eine systematisierende, deskriptive Verarbeitung medialer Texte und Darstellungsformen. Ihr Resultat ist eine systematische Beschreibung der Art und Weise, wie das Phänomen “China” in unseren Mediendemokratien gegenwärtig gedeutet wird. Die Fragen, was China “wirklich” ist und welche Kategorien zu seiner “Realität” tatsächlich passen, seien hier dahingestellt. Vorschläge oder Empfehlungen für eine bessere Beschreibung Chinas kann sich diese Arbeit nicht leisten, denn ihre

Beschreibungen machen vor den eigenen Grundlagen nicht Halt. Es wird sicherlich interessant sein zu beobachten, welche Züge die mediale Debatte über China in Deutschland - wie auch in den anderen westlichen Ländern – im Laufe der nächsten Jahre noch annehmen wird und ob es dabei zu wesentlichen Verschiebungen kommt, die mit weiteren Verschiebungen in der globalen Wirtschaft und Politik einhergehen werden. Was immer auch passiert, die Spannung in unserer Öffentlichkeit und unseren Medien über China und über die Frage, wie wir mit ihm umgehen sollten, wird garantiert bestehen bleiben. Denn eines zumindest ist klar: China bedeutet für uns auch und vor allem eine Verschiebung.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Verzeichnis der untersuchten Beiträge

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

“Im Sinne Pekings”, FAZ, 25.01.1997.
“Im Jahr des Ochsen”, FAZ, 10.02.1997.
“China ohne Deng”, FAZ, 21.02.1997.
“Dengs revolutionärer Umsturz”, FAZ, 21.02.1997.
“Ökonomie und Menschenrechte”, FAZ, 29.04.1997.
“Hongkong feiert”, FAZ, 30.06.1997.
“Nach Hongkong Taiwan?”, FAZ, 01.07.1997.
“Hochgefühl und Katerstimmung”, FAZ, 02.07.1997.
“Wandel durch Stabilität”, FAZ, 20.09.1997.
“Schaubühne Hongkong”, FAZ, 24.09.1997.
“Amerika und China”, FAZ, 25.10.1997.
“Von Hongkong aus”, FAZ, 29.10.1997.
“Grenzen der Partnerschaft”, FAZ, 11.11.1997.
“Herr des Verfahrens”, FAZ, 17.11.1997.
“China auf einer Gratwanderung”, FAZ, 09.02.1998.
“Reform in der Krise”, FAZ, 20.03.1998.
“Auf dem Tiananmenplatz”, FAZ, 25.06.1998.
“Gut gemacht in China”, FAZ, 04.07.1998.
“Das China-Risiko”, FAZ, 12.01.1999.
“Wovor sich Peking fürchtet”, FAZ, 13.01.1999.
“Sicherheit in Ostasien”, FAZ, 05.03.1999.
“Neue Töne in China”, FAZ, 06.03.1999.
“Ein schlimmer Fehler”, FAZ, 10.05.1999.
“Zorniges China”, FAZ, 11.05.1999.
“Peking droht”, FAZ, 20.07.1999.
“Schröder in Fernost”, FAZ, 01.11.1999.

“Behutsam in China”, FAZ, 06.11.1999.
“Einig mit China”, FAZ, 16.11.1999.
“Pekings ‘Leute-Wirtschaft’”, FAZ, 27.01.2000.
“Zwischen Peking und Taipeh”, FAZ, 17.03.2000.
“Souveränes Taiwan”, FAZ, 20.03.2000.
“Chinas Sprung nach vorn”, FAZ, 12.10.2000.
“Die Grenzen des Wandels in China”, FAZ, 20.11.2000.
“China rüstet auf”, FAZ, 14.03.2001.
“Nicht von Feinden umgeben”, FAZ, 25.04.2001.
“Olympiastadt Peking?”, FAZ, 29.05.2001.
“Die KPCh ohne Kommunismus”, FAZ, 29.06.2001.
“Vorleistung”, FAZ, 14.07.2001.
“Olympischer Tiananmen”, FAZ, 16.07.2001.
“Chinas wunderbare Jahr der Erfolge”, FAZ, 20.01.2002.
“Der zerbrechliche Gigant”, FAZ, 21.02.2002.
“Chinesische Wirklichkeiten”, FAZ, 09.04.2002.
“Im Schatten des Führungswechsels”, FAZ, 06.06.2002.
“Chinas nationale Flagge”, FAZ, 06.08.2002.
“In der Falle des Allmachtanspruchs”, FAZ, 08.11.2002.
“Chinas Zukunft”, 18.11.2002.
“Wo es demokratischer zugehen könnte”, FAZ, 04.12.2002.
“Chinas Aufstieg”, FAZ, 15.02.2003.
“China muss sich seinen Bürgern öffnen”, FAZ, 17.03.2003.
“Besonnene Offenheit”, FAZ, 04.04.2003.
“Chinas ansteckende Krankheit”, FAZ, 28.04.2003.
“Geschwächt, nicht gestärkt”, FAZ, 05.07.2003.
“Elefant und Drache”, FAZ, 22.09.2003.
“Hoffnung China”, FAZ, 29.11.2003.
“Die westliche Maske”, FAZ, 03.12.2003.
“Schröders Chinatour”, FAZ, 05.12.2003.
“Konfrontation oder Kooperation”, FAZ, 03.01.2004.
“Chinas Dilemma”, FAZ, 02.02.2004.
“Nicht nach China”, FAZ, 28.04.2004.

“Pragmatiker”, FAZ, 05.05.2004.
“Ein friedlicher Aufstieg?”, FAZ, 04.08.2004.
“Nicht alle Eier in ein Körbchen”, FAZ, 17.08.2004.
“China und die G 7”, FAZ, 01.10.2004.
“Korruption im Mittelpunkt”, FAZ, 02.10.2004.
“Alter Markt mit neuer Frische”, FAZ, 19.10.2004.
“China Ingenieure”, FAZ, 01.11.2004.
“China und die Welt”, FAZ, 06.12.2004.
“China lockt”, FAZ, 08.12.2004.
“Warnschuß aus China”, FAZ, 11.12.2004.
“Der Chinese von nebenan”, FAZ, 29.01.2005.
“Peking läßt die Muskeln spielen”, FAZ, 09.03.2005.
“Kalkulierter Konflikt”, FAZ, 01.04.2005.
“Die Gewichte verschieben sich”, FAZ, 09.04.2005.
“China und Indien”, FAZ, 13.04.2005.
“Entbehrlich”, FAZ, 15.04.2005.
“Beredtes Schweigen”, FAZ, 18.04.2005.
“Starkes China - schwaches China”, FAZ, 19.04.2005.
“Chinas Rentenkrise”, FAZ, 11.05.2005.
“Schärfere Töne im Wechselkursstreit”, FAZ, 03.06.2005.
“In der Trotzburg”, FAZ, 15.06.2005.
“China kauft ein”, FAZ, 22.06.2005.
“China läßt die Muskeln spielen”, FAZ, 02.07.2005.
“Alles für die Grösse des chinesischen Vaterlandes”, FAZ, 15.07.2005.
“Chinas Kalkül”, FAZ, 23.07.2005.
“Ein Meilenstein auf Chinas Weg”, FAZ, 29.07.2005.
“Das Primat des Kommerziellen”, FAZ, 19.08.2005.
“Der Aufsteiger und die Weltmacht”, FAZ, 20.08.2005.
“China”, FAZ, 21.10.2005.
“Zwei Gesichter Chinas”, FAZ, 29.10.2005.
“Zurechtrücken”, FAZ, 12.11.2005.
“Airbus aus China”, FAZ, 10.12.2005.
“Chinas neue Rolle”, FAZ, 29.12.2005.

“Kotau in China”, FAZ, 11.02.2006.
“Chinas Macht”, FAZ, 14.02.2006.
“Energiesicherheit ist nicht mehr alles”, FAZ, 08.03.2006.
“Ideologisches Vakuum”, FAZ, 14.03.2006.
“Drache ohne Feuer”, FAZ, 13.07.2006.
“Die Qualität des chinesischen Wachstums”, FAZ, 19.07.2006.
“Chinas einziger Maßstab ist sein eigenes Wohl”, FAZ, 29.09.2006.
“Angst vor China”, FAZ, 29.09.2006.
“Düpiertes China”, FAZ, 12.10.2006.
“So spät wie noch nie”, FAZ, 03.11.2006.
“Pekinger Probelauf”, FAZ, 11.12.2006.
“Erfolgreich wie nie”, FAZ, 19.12.2006.
“Chinas Zug nach Afrika”, FAZ, 05.01.2007.
“Vorführung im All”, FAZ, 20.01.2007.
“Chinas amerikanischer Traum”, FAZ, 23.02.2007.
“Chinas Umweltmisere”, FAZ, 09.03.2007.
“Politischer Reformen sind überfällig”, FAZ, 17.03.2007.
“Chinas neuer Weg”, FAZ, 17.03.2007.
“China zu Gast”, FAZ, 13.04.2007.
“Entspannungssignale in Ostasien”, FAZ, 16.04.2007.
“Chinesen und Russen im Anmarsch”, FAZ, 02.06.2007.
“Chinesische Blasen”, FAZ, 27.06.2007.
“Amerikas Angst vor China”, FAZ, 28.06.2007.
“Neue Angst vor China und Russland”, FAZ, 03.07.2007.
“Risiko Olympia”, FAZ, 08.08.2007.
“Unsouverän”, FAZ, 08.08.2007.
“Unter Beobachtung”, FAZ, 13.08.2007.
“Chinas teure Umweltkatastrophe”, FAZ, 28.08.2007.
“Auf dem Trampolin”, FAZ, 31.08.2007.
“Im Kanzleramt”, FAZ, 24.09.2007.
“Auf dem Boden der Tatsachen”, FAZ, 25.09.2007.
“Mit Gewalt”, FAZ, 27.09.2007.
“Chinesischer Tarnanstrich”, FAZ, 01.10.2007.

“Starkes Asien”, 05.10.2007.
“Wissenschaftliche Entwicklung”, FAZ, 25.10.2007.
“Auf dem Olymp der Macht”, FAZ, 07.01.2008.
“Saat der Unterdrückung”, FAZ, 20.03.2008.
“Rogges hohle Phrasen”, FAZ, 25.03.2008.
“Aufsteiger”, FAZ, 27.03.2008.
“Eine Frage der Identität”, FAZ, 26.03.2008.
“In den Brunnen gefallen”, FAZ, 29.03.2008.
“Auf Kollisionskurs”, FAZ, 11.04.2008.
“Befreiungsschlag”, FAZ, 26.04.2008.
“Eiertanz”, FAZ, 13.05.2008.
“Alt-neue Großmacht”, FAZ, 15.05.2008.
“Pekings andere Seite”, FAZ, 03.06.2008.
“Pekinger Wende”, FAZ, 14.06.2008.
“Stimmt das? - Die Chinesen sind an allem schuld”, FAZ, 15.06.2008.
“Zu Gast bei Zensor”, FAZ, 04.08.2008.
“Bis die Spiele vorbei sind”, FAZ, 08.08.2008.
“Blinder Fleck”, FAZ, 08.08.2008.
“Und jetzt der Rest”, FAZ, 11.08.2008.
“Olympische Macht”, FAZ, 11.08.2008.
“Brot und Spiele”, FAZ, 21.08.2008.
“Kunstwelt Olympia”, FAZ, 25.08.2008.
“Im Glanz des Erfolges”, FAZ, 26.08.2008.
“Geld aus China”, FAZ, 28.08.2008.
“Asiens wachsende Leiden an der Demokratie”, FAZ, 04.09.2008.
“Absturz in den Alltag”, FAZ, 23.09.2008.
“Ende einer Ära”, FAZ, 27.09.2008.
“Chinas Wachstumsabhängigkeit”, FAZ, 30.10.2008.
“Chinas Anker”, FAZ, 11.11.2008.
“Fabrik ohne Welt”, FAZ, 12.12.2008.
“Das Modell ‘China’ in der Krise”, FAZ, 16.01.2009.
“Pekings Manipulation”, FAZ, 02.02.2009.
“Ohne China geht es nicht”, FAZ, 13.02.2009.

“Der Schlüssel in Peking”, FAZ, 27.05.2009.
“Der Provokateur von Pjöngjang”, FAZ, 28.05.2009.
“Die Geister vom Tiananmen”, FAZ, 05.06.2009.
“Böse Mächte”, FAZ, 07.07.2009.
“Saat der Gewalt”, FAZ, 08.07.2009.
“Chinas Währungsvorstoß”, FAZ, 12.08.2009.
“Geschäfte mit China”, FAZ, 01.09.2009.
“Pekings Pressionen”, FAZ, 14.09.2009.
“Chinas großer Tag”, FAZ, 30.09.2009.
“Sechzig Jahre Parteiherrschaft”, FAZ, 01.10.2009.
“Bewegung in den Köpfen”, FAZ, 14.10.2009.
“Wie erwartet”, FAZ, 17.11.2009.
“China mauert”, FAZ, 21.11.2009.
“Global denken”, FAZ, 27.11.2009.
“China fährt vor”, FAZ, 24.12.2009.
“Zweifel im Jahr des Tigers”, FAZ, 28.12.2009.
“Selbstbewusst gegen Selbstbewusstsein”, FAZ, 11.01.2010.
“Wider die Zensur”, FAZ, 14.01.2010.
“Eine neue China-Politik?”, FAZ, 17.01.2010.
“Eiszeit in China”, FAZ, 21.01.2010.
“Politische Lähmung in Peking”, FAZ, 15.03.2010.
“Zwei Welten”, FAZ, 24.03.2010.
“Am Vorstandstisch”, FAZ, 30.03.2010.
“Zank in Chimerika”, FAZ, 30.03.2010.
“Neue Beweglichkeit”, FAZ, 03.04.2010.
“Chinas Flagge”, FAZ, 28.04.2010.
“Chinas Leistungsschau”, FAZ, 30.04.2010.
“Das Reich der Mitte ist zurück”, FAZ, 03.05.2010.
“Chinas Rückgrat”, FAZ, 15.06.2010.
“Feierlaune in China”, FAZ, 12.07.2010.
“Partner, Rivale”, FAZ, 23.08.2010.
“Zweifelhafter Retter”, FAZ, 31.08.2010.
“Krieg der Währungen”, FAZ, 03.10.2010.

“Die Verantwortung der Leitwährung”, FAZ, 07.10.2010.
“China als Drache und Igel”, FAZ, 15.10.2010.
“Chinesische Lektionen”, FAZ, 19.10.2010.
“Demokraten und Meritokraten”, FAZ, 13.11.2010.
“China will regierbar bleiben”, FAZ, 07.12.2010.
“Die Neuordnung der Welt”, FAZ, 24.12.2010.
“Danke, China!”, FAZ, 26.12.2010.
“Chinas Griff nach dem Staffelstab”, FAZ, 18.01.2011.
“Rivalen, Partner, FAZ, 19.01.2011.
“Volkskongress ohne Volk”, FAZ, 05.03.2011.
“China, China”, FAZ, 06.03.2011.

Süddeutsche Zeitung (SZ)

“Ein harscher Abschiedsgruß für die Demokratie”, SZ, 22.01.1997.
“Der letzte Kaiser ist tot, jetzt regiert der Apparat”, SZ, 20.02.1997.
“Der letzte Kaiser”, SZ, 21.02.1997.
“Das schwere Erbe revolutionärer Legenden”, SZ, 26.02.1997.
“Business statt Bismarck”, SZ, 26.04.1997.
“Drohende Leere in der eisernen Reisschale”, SZ, 17.05.1997.
“Wegscheide Hongkong”, SZ, 28.06.1997.
“Im Schatten des Übervaters”, SZ, 15.09.1997.
“Tiger und Drachen rücken näher”, SZ, 26.09.1997.
“Ein Dissident als Tauschobjekt”, SZ, 19.11.1997.
“Der Pandabär will schmusen”, SZ, 15.12.1997.
“China wartet auf den kühnen Schritt”, SZ, 31.12.1997.
“Jahr des Tigers, Jahr der Krise”, SZ, 27.01.1998.
“Pekinger Frühlingsboten”, SZ, 21.04.1998.
“Der Gast der ‘Gesicht gibt’”, SZ, 25.06.1998.
“Parvenu und Platzhirsch”, SZ, 27.06.1998.
“Chinesisches Lehrstück”, SZ, 30.06.1998.
“Kotaus zwischen dem Dalai Lama und China”, SZ, 18.07.1998.
“Die politischen Kumpane der Katastrophe”, SZ, 26.08.1998.

“Chinas Reformer marschieren zurück”, SZ, 31.10.1998.
“Dialog der Phrasendrescher”, SZ, 12.12.1998.
“Das Ende von Marx und Mao”, SZ, 10.03.1999.
“Der Volkszorn als Waffe”, SZ, 11.05.1999.
“Chinas paradoxe Blüte”, SZ, 05.06.1999.
“Gefeiert wird die große Katastrophe”, SZ, 01.10.1999.
“Die Schwäche der Staatsmacht”, SZ, 09.11.1999.
“Exportmarkt für Reformen”, SZ, 16.11.1999.
“Von Freiheit und Freihandel“, SZ, 24.05.2000.
“Angst macht gefährlich”, SZ, 14.07.2000.
“Ein Land für tausend Herkulesse”, SZ, 06.03.2000.
“Ein Mann fürs Praktische”, SZ, 29.06.2000.
“Von China nach China”, SZ, 03.01.2001.
“Chinesische Schimäre”, SZ, 01.03.2001.
“Der Papierdrache speit Feuer”, SZ, 14.04.2001.
“Der Kommunismus ist tot - es lebe die Partei”, SZ, 02.07.2001.
“Chinesische Spiele”, SZ, 12.07.2001.
“Riesenkredit für China”, SZ, 14.07.2001.
“Die große Insel der Seligen”, SZ, 28.12.2001.
“Die Kader-Kapitalisten”, SZ, 06.03.2002.
“In Bewegung”, SZ, 10.04.2002.
“Auf dem langen Marsch”, SZ, 23.10.2002.
“Im Reich der wachsenden Ungleichheit”, SZ, 09.11.2002.
“Die KP sucht neues Kapital”, SZ, 15.11.2002.
“Das chinesische Virus”, SZ, 05.04.2003.
“Peking handelt - aber zu spät”, SZ, 22.04.2003.
“Chinas Krankheit”, SZ, 10.05.2003.
“Ein Riesenreich im Ruhestand”, SZ, 18.06.2003.
“Pekings neuer Part”, SZ, 02.08.2003.
“Demokraten in der Pflicht”, SZ, 16.09.2003.
“Raketen fürs Volk”, SZ, 15.10.2003.
“Von der Plan- zur Clanwirtschaft”, SZ, 04.11.2003.
“Viagra der Weltwirtschaft”, SZ, 31.01.2004.

“Irak im Pazifik”, SZ, 13.02.2004.
“Der lange Weg”, SZ, 06.03.2004.
“Im Zweifel für die Macht”, SZ, 15.03.2004.
“Hongkongs sterbende Hoffnung”, SZ, 03.04.2004.
“Der Kanzler als Krämer”, SZ, 05.05.2004.
“Reich der Risse”, SZ, 03.08.2004.
“Maos siegreiche Erben”, SZ, 21.08.2004.
“Krawall im Wunderland”, SZ, 03.11.2004.
“Wandel durch Handel”, SZ, 20.11.2004.
“Der lange Arm des Riesen”, SZ, 01.12.2004.
“Im Reich der Wölfe”, SZ, 06.12.2004.
“Waffen als Währung”, SZ, 07.12.2004.
“Mit den Waffen des Gesetzes”, SZ, 05.03.2005.
“Drohung des Riesen”, SZ, 09.03.2005.
“Macht, Moral und Moneten”, SZ, 23.03.2005.
“Schröders China”, SZ, 01.04.2005.
“Chinesische Unweisheiten”, SZ, 07.04.2005.
“Riesen-Rhetorik”, SZ, 13.04.2005.
“Chinas Kraft”, SZ, 16.04.2005.
“Verlust der Vernunft”, SZ, 21.04.2005.
“Signale aus Peking”, SZ, 23.05.2005.
“Europas Blockade”, SZ, 24.08.2005.
“Die Handels-Klamotte”, SZ, 07.09.2005.
“Pekings Ambitionen”, SZ, 10.11.2005.
“Wer verändert wen?”, SZ, 21.11.2005.
“Schmutzige Supermacht”, SZ, 25.11.2005.
“Reichtum auf dem Rücken der Armen”, SZ, 26.01.2006.
“Asiatischer Balanceakt”, SZ, 03.03.2006.
“Pekinger Grabenkämpfe”, SZ, 14.03.2006.
“Angst vor China”, SZ, 19.04.2006.
“Der entdeckte Kontinent”, SZ, 27.04.2006.
“Merkels China-Balance”, SZ, 23.05.2006.
“China sucht sich neue Freunde”, SZ, 07.07.2006.

“Drache umwirbt Tiger”, SZ, 21.11.2006.
“Das Ende der Blauäugigkeit”, SZ, 19.01.2007.
“Chinas Griff nach Afrika”, SZ, 07.02.2007.
“Kommunismus ade”, SZ, 03.03.2007.
“Schlafendes China”, SZ, 16.03.2007.
“China muss Kurs halten”, SZ, 29.05.2007.
“Aktien braten”, SZ, 31.05.2007.
“Mit China leben”, SZ, 13.06.2007.
“Hongkongs Verführung”, SZ, 30.06.2007.
“Chinesische Märchen”, SZ, 20.07.2007.
“In den Olymp”, SZ, 08.08.2007.
“Die Ware Sicherheit”, SZ, 18.08.2007.
“Alles nachgemacht”, SZ, 27.08.2007.
“Das Image des Drachen”, SZ, 28.08.2007.
“Mehr Menschenrechte dank Olympia”, SZ, 30.08.2007.
“Poltern mit Kalkül”, SZ, 26.09.2007.
“Zuflucht Peking”, SZ, 27.09.2007.
“Chinas Kader-Starre”, SZ, 13.10.2007.
“Reform der Reform”, SZ, 15.10.2007.
“China als Sündenbock”, SZ, 22.10.2007.
“Achterbahn für Investoren”, SZ, 10.11.2007.
“Wenn Peking droht”, SZ, 19.11.2007.
“Der Dalai Lama und die Kittelschürzen”, SZ, 22.11.2007.
“Finger weg vom Yuan”, SZ, 27.11.2007.
“Jahr der Risiken”, SZ, 28.12.2007.
“Die neue Wohlstandsachse”, SZ, 28.12.2007.
“Kulturkampf im Vogelnest”, SZ, 29.12.2007.
“Die neue deutsche Wertediplomatie”, SZ, 29.12.2007.
“Einkaufstour auf der Überholspur”, SZ, 29.12.2007.
“Olympia? Aus der Traum!”, SZ, 04.02.2008.
“Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer”, SZ, 15.03.2008.
“Die Politik der Ringe”, SZ, 18.03.2008.
“Am Boykott Hebelchen”, SZ, 20.03.2008.

“Mittelweg über Washington”, SZ, 22.03.2008.
“Kein Boykott gegen China”, SZ, 26.03.2008.
“Unheimliche Geldgeber aus dem Osten”, SZ, 28.03.2008.
“Pekings Desaster in Lhasa”, SZ, 29.03.2008.
“Der Kampf um die Fackel”, SZ, 08.04.2008.
“Die Drachentöter haben Saison”, SZ, 09.04.2008.
“China und die Moral”, SZ, 12.04.2008.
“Sarkozys langes Zaudern”, SZ, 22.04.2008.
“Der Traum von China”, SZ, 23.04.2008.
“Eine Welt, ein Albtraum”, SZ, 19.05.2008.
“Die Grenzen der Empörung”, SZ, 20.05.2008.
“Erdbeben-Diplomatie”, SZ, 31.05.2008.
“Staunen und Angst”, SZ, 29.07.2008.
“Ein-Parteien-Diktatur”, SZ, 29.07.2008.
“Die Frechheit mit der Freiheit”, SZ, 31.07.2008.
“Olympische Mauer”, SZ, 01.08.2008.
“Adidas und die Spiele”, SZ, 06.08.2008.
“Der Olympia-Tourist”, SZ, 06.08.2008.
“Der olympische Smog”, SZ, 09.08.2008.
“Olympia extrem”, SZ, 18.08.2008.
“Die synthetischen Spiele”, SZ, 25.08.2008.
“Im Grenzbereich der Moral”, SZ, 20.09.2008.
“Die Weltordnungskrise”, SZ, 13.10.2008.
“Chinesische Wechselwirkungen”, SZ, 23.10.2008.
“Druck im chinesischen Kopftopf”, SZ, 12.12.2008.
“Kauft, Leute, Kauft!”, SZ, 23.12.2008.
“Bittere Enttäuschung”, SZ, 26.01.2009.
“Der Teufelspakt der Weltwirtschaft”, SZ, 12.02.2009.
“Pekings Prüfung”, SZ, 06.03.2009.
“Der Traum vom Retter”, SZ, 28.03.2009.
“Das Ende der Harmonie”, SZ, 09.07.2009.
“Die vergessene Gefahr”, SZ, 12.09.2009.
“Bücher sind kein Transrapid”, SZ, 12.09.2009.

“Land der Zensur”, SZ, 15.09.2009.
“Chinesische Spannungen”, SZ, 16.09.2009.
“Pekings Heißluftballon”, SZ, 25.09.2009.
“Macht über das Öl”, SZ, 30.09.2009.
“Die Raubritter von Peking”, SZ, 20.10.2009.
“Gut, dass es China gibt”, SZ, 24.10.2009.
“Rivale, nicht Partner”, SZ, 16.11.2009.
“Weltmacht im Wartestand”, SZ, 18.11.2009.
“Ein Januskopf in Kopenhagen”, SZ, 18.12.2009.
“Protest der Ungehorsamen”, SZ, 28.12.2009.
“Das gekränkte Großreich”, SZ, 30.12.2009.
“Währungspoker”, SZ, 13.01.2010.
“Schlechte Zeiten für die roten Mandarine”, SZ, 26.01.2010.
“Wenn China sich Europa kauft”, SZ, 29.01.2010.
“Obama gegen Peking”, SZ, 15.02.2010.
“Reicher Staat, armes Volk”, SZ, 06.03.2010.
“Chinas Angst”, SZ, 07.03.2010.
“Chimerika am Ende”, SZ, 24.03.2010.
“Vorbildlich in China”, SZ, 27.03.2010.
“Glückverheißende Träume”, SZ, 20.04.2010.
“Ein eitles Trugbild”, SZ, 30.04.2010.
“Ein Lichtstrahl auf Peking”, SZ, 17.07.2010.
“Zwischen Kraft und Not”, SZ, 18.08.2010.
“Chinesischer Luxus”, SZ, 01.09.2010.
“Klare Ansagen”, SZ, 06.09.2010.
“Was China will”, SZ, 05.10.2010.
“Heilige Staatsmacht”, SZ, 09.10.2010.
“Dynamit für Peking”, SZ, 11.10.2010.
“Von Angst getrieben”, SZ, 29.11.2010.
“Die China-Versteher”, SZ, 10.12.2010.
“Die Bürde des Wachstums”, SZ, 27.12.2010.

Die Welt (WELT)

“In chinesischem Ernst”, WELT, 23.01.1997.

“Sonne im Osten”, WELT, 25.01.1997.

“Unter Druck”, WELT, 03.02.1997.

“Im Jahr des Ochsen zieht China tiefe Furchen”, WELT, 04.02.1997.

“China nach Deng”, WELT, 21.02.1997.

“Gefährlicher Drache”, WELT, 30.04.1997.

“Ein neues Zeitalter”, WELT, 01.07.1997.

“Ein langer Marsch”, WELT, 02.09.1997.

“Des Kaisers alte Kleider”, WELT, 13.09.1997.

“Zeitgewinn in Peking”, WELT, 18.09.1997.

“Unter dem roten Teppich”, WELT, 01.11.1997.

“Gewicht und Balance”, WELT, 14.11.1997.

“Chinesischer Ball”, WELT, 02.01.1998.

“Dengs Erben belassen es bei pflichtschuldigem Gedenken”, WELT, 19.02.1998.

“Brüssel und Peking”, WELT, 25.02.1998.

“Menschenrechte im Reich der Mitte rücken an den Rand”, WELT, 05.04.1998.

“New Deal auf Chinesisch?”, WELT, 18.04.1998.

“Balanceakt in China”, WELT, 25.06.1998.

“Pekinger Premiere”, WELT, 29.06.1998.

“Partner des Wandels”, WELT, 01.07.1998.

“Das „Mandat des Himmels“ und der Preis des Unpolitischen”, WELT, 04.07.1998.

“Flut stoppt Reformen”, WELT, 11.08.1998.

“Robinson öffnet Horizonte”, WELT, 08.09.1998.

“Keine Insel der Stabilität”, WELT, 07.10.1998.

“Chinesisches Tauwetter”, WELT, 19.10.1998.

“Chinas Wirtschaft sieht sich schweren Zeiten entgegen”, WELT, 07.01.1999.

“Chinas gefährliche Jahrestage”, WELT, 07.01.1999.

“China in Bombenstimmung”, WELT, 13.02.1999.

“Chinas Büchse der Pandora”, WELT, 16.03.1999.

“Peking in heikler Lage”, WELT, 10.05.1999.

“Pekings Glut, Washingtons Streichholz”, WELT, 11.05.1999.

“Rivalen im Pazifik”, WELT, 15.05.1999.
“Chinas wundervoller Freund”, WELT, 27.05.1999.
“Kainsmal Tiananmen”, WELT, 04.06.1999.
“Taiwans Provokation”, WELT, 14.07.1999.
“Taiwan reitet den Tiger”, WELT, 16.07.1999.
“Streit um die Macht im Pazifik”, WELT, 19.07.1999.
“Eine Sekte lehrt Peking das Fürchten”, WELT, 23.07.1999.
“Chinas Ostwind”, WELT, 03.08.1999.
“China in der Glaubenskrise”, WELT, 25.08.1999.
“Schröder muss mit Peking offen reden”, WELT, 04.11.1999.
“China muss möglichst rasch der WTO beitreten”, WELT, 09.11.1999.
“Pekings WTO-Beitritt wird die Weltwirtschaft verändern”, WELT, 16.11.1999.
“Chinas Sprung nach vorn”, WELT, 17.11.1999.
“Drohgebärden aus Peking”, WELT, 26.02.2000.
“Der Westen rückt China näher”, WELT, 29.02.2000.
“Spannende Wahlen in Taiwan”, WELT, 18.03.2000.
“Taiwan tritt aus der Grauzone”, WELT, 20.03.2000.
“Das spirituelle Vakuum”, WELT, 12.05.2000.
“Amerika sagt Ja zu China”, WELT, 26.05.2000.
“Zhus brutale Deutlichkeit”, WELT, 01.07.2000.
“Pekings stumme Angstgegner”, WELT, 21.07.2000.
“Peking und die Raketenabwehr”, WELT, 04.08.2000.
“China und die WTO”, WELT, 21.09.2000.
“Peking kurz vor dem Ziel”, WELT, 28.10.2000.
“China sucht neue Verbündete”, WELT, 17.02.2001.
“Ruhelosigkeit in China”, WELT, 07.03.2001.
“Chinas Muskelspiele”, WELT, 07.03.2001.
“Ein neuer Kalter Krieg?”, WELT, 03.04.2001.
“Amerikas Eindämmungspolitik”, WELT, 05.04.2001.
“Nationalisten und Militärs bedrängen Chinas Partei und Jiang Zemin”, WELT, 05.04.2001.
“Ein Glücksfall für Chinas Greise”, WELT, 09.04.2001.
“Es geht um Taiwan”, WELT, 17.04.2001.

“Für einen Krieg ist China nicht reif”, WELT, 21.04.2001.
“Peking soll die Spiele bekommen”, WELT, 13.07.2001.
“Chinas Chance”, WELT, 09.10.2001.
“Schröders chinesisches Ritual”, WELT, 03.11.2001.
“Der neue Realismus”, WELT, 04.11.2001.
“Chinas Wandel, zweiter Akt”, WELT, 06.03.2002.
“Auch China muss die Menschenrechte einhalten”, WELT, 27.04.2002.
“Menschenrechte? Gerade jetzt!”, WELT, 09.04.2002.
“China muss in die neue G-8”, WELT, 28.06.2002.
“China, Reich des Mittelstandes”, WELT, 08.11.2002.
“Ein ideologischer Purzelbaum”, WELT, 11.11.2002.
“Wann überholt China die USA?”, WELT, 15.12.2002.
“Chinas neue Verantwortung: China wählt”, WELT, 17.03.2003.
“Erhöhte Vorsicht”, WELT, 22.04.2003.
“China - eine Erziehungsdiktatur”, WELT, 02.05.2003.
“Starke Chinesen”, WELT, 03.09.2003.
“Vom China-Boom lässt sich in ganz Südostasien profitieren”, WELT, 15.09.2003.
“Supermacht”, WELT, 16.10.2003.
“Der Drache und der Adler”, WELT, 29.10.2003.
“Allzu optimistischen Fans droht eine herbe Enttäuschung”, WELT, 24.11.2003.
“Das chinesische Experiment”, WELT, 04.12.2003.
“China-Kracher”, WELT, 04.12.2003.
“Wollen wir ein riesiges Nordkorea?”, WELT, 06.12.2003.
“Nicht ins Spannungsgebiet”, WELT, 08.12.2003.
“Störfaktor”, WELT, 10.12.2003.
“Chinas Mega-Hunger auf Rohstoffe”, WELT, 31.01.2004.
“Herausforderung China”, WELT, 03.02.2004.
“In China ist weiteres Wachstum fast schon garantiert”, WELT, 08.05.2004.
“Tiananmen”, WELT, 04.06.2004.
“Downtown Schanghai”, WELT, 14.08.2004.
“China”, WELT, 20.09.2004.
“China”, WELT, 02.11.2004.
“China”, WELT, 03.12.2004.

“Asiatische Champions”, WELT, 07.12.2004.
“Wer mit dem Drachen tanzt”, WELT, 09.12.2004.
“Angst vor China”, WELT, 28.12.2004.
“China”, WELT, 29.12.2004.
“China”, WELT, 18.01.2005.
“China”, WELT, 16.02.2005.
“Peking”, WELT, 18.02.2005.
“Taiwan”, WELT, 09.03.2005.
“Menschenrechte und Investitionen gleichzeitig fördern”, WELT, 04.01.2005.
“Keine Waffen nach China”, WELT, 18.03.2005.
“Teurer Alleingang”, WELT, 31.03.2005.
“China”, WELT, 19.04.2005.
“Schädliche Quote”, WELT, 18.05.2005.
“Amerika fürchtet die gelbe Gefahr”, WELT, 29.06.2005.
“Falsches Signal”, WELT, 17.08.2005.
“Teurer Wettlauf”, WELT, 23.08.2005.
“Realität des Marktes”, WELT, 05.09.2005.
“Chinas Diktat”, WELT, 10.11.2005.
“Die Macht der roten Mandarine”, WELT, 11.11.2005.
“Chinas vergifteter Boom”, WELT, 27.11.2005.
“China öffnet sich”, WELT, 03.12.2005.
“Chinas rechtlose Bauern”, WELT, 12.12.2005.
“Drache oder Panda?”, WELT, 03.01.2006.
“Bittere Lehre”, WELT, 15.02.2006.
“Yahoos heilsamer Schock”, WELT, 16.02.2006.
“Europas Antwort”, WELT, 23.02.2006.
“Chinas Probleme bleiben”, WELT, 07.03.2006.
“Druck aus den Dörfern”, WELT, 18.03.2006.
“Verbundene Rivalen”, WELT, 21.04.2006.
“Das China-Syndrom”, WELT, 12.05.2006.
“Sorgen des kommenden Exportweltmeisters”, WELT, 22.05.2006.
“Keine Angst vor China”, WELT, 22.05.2006.
“China: Partner und Konkurrent”, WELT, 24.05.2006.

“Wie schnell holt China auf?”, WELT, 10.09.2006.
“Annäherung an den gierigen Partner”, WELT, 15.09.2006.
“Motor China”, WELT, 15.09.2006.
“Hilfe, die Chinesen kommen”, WELT, 17.09.2006.
“Was tun gegen Chinas Aufstieg zur Weltmacht?”, WELT, 17.09.2006.
“China umarmt Afrika”, WELT, 05.11.2006.
“Profiteure aus Peking”, WELT, 10.12.2006.
“Das Reich der Mitte im Cyberwar”, WELT, 25.01.2007.
“Beim Erdöl sind Peking Menschenrechte egal”, WELT, 14.02.2007.
“Grenzen des Wachstums”, WELT, 21.03.2007.
“Olympisch im Grössenwahn”, WELT, 08.05.2007.
“China und das Klima”, WELT, 05.06.2007.
“Das unheimliche Reich der Mitte”, WELT, 13.07.2007.
“Buddha statt Marx”, WELT, 24.07.2007.
“Keine Angst vor China”, WELT, 27.07.2007.
“Gegen China protestieren?”, WELT, 09.08.2007.
“Olympia: Zu spät für ein Boykott”, WELT, 12.08.2007.
“Augenmass bewahren”, WELT, 16.08.2007.
“Vergiftet sich China selbst?”, WELT, 24.08.2007.
“Chinas mühsame Lernprozesse”, WELT, 27.08.2007.
“Der Drache ist erwacht”, WELT, 30.08.2007.
“Da sieht China rot”, WELT, 24.09.2007.
“Neue Floskeln, alte Zöpfe”, WELT, 16.10.2007.
“Eine Welt, ein Traum?”, WELT, 08.03.2008.
“Chinas Menetekel”, WELT, 15.03.2008.
“Tibet braucht mehr Unterstützung”, WELT, 16.03.2008.
“China fördert den Terrorismus”, WELT, 17.03.2008.
“Der Fluch der Olympischen Spiele”, WELT, 18.03.2008.
“Chinas unverstandenes Glück”, WELT, 19.03.2008.
“Warum Peking nicht besser ist als Pjöngjang oder Havanna”, WELT, 26.03.2008.
“Vorsicht vor Drachen”, WELT, 27.03.2008.
“Wie China sich der Welt erklärt”, WELT, 10.04.2008.
“Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne”, WELT, 11.04.2008.

“Die eigene Macht des Sports”, WELT, 12.04.2008.
“Für die kleinen Siege des Sports”, WELT, 13.04.2008.
“Heuschrecke China”, WELT, 23.04.2008.
“Pekings tibetische Schachzüge”, WELT, 26.04.2008.
“China gibt unter Druck nach”, WELT, 27.04.2008.
“Zu leise getreten”, WELT, 13.05.2008.
“Die zensierten Spiele”, WELT, 31.07.2008.
“China muss sein Gesicht zeigen”, WELT, 03.08.2008.
“Gut für die Diktatoren”, WELT, 04.08.2008.
“China sucht nach neuen Wegen: Linker Konfuzianismus?”, WELT, 08.08.2008.
“Leni Riefenstahls Erben”, WELT, 09.08.2008.
“Warum Chinas Aufstieg den Westen verunsichert”, WELT, 10.08.2008.
“Trügerisches Selbstbild”, WELT, 11.08.2008.
“Die Kehrseite des Booms”, WELT, 16.09.2008.
“China probt die Zivilgesellschaft”, WELT, 21.09.2008.
“Starke Demokratien”, WELT, 18.10.2008.
“Pekings Drohung verpufft”, WELT, 24.10.2008.
“Chinas Angst vor dem Absturz”, WELT, 05.12.2008.
“Rettet den Liberalismus”, WELT, 08.12.2008.
“In neuen Fahrwassern”, WELT, 28.12.2008.
“Gefährliches Spiel”, WELT, 23.01.2009.
“Wenn Autokraten zittern”, WELT, 31.03.2009.
“Chinas unerhörter Ruf”, WELT, 02.06.2009.
“China und die Frankfurter Buchmesse”, WELT, 13.06.2009.
“Vom Ehrengast zur Zumutung”, WELT, 16.06.2009.
“Arroganz der Macht”, WELT, 08.07.2009.
“Störung des himmlischen Friedens”, WELT, 12.07.2009.
“Ehrengast China?”, WELT, 13.07.2009.
“Hoffnung made in China”, WELT, 17.07.2009.
“Zensiert China auch bei uns?”, WELT, 13.09.2009.
“China und die Oberlehrer aus Deutschland”, WELT, 28.09.2009.
“Chinesische Strategien”, WELT, 01.10.2009.
“Chinesische Zensur hat in Frankfurt nichts verloren”, WELT, 11.10.2009.

“Keiner fragte nach Liu Xiaobo”, WELT, 15.10.2009.
“Peking lässt die Maske fallen”, WELT, 28.12.2009.
“Das chinesische Jahrzehnt”, WELT, 02.01.2010.
“Hilferuf an Angela Merkel”, WELT, 10.02.2010.
“China, Freund der Schurken”, WELT, 18.02.2010.
“Ernüchterung in China”, WELT, 15.03.2010.
“Goliath gegen Goliath”, WELT, 24.03.2010.
“Die Demokratie gewinnt”, WELT, 10.04.2010.
“Das China-Syndrom”, WELT, 30.04.2010.
“Wachsen in die Verantwortung”, WELT, 21.06.2010.
“Chinas Zeitbomben”, WELT, 12.07.2010.
“Reich der Mitte, mitleidlos”, WELT, 03.08.2010.
“Der Westen profitiert von Chinas Stärke”, WELT, 19.08.2010.
“Chinas Macht”, WELT, 23.08.2010.
“Ein Zeichen aus Oslo”, WELT, 10.12.2010.
“Wo war die Solidarität?”, WELT, 11.12.2010.
“Achse der Absager”, WELT, 12.12.2010.
“Keine Angst vor China”, WELT, 03.01.2011.
“Drache und Adler”, WELT, 19.01.2011.
“Der Westen hat ein falsches Bild von China”, WELT, 12.02.2011.
“Chinas langer Atem”, WELT, 03.02.2011.
“Freiheit aus dem Netz”, WELT, 07.03.2011.
“Auf nach China”, WELT, 29.03.2011.

Die Tageszeitung (taz)

“Geschäftssinn und Feigheit”, taz, 08.04.1997.
“Schwieriges Jubiläum”, taz, 11.10.1997.
“Sozialismus mit Rückenwind”, taz, 29.06.1998.
“Außenpolitischer Meister”, taz, 30.06.1998.
“Hochwasser und Herrschaft”, taz, 11.08.1998.
“Es droht eine Zeit der Instabilität”, taz, 19.12.1998.
“Vorsorgliche Unterdrückung”, taz, 22.12.1998.

“Reden, um nicht handeln zu müssen”, taz, 06.02.1999.
“Runter vom hohen Roß der Moral”, taz, 08.02.1999.
“Die Rückkehr des Kalten Krieges”, taz, 02.03.1999.
“Mehr als Tyrannenhätschelei”, taz, 16.03.1999.
“Bauernsozialismus mit Computer”, taz, 15.04.1999.
“Die zweite Front”, taz, 20.05.1999.
“Hilfloser Konkurrent”, taz, 26.05.1999.
“Westliches Wunschdenken”, taz, 05.06.1999.
“Die stille Revolution”, taz, 08.06.1999.
“Ein riskanter Machtkampf”, taz, 23.07.1999.
“Verdeckte Friedenserklärung”, taz, 21.08.1999.
“China-Politik als Mediengag”, taz, 03.11.1999.
“Schröders Weitsicht”, taz, 06.11.1999.
“Ungemütliche Zeiten für Taiwan”, taz, 18.12.1999.
“Pardon für Peking”, taz, 20.12.1999.
“Der neue Opiumkrieg”, taz, 17.02.2000.
“Gefährlicher als Mao”, taz, 16.03.2000.
“Fortdauernde Blamage”, taz, 19.04.2000.
“Weltpoltik ohne Partner”, taz, 05.04.2001.
“Kompromiss der Vernunft”, taz, 12.04.2001.
“Volksrepublik von unten”, taz, 12.03.2002.
“Ohne Druck bewegt sich nichts”, taz, 09.04.2002.
“Nicht nur die Ökonomie zählt”, taz, 23.04.2002.
“Risikogesellschaft China”, taz, 16.11.2002.
“Herber Rückfall in neue Zeiten”, taz, 11.02.2003.
“Peking will kein Schurke sein”, taz, 25.02.2003.
“Stolz auf 27 Millionen Entlassungen”, taz, 06.03.2003.
“Pluralistische Massenbewegung”, taz, 25.04.2003.
“Zwangsmaßnahmen statt Aufklärung”, taz, 26.04.2003.
“Achse China-Europa”, taz, 31.10.2003.
“Menschenrechte kosten Geld”, taz, 02.12.2003.
“Das Virus und ein krankes System”, taz, 03.02.2004.
“Cowboys in Peking”, taz, 25.02.2004.

“Risiko Demokratie”, taz, 01.03.2004.
“Langer Marsch in den Rechtsstaat”, taz, 16.03.2004.
“Das Scheitern eines Technikmonsters”, taz, 13.04.2004.
“Der Bazillus der Demokratie”, taz, 01.07.2004.
“Zeichen der Verzweiflung”, taz, 06.08.2004.
“Lektion für China”, taz, 14.09.2004.
“Patrioten in Peking”, taz, 08.12.2004.
“Blauäugige Europäer”, taz, 02.03.2005.
“Neuer Mut im Namen von Hu”, taz, 15.03.2005.
“Hunger, Armut und sechs Flugzeuge”, taz, 15.04.2005.
“Widersprüche des Kapitalismus aushalten”, taz, 30.08.2005.
“Der Energiehunger des Tigers”, taz, 04.05.2006.
“Multilateralismus ohne Entwicklungshilfe”, taz, 19.05.2006.
“Ökologie im Dienst der KP”, taz, 06.06.2006.
“Ein Zeichen gegen den Trend”, taz, 30.10.2006.
“Die Stereotype vom Stammtisch”, taz, 22.11.2006.
“Ein vermeidbarer Wettlauf”, taz, 20.01.2007.
“Von China lernen: Auf nach Afrika”, taz, 08.02.2007.
“Auf der Flucht vor der Geschichte”, taz, 13.04.2007.
“Rechtsstaat im Aufbau”, taz, 11.05.2007.
“Zweierlei Recht”, taz, 11.07.2007.
“Die gelbe Gier”, taz, 01.08.2007.
“Höflicher Dissenz”, taz, 29.08.2007.
“Militärs können auf China setzen”, taz, 25.09.2007.
“Peking und die Generäle”, taz, 28.09.2007.
“Ein bisschen Ökodiktatur”, taz, 15.10.2007.
“Deutsche Wertarbeit in Delhi: Der Fokus deutscher Asienpolitik hat sich unter Merkel von China nach Indien verlagert”, taz, 01.11.2007.
“Schulterschluss an der Schwelle”, taz, 15.01.2008.
“Keine Leisetreterei mit China”, taz, 18.01.2008.
“Problematisches PR-Desaster”, taz, 15.02.2008.
“Diplomatie statt Drohgebärden”, taz, 31.03.2008.
“China erfolgreich bloßstellen”, taz, 27.03.2008.

“Aufmerksamkeit lässt sich nicht steuern”, taz, 28.03.2008.
“Das Böse im Fernen Osten”, taz, 03.04.2008.
“Das Huhn und die Affen”, taz, 04.04.2008.
“Reif für Demokratie”, taz, 10.04.2008.
“Betonköpfe zu Bambussprossen”, taz, 14.04.2008.
“Hysterisches Verhalten des Westens”, taz, 14.04.2008.
“Tendenz zur Abschottung”, taz, 18.04.2008.
“Fürsorgliche Belagerung”, taz, 21.04.2008.
“Großer Freund”, taz, 23.04.2008.
“Aufstieg und Fall der Oligarchen”, taz, 14.05.2008.
“China: Die andere Messlatte”, taz, 25.07.2008.
“Die Blockierer sind angezählt”, taz, 02.08.2008.
“Überzogene Hoffnungen”, taz, 09.08.2008.
“Von China lernen”, taz, 14.08.2008.
“China, ein sehr behutsamer Elefant”, taz, 19.08.2008.
“Milchpulver, Gier und Korruption”, taz, 18.09.2008.
“Die Landreform trägt bis heute Früchte”, taz, 14.10.2008.
“Kulturkampf um China”, taz, 21.10.2008.
“Maritimes Machtspiel mit Piraten”, taz, 27.12.2008.
“Kommunisten wieder kommunistischer?”, taz, 06.03.2009.
“Überbewertete G2”, taz, 03.04.2009.
“Die späte Versöhnung”, taz, 02.06.2009.
“Wahrnehmung und Wirklichkeit”, taz, 11.09.2009.
“Starker Feigling”, taz, 02.10.2009.
“Ausgerechnet”, taz, 13.10.2009.
“Thinktanks und Avantgarde”, taz, 14.10.2009.
“Europäer verhandeln falsch”, taz, 30.11.2009.
“Meistertitel ohne Wert”, taz, 25.01.2010.
“Nicht nur Heuchelei”, taz, 21.01.2011.

Die Zeit (ZEIT)

“Kotau”, ZEIT, 03.01.1997.

“Der Erneuerer Chinas”, ZEIT, 28.02.1997.
“Die Angst der Apparatschicks”, ZEIT, 28.02.1997.
“Die andere Revolution”, ZEIT, 02.05.1997.
“Russland und China: Partner die nach dem Westen schielen”, ZEIT, 02.05.1997.
“Chinas Weg zur Demokratie ist voller Dornen”, ZEIT, 06.06.1997.
“Nacht des Champagners und der Tränen”, ZEIT, 27.06.1997.
“Gefällige Rhetorik”, ZEIT, 04.07.1997.
“Es gibt keinen Weg zurück”, ZEIT, 12.09.1997.
“Aus Dengs Schatten”, ZEIT, 26.09.1997.
“Einbinden statt Eindämmen”, ZEIT, 25.10.1997.
“Held ohne Volk”, ZEIT, 21.11.1997.
“Die neue Bescheidenheit”, ZEIT, 05.02.1998.
“Die Ein-Prozent-Lösung”, ZEIT, 26.02.1998.
“China lockt”, ZEIT, 26.02.1998.
“Verkauft Europa seine Werte?”, ZEIT, 12.03.1998.
“Pekinger Risiken”, ZEIT, 23.04.1998.
“Neun Tage in China”, ZEIT, 09.07.1998.
“Banditen am Tisch”, ZEIT, 15.10.1998.
“Flirt mit dem Drachen”, ZEIT, 25.06.1998.
“Hauptsache, die Katze fängt Mäuse”, ZEIT, 22.10.1998.
“Die Erlösung der Mandarine, ZEIT, 26.11.1998.
“Der grosse Sprung zurück”, ZEIT, 22.12.1998.
“Strenge Sitten”, ZEIT, 21.01.1999.
“Riskante Offenheit”, ZEIT, 11.03.1999.
“Schröder im Reich der Mitte”, 06.05.1999.
“Aufschrei der Nachwuchselite”, ZEIT, 12.05.1999.
“Unendliche Geschichte”, ZEIT, 27.05.1999.
“Ein wenig Kalter Krieg”, ZEIT, 02.06.1999.
“Rebellen an der Macht”, ZEIT, 02.06.1999.
“Aufstand des kleinen Bruders”, ZEIT, 22.07.1999.
“Ein Guru bedroht das System”, ZEIT, 29.07.1999.
“Langer Marsch nach oben”, ZEIT, 30.09.1999.
“Der grosse Sprung”, ZEIT, 04.11.1999.

“Der zweite Mauerfall”, ZEIT, 18.11.1999.
“Das Ende der Demütigung”, ZEIT, 16.12.1999.
“Chinas zweiter Befreiungskampf”, ZEIT, 23.03.2000.
“Juristen auf dem langen Marsch”, ZEIT, 18.05.2000.
“Kalter Krieg im Fernen Osten?”, ZEIT, 15.02.2001.
“Kalter Krieg in Fernost”, ZEIT, 05.04.2001.
“Chinas dramatische Zukunft”, ZEIT, 05.04.2001.
“Stunde der Patrioten”, ZEIT, 19.04.2001.
“China sagt Ja zu sich selbst”, ZEIT, 31.05.2001.
“Blutige Rekorde”, ZEIT, 12.07.2001.
“Marktwirtschaftler aus Not”, ZEIT, 13.09.2001.
“Im Reich des Wachstums”, ZEIT, 25.10.2001.
“Schrecklich normale Verhältnisse”, ZEIT, 10.04.2002.
“Unter roten Fahnen auf dem kapitalistischen Weg”, ZEIT, 07.11.2002.
“Zweite Chance für Chinas Kommunisten”, ZEIT, 14.11.2002.
“China im Technikrausch”, ZEIT, 09.01.2003.
“Hut ab: China ganz neu”, ZEIT, 13.03.2003.
“Schwere Zeiten in der Weltwerkstatt”, ZEIT, 20.03.2003.
“Ansteckende Freiheit”, ZEIT, 30.04.2003.
“Das Yuan-Syndrom”, ZEIT, 24.07.2003.
“Lehrstunde in Nanjing”, ZEIT, 18.09.2003.
“Unfrei ins All”, ZEIT, 16.10.2003.
“Von China lernen”, ZEIT, 27.11.2003.
“Sonnenkanzler”, ZEIT, 04.12.2003.
“Ideale mit Rabatt”, ZEIT, 11.12.2003.
“Der weiche Schritt des Elefanten”, ZEIT, 17.12.2003.
“Speisung der Wanderarbeiter”, ZEIT, 11.03.2004.
“Der Aufklärer des Regimes”, ZEIT, 29.04.2004.
“China, China, China!”, ZEIT, 06.05.2004.
“Der Kampf gegen den Boom”, ZEIT, 03.06.2004.
“Es werde Zwielicht”, ZEIT, 02.09.2004.
“China hebt an”, ZEIT, 22.12.2004.
“Frischluft fürs Volk”, ZEIT, 10.03.2005.

“Gerüstet zum Kotau”, ZEIT, 17.03.2005.
“Kampf der “fremden Rasse”, ZEIT, 14.04.2005.
“Chinas hässliche Seite”, ZEIT, 21.04.2005.
“Ein anderer Begriff von Freiheit”, ZEIT, 21.04.2005.
“Wird die Welt chinesisch?”, ZEIT, 16.06.2005.
“Ab sofort spielt China mit”, ZEIT, 28.07.2005.
“Chinas Japan-Hass: Ein böses Omen”, ZEIT, 09.02.2006.
“Schnell und ohne Skrupel” ZEIT, 23.02.2006.
“Mit dem Knüppel gegen die Bauern”, ZEIT, 09.03.2006.
“Alle unter einem Himmel”, ZEIT, 23.03.2006.
“Zwei Länder, eine Mission”, ZEIT, 20.04.2006.
“Gnadenlos pragmatisch”, ZEIT, 27.04.2006.
“In einem Raumschiff”, ZEIT, 18.05.2006.
“Der Pirat wird Erfinder”, ZEIT, 24.08.2006.
“Was der Partei Recht ist”, ZEIT, 05.09.2006.
“Die neuen Kolonialherren”, ZEIT, 14.09.2006.
“Keine Angst vor diesem Drachen”, 26.10.2006.
“Kader auf dem Ökotrip”, ZEIT, 16.11.2006.
“Der langsame Marsch”, ZEIT, 08.03.2007.
“Der Koloss braucht unsere Hilfe!”, ZEIT, 08.03.2007.
“Wenn Milliarden Zwerge wachsen”, ZEIT, 22.03.2007.
“Sozialismus an der Börse”, ZEIT, 07.06.2007.
“Unsere Truppe zur Sonne”, ZEIT, 02.08.2007.
“Ihr Gespür für Musik”, ZEIT, 30.08.2007.
“Super macht sinnlich”, ZEIT, 30.08.2007.
“Das Dilemma des reichen Mannes”, ZEIT, 15.11.2007.
“Was auf dem Spiel steht”, ZEIT, 17.01.2008.
“Hässliche Spiele”, ZEIT, 19.03.2008.
“Die Fackelstafette als Spießrutenlauf”, ZEIT, 27.03.2008.
“Niemand will Ärger mit China”, ZEIT, 01.04.2008.
“Konfrontation stärkt Hardliner”, ZEIT, 08.04.2008.
“Mehr Mut gegenüber China!”, ZEIT, 13.04.2008.
“Druck hilft doch”, ZEIT, 01.05.2008.

“Tibet als Prüfstein”, ZEIT, 15.05.2008.
“Gib nicht auf, China!”, ZEIT, 21.05.2008.
“Pekinger Zynismus”, ZEIT, 21.06.2008.
“Nur Mut!”, ZEIT, 07.08.2008.
“Die wahren Sieger kennt noch keiner”, ZEIT, 21.08.2008.
“Gift aus der Dose”, ZEIT, 25.09.2008.
“Charta der Freiheit”, ZEIT, 15.01.2009.
“Autokratien können kein Vorbild sein”, ZEIT, 04.05.2009.
“Mit Konfuzius in die Zukunft”, ZEIT, 10.06.2009.
“Ohne Zukunft in China”, ZEIT, 08.07.2009.
“Blutige Harmonie”, ZEIT, 09.07.2009.
“Tödliche Harmonie”, ZEIT, 16.07.2009.
“Die Hosen voll”, ZEIT, 17.09.2009.
“Schönwetter-Demokraten”, ZEIT, 23.07.2009.
“Micky-Mao”, ZEIT, 01.10.2009.
“Das Glück besteht nicht darin, aus dem Nachbardorf nur das Bellen der Hunde zu hören”, ZEIT, 08.10.2009.
“So nicht, China”, ZEIT, 07.01.2010.
“Macht sich China hässlich?”, ZEIT, 21.01.2010.
“Peking versucht zu relativieren”, ZEIT, 28.01.2010.
“Die Chinesen haben doch Recht!”, ZEIT, 28.01.2010.
“Das Erfolgsmodell braucht eine neue Basis”, ZEIT, 03.02.2010.
“Nach ihren Regeln”, ZEIT, 18.02.2010.
“Einparteienherrschaft: Das China-Syndrom”, ZEIT, 20.05.2010.
“Chinas Vorbild: China”, ZEIT, 15.07.2010.
“Freiheit tut weh”, ZEIT, 14.10.2010.
“Peking versteht die Globalisierung nicht”, ZEIT, 20.10.2010.
“Unsere Menschenrechtspropaganda”, ZEIT, 21.10.2010.
“Das Spiel der Mächte”, ZEIT, 09.12.2010.
“Eine Frage der Ehre”, ZEIT, 16.12.2010.
“China trumpft auf”, ZEIT, 13.01.2011.
“Geliebter Feind Nummer eins”, ZEIT, 13.01.2011.
“Angst vor den anderen”, ZEIT, 10.03.2011.

Der Spiegel (SPIEGEL)

“China erwacht, die Welt erbebt”, SPIEGEL, 24.02.1997.

“Wohin geht China”, SPIEGEL, 24.02.1997.

“Der Triumph des Drachen”, SPIEGEL, 26.05.1997.

“Der rote Freischwimmer”, SPIEGEL, 03.11.1997.

“Der lange Marsch zur Demokratie”, SPIEGEL, 02.03.1998.

“Woher der Wind dreht”, SPIEGEL, 16.03.1998.

“Ein roter Ludwig Erhard”, SPIEGEL, 13.04.1998.

“Wind der Freiheit”, SPIEGEL, 06.07.1998.

“Wasser kennt keine Gnade”, SPIEGEL, 10.08.1998.

“Schlacht gegen das Wasser”, SPIEGEL, 31.08.1998.

“Das Jahrhundert der Imperien - Chinas Weg zur Weltmacht”, SPIEGEL, 14.12.1998.

“Vor dem Sturm”, SPIEGEL, 01.02.1999.

“Nach deutschem Vorbild”, SPIEGEL, 19.07.1999.

“Traum von der Supermacht”, SPIEGEL, 27.09.1999.

“Chinas faustischer Pakt”, SPIEGEL, 09.10.2000.

“Leben im Drachenkopf”, SPIEGEL, 20.11.2000.

“Herausforderung am Himmel”, SPIEGEL, 09.04.2001.

“Traum von der Perlenstadt”, SPIEGEL, 14.01.2002.

“Lauer Wind”, SPIEGEL, 02.09.2002.

“Der Kopf des Drachens”, SPIEGEL, 09.12.2002.

“Prickelnde Weltfabrik”, SPIEGEL, 26.04.2004.

“Der Sprung des Drachen”, SPIEGEL, 11.10.2004.

“Das Herz des Drachen”, SPIEGEL, 18.10.2004.

“Der Kopf des Drachen”, SPIEGEL, 25.10.2004.

“Schneider der Welt”, SPIEGEL, 30.10.2004.

“Die Stadt der Mädchen”, SPIEGEL, 05.02.2005.

“Billig, willig, ausgebeutet”, SPIEGEL, 30.05.2005.

“Duell der Giganten”, SPIEGEL, 08.08.2005.

“Wenn der rote Riese lockt”, SPIEGEL, 07.11.2005.

“Toxischer Teppich”, SPIEGEL, 28.11.2005.

“Die Hightech-Offensive”, SPIEGEL, 02.01.2006.

“Der grosse Know-How-Klau”, SPIEGEL, 20.02.2006.
“Der Treibstoff des Krieges”, SPIEGEL, 27.03.2006.
“Weltkrieg um Wohlstand”, SPIEGEL, 11.09.2006.
“Vom Diener zum Herrn”, SPIEGEL, 23.10.2006.
“Die Rotchina AG”, SPIEGEL, 15.01.2007.
“Gift für den ganzen Erdball”, SPIEGEL, 22.01.2007.
“Stadt der Wiedergeburt”, SPIEGEL, 25.06.2007.
“Im Zeitalter des Drachen”, SPIEGEL, 30.04.2007.
“Grosse Schmach”, SPIEGEL, 13.08.2007.
“Prinzip Sandkorn”, SPIEGEL, 27.08.2007.
“Übungen im Eiertanz”, SPIEGEL, 03.09.2007.
“Rote Milliarden: China macht ernst”, SPIEGEL, 01.10.2007.
“Kleiner Sieg für China”, SPIEGEL, 12.11.2007.
“Außenpolitik, süßsauer”, SPIEGEL, 26.11.2007.
“Mach mit und sei glücklich”, SPIEGEL, 21.01.2008.
“Hass und Heiligkeit”, SPIEGEL, 22.03.2008.
“Die Wut der Hirten”, SPIEGEL, 29.03.2008.
“Olympia in Ketten”, SPIEGEL, 07.04.2008.
“Die Stunde des Wolfs”, SPIEGEL, 10.05.2008.
“Politik und Spiele”, SPIEGEL, 11.08.2008.
“Der Westen wankt”, SPIEGEL, 13.07.2009.
“Die Herren der Welt”, SPIEGEL, 22.02.2010.
“Goliath gegen Goliath”, SPIEGEL, 29.03.2010.
“Chimerika? Chindia!”, SPIEGEL, 19.04.2010.
“Labor der Zukunft”, SPIEGEL, 26.04.2010.
“Die Umarmung des Drachen”, SPIEGEL, 26.07.2010.
“Geliebter Feind”, SPIEGEL, 23.08.2010.
“Weltmacht auf der Couch”, SPIEGEL, 06.09.2010.
“Der Preis der Freiheit”, SPIEGEL, 11.10.2010.
“Der chinesische Traum”, SPIEGEL, 03.01.2011.

Literatur

Becker, Frank/ Reinhardt-Becker, Elke (**2001**)**:** Systemtheorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Blume, Georg (**2008**)**:** China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.

Blume, Georg/ Yamamoto, Chikako (**2002**)**:** Modell China. Im Reich der Reformen. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Blume, Georg/ Yamamoto, Chikako (**1999**)**:** Chinesische Reise. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Bolz, Norbert (**2007**)**:** Sind die Medien moralinsauer?. URL: http://www.tu-cottbus.de/fakultaet3/fileadmin/uploads/medienwissenschaft/files/Skript_Sind-die-Medien-moralinsauer.pdf.

Bolz, Norbert (**2006**)**:** Bremse oder Motor. Medien und moralische Urteilsbildung. URL: http://fsf.de/data/hefte/pdf/Veranstaltungen/tv_impuls/2006_Ethik/Vortrag_Bolz_061017.pdf.

Bolz, Norbert (**2005**)**:** Globalisierung der Gefühle. Wie die Massenmedien die Weltgesellschaft konstruieren. URL: http://www.cap.lmu.de/download/foresight/foresight-bolz.pdf.

Bolz, Norbert (**2005**)**:** Blindflug mit Zuschauern. München: Wilhelm Fink Verlag.

Bork, Henrik (**1996**)**:** Chinas Wirklichkeiten: Ein ausgewiesener Reporter berichtet. New York: Campus.

Buruma, Ian (**2004**)**:** Chinas Rebellen. Die Dissidenten und der Aufbruch in eine neue Generation. München: Hanser Verlag.

Chan, Martin G.D. (**2008**)**:** Der erwachte Drache. Großmacht China im 21. Jahrhundert. Stuttgart: Konrad Theiss Verlag.

Ding Ding (**1999**)**:** Politische Opposition in China seit 1989. Framkfurt/Main: Peter Lang Verlag.

Erling, Johnny (**2008**)**:** Das chinesische Jahrhundert. Wie China unsere Zukunft bestimmt. Freiburg: Herder Verlag.

Erling, Johnny (**2006**)**:** Schauplatz China. Aufbruch zur Supermacht. Freiburg: Herder Verlag.

Erling, Johnny (**2002**)**:** China - Der große Sprung ins Ungewisse. Ein Report.

Freiburg: Herder Verlag.

Franck, Georg (**1998**)**:** Ökonomie der Aufmerksamkeit. München: Carl Hanser Verlag.

Frank, Andre Guder (**1998**)**:** ReORIENT: Global Economy in the Asian Age. Los Angeles: University of California Press.

Gehlen, Arnold (**1978**)**:** Einblicke. Frankfurt am Main: Klostermann (Bd. 7 Einblicke, hrsg. von Karl Siegbert Rehberg).

Gittings, John (**2005**)**:** The Changing Face of China. From Mao to Market. Oxford: Oxford University Press.

Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (**1968**)**:** Discovery of Grounded Theory. Strategies for Quality Research. London: Weidenfeld.

Gu, Jing/Humphrey, John/Messner, Dirk (2007): Global Governance and Developing Countries: The Implications of the Rise of China. Discussion Paper No. 18. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

Hagen, Wolfgang (**2004**)**:** Luhmanns Medien - Luhmanns Matrix. In: Martin Ludwig Hofmann, Tobias F. Korta, Sibylle Niekisch (Hrsg.): Culture Club: Klassiker der Kulturtheorie. Franfurt/Main: Suhrkamp Verlag, S. 187-203.

Hagen, Wolfgang (**Hrsg.**) (**2011**)**:** Warum haben Sie keinen Fernseher, Herr Luhmann?. Berlin: Kulturverlag Kadmos.

Hansen, Sven/ Bauer, Barbara (Hrsg.) (**2007**)**:** Edition Le Monde Diplomatique 1. China: Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus.

Heberer, Thomas (2010): Die Modernisierung Chinas: Analyse eines komplexen Prozesses. In: Heberer, Thomas/Rudolph, Jörg M.: China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zwei alternative Sichten. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung.

Heberer, Thomas (**2008**)**:** Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Heberer, Thomas/Derichs, Claudia (Hrsg.): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 21–178.

Heberer, Thomas/ Taubmann, Wolfgang (**1998**)**:** Chinas ländliche Landschaft im Aufbruch. Urbanisierung und sozio-ökonomischer Wandel auf dem Lande. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Heilmann, Sebastian (**2002**)**:** Das politische System der Volksrepublik China. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner/Hierseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd 1: Theorien und Methoden. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 83–114.

Kempf, Gustav (**2002**)**:** Chinas Außenpolitik. Wege einer widerwilligen Weltmacht. München: Oldenbourg Verlag.

Kupfer, Kristin (**2007**)**:** China: Was stimmt? Die wichtigsten Antworten. Freiburg: Herder Verlag.

Li Zhang (2010): The Rise of China: Media Perception and Implications for International Politics. In: Journal of Contemporary China, March, S. 233–254.

Lord, R.G. & Foti, R.J (**1986**)**:** Schema Theories, Information Processing, and Organisational Behaviour", in: "The thinking Organisation", H.P. Jr. Sims & D.A.Gioia (Hrsg.) San Francisco, Jossey-Bass Publishers, S. 20-48.

Lorenz, Andreas/Lietsch, Jutta (**2007**)**:** Das andere China: Begegnungen in Zeiten des Aufbruchs. Berlin: wjs.

Luhmann, Niklas (**2004**)**:** Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Luhmann, Niklas (**1990**)**:** Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Luhmann, Niklas (**1987**)**:** Soziale Systeme. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Luhmann, Niklas (**1986**)**:** Ökologische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas (**1979**)**:** Menschenrechte als Zivilreligion. In: Kerygma und Mythos VII, Bd. I'. Hamburg, S. 67 - 79. Auch in: Archivio di Filosofia (1978), No. 2 - 3, S. 51 -71. Auch in: Heinz Kleger/Alois Müller (Hrsg.) (1986): Religion des Bürgers: Zivilreligion in Amerika und Europa. München, S. 175 - 194.

Luhmann, Niklas (**1965**)**:** Grundwerte als Institution. In: Schriften zum öffentlichen Recht Band 24. Berlin: Duncker & Humblot.

Mahbubani, Kishore (2008): The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East. New York.

Mann, James (**2008**)**:** China Morgana. Chinas Zukunft und die Selbsttäuschung des Westens. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Maturana, Humberto R. (**2002**)**:** Vom Sein zum Tun. Die Ursprünge der Biologie des Erkennens. (Interview mit Bernhard Pörksen). Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.

Maturana, Humberto R./ Varela, Francisco J. (**1987**)**:** Der Baum der Erkenntnis. München: Scherz-Verlag.

Maturana, Humberto R. (**1985**)**:** Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg.

Meckel, Miriam (**1999**)**:** "Big Bang" im historischen Augenblick. Die Berichterstattung über die Rückgabe Hongkongs an die VR China im deutschen Fernsehen. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz: UVK, S. 442–452.

Nathan, Andrew J. (**1997**)**:** China´s Transition. New York: Columbia University Press.

Nolan, Peter (**2004**)**:** China at the Crossroads. Cambridge: Polity Press.

Pfaller, Robert (**2012**)**:** Zweite Welten - Und andere Lebenselixiere. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Pigulla, Andreas (**2003**)**:** Chinabild. In: Staiger, Brunhild et al. (Hrsg.): Das große China Lexikon. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Pilny, Karl (**2006**)**:** Tanz der Riesen. Indien und China prägen die Welt. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Poerner, Michael (**2009**)**:** "Das olympische Feuer brennt. Und mit ihm lodert das Misstrauen" – Die Chinaberichterstattung während der Olympischen Sommerspiele in Beijing 2008. In: Journal of Current Chinese Affairs, No. 1, S. 161–180.

Pomeranz, Kenneth (**2000**)**:** The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy. New Jersey: Princeton University Press.

Priller, Andrea (**1999**)**:** Autopoiesis und Ökologie bei Niklas Luhmann. Die Darstellung der ökologischen Selbstgefährdung funktional differenzierter Gesellschaften in Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. URL: http://www.a-priller.homepage.t-online.de/lu1.html.

Ramo, Joshua Cooper (**2004**)**:** The Beijing consensus. London: Foreign Policy Center.

Richter, Carola/ Gebauer, Sebastian (**2010**)**:** Die China-Berichterstattung der deutschen Medien, Band 5 der Reihe Bildung und Kultur. Heinrich-Böll-Stiftung

(Hrsg.). URL: http://www.boell.de/publikationen/publikationen-china-berichterstattung-medien-9409.html.

Said, Edward W. (**2003**)**:** Orientalism. London: Penguin Books.

Salancik, Gerald R./ Porac, Joseph F. (**1986**): Distilled Ideologies: Values Derived from Causal Reasoning in Complex Environments. In: Henry P. Sims, Jr. Dennis A. Goia (Hrsg.): The Thinking Organisation: Dynamics of Organizational Social Cognition, and Associates. San Francisco/London: Jossey-Bass Publishers.

Sandschneider, Eberhard (**2007**)**:** Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens. München: Carl Hanser Verlag.

Sandschneider, Eberhard (2002): China's Diplomatic Relations with the States of Europe. In: Edmonds, Richard Louis (ed.): China and Europe since 1978: A European Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 33–44.

Schmidt, Helmut/ Sieren, Frank (**2008**)**:** Nachbar China. Helmut Schmidt im Gespräch mit Frank Sieren. Berlin: Ullstein Buchverlage.

Schwab-Trap, Michael (**2010**)**:** Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. In Reiner Keller: Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Gmbh.

Seinitz, Kurt (**2008**)**:** Vorsicht China. Wie das Reich der Mitte unser Leben verändert. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Seitz, Konrad (**2006**)**:** China. Eine Weltmacht kehrt zurück. München: Wilhelm Goldmann Verlag.

Sieren, Frank (**2008**)**:** Der China Schock. Wie Peking sich die Welt gefügig macht. Berlin: Ullstein Buchverlage.

Sieren, Frank (**2008**)**:** Die Konkubinenwirtschaft. Warum westliche Unternehmen in China scheitern und die Chinesen an die Weltspitze stürmen. München: Carl Hanser Verlag.

Sieren, Frank (**2005**)**:** Der China Code: Wie das boomende Reich der Mitte Deutschland verändert. München: Econ.

Simon, Fritz B. (**2007**)**:** Einführung in Systemtheorie und Konstruktivismus. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.

Sloterdijk, Peter (**2001**)**:** Über die Verbesserung der guten Nachricht. Nietsches fünftes "Evangelium". Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Sloterdijk, Peter (**1994**)**:** Medien-Zeit. Drei gegenwartsdiagnostische Versuche. Stuttgart: Cantz-Verlag.

Strauss, Anselm Leonard (**1991**)**:** Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München Fink.

Trampedach, Tim (**2000**)**:** Das neue «Reich des Bösen»? Die Volksrepublik China in deutschen Medien 1949 und 1999. In: Berliner Chinahefte, Nr. 18, S. 3–10.

Trampedach, Tim (**1998**)**:** Faszinosum China. Deutsche Chinabilder der Gegenwart. In: Berliner Chinahefte, Nr. 14, S. 46–58.

Varela, Francisco J. (**1987**)**:** Autonomie und Autopoiese. In: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus. Frankfurt/Main.: Suhrkamp Verlag, S. 119-132.

Voglreiter, Sandra (**2009**)**:** Kurze Leine, langer Atem. Voraussetzungen der Berichterstattung deutscher Korrespondenten in der Einparteiendiktatur China. Köln: Herbert van Halem.

Von Bredow, Rafaela (**2008**)**:** China - die unberechenbare Supermacht. Hamburg: Spiegel-Verlag.

Vougioukas, Janis (**2008**)**:** Wenn Mao das wüsste. Menschen im neuen China. München: Herbig.

Weggel, Oskar (**1997**)**:** China im Aufbruch. Konfuzianismus und politische Zukunft. München: Beck Verlag.

Online-Quellen

"Sehnsucht nach Authentizität", Deutschland Kultur Radio, im Gespräch mit Norbert Bolz, 22.03.2010. URL: http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1148167/.

"Die richtige Perspektive - Böll-Stiftung beurteilt deutsche China-Berichte", FAZ, 10.06.2010. URL: http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/feuilleton/die-richtige-perspektive-boell-stiftung-beurteilt-deutsche-china-berichte-1994863.html.

“Chinas Komplexität geht verloren”, Deutsche Welle, Gespräch mit Kai Hafez, 14.06.2010. URL: http://www.dw.de/chinas-komplexität-geht-verloren/a-5682672.

“Keine Verschwörung”, taz, 17.06.2010. URL: http://www.taz.de/!54132/.

“Krisen, Krankheiten, Kriege, Katastrophen”, der Tagesspiegel, 15.06.2010. URL: http://www.tagesspiegel.de/medien/auslandsberichte-krisen-kriege-krankheiten-katastrophen/1859758.html.

“Steretotypes drive German media´s Chinese coverage”, Global Times, 24.06.2010. URL: http://opinion.globaltimes.cn/commentary/2010-06/545267.html.

“Finanzplatz Hongkong am attraktivsten”, Neue Bürcher Zeitung, 01.11.2012. URL: http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/finanzplatz-hongkong-am-attraktivsten-1.17744150.

“Krise der Mediendemokrartie: Das Schweigen der Anderen”, SPIEGEL, 14.07.2008. URL: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/krise-der-mediendemokratie-das-schweigen-der-anderen-a-565291.html.